
SIGILLUM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV·ANG·
CHRISTO ET ECCLESIAE
VE RI TAS

Joseph Maria v. Radowitz

Von

Dr. Paul Hassel

Erster Band

1797—1848

Berlin 1905
Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung
Kochstraße 68—71



v. Radowitz.

[illegible]

Dr. Paul [illegible]

[illegible]

17[illegible] [illegible]

Berlin 1935

Ernst Siegfried [illegible] und Sohn

[illegible]

Kochstraße 68–71



Joseph Maria v. Radowitz

Von

Dr. Paul Hassel



Erster Band

1797—1848

Berlin 1905

Ernst Siegfried Mittler und Sohn

Königliche Hofbuchhandlung

Kochstrasse 68—71



Einleitung.

Die mannigfachen Aufklärungen über die Regierungszeit König Friedrich Wilhelms IV., die wir der neueren Forschung verdanken, haben auf allen Seiten zu der Erkenntnis geführt, daß dieser Epoche in der Geschichte Preußens eine bei weitem größere Bedeutung beizumessen ist, als man früher anzunehmen geneigt war. Am deutlichsten macht sich diese Erscheinung in derjenigen Frage bemerkbar, die schon Friedrich Wilhelm als den eigentlichen Lebensnerv für die Entwickelung des preußischen Staates erkannte — in dem Verhältnis zu Deutschland. Freilich, wie es überhaupt das Schicksal des Königs war, seine größten und idealsten Entwürfe scheitern zu sehen, so erlebte er gerade auf dem Gebiet der deutschen Politik die schwerste Niederlage. Die umfassenden Pläne der Bundesreform, mit denen er sich im März 1848 trug, gingen unter in den Stürmen der revolutionären Bewegung, und der preußische Unionsgedanke erlag im Jahre 1850 dem mit Österreich vereinten Partikularismus der mittleren und kleineren Staaten; aber der geistige Ringkampf, in den Preußen durch die intensive Berührung mit den deutschen Angelegenheiten geraten war, erzeugte eine Fülle von politischen Ideen und gestaltenden Kräften, die für die Zukunft des Staates nicht verloren gehen sollten.

In den Reihen der Staatsmänner, die in den Anfängen des nationalen Bildungsprozesses für den deutschen Beruf Preußens gekämpft und gewirkt haben, nimmt zweifellos Joseph Maria v. Radowitz die erste Stelle ein. Wie später der große Werkmeister der deutschen Einheit, empfing auch Radowitz den ersten Impuls zu seinen nationaldeutschen Bestrebungen durch seine Tätigkeit am Bundestage. Im Mai 1836 zum Militärbevollmächtigten in Frankfurt a. M. ernannt,

gelangte er schon nach kurzer Zeit zu der Überzeugung, daß die gesamten Einrichtungen des Bundes einer tiefgreifenden Reform unterworfen werden müßten, erhob er bereits nach wenigen Monaten seine Stimme für die Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung der Bundeskriegsverfassung. Diese Gedanken hat er als vertrauter Ratgeber und Freund Friedrich Wilhelms IV. in allen Phasen, welche die Entwickelung der deutschen Frage vor und nach der Revolution zu durchlaufen hatte, mit größter Beharrlichkeit festgehalten und in mannigfachen Vorschlägen weiter entwickelt bis zur Begründung des engeren Bundes unter preußischer Führung im Mai 1849, die man in gewisser Beziehung als seine eigenste Schöpfung bezeichnen darf. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerium im November 1850, als Friedrich Wilhelm unter dem Druck äußerer Verhältnisse und innerer Parteiung sich gezwungen sah, die Unionspolitik fallen zu lassen, hat Radowitz nicht aufgehört, das Verständnis für die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung durch Wort und Schrift in weiteren Kreisen zu verbreiten.

Während seiner Geschäftsführung im Bundesrat der Union hat es in der deutschen Publizistik nicht an Stimmen gefehlt, die den Verdiensten Radowitz' gerecht zu werden suchten.*) Die folgende Zeit dagegen, die Niederlage der Politik von 1849 und der Gang, den die Geschicke Preußens bis gegen Ende der fünfziger Jahre einschlugen, konnten einer unbefangenen Würdigung seiner Persönlichkeit und seiner Bestrebungen nicht günstig sein. Die Hoffnungen auf den Sieg der nationalen Bewegung waren in Nacht und Nebel versunken, die vielverheißende nationale Erhebung von 1848 hatte mit der Wiederherstellung des Bundestages von 1815 geendet: Olmütz war das Kanossa der preußischen Einheitsbestrebungen geworden. Erst als mit der Regentschaft des Prinzen von Preußen eine neue Ära in der Stellung Preußens zu Deutschland heraufzog, wurde die Erinnerung an Radowitz in ein anderes Licht gerückt. Ein ehemaliges Mitglied des Verwaltungsrates der Union, der spätere Obertribunalrat Friedrich Bloemer, veröffentlichte im Jahre 1860 eine Schrift,

*) Die umfangreichste Arbeit lieferte Emil Frensdorf: Joseph v. Radowitz. Eine Charakterschilderung. Leipzig 1850, F. A. Brockhaus. Der Aufsatz erschien zuerst in der Zeitschrift „Gegenwart", dann in besonderem Abdruck (133 Seiten).

in der er auf Grund amtlicher Aktenstücke zum ersten Male ein authentisches Bild von den Absichten und Zielen entwarf, welche der Unionspolitik zugrunde lagen.*) Von dem Augenblick an, in welchem der deutsche Nationalverein die Forderung der bundesstaatlichen Einigung unter Führung Preußens erhob, verbreitete sich in immer weiteren Kreisen die Einsicht, daß die Verfassungsversuche von 1849 und 50, so sehr es ihnen an unmittelbarem Erfolg gebrach, doch als die wichtigste Erbschaft zu betrachten seien, welche die Regierung Friedrich Wilhelms IV. der aufstrebenden Macht Preußens hinterlassen habe. Mit Recht sagt Leopold v. Ranke: „Der Gedanke des engeren Bundes trat nach einigen Jahren unter dem Nachfolger Friedrich Wilhelms IV. mit innerer Notwendigkeit wieder hervor und hat die Ereignisse herbeigeführt, welche Deutschland und Europa eine neue Gestalt gegeben haben."**) In dem Wechsel der Zeiten, der zu dem ruhmreichen Abschluß der deutschen Einigung führte, ist denn auch das Andenken an Radowitz zu Ehren gekommen. Eine ausführlichere, wenn auch nach keiner Seite hin erschöpfende Schilderung der Beziehungen Radowitz' zu Friedrich Wilhelm IV. lieferte im Jahre 1874 Ferdinand Fischer.***) Von besonderem Werte ist ferner der im Jahre 1888 von dem Freiherrn Rochus v. Liliencron für die Allgemeine Deutsche Biographie verfaßte Aufsatz über Radowitz. Endlich wurde zur hundertsten Jahresfeier der Geburt Radowitz', am 6. Februar 1897, in der Berliner National-Zeitung ein Artikel veröffentlicht, der auf den Zusammenhang zwischen dem Unionsgedanken und der Vollendung des nationalen Einigungswerkes hinwies und unter Heranziehung einiger Briefe des Prinzen von Preußen den Beweis lieferte, wie sehr die Überzeugungen des

*) Zur Geschichte der Bestrebungen der preußischen Regierung für eine politische Reform Deutschlands vom Mai 1849 bis Anfang November 1850. Von Friedrich Bloemer, Berlin 1860, A. Bath.

**) L. v. Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen. Leipzig 1873, Duncker & Humblot, S. 285.

***) Radowitz. Seine politischen Anschauungen und deren Einfluß auf Friedrich Wilhelm IV. Von Ferdinand Fischer. Die Abhandlung erschien zuerst in dem von

nachmaligen Kaiser Wilhelms I. mit der von Radowitz vertretenen Politik sich im Einklang befanden.

Auf der anderen Seite ist durch die Denkwürdigkeiten Leopold v. Gerlachs, Otto v. Manteuffels und neuerdings Ludwig v. Gerlachs*) auch die Partei wieder zu Worte gekommen, die in der Stiftung des engeren Bundes und dem dadurch bedingten Zerwürfnis zwischen Preußen und Österreich das größte Unheil erblickte und daher alle Mittel in Bewegung setzte, um die Union zu Falle zu bringen. Der Streit der Meinungen ist dadurch von neuem entbrannt, und je wuchtiger und umfassender die Angriffe sind, die in den genannten Memoirenwerken nicht nur gegen die Sache, sondern auch gegen die Person Radowitz' gerichtet werden, um so näher liegt die Aufforderung, mit den Zeugnissen nicht länger zurückzuhalten, die geeignet sein dürften, das Gesamtbild seiner Tätigkeit in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen.

Die vorliegende Veröffentlichung sucht dieser Aufgabe gerecht zu werden, indem sie, frei von jeder Gunst oder Ungunst eines bestimmten Parteistandpunktes, lediglich dem Zweck gewidmet ist, die bisher vorhandenen Lücken der Überlieferung durch eine urkundlich begründete Lebensschilderung Radowitz' auszufüllen; denn erst durch den tieferen Einblick in das individuelle Leben gewinnt die Forschung einen sicheren Maßstab für die Beurteilung der historischen Persönlichkeit.

Der Versuch einer ausführlichen Biographie hätte nicht unternommen werden können, wenn dem Herausgeber nicht ein reiches Quellenmaterial zur Verfügung stände. In erster Linie ist der handschriftliche Nachlaß Radowitz' zu erwähnen, dessen Benutzung der einzige noch lebende Sohn des Generals, der Kaiserliche Botschafter am Königlich Spanischen Hofe, Wirkliche Geheime Rat v. Radowitz, ohne jede Einschränkung bewilligt hat. Den wichtigsten

*) Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold v. Gerlachs. Nach seinen Aufzeichnungen herausgegeben von seiner Tochter. Berlin, W. Hertz. Zwei Bände, 1891/92. — Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministers Otto v. Manteuffel. Herausgegeben von Heinrich v. Poschinger. Berlin 1901 ff., E. S. Mittler & Sohn. — Ernst Ludwig v. Gerlach. Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken 1795—1877. Herausgegeben von Jakob v. Gerlach. Zwei Bände. Schwerin i. Mecklbg. 1903.

Bestandteil der sehr umfangreichen Sammlung bilden die von Radowitz selbst verfaßten Memoiren, die in der Originalhandschrift mit dem Titel „Zur Geschichte meines Lebens" bezeichnet sind. — Schon in den mittleren Mannesjahren bisweilen von Ahnungen eines frühen Todes heimgesucht, begann Radowitz die Niederschrift seiner Erlebnisse im Jahre 1837. Was ihn dazu trieb, war nicht der Gedanke an eine spätere Veröffentlichung, noch weniger das Verlangen einer Auseinandersetzung mit seinen Gegnern, sondern, wie das Vorwort bezeugt, entsprang die Arbeit dem Wunsche, ein bleibendes Vermächtnis für seine Familie zu stiften.

Da der Verfasser keine Rücksicht auf fernerstehende Persönlichkeiten zu nehmen hatte, so hinderte ihn nichts, seine Urteile und die Beweggründe seines Handelns mit unbeschränktem Freimut auszusprechen. Dazu kommt, daß der größte Teil der Aufzeichnungen meist bald nach Ablauf der Ereignisse niedergeschrieben worden ist. Eine Ausnahme hiervon macht nur der erste Abschnitt, der den Zeitraum von der Geburt Radowitz' bis gegen Ende des Jahres 1837 umfaßt; die übrigen Abteilungen folgen der Zeitgeschichte in kurzen Intervallen auf Schritt und Tritt. Die Darstellung ist allenthalben das Spiegelbild der Gedanken und Empfindungen, welche die eben erst durchlebten Ereignisse in dem Geist und der Seele des Autors hervorgerufen haben.

Leider sind die Denkwürdigkeiten nicht so vollständig, als zu wünschen wäre. Sie reichen nur bis zum Anfang des Jahres 1848; es fehlt also gerade diejenige Epoche, in der die staatsmännische Laufbahn des Verfassers ihren Höhepunkt erreichte und ihren Abschluß fand. Wie so viele patriotische Männer, wurde auch er durch die gewaltige Bewegung, die im März 1848 ganz Deutschland durchtobte, auf längere Zeit allen amtlichen Verhältnissen entrückt. Ohne sein Zutun zum Abgeordneten des deutschen Parlaments gewählt, trat er, nachdem er seine Entlassung aus dem Staatsdienst genommen, in die Nationalversammlung zu Frankfurt ein. Fast ein Jahr hindurch hat er mit großem Erfolg als Redner und Parteimann seinen parlamentarischen Pflichten obgelegen, bis nach der Ablehnung der Kaiserkrone von seiten Friedrich Wilhelms IV. das mit so großen Hoffnungen begonnene deutsche Verfassungswerk allmählich zugrunde ging. Dann kam die Zeit, in der er nach Berlin

berufen wurde, um die Verhandlungen zwischen Preußen, Sachsen und Hannover über das Dreikönigsbündnis zu führen und nach Abschluß der Verfassung vom 26. Mai 1849 die Sisyphusarbeit der Einrichtung des preußisch-deutschen Bundesstaates auf seine Schultern zu nehmen.

In dieser aufgeregten Zeit konnte von einer Fortsetzung der Memoiren nicht die Rede sein. Seine schriftstellerische Tätigkeit, die stets eine Lieblingsbeschäftigung für Radowitz war, ruhte zwar auch damals nicht, aber sie bewegte sich im engsten Zusammenhange mit den praktischen Aufgaben der unmittelbaren Gegenwart auf einem anderen Gebiete. Schon im April 1848 hatte er eine historisch-politische Abhandlung verfaßt, welche die deutsche Nation darüber aufklären sollte, daß Friedrich Wilhelm IV. von den ersten Tagen seiner Regierung an unablässig bemüht gewesen sei, dem Gedanken einer Bundesreform am österreichischen Kaiserhofe Eingang zu verschaffen. Es ist die Schrift „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.", die in wenigen Monaten drei Auflagen erlebte.*) In der gleichen Absicht einer rechtfertigenden Darlegung der preußischen Politik begann er bald nach dem Zusammensturz der Union eine Schilderung der Vorgänge von 1848 bis 1850. Diese sehr umfassende Arbeit behandelt in zwei Abteilungen die Tätigkeit des Frankfurter Parlamentes und den Verlauf der preußischen Bundesreform bis zum Schluß des Erfurter Parlamentes.

Erst nach Vollendung der zuletzt erwähnten Studie, die im Sommer 1852 zum Druck gelangte, hat Radowitz sich wieder der Beschäftigung mit den Memoiren zugewendet. Zahlreiche Entwürfe und Vorarbeiten, die sich in seinem Nachlaß finden, lassen den Plan erkennen, den er dabei verfolgte: seine Absicht war, die Erzählung bis zu dem Wiedereintritt in den Staatsdienst im August 1852 fortzusetzen und die bis zum Anfang des Jahres 1848 reichenden Denkwürdigkeiten seines Lebens einer gründlichen Umarbeitung zu unterziehen, damit das Ganze früher oder später der Öffentlichkeit übergeben werden könne. Die Kürze der Lebensfrist, die ihm noch vergönnt war, hinderte ihn an der Ausführung dieses Vorhabens.

*) Sie ist wieder abgedruckt in den Gesammelten Schriften von J. v. Radowitz, Berlin, G. Reimer, 1852/53, III, S. 267 ff.

Auch als Torso werden die Denkwürdigkeiten eines Mannes, dessen gesamte Wirksamkeit an so vielen Punkten mit den Wandelungen der politischen Zustände in Deutschland auf das engste verknüpft war, den Freunden der geschichtlichen Literatur willkommen sein. Deshalb wird es keiner Rechtfertigung bedürfen, wenn wir in den folgenden Blättern der eigenen Lebensschilderung Radowitz' den ersten Platz einräumen.

Neben den biographischen Aufzeichnungen enthält der Nachlaß Radowitz' eine Fülle von Schriftstücken, welche die lehrreichsten Aufschlüsse über seine Lebensverhältnisse gewähren. Von Jugend auf war es ihm zur zweiten Natur geworden, die Gedanken, die beim Lesen wissenschaftlicher Bücher und beim Nachsinnen über irgend ein Problem, mochte es Politik, Religion, Kunst oder Literatur betreffen, in ihm auftauchten, zu Papier zu bringen. Es sind meist lose Blätter in Quart oder Oktav, aber sie offenbaren das ganze Wesen seiner Eigenart: die Vielseitigkeit seiner geistigen Interessen und das rastlose Streben nach einem tief eindringenden Verständnis in die weltlichen und die überirdischen Dinge. Aus einer Stelle der Memoiren*) wird ersichtlich, welchen Wert diese schriftlichen Betrachtungen oder, wie er selbst es nennt, Fragmente, für Radowitz hatten. Einen Teil derselben hat er in die Gesammelten Werke aufgenommen,**) ein anderer Teil ist, wenn auch in veränderter Form, in die von ihm herausgegebenen „Gespräche aus der Gegenwart über Staat und Kirche" übergegangen; eine beträchtliche Anzahl blieb ungedruckt. Für die Zwecke der Biographie bilden die bisher noch unbekannten Fragmente, zumal diejenigen, die an bestimmte Begebenheiten der Zeitgeschichte anknüpfen, eine wichtige Quelle, deren Verwertung dadurch erleichtert wird, daß Radowitz die löbliche Gewohnheit hatte, die meisten seiner Niederschriften mit dem Datum ihrer Entstehung zu versehen.

Hierzu gesellt sich eine ansehnliche Sammlung von Aktenstücken und Korrespondenzen, die sich vorzugsweise auf die amtliche Tätigkeit Radowitz' beziehen. Für die ersten Epochen, die Zeit des

---

*) Vgl. unten S. 26.

**) Die Fragmente füllen, unter besonderem Titel, den IV. und V. Band der Gesammelten Schriften. Sie gliedern sich in drei Gruppen: Politik und Rechtslehre, Religion und Philosophie, Literatur und Kunst.

Militärdienstes in Kurhessen und Preußen, ist die Ausbeute dieser Papiere allerdings nur gering, aber sie wächst mit jedem folgenden Jahre.

Seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms geht in allen Unternehmungen, welche die Bundesreform betreffen, die treibende Kraft von Radowitz aus. Aber auch in den inneren Angelegenheiten Preußens gelangt der bevorzugte Ratgeber allmählich zu gewichtigem Einfluß, und zwar gerade in denjenigen Fragen, die den Streit der Meinungen am heftigsten erregten, wie die Verhandlungen über die ständische Verfassung, die Beilegung des Konfliktes mit der römischen Kirche über die gemischten Ehen, die verschiedenen Anläufe zu einer gesetzlichen Regelung der Zensur. Von all diesen Verhältnissen entrollt sich in den nachgelassenen Papieren ein umfassendes Bild. In der Privatkorrespondenz sind mehr als zweihundert Briefsteller vertreten: Fürsten und Fürstinnen, Staatsmänner, Mitglieder der Parlamente, Künstler, Gelehrte, Schriftsteller. In bezug auf die Wichtigkeit des Inhaltes allen voran stehen die Briefe Friedrich Wilhelms IV. Sie beginnen bereits mit dem Jahre 1826, doch werden sie erst im Jahre 1848 häufiger, und bei weitem der größte Teil entfällt auf die folgenden Jahre. Fast sämtlich von der Hand Friedrich Wilhelms geschrieben, unter dem lebendigen Impuls des Augenblicks entworfen, sind diese Dokumente für die tiefere Erkenntnis seiner Stimmungen und Anschauungen, man darf sagen, seiner inneren Welt, von unvergleichlichem Wert. Von hoher Bedeutung für die biographische Darstellung ist ferner die fast vollständig erhaltene Sammlung der Briefe, die Radowitz an seine Gemahlin Marie, geb. Gräfin v. Voß, gerichtet hat.

Wäre es zu einer neuen Redaktion und Fortsetzung der Denkwürdigkeiten gekommen, so würde Radowitz sicherlich seine literarischen Schätze nicht unbenutzt gelassen haben. Seine Absicht ist dies ohne Zweifel gewesen, da auf den Aktenstücken mehrfach von seiner Hand die Bemerkung eingetragen ist, daß sie für die Biographie zu verwenden seien. Wenn der Herausgeber des vorliegenden Buches diesem Verfahren Folge gegeben hat, so liegt ein besonderer Grund dafür in dem eigentümlichen Charakter der Denkwürdigkeiten. Wie der Leser sich auf jeder Seite des Textes überzeugen kann, ist Radowitz weniger darauf bedacht gewesen, den Verlauf der Begebenheiten,

die er erlebte, pragmatisch zu erzählen, als seine eigene Auffassung von denselben zum Ausdruck zu bringen. Bei den Seinigen, für die das Werk bestimmt war, durfte er aus seinen eigenen Erzählungen die genauere Kenntnis der historischen Tatsachen voraussetzen; das größere Publikum dagegen steht den Ereignissen, die um mehr als ein halbes Jahrhundert rückwärts liegen, fremd gegenüber. Auch die Darstellung seiner eigenen Tätigkeit gibt Radowitz meist in knappen Zügen: so anschaulich er den Gesamteindruck des Geschäftsbetriebes am Bundestage zu schildern weiß, die Aufgaben, die er in der Militärkommission zu lösen hatte, die unendlichen Schwierigkeiten, mit denen er kämpfte, um den Widerstreit der Interessen einigermaßen auszugleichen, werden nur angedeutet, nicht erschöpfend dargelegt. Ebenso verhält es sich mit seinen diplomatischen Verrichtungen am Badenschen Hofe, wo er unter Beibehaltung seiner Funktionen in Frankfurt vom Mai 1842 an bis Ende 1847 als Vertreter Preußens tätig war. Durch die Erfahrungen, die Radowitz als Zeuge der parlamentarischen Kämpfe in Baden sammelte, sollte diese Epoche für den Entwickelungsgang seiner politischen Ideen bedeutsam werden. Die Denkwürdigkeiten geben darüber mancherlei Aufschlüsse, aber gerade diese erwecken den Wunsch nach einer noch gründlicheren Erörterung des Gegenstandes.

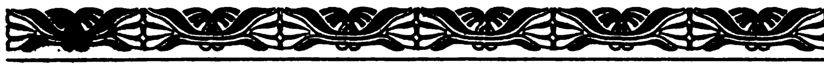
Für diesen selbständigen Teil der vorliegenden Arbeit boten sich zwei Wege dar. Der eine wäre gewesen, dem Abdruck der Memoiren eine möglichst umfangreiche Sammlung der Aktenstücke und Briefe folgen zu lassen. Allein es mußten sich Zweifel regen, ob diese Art der Ausnutzung des Nachlasses den berechtigten Ansprüchen eines größeren Leserkreises genügt haben würde. Es ist nicht jedermanns Geschmack, sich durch viele Hunderte von Schriftstücken, in denen politische, staatsrechtliche, kirchliche, literarische und noch viele andere Fragen behandelt werden, mühsam durchzuarbeiten. Es blieb demnach keine andere Wahl, als die Aufzeichnungen Radowitz' durch eine ausführliche Darstellung zu ergänzen.

Das Quellenmaterial, das dem ersten Bande zugrunde liegt, stammt nicht allein aus dem Radowitzschen Nachlaß, sondern hat mancherlei Erweiterungen durch archivalische Studien erfahren. Aus dem Königlichen Geheimen Staatsarchiv in Berlin lagen dem Heraus-

geber hauptsächlich die diplomatischen Berichte Radowitz' über die Missionen in Frankfurt a. M. und Karlsruhe vor; aus den Archiven des Großen Generalstabes, des Kriegsministeriums und der Kriegsakademie vielfache Nachrichten über die umfassende Wirksamkeit, die Radowitz während der Epoche von 1824 bis 1836 in seinen militärischen Stellungen entwickelte; aus dem Königlichen Hausarchiv in Charlottenburg, das den handschriftlichen Nachlaß Friedrich Wilhelms IV. aufbewahrt, mancherlei Ergänzungen zu den Korrespondenzen. Für die Jugendepoche und die Zeit des Militärdienstes in Kurhessen gewährte das Königliche Staatsarchiv in Marburg einige Aufschlüsse; für die Verhandlungen über die Reform der deutschen Bundesverfassung vor und nach dem Jahre 1848 das Königlich Sächsische Hauptstaatsarchiv in Dresden. Die überaus bereitwillige Unterstützung, welche die Vorstände und Beamten der genannten wissenschaftlichen Institute Preußens ihm bei seinen Forschungen gewährt haben, verpflichtet den Herausgeber zu dem aufrichtigsten Danke.

Als Joseph Maria v. Radowitz im September 1852 das erste Exemplar der Geschichte von 1848 bis 1850 seinem Monarchen überreichte, hob er hervor, daß der Zeitpunkt für eine rückhaltlose Aufhellung der Tatsachen, von denen hier die Rede war, noch nicht gekommen sei. Heute liegen die Dinge anders. Von der Höhe der Weltstellung, die das Deutsche Reich im Jahre 1870 gewonnen hat, darf, wie von einer sicheren Warte aus, die geschichtliche Forschung getrost ihre Blicke rückwärts den Stürmen zuwenden, durch welche die deutsche Einheitsbewegung sich hindurchzukämpfen hatte, ohne eine Verletzung persönlicher Rücksichten oder gar eine Wiederbelebung längst verklungener Gegensätze befürchten zu müssen. Die Aufgabe kann nur sein: die objektive Wahrheit des Geschehenen in ihr Recht einzusetzen.*)

*) Ein vollständiges Personen- und Sachregister wird dem II. (Schluß-) Bande beigegeben werden.



Inhaltsverzeichnis.

Seite

Zur Geschichte meines Lebens.

Von Joseph Maria von Radowitz.



Nachdem ich jetzt in mein 40. Jahr getreten bin und weiß, daß der größere Abschnitt meines Lebens hinter mir liegt, wünsche ich meiner Frau und meinen Kindern einen Überblick desselben zu geben, damit sie, wenn ich einst nicht mehr bin, von dem Wesentlichsten, was mir auf dieser Welt begegnet ist, Kenntnis erlangen und dabei in Liebe meiner gedenken mögen. So weit als meine Erinnerung reicht, gedenke ich alles treulich niederzuschreiben, da für sie auch das minder Wichtige einen Wert behalten und ihnen das Bild desjenigen vergegenwärtigen kann, der sie nächst seinem Herrn und Schöpfer auf Erden am meisten liebte.



Meine erste Jugend. Ich bin am 6. Februar 1797 in dem früheren Wohnorte meines Vaters,*) Blankenburg, geboren und habe die Namen Joseph Maria Ernst Christian Wilhelm erhalten. Lebende Geschwister habe ich nicht gehabt, ich bin das älteste Kind meiner Eltern und das einzige, welches lebend zur Welt gekommen ist.

Meinen ersten Unterricht habe ich bis zum 12. Jahre in den Schulen zu Altenburg genossen, zuerst in der Bergnerschen Lehranstalt. Meine Erinnerungen aus dieser Zeit sind noch jetzt deutlich und hell; wir wohnten in dem großen Seckendorfschen Hause am Borktore sehr einsam und fast ohne Verkehr mit der Stadt. Mein Vater hatte nie Gesellschaft und Umgang irgend einer Art geliebt, er teilte sich wenig mit, selbst nicht gegen die Seinigen; so viel Liebe ich von ihm empfangen, so hat sich dieses doch stets mehr in Handlungen als in Worten geäußert. Meine Mutter beschränkte ihre Tätigkeit ganz auf das Haus; ihre treue Pflichterfüllung in

*) Die Familie von Radowitz ist magyarischen Ursprungs und gehörte zu dem Komitatsadel des Königreichs Ungarn. Der Großvater Joseph Marias, Demetrius v. Radowitz, geriet in der Schlacht von Hohenfriedberg, 4. Juni 1745, in preußische Gefangenschaft. Er wurde der Begründer des deutschen Zweiges der Familie, indem er nach dem Verkauf seiner ungarischen Besitzungen sich zuerst im Königreich Sachsen, später zu Helmstedt im Herzogtum Braunschweig niederließ, wo er am 31. Juli 1772 starb. Sein Sohn Joseph Maria, der Vater des Generals, geboren 1746, hat in Göttingen die Rechte studiert, war Herzoglich braunschweigischer Titularrat, ist aber niemals in amtliche Dienste getreten. Er lebte als Hausbesitzer in Blankenburg am Harz und scheint ein unternehmungslustiger Mann gewesen zu sein, der aber nicht besonders vom Glück begünstigt wurde. Erst in seinem fünfzigsten Lebensjahre, am 13. April 1796, vermählte er sich mit einer Tochter des sachsen-koburgischen Oberstleutnants und Kommandanten von Saalfeld, Freiherrn v. Könitz, Friederike Therese, die in erster Ehe die Gattin Haubold Kurts v. Einsiedel aus dem Hause Wolfftitz gewesen war. Einige Jahre nach der Geburt des Sohnes nahmen die Eltern Aufenthalt in Altenburg.

allem und jedem wird mir stets als schwer zu erreichendes Beispiel vorschweben. Der einzige nähere Umgang, den meine Eltern pflogen, war mit einer Schwester meiner Mutter, die in erster Ehe mit dem Reisemarschall v. Einsiedel, dem Bruder des ersten Mannes meiner Mutter, verheiratet gewesen war. Sie und ihre Kinder wohnten in Wolfftitz, zwei Stunden von Altenburg, und wir besuchten sie häufig. Als sie sich jedoch in zweiter Ehe mit dem Kammerherrn v. Könitz auf Schwartzbach bei Neustadt a. d. Orla verheiratete, folgte sie ihrem Manne dorthin. Mein Stiefbruder war sehr früh als Junker in ein sächsisches Infanterie-Regiment getreten, und von da in württembergische Dienste übergegangen; ich habe ihn wenig gekannt und bis zu seinem im Jahre 1829 erfolgten Tode nur in langen Zwischenräumen auf Augenblicke gesehen.

Der Umstand, daß ich ohne Geschwister und sonstige nahe Verwandte in einer sehr isolierten Existenz meine ersten Jahre verlebt habe, ist wahrscheinlich nicht ohne Einfluß auf meine ganze Entwicklung geblieben. Ich fing früh an sehr viel zu lesen und mir über das Gelesene Rechenschaft zu geben, eine Gewohnheit, die dazu beigetragen hat, mein Gedächtnis und die Fähigkeit zu schärfen, das Wesentliche bei den Büchern von den Nebensachen zu unterscheiden und ersteres dauernd einzuprägen. Das Lesen, Denken, Lernen wurde für mich zu einer wahren Leidenschaft, gegen welche alle sonstigen Interessen des kindlichen Lebens zurücktraten. Was meine Lehrer hierin Günstiges finden mochten, wurde jedoch durch andere Eigenschaften wieder sehr in Schatten gestellt; ungezügelte Phantasie, große Unruhe und Heftigkeit wurden ihnen oft beschwerlich und zogen mir ihr Mißfallen zu; eine Mischung von Hochmut und Blödigkeit, die aus meinem abgesonderten Leben immer mehr Nahrung zog, muß mich für andere zu einem unangenehmen Kinde gemacht haben.

Erziehung in Frankreich. Der Wille meines Vaters bestimmte mich für den Militärdienst, und zwar für den des neuen Königreichs Westfalen. Ein entfernter Verwandter,*) der in diesem Dienste General war, gab hierzu den ersten Gedanken. Es war die Absicht

---

meines Vaters, daß etwas Ungewöhnliches aus mir werden möchte; er, der selbst nie gewünscht und versucht hatte, seine Abgeschiedenheit zu verlassen, wollte mir eine möglichst ausgezeichnete Karriere sichern und sparte hierzu weder Mühe noch Kosten. Seiner Ansicht nach mußten die militärischen Erziehungsanstalten in Frankreich vorzüglich geeignet zu umfassender Ausbildung für das Kriegswesen sein und zugleich die unentbehrliche Fertigkeit in der französischen Sprache verschaffen; er brachte mich daher im Jahre 1808 nach Mainz. Ungewöhnliche körperliche Reife begünstigte diesen frühen Eintritt in die militärische Laufbahn; ich wurde stets für mehrere Jahre älter gehalten; mit dem 14. Jahre war mein Wachstum völlig beendigt.

In Mainz, Charlerois und Paris habe ich ungefähr drei Jahre zugebracht und in den verschiedenen das Kriegswesen nahe oder fern berührenden Gegenständen Unterricht genossen. Mehrere der namhaftesten Gelehrten, welche Frankreich zu jener Zeit besaß, bin ich so glücklich gewesen zu Lehrern zu haben. In der polytechnischen Schule, deren Kursen ich, ohne wirklicher Eleve zu sein, als Externer teilweise beiwohnen durfte, lehrten damals Monge und Hachette die géometrie descriptive, Prony, Poisson und Ampère reine und angewandte Mathematik, Hassenfratz die Physik, Guyton-Morveau und Gay-Lussac die Chemie. Dieser Umstand hat nicht wenig dazu beigetragen, eine Lust am Lernen zu stärken, welche, solange ich zurückdenken kann, meine Jugendjahre fast ausschließlich eingenommen hat. Obgleich die mathematischen und Naturwissenschaften in dieser Zeit meine Berufsstudien waren, so erfüllte mich doch gleiche Sehnsucht fast nach allem Wissenswerten; ich wendete dem Unterrichte alle Gedanken und Wünsche zu und griff wissenschaftliche Schwierigkeiten mit derselben Heftigkeit an, mit welcher ein leidenschaftlicher und ehrgeiziger Charakter andern Hindernissen zu begegnen pflegt. Für diese Seite meines Lebens ist die Zeit, welche ich in Paris zugebracht, sehr fruchtbar gewesen.

Westfälischer Dienst. Inzwischen hatte das Königreich Westfalen seine eigenen militärischen Erziehungsanstalten eingerichtet; ich trat zum Erlernen des eigentlichen Dienstes auf kurze Zeit in die Militärschule zu Braunschweig und mit dem 1. Januar 1812 als Eleve-Unterleutnant in die Artillerie- und Ingenieurschule zu Kassel.

Mein Kursus in dieser Anstalt währte ein Jahr; am 23. Dezember 1812 wurde ich nach abgelegter Prüfung zum Leutnant im 1. Artillerie-Regiment ernannt und ging einige Monate später mit der 2. Fußbatterie desselben zu der französischen Armee in Sachsen ab, welche sich zu dem Feldzuge rüstete, der das Schicksal von Deutschland zu entscheiden bestimmt war. Politische Ideen waren mir damals völlig fremd, der Krieg erschien mir ganz als Zweikampf um den Besitz der Herrschaft und als eine interessante Anwendung dessen, was ich theoretisch erlernt.

Die erste Hälfte dieses Krieges bis zum Waffenstillstand*) habe ich bei dem Marschall Macdonald im Hauptquartiere des 11. Armeekorps mitgemacht, und bei Groß-Görschen zuerst den Feind gesehen; bei Bautzen**) erhielt ich eine wenig bedeutende Schußwunde in die Brust. Einige Tage vor dem Wiederbeginn der Feindseligkeiten wurde ich als interimistischer Kommandeur zu der bei der 31. Division (Ledru des Essarts) stehenden westfälischen Fußbatterie geschickt und befand mich daher in der besonderen Lage, im 17. Jahre bereits alles erreicht zu haben, was sonst erst weit später in der militärischen Laufbahn zuteil zu werden pflegt. Diese Batterie habe ich in den Gefechten bei Löwenberg, an der Katzbach, in den Gefechten während des Septembers und zuletzt in der Schlacht bei Leipzig***) geführt. Am dritten Tage dieser Schlacht wurde ich durch ein Granatstück im Schenkel verwundet, nach Leipzig gebracht, und dort am folgenden Tage Gefangener der einrückenden alliierten Truppen. Mein Vater begab sich zu mir nach Leipzig und sorgte für meine Pflege, der ich eine baldige Herstellung zu danken hatte.

Eintritt in den hessischen Dienst. Nachdem ich der Reise fähig war, kehrte ich nach Kassel zurück, wo inzwischen die fremde Herrschaft ihr Ende gefunden und der Kurfürst Wilhelm I. von Hessen die Regierung wieder übernommen hatte. Der Umstand, daß mehrere mir näher bekannte Offiziere der westfälischen Armee bei dem neu errichteten hessischen Korps Dienst genommen, war Veranlassung, daß ich, mit dem Wunsche meines Vaters übereinstimmend

denselben Entschluß faßte. Insbesondere gab der Oberst Koehler*) hierzu den Ausschlag, ein Mann, dem ich ebenso herzlich zugetan war, als er mir. Er wurde Kommandeur der errichteten Artillerie, und ich erhielt ein Patent als Premierleutnant bei derselben.**)

Die Feldzüge. Im Februar 1814 marschierte das hessische Armeekorps nach Frankreich; wir blockierten Metz, Thionville und Luxemburg und bestanden mehrere Ausfälle und kleinere Gefechte. Im Juli d. J. kehrte das Korps nach Hause zurück. Der Zwischenraum bis zum Feldzuge 1815 war kurz; im April d. J. zogen abermals zwei hessische Divisionen nach Frankreich und wurden zu den Belagerungen der Festungen an der niederländischen Grenze verwendet, unter denen Mézières am meisten Schwierigkeiten machte. Ich nahm an diesem Feldzug keinen erheblichen Teil. In demselben Jahre noch errichtete der Kurfürst eine Militärschule zu Kassel, um die Offiziere für seine Truppen zu erziehen. Der Plan derselben war der gewöhnliche der Kadettenanstalten; die jungen Leute traten mit dem 13. Jahre ein, sollten in den ihrem Fache entsprechenden Kenntnissen ausgebildet und mit dem 17. oder 18. Jahre Offizier werden.

Zum Kommandeur der Anstalt war der Oberst v. Cochenhausen bestimmt, der im Jahre 1814 Chef des Generalstabes des Kurprinzen***) gewesen war. Von ihm ging es zunächst aus, daß ich bei dieser Anstalt als erster Lehrer der mathematischen und militärischen Wissenschaften angestellt wurde.†) Da mir nebst den andern Militärlehrern zugleich die dienstliche Aufsicht über die Kadetten oblag, so erhielt ich eine Dienstwohnung in demselben Gebäude, in welchem ich drei Jahre früher als Schüler gelebt hatte.

Diese Anstellung entsprach ebenso sehr meinen Wünschen als meinem Vorteile. Wenn auch die Veranlassung zu derselben lediglich darin lag, daß in dem hessischen Armeekorps wenig Auswahl zu Lehrern dieser Art war, so durfte ich es doch als eine ungewöhnliche Auszeichnung ansehen, im 19. Jahre hierzu berufen zu werden.

Meine ökonomische Lage verbesserte sich merklich und gab mir

zu bedürfen, was bei den äußerst geringen hessischen Gehalten bisher immer erforderlich gewesen war. Wichtiger aber noch ist der Vorteil für mich geworden, eine Reihe von Jahren hindurch ganz der eigenen Ausbildung leben zu können. Zwar zählte ich noch in dem Artillerie-Regiment und trug dessen Uniform, doch belästigte mich der Kompagniedienst sehr wenig, und der Unterricht, den ich zu erteilen hatte, ließ mir volle Zeit zu eigenen Studien.

Die Zeit der Ruhe. Die Jahre von 1815 bis 1821 darf ich als die fruchtbarsten meines Lebens ansehen. In meinem Berufe diente ich angenehm und mit Erfolg; eine Anzahl junger Leute, die aus der Kadettenanstalt hervorgegangen sind, haben in ihrem späteren Leben Tüchtiges geleistet und mir immer noch Anhänglichkeit und dankbare Erinnerung bewahrt. Im Jahre 1817 avancierte ich, 20 Jahre alt, zum Stabs-Kapitän.*)

Für mich selbst ist diese Zeit unschätzbar gewesen. Bisher hatte ich hauptsächlich den Studien obgelegen, welche meinen Stand näher oder ferner angingen, und fuhr auch jetzt hierin fort. Diese Lust am Lernen breitete sich nun auch über historische Wissenschaften und Sprachen aus; ich ging ihnen nach, so weit als irgend meine Kräfte reichten. Daneben tat sich die Neigung für Poesie, Kunst und Musik auf, die mir seitdem die Quellen innigster Freude, vielfacher Erquickung und ein wahres Stück des Daseins geworden sind. Die Richtung, in welcher in diesen verschiedenen Gebieten meine Seele geführt worden ist, entschied sich schon damals; eben auf dieser Erfahrung beruht meine Überzeugung, daß eine durchgreifende Verwandtschaft zwischen allen, auch den verschiedenartigsten Tätigkeiten des Menschen hindurchgeht, so daß die eine durch die andere bestimmt wird. Wem Shakespeare und Dante näher stehen als Schiller, der wird auch Sebastian Bach den Mozartschen Opern vorziehen, die gotischen Bauformen der griechischen sinnlichen Schönheit, und die altitalienischen und deutschen Maler der sogenannten Blüte der Kunst im 16. Jahrhundert. Er wird auch auf dem Gebiete der Politik sich nicht mit dem Materialismus der

schen suchen. Ich werde nicht vergessen, welchen Eindruck mir der Erste Teil von Hallers Restauration*) machte, den ich bald nach seinem Erscheinen mit höchster Spannung las; dies war das Wort, nach welchem ich mich umgesehen in dem Gewirre politischer Faseleien, sophistischer Theorien und brutaler Praxis. Ihm, der bei aller Einseitigkeit doch die Bahn gebrochen und dessen Einfluß auf unsere ganze Generation noch lange nicht genug gewürdigt worden ist, nächstdem aber Burke, Montlosier und Fievée**) habe ich es zu danken, zu einer festeren Erkenntnis in den Dingen dieser Welt gekommen zu sein, zu einer solchen, die den Anforderungen der in dem Gewissen sprechenden natürlichen Gerechtigkeit und der wissenschaftlichen Konsequenz entspricht. Wenn die Abneigung gegen die schale Weisheit des Tages leicht dazu führen kann, eine folgerechte Alleingewalt anzubeten, so ist nur jenen tieferen Denkern die Einsicht zu verdanken, daß in dem Absolutismus dasselbe Prinzip wirksam sei, welches die Revolution voranstellt, und daß beide gleichermaßen dem Rechte und der auf diesem begründeten wahren Freiheit entgegenstehen.

Religiöses Leben. Noch größerer Segen ruhet für mich auf dieser Zeit. Sie ist es, in welcher ich zu der Erkenntnis des lebendigen Gottes und seiner heiligen Kirche geführt worden bin. Meine ersten Jugendjahre haben wenig Anregung hierzu empfangen; mein Vater gehörte, wie meine Familie überhaupt, der katholischen Kirche an, meine Mutter war lutherischer Konfession. Diese Verschiedenheit trat jedoch in dem Familienleben nicht hervor, da beide, mindestens in meiner Gegenwart, nie religiöse Fragen berührten. Der Religionsunterricht, welchen ich auf Schulen empfing, bewegte sich ganz auf dem Gebiete jenes sogenannten Vernunftglaubens, der zu jener Zeit in der Erziehung die Stelle des Christentums eingenommen hatte. Das historische Moment in den Offenbarungen verschwand ganz unter den Akkomodationen und Auslegungen; was uns dar-

---

*) Karl Ludwig von Hallers Hauptwerk „Restauration der Staatswissenschaft" begann 1816 zu erscheinen.

**) Von Burke kommen hier namentlich die Reflections on the Revolution in France (1790) in Frage, von Montlosier das umfangreiche Werk De la Monarchie française (1814) und von Fievée die Schrift Sur la nécessité d'une religion (1795).

geboten wurde, beschränkte sich auf eine auf das Kantische Sittenprinzip gestützte dürre Moral. Nachdem ich bis zum 13. Jahre nur protestantischen Unterricht erhalten hatte und zu dieser Konfession bestimmt scheinen konnte, ordnete mein Vater an, daß ich zur katholischen Kirche zählen solle; eine eigene lebendige Erkenntnis hierüber wurde mir aber damals weder gegeben noch in mir geweckt. Es erschien mir wie anderen lediglich als eine Familienangelegenheit, die keines weiteren Grundes bedürfe.

In den nächstfolgenden Jahren kannte ich nichts als rastlosen Drang nach positivem und materiellem Wissen; nur die exakten Wissenschaften hatten Realität für mich. Feindlich habe ich den ewigen Heilswahrheiten nicht gegenübergestanden; ich war, sozusagen, nirgends darauf zugekommen, weder auf dem Wege der Lehre, noch auf dem des inneren Bedürfnisses.

In einer Zeit der Ruhe und inneren Einkehr konnte dieses nicht ferner so bleiben. Daß das Rätsel des Daseins nicht mit Integralrechnung und Fortifikation gelöst werden könne, daß selbst die Kenntnis aller Prozesse, welche in der sichtbaren Welt vorgehen, hierbei nicht um eines Haares Breite fördere, wurde mir nun deutlich. Die Fragen, wer bin ich, und wozu bin ich bestimmt, ließen sich nicht mehr abweisen, sobald sie einmal laut geworden waren.

Man hat gesagt, daß es drei Wege zum Christentum gäbe, den Weg der historischen Überzeugung, den Weg der spekulativen Erkenntnis und den der inneren Erfahrung. Ich habe das Bewußtsein, daß es zunächst auf historischem Wege geschehen, daß mir die Überzeugung zuteil geworden ist, in Christo habe sich der ewige Vater wirklich und wahrhaftig dem gefallenen Geschlechte offenbart, und wer den Sohn höre, der höre den Vater. Daß die katholische Kirche die von ihm gestiftete, und daß in dieser das Heil der Welt beschlossen liege, trat mir wie eine neue Entdeckung entgegen, und ich ging eifrig damit um, auch hierin zu einer möglichst vollständigen Kenntnis durchzudringen.

Die Einsicht, daß die Wahrheiten, welche das Christentum verkündet, zugleich die einzigen seien, die den höchsten spekulativen

Verbindungen. Um diese Zeit, vom Jahre 1816 an, bin ich auch in das eingetreten, was man die große Welt zu nennen pflegt, d. h. ich bin, wie es meine Lage mit sich brachte, an Hof gegangen und habe einige Zirkel der Stadt besucht.

Dieses Heraustreten aus meiner einsamen Abgeschlossenheit hat mir auch zuerst die Empfindung wahrer Freundschaft kennen gelehrt. Bis dahin stand ich in allen innerlichen Beziehungen durchaus allein; aus den Bekanntschaften, wie sie die Schule, der Dienst und sonstige Begegnung erzeugen, ist später manche freundliche Erinnerung, aber doch nichts Dauerndes und Höheres hervorgegangen. Es ist nicht abzusehen, welchen Einfluß es auf mein Leben gehabt haben würde, wenn diese Leere entweder fortgedauert oder ich dahin geführt worden wäre, die Erstlinge eines warmen Herzens an Unwürdige zu vergeuden und mit einer solchen Erfahrung wieder in die alte Einsamkeit zurückzukehren.

Ich darf es daher als eine besondere Gnade Gottes betrachten, daß ich zu jener Zeit in einen Kreis von Menschen trat, die mir überaus viel sein konnten und wollten. Die Familie Schwertzell bildet den Mittelpunkt des Besten, was ich in dieser Periode empfangen; die Liebe, mit welcher mich diese teueren Geschwister sämtlich empfangen haben, ist durch keine Zeit, durch keine Veränderung von Ort und Umständen je getrübt worden. Willingshausen*) ist mir durch seine Liebe eine zweite Heimat geworden, oder vielmehr eine erste, da es eben in der Eigentümlichkeit meines Daseins gelegen, daß an die früheren Orte desselben sich so wenig bedeutende, dem Herzen verwandte Erinnerungen knüpfen. In diesem Hause habe ich auch die andern teuern Freunde gefunden, die mir so viel gegeben haben; Gerhard v. Reutern,**) dessen edle, wunderbar begabte Seele sich mir mit einer Inbrunst und einem Schwunge angeschlossen, der noch nach zwanzig Jahren nichts von seiner ersten Gediegenheit verloren hat; Alexis Boyneburgk,***) der

*) Dorf im kurhessischen Bezirk Ziegenhain, Stammsitz des alten ritterbürtigen und stiftsmäßigen Geschlechtes v. Schwerzell oder Schwärzell. Über die persönlichen Verhältnisse dieser Familie und des ganzen Freundeskreises findet sich Näheres in dem ersten Kapitel der Ergänzungen.

**) Gerhard v. Reutern, geb. 1794 in Livland.

***) Alexis v. Boyneburg, Stiefbruder der Frau v. Schwerzell, geb. 1780, Sohn von Karl Boineburg auf Burg Städtfeld und einer Schwester Fritz v. Schwerzells, Mathilde.

in guten und schlimmen Tagen treu und selbstverleugnend mir zur Seite gestanden. Auch Canitz,*) dessen scharfer Geist mir in vieler Hinsicht ebenso bedeutsam als seine Freundschaft erfreulich gewesen, habe ich im Schwertzellschen Hause kennen gelernt; an ihn reihet sich seine Frau und deren Schwester, meine teuere, vielgeprüfte Christiane, die mir später am fremden Orte so viel geworden ist. Fritz v. Schwertzell und seine früh heimgerufene Frau haben mir vom ersten Augenblicke an nur Gutes erwiesen; ich werde ihm, dem treuen festen Freunde, nie genug für das danken können, was seine vier Wände mir gebracht haben.

Daß alle diese Personen, die mir damals durch ihre Liebe ebenso nahe getreten, als sie mir durch ihre Eigenschaften Vorbild und Hilfe auf dem Wege zu Christo wurden, sämtlich der protestantischen Konfession angehören, ist unbezweifelt einer der einflußreichsten Umstände für die Führung meiner Seele geworden. Weit später erst begegnete ich wahrhaft geförderten Katholiken; von der Verwirklichung der katholischen Wahrheit innerhalb der Kirche hatte ich zu jener Zeit nur eine historische Überzeugung, während mir die Gestalt, welche der Herr in gläubigen Akatholiken gewinnen kann, täglich nahe vor Augen gerückt wurde. Früh bin ich dadurch zu der Notwendigkeit hingeführt worden, das Verhältnis der außerhalb der Kirche stehenden Gläubigen ernstlich zu betrachten, und ich kann wohl sagen, daß ich unablässig danach gerungen habe, hierin so weit zur Klarheit zu kommen, als es meine innere Ruhe durchaus verlangte.

Tod meines Vaters. Äußerlich verging mein Leben sehr ruhig und teilte sich zwischen der Erfüllung meiner Berufspflichten, Studien und dem Verkehr mit nahen Freunden. Um diese Zeit faßten meine Eltern, nachdem sie immer längere Zeiten in Kassel zugebracht, den Entschluß, ganz zu mir zu ziehen. Des Zusammenlebens mit meinem Vater konnte ich mich indessen leider nur kurz erfreuen; am 24. Dezember 1819 wurde er ganz unvermutet von einem Stickflusse betroffen, gegen welchen ärztliche Hilfe nichts vermochte.

Nacht. Am nächsten Tage, dem ersten Weihnachtstage, entschlief er ohne alle Schmerzen. Gott möge seine Seele gnädig zu sich aufgenommen haben!

Von diesem schweren Augenblicke an hat mich meine geliebte Mutter nicht mehr verlassen; sie übernahm die Führung meines kleinen Haushaltes und ist noch acht Jahre hindurch der Gegenstand meiner unaussprechlichen Liebe gewesen.

Im Herbste 1820 knüpfte sich eine Relation für mich an, die später von großen Folgen für mein Schicksal wurde. Der Prinz Friedrich Wilhelm,*) Sohn des Kurprinzen, kehrte von Leipzig zurück, wo er von dem Oberst v. Below erzogen worden war, um nunmehr in Kassel zu residieren. Er sollte in mehreren Gegenständen noch ferneren Unterricht erhalten, und ich wurde hauptsächlich auf Veranlassung des Obersten Cochenhausen dazu bestimmt, ihm Vorträge über die Kriegswissenschaften, und zwar insbesondere über Artillerie, Fortifikation und Taktik, zu halten. Er war damals 18 Jahre alt, seine Anlagen offenbar sehr gering, ebensowenig Lust zu ernster Beschäftigung als Fassungsgabe vorhanden. Sein Gemüt schien noch wenig entwickelt, vorherrschend aber eine Neigung, sich anzuschließen und Stütze in anderen zu suchen. An meine tägliche Beschäftigung mit ihm, die in wissenschaftlicher Hinsicht nur geringe Früchte trug, knüpfte sich daher bald ein äußerst enges Verhältnis, vermöge dessen er mich zum Vertrauten alles dessen machte, was ihm begegnete und meinen Rat hierin verlangte.

Regierungs-Veränderung. Im Februar 1821 starb der Kurfürst Wilhelm I., und sein Sohn**) bestieg den Thron. Der alte Fürst, dem manche ausgezeichnete Regenteneigenschaften nicht abzusprechen waren, hatte sich durch ungeschicktes Abwehren aller Neuerungen, auch da, wo er in der Sache recht hatte, noch mehr aber durch bodenlosen Geiz sehr verhaßt gemacht; alle Augen, besonders aber die der Truppen, wendeten sich auf den Nachfolger. Seine anfänglichen Schritte verdienten Beifall, das Armeekorps wurde nach preußischem Vorbilde umgewandelt, viele gute Einrichtungen getroffen.

*) Der nachmalige letzte Kurfürst von Hessen, geb. 1802.

**) Der Kurfürst Wilhelm I. starb am 27. Februar 1821 und hatte zum Nachfolger seinen Sohn, Wilhelm II., der bis zum 20. November 1847 regierte.

Auch für mich gingen mehrere Vorteile daraus hervor. Cochenhausen wurde Chef des Kriegsdepartements und Generalstabes und nahm mich in seine Geschäftskreise mit hinüber. Ich avanzierte zum Kapitän erster Klasse im Generalstabe, erhielt eine ansehnliche Gehaltserhöhung (bis zu 1100 Taler) und wurde in der Abteilung der Artillerie im Kriegsdepartement angestellt. Bei der neu errichteten Studien-Kommission, welche das Militär-Unterrichtswesen zu leiten hatte, bei der Examinations-Kommission der Offiziere sowie bei der Behörde für die Landesvermessung trat ich als Mitglied ein. Was in diesen Zweigen sowie in dem Generalstabe zu jener Zeit geschehen, ist wesentlich von mir ausgegangen, da es Cochenhausen bequem fand, mir hierin ganz freie Hand zu lassen und von den andern Mitgliedern kein Widerspruch zu besorgen war.

Ich wurde ferner im Oktober 1821 nach Dresden gesendet, um das sächsische Pontonwesen kennen zu lernen, nach welchem ein ähnliches in Hessen eingerichtet werden sollte, und nach Berlin, um die Verbindung der Landesvermessung anzuknüpfen. Die letztere Reise ist mir auch für die Zukunft wichtig geworden, da sie mich in Berührung mit Preußen brachte, dem ich später angehören sollte. Die erworbene Bekanntschaft des Kriegsministers Hake*) und des Generals Müffling**) ist mir sehr zustatten gekommen.

Der Zwiespalt in der kurfürstlichen Familie. In Hessen entwickelte sich leider bald genug der Fluch, den die Gesinnung des neuen Kurfürsten und dessen unseliges Maitressen-Regiment über dieses Land gebracht hat. Die Geschichte dieser Regierung ist bekannt genug; wenige Länder sind wohl mit einem schlechteren Regenten heimgesucht worden. Da die unter dem Namen der Gräfin Reichenbach bekannte Person nunmehr öffentlich auftrat und der Kurfürst mit brutaler Gewalt für sie Anerkennung forderte, so mußten hieraus in der fürstlichen Familie die schlimmsten Spaltungen erwachsen. Die arme Kurfürstin***) erfuhr die unwürdigste Behandlung; von der einzigen Seite, wo sie Schutz hätte hoffen können, von Berlin aus,

*) Karl Georg Ernst Albrecht v. Hake, preußischer Kriegsminister seit 1819.

wurde ihr mehr Schaden als Vorteil gebracht. Der König*) hat gewiß stets das richtige Gefühl der Pflichten gehabt, die ihm gegen seine Schwester oblagen, die Ausführung fiel aber schwachen und unfähigen Personen zu, die, wie der Fürst Wittgenstein,**) von dem Standpunkte der Ehre und Sittlichkeit, auf den es hierbei allein ankam, gar keinen Begriff hatten. Die zu beobachtende Linie lag nahe genug: die Kurfürstin besaß keine materiellen Mittel, um ihren Gemahl zu nötigen, von seinem Leben abzulassen oder auch nur den öffentlichen Skandal einzustellen. Ebensowenig durfte und konnte sie der Kurfürst nötigen, die Maitresse als solche, als Genossin des Landesherrn, anzuerkennen. Sie mußte jenes Geschöpf gänzlich ignorieren und da, wo sie bei den Festen, die der Kurfürst gab, ihre Gegenwart nicht meiden konnte, sie ganz wie jede unbekannte Fremde behandeln. Nichts war leichter, als sie in diesem Systeme zu schützen.

Statt dessen aber verfuhr Wittgenstein, wie er auch später in demselben Falle des Kurprinzen getan; er vermittelte namens des Königs einen förmlichen Vertrag,***) in welchem die Kurfürstin die Existenz der Reichenbach und daher ihr Verhältnis zu dem Kurfürsten geradezu anerkannte und sich nur vorbehielt, sie bei gewissen Gelegenheiten nicht in ihrem Hause zu sehen. Freilich hat die Kurfürstin selbst nie Kraft und Klarheit in ihrer Lage gezeigt, immer aber trifft diejenigen eine schwere Schuld, deren Schutz und Rat sie angefleht hat.

Mein Verhältnis zu dem Kurprinzen. Die Folgen blieben denn auch nicht aus, und der Kurprinz wurde sofort hinein verwickelt. Sein späteres Leben hat zur Genüge bewiesen, daß rein sittliche Motive ihm auch in diesem Streite fremd waren; damals aber erhob ihn eine gewisse Anhänglichkeit an seine Mutter und seine Schwestern,†) und die Opposition gegen das schlechte Leben seines Vaters über sich selbst hinaus. Er nahm lebhaft Partei für die Kurfürstin, wies die hierauf gerichteten Anmutungen des Kurfürsten

*) Friedrich Wilhelm III.

**) Fürst Wilhelm v. Wittgenstein-Hohenstein, seit 1815 preußischer Minister des Königlichen Hauses und Oberkammerherr.

***) 25. September 1822.

†) Prinzessin Karoline von Hessen, geb. 29. Juli 1799, Marie, geb. 6. Sept. 1804.

zurück und exponierte sich dessen Gewalttätigkeiten. Meine Situation hierbei wurde immer seltsamer, er schloß sich unbedingt an mich an und verlangte Rat und Hilfe. Ich konnte in seiner Sache nur eine durchaus gerechte finden; er stand als Vertreter der in seiner Mutter schwer gekränkten göttlichen Ordnung der Ehe da und bildete die letzte Vormauer gegen den gänzlichen Triumph des Lasters in Hessen. Mein Urteil ging daher dahin, daß er ebenso berechtigt als verpflichtet sei, eine, wenn auch indirekte Billigung des schmählichen Beginnens des Kurfürsten zu verweigern, und daß er nicht aufhören dürfe, dem Kurfürsten ehrerbietige Vorstellungen gegen das Unrecht zu machen, welches er seiner Gemahlin, seinem Hause und dem Lande zufüge. Bei beiden aber habe er sich auf das strengste innerhalb der Schranken des Sohnes und Untertans zu halten und in allen andern Beziehungen seinen schuldigen Gehorsam und Respekt zu verdoppeln.

In diesem Sinne ist alles geschehen, was während der Jahre 1822 und 1823 bei den nie aufhörenden Kämpfen mit dem Kurfürsten von seiten des Kurprinzen gesprochen und geschrieben worden ist; ich habe das feste Bewußtsein, diese Linie scharf eingehalten und nichts anempfohlen zu haben, was nicht Ehre und Pflicht gebieterisch erheischten. Von denselben Vordersätzen ausgehend, waren auch die Ansichten, die ich gegen die Kurfürstin aussprach, die meinen Rat begehrte. Alle Selbstverleugnung ist einer Frau erlaubt, jede Mißhandlung möge sie um Gotteswillen hinnehmen, aber sie darf den Ehebruch ihres Mannes nie gutheißen und legalisieren, denn sie wird dadurch Teilhaberin seiner Sünde. Für eine Fürstin ist diese Pflicht keine geringere, sondern eine noch höhere, sie muß diese auf jedes sonstige Bedenken hinaus erfüllen. Dies war die Richtschnur, die ich nach bestem Wissen und Gewissen der Kurfürstin vorzeichnete.

Die Gefahr, welche hieraus für mich erwuchs, verhehlte ich mir nicht einen Augenblick. Meine eigenen Ansichten über den skandalösen Zustand in Kassel konnten nicht zweifelhaft sein, da ich mich, vielleicht

brechen, den General Ochs*) zu ihm gesetzt, einen Mann, der kein Mittel zu seinem Zwecke verschmähte. Durch ihn mögen Briefe des Kurprinzen und der Kurfürstin an mich geöffnet und hieraus dem Kurfürsten die längst gehegte Meinung bestätigt worden sein, was ich von ihm und seinem sündlichen Treiben denke. Der Ausgang war jedenfalls unausbleiblich und wurde hierdurch nur beschleunigt.

Entfernung aus Kassel. Am 13. Juni 1823 wurde die Garnison auf dem Friedrichsplatze durch Alarmschlagen vereinigt und ein Parolebefehl verlesen, durch welchen ich beordert wurde, mich nach Ziegenhain zu begeben und dort unter Aufsicht des Kommandanten zu stellen. Einige andere Offiziere, die zu meinen Bekannten zählten und die man der Kurfürstin günstig glaubte, der Flügeladjutant Rittmeister v. Verschuer, die Majore v. Eschwege und v. Altenbockum,**) wurden zugleich von Kassel in entferntere Garnisonen verwiesen. Der Kurprinz erhielt den Befehl, sich nach Marburg zu begeben und sich dort zu etablieren.

Ich benachrichtigte meine Mutter, die gleich mir diese vorausgesehene Katastrophe mit völliger Fassung aufnahm, und saß in einer Stunde im Wagen, fuhr die Stadt hindurch und kam am folgenden Morgen in Ziegenhain an. Der dortige Kommandant, General Marschall, ein mir wohlgewogener alter Mann, erschrak mehr als ich selbst; er legte mir keinen Zwang auf, und ich konnte in dem nur eine Meile entfernten Willingshausen wohnen.

Dort erreichte mich am 25. Juni ein kurfürstliches Dekret, durch welches ich mit Enthebung von meinen bisherigen Funktionen in Pension gesetzt und angewiesen wurde, diese stets im Auslande zu verzehren. Eine Bedingung, von der ich glauben kann, daß ich der Erste bin, dem sie auferlegt worden! Ich kehrte sofort inkognito nach Kassel zurück, löste dort mein Haus auf und überlieferte alle nicht zum Transport bestimmte Sachen einem Bekannten zum Verkaufe. Mein treuer Alexis Boyneburg***) hatte mir angeboten, meinen vorläufigen Aufenthalt auf seinem Gute Städtfeld bei Eise-

*) Adam Ludwig v. Ochs, kurhessischer Generalleutnant, 1759—1846.

nach zu nehmen, und ich ergriff dieses in jeder Hinsicht passende Anerbieten mit Freude. Am dritten Tage trat ich mit meiner Mutter die Reise dorthin an; als unser Wagen den kleinen Bach überschritt, der Hessen und Thüringen trennt, übernahm mich das Gefühl, daß ein Hauptabschnitt meines Lebens nun hinter mir liege; was der neue bringen könne, war noch in tiefes Dunkel gehüllt.

Zwischenzeit in Städtfeld. Eine Existenz, wie ich sie in Hessen verlassen, wiederzufinden, schien mir außerhalb aller Hoffnung zu liegen. An und für sich ist es in einem kleinen Staate immer leichter, eine ausgezeichnete Stellung einzunehmen, als in einem größeren; ich hatte diesen Vorteil in einem hohen Grade besessen, Einfluß, Wirksamkeit und Anerkennung gefunden ebenso weit über meinen Dienstrang als über die Ansprüche hinaus, welche ich irgend hätte machen können. Eine für Hessen reichliche Einnahme sicherte meine Existenz, nahe und liebe Freunde machten sie zu einer erfreulichen und heimischen. Jetzt handelte es sich um den Versuch, ein ganz neues Leben von dem Fundament aus aufzubauen, wozu noch alles und jedes Material fehlte.

Von der andern Seite her wurde mir jedoch diese bedenkliche Zwischenzeit wiederum sehr leicht gemacht. Ich fand in Städtfeld die innigste und beste Aufnahme; mit der Aufmerksamkeit des treuesten Bruders sorgte Alexis dafür, daß meine Mutter und ich in seinem Hause ganz das eigene finden möchten. Auch von seinen im Orte lebenden Verwandten, seinem Bruder Fritz und Vetter Karl,*) sowie von deren Frauen haben wir nur das Beste erfahren; ich habe allen diesen guten Menschen, die uns Exilierte wie zu ihrer Familie gehörig aufnahmen, viel zu danken. Eine Stunde von Städtfeld, in Neuenhof, wohnte der weimarsche Landmarschall Riedesel,**) ein in vieler Hinsicht ausgezeichneter, lebendiger und tatkräftiger Charakter. An ihm und seiner Frau gewann ich wohlmeinende und nahe zugetane Freunde; der Umgang mit ihnen hat viel zur Annehmlichkeit der fünf Monate beigetragen, die ich in Städtfeld verlebt habe.

*) Friedrich v. Boyneburg zu Burg Städtfeld, geb. 1789, war mit Ludovika Gräfin v. Wiser vermählt, Karl v. Boyneburg, von der Linie Oberhaus Städtfeld, dessen Geburtsjahr nicht feststeht, mit Adelheid Freiin v. Boyneburg-Lengsfeld.

**) Georg Riedesel, Freiherr v. Eisenbach und Burglauterbach; seine Gemahlin Amalie war eine Freiin v. Riedesel aus der Altenburger Linie.

So erfreulich daher die Gegenwart sich anließ, so verabsäumte ich doch keine Zeit, auch für die Zukunft zu sorgen. Zunächst mußte ich mich mit Hessen definitiv auseinandersetzen. Ich schrieb an den Kurfürsten, bat ihn, da er mir nicht gestatten wolle, ihm ferner zu dienen, über die mir zugedachte Pension anderweitig zu verfügen, da ich von Hessen nichts übrig behalten könne als unvergeßliche Erinnerungen. Hieran schloß ich mein Gesuch, mir den Abschied definitiv zu verwilligen.

In betreff der Zukunft lenkten sich meine Wünsche auf Preußen, einerseits weil ich bei den dortigen Armeeeinrichtungen die meiste Analogie mit meinen bisherigen militärischen Erfahrungen voraussetzen konnte, anderseits weil mir Geist und Wesen dieser Monarchie vorzugsweise zu Herzen ging. Das lebendige, jugendlich kräftige und intelligente Treiben in Preußen hatte mir im Jahre 1821*) einen großen Eindruck hinterlassen. In Deutschland allein, dessen ganze Herrlichkeit mir eben in den letzten Jahren aufgegangen, wollte ich leben und dienen, und zwar in einem großen Staate. Man kann in einem kleinen Hause äußerst heimisch und erfreulich leben; häuft sich aber irgendwo Unrat auf, so verpestet er die ganze Existenz und es gibt keinen Winkel, wo man sich ihm entziehen könnte. Gerade der patrimoniale Charakter der kleinen fürstlichen Herrschaften schlägt zur äußersten Plage um, sobald die kleine Krone auf einem schlechten oder verwirrten Haupte sitzt.

Wenn ich nun darauf ausging, Dienste in einem der beiden großen deutschen Staaten zu suchen, so hätte mir, dem Katholiken, allerdings Österreich manchen Vorteil geboten, um so mehr, da meine Familie früher dort ihre Heimat gehabt. Ich kann es daher im Rückblicke auf den reichen Segen, den mir Preußen gebracht, nur als eine besondere Fügung des Herrn ansehen, daß mir diese Erwägung ganz erspart wurde. Der Kurprinz schrieb mir, seine damals in Berlin befindliche Mutter habe dem Könige von mir gesprochen und ihn, der von mehreren Seiten Vorteilhaftes von mir gehört, geneigt gefunden, mich in den preußischen Dienst unter günstigen Verhältnissen aufzunehmen. Müffling hatte zu dieser Geneigtheit des Königs vorzüglich mitgewirkt.

*) Vgl. S. 14.

Eintritt in den preußischen Dienst. Ich schrieb daher am 18. Juli 1823 an den Generaladjutanten General v. Witzleben,*) legte eine Übersicht meiner bisherigen Laufbahn bei und bat um Anstellung. Die Erledigung der Sache verzögerte sich dadurch, daß man mir hessischerseits den Abschied verweigerte. Eben in dieser Zeit hatte der Kurfürst die bekannten Drohbriefe**) bekommen; sei es nun, daß er, in gänzlicher Unkenntnis meines Charakters, mich für fähig hielt, an einem lichtscheuen, niedrigen Angriffe dieser Art teilzunehmen, oder daß er sich meine spätere Wiederanstellung vorbehalten wollte, genug, der Abschied wurde mir vorenthalten und ich angewiesen, zuvor meine Pension zu beziehen. Nachdem ich in Berlin die Unmöglichkeit vorgestellt hatte, meine definitive Entlassung aus hessischem Dienst zu erwirken, erhielt ich eine Königliche Kabinettsorder vom 4. Oktober 1823, durch welche ich zum Kapitän von der Armee ernannt und dem Chef des Generalstabes zur Dienstleistung überwiesen wurde.

Anfang Dezember verließ ich mit meiner Mutter das liebe Städtfeld, das mir eine so freundliche Zuflucht geboten hatte; wir brachten einige Tage in Schwartzbach bei meiner Tante Malchen Könitz zu,***) die meine Mutter seit 1808 nicht wieder gesehen hatte, und trafen den 8. Dezember 1823 in Berlin ein.

Jetzt, da mein Schicksal entschieden war, fühlten wir uns gepreßter als in dem Momente, als wir noch ganz ohne Aussicht Kassel verlassen hatten. In der großen weiten Stadt war mir alles fremd und neu, der Dienst, das Leben, die Menschen. Canitz†) und seine Frau bildeten das einzige Band zwischen dieser Gegenwart und der ganzen Vergangenheit; kein Ton reichte sonst hinüber. Wie durfte ich hoffen, in einer durch Macht, Intelligenz und Taten ausgezeichneten Armee einen Platz einzunehmen, ich, der Fremde, aus einer kleinen Truppe Hervorgegangene, der selbst seinen Kriegsdienst nur bei dem Feinde getan! Wie sollte ich erwarten, in der großen vielfach

*) Job Wilhelm Karl Ernst v. Witzleben, seit 1818 Generaladjutant Friedrich

bewegten Gesellschaft einen vertrauteren Kreis zu erwerben, hier wo alles durch Familienbande, durch gemeinsam Erlebtes eng zusammenhing, und meine dunkle Existenz sich durchaus an nichts anschloß!

Alles dieses ist durch Gottes Güte und Gnade anders geworden. Ich habe in Preußen gefunden, was meine kühnsten Hoffnungen nicht erwarten durften: Ehre, Wirksamkeit, reichliches Auskommen und mehr als dieses: Frau und Kind! Zehnfach ist mir ersetzt worden, was ich in Hessen verloren, und ich kann den Kurfürsten, der mich von dort vertrieben, nur als meinen größten Wohltäter preisen. Preußen ist das Land geworden, in welchem der neue Stamm, der von mir ausgeht, wurzelt; so fremd es meiner Geburt und meinem früheren Leben gewesen, so gehöre ich ihm jetzt mit voller und ungeteilter Anhänglichkeit an und würde mich ganz außerstand fühlen, anderswo zu dienen. Die Zeit, wo ich glauben konnte, nach eigenem Ermessen über mich verfügen zu dürfen, ist vorüber! Mit diesem Lande will ich stehen und fallen!

Mein erster Empfang war gleich ein günstiger; Müffling erwies mir Freundliches und Gutes, ich tat Dienst im westlichen Kriegstheater des Großen Generalstabes und erfuhr von den hier beschäftigten Offizieren die beste Aufnahme, bald von mehreren aufrichtige Anerkennung und Freundschaft. Im Generalstabe standen damals eine Anzahl ausgezeichneter Männer, das Zusammenleben mit ihnen war mir sehr belehrend und erfreulich.

Müffling gab auch Veranlassung dazu, daß ich schon wenige Tage nach meiner Ankunft zum Lehrer des Prinzen Albrecht, jüngsten Sohnes des Königs, bestimmt wurde. Dieser junge Herr war damals 14 Jahre alt, noch wenig vorbereitet, und ich sollte ihm einen fortlaufenden Vortrag über die mathematischen und militärischen Wissenschaften halten. Es ist dieses bis zum Jahre 1829 wirklich geschehen und nach und nach durch sämtliche Elemente beider Disziplinen durchgeführt worden.

Sommers 1824 in Sanssouci zu, und ich wurde dazu bestimmt, ihn zur Fortsetzung des Unterrichtes zu begleiten. Dort habe ich den Kronprinzen kennen gelernt, die bedeutungsvollste Begegnung meines Lebens. Er wandte mir sehr bald eine freundliche Aufmerksamkeit und Teilnahme zu, die von da an in stetem Wachsen geblieben ist. Dreizehn Jahre sind seitdem vergangen, und ich darf sagen, daß sein Vertrauen, seine herzliche Zuneigung sich ohne Wechsel bewährt hat und mir als ein teures Geschenk des Herrn verblieben ist. Ich bin ihm so nahe getreten, wie wenige, und weiß, daß meine Liebe zu ihm sich nicht bloß auf den künftigen Landesherrn, sondern auf den Menschen selbst richtet. Die Außenseite seines Charakters ist bekannt genug; die Welt weiß, daß er sehr viel Geist und Einsicht, daß er Sinn für alles Schöne in den menschlichen Hervorbringungen, eine rege Phantasie und eine oft zur Ungebühr zitierte Leichtigkeit der Auffassung und des Witzes hat. Auch seine Mängel kennt die Welt und kennen seine Feinde genügend; man weiß, daß er über Kleinigkeiten leicht aufbrausend, oft launisch, gegen manche Eindrücke weichlich ist. Aber das wissen wenigere, daß seine Seele eine der edelsten und reinsten ist, daß er in allem und jedem von dem tiefsten Pflichtgefühle, von einem Instinkte des Rechts regiert wird, der mich mit wahrer Ehrerbietung erfüllt hat. Freien Geistes, stets bereit die Wahrheit zu hören, jeden Widerspruch selbst der Lieblingsmeinungen ertragend, gerecht durch und durch, gottesfürchtig und sittsam, so ist derjenige beschaffen, der, wenn Gott will, dereinst diesen bedeutungsvollen Staat, den neuesten des neuen Europa, regieren soll. Bei dem Gedanken an diese Zukunft schwindeln mir die Sinne; es ist mir kein Beispiel bekannt, daß ein Fürst mit diesen Eigenschaften auf einem Throne gesessen habe. Wie er mit seinem absoluten Rechtsgefühl einer Zeit gegenübertreten werde, der eben dieser Begriff völlig abhanden gekommen ist, liegt außerhalb aller menschlichen Voraussicht. Wäre ein eiserner Wille, eine alles beugende Tatkraft mit einem solchen sehnenden, sinnenden, tieffühlenden Gemüte vereinbar, dann würde er die Zeit zwingen, seine Wege zu wandeln, und Europa könnte auf dem sittlich-politischen Gebiete eine ebensolche Umkehr erwarten, wie sie im schlimmen Sinne von Bonaparte ausgegangen. Wie der Kronprinz aber beschaffen ist, so kann ich in trüber Besorgnis kommender Dinge sein Bild nur

im Hamlet finden und in seiner Seele ausrufen: „Die Zeit ist aus den Fugen, weh mir, daß ich zur Welt, sie einzurichten kam."*)

Sonstige Verbindungen in Berlin. Mannigfaltige Bekanntschaften bildeten sich in dieser Zeit. Riedesel hatte mich seiner Schwester Amerika Bernstorff empfohlen und in deren Haus mich heimisch gemacht. Dort lernte ich den Minister Bernstorff**) kennen, der mir bis an seinen Tod das Bild eines würdigen Staatsmannes und ein gewogener Gönner und gütiger Freund gewesen ist. In beiden Bernstorffschen Familien habe ich viel Gutes genossen, Freud und Leid mit ihnen durchgelebt.

Den andern und allerdings noch näheren Mittelpunkt hatte ich in Canitzens. Dort habe ich mich mit Gerlachs, Voß, Schenkendorf***) und den anderen Freunden zusammengefunden, die meinen täglichen Umgang und Verkehr ausmachten. Von niemand habe ich mehr An- und Aufregung empfangen als von Leopold Gerlach; sein Scharfsinn, der sich nach allen Seiten hin eigene Bahnen bricht, hat mich unzählig oft zum Widerspruche gereizt, aber auch da, wo ich auf religiösem oder politischem Gebiete anders denke und empfinde, nie ohne Belehrung entlassen. An Wilhelm v. Gerlach, dem scharfen Denker und felsenfesten Diener des göttlichen Rechtes, habe ich einen treuen und liebevollen Freund erworben und verloren; ich werde nie vergessen, was mir sein teilnehmendes Herz und sein klarer Geist gewesen sind.

Die Abende, die ich Jahre hindurch in diesem Kreise zugebracht, gehören zu denen, die nur durch ein äußerst seltenes Zusammentreffen von Individualitäten und Umständen möglich werden. Einer so großen Masse geistiger Regsamkeit, einer so lebhaften, mit solchen Mitteln ausgestatteten Gymnastik werde ich schwerlich wieder begegnen. Nur bei Menschen, die in allen wesentlichsten Dingen auf gemeinschaftlichem Fundamente ruhen, ist eine fortdauernde und

---

*) Hamlet, Akt I, am Schluß der fünften Szene. Nach der Schlegel-Tieckschen Übersetzung lautet die Stelle:

Die Zeit ist aus den Fugen, Schmach und Gram,
Daß ich zur Welt, sie einzurichten kam.

**) Die Familienverhältnisse der Gräflich Bernstorffschen Häuser sind in den Ergänzungen ausführlicher behandelt.

***) Über die persönlichen Verhältnisse der Brüder Gerlach und der anderen Freunde des Canitzschen Hauses vgl. das 1. Kapitel der Ergänzungen.

zugleich wahrhaft fruchtbare Polemik möglich und rätlich; nur dann verlohnt es der Mühe, mit äußerster Anstrengung und dialektischer Schärfe den abweichenden Ansichten nachzugehen und sie zu bekämpfen. Da wir sämtlich die religiöse Wahrheit nur in der Offenbarung Christi, die politische in der historischen Abspiegelung der göttlichen Gebote im Rechte anerkannten, so war uns dieser gemeinsame Ausgang und Endpunkt stets sicher, und der Protestant konnte dem Katholiken, der Anhänger Maistres*) dem Schüler Hallers so scharf entgegentreten als er wollte, unbeschadet der Liebe und Einigkeit. Dieses geschah denn auch zur Genüge, und Fremden mußte dieses sogenannte Streiten zuweilen als ein Jagen nach Paradoxien, als unnütze Subtilitäten, als Schulspitzfindigkeiten erscheinen, was doch eben nur Folge ernstlichen Eifers für allseitige Wahrheit und sonach nicht ohne mannigfaltigen Segen für alle Teile blieb.

Im Sommer 1824 wurde ich in den Generalstab einrangiert und erhielt durch eine besondere Gnade die Anciennetät, welche ich im hessischen Dienst gehabt, so daß ich einer der ältesten Kapitäns des Korps wurde.**) Im folgenden Jahre gab mir Müffling den Auftrag, die Rhöngegenden zu rekognoszieren und ich sah hierbei Alexis Boyneburg in Städtfeld wieder, sowie auch Schwertzells in Willingshausen.

Dienstverhältnisse. Um diese Zeit erhielten meine Dienstverhältnisse eine namhafte Ausdehnung dadurch, daß ich zu den militärischen Studienbehörden der Armee zugezogen wurde. Die nächste Veranlassung dazu gab der General Rühle v. Lilienstern,***) der eine Veränderung in dem mathematischen Unterrichte der allgemeinen Kriegsschule wünschte und mir deren Bearbeitung auftrug. Ich ging von der Voraussetzung aus, daß neben dem dogmatischen Vortrage eine geregelte Selbstbeschäftigung herlaufen müsse, und stützte hierauf eine eigentümliche Anwendung des repetitorischen Systems, das in Frankreich gebräuchlich ist.

Kriegsschule,*) zwei Jahre später zum Mitgliede der Ober-Militär-Studien-Kommission ernannt.**) Bei der Persönlichkeit anderer, schwacher Beisitzer blieben die Geschäfte des Studienwesens fast ganz auf mir liegen. Was bei der Kriegsschule in der Epoche von 1826 bis 1836 Gutes oder Falsches geschehen, habe ich auf mich zu nehmen, die Änderungen im Lehrplane, das Zufügen neuer und Ausscheiden früherer Unterrichtsgegenstände, die Wahl der Lehrer, die Disziplinaranordnungen. Die Schwierigkeit lag immer darin, in dieser Anstalt, die mit schweren Kosten aus königlichen Mitteln erhalten wurde, wissenschaftliche Zucht und Ordnung zu sichern, ohne sie durch zu strenges Anziehen der Zügel ihres freien Charakters als militärische Universität zu berauben. Früher war bei der lockeren Leitung des Ganzen in ersterer Hinsicht zu wenig geschehen; ich bin, wie mir oft scheinen will, in der Bevormundung der Lehrer und Schüler häufig zu weit gegangen, so daß, obgleich in allen Richtungen mehr Ordnung und Haltung in die Anstalt gekommen, auf der andern Seite manches eingebüßt worden ist.

In der Ober-Militär-Studien-Kommission, deren wesentlichste Aufgabe die Leitung der Divisionsschulen der Armee war, bin ich zu keinen ersprießlichen Resultaten gelangt. Hier war eine durchgreifende Umwandlung des ganzen Examinations- und Beförderungswesens erste Bedingung; sie ist von mir unverdrossen angeregt worden, ohne daß bei dem geringen Interesse der höchsten Behörden der Armee hierin ein Erfolg gehofft werden durfte.

Gleichzeitig mit diesem knüpfte sich auch die Relation mit der Artillerie an, die mir später zur Hauptsache wurde. Man war damals mit der Artillerie-Prüfungs-Kommission, welcher die Beratung und Ausführung der Versuche über alle Veränderungen in der Artillerie oblag, sehr unzufrieden und glaubte, daß keine zweckmäßigen Wahlen hierzu getroffen worden seien. Peucker,***) der im Kriegsministerium die Artillerieangelegenheiten bearbeitete, war auf den Gedanken gekommen, mich zu dieser Kommission zu setzen, und hatte hierfür

*) 12. Oktober 1826. — **) 2. Januar 1829.

***) [illegible]

den Kriegsminister Hake und den General Müffling gewonnen.*) Hierdurch kam ich zuerst in nähere Berührung mit dem Prinzen August**) als Chef der Waffe. Er hatte alle Ursache, durch diese Kabinettsorder überrascht zu sein, da er gar nicht darum gewußt, und es sehr ungewöhnlich blieb, einen fremden Offizier in diese oberste beratende Behörde der Artillerie zu setzen. Dennoch empfing er mich mit Wohlwollen, das sich im Laufe der Zeit zu einer günstigen Gesinnung und einem Vertrauen gesteigert hat, dem er bis zum gegenwärtigen Momente stets treu geblieben ist.

Hieran knüpften sich nun noch mehrere Beziehungen ähnlicher Art; ich wurde Mitglied der Studien-Kommission der vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule, und auch zu der Kommission berufen, welche, aus höheren Offizieren der Waffe bestehend, die Erteilung und Beurteilung der jährlichen Preisaufgaben der Artillerie zum Gegenstand hatte. Desgleichen ernannte mich der König zum Mitgliede der Examinations-Kommission für die angehenden Kapitäns der Artillerie.

Da ich an allen Arbeiten dieser Kommission meiner Pflicht und Neigung nach lebhaft teilnahm, so fehlte es mir nicht an fruchtbarer Beschäftigung. Wie es aber eine sichere Erfahrung ist, daß in demselben Maße, wie die Ansprüche wachsen, auch Lust und Fertigkeit zunehmen, so blieb mir neben allem diesen noch Zeit genug zu eigener Beschäftigung und Studien vielfacher Art. Ich fing damals an, über alle Gegenstände, die mich auf dem politischen, religiösen oder literarischen Gebiete lebhaft berührten, meine Gedanken niederzuschreiben. Sachen, die ich erlebt, gelesen oder besprochen, die mir am meisten nahe gegangen, wurden zu kleinen Abhandlungen, in denen ich, mir selbst gegenüber, mich ganz unverhohlen aussprechen konnte. Diese Gewohnheit hat bis jetzt fortgedauert; meine Kinder werden eine Reihe von beschriebenen Blättern finden, die das Beste enthalten, was ich gedacht und gewußt. Ich wünsche, daß diese Fragmente, wenn ich selbst nicht dazu gelange,

*) Die Berufung in die Artillerie-Prüfungs-Kommission war bereits am 27. April 1826 erfolgt.

**) Prinz August Friedrich Wilhelm von Preußen, der jüngste Sohn des jüngsten Bruders von Friedrich dem Großen, Prinzen Ferdinand, geb. am 19. September 1779, seit 1808 Chef der Artillerie.

nach meinem Tode passend geordnet und gedruckt werden, indem ich sie als ein Gedächtnis und Abdruck eines beträchtlichen Teiles meines irdischen Daseins betrachten darf.*)

Daneben bearbeitete ich ein mathematisches Werk, das meinem Plan nach ein allgemeines Hilfsbuch für diejenigen werden sollte, welche sich mit der Ausübung der Mathematik beschäftigen. Der erste Teil desselben ist im Frühjahre 1827 unter dem Titel: Die Formeln der Geometrie und Trigonometrie bei Dümmler in Berlin erschienen. Er fand eine günstige Aufnahme, und ich beabsichtigte allmählich diese Arbeit über das ganze Gebiet der reinen und angewandten Mathematik auszudehnen. Meine späteren Verhältnisse haben nicht gestattet, dieses Geschäft, das Zeit und Mühe in hohem Grade in Anspruch nimmt, bis jetzt auszuführen.

Eine andere Arbeit von sehr verschiedener Art habe ich zu derselben Zeit aus besonderer Neigung für die Symbolik in der Kunst unternommen, — eine Zusammenstellung aller Nachrichten, die ich über die bildliche Darstellung der Heiligen, über ihre Patronate usw. in Kunstwerken und der hagiographischen Literatur auffinden konnte. Sie hat mir viel Vergnügen gemacht und ist einige Jahre später bei Dümmler unter dem Titel: Ikonographie der Heiligen gedruckt worden.**)

Der Kurprinz in Berlin. Unterbrochen wurde diese ruhige Zeit durch die plötzliche Ankunft des Kurprinzen in Berlin. Den 26. September 1826 wurde ich in das Wirtshaus gerufen, in welchem er eben angekommen war, nachdem er Kassel infolge eines heftigen Zwiegesprächs mit seinem Vater heimlich verlassen und ohne Aufenthalt, nur von einem Jäger begleitet, nach Berlin geeilt war. Sein Entschluß war mir gänzlich unvermutet, da ich nur eine sehr seltene Korrespondenz mit ihm geführt hatte; man hat mich ganz irrig in dem Verdacht gehabt, darum gewußt zu haben. Er erklärte mir, daß

*) Ein großer Teil dieser „Fragmente" ist von Radowitz selbst in dem 4. und 5. Bande seiner Gesammelten Werke (Berlin, Georg Reimer, 1852/53) herausgegeben worden.

er aus Furcht, mit dem Kurfürsten zu den äußersten Exzessen zu gelangen, geflohen sei und von mir Rat und Hilfe verlange.

Das System, von welchem ich bei fernerer Behandlung seiner Angelegenheit ausging, war, seine Entweichung, die als einzelner Akt nie zu rechtfertigen war, lediglich als Schlußpunkt eines vorhergegangenen, jahrelang vorbereiteten Zerwürfnisses in der kurfürstlichen Familie darzustellen. Günstig war hierbei, daß die Kurfürstin sich zu derselben Zeit außerhalb Hessens bei ihrer Schwester, der Königin der Niederlande,*) befand, und daß sie sich leicht bestimmen ließ, ihre Sache mit der des Prinzen zu vereinigen. Beide riefen daher die Vermittelung des Königs an, damit die durch die Gewalttätigkeiten des Kurfürsten gänzlich zerrütteten Familienverhältnisse fest reguliert und ihnen Sicherheit in denselben gewährt werden möchte. Als Grundlagen hierzu bezeichneten sie die Verwilligung einer Residenz außerhalb Kassel, entweder zu Hanau oder Fulda, einer getrennten Hofhaltung, ausreichender Dotation und vor allem eines zugesicherten Schutzes gegen die Wiederholung der Anmutungen des Kurfürsten in bezug auf die Reichenbach. Wenn der Kurfürst nicht bewogen werden könnte, diese Zugeständnisse zu machen, so müßte die Absicht des Prinzen dahin gerichtet sein, daß ihm der König eine anständige Existenz in den preußischen Staaten gewährte, in welcher er eine veränderte Gesinnung seines Vaters erwarten konnte.

Auf diese Ziele sind alle Verhandlungen hinausgegangen, welche ich fast zwei Jahre hindurch für den Prinzen und die Kurfürstin geführt habe. Alles kam mir darauf an, den Prinzen streng auf dieser Linie zu halten und ihn sorgsam vor Fehlgriffen zu bewahren. Dem Kurfürsten gegenüber mußte er seine Ansprüche mit Festigkeit verfechten, ohne dabei im mindesten die Ehrerbietung zu verletzen, welche er ihm schuldig war; seine Widersetzlichkeit durfte nie als Ungehorsam, sondern immer nur als durch die Handlungen des Kurfürsten aufgedrungen erscheinen.

schlägen an, so sehnlich ich auch gewünscht hätte, daß er eines eigenen selbständigen Urteils fähig gewesen wäre. Aus diesem steten Zusammenleben erwuchs seinerseits ein Grad von faktischem Vertrauen und Hinneigung, der, wie es in seiner Art liegt, keine Grenze hatte. Seine Lieblingsbeschäftigung war, sich die Zukunft auszumalen, wo er zur Regierung kommen werde. In diesen Plänen nahm meine Person eine der glänzendsten Stellen ein; er wollte mich zum Chef seines Ministeriums machen, in den Grafenstand erheben, mit ansehnlichen Gütern belehnen usw. War dieses alles auch nur Äußerung seiner günstigen Meinung von mir, so meinte er es doch damals ernstlich genug.

Die ersten Anfänge waren noch günstig genug; der König erklärte, daß er ihn schützen werde, gab ihm Wohnung im Schlosse und die nötigen Geldsummen zu seinem Unterhalte. Der General Haynau,*) der von dem Kurfürsten abgeschickt war, um ihn zurückzufordern, mußte unverrichteter Sache heimkehren. Mit lebhaftem Interesse und edler Teilnahme faßte der Kronprinz die Sache auf; er ging ganz auf den Standpunkt ein, den ich ihm vorlegte: daß man hier nicht die Person, sondern die gerechte Sache ansehen müsse. So tat er, was er nur irgend vermochte, um den Kurprinzen und die Kurfürstin zu unterstützen und zugleich durch Umgang und freundliche Zurede den ersteren aufzurichten. Ich besitze den Brief, den er dem Kurprinzen vor dem Genusse des heiligen Abendmahles schrieb;**) ein Denkmal seines christlichen Ernstes. Überhaupt ist der rege Verkehr, den ich mit ihm über den Kurprinzen gehabt, die Veranlassung mancher unvergeßlichen Zwiegespräche für mich geworden; ich würde dieses allein schon für reichen Lohn erachten.

Bald nahmen die Verhandlungen einen für den Kurprinzen immer ungünstigeren Charakter an. Aus Bernstorffs Händen gingen sie immer mehr in die von Wittgenstein über, und Schlimmeres konnte ihnen nicht begegnen. Im Herzen dem Kurfürsten, seinem alten Gefährten, zugetan, alle Weiterungen wegen der Maitressen-Regierung für unnützen Eigensinn erachtend, verfolgte er nur das

einzige Ziel, den Prinzen und die Kurfürstin so bald als möglich wieder nach Hessen zurückzuschaffen, gleichviel unter welchen Umständen. Hierin begegnete er sich insofern mit dem Könige, daß diesem die Anwesenheit des Kurprinzen lästig war, und er der ewigen Rederei über die hessische Sache enthoben sein wollte. Da nun der Prinz unmöglich darauf eingehen konnte, sich mit gebundenen Händen und ohne alle Bürgschaft zurückliefern zu lassen, so entspann sich hieraus ein immer unangenehmerer Zwiespalt der Absichten und Interessen.

Um hierin einen Abschnitt zu machen und sich mit seiner Mutter zu besprechen, unternahm der Prinz am 3. Juli 1827 eine Reise nach Laeken bei Brüssel. Ich begleitete ihn nebst dem Oberstleutnant Trützschler, den der König zur Dienstleistung bei dem Prinzen bestimmt hatte. Mannigfaltigen kleinen Ärger abgerechnet, den die Verkehrtheit und Albernheit des Prinzen erzeugte, war die Reise interessant genug. Da Hessen sorgfältig umgangen werden mußte, so führte die Reise über Leipzig, Nürnberg, Würzburg, Heidelberg, Mannheim nach Mainz, von da auf dem Rheine nach Köln, und ferner nach Brüssel. Die Königlich Niederländische Familie befand sich mit der Kurfürstin in Laeken; dort verweilten wir mehrere Wochen. Das Treiben an diesem Hofe war mir interessant, aber damals schon konnte ich mich der Besorgnis nicht erwehren, daß so fremdartige und feindselige Elemente nicht zusammenzuhalten imstande seien. Da der Prinz mir die Disposition über die Reise gelassen hatte, so bestimmte ich ihn zu einem Abstecher nach London. Wir gingen über Antwerpen nach Rotterdam, schifften uns dort ein und trafen den 1. August in London ein. So kurz unser Aufenthalt war, so wurde er doch so gut benutzt, als es bei des Prinzen geringer Teilnahme möglich war. Von Rotterdam aus nahmen wir den Weg über Amsterdam nach Utrecht, und da mich Friesland seiner besonderen Beschaffenheit wegen immer interessiert hatte, ferner über Zwolle nach Gröningen, dann nach Oldenburg und Bremen und über Hamburg zurück nach Berlin, wo wir am 22. August wieder eintrafen

schwieriger werden würde, die Existenz des Prinzen in Berlin fortzuführen. Seine Persönlichkeit war der ganzen königlichen Familie entschieden unangenehm, und mit Ausnahme des Kronprinzen wurde er von allen falsch behandelt, in kleinen Dingen geärgert und gereizt. Ebensowenig gingen die Verhandlungen mit dem Kurfürsten, in welche sich nun auch der österreichische Hof gemengt hatte, vorwärts. Wittgenstein hatte hierin völlig freie Hand und bediente sich deren ausschließlich zu dem Zwecke, den Kronprinzen loszuwerden.

Meine Absicht beschränkte sich unter diesen Umständen darauf, daß der Prinz einen Aufenthalt in Preußen, aber außerhalb Berlins finden, in Dienst und Beschäftigung treten und so zugleich Schutz und Aufsicht finden möchte. Aber auch hierzu bot niemand aufrichtig die Hand, der Prinz selbst hatte zwar Lust, preußische Uniform zu tragen, aber nicht, sich bestimmten Pflichten zu unterziehen. Statt dessen wurde beliebt, daß er sich nach Bonn begeben solle, wo seine Mutter sich inzwischen etabliert hatte, um dort seine weiteren Verhandlungen mit dem Kurfürsten zu führen. Ich konnte hieraus nichts Gutes augurieren und bin mir bewußt, daß es wahrlich nicht der Wunsch war, ihn in Händen zu behalten, der mich zu dieser Abneigung bestimmte. Einen Menschen wie den Kurprinzen unter diesen Umständen sich selbst zu überlassen, ohne die Stütze eines solchen, dem er zugleich vollkommen vertraute und gehorchte, hieß ihn allen Gefahren seiner schlimmen Individualität preisgeben. Vergebens warnte ich; er reiste im Oktober 1827 ab. Unsere Trennung war sehr beweglich; wir hatten so viele schwere Augenblicke zusammen durchgelebt.

Nach Bonn schickte der König den General Natzmer*) als Vermittler, der aber, da er weder genügende Bedingungen seitens des Kurfürsten noch Sicherheit bieten konnte, kein Resultat erreichte. Das Verhältnis des Prinzen zu den in Berlin verfolgten Absichten wurde immer gespannter, die Korrespondenz, die ich nach meiner innersten Überzeugung zu führen hatte, immer unangenehmer. Wie drückend und geteilt meine eigene Empfindung hierbei sein mußte, leuchtet ein. Wittgenstein mochte indessen zu der Meinung gekommen

*) [illegible]

sein, daß, um den Prinzen zu nötigen, sich seinem Willen zu fügen, es erforderlich sei, ihn zu isolieren; ich erhielt daher im Januar 1829 eine an den General Müffling gerichtete Kabinettsorder, durch welche mir geboten wurde, entweder nur im Sinne der königlichen Intentionen ihm zu raten, oder mich jedes ferneren Teiles an dieser Gelegenheit zu enthalten. Natürlich wählte ich das letztere, da ich die Art, wie man diese Sache behandelte, durchaus nicht zu billigen vermochte, ohne mein Gewissen zu verletzen.

Meine Trennung von dem Kurprinzen. Die mir gesteckte Unmöglichkeit, dem Kurprinzen ferner nützlich zu sein, würde ich noch schmerzlicher empfunden haben, wenn nicht inzwischen sein eigenes Leben mich von ihm getrennt hätte. Die Nachrichten, daß er in Bonn eine Verbindung mit der Frau des Leutnants Lehmann*) angeknüpft habe, kamen anfänglich nur dunkel zu mir, bis ich hierüber von seinem Hofstaatssekretär Schlegel bestimmtere Kenntnis erhielt. Ich bin die ganze Reihe der Mittel mit ihm durchgegangen, welche mir zu Gebote stehen konnten, anfänglich indirekte Warnungen, dann bestimmtere Vorstellungen und Ermahnungen. Alles vergebens. Er selbst fühlte, wie ich ihn und sein Leben beurteilen müsse, und machte den Versuch, im August 1829 dieser Mahnungen dadurch sich zu entledigen, daß er verlangte, ich solle mich als Hofmarschall zu ihm begeben, um mich dadurch meiner selbständigen Stellung ihm gegenüber zu berauben. Ich lehnte diese unter seinem jetzigen Zustande ganz unzulässige Anmutung ab. Da er sich hierüber unwillig ausließ, so erklärte ich ihm am 13. September 1829 fest und unverhohlen, daß ich, da es mir nicht vergönnt sei, ihn zu retten, mich nicht durch ferneres, wenn auch stillschweigendes Dulden seiner Vergehen zum Mitschuldigen derselben machen dürfe und wolle. Bekanntlich hat er nachher Bonn verlassen, mit der Lehmann eine morganatische Ehe eingegangen, und ist, da er nun mit dem Kurfürsten auf gleicher Linie stand, leicht mit ihm übereingekommen, nach Hessen zurückzukehren. Die durch das Beispiel der Julirevolution erregten Bewegungen haben

des Kurfürsten die alte Anhänglichkeit vertilgt hatte. Dieser wich feige vor geringfügigen Aufständen in Kassel und übertrug seinem Sohne die Regierung.*) Wie er diese geführt, wie er alle Infamie gegen die Kurfürstin, seine arme Mutter, geübt und hierin selbst den Kurfürsten überboten hat, ist bekannt. Mehrere meiner älteren genauen Bekannten, wie Trott und Hassenpflug,**) haben den Versuch, ihm zu dienen, nach vielem Kummer und Unbilden aufgeben müssen. Mir selbst hat er seitdem stets den Haß gezeigt, der nach allem Vorhergegangenen sehr erklärlich ist. Als ich im Jahre 1835 nach zwölfjähriger Abwesenheit Kassel zuerst wieder betrat, um Canitz, der dort Gesandter geworden, und Schwertzells wiederzusehen, steigerte der Kurprinz-Regent sich bis zu der Absurdität, seinem Hof und Angestellten verbieten zu lassen, mich zu sehen.

Liebe und Ehe. Um den Zusammenhang nicht zu unterbrechen, bin ich der Entwickelung meines Verhältnisses zu dem Kurprinzen bis an dessen Ende gefolgt, und kehre nunmehr zu erfreulicheren Dingen, ja zu den erfreulichsten meines ganzen irdischen Lebens zurück. In dieser Zeit bin ich meiner geliebten Frau zuerst ansichtig geworden und habe durch Gottes Fügung ihr Herz und ihre Hand empfangen.

Soweit ich zurücksinnen kann, hatte der Gedanke, ob ich je dazu gelangen würde, mich zu verheiraten, bis dahin mich nicht beschäftigt. Durch ein inneres unabweisliches Herzensbedürfnis war er mir nie auferlegt worden, im äußerlichen Leben hatte sich ein solches Bedürfnis mir ebensowenig fühlbar gemacht. Häusliche Annehmlichkeiten habe ich nie überschätzt; was mir wünschenswert hätte sein können, im eigenen Hause zu finden, die liebevollste Aufnahme und die strengste sorgsamste Ordnung, leistete überdem

*) Die Übertragung der Regierung auf den Kurprinzen erfolgte in Form einer Mitregentschaft am 30. September 1831.

**) Friedrich v. Trott zu Solz, geb. 1778, seit 1833 Minister des Auswärtigen, nahm 1836 infolge von Differenzen mit dem Kurprinzen seinen Abschied. — Hans Daniel Ludwig Friedrich Hassenpflug, geb. 1794, seit 1832 Minister der Justiz und des Innern. Ein Konflikt mit dem Kurprinzen veranlaßte ihn, im Juli 1837 den kurhessischen Staatsdienst aufzugeben.

meine teuere Mutter, die hierin ganz lebte, mehr als erforderlich. Treue Liebe und innere Gemeinschaft hatte ich bei meinen Freunden gefunden, mehr schien mir nicht notwendig, und ich entbehrte durchaus nichts.

Ich sah meine liebe Marie*) zuerst im Mai 1826 bei Rochows,**) dann einigemal im Winter von 1826 auf 1827 im Hause des Ministers Bernstorff. Der Eindruck, den sie mir machte, war sofort entscheidend; bekanntlich läßt sich die wahre Liebe nicht auf Ursachen und Gründe zurückführen; ich wurde von Mariens Äußerem wie von ihrem ganzen Wesen, von ihrer ganzen Erscheinung, in einer Weise getroffen, die, von allem Erlebten durchaus verschieden, mich lehrte, daß etwas über mich gekommen sei, das ich bisher nie gekannt.

Ich lernte auch ihre Eltern kennen; ihre freundlichen Einladungen, sie zu besuchen, scheiterten an zufälligen Umständen. Fast ein Jahr lang, während welchem Marie größtenteils abwesend war, verlor ich sie aus dem Gesichte, aber nie aus dem Gedanken.

Den äußeren Anstoß, sie in ihrem Hause aufzusuchen, gab der Kurprinz, der, von Berlin abwesend, mir einen Auftrag an ihre Mutter, die mit der Kurfürstin vertraut befreundet ist, gab. Ich betrat ihr Haus zuerst am 31. Oktober 1827; im ganzen sah ich sie wenig und hatte noch seltener Gelegenheit mit ihr zu reden; die wenigen Worte aber, die wir gewechselt, blieben bei dem Allgemeinsten stehen und deuteten mit nichts auf ein näheres Verständnis. Dennoch blieb ihr nicht verborgen, daß meine ganze Seele ihr angehöre, aber auch mir leuchtete die Gewißheit immer mehr, daß ihr teures Herz sich zu mir wende.

Ich würde vielleicht länger in mir selbst geschwankt haben, ob ich vortreten solle, wenn nicht Mariens Vater im Dezember 1827 seine Versetzung als Gesandter nach Neapel erhalten hätte. Nur wenige Monate noch durfte ich hoffen, Marien sehen zu können; entweder

mußte ich sprechen oder auf immer in meine Seele vergraben, was sie jetzt ausschließlich erfüllte. Inzwischen hatte Marie durch Christiane Canitz erfahren, was beide längst in meinem Herzen gelesen hatten; nicht bei ihr, aber bei ihrer Familie, die auf demselben Wege Kenntnis über meinen Zustand erhalten hatte, war großes Schwanken über die zu fassenden Entschlüsse.

Ich hatte das Haus der Eltern mehrere Tage gemieden, als ich Marien am 13. Februar 1828 auf einem Ball bei dem Herzog Carl v. Mecklenburg*) in Monbijou traf. Als sie mir in einem unbewachten Momente mitten im Gedränge der Tanzenden vorhielt, daß ich lange nicht gekommen sei, frug ich sie ganz kurz, ob sie wolle, daß ich morgen an ihre Mutter schreibe; sie antwortete entschieden ja, und diese kurzen abgebrochenen Worte waren unsere Verlobung. In tiefer Bewegung kam ich zu Hause, schrieb noch in derselben Nacht an ihre Mutter, da ihr Vater an diesem Tage nach Neapel abgereist war, legte ihr meine Liebe vor und bat um Mariens Hand. Ich erhielt die Erwiderung, daß ich am Nachmittag kommen und die Antwort selbst holen solle. Die gute Mutter, deren vortreffliches Herz ich bei allem diesen nicht genug preisen kann, war eigentlich in sich schon ganz für unsere Wünsche entschieden; sie wollte aber Aufschub und vorläufige Beruhigung und forderte beides von mir; da drang meine geliebte Marie in das Zimmer hinein und legte sich an mein Herz, das sie seitdem nicht wieder von sich gelassen; die Mutter segnete, was Gott sichtbarlich zusammengefügt.

Der ganze Hergang war, da ich von sogenanntem Courmachen nie etwas gehalten, vor den Augen der Welt völlig verborgen geblieben und machte daher Aufsehen genug. Ehe ich jedoch meine geliebte Braut in mein Haus einführen konnte, sollte, damit ich an die Vergänglichkeit auch dieses Glücks tief erinnert würde, mich vorher noch ein sehr schmerzlicher Verlust treffen.

Tod meiner Mutter. Meine teuere Mutter, die sanft ihr stilles, zufriedenes, nur auf ihr Haus beschränktes Leben ohne erhebliche Leibesbeschwerden fortgelebt hatte, war seit dem Oktober 1827 fortwährend leidend gewesen. Ihre Krankheit begann mit einer

Lungenentzündung, und als diese gehoben war, trat ein eigentümliches langwieriges Leiden der Brust ein, das sich auch äußerlich durch große schmerzlose Abszesse kundgab. Dazu kam eine bedeutende Schwäche, die keiner ärztlichen Behandlung weichen wollte. Mitte Februar waren ihre Kräfte bereits so gesunken, daß ich es nicht wagen durfte, ihr Marien, der sie mit inniger Liebe entgegensah, zuzuführen. Mein Gefühl wurde zwischen dem Glücke meines Brautstandes und der Besorgnis über meine Mutter gewaltsam hin und her geworfen. Doch war nach der Meinung der Ärzte eine dringende Lebensgefahr noch nicht vorhanden. Am 28. Februar morgens aber, als ein ihr sehr ergebenes Mädchen, das die Nacht neben ihrem Bette schlief, sie einen Moment verlassen hatte, fand dieses sie beim Wiedereintreten in Erstarrung liegen. Sie rief mich; ich eilte herbei und fand meine geliebte Mutter sanft und ohne alles körperliche Weh verschieden.

Am 20. Oktober 1766 geboren, war sie nicht volle 62 Jahre alt geworden. Meine heiße Liebe, mein innigster Dank und nie erlöschende Erinnerungen folgen ihr nach, bis ich wiederum mit ihr vereinigt sein werde.

In stiller Trauer verflossen die nächsten Monate; unser Brautstand wurde abgekürzt, da Mariens Mutter sich zur Reise nach Neapel rüsten mußte. Ich verließ das Gebäude der Kriegsschule, in welchem ich seit Ostern 1827 gewohnt, und nahm eine Wohnung im Vossischen Hause am Wilhelmsplatze. Der 23. Mai 1828 war unser Hochzeitstag, zu dem ich mich durch ernste Selbstprüfung und den Genuß des heiligen Abendmahls vorbereitete. Meine liebe Schwiegermutter bestand nicht auf der absurden Formalität einer doppelten Trauung, und so wurden wir in der katholischen St. Hedwigskirche durch den Oberkaplan Kux eingesegnet. Gegenwärtig waren außer Mariens Mutter, Geschwistern und nächsten Verwandten nur Christiane Canitz,*) Julchen Obstfelder,**) die treue Freundin und Erzieherin Mariens, und Bettine Savigny,***) ihre Jugendfreundin.

---

*) Vgl. S. 12. — **) Fräulein Julie v. Obstfelder, Erzieherin im Gräflich

Dienstverhältnisse. Beförderung zum Chef des Generalstabs der Artillerie. Von 1828 an hat meine äußere Laufbahn einen raschen Aufschwung genommen. Am 30. März 1828 wurde ich zum Major befördert, ohne daß hierdurch anfänglich meine dienstliche Stellung verändert worden wäre. Die Relationen aber, die ich zur Artillerie und zum Prinzen August insbesondere hatte, knüpften sich immer enger. Als im November 1829 der König, durch Zwistigkeiten zwischen dem Prinzen und dem Kriegsminister veranlaßt, eine höhere Kommission zur Prüfung militär-wissenschaftlicher und technischer Gegenstände ernannte, die aus den Chefs der Artillerie, der Ingenieure, des Generalstabs und des Unterrichtswesens nebst einigen anderen Generälen bestehen sollte, wurde ich dem Prinzen als Präses zum Protokollführen beigegeben.

Hierin und in dem bestimmten Wunsche des Prinzen, welchen der Kriegsminister gleichfalls hegte, liegt der Grund, daß ich am 14. Februar 1830 an der Stelle des Obersten Scharnhorst,*) mit welchem der Prinz sehr unzufrieden war, zum Chef des Generalstabs der Artillerie ernannt wurde, anfänglich interimistisch, da ich im Generalstabe noch mehrere ältere Stabsoffiziere zu Vorderleuten hatte, später definitiv. Bei meiner niedrigen Anciennetät war dieses ein sehr ungewöhnlicher Fall und ein viel beneidetes Glück; die Stellen der Chefs der Generalstäbe sind die höchsten, welche in dieser Richtung des Dienstes erreicht werden können, sie gewähren den Rang und die Emolumente eines Regimentskommandeurs.

Wie groß oder gering mein Wirkungskreis werden würde, hing allerdings von der Lage ab, in welcher ich mich dem Prinzen August gegenüber befinden würde. Ich habe diesem Prinzen nahe genug gestanden, um ihn genau zu bezeichnen. Seine glänzenden Eigenschaften bestehen in einer großen Liebe zum Dienst und insbesondere zu der preußischen Artillerie, einer ungemeinen Tätigkeit und einer gewissen Gesinnung, die man am besten durch Offiziersehre bezeichnen kann. Er ist eines unbegrenzten Vertrauens fähig, sehr dankbar für geleistete Dienste und bemüht, diese Dankbarkeit auch durch die Tat zu beweisen. Daß alles gut gehen möge innerhalb

seines Bereiches, ist sein ernstliches Bestreben, man kann keinen besseren Willen und größere Diensttreue haben. Seine Schattenseite lag in einer bodenlosen Hast, die ihm nicht gestattete, irgend einen Gegenstand zusammenhängend zu betrachten und zu behandeln. Trotzdem muß ich stets wieder darauf zurückkommen, daß ich ihm für sehr viel genossenes Gutes dankbar ergeben bin und stets bleiben werde.

Da er mir sein volles Vertrauen geschenkt hatte, so war meine Wirksamkeit eine so ausgedehnte, wie sie nur irgend die preußische Artillerie darzubieten vermag. Nach bester und innerster Überzeugung und einer so reiflichen Prüfung, als meine Kräfte zuließen, hatte ich die Gebrechen der Waffe sowohl im Personellen als im Materiellen zu erforschen gestrebt und hierüber mit den erfahrensten und zuverlässigsten Offizieren innerhalb und außerhalb der Artillerie sorgsame Rücksprache zu nehmen nicht unterlassen.

Diese Gebrechen zu heben, ist die Absicht gewesen, welche ich mir das Zeugnis geben darf, sechs Jahre hindurch unablässig verfolgt zu haben. Mit Anstrengung aller Kräfte, unter täglichen Hinderungen, die sich sowohl in der Artillerie selbst als in den höchsten Instanzen vorfanden, bin ich diesen Zielen nachgegangen und habe mindestens das Beste gewollt, auch wo ich in der Wahl der Mittel fehlgegriffen.

Es wurde mir bald deutlich, daß eine große Behutsamkeit und ganz unbefangenes Urteil dazu gehöre, um bei den obwaltenden Mängeln zu unterscheiden, was hieran eine Umänderung unbedenklich zulasse und was hiergegen mit der geschichtlichen Eigentümlichkeit der preußischen Artillerie so tief verwachsen sei, daß man vorhandenes Gute zerstören müsse, um zu einem möglichen Gewinne zu gelangen. Ich habe in diesen ausgebreiteten Erfahrungen wiederum einsehen lernen, daß es in den praktischen Dingen der Menschen eben nichts absolut Gutes gebe, sondern daß alles in Beziehung auf Zeit und Umstände betrachtet werden müsse. Die vortrefflichen in dem Wesen der preußischen Artillerie liegenden Elemente, die diese eben von anderen Armeen oder von einem bloß fiktiven Begriffe unterscheiden und daher ihren eigentlichen Geist ausmachen — dies sorgsam zu erhalten und alle Reformen

immer nur aus dem Gegebenen hervorwachsen zu lassen, dieses ist der Standpunkt gewesen, welchen ich gesucht habe jederzeit festzuhalten.

Ich bin von zwei Seiten bitter getadelt worden. Diejenigen unter den älteren Offizieren, welche in großer Beschränktheit aufgewachsen, auch die notwendigsten Verbesserungen überflüssig hielten, sahen mich als einen Theoretiker an, der ohne Kenntnis von dem Detail des Dienstes nur nach sogenannten wissenschaftlichen Grundsätzen denke und handle. Die Mehrzahl unter diesen sonst achtbaren Männern bin ich dennoch imstande gewesen mit meinen Tendenzen zu versöhnen, so daß sie mir mindestens nicht das Anerkenntnis redlichen und konsequenten Willens versagt haben; bei nicht wenigen wandelte sich sogar ihre frühere Abneigung in Achtung und Wohlwollen um. Weit mehr Schwierigkeit habe ich bei denen gefunden, die ohne Rücksicht auf alles in der preußischen Artillerie Gegebene von nichts träumten als Zerstörung des Vorhandenen und Umwandlung nach irgend einem ausländischen Muster. Es waren dieses Leute, die, wie Diest*) und Scharnhorst, dem Wesen der preußischen Artillerie zu wenig Rechnung trugen, oder die wie Duvignau**) mit blinder Vorliebe für die englisch-französischen Institutionen alles Einheimische verfolgten. Diese Personen, die mir nicht wie ihren altpreußischen Gegnern die wissenschaftliche Basis absprechen konnten und wollten, mußten mich daher als einen rein persönlichen Widersacher ihrer revolutionierenden Absichten ansehen.

Unter allen diesen großen Schwierigkeiten ist in dieser Zeit doch vieles und vorteilhaftes geschehen. Im allgemeinen bezeichne ich hier nur die wesentlichsten Veränderungen: die Einführung mehrerer neuer Kaliber der Festungsartillerie, die Formation des Belagerungstrains, die Einführung der exzentrischen Geschosse und der Schrapnells, die Umgestaltung des Unterrichtswesens, die Veränderungen in den Prüfungen, die Formation der schweren Haubitzbatterien. Als begonnen, aber noch zur Zeit unvollendet ließ ich

———

zurück: die Erleichterung der Feldartillerie, die Einführung der Perkussionszündung, die neuen Welllafetten, die Umarbeitung des Exerzier-Reglements, die Regulierung der Revision des Materials. Das Raketenwesen nebst seinen Nebenzweigen der Gewehrraketen und Espingolen ist ausschließlich von mir bearbeitet worden; hier habe ich mehr noch als anderswo mit dem übeln Willen anderer Personen und Behörden zu kämpfen gehabt.

Bei den zur Generalinspektion gehörigen Personen und sonstigen Untergebenen habe ich im allgemeinen gute Absichten und häufig dankenswerte Unterstützung gefunden; die drei letzten Adjutanten des Prinzen, Hahn,*) Knobloch**) und Puttkamer***) haben mir sogar eine innige Anhänglichkeit und eine persönliche Ergebenheit gezeigt, die ich als Zeichen annehmen durfte, daß der Weg, den ich ging, mindestens in meiner nächsten Umgebung nicht verkannt werde. Dasselbe kann ich von dem Obersten Plümicke,†) Direktor der Schulen und Prüfungen, sagen, der mir mit treuester Freundschaft zugetan ist, und von manchem andern achtbaren Manne in näheren und ferneren Dienstkreisen.

Reisen. Erfreuliche Begegnisse in der Zeit, die ich in der Umgebung des Prinzen August zugebracht, sind die Reisen, die ich mit ihm gemacht. Die erste sollte im August 1830 nach Paris führen; in Antwerpen erhielten wir die Nachricht der Juli-Revolution und gingen deswegen von Ostende aus nach London. Während dieses zweiten Aufenthaltes in der Weltstadt habe ich noch mehr Gelegenheit gehabt, das Bedeutendste sorgsam zu betrachten. Auch die Bekanntschaft mit dem Hofe in Windsor und eine Reise nach Portsmouth gewährten Interesse und Belehrung. Auf unserm Rückwege erwartete uns noch in Brüssel eine verdrießliche Begebenheit. Wir trafen an demselben Abend ein, wo der Aufstand ausbrach, welcher dem

*) Hahn, Major, aggregiert der Garde-Artillerie-Brigade.

**) Knobloch, bis 1835 Adjutant des Prinzen, Major der Garde-Artillerie-Brigade und Mitglied der Militär-Studien-Kommission.

Könige Wilhelm diese Provinzen kostete.*) Da alle Kommunikationen gesperrt waren, so mußten wir bis zum dritten Tage ausharren und daher den ganzen Hergang der Kämpfe zwischen den Insurgenten und den Truppen durchleben, wozu unsere Wohnung nur zu günstig gelegen war. Selbst der fernere Weg über Löwen nach Mastricht war nicht ohne Bedenken, da fast in allen Orten der Aufstand sich fortpflanzte. Es war die Zeit der Empörungen, die Aufstände in Aachen**) und Braunschweig***) folgten uns auf dem Fuße.

Meine zweite größere Reise war für mich noch werter, denn sie führte mich nach Italien, dem Lande meiner und der Sehnsucht der meisten Menschen. Vom Oktober 1832 bis März 1833 dauerte sie fünf Monate und führte durch die Schweiz über Mailand, Genua nach Rom und Neapel und zurück über Bologna, Venedig, Tirol und München. In Rom und Neapel sind wir an jedem Orte fünf Wochen geblieben, an den andern bedeutendern Orten nur drei bis vier Tage. Da ich mich viel und reiflich vorbereitet hatte, so genügte kürzere Zeit, um viel zu sehen, das Gesehene zu klassifizieren und einzuprägen. Die Vorteile, die ich aus dieser Reise gezogen, sind sehr beträchtlich, und ich werde an den Eindrücken mein Leben hindurch zu zehren haben. Selbst die erlangte Kenntnis der Höfe von Darmstadt, Karlsruhe, Stuttgart, Genua, Florenz, Rom, Neapel, Modena und München hatte ihr besonderes Interesse, und dieses ist das einzige, wozu das Reisen mit einem Prinzen vorteilhaft ist.

Politisch-literarische Tätigkeit. Die Juli-Revolution und ihre Folgen hatten in dem Kreise, in welchem ich lebte, eine große Aufregung hervorgebracht; wir fühlten, daß der Moment gekommen sei, die großen politischen Fehler, welche seit 1815 begangen worden, die gänzliche Ideenlosigkeit der Männer, welche seit fünfzehn Jahren Europas Geschicke geleitet hatten, schwer zu büßen. Ein neuer Abschnitt für die Geschichte des Weltteils war eingetreten und nochmals

*) 24. August 1830.

in Frage gestellt, ob die alten christlich-rechtlichen Elemente des europäischen Staatslebens gänzlich vertilgt werden und einer neuen Gestaltung der Dinge Platz machen sollten. Überall, wohin wir unsere Blicke richteten, begegneten sie nur den betrübendsten Erscheinungen: die schlechte Sache mit Einsicht und Energie verfochten, die gute einer gänzlichen Schwäche und Unfähigkeit verfallen. Den Riesenkräften der Revolution wurden entweder bejammernswerte Konzessionen oder die Maschinerien des Administrations-Despotismus, diplomatische Kombinationen und Polizeimaßregeln entgegengestellt, die sich schon für ruhige Zeiten als ganz unzulänglich ausgewiesen hatten.

Als in Napoleon der Repräsentant und Erbe der französischen Revolution zu Boden lag, war es in den siegenden Kabinetten niemandem in den Sinn gekommen, daß nur dann ein wirklicher Sieg erfochten sei, wenn die Prinzipien dieser Revolution, welche Europa aus den Angeln gehoben hatte, vertilgt und an deren Stelle die Staats- und Lebensordnung der christlich-germanischen Völker wieder befestigt werden. Man fiel über die Beute her, teilte sie und war vor allem darüber einig, sorgsam die Früchte zu bewahren, welche aus dem Boden des revolutionären Staatsrechts gewachsen waren. Die ungeheuere Lücke zu schließen, welche der Untergang des deutschen Kaiserreichs gelassen, wurde durchaus von der Hand gewiesen; jede Regierung erfreute sich der aus Frankreich überkommenen Rheinbundssouveränität und warf wohl noch den Rest der Schranken nieder, welche die Alleingewalt des „Staates" in den alten Rechtsideen und in den privatrechtlichen Existenzen gefunden hatte. Diesem unseligen Beamten-Regiment ist es vorzugsweise zuzuschreiben, daß die überwiegende Mehrzahl derjenigen, welche in politischen Dingen eines eigenen Urteils nicht fähig, aber wohl imstande sind, vorhandene Bedrängnisse zu empfinden, sich den Einflüsterungen der Revolutionspartei zugewendet hat, oder in dem vulgären Konstitutionswesen einen Schutz gegen den Absolutismus der Regierungen sucht. Daß ihnen der revolutionäre Repräsentativstaat denselben Untergang

Die Überzeugung, daß der Kampf gegen die Revolution auf dem geistigen Gebiete fast allgemein durchaus irrig geführt werde, daß man dem Absolutismus der Demagogen nur den Absolutismus der Offizianten gegenüberzustellen wisse, brachte mehrere Gleichgesinnte zu dem Entschlusse, einen Versuch zu machen, den wahren, politischen Doktrinen in größeren Kreisen Eingang zu verschaffen. Der Gedanke, zu diesem Zwecke eine Zeitschrift zu gründen, stieg in mir Mitte des Jahres 1831 auf; ich teilte ihn zunächst dem Professor Jarcke*) mit, einem zur katholischen Kirche übergetretenen jungen Gelehrten, dem ich seit mehreren Jahren in den ihn treffenden Unbilden vielfach Stütze und Rat gewesen war. Er war ursprünglich Kriminalist, hatte sich aber auf meine Veranlassung mehr den politischen Studien zugewendet und meinen Ansichten angeschlossen. Jarcke besitzt eine ungemeine Fähigkeit, die Gedanken anderer aufzufassen, sie systemmäßig auszubilden und in äußerst präziser und eindringlicher Art darzustellen. Zum politischen Zeitschriftsteller ist er geeigneter wie irgend jemand in Deutschland.

Wir machten mit unsern Gedanken die Brüder Leopold, Ludwig und Wilhelm Gerlach und Carl Voß bekannt, und es wurde beschlossen, daß Jarcke vom 1. Oktober 1831 an seine Zeitschrift beginnen und zunächst gar keine Rücksicht auf das Ökonomische nehmen solle. Ich setzte die Eingabe an den König auf, und wir schossen eine Summe zusammen, um die Kosten für ein Vierteljahr ganz unabhängig vom Publikum zu decken.

So entstand das „Berliner politische Wochenblatt", an welchem außer den Obengenannten auch der „Dekan" der Restaurations-Politik, Haller, ferner G. v. Raumer in Berlin, Philipps in München, Leo in Halle, Haxthausen und manche andere tätigen Teil genommen haben. Als Jarcke Ende 1832 Berlin verließ und in die österreichische Staatskanzlei als Rat eintrat, ging die Redaktion an den Major Schultz**) über, der sie nicht mit Jarckes doktrinärem

*) Karl Ernst Jarcke, geb. in Danzig 1801. Ehemaliger Burschenschafter, trat er 1825 zur katholischen Kirche über, habilitierte sich in Bonn und wirkte als Dozent der Jurisprudenz für die Verbreitung der Lehren Hallers.

Talente, aber doch mit großem Geschicke fortgeführt hat. Ich habe in den Jahren 1831 bis 1835 einen sehr lebhaften Teil an dieser Arbeit gehabt, eine Anzahl Artikel, besonders in bezug auf auswärtige Politik in diesen Jahrgängen geliefert und besonders dahin gewirkt, daß das Ganze im Gange und Zusammenhange bleibe; oft nicht ohne große Mühe.

Der Grundgedanke des Wochenblattes, wodurch es sich von allen andern legitimistischen Zeitblättern unterscheidet, ist und bleibt: daß die Revolution die falsche Freiheit sei, daß sie daher nur durch die wahre Freiheit bekämpft werden könne, die hinwiederum nur das Recht sei, nie aber durch den Absolutismus, der, in welche Gestalt er sich auch kleide, in seinen obersten Prinzipien immer wieder auf denselben revolutionären Prinzipien ruhe. Dieses Grundthema ist in den mannigfachsten Formen und Anwendungen und zum Teil in sehr ausgezeichneter Weise behandelt worden.

Wir dürfen glauben, daß die Lehren, welche das Wochenblatt vorgetragen, nicht ohne Erfolg geblieben sind, wenn sich dieser auch der Natur der Sache nach nur auf engere Kreise beschränken muß. In den ersten Jahren zählte es bis zu 900 Abonnenten, was für ein Blatt dieser Tendenz und Art sehr beträchtlich genannt werden muß. In den späteren Jahren hat diese Zahl, aber doch nur im Verhältnis der Journalistik überhaupt, abgenommen. Auf eigentliche Popularität konnte überhaupt nie gezählt werden; schon die engherzige Berliner Zensur machte dies unmöglich, da sie die lebendigere und kräftigere Rede in enge Schranken wies. Ein anderes Hindernis lag in den Verhältnissen der Autoren, die über Preußen, Österreich und Rußland schweigen mußten, so wichtig es gewesen wäre, auch hier die Formen und Äußerungen des revolutionären Prinzips nachzuweisen. Nur ein täglich erscheinendes, mit einer vorzüglich redigierten Zeitung verbundenes Blatt, das aller Zensur überhoben wäre, könnte den guten Doktrinen auch in weiteren Kreisen Eingang verschaffen.

Meine neue Familie. Wenn ich eine Summe meiner Berliner Existenz in dieser Zeit ziehe, so fällt diese überaus günstig aus. Mein häusliches Leben war das glücklichste; wir lebten in einer schönen Wohnung, beide gesund und wohl, und unsere Kinder wuchsen zu unserer Freude heran. Meine Einnahmen waren weit reichlicher, als sie sonst in ähnlichen Dienstverhältnissen gewährt werden; durch die verschiedenen Nebenstellen, die ich bekleidete, stiegen sie auf 3600 Taler, abgesehen von der Summe, welche meine Frau für ihre eigenen Bedürfnisse von ihrer Mutter erhielt.

Freunde. Der Kreis der Berliner näheren Freunde hatte durch Canitzens Entfernung*) und durch das Aussterben des Hauses unsers lieben Wilhelm Gerlach**) schmerzliche Lücken erhalten. Doch blieben uns noch genug, um einen regen Austausch von Gedanken möglich zu machen. Ein neuer vertrauter Umgang eröffnete sich in der Radziwillschen Familie. Die teuere ehrwürdige Prinzessin Louise***) umfing Marien mit wahrhaft mütterlicher Liebe; wie viel sie uns Gutes getan, bleibt uns in unauslöschlicher Erinnerung. Ihre Tochter Elisa†) stand Marien so nahe wie eine Schwester; ein ungeteiltes festes Vertrauen hatte diese vortreffliche Seele voll köstlicher Eigenschaften und Gaben ihr zu eigen gegeben. Von Elisen ging diese zärtliche Freundschaft auch auf ihre jüngere Schwester Wanda††) über; die Brüder zeigten mir Vertrauen und Wohlwollen, selbst der ältere, Wilhelm,†††) dessen eigentümlich schwieriger Cha-

*) Canitz, vgl. S. 23, war 1831 preußischer Militärbevollmächtigter bei der russischen Armee während der Revolution in Polen, begleitete im Sommer 1832 den jüngeren Prinzen Wilhelm nach Petersburg und ging im Herbst 1832 als Gesandter nach Kassel.

**) Die Gemahlin W. v. Gerlachs, Ida geborene v. Chambaud, starb am 10. April 1830.

***) Tochter des Prinzen Ferdinand von Preußen, Schwester der Prinzen Louis Ferdinand und August, geb. am 24. Mai 1770, seit 1796 vermählt mit Anton Fürsten v. Radziwill, geb. 1775.

†) Die Jugendfreundin Kaiser Wilhelms I., geb. 1803.

††) Geboren 1813, vermählt am 12. Dezember 1832 mit dem Fürsten Adam

rakter sonst freundschaftlicher Annäherung wenig zugänglich ist. Wir haben in diesem Hause viel durcherlebt, manche Freude und eine ganze Welt von Trauer. Den Tod des Vaters, Fürsten Anton, den Tod der herrlichen Elisa; der Mittelpunkt unserer Verehrung ist nun mit der Prinzeß Luise auch gefallen.*) Dazwischen Heiraten und Geburten!

Auch das Bernstorffsche Haus, eines der uns nächsten, ist in dieser Zeit von einem hohen Grade menschlichen Glückes bis zur Auflösung gesunken. Der Tod des Ministers im März 1835**) hat mir und Marien einen sehr liebevollen und teilnehmenden Freund geraubt.

Äußere Vorteile. In meinem dienstlichen Leben hatte ich mich der Zufriedenheit meiner unmittelbaren Vorgesetzten in hohem Grade zu erfreuen. Der Prinz August,***) Rauch,†) Holtzendorff,††) Valentini†††) und Luck*†) sind mir stets entschieden gewogen gewesen; an dem General Valentini habe ich mehr wie dieses, einen der treuesten sichersten Freunde verloren.

Auch an äußeren Anerkennungen hat es nicht gemangelt, und es ging damit nach dem Goetheschen Spruche: was man in der Jugend wünscht, hat man im Alter die Fülle.**†) Ich erhielt 1832 den Roten Adlerorden 3. Klasse, 1836 die Schleife dazu. Der Großherzog von Baden gab mir 1832 bei unserer Anwesenheit in Karls-

*) Fürst Anton starb am 7. April 1833, Prinzessin Elisa 27. September 1834, Prinzessin Luise 7. Dezember 1834.

**) 28. März 1835.

***) Generalleutnant, bis 1835 Mitglied der Kommission zur Prüfung militärwissenschaftlicher und technischer Gegenstände.

†) Gustav v. Rauch, geb. 1794, Generalinspekteur der Festungen.

††) v. Holtzendorff, geb. 1764, bis zu seinem Tode 1828 Generalinspekteur der Militärbildungsanstalten.

†††) Georg Wilhelm, Freiherr v. Valentini, geb. 1775, Generalinspekteur derselben Anstalten von 1828 bis 1834.

*†) Hans Philipp August v. Luck, geb. 1775, Chef derselben Generalinspektion von 1834 bis 1844.

**†) Der Sinnspruch, den Goethe dem zweiten Teil von Wahrheit und Dichtung vorangesetzt hat.

ruhe das Kommandeurkreuz seines Zähringer Löwen, der Kaiser Nikolaus 1834 in Berlin den Annenorden 2. Klasse in Brillanten.

Gegenwirkungen. Aller dieser Vorteile und Begünstigungen meiner Berliner Lage unerachtet, konnte ich mir doch nicht verhehlen, an welchen Bedenklichkeiten sie leide, ja daß diese eben im Verhältnis mit ersteren wachsen mußten. Schon im allgemeinen betrachtet, war und blieb ich für viele ein Fremdling in der Armee, der ihre Leiden und Triumphe nicht geteilt; diese Empfindung, die so lange sich indifferent verhielt, als ich in untergeordneten Verhältnissen stand, mußte sich ungemein steigern, als ich, durch besonderes Glück begünstigt, eine ungewöhnlich schnelle Karriere machte und dadurch in Evidenz trat. Versetzte schon dieses besonders die Männer des Jahres 1813, wie Gneisenau,*) Grolman,**) Boyen,***) Lützow†) usw. in Mißstimmung, so hat hierzu meine Persönlichkeit sicher noch mehr beigetragen. Meine politischen wie religiösen Überzeugungen waren ihnen gleich mißfällig; die Art, sie zu äußern, hat ihnen, ohne Zweifel durch meine Schuld, noch mehr Anstoß gegeben. Nach ihren Ansichten mußten sie es sehr bedenklich halten, daß Personen, die sie Ultras nannten, auf die Prinzen Einfluß gewännen, vorzüglich auf den Kronprinzen, den man den liberalen Zeitmeinungen ohnehin ungeneigt wußte. In letzterer Hinsicht begegneten sie sich mit Männern wie Wittgenstein und Witzleben,††) welche mit entschiedenem Mißfallen wahrnahmen, daß der Kronprinz mir ungewöhnliches Wohlwollen zeigte, daß er mich fast wöchentlich in dem engen Kreise seiner Abende sah. Da man bei seinen Gegnern gewöhnlich üble Absichten voraussetzt, so mochte es ihnen scheinen,

*) Der Generalfeldmarschall Karl Graf Neithardt v. Gneisenau, geb. 1760, war bis zu seinem Tode, am 24. August 1831, Gouverneur von Berlin und Präses der Ober-Militär-Examinations-Kommission.

**) Karl Wilhelm Georg v. Grolman, geb. 1777, führte 1835 als Generalleutnant das Kommando des V. Armeekorps und wurde 1837 General der Infanterie.

***) Hermann Leopold Ludwig v. Boyen, geb. 1771, der Mitbegründer des preußischen Wehrsystems, lebte seit seinem Ausscheiden aus dem Kriegsministerium im Dezember 1819 meist auf seinen Besitzungen in Ostpreußen.

†) Generalmajor Baron v. Lützow, bis 1834 Radowitz' Vorgesetzter als Direktor der Allgemeinen Kriegsschule, dann Führer der 9. Division und Kommandant von Glogau.

††) Seit 1833 Kriegsminister.

als wenn ich der Abneigung des Kronprinzen gegen sie auch nicht fremd sei und überhaupt mit zügelloser Ambition nur mir einen Weg für die Zukunft zu brechen suchte. Ich glaube bei reiflicher Selbstprüfung nicht, daß sie hierin recht hatten.

Zu diesen allgemeinen Motiven traten nun noch bestimmte Tatsachen. Die Generalinspektion der Artillerie war mit dem Kriegsminister Witzleben in verdrießliche Diskussionen verwickelt. Neben mehreren kleineren Dingen drehten sie sich hauptsächlich um die Organisation der Artillerietechnik. In diesem Zweige hatten von jeher mancherlei Übelstände geherrscht, die auf falschen Ressortverhältnissen beruhten. Als daher die Hauptstütze des alten Systems, der General Braun,*) 1835 starb, trachtete ich danach, diesen faulen Fleck durch eine umgestaltete Organisation von Grund aus zu heilen. Erste Bedingung hierzu war, die Artilleriewerkstätten und das Revisionsgeschäft ganz von dem Ministerium zu trennen und der Truppe selbst zu übergeben. Hier trat aber das Hindernis entgegen, daß der Vorsteher der Artilleriesektion des Ministeriums, Oberst Peucker,**) sich dem entschieden widersetzte. Er ist sonst einer der brauchbarsten Offiziere und gehörte selbst zu meinen näheren Bekannten. Da Witzleben ihn unbedingt vertrat, so entspann sich ein schlimmer Streit und der Wunsch, mich als die hauptsächlichste Veranlassung desselben zu entfernen.

In dieselbe Zeit fällt es, daß der Oberst Scharnhorst***) bei der Besetzung einer Inspekteurstelle auf Vorschlag des Prinzen August übergangen wurde. Scharnhorst hatte aus den Feldzügen den Ruf eines ausgezeichneten Offiziers mitgebracht, diesen aber später nicht bewährt. Dieses war die bestimmte Ansicht des Prinzen; sie war indessen auch die meinige, und ich habe dieses nie verhehlt. Nur wünschte ich, man möge ihn vorher versetzen, um ihm die, wenn auch wohlverdiente, Unannehmlichkeit zu ersparen. Als dieses aber bei dem Könige und Witzleben durchaus nicht zu erreichen war, und man den Oberst Safft†) ohne weiteres ihm vorzog, wurde ganz unbegründeterweise mir dieses zur Last gelegt, und es entstand in der

*) Generalleutnant und Generalinspekteur der Geschützgießereien.

) Vgl. S. 25. — *) Vgl. S. 37.

†) Es handelte sich um die 2. Artillerie-Inspektion in Posen, die dem Obersten v. Safft 1835 zunächst interimistisch übertragen wurde.

Partei, die in Scharnhorst den Namen seines Vaters verehrte, ein wahrer Schrei der Entrüstung. Da die obengenannten Männer, zu welchen bei dieser Gelegenheit auch Gröben*) hinzutrat, die einzige geschlossene Kotterie in der Armee ausmachen, so fällt es ihnen nicht schwer, einen großen Einfluß auszuüben. Witzleben wurde von ihnen bestürmt, mußte dem Könige dartun, daß er an Scharnhorst eine schreiende Ungerechtigkeit geübt, und erwirkte für letzteren vollen Ersatz. Wie hierbei meiner, dem Könige gegenüber, gedacht worden, leuchtet ein.

Da Witzleben damals einen ganz uneingeschränkten Einfluß bei dem Könige besaß, und ich die aus so verschiedenem Material zusammengesetzte Koalition gegen mich kannte, so war ich schon von Anfang des Jahres 1836 an überzeugt, daß man dahin gelangen werde, mich von Berlin zu entfernen. Daß dieses in einer unehrenvollen und nachteiligen Weise geschehen werde, besorgte ich nicht; alle jene Personen waren sonst Ehrenmänner, unfähig, wohlerworbene Ansprüche und Leistungen zu verleugnen, und ich durfte mir mit vollkommenem Bewußtsein sagen, daß ich diese hatte. Dasselbe gilt von dem Könige; man konnte ihn dahin disponieren, mich aus meinen bisherigen Dienstverhältnissen zu entfernen, aber ihn nicht vermögen, zu übersehen, daß ich ihm jederzeit mit Ernst, Eifer und nicht gewöhnlichem Erfolge gedient hatte. Das Schlimmste, was ich zu besorgen hatte, war etwa eine Versetzung als Chef des Generalstabes des 1. Armeekorps nach Königsberg oder als Artillerie-Brigadier nach Posen. Beide Stellen waren damals vakant, und ich hätte nicht die mindeste Veranlassung zu begründeter Klage gehabt, da beide meinem Dienstrange ganz entsprachen.

Versetzung nach Frankfurt. Ich darf es daher als die größte Genugtuung und Anerkennung ansehen, daß man im Kabinette des Königs selbst diese Formen der Entfernung nicht für zulässig hielt, sondern nach einer andern suchte, die geradezu eine der glänzendsten Beförderungen in sich schloß. Am 18. März 1836 erhielt ich, als ich eben vom Essen bei meiner Tante Schulenburg**) heimkehrte, eine Kabinettsorder, durch welche ich zum Militär-

*) Karl Graf v. Gröben, geb. 1788, seit 1824 unter dem Kronprinzen Stabs-

bevollmächtigten des Königs bei der deutschen Bundesversammlung ernannt wurde. Die Stelle war vor kurzem durch die Pensionierung des Generals der Infanterie v. Wolzogen*) erledigt worden, die wohl schon mit Beziehung auf diese Absicht eingetreten war.

Durch die Notwendigkeit, Berlin und meinen mir wert gewordenen sehr fruchtreichen Wirkungskreis verlassen zu müssen, würde ich im ersten Momente betroffen worden sein, wenn nicht die einfachste Überlegung gezeigt hätte, wie vorteilhaft dieser Ausgang für mich war. Die Menge der Dienstpflichten und der sonstigen Relationen in Berlin war mir dergestalt über den Kopf gewachsen, die Anstrengungen in dem Verhältnisse zu dem Prinzen August so lastend, die Mißhelligkeiten der letzten Zeit hatten so sehr an mir gezehrt, daß eine Entfernung auf einige Zeit als eine Wohltat erschien. Sollte ich aber Berlin verlassen, so war es durchaus unmöglich, hierzu günstigere Umstände aufzufinden, als die gegebenen; ich selbst würde mir im ganzen Umkreise aller etwa möglichen Versetzungen keine vorteilhaftere haben auswählen können.

Wir rüsteten uns zur Abreise, die sich aus mehreren Ursachen noch verzögerte. Von allen denen, mit denen ich in dienstlicher und freundlicher Verbindung gestanden, erhielt ich aufrichtige, oft rührende Beweise der Anerkennung und des Dankes. Der Prinz August überhäufte mich mit den Zeichen seines dankbaren Wohlwollens; er hat mir auch seitdem bewiesen, daß sein Vertrauen unverändert geblieben ist. Durch ein seltsames Zusammentreffen hatte ich ihn veranlaßt, für sämtliche Stabsoffiziere der Artillerie eine vollständige Übersicht aller Veränderungen im Materiellen und Personellen von dem Jahre 1830 an bearbeiten zu lassen: eine Arbeit, die ich selbst ausgeführt habe.**) Da diese Übersicht zufällig gerade in den Tagen meiner Versetzung fertig und versendet wurde, so bildete sie eine förmliche Rechenschaft der gesamten Periode meiner Geschäftsführung.

---

*) Ludwig Freiherr v. Wolzogen, geb. 1774, seit Dezember 1817 preußischer Militärbevollmächtigter am Bundestage.

**) Diese „Übersicht" wurde durch einen Erlaß des Prinzen August vom

Wie viel Gutes ich bei diesem Abschiede von dem Kronprinzlichen Paare, von Radziwills, Ingenheims*) und andern näher oder ferner Stehenden erfahren, bewahre ich in dauernder Erinnerung. Der König zeigte mir nicht allein kein Mißfallen, sondern nur gnädige Gesinnung.

Schwerer würde mir die Trennung von Berlin geworden sein, wenn meine liebe Frau nicht ganz meine Empfindung geteilt und selbst die weitere Entfernung von ihren Verwandten mit völliger Ergebung getragen hätte. Wir lösten unser Haus auf, ließen manche Gegenstände in Berlin zurück, verkauften andere, nahmen das Beste mit. Die letzten Tage waren allerdings ein greuliches Bild der Zerstörung und Plage. Am 2. Mai setzten wir uns endlich in unsern zwei Wagen in Bewegung und trafen am 13. Mai in Frankfurt ein, wo uns vorläufig eine möblierte Wohnung in der Bockenheimerstraße gemietet worden war.

Der deutsche Bund. Hier befinde ich mich nun seit ein und einem halben Jahre und bin also zu einer genügenden Übersicht dessen gelangt, was Frankfurt mir bietet. Der Gegenstand meiner Wirksamkeit, der deutsche Bund, ist allerdings eine betrübende Erscheinung. Je mehr ich in die Hergänge seit 1815 eindringe, desto schmerzlicher entfaltet sich vor mir das Bild des öffentlichen Zustandes von Deutschland. Schon in ihrer Geburt verwahrlost, unter widerstrebenden und sich wechselseitig aufhebenden Einflüssen entstanden, trug die ganze Institution die Keime des Todes in sich. Wie wenigen war es wirklich darum zu tun, daß eine wahrhafte Gemeinschaft die getrennten deutschen Lande umschlinge, wer wollte von seinen persönlichen Interessen hierzu irgend ein Opfer bringen? Der Partikularismus der Mittelstaaten, die die Errungenschaften des Rheinbundes festhalten, und die Eifersucht zwischen Österreich und Preußen sind die Signatur des Bundeslebens geworden; mehr oder minder drehte sich hierum die ganze innere Geschichte des Bundes. Hierzu trat noch die unaussprechliche Geistlosigkeit der

*) Gustav Adolf Graf v. Ingenheim, geb. 2. Januar 1789, natürlicher Sohn Friedrich Wilhelms II. und der Gräfin Amalie Elisabeth v. Voß, Kammerherr

deutschen Geschäftsformen und die Wahl großenteils unbedeutender oder schwacher Personen zum Bundestage. Gemeinsames und Gedeihliches konnte unter solchen Umständen der deutsche Bund nicht hervorbringen; es schien, als sei es zur Aufgabe geworden, wie man seine moralische Autorität vernichten, seine materielle Wirksamkeit fast unmerkbar machen könne. Die Julirevolution, die so viel Unheil über Europa gebracht, hätte ein Segen für Deutschland werden können; für den Moment traten wirklich die beiden Grundgebrechen, der Unabhängigkeitsschwindel der kleinen Staaten und die Rivalität Preußens und Österreichs, in den Hintergrund, da alle gleichmäßig vom Verderben sich bedroht sahen. Die Lebensfragen des Bundes wurden ihnen auch sofort vorgelegt: die Braunschweigische, in der es sich darum handelte, welchen Schutz der Bund den Fürsten gegen den Aufruhr und den Untertanen gegen rasende Fürsten gewähre — die Luxemburgische, welche darauf hinauslief, was der Schutz des Bundes gegen Verletzungen von außen bedeute.*) Wie man sich in diesen beiden Lagen benahm, davon hing der Richterspruch über das ganze Wesen des Bundes ab; man konnte in der Achtung Deutschlands und des Auslandes einbringen, was seit 15 Jahren versäumt worden war. Was statt dessen geschehen, welches jammervolle Gemisch von Schwäche, Verwirrung und Pedanterie an den Tag getreten ist, dieses ist leider genugsam bekannt und hiermit eigentlich das Urteil des Bundes gesprochen.

Hiesige Wirksamkeit. Wie das Hauptorgan, so auch natürlich die Militär-Kommission, deren Leistungen, ganz abgesehen von den Personen, schon durch den ganzen Zuschnitt sehr gering bleiben müssen. Meine erste größere Arbeit hatte die Ausgleichung der holländisch-belgischen Ansprüche an Luxemburg zum Gegenstande.

---

*) Das Großherzogtum Luxemburg, das durch die Wiener Verträge von 1815 unter niederländischer Oberhoheit dem Bunde einverleibt war, hatte sich mit Ausnahme der Festung Luxemburg beim Ausbruch der Revolution von 1830 an Belgien angeschlossen. Da die Londoner Konferenz die Fortdauer der Rechte des Bundes

Ich glaubte darauf hinwirken zu müssen, daß der Bund, und insbesondere Preußen, dem im Jahre 1815 der zur Verteidigung der Maas unentbehrliche Platz Mastricht entgangen war, jetzt ein Verhältnis zu diesem wichtigen Punkte gewinne. Man billigte in Berlin meinen Vortrag, in der Bundesversammlung wurde er Anlaß zu den heftigsten Diatriben holländischerseits, und da man diesen nur die gewohnte Schwäche entgegensetzte, so blieb alles beim alten.

Das zweite Moment ist für mich die Anlegung der vierten Bundesfestung geworden. Ich fand diese Frage noch so, wie sie im Jahre 1821 liegen geblieben war, und hielt mich verpflichtet, im Juli 1836 in Berlin vorzustellen, daß das Interesse Deutschlands, die vertragsmäßigen Pflichten und die Ehre Preußens gleichmäßig erheischten, einen solchen schmählichen Zustand nicht ferner bestehen zu lassen. Man ging hierauf ein und beauftragte mich, mit dem hiesigen österreichischen Agenten weiteres einzuleiten. Die Folge war nur die höchste Entrüstung in Wien und eine förmliche Anklage gegen mich. Österreich wollte nichts von Erfüllung dieser heiligen Pflicht hören, da es noch hoffte, das ihm allein zusagende Ulm zu erlangen, und da ihm die Herausgabe der deponierten 20 Millionen Franken zuwider war.*) Einschüchterung und Stillschweigen in Berlin. Meiner innersten Überzeugung nach wiederholte ich meine Anträge im Dezember 1836 und stellte ins Licht, welche verschiedenartigen Interessen bei dieser tief in die ganze süddeutsche Politik eingreifenden Frage sich gegenüberständen. Die Ansprüche, welche Österreich und die süddeutschen Staaten, jeder von seinem Standpunkte aus, erhöben, seien durchaus nicht mit einer einfachen Lösung zu erfüllen, sondern das Bedürfnis unabweislich, zwei Bundesfestungen anzulegen. Die Notwendigkeit und Ausführbarkeit dieser Maßregel zu erweisen, habe ich nichts gespart, und zugleich gewarnt, daß, wenn die beiden großen Mächte nicht, wie es ihre Pflicht und ihre Ehre gebiete, mit dieser Sache vorträten, sie jedenfalls hierzu von den beteiligten kleineren Staaten genötigt werden würden. Unglücklicherweise fiel dieses in die Zeit, wo Ancillon und Witzleben**) beide an den Krank-

heiten niederlagen, denen sie später erlegen sind. Man verlor eine unwiederbringliche Zeit und begnügte sich, ein Gutachten von Krausseneck,*) als Chef des Generalstabes, einzufordern. Dieser behandelte die Frage nach seiner oberflächlichen Art, ohne irgend auf ihre Schwierigkeiten einzugehen, und nach seiner Meinung hat man sich denn auch blindlings in den Irrweg gestürzt, auf Rastatt zu bestehen, demnach die Preußen allein zukommende Rolle des Vermittlers zwischen den streitenden Interessen aufzugeben und sich zum Verfechter der württembergisch-badischen Absichten aufzuwerfen. Als nunmehr der vorausgesehene Augenblick wirklich eintrat, daß Württemberg, ohne auf unsere Vorstellungen zu hören, mit dem Antrag am Bunde vorging, die vierte Bundesfestung anzulegen, sind wir mit Österreich in die unangenehmsten Weiterungen verwickelt worden. Wie bei diesem Wege irgend ein gedeihliches Resultat erreicht werden soll und kann, ist schwer einzusehen, und ich werde nur die traurige Befriedigung haben, als Kassandra in einer Sache aufgetreten zu sein, welche für Deutschlands Wohl und Wehe so wichtig war.

Die letzte Gelegenheit, meinen übernommenen Pflichten bei wesentlicheren Dingen nachzukommen, ist mir durch den Auftrag gegeben worden, über die vorjährige Musterung der kleineren Kontingente zu berichten. Ich habe diese Veranlassung ergriffen, um die Gebrechen des Bundes-Kriegswesens im allgemeinen und der kleinen Truppenkörper insbesondere darzustellen und für letztere auf durchgreifende Abhilfen hinzuwirken. Veränderte Organisation, gleichartige Bewaffnung, Ausbildung und Verwaltung, Heranbildung der Offiziere, Anschluß der kleinen Kontingente an die Übungen der größeren, dieses sind meine Vorschläge. Mein Entwurf liegt jetzt in Berlin; er wird dort und noch mehr hier Widerstand genug erfahren.**)

Über die Personen, mit denen mich Frankfurt in Geschäfte gebracht, habe ich übrigens nicht zu klagen. Schöler, der Bundestagsgesandte, ist ein für seine Stellung wenig geeigneter, aber redlicher und

wohlwollender Mann.*) Mein österreichischer Kollege, Welden,**) würde nicht zu ertragen sein, wenn ich nicht auf einen besonders guten Fuß mit ihm gekommen wäre; sein verbitterter, blasierter, unwahrer Charakter kann nur durch eine Mischung von Zuneigung und Achtung in Schranken gehalten werden. Wie es jetzt steht, kann ich ihn für mein Geschäft allerdings nicht besser wünschen. Wir haben den schweren Tod seiner Frau, einer liebenswürdigen, mir und Marien sehr erfreulichen Person, mit ihm durchgelebt und hierdurch vornehmlich so viel günstige Empfindung bei ihm erworben, als er fähig ist. Bei den Bevollmächtigten der Militär-Kommission und den Bundestags-Gesandten, die es anfänglich anstößig finden mochten, daß Preußen an die Stelle eines Generalleutnants einen Major schicke, habe ich soviel Anerkennung und Achtung erlangt, als ich nur irgend wünschen konnte und mehr als sie sich untereinander zu zollen pflegen. Von mehreren unter ihnen empfange ich sogar unzweifelhafte Beweise wohlwollender Gesinnung.

Leben in Frankfurt. Auch an näherem Umgang für Marien und mich hat es nicht gemangelt. Unter den eigentlichen Frankfurtern habe ich mehrere wohlgesinnte und vernünftige Männer gefunden; Thomas,***) Forsboom†) würden mir überall erfreulich gewesen sein. Sydow,††) den ich von Rom aus kenne, habe ich hier wieder getroffen; am nächsten jedoch ist mir eine neue Bekanntschaft getreten, Mathis,†††) der als preußisches Mitglied bei der Zentralbehörde steht. Sein wohlmeinendes, lebendiges, durch und durch

*) Friedrich v. Schöler, geb. 1772, seit 1835 Gesandter am Bundestag, General der Infanterie.

**) Franz Freiherr v. Welden, geb. 1782, von 1832 bis 1838 österreichischer Militärbevollmächtigter in Frankfurt, seit 1833 in zweiter Ehe vermählt mit Maria Freiin v. Aretin, Schwester des Historikers Karl Maria v. Aretin, die im Jahre 1837 starb.

***) Johann Gerhard Christian Thomas, geb. 1785, Mitglied des Frankfurter Senats seit 1819, gest. 1. November 1838. — Weitere Nachrichten über den Frankfurter Freundeskreis werden in den Ergänzungen gegeben.

†) Forsboom-Goldner, ein angesehener Frankfurter Patrizier.

††) Rudolf v. Sydow, damals Legationsrat bei der Bundesgesandtschaft in

teilnehmendes Wesen ist mir sehr angenehm. Im Oktober dieses Jahres (1837) haben wir von Luxemburg aus, wohin ich zur Inspizierung der Festung gegangen, zusammen eine heimliche Reise nach Paris gemacht. Wir konnten dazu nur etwa 14 Tage verwenden, haben aber durch rastlose Beweglichkeit in einer Woche das neue Babel nach allen erreichbaren Richtungen gesehen.

Gegenwart und Zukunft. So ist es mit meinem Leben in Frankfurt am Ende des November 1837 beschaffen. Ich bin mit dem, was mir Gott gegeben, vollkommen zufrieden, und wenn einzelnes hie oder da mangelt, so kann ich doch für das äußere Leben nur den Herrn bitten, daß Er mir erhalte, was ich besitze. Während der jetzigen Regierung habe ich weder den Wunsch noch die Aussicht, nach Berlin zurückzukehren oder in eine andere Lage überzugehen. Ohne entschiedenen Nachteil ist dieses auch kaum denkbar. Kommt einst der Kronprinz zur Regierung, so ist es wahrscheinlich, daß auch für mich eine Veränderung bevorsteht, wenn ich diesen Zeitpunkt erlebe. Von welcher Art aber diese Veränderung sei, ist völlig unberechenbar; sein Charakter ist allerdings so beschaffen, daß er mir auch dann sein Wohlwollen bewahren wird; wie sich dieses aber sonst äußere, kann niemand, er selbst nicht, übersehen. Ich bin weit entfernt, hierauf Aussichten auf eine sogenannte glänzende Karriere zu bauen, um so weniger, da ich keineswegs von den Personen, welche er, wenigstens anfänglich, in seine höhere Umgebung berufen wird, viel Gutes erwarte. Gröben*) wird von seinem Standpunkte aus mir wohl eine militärische Wirksamkeit, sicher aber nicht einen Einfluß wünschen, der ihm in den Weg treten könne, vielmehr alles tun, um dieses zu hindern. Dasselbe gilt selbst für solche Personen, die mir sonst vielleicht persönlich wohl wollen. Ich werde hierin nicht das Geringste tun, sondern alles Gott anheimstellen.

Geschlossen den 24. November 1837.

Das Kölner Ereignis. Wenige Tage, nachdem ich vorstehendes

Wirkungen noch jetzt kaum übersehen werden können, und das auch mich im Innersten sowohl als im Äußeren berühren mußte.

Von dem einen Punkte aus, der lediglich ein Grenzstreit zwischen einem Erzbischof und der Landesregierung schien,*) ist nach und nach ein Kampf entbrannt, in welchen Staat und Kirche im weitesten Umfange verwickelt worden sind. Es haben sich Kräfte geregt, die gänzlich erstorben schienen, und wieviel man auch auf Rechnung der bloßen Opposition setzen mag, so tritt doch deutlich hervor, daß für Deutschland eine Wiederbelebung des katholischen Geistes stattgefunden hat, deren Wirkungen von unabsehlicher Bedeutung sind.

Warum kann ich mich nun nicht so der Freude hingeben, wie viele meiner katholischen Bekannten? Preußen, der Staat, dem ich nicht bloß aus Dienstpflicht, sondern in wahrhafter Liebe anhänge, hat eine Wunde empfangen, aus welcher sein Herzblut ausströmt. Deutschland, selbst Europa gegenüber, hat dieser Hergang dem Rufe unserer Umsicht und Intelligenz unersetzlichen Abbruch getan. Die Unvorsichtigkeit des Beginnens, die Schwäche und Verlegenheit der Fortführung wird uns nicht vergessen werden. Was wir an moralischer Autorität über Österreich gewonnen hatten, ist mit einem Schlage verloren worden.

Jedoch noch über diese Betrachtungen hinaus liegt der Kern meines Grams. Konnte man irgend etwas als einen wahren und großen Fortschritt auf dem geistigen Gebiete in den letzten Jahrzehnten betrachten, so war es das erwachte Bewußtsein, daß in einer Zeit, wo der religiöse und politische Unglaube in weitester Ausdehnung seine Angriffe auf die Reste der christlichen und rechtlichen Ordnung im Leben der europäischen Menschheit richtet, alle, welche eine göttliche Regel in den irdischen Dingen anerkennen, zu gemeinsamer Verteidigung zusammenhalten müssen. In dem großen Bewußtsein, daß es gälte, den Kampf gegen den Feind der Wahrheit, heiße er Rationalismus, Pantheismus, Offizianten-Despotismus, Radikalismus oder wie er sonst wolle, zu bestehen, konnten und durften sich auch solche eng zusammenschließen, welche sich ihrer sonstigen konfessionellen Differenz wohl bewußt waren. Diese Über-

zeugung hatte seit zwanzig Jahren wirklich eine große Ausdehnung gewonnen, und so sehr die absurden Insinuationen von Propaganda, von geheimen Obskurantenklubs, aus der Luft gegriffen sind, so ist es doch völlig richtig, daß in allen Teilen Deutschlands, vornehmlich aber in Preußen, ein geistiges Zusammenschließen Gleichgesinnter zu dem eingestandenen Zwecke stattgefunden hat, den falschen Lehren überall mit allen Waffen des Geistes und der Tatkraft gegenüber zu treten. Freilich waren alles dieses nur Anfänge; in der großen Masse des Mittelstandes, fast in dem ganzen Offiziantenwesen, herrschte noch der schlechte alte Geist, aber dennoch wird kein aufmerksamer Beobachter leugnen, daß das Werk des religiös-politischen Unglaubens entschieden im Nachteile war, sei es des Geistes, sei es der Macht.

In diesen Zustand, der wohl als eine Morgenröte besserer Zeit angesehen werden durfte, ist jene unglücksschwangere Brandfackel geschleudert worden! Was mich am tiefsten schmerzt, ist die Überzeugung, daß diese Frage nicht einmal in der Art und Natur des Konfliktes lag, sondern ungeschickt und brutal hineingemengt worden ist. Die katholische Kirche hatte es mit dem modernen Staatsabsolutismus zu tun; dessen natürlicher Alliierter war der religiöse Unglaube und die Revolution. Daß die Stimmführer der letzteren sich freudig an die Regierung anschlossen, war eine sehr traurige Wirkung der falschen Position der Regierung, leider aber eine sehr natürliche. Die Gläubigen beider Konfessionen als solche waren hingegen bei dem Streite ursprünglich gar nicht beteiligt, oder vielmehr es durfte erwartet und verlangt werden, daß alles, was unter den Protestanten davon wußte, daß man Gott mehr als den Menschen gehorchen müsse, nicht auf diejenige Seite treten dürfe, welche eigentlich weiter nichts als die Alleingewalt des irdischen Staates behauptete. Leider sind die gläubigen Protestanten zum überwiegenden Teile in dieser Prüfung schlecht bestanden. Ich will gar nicht leugnen, wie viel hierzu die maßlosen und oft ganz unbegründeten Angriffe der katholischen Tagesschriftstellerei, insbesondere Görres,*) beigetragen haben, aber hier konnten und

mußten sie sich auf die dogmatische Kontroverse beschränken. Falsch angewendetes Preußentum in dem einen, der alte Sektenhaß in dem anderen, hat diese natürliche Rücksicht nicht aufkommen lassen; man hat auf die verkehrteste, oft giftigste Weise Partei ergriffen. Nur außerhalb Preußens haben vereinzelte protestantische Stimmen billig und ehrlich geurteilt.

Einflüsse der Kölner Sache auf mich selbst. Auch auf mich selbst konnte die Rückwirkung nicht ausbleiben. Sobald ich zu übersehen imstande war, welche Bedeutung das Geschehene habe und weiter erlangen müsse, ging ich über meinen eigenen Standpunkt zur Sache ernstlich und gewissenhaft mit mir zu Rate. Ich bin ein gläubiges Glied der römisch-katholischen Kirche, erkenne in ihr die von Gott eingesetzte Heilsanstalt für die gesamte Menschheit. Ihre Gebote sind mir daher Gottesstimme; wo sie mit andern Pflichten in Zwiespalt zu treten scheinen, habe ich nur ihnen zu folgen, da überall das Niedere, Abgeleitete, dem Höheren, dem Ursprunge, weichen muß. Hierüber bestand und besteht in mir kein Zweifel; kein Gesetz kann den Ungehorsam gegen die Kirche rechtfertigen, keines die ewige Verantwortlichkeit dessen decken, der sich zum Werkzeuge feindseliger Handlungen gegen die Kirche direkt oder indirekt hergibt. Aber unmittelbar an dieser Grenze fangen die Pflichten des Untertanen an, die ihrem Ursprunge nach gleichfalls aus Gottes Geboten stammen. Er soll der rechtmäßigen Obrigkeit nicht allein in allen erlaubten Dingen unbedingt sich unterwerfen, sondern auch die Treue da bewahren, wo er sie im Irrtum sieht und weiß. Noch schärfer zeichnen sich die Pflichten des Dieners; solange mir mein Gewissen gestattet zu dienen, gebietet mir dasselbe Gewissen „des Königs Nutzen und Bestes überall zu suchen, Schaden und Nachteil aber nach äußerster Möglichkeit zu verhüten",*) hiermit ist nicht zu transigieren, und die schwere Aufgabe bleibt nur, die scheidende Linie überall zu erkennen und einzuhalten.

So weit als irgend meine Einsicht reicht, scheint es mir, daß diese Linie ganz natürlicherweise durch den Beruf selbst gezogen ist. Die

um die Regierung von der Ungerechtigkeit und Schädlichkeit ihres Verfahrens gegen die katholische Kirche zu überzeugen, daher auch keine Pflicht, vorzutreten. Ich bin aber streng gebunden, jede auch indirekte Teilnahme an diesem Unrechte zu meiden, und muß daher sofort den Dienst und Preußen verlassen, sobald mir eine solche angemutet und dienstlich begehrt wird. Außerhalb dieses Falles besteht meine Pflicht des Gehorsams ganz unverändert fort; das Unrecht, welches die Regierung begeht, dispensiert mich durchaus von nichts; ich muß nicht allein in Handlungen, sondern auch in Worten, ja in Gedanken alles fern halten, was nicht mit der beschworenen Treue bestehen kann.

Hiernach habe ich mich auch des geringsten Anteils in dem Streite enthalten und mir selbst ein ehrerbietiges Stillschweigen überall auferlegt, wo die Mitteilung meiner Ansichten und meiner Kenntnis der Dinge den Gegnern der Regierung irgendwelche Waffen liefern konnte. Ich habe das Glück gehabt, auf diesem Wege verharren zu dürfen, da mir keine dienstlichen Anmutungen gemacht worden sind, die mich in Konflikt gebracht hätten. Auch hier habe ich die gnädige Hand Gottes zu preisen; wäre ich in Berlin geblieben, so war es fast unmöglich, meinen Dienst fortzusetzen.

Dennoch konnte diese schlimme Zeit nicht ganz ohne Versuchungen und Schmerzen für mich bleiben. Mein Leben mit den hiesigen preußischen Freunden war mit völliger Spaltung bedroht; Mathis und Sydow konnten nicht über den engen Standpunkt des Beamten und preußischen Protestanten hinaus; sie mußten so freundlichen Gemütes sein, damit nicht eine gänzliche Trennung zwischen uns zum Vorschein kam. Der Unterschied der unbefangeneren Betrachtung trat hier freilich deutlich genug hervor; Thomas, Passavant,*) Sieveking,**) ebenfalls ernste protestantische Christen, aber vom preußischen Offiziantenwesen unberührt, urteilten sehr klar und billig und gaben mir nie Anlaß zu stummem Abwenden. Von dem Politischen Wochenblatte mußte ich mich gänzlich lossagen, da die Berliner Teilnehmer auf ministerielle Anregung Partei in der

Kölner Sache ergriffen hatten. Ich tat dieses stillschweigend und nicht wie Jarcke*) und Philipps**) durch öffentliche Erklärung, in welcher jedenfalls eine feindliche Tendenz gegen die Regierung gelegen hätte.

Daß ungeachtet aller Gewissensreinheit und Sorgfalt mein Name in den Streithandel gemengt werden würde, konnte ich voraussehen. Leider bin ich auf der politischen und religiösen Bühne doch schon zu weit hervorgetreten, um nicht in solcher Zeit einer Art von Treibjagen ausgesetzt zu sein.

Gerüchte aller Art kamen mir zu Ohren; man habe bei dem Erzbischof und Binterim***) Papiere und Briefe gefunden, die mich kompromittierten, scharfe Reden, die ich gehalten haben sollte, liefen in Berlin um. Bald erschienen auch Artikel in mehreren Zeitungen, in der Leipziger Allgemeinen, dem Fränkischen Merkur, Europas Salon, die auch in andere übergingen; man wies auf mein früheres Leben zurück, meine Absetzung sei gewiß. Ich konnte mich allerdings in das Bewußtsein absoluter Schuldlosigkeit zurückziehen, dabei aber wohl für möglich halten, daß dergleichen Verleumdungen, von manchen Seiten bereitwillig aufgefaßt, zuletzt den Weg zum Könige fänden, der mir auf diesem Gebiete wohl wenig Vertrauen schenkte. Meine Freunde hier und in Berlin wurden sehr besorgt, zeigten aber ihrerseits den besten Willen und große Tätigkeit. Es kam mir sehr zu statten, daß Witzleben inzwischen gestorben und der jetzige Kriegsminister Rauch mir zugetan ist, gleiches in dem Auswärtigen Ministerium stattfindet, und Rochow,†) der eigentliche Großinquisitor, durch Verwandtschaft und alte Bekanntschaft mit mir verbunden ist. Die Sache schlug daher zu meinem offenbaren Vorteile aus; auf Anordnung des Kabinetts und der Ministerien erschienen Artikel in der Leipziger und Allgemeinen Zeitung, die jenen Ge-

---

*) Vgl. S. 43.

**) Georg Philipps, geb. 1803, Rechtshistoriker, mit Jarcke zur katholischen Kirche übergetreten, seit 1833 Professor der Rechte in München, Mitbegründer der Historisch-politischen Blätter und Führer der Ultramontanen.

***) Anton Joseph Binterim, geb. 1779, vom Orden der Franziskaner, Pfarrer in Bilk bei Düsseldorf, wegen seiner Verbindung mit Droste gefänglich eingezogen.

†) Minister des Innern von 1834 bis 1842.

rüchten halbamtlich widersprachen und meinem Verhalten im allgemeinen und besonderen das unumwundenste Lob sprachen.

Auf meinen Körper wirkten diese Aufregungen momentan mehr als ich geglaubt hätte. Verbunden mit manchen andern Veranlassungen entstand im November 1837 eine Schlaflosigkeit, die mich anderthalb Jahre lang sehr gequält hat. Ganze Nächte hindurch ließ mich diese Nervenstörung kein Auge schließen; wenn dieses mehrere Tage hintereinander dauerte, kam ich in einen Zustand, der ernstliche Besorgnis erregte. Mittel halfen dagegen nichts; erst im Frühjahr 1839 löste sich der Bann von selbst, ungeachtet auch jetzt noch einzelne Rückfälle vorkommen.

Freunde und Geselligkeit. In unsern persönlichen Kreisen haben wir Freud und Leid erfahren. Durch eine eigene Fügung sind mir kurz hintereinander gerade die Männer durch den Tod genommen worden, mit denen sich so schnell ein Band wahrer Freundschaft geknüpft hatte. Thomas und Forsboom starben in der Kraft der Jahre binnen wenigen Monaten; in derselben Zeit auch der Erbprinz Konstantin von Löwenstein,*) Männer, denen ich mich durch Gemeinschaft der Gesinnung und aufrichtige Neigung wahrhaft verbunden fühlte. Thomas war einer der achtbarsten und liebenswürdigsten Charaktere, die mir vorgekommen; es war mir wie eine innere Pflicht, sein Andenken auch der nur zu vergeßlichen Welt möglichst zu bewahren. Die Errichtung eines Monumentes in der hiesigen öffentlichen Bibliothek erschien am geeignetsten. Mit wahrem Eifer habe ich eine Zahl von 255 Personen aller Stände hierzu vereinigt und nicht gerastet, bis Programm, Büste, Inschrift, Aufstellung ins Werk gesetzt waren.

Ist uns viel Liebe in dieser Zeit entschwunden, so haben wir auch so manche neu gewonnen. Aus unserm hiesigen Umgangskreis schied sich sehr bald durch größere Innigkeit und wechselseitige Neigung das Haus der Geheimrätin v. Günderode**) aus. Dort haben wir, meine Frau und ich, überaus viel Gutes empfangen; die alte würdige Mutter selbst, ihre Tochter Lullu, im Verstande durch

*) Der Erbprinz starb am 27. Dezember 1838.

**) Wilhelmine Karoline Eleonore Freiin v. Stein zu Nord- und Ostheim, geb. 3. Januar 1767, seit 1814 Witwe des Kurfürstlich Hessischen Geheimen Rates Philipp Maximilian v. Günderode, gest., fast 91 Jahre alt, am 13. Dezember 1857.

allen Tröbel moderner Aufklärung verschroben, von Herzen unvergleichlich, und ein Kreis von jüngeren Frauenzimmern, unter denen Marie Stein und Albertine Eschenburg sich durch ungemeine Gaben jeder Art auszeichnen, sind uns sehr nahe getreten. Einige andere Personen, wie die Trottsche*) Familie, einige Damen des hiesigen Stiftes, die Gräfin Henckel, haben sich mehr oder minder enge hieran geschlossen, und aus allen diesen ist ein Umgang erwachsen, der alle Vorzüge herzlicher Zuneigung und geistigster Regsamkeit in sich schloß. Es gibt allerdings noch höhere Bande des Daseins, aber, als geselliger Verkehr betrachtet, ist mir noch nicht so wohl geworden, als es in den Jahren 1838 und 1839 in diesem Kreise der Fall gewesen ist. Sogenannte geistreiche Zirkel haben ihre großen Schattenseiten, und ich halte das Jagdmachen auf dergleichen Hervorbringungen für nichts weniger als dienlich; wenn sich aber eine solche Gemeinschaft in der Freude an Poesie, Kunst und Leben zugleich auf wahre Herzlichkeit gründet und der Zucht des göttlichen Gebotes stets eingedenk bleibt, so ist es eine der erfreulichsten Erscheinungen des irdischen Lebens.

Goethe hat schon bemerkt, daß alles, was durch zusammentreffende Menschen und Umstände hervorgebracht wird, keine lange Zeit sich vollkommen erhalten kann.**) Immer läßt sich der Moment angeben, wo die höchste Stufe ihrer Vollkommenheit, ihrer Übereinstimmung, ihrer Zufriedenheit und Tätigkeit erreicht werden; das Personal ändert sich, die Personen passen nicht mehr zu den Umständen, die Umstände zu den Personen. Festhalten läßt sich nicht, was anders werden soll. So ist es auch hier ergangen, und jetzt, da ich schreibe,***) ist die Blüte dieses Zusammenlebens schon vorüber. Manche sind ausgeschieden durch Entfernung, andere durch veränderte Umstände, Heirat usw. An dem besten Willen fehlt es auch jetzt niemand, aber die Zeit der eigentlichen Ernte ist doch ziemlich vorüber und nur eine spätere Nachlese noch möglich.

Dienstliche Stellung. Meine dienstliche Stellung, wenn ich sie bloß in bezug auf mich selbst betrachte, ist so günstig als möglich.

Weit über meine Erwartung hinaus habe ich den Anforderungen hier und in Berlin genügen können, so daß die drei verflossenen Jahre nur eine Reihe lobender Anerkennungen geworden sind, und daß dieses Lob selbst aus solchen Berliner Kreisen erschallt, wo ich auf persönliche Wohlmeinung nicht eben zählen möchte.

Meine hiesigen Kollaboratoren kann ich nur rühmen; Schöler hat mir nie etwas in den Weg gelegt; mein neuer österreichischer Kollege*) ist vernünftig und achtbar. Selbst mit dem Präsidierenden des Bundes, Grafen Münch,**) dem ich sonst nicht viel Löbliches zutraue, bin ich auf einen sehr befriedigenden Fuß gekommen und kann in Wien, im Gegensatze zu meinem ersten Debüt,***) auf einen guten Leumund rechnen.

Ich bin Oberstleutnant geworden†) und damit einem rascheren Aufsteigen auch in der Militär-Karriere weit näher gerückt. Was man aber Ambition nennt, ist bei mir mit vorrückenden Jahren in enge Schranken getreten und ich kann einen ganz unbefangenen Blick darauf werfen. Ich habe sehr viel erlangt, weit mehr als viele andere. Daß ich jedoch bestimmt sei, noch eine sogenannte glänzende Karriere zu machen, glaube ich reell nicht; ich kann ernstlich beteuern, daß ich es nicht einmal lebhaft wünsche. Hätte ich mich dem Kurprinzen anschließen dürfen, so würde ich, für eine gewisse Zeit wenigstens, Hessen regiert, vielleicht in die Geschicke Deutschlands eingegriffen haben, wahrscheinlich mehr als Hassenpflug eine historische Person geworden sein. Einen neuen Dienstweg, wie auch die Dinge kommen mögen, ergreife ich nicht mehr. In Preußen aber werde ich eine eigentlich hohe Stellung nicht einnehmen; auch der Kronprinz, der mir dauerndes Wohlwollen und Wertschätzung, ja ein wirkliches persönliches Wohlgefallen bewahrt, wie ich noch in diesem Jahre, wo ich ihn wiedergesehen,††) bestimmt wahrnahm, kann dieses nicht herbeiführen. Der Armee bleibe ich fremd, und zur Führung eines großen Truppen-Kommandos gehen mir wirklich wesentliche

*) Generalmajor Karl Freiherr v. Robiczky, seit Juni 1838 Nachfolger Weldens

Eigenschaften ab. Das Hauptquartier im Felde, Kriegsministerium und Militär-Kabinett im Frieden sind die Gebiete, auf welchen ich vielleicht mehr als mancher andere zu leisten vermag; der Dienst vor der Front sagt mir nicht mehr zu, und wenn ich es auch in dieser Lage an ernster Anstrengung nicht mangeln lassen würde, so brächte ich es doch damit kaum zu der Linie jedes praktischen Kommandeurs.

Ich habe daher, insofern von einer Änderung meiner jetzigen Existenz die Rede wäre, immer mehr den Wunsch, die bürgerliche und gelehrte Laufbahn als die der Armee zu verfolgen. Kommt der Kronprinz zur Regierung, so ist es nicht unmöglich, daß er seines individuellen Wohlwollens wegen mich unter irgend einer Form nach Berlin zieht. Ich zähle aber hierbei gar nicht auf irgend große Erfolge; zu allen Schwierigkeiten, welche ich, wie schon früher berührt, in den Menschen finden würde, treten jetzt die noch weit bedenklicheren des religiösen Konflikts. Alles, was auf den politischen und konfessionellen Gebieten aufgeregt, durch die jetzige Schwäche und Halbheit hingehalten worden, wird der Kronprinz dereinst zu büßen haben. Seine Regierung wird unter die schwierigsten Bedingungen fallen, die einem Regenten gestellt werden können, noch schwieriger durch die eigentümliche Zusammensetzung seines Wesens: Energie der Gedanken, der Erkenntnis und des Gewissens neben Schwäche der Handlung. Wie könnte ich für ihn, der mir so wahrhaft lieb ist, wünschen, daß er die Bedenken seiner Position noch dadurch vermehre, daß die Welt glaube, der König habe einen als Absolutisten und Jesuiten berufenen Menschen in seiner vertrauten Umgebung, oder gar an einflußreichen Posten! Ist je von meinen Wünschen die Rede, so werde ich mich stets fern von Berlin halten und alles lediglich darauf beschränken, etwa einen Gesandtschaftsposten zu erhalten, der mir Zeit und Mittel böte, ohne zu tief in die Welthändel verwickelt zu sein, meiner Familie, der Literatur und Kunst, vor allem aber meinem Heile zu leben.

Der Bund. Wenn ich mit meiner gegenwärtigen Lage persönlich sehr zufrieden bin, so betrübt mich doch unausgesetzt der Blick auf den Bund, dessen innerm Treiben ich hier zusehe. Gänzliche Charakterlosigkeit, Verfolgen der kleinlichsten Privatzwecke ohne alle Rücksicht auf größere Interessen, ist das Bild, was diese Versammlung der deutschen Regierungen darbietet. Nur den Moment genossen und

bewahrt, ja keine Erwägungen, die hierüber hinausreichen, besonders aber keine politischen Prinzipien, die sich jenen augenblicklichen Anregungen gegenüber geltend machen könnten. In diesem jämmerlichen Wesen geht abwechselnd der eine oder der andere Teil voran. Während alle Versuche größerer gemeinschaftlicher Anstalten zur Bewahrung Deutschlands nach außen, zur Sicherung des Rechts nach innen, hauptsächlich an der Souveränitätswut der kleineren Staaten scheitert, geht Österreich voran, wo es sich darum handelt, zu hindern, daß der Bund ja kein selbständiges Lebenszeichen von sich gebe, dem Auslande gegenüber als wirkliche Tatsache sich geltend mache. Wir Preußen schleppen uns kläglich hinterher, oft empfindend, daß dieses eine elende, ja verderbliche Rolle sei, immer aber durch die Schwäche unserer Staatsmänner und durch den Zustand unsers Kabinetts gekettet, in welchem ein Mensch wie Wittgenstein*) den König vorzugsweise berät.

Preußens Stellung leidet hierbei empfindlich; während für Österreich jede Schwächung der Bundes-Autorität oder vielmehr Vitalität ganz in sein System paßt, ist bei uns der entgegengesetzte Fall. Wir sind eine wahrhaft deutsche Macht, und unser wohlverstandenes Interesse müßte stets darauf hinausgehen, Deutschland einig und stark zu erhalten.

Die hannöversche Sache**) ist zu allem diesen der schlimmste Beleg. Der einzig richtige Weg, ja für alle Teile der einzig heilsame, war, daß der Bund sofort ernstlich auftrat, die Petitionen der Einzelnen als unlegitimiert zurückwies, alles Agitieren und Auflehnen im Lande reprobierte, zuleich aber auch den ganzen Hergang vor sein Forum zog und auf die Frage zurückführte, wie weit Ernst August an die Handlungen seines Vorgängers gebunden sei, hiernach den Maßstab an die Konstitution von 1833 legte, ausschied, was in derselben den Hausrechten und dem monarchischen Prinzip der Bundesgesetzgebung entgegenstand, im übrigen aber die Konstitution von

*) Vgl. S. 15. Radowitz hatte gerade damals besonderen Grund, über den Einfluß Wittgensteins zu klagen, der in der Festungsfrage den österreichischen Standpunkt vertrat.

1833 formell aufrecht hielt und dem Könige die Vereinbarung mit den Ständen auf obige Basen auferlegte. Man wird freilich sagen, daß eine solche Verhandlung am Bunde Zwiespalt mit den konstitutionellen Staaten erzeugt hätte, aber ist dieses vermieden worden? Dies war eben der Moment, wo Österreich und Preußen nebst den nicht revolutionierten Staaten auftreten mußten, und ich bin überzeugt, daß, richtig behandelt, selbst die meisten konstitutionellen Regierungen hierin den wahrhaft legalen Weg gefunden hätten, den Exzessen ihrer Zustände auf dem Wege der rechtlichen Transaktion mit ihren Ständen abzuhelfen. Der Herrschaft der revolutionären Staatsweisheit konnte in Deutschland ein Todesstoß gegeben werden.

Sicher aber stand der Bund da als das, was er sein soll, als die wahre Bürgschaft für alle wohlerworbenen Rechte, seien es die der Könige oder der Untertanen. Was geschehen ist, weiß die Welt; die moralische Autorität des Bundes ist schändlich zugrunde gerichtet, und ob dem hannöverschen Hause oder gar dem sogenannten monarchischen Prinzipe um den Preis dieses Opfers dauernd geholfen worden, wird die Zukunft lehren. Selbst wenn momentan Ernst August triumphiert, so wird die Sache bei jedem europäischen Konflikte wieder auf der Spitze stehen, und wenn er seinem blinden Sohne*) den Platz räumen muß, alles wieder umgestürzt werden. Ich habe über diesen Gegenstand eine sonderbare Korrespondenz mit der Königin von Hannover zu führen gehabt, die mich unmittelbar schriftlich aufforderte, mit Rat und Tat beizustehen.**) Ich liebe die fürstliche Herrschaft als Symbol und Bürgschaft aller Rechte, ich verwerfe die Majoritäten-Regierungen als mörderisch für die einzig wahre rechtliche Freiheit, aber ebenso schlimm halte ich es, wenn diesem Grundübel unserer Zeit nur die Velleitäten des Despotismus gegenübergestellt werden.

Unter den Dingen, die ich selbst am Bunde betrieben, könnte

*) Kronprinz Georg, geb. 27. Mai 1819.

**) Friederike, Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz, die jüngere Schwester der Königin Luise, geb. 1778, in erster Ehe vermählt mit dem Prinzen Louis von

ich die Sache der sogenannten vierten Bundesfestung vorläufig als einen Triumph betrachten. Nachdem, wie ich früher erzählt,*) alle Welt in Wien und Berlin und Süddeutschland die Linie, die ich als die einzig richtige bezeichnet, total verworfen, Extreme aller Art durchprobiert, die beiden großen Höfe selbst in die verdrießlichsten Händel geraten waren, ist doch allmählich die Überzeugung durchgedrungen, daß eben nur auf jenem Wege zum Ziele zu gelangen sei. Meine Abstimmung, daß man beiden großen militär-politischen Zwecken genügen, Ulm und Rastatt gleichzeitig befestigen, das bare Geld aus Bundesmitteln zuschießen müsse, ist in Berlin angenommen, in Wien gepriesen und selbst bei den meisten andern Höfen als einziges Heil erkannt worden. Noch sind die Weiterungen zu überwinden, welche Bayern machen wird; ich habe jedoch alle Aussicht, daß auch dieses gelingen und dann eines der größten militärischen Gebrechen Deutschlands gehoben werden wird.

Eine gründliche und tief eingreifende Reform der Bundeskriegsverfassung ist gegenwärtig mein Auftrag und meine Beschäftigung. Ich will auch hier alles an das Gelingen setzen, vor allem aber eine reelle Kontrolle durchzusetzen suchen, bescheide mich aber im voraus, daß die höchsten Erfordernisse, um Einheit, Tüchtigkeit und Gemeingeist in die zersplitterten Kräfte zu bringen, doch an dem Partikularismus scheitern werden.

Nach allem diesen bleibt mir noch übrig, einiges von sonstigen Erlebnissen zu sagen.

Neue Bekanntschaften. Frankfurt ist ein Ort, der stete Zerstreuungen durch den Strom der Durchreisenden darbietet. Unsere preußischen Prinzen, die mecklenburgischen, die dänischen, der Großfürst-Thronfolger,**) der Erzherzog Max, das Erbprinzliche Paar von Oranien,***) der König von Bayern,†) der Herzog von Nassau, dessen plötzlicher Tod††) mich sehr betrübt hat, mit diesen und andern hat mich Frankfurt mehr oder minder in Berührung gebracht. Da-

*) Vgl. S. 53. — **) Alexander Nikolaiewitsch, geb. 1818.

neben wie manche andere durch ihre Schicksale oder Schriften interessante Personen!

Ganz vor kurzem habe ich auch Metternich persönlich kennen gelernt, der auf dem Johannisberg weilte. Er hat mich mit so ausgesuchter Zuvorkommenheit behandelt, mir so viel der schmeichelhaftesten Wohlmeinung erwiesen, daß ich wohl einigermaßen bestochen sein sollte. Dies ist aber doch nicht der Fall; sein Wesen hat mir weder imponiert noch zugesagt. Freilich ist er den meisten sogenannten Staatsmännern an Lebendigkeit des Geistes sehr überlegen, er hat politische Ideen und doktrinelle Einsicht. Daneben aber scheint offenbare Frivolität und innere Unwahrheit hindurch. Er hat Prinzipien, aber die Prinzipien haben ihn nicht. Vieles erinnert mich an Rochow, Lebendigkeit, eine gewisse Liebenswürdigkeit und Fähigkeit, Menschen zu behandeln; an sittlicher Haltung steht er weit unter Bernstorff.

Studien und Beschäftigungen. Die Zeit der Muße ist hier freilich reichlicher als in Berlin zugemessen; ich habe sie in mannigfaltigen Studien bestens zu nutzen gesucht. Mein Handwerkszeug, Kriegswissenschaften und Mathematik, hat einigermaßen geruht. Literatur, Kunst, besonders auch ein näheres Eingehen auf die verschiedenen Gestaltungen der Philosophie, haben mich viel beschäftigt. Den eigentümlichen Reiz, welchen jeder Versuch zur Selbstverständigung ausübt, begreife ich vollkommen, aber auch seine Gefahren. Ich senke mich mit großer Neigung in die Welt des Gedankens, aber doch nur gleichsam versuchsweise und mit stetem Festhalten an derjenigen Wahrheit, die nicht durch eigene Tätigkeit gefunden, sondern immer von außen, durch positive Offenbarung, dargeboten werden muß. Daher habe ich oft das Gefühl dabei, als stiege ich zwar in das Wasser hinunter, aber gehalten und gesichert durch das Band, das mich vor dem Untergehen zu schützen bestimmt sei. Der dieses Band in seiner Hand hält, muß immer außerhalb des Wassers auf einem Boden stehen, an welchen die Schwankungen jenes beweglichen Elements nicht reichen. Wie jemand dazu kommen kann, dieses Band als eine Hemmung zu betrachten, es zu lösen, und

Diese Muße hat auch Veranlassung dazu gegeben, daß ein Sammlereifer in mir erwacht ist, der bis dahin schlief. Ich habe mancherlei Kunstwerke zusammenegbracht, soweit es meine Mittel zuließen, vorzüglich Handzeichnungen älterer und neuerer Meister. Eine besondere Passion aber hat sich für Autographen entzündet, deren angelegentlichstes Sammeln mir eine stete Quelle wahren Vergnügens geworden ist.*) Ich muß diese Dinge erwähnen, weil sie recht eigentlich Produkte der letzten Zeit sind, jetzt aber gar keine kleine, vielleicht eine zu große Rolle bei mir spielen.

Doch sind auch strengere Beschäftigungen nicht leer ausgegangen. Da Frankfurt eine so bedeutende Stelle in der Geschichte Deutschlands einnimmt und noch viele Spuren derselben bewahrt hat, so hat mich dieses veranlaßt, eine Gesellschaft für die Geschichte und Kunst dieser Stadt zu gründen. Nicht ohne beträchtliche Anstrengung meinerseits kam dieses Unternehmen in guten Gang; die namhafteren Männer hiesigen Orts vereinigten sich teils zu Geldbeiträgen, teils zur Selbstarbeit. Im Jahre 1838 erschienen die beiden ersten Hefte, in welchen die Einleitung und der Aufsatz über die Saalhofskapelle von mir herrühren. Leider aber hat mir der Tod von Thomas**) sehr die Lust an einer Sache geknickt, die ihm selbst so sehr am Herzen lag, und deren beste Stütze er war. Ohne unablässige Anregung meinerseits steht bei der Schlaffheit und dem Mangel an allem Organisationssinn der Hiesigen die Maschine still. Ich hätte wohl gewünscht, einen Lieblingsplan auszuführen, nämlich auf den Domturm die fehlende Spitze setzen zu lassen, verzweifle aber fast an der Ausführbarkeit des schon projektierten Unternehmens.

Eine andere Frucht dieser Zeit ist eine kleine Schrift über die Succession in Spanien,***) die ich im Mai 1839 ohne meinen Namen habe drucken lassen. Sie hat sich vielfachen Lobes zu erfreuen gehabt,

*) Radowitz hat dieser Liebhaberei eine besondere Abhandlung gewidmet, die in den Gesammelten Schriften I, S. 407 ff. abgedruckt ist. Seine umfangreiche

aber auch durch den Professor Zöpfl*) zu Heidelberg lebhafte und nicht ganz gemessene Entgegnung gefunden. Dieser hat nun wieder Jarcke in der Allgemeinen Zeitung geantwortet, und die Fehde wird wohl fortgehen,**) während der unglückliche Gegenstand derselben dem schmählichsten Verrate und seiner eigenen totalen Unfähigkeit inzwischen erlegen ist.***) Ich hatte früher die Absicht, die Geschichte Spaniens seit 1830 zu schreiben; dieses Buch sollte mir dazu dienen, meine Ansichten und Überzeugungen über die wesentlichsten Probleme unserer Zeit in bestimmter Anwendung darzulegen. Nachdem ich mannigfaltige Studien hierzu gemacht und die ersten Abschnitte bereits bearbeitet hatte, ist mir durch den Lauf der Dinge die Lust vorläufig geschwunden; doch gehe ich ernstlich damit um, in späterer Zeit noch einmal auf diese Aufgabe zurückzukommen. Von dieser Arbeit war die gedachte kleine Schrift ein Fragment.

Wenn ich noch erwähne, daß ich jährliche Reisen nach Luxemburg, an den Rhein und nach Willingshausen gemacht, daß ich selbst meine geliebte Frau in vorigem Jahre über Luxemburg, Metz, Straßburg, Baden und Speyer geführt, so ist das Wesentlichste gesagt, was zum Bilde meines Lebens dienen kann.

Geschlossen am 14. Oktober 1839.

Thronwechsel. Der König Friedrich Wilhelm III., mein Herr, ist heimgegangen,†) eine für Europa und auch für mich bedeutungsreiche Begebenheit. Es hat etwas überaus Bewegliches, einen so mächtigen Herrn, dem man so lange als höchste irdische Obrigkeit gehorcht hat, nunmehr gleich dem Geringsten den Sold der Sünde bezahlen zu sehen! Ich glaube nicht, daß ich auf sein persönliches Wohlwollen zählen durfte; an sich schon war ich ihm fremd und

---

*) Heinrich Zöpfl, Verfasser der Deutschen Rechtsgeschichte, gest. als Professor in Heidelberg 1877. Seine Gegenschrift gegen Radowitz erschien 1839.

**) Beilagen zur Augsburger Zeitung vom 4. und 5. September 1839. Erwiderung Zöpfls vom 29. September; Schlußwort Jarckes vom 25. November und Zöpfls vom 15. Dezember und Widerlegung Zöpfls von einem spanischen Publizisten im Journal de Francfort vom 18. Oktober. Vgl. die Ergänzungen

seiner Sinnesweise konnte ich nicht zusagen. Dennoch habe ich unter seiner Regierung viele und erhebliche Wohltaten empfangen und werde mit unwandelbarer Dankbarkeit sein Andenken ehren.

Ich verkenne durchaus nicht, daß der selige König vor den meisten seiner gekrönten Zeitgenossen noch immer viel voraus hatte, und bin meinen Empfindungen sowohl als meinen politischen Prinzipien nach wahrlich sehr geneigt, den Herrn, dem ich gedient, hoch zu stellen. Aber ich kann die Augen nicht davor verschließen, daß die Idolatrie, welche jetzt mit ihm getrieben wird, zum großen Teile gerade manchen nicht löblichen Eigenschaften gilt, ja, daß sie schon eine antizipierte Opposition gegen seinen Thronfolger in sich schließt. Allerdings ist dieser sehr verschieden; es kann sein, daß er weit weniger Beifall findet, unglücklicher regiert, ja daß er selbst viele und schwere Mißgriffe begehen wird. Aber der Zusammensetzung seines Wesens nach steht er dennoch hoch über seinem Vater. So heiß als ich es vermag, zu Gott zu bitten, so heiß flehe ich den Segen auf sein Haupt und seine Regierung herab!

Mir selbst gegenüber kann ich wohl mit innerster Wahrheit sagen, daß ich bei diesem Vergleiche und diesem Wunsche nicht mich selbst im Auge habe. Ich glaube alles Ernstes nicht, daß meine nähere Beziehung zu dem jetzigen Könige mich in dem äußeren Lebensglücke irgend fördern werde, ja meine Frau kann ganz recht haben, wenn sie immer auf den Gedanken zurückkommt, daß während mir in Hessen und unter der vorigen Regierung übler Wille nur Gutes bereitet hat, jetzt der gute Wille mir Übles bringen werde. Es ist sehr möglich, daß gerade jetzt ein nachteiliger Wendepunkt meiner äußeren Schicksale sich vorbereitet, wo so viele das Entgegengesetzte wähnen.

Es geschehe nun, was da wolle, vorteilhaftes, nachteiliges oder nichts, so ist das wenigstens sicher, daß ich keine Hand anlege, um mich vorwärts zu bringen. Ja, ich bin weiter gegangen und habe alles getan, um jedes Nähertreten an den jetzigen Mittelpunkt der Gewalt von vornherein abzuschneiden. Seit dem Frühling dieses Jahres lag eine bestimmte Ahnung auf mir, daß der König seinem Ende nahe stehe; ich habe diese Empfindung bekanntlich mit vielen geteilt, die das Jahr 1840 wie bei seinem Säkular-Vorgänger als das eines Thronwechsels betrachteten. Ich konnte mich daher auch

der naheliegenden Anwendung auf meine eigene Lage nicht entziehen. Daß der Kronprinz, wenn er zur Regierung gelange, mich nach Berlin ziehen werde, sei es auch nur um eines ihm zusagenden Umganges willen, war mehr als wahrscheinlich. Dann konnte von zweien eins eintreten. Entweder der König stellte mich zu diesem Ende in seine nähere Umgebung oder nicht. Im letzteren Falle würde ich einen jener Plätze im Generalstabe oder Kriegsministerium eingenommen haben, denen ich mich innerlich und äußerlich völlig entwachsen fühle. Ich kann unmöglich wünschen, durch einen solchen Wechsel mich in den entschiedensten Nachteil gegen meine jetzige Existenz gestellt zu sehen.

Bleibt daher der erste Fall; es sei nun, daß ich bloß in die eigentliche Umgebung des Königs träte oder in ein hiermit zusammenhängendes Amt. Bei meiner Liebe zu ihm würde ich dieses in früherer Zeit als ein hohes Glück betrachtet haben. Doch dem kann jetzt nicht mehr so sein; ich darf ein solches Verhältnis um seinet- und um meinetwillen nicht wünschen. Ihm in seiner so höchst delikaten Lage würde, wie schon früher erwähnt,*) meine Nähe entschiedenen Nachteil bringen, mich selbst in Konflikte zwischen meinen verschiedenen Pflichtgebieten verwickeln, für die ich bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge keine Lösung kenne. Was mir in dem verhängnisvollen Streite zwischen Kirche und Staat, den er als Erbschaft überkommen, als Gebot erscheint, ist es für ihn, den protestantischen König, nicht. Um ihm in seine Seele und Stellung hinein zu raten, müßte ich von dem mir gewiesenen Wege völlig absehen, was ich weder kann noch darf. Alle diese Betrachtungen, die mir der Gedanke an den Thronwechsel vor die Seele brachte, bestimmten mich dazu, mich hierüber gegen den damaligen Kronprinzen durch den Mittelweg meiner Schwiegermutter offen und deutlich auszusprechen. Aus seiner an letztere gerichteten Antwort konnte ich entnehmen, daß er meinen Gesichtspunkt richtig erfaßt habe, und ich sicher sein könne, wenigstens nicht unwissentlich von einem solchen Schlage betroffen zu werden.

Sein Brief ist vom 8. Mai**); vierzehn Tage später lag sein

*) Vgl. S. 65.

**) Abgedruckt in den Ergänzungen.

Vater tödlich danieder, und vier Wochen später saß er auf dem Throne! Es war der letzte Moment gewesen zu dieser für mich folgenreichen Erörterung.

Obgleich man über Eventualitäten gewöhnlich anders denkt als später im wirklich vorliegenden Falle, so habe ich doch nichts hierin zu bereuen. Auch jetzt noch, wo allmählich neue Triebfedern in die Regierung zu Berlin eingesetzt, die Rollen groß und klein verteilt werden, erkenne ich, daß ich wohl daran getan, so viel an mir war, mich fern zu halten. Ich lasse geduldig über mich ergehen, daß die Zeitungen und die Gerüchte meinen Namen als einen solchen nennen, der zu hohen Würden bestimmt sei, und ich glaube sicher zu sein, daß man mich ruhig hier ausharren lassen wird. Diese Zuversicht wird mir noch mehr dadurch verbürgt, daß der König meine hiesige Wirksamkeit für das preußisch-deutsche Interesse für notwendig und erfolgreich hält, und daß von seiten seiner Minister und Umgebungen gewiß sorgsam vermieden werden wird, mich seiner Person zu nähern. Nur eine wesentliche Veränderung in diesem Bereiche könnte auch auf meine Lage zurückwirken.

Am 7. September 1840.

Wenn ich bei dem Thronwechsel an meine eigene Zukunft dachte, so konnte ich glauben, daß ich entweder wie bisher im ruhigen Fortgange meiner hiesigen Existenz bleiben, oder aber, daß es eben mit dieser zu Ende gehen und eine neue sich auftun werde. Keines von beiden ist geschehen, sondern ein Mittelzustand eingetreten.

Reise nach Berlin. Am 23. Oktober 1840 überraschte mich sehr unvermutet die Weisung des Königs, mich nach Berlin zu begeben; man wolle mir eine Sendung an die deutschen Höfe anvertrauen.

Der König. Wie ich den inzwischen zum Throne Gelangten wiederfand, daran werde ich stets mit Rührung denken. Ganz unverändert gegen mich, voll herzlicher Hinneigung und uneingeschränkten Vertrauens. Er nahm mich nach Sanssouci zu sich und in drei Wochen täglichen, fast stündlichen Zusammenlebens öffnete er sich gegen mich über die wesentlichsten Gegenstände. Es ist

allenthalben in ihm vor, alles Große und Edle ist ihm verwandt und nahe. Die Art, wie er die Regierung angetreten, deckt den Irrtum der meisten auf, die seiner Zukunft das Prognostikon stellten. Die einen, worunter der selige König, hielten ihn für einen unpraktischen Theoretiker, einen Schwärmer, der weder den Willen noch die Mittel besitzen werde, seine Gedanken zu realisieren. Die andern hingegen fürchteten, daß er in raschem Wechsel alles Bestehende umwerfen, Menschen und Dinge nach seinen vorgefaßten Meinungen umgestalten werde. Beide haben sich geirrt. Dennoch besorge ich, daß seine Regierung nicht die großartige historische Erscheinung darbieten wird, zu welcher er so reiche Mittel besitzt. Wenn ein König mit einer Sinnesart, wie die seinige, sich dem laufenden Zeitgeiste entgegenstemmen, die Wahrheit in Recht und Glauben zur Herrschaft erheben will, so bedarf er neben der eigenen richtigen Erkenntnis großer Kraft und treuer Organe. Kraft im Entschlusse hat der König wirklich, er scheut nicht zurück vor Gefahren, die auf einem von ihm als recht erkannten Wege drohen können. Aber daneben wohnt eine schwer erklärliche Schwäche oder Unklarheit in bezug auf Personen. Schon sein Urteil hängt mehr von persönlichem Wohlgefallen oder Mißfallen als von objektiver Würdigung ab, und daher finden sich unter denen, die ihm zusagen, die sonderbar verschiedensten Menschen.

Aber auch dieses gibt noch keinen Maßstab für die Verwendung ab, die er von den Menschen macht. Er hat sich mit wenig Ausnahmen weder entscheiden können, Personen, die er vorzüglich geeignet hält, demgemäß zu verwenden, noch solche zu entfernen, die er als völlig untauglich und schädlich erkennt. In der ersten Zeit konnte dieses als Pietät, als Abneigung gelten, zu vorschnellen Neuerungen zu greifen, jetzt aber muß die Überzeugung durchdringen, daß dieses leider Charakterzug ist. Ich besorge, daß hieran das Beste scheitern, daß der König nie dazu gelangen wird, den großen Kampf für die wahre Ordnung in Staat und Kirche mit Erfolg zu kämpfen, nie nach innen und außen die Früchte seines redlichen und edlen Strebens ernten wird, solange er nicht mit größerer Energie seine Diener zu wählen und zu behandeln weiß.

Des Königs Politik. Seiner Gedankenwelt kann man Bewunderung nicht versagen. Auf dem Gebiete der Politik ist sein

leitender Gedanke, seine innerste Liebe: Deutschland, und zwar das Heilige Römische Reich deutscher Nation. Eine Wiederherstellung des Römischen Kaisertums, natürlich nicht des deutschen Königtums, hält er nicht für unmöglich; er würde ihr jedes Opfer bringen. Freilich bedürfte es eines großen siegreichen Krieges, um den Boden zu bereiten; dann ist sein Gedanke: freiwillige Unterordnung unter Österreichs Kaiserwürde, wozu er das erste Beispiel gebe, und Herstellung eines Reichsverbandes unter Konkurrenz des Papstes. Für die Idee von Österreich hegt er die alte Reichsverehrung; ihm vorzuarbeiten, es zu zwingen, deutsch zu sein, ist sein größter Wunsch. Daran schließt sich sein Ideal eines großen Bündnisses aller europäischen Staaten mit dem deutlich vorgezeichneten Zwecke, gegen jeden ungerechten Anspruch, jeden Friedensbruch die gemeinsamen Kräfte zu kehren.

Des Königs kirchliche Ansichten. Auf dem kirchlichen Gebiete kann man nicht größer und freier denken als der König. Nichts liegt ihm ferner, als jene unselige Knechtung jedes selbständigen Lebens, die man so lange als Staatsweisheit gepriesen hat. Die Zerfahrenheit des protestantischen Wesens schmerzt ihn tief; eine protestantische Kirche zu konstruieren oder zu rekonstruieren, sieht er als seinen höchsten Beruf an. Wie offen er sich auch hierüber gegen mich ausließ, so ist es doch nicht leicht, seinen Gedankengang deutlich darzulegen. In vieler Hinsicht reiht er sich wohl an Pusey*) und die neue Schule von Oxford an: Herstellung eines Kirchenverbandes mit Anschluß und Ausgang von England; geweihte Bischöfe, protestantische Konzile. Daß eine solche protestantische Kirche der katholischen zur Seite trete, daß selbst beide unter den Begriff einer allgemeinen Kirche zu fassen seien, erscheint ihm völlig möglich; er findet gar kein Bedenken, unter solchen Voraussetzungen das Primat des Papstes anzuerkennen.

In welchem Grade dem Könige die Beilegung des Streites mit seinen katholischen Untertanen am Herzen liegt, ist begreiflich. Er hat den festen Willen, ihnen überall gerecht zu werden, wenn er auch nicht das begangene Unrecht in seinen Einzelheiten durchweg

*) Eduard Bouverin Pusey, geb. 1800, Hauptvertreter einer von Oxford ausgehenden theologischen Richtung, welche eine Annäherung der englischen Hochkirche an die Lehrmeinungen und Kultusformen des Katholizismus anstrebte.

einsieht, wenn auch einiges seiner schönen Seele anklebendes Sekten-Vorurteil sowie die Pietät gegen seinen Vater und die Vorliebe für Bunsen*) hierbei noch stark mitsprechen, so ist doch seine Gerechtigkeitsliebe und Vernunft auch hierin vorwaltend. Bisher hat er die Ausgleichung dadurch gesucht, daß der Erzbischof direkt vermocht werde, einen Generalvikar zu bestellen und dann zu resignieren. In unsern vielfachen Gesprächen über den Gegenstand versuchte ich ihn und mich zu einem klaren Begriff über den reellen Stand der Dinge zu bringen.

Will man wirklich vorwärts kommen, so muß man von der Vergangenheit gänzlich abzusehen den Mut und den Willen haben. Alles Beschuldigen und Entschuldigen hilft durchaus zu nichts, solange jeder Teil seine Tätigkeit hauptsächlich darauf wendet, den Gegner zu inkriminieren, kann kein Schritt vorwärts geschehen, keine Ausgleichung erfolgen. Man wolle dieses erst ernstlich, aufrichtig und ausschließlich, so wird sich zeigen, daß es hierbei um zwei ganz verschiedene Seiten sich handele, die Prinzipien und die Personen.

In der Prinzipienfrage will und muß der König nachgeben; er will nicht das System des Staatsabsolutismus, das er selbst verwirft, hierbei aufrecht halten. Die Kirche sei wahrhaft frei, ihre Bischöfe an dem unmittelbaren Verkehr mit dem Mittelpunkte der Einheit nicht gehindert, das placet stillschweigend aufgegeben, die Bischofswahlen ohne weiteren Einfluß der Regierung, als daß der König die ihm Bedenklichen vorher von der Liste streiche; ein Kirchenrat, ausschließlich aus Katholiken zusammengesetzt, soll diese Angelegenheiten im Kultusministerium führen. Selbst ein periodisches Zusammentreten der Bischöfe zu einer National-Synode unter Vorsitz eines päpstlichen Legaten, auf welcher alle Berührungspunkte zwischen Staat und Kirche verhandelt werden, liegt in seinen Wünschen und Absichten. Die Kirche soll jede gerechte Forderung erfüllt erhalten.

Anders steht es mit den Personen. Alles wohl erwogen, kann ich selbst nicht als möglich und zulässig erachten, daß der Erzbischof

seine Funktionen wieder antrete; der Konflikt mit einem beträchtlichen Teile des Klerus und mit den weltlichen Behörden ist ganz unberechenbar, die Auflehnung gegen die Handlungen des Vaters zu einschneidend. Hier muß Rom helfen und kann es, da die Kirche alles erlangt, was eben durch den mutigen Kampf des Erzbischofs zu erstreiten war. Mein Vorschlag war, daß der Erzbischof selbst einen Koadjutor setze, der ihm und dem heiligen Stuhle völlig genehm sei. Der König erkläre alle gegen den Erzbischof erhobenen Anschuldigungen für unbegründet, dieser dagegen lasse den sonst billigen Wunsch eines offenkundigen Triumphs vor der Welt fallen, resigniere, bleibe in Westfalen oder gehe als Kardinal nach Rom. Diese Ansichten wurden von dem Könige und seinen Räten adoptiert. Er wollte mich selbst nach Rom schicken, um die Vereinbarung mit dem Papste zu erreichen. Nach reiflicher Erwägung mußte ich dieses Verlangen ablehnen, und ich glaube hierin ganz recht getan zu haben. Mißlang meine Unterhandlung, so stand ich der katholischen Welt gegenüber als ein solcher da, der ungerechte Forderungen von dem heiligen Stuhle zu erpressen oder zu erschleichen bestrebt gewesen war; den eigentlichen Stand konnten nur wenige beurteilen, mein kirchlicher Ruf blieb befleckt für immer. Gelang mir die Unterhandlung, so würden die Katholiken den gemachten Gewinn nicht der Gerechtigkeit des Königs, sondern meinem Einflusse, und die Protestanten die gemachten Konzessionen nicht der wahren Regentenklugheit des Königs, sondern meinen Intriguen beigemessen haben. Bei der Art und Weise, wie man mich zu sehen nun einmal gewohnt ist, bin ich zu solchen Missionen untauglich.

Ich führte daher den König darauf hin, den Grafen Brühl,*) der bei seiner ersten Anwesenheit in Rom dort wohlgefallen hatte, wieder hinzusenden und ihn in obigem Sinne zu instruieren. Es geschah und hat bis jetzt den Weg zu definitiver Friedensstiftung sehr günstig angebahnt.

Die politische Krisis. Die frappanteste Betrachtung bot sich mir auf dem Gebiete der auswärtigen Politik dar. Vier Wochen

wahrscheinlich nie wiederkehrt, ein Moment, in welchem die Geschicke Europas in den Händen Preußens gelegen, ein Moment, wo dem Könige die Tore des Glückes weiter aufgetan worden als irgend einem seiner Vorgänger. Seit zehn Jahren lasten die Folgen der Juli-Revolution auf Europa, das Schwert hängt über unserm Haupte, nur Konzessionen, schmähliche und gefährliche, haben den Frieden kümmerlich gefristet. Daß die ganze Frage von dem Verhältnisse Frankreichs zu Europa noch völlig ungelöst, ja unberührt vorliegt, leuchtet jedem ein. Zum Überfluß ist von der Tribüne herab und von der Presse laut genug verkündet worden, daß die Verträge des Jahres 1815 aufgelöst seien, daß Frankreich den Rhein und das Napoleonische Supremat wieder zu fordern nicht aufhören werde. Ausgefochten muß und wird diese Frage werden; keine politische Kombination vermag auf die Dauer bei einem Volke und einem Zustande wie der französische die Begierde nach Ruhm und Beute zu hemmen, in welcher alle Parteien einig sind.

Wenn man, wie jeder nur irgend Sehende, von dieser Überzeugung durchdrungen ist, so fragt man sich, weshalb Europa und insbesondere Deutschland zehn Jahre hindurch sich der großen Gefahr ausgesetzt hat, welche der Tod oder eine politische Niederlage Ludwig Philipps jeden Tag herbeiführen kann, weshalb man nicht durch energische Mittel sich die Bürgschaften eines dauernden Friedens verschafft hat, statt mit den empfindlichsten Opfern einen Zustand der bloßen Kriegslosigkeit hinzuhalten?

Die Antwort liegt freilich einerseits in den Persönlichkeiten, welchen in dieser Periode die Geschicke des Weltteils anvertraut gewesen sind. Eine geringe Kenntnis dieser Individualitäten zeigt, daß mit wenigen Ausnahmen hier eine klare Auffassung der Sachlage und ein fester Entschluß nie zu erwarten stand. Die Politik der europäischen Kabinette hat sich darauf beschränkt, die Verlegenheiten, wie sie der Moment gebar, schlecht oder gut, möglichst zu umschiffen, die Risse des ganzen Gebäudes aber zu übertünchen oder zu ignorieren. Wenn man dereinst zu übersehen imstande ist, welchen

ringere Achtung als bisher zollen. Zu leugnen ist jedoch nicht, daß neben dem politischen Stumpfsinne und der Mutlosigkeit der Personen auch aus der Lage Europas selbst große Schwierigkeiten erwuchsen, um einen entscheidenden Gang einzuschlagen. Die monströse Hinneigung Englands zu der französischen Allianz verschob alle Basen der bisherigen Politik, der tiefe Zwiespalt des Londoner Hofes mit Rußland ließ den Gedanken, hier Gemeinsames zu erzielen, fast nicht aufkommen. Österreich, durch die Beschaffenheit seiner Regierung und seine Finanznot gehemmt, mußte jedem energischen Auftreten abhold sein; in Preußen bewirkte die Persönlichkeit des Regenten dasselbe Resultat. Hierzu traten die Einwirkungen der Julirevolution auf die benachbarten Länder, insbesondere auf Deutschland; eine große Erhebung der Nation gegen Frankreich war in keiner Weise zu erwarten.

Alle diese Umstände nun sind es, die in wenigen Monaten, vom August bis September 1840, in wunderbarer Weise einen totalen Umschwung erfahren hatten: England mit Frankreich gänzlich gebrochen und zu bestimmten Zielen mit Rußland vereinigt. Eine Allianz der vier Mächte,*) wie sie seit 1815 nicht mehr bestanden, bereit und notgedrungen, jede hieraus erwachsende Folge solidarisch zu übernehmen. In Deutschland durch die französischen Aufreizungen, Insulten und Rüstungen ein Geist erzeugt, der das Größte erwarten ließ. Ein Gefühl des Unwillens, der gefährdeten Nationalehre, des Bedürfnisses absoluter Gemeinschaft durchzuckte das ganze Volk; was im Jahre 1813 in den Massen empfunden wurde, war bis in die Kabinette eingedrungen. Die größten Anstrengungen wurden nicht bloß natürlich, sondern notwendig gefunden, um den alten Feind zu züchtigen und wieder einzubringen, was bei dem ersten und zweiten Siege verabsäumt worden war. Alle Chancen, soweit nur menschliche Voraussicht reicht, waren für uns. Brach der Krieg aus, so brauchten die Franzosen mindestens noch die Zeit bis zu Anfang Dezember, um mit einer Armee von entsprechender Stärke ihre Grenzen zu überschreiten und größere

ohne dauerndes Resultat, da unsere Streitkräfte, wenn auch noch ungenügend, doch dazu hinreichten, um einzelnen Korps ein tieferes Eindringen zu verwehren. Um die Zeit aber, wo eine große französische Armee den Oberrhein zu überschreiten oder an dem Niederrhein anzulangen imstande war, fand sie gegen sich sämtliche Streitkräfte Österreichs, Preußens und des Bundes, die, wie genaue Berechnungen erwiesen haben, in acht Wochen in der Linie von Trier bis Rastatt 400000 Mann, drei Wochen später eine halbe Million, ohne alle Übertreibung, zu entwickeln imstande waren.

Gegen diese Kräfte konnte Frankreich in derselben Zeit nicht viel mehr als die Hälfte zum Angriffe führen. Bei diesem Mißverhältnisse und dem Geiste, der alles beseelte, würde mit Gottes Hilfe die französische Invasion mit einer gänzlichen Niederlage geendigt haben, die bei nachdrücklichster Benutzung des Sieges zur Vernichtung des eingedrungenen Feindes führen konnte.

In derselben Zeit würde die französische Seemacht im Mittelmeere von der englischen und russischen zerstört und Algier genommen worden sein. Eine große russische Armee konnte als Reserve nachgerückt, eine kleinere bei Antwerpen gelandet sein. Belgien würde entweder, wie überwiegend wahrscheinlich, sich dieser allgemeinen Bewegung gegen Frankreich angeschlossen haben, oder einem mit Holland kombinierten Angriffe unterlegen sein.

Dieses war der Moment, um einen zweiten Feldzug bis vor die Tore von Paris zu führen. Was zweimal gegen den größten und glücklichsten Heerführer der neuen Zeit und gegen dessen zur energischsten Einheit konstituiertes Frankreich durchgesetzt worden, das durfte man mit Recht erwarten auch gegen einen von allen jenen Eigenschaften entblößten Feind zu erreichen.

Hatte man diese verhängnisvolle Nation wieder zu Boden geworfen, so war dann zu hoffen, daß man von den schweren Erfahrungen Rat genommen, und jener die Kraft abgenommen, Deutschland sie zugelegt hätte, ohne welche ein wahrhafter Frieden in Europa unmöglich ist. Die dem Reiche entrissenen, noch in deutscher Sprache und Nationalität wurzelnden Länder mußten wieder zu Deutschland zurückkehren, die Niederlande und die Schweiz ohne Gefährdung ihrer sonstigen Selbständigkeit Glieder des Bundes werden. Diesen Schutz auf den Flügeln, Mastricht, Mainz, Straßburg

und Basel als Bundesfestungen dazwischen, so konnte Deutschland bei allen ferneren Zerwürfnissen in Frankreich ruhiger Zuschauer bleiben und Europa in der Unantastbarkeit dieses gemeinsamen Schwerpunktes des Weltteiles die unentbehrliche Bürgschaft seines Gleichgewichtes finden.

In besonderer Beziehung auf Preußen betrachtet, welche Rolle würde in diesem großen Drama dem Könige zugefallen sein, ihm, der eben durch die Huldigungen alles, was der Begeisterung fähig war, auf deren höchste Höhe erhoben hatte, ihm, der den Gedanken eines solchen welthistorischen Kampfes rein und zentral aufzufassen vermochte, ihm, der, von allen Monarchen der einzige, das Hauptheer selbst geführt haben würde! Alle Lasten, die er mit der Regierung übernommen und die ihn nachher so schwer gedrückt haben, wären in diesem gewaltigen Zusammenstoße abgefallen, der katholische Zwist, die unselige Konstitutionsplage würden dem ruhmgekrönten Sieger keine weitere Sorge bereitet haben. Auf den ganzen ferneren Verlauf seiner Regierung hätte dieser große Anfang seinen unvertilgbaren Stempel gedrückt, allen seinen weitreichenden edlen Plänen die Bahn gebrochen und ihn zu den gefeiertsten Namen der deutschen Geschichte gesellt.

Wenn man dieses alles bei genauer Kenntnis der wirklichen Sachlage zugestehen muß, so drängt sich freilich die Frage auf, weshalb nichts geschehen, weshalb dieser unersetzliche Augenblick spurlos vorübergegangen ist. Die Antwort kann präzis und einfach gegeben werden: weil niemand da war, der den König auf den allein richtigen Gesichtspunkt hinwies. Er selbst war von der ganzen Wucht der neuen Krone völlig erdrückt, ausschließlich auf die nächsten Landesangelegenheiten hingewendet, rast- und ruhelos von Ort zu Ort ziehend, um die Huldigungen zu empfangen. Seine nächste und vertrautere Umgebung war von denselben Eindrücken völlig absorbiert, der Minister des Auswärtigen*) eine völlige Null, schon in ruhigen Zeiten ohne alle Ideen und zusammenhängende Begriffe, im jetzigen Augenblicke aber nur auf das ängstlichste besorgt, den

gegenüber aussprechen, daß, wenn der König mich Ende September statt Ende Oktober nach Berlin berufen hätte, dieser eine Umstand die Entscheidung gebracht haben würde. Indem ich dieses gewaltige Wort gelassen niederschreibe, bin ich mir seiner vollgültigen Richtigkeit ebenso bewußt, als ich keinen Moment an dem zweifle, was ich aus innerster und gewissenhaftester Überzeugung dem Könige geraten haben würde. Jene Darstellung der Sachlage wäre ihm, wie ich aus genauer Kenntnis seiner beurteilen kann, völlig einleuchtend gewesen. Er hätte erkannt, daß er keinen Impuls von Wien erwarten, sondern diesen Hof nötigen müsse, den einzig gedeihlichen Weg mit ihm zu betreten. Das Mittel lag auf der Hand in dem Momente, wo man deutlich gefühlt hätte, daß die Verlegenheiten, welche der Julivertrag erzeugt, die größte Wohltat seien, und daß man sie nicht durch passives Hinhalten, sondern durch einen mit allen Kräften zu führenden Krieg enden müsse.

Um hierbei nicht allein die Form ganz für sich zu haben, sondern auch den Gedanken, daß Syrien die Veranlassung sei, von Hause aus zu entkräften, bot gerade die Bundesverfassung ganz bereite Mittel dar. Der Bund, nicht die Paciscenten des Londoner Vertrages, hatte zu erklären, daß die französischen Drohungen und effektiven Rüstungen an den deutschen Grenzen die Sicherheit des Bundesgebietes in einem Maße gefährdeten, welche es notwendig mache, auf alle Fälle bereit zu sein. Man protestiere vor der Welt, daß hierzu irgend eine Veranlassung dem französischen Kabinette gegeben worden sei und hege auch jetzt keine feindselige Absicht, indem der Bund seine heilige Pflicht gegen Deutschland erfülle.

Hierauf wäre das gesamte Bundesheer in der kürzesten Frist mobil gemacht und am Rheine konzentriert worden. Das österreichische Kabinett, wie abgeneigt es auch jedem Kriege war, hätte eine von Preußen ihm gestellte energische Anmutung durchaus nicht zurückzuweisen vermocht, da Regierungen und Völker des gesamten Bundes laut nach einer solchen Schilderhebung riefen, und Metternich doch nie gewagt haben würde, die Gefahren, welche eine Verabsäumung hier mit sich bringen konnte, auf seine alleinige Verantwortlichkeit zu nehmen. Der Zustimmung von Rußland und England konnte man unter den gegebenen Umständen versichert sein.

Mit diesem einen Schritte war aber auch der Krieg so gut als

entschieden. Louis Philipp würde nicht imstande gewesen sein, angesichts der deutschen Armeen an der Grenze die wilde Bewegung aufzuhalten, er würde von ihr fortgerissen worden sein. Hiermit trat dann jener Moment des entscheidenden Kampfes ein, den ich nach meiner tiefsten Überzeugung und nach allem, was ich von dem Tatbestande kenne, für das größte Glück für Deutschland und insbesondere für den König gehalten hätte!

Es hat anders kommen sollen! Als ich in Berlin eintraf, war der günstige Moment bereits unwiederbringlich vorüber. Wenige Tage nachher fiel Thiers*); die Partei, welche ebensogut wie wir das Mißverhältnis der Chancen bei einem bevorstehenden Kriege einsah, erhielt die Überhand. Louis Philipp und sein neues Ministerium ergriffen ebenso gern als Metternich die Gelegenheit der Siege in Syrien, um ihren Schützling**) fallen zu lassen und die aus dem orientalischen Konflikte in Frankreich angefachte Kriegslust zu dämpfen.

Die Beratungen. Allerdings war hiermit noch keineswegs eine wirkliche Beruhigung eingetreten; nur die persönlichen Verhältnisse hatten sich geändert, die materielle Gefahr blieb dieselbe. Die Rüstungen Frankreichs waren in stetem Vorschreiten geblieben; vom Anfang des Dezember an konnten 250 000 Mann stets den Rhein überschreiten; bei dem Zustande des Bundesheeres und dem gänzlichen Mangel aller vorgängigen Vereinbarungen hatten die Franzosen den Vorteil der Zeit dergestalt für sich, daß sie Herren der Länder von dem mittleren Main bis an die obere Donau geworden sein würden, ehe ihnen ein Heer von verhältnismäßiger Stärke auf diesem Kriegstheater entgegentreten konnte. Ob Ludwig Philipp den Willen und die Macht behalten werde, dieser Flut stets einen Damm zu setzen, davon hing allein alles ab; jeder Umschwung in dem einen oder andern mußte Deutschland einer um so unverantwortlicheren Gefahr preisgeben, als sie durchaus selbstverschuldet gewesen wäre.

zu geben. Er beriet sich über alles dahin Gehörige mit Thile I*), Grolman, Krauseneck**) und mir. Das Wesentlichste hierbei fiel mir selbst zu, da ich den König ununterbrochen sah und einen steten Austausch mit seinen Gedanken bewirken konnte.

Die Resultate dieser Beratungen waren folgende: Die gegenwärtige Sachlage gestatte nicht mehr, die Rüstung und Aufstellung des Bundesheeres zu verlangen, wohl aber erheische sie, daß alle Vorbereitungen getroffen würden, um stets in der kürzesten Frist zu einem Verteidigungskriege bereit zu stehen. Hierzu sei erforderlich, daß jedes Bundesglied, Österreich und Preußen einbegriffen, seiner Bundespflicht streng nachkommend, alle Vorkehrungen treffe, um in vier Wochen wirklich mobil sein zu können. Jeder Staat habe sich hierbei nicht auf das Notdürftige zu beschränken, sondern alle Kräfte zum gemeinsamen Kampfe bereit zu stellen. Preußen werde mit seiner ganzen Armee, demnach mit 300 000 Mann, auftreten, Österreich sei zu veranlassen, mindestens 150 000 für Deutschland zu verwenden, alle andern Bundesglieder aber ihre Kontingente und Reserven gleichzeitig aufzubieten, demnach um ein Drittel stärker als die gewöhnliche Bundespflicht zu leisten. Die gesamte Macht des Bundes würde hiernach 610 000 Mann betragen haben.

Es sei aber auch ferner der Gebrauch dieser Streitkräfte zweckmäßig festzustellen. Preußen werde eine Armee am Niederrhein, eine zweite am Mittelrhein und Main formieren, jede in sieben bis acht Wochen 100 000 Mann stark. Eine dritte Armee von gleicher Stärke werde in derselben Zeit an der Elbe stehen, um nach Umständen zu der ersten oder zweiten zu stoßen.

Österreich möge sich ausweisen, wann es seine Armee an der oberen Donau formieren könne.

Von den Bundeskorps solle das 10. zur niederrheinischen, das 9. zur mittelrheinischen stoßen, das 7. und 8. aber am Oberrhein eine besondere Armee bilden, zu welcher Preußen vom Main aus eins seiner Armeekorps stoßen lassen werde.

Meine Sendung. Der König bestimmte, daß Grolman und ich

nach Wien gehen, ich hiernächst an die anderen größeren deutschen Höfe, um überall auf reelle Bereitschaft zum Kriege zu bringen und über obige Grundlagen desselben gültige Vereinbarungen zu treffen.

Als Nebenaufgabe war ich angewiesen, bei Metternich auf die Notwendigkeit hinzuwirken, den Bundesangelegenheiten eine ernstere und lebendigere Behandlung angedeihen zu lassen und aus der bisherigen ausschließlichen Negation zu einem fruchtbareren System überzugehen. Ich sollte ihn ferner von dem Stande der Kölnischen Sache unterrichten, seine Hilfe in Rom in Anspruch nehmen und Nachforschungen anstellen, ob Schwarzenberg*) in Salzburg und Diepenbrock**) in Regensburg geeignet und geneigt seien, Bischofsstellen in Preußen zu übernehmen.

In München, Stuttgart und Karlsruhe sollte ich die Sache der neuen Bundesfestungen zum endlichen Schlusse bringen und diese Höfe nötigen, unsere Vorschläge über die Garnisonsverhältnisse und die Kommandos für Frieden und Krieg anzunehmen.

Mein Aufenthalt in Wien betrug nur sechs Tage***); höchste Eile war in allem erste Bedingung. Die gestellten Aufträge führte ich sämtlich zu Ende, in voller Übereinstimmung mit Grolman, der seine heftigen Vorurteile gegen mich abgelegt hatte und mir Vertrauen und Wohlwollen bewies. Alles würde hier überaus günstig abgeschlossen haben, wenn nicht Grolman am Tage nach meiner Abreise sich hätte induzieren lassen, eine Konvention mit Ficquelmont†) zu unterzeichnen, welche den Keim zur Zwietracht enthielt. Immer war es der Zankapfel gewesen, daß Österreich die Bildung einer selbständigen Armee aus den Staaten am Oberrhein ungünstig und diese nur als einen Teil der unter sein Kommando gehörigen großen süddeutschen Armee betrachtete. Im Grunde wäre diese Forderung eine durchaus richtige gewesen, wenn Österreich wie

*) Friedrich Fürst v. Schwarzenberg, geb. 1809, seit 1836 Fürstbischof von Salzburg.

**) Melchior Freiherr v. Diepenbrock, geb. 1798, seit 1835 Domdechant in Regensburg.

***) 20. bis 26. November 1840.

Preußen in erster Linie am Rhein läge und nicht durch gleichzeitige, oft überwiegende Interessen im Orient und Italien gehindert würde, sein ausschließliches Augenmerk auf Deutschlands Schicksale zu richten. Dieser unleugbaren Tatsachen haben sich nun zu allen Zeiten die süddeutschen Staaten bedient, um die Forderungen zurückzuweisen, welche sich hieran knüpften. Schon im Jahre 1832 waren eben an dieser Klippe langwierige Verhandlungen gescheitert; wollten wir jetzt in der obwaltenden Krisis zu einem Resultate gelangen, so durfte nicht wieder in dieselben Geleise eingelenkt werden; daher unsere Vorschläge, nur den ersten Moment der allgemeinen Aufstellung zum Gegenstand der Vereinbarung zu machen.

Hierauf waren auch alle mündlichen Vereinbarungen mit Metternich und Ficquelmont beschränkt worden, in die schriftliche Abfassung der Konvention hatte man aber österreichischerseits wieder den eigenen Ideengang hineinzubringen gewußt, und Grolman war dieses nicht gewahr geworden. Der österreichische General v. Heß,*) den dieser Hof, um uns nicht den Impuls allein zu überlassen, auf gleichem Wege mir an den deutschen Höfen nachfolgen ließ, erhielt jene Konvention zur Instruktion. Daher mußte eine Disharmonie zwischen seinen und meinen Eröffnungen entstehen, welche später zu unangenehmen Weiterungen führte.

Mein sonstiger Verkehr mit Metternich war befriedigend; die Notwendigkeit, Preußen gegenüber eine andere Linie wie die bisherige absoluter Suprematie in den deutschen Sachen einzuschlagen, entging ihm nicht. Auch in den geistlichen Angelegenheiten verständigten wir uns vollkommen. Er ist ein Mann, der sich von den meisten Politikern unserer Tage durch einen weit lebendigeren Geist und die Bekanntschaft mit den ideellen Seiten des Staatswesens unterscheidet. Seine reichen Erfahrungen und seine große Geschicklichkeit in der Manipulation der diplomatischen Formen hat daher allerdings auch eine Grundlage von gediegenem Gehalte. Dabei hat aber der Lauf der Zeit die Abneigung, sich in dem ruhigen und eitlen Genusse des erworbenen Ruhmes und der Annehmlichkeiten des Lebens stören zu lassen, ein politisches System bei ihm fixiert,

welches einen sehr niedrigen Standpunkt einnimmt. Wenn man es Konservatismus nennt, so geschieht ihm zuviel Ehre; im wesentlichen ist es doch nur der Kultus des Moments und das Bestreben, jede Störung des eben vorliegenden Faktums, schlecht oder gut, abzuwenden. Wo solche bloße Abwehrung drohender Übel von Nutzen war, hat er daher viel und Segensreiches geleistet; wo es hingegen großer Gedanken und mutvoller Entschlüsse bedurfte, ist die österreichische Politik gänzlich unfruchtbar geblieben und in ganz kleinliches Getriebe verlaufen.

Mein Weg führte mich über Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Wiesbaden, Kassel, Hannover. An jedem dieser Höfe verweilte ich einige Tage und brachte die mir erteilten Aufträge durchweg zu einem gedeihlichen Ende. Das Kriegswesen dieser Staaten wurde von Grund aus aufgerührt, langjährige Gebrechen mindestens momentan gehoben, die Verwendung des Bundesheeres durch Übereinkunft festgestellt, die Differenzen über Ulm und Rastatt ausgeglichen. Die aufgeregte Zeit, die Rapidität meines Auftretens und die großartige Gesinnung meines Königs überwanden Schwierigkeiten, die unter anderen Umständen zu langen Unterhandlungen und Weiterungen geführt haben würden.

Die Natur der Sache brachte es mit sich, daß mir in der kürzestmöglichen Frist an jedem Orte unmittelbar das eigentliche Zentrum der Regierungsgewalt zur Anschauung kam. Im allgemeinen ist der Eindruck eines solchen näheren Eindringens in das Wesen der einzelnen Regierungen schmerzlich genug. Nicht in Beziehung auf das Verhältnis dieser Regierungen zu ihren Untertanen insbesondere, denn vielleicht hat Deutschland noch nicht so viele tüchtige und gute Verwaltungen gesehen als eben jetzt, und das materielle Wohlbefinden steht überall in Blüte. Desto mehr aber tritt die unerfreuliche Seite des gegenwärtigen Zustandes hervor, je mehr es sich um die allgemeinen Interessen der Nation handelt. Während im Volke selbst das Gefühl der Gemeinschaft seit dem Jahre 1813 an Lebendigkeit immer zugenommen hat, und die Idee eines innigen Bundes in Leid und Freud, das Bewußtsein der Herrlichkeit und welthistorischen Bedeutung des deutschen Stammes so viele Herzen durchglüht, haben diese Empfindungen in den Kabinetten noch gar wenig Eingang gefunden.

Dieser engherzige Partikularismus steht in schneidendem Widerspruche mit den Gefühlen und den Bedürfnissen der Nation, die sich trotz der konfessionellen Spaltung und des konstitutionellen Haders vielleicht nie mehr nach Einigung und Gemeinschaft gesehnt hat. Wie viel Trübes auch diesem Ringen nach einem einigen Deutschland in den demagogischen Umtrieben beigemengt worden ist, immer wird dieses ein mächtiger Hebel bleiben, und derjenige Regent, welcher ihn im wahrhaften geistigen Sinne im rechten Momente zu ergreifen weiß, wird damit sehr große Dinge, weit über den herkömmlichen Gebrauch hinaus, auszurichten vermögen.

Einen Vorgeschmack hiervon gewährte zwar schon jetzt die Einwirkung, welche die Persönlichkeit unseres Königs in diesem kritischen Momente ausübte. Dennoch blieben auch in einem solchen Momente trübe Betrachtungen nicht aus. In Bayern und Württemberg das tiefste Mißtrauen und der übelste Wille gegen Österreich; nur um ein Geringes minder als gegen Frankreich. Daß in Deutschland ein gemeinsames Leben erweckt und genährt werde, daß es, wenn der Moment des Entscheidungskrieges naht, mit ganzer Kraft auftrete, davon beruht die Hoffnung vornehmlich auf Preußen und seinem Könige. Wir haben in dieser Hinsicht nie bedeutsamer dagestanden als eben jetzt.

Neben der Abneigung der einzelnen, besonders der süddeutschen Regierungen gegen die natürliche Suprematie der Schutzmächte steht ihre ebenso große Abneigung gegeneinander. Ich machte hiervon verdrießliche Erfahrungen in der Kommando-Frage. Daß unter den obwaltenden Umständen ein sogenannter Bundes-Oberfeldherr undenkbar war, leuchtete ein. Wenn Österreich und Preußen das Mehrfache ihrer Bundeskontingente, letzteres seine gesamten Streitkräfte, in das Feld stellen, so können sie diese weder dem Bundesfeldherrn unterordnen, noch daneben ein besonderes Bundesheer bestehen lassen. Zu dieser militärischen Untunlichkeit tritt die persönliche. Wer soll dieser oberste Feldherr sein? Österreich würde nie unseren König als solchen annehmen können, und wir würden vielleicht dem Erzherzog Karl*), aber da dieser schwerlich zu denken ist, keinem anderen österreichischen General das Schicksal des eigenen

*) Geb. 1771, Sieger in der Schlacht von Aspern, 21. und 22. Mai 1809.

Reiches anvertrauen können. Ein Dritter aber ist völlig undenkbar.

Daher war man in Wien und Berlin über die oben angedeutete Verteilung der Kommandos einig, und es handelte sich zunächst darum, wer die süddeutsche, aus dem 7. und 8., wahrscheinlich auch aus einem preußischen Korps bestehende Armee kommandieren solle. Hier gerieten nun Bayern und Württemberg in den wildesten Zwiespalt. Der König von Württemberg hatte die Hoffnung gehegt, als Bundes-Oberfeldherr aufzutreten; — als diese entschwand, verlangte er das Kommando der süddeutschen Armee ebenso eifrig, als dieses von Bayern verweigert wurde. Einige unbehutsame Hoffnungen, die ihm von Berlin aus gemacht worden waren, steigerten das Unangenehme meiner auf strengste Nichteinmischung hingewiesenen Lage; die Frage mußte bis zu dereinstigem wirklich eintretenden Falle unentschieden bleiben und wird noch große Nachteile bereiten.

Ich kehrte nach Berlin um Neujahr 1841 zurück und durfte mit den Resultaten dieser Sendung im Interesse der Sache sehr zufrieden sein. Mir selbst brachte sie mannigfache Vorteile. Daß ich zum Helden der Zeitungen geworden, einen sogenannten europäischen Ruf dabei erwarb, hätte ich herzlich gern erlassen; diese Dinge sind, abgesehen von ihrer geistigen Dürftigkeit, auch noch mit manchen Verdrießlichkeiten erkauft. Mit Ehrenbezeigungen wurde ich überhäuft; Österreich, Bayern, Württemberg, Baden, Darmstadt, Hannover, Sachsen gaben mir ihre Orden in höheren Graden, als einem Obersten zu geschehen pflegt.

Gerade diese rastlose, höchst angreifende Reise hatte auf meinen ganzen Gesundheitszustand den heilsamsten Einfluß; ich bin nie wohler gewesen, als bei dem Fahren in den Wintermonaten durch Tag und Nacht.

Die ferneren Verhandlungen in Berlin. In Berlin fand ich den Stand der europäischen Frage inzwischen sehr verändert. Die unmittelbare Gefahr eines ausbrechenden Krieges war in den Hintergrund getreten, dagegen hatte Frankreich erklärt, daß seine Lage nach

habe, dieses wurde nun die wesentlichste Frage für uns. Der König gebrauchte hierin vorzüglich Thile und mich; für alle auf die gegenwärtige Lage bezüglichen Angelegenheiten hatte ich direkten Kabinetts-Vortrag bei ihm und bearbeitete, gewissermaßen als hierzu von dem Ministerium des Auswärtigen kommittiert, sämtliche Ausfertigungen. In speziellen Fällen vereinigte der König ein Konseil, zu welchem noch Werther, Grolman, Krauseneck und Knesebeck*) traten.

Meine Vorschläge gingen dahin, daß in bezug auf die augenblickliche Situation der Bund eine offene Rechenschaft von Österreich und Preußen über die wahre Sachlage empfangen und hierauf gestützt eine bestimmte Sommation in Paris auf Desarmierung stellen solle, und zugleich, um auf jeden Fall gerüstet zu sein, seine Mobilmachungsfrist auf vierzehn Tage verkürzen müsse. Ginge hingegen diese Krisis ohne Explosion vorüber, so trete dann für Österreich und Preußen die hohe Pflicht ein, alles aufzubieten, um das Heerwesen des Bundes von Grund aus zu reformieren und sowohl die Erfahrungen als die Eindrücke der jüngstverflossenen Zeit zu nützen und tiefe Gebrechen in der Bundesverfassung dauernd zu heben. Zu letzteren Maßregeln zählte ich: eine durchgreifende Revision und Schärfung aller auf die Friedens- und Kriegsbereitschaft einwirkenden Bestimmungen, ferner die Einführung allgemeiner Inspizierungen aller Teile des Bundesheeres und die Feststellung von Normal-Budgets für sämtliche Kontingente, die, auf die Grundsteuer radiziert, die Erfüllung der Bundespflichten ein für allemal sowohl den Velleitäten der Regenten als dem Treiben der konstitutionellen Opposition gegenüber sichergestellt haben würde.

Meine Vorschläge fanden durchgängige Zustimmung. Es begannen aber nunmehr schwierige und hartnäckige Verhandlungen mit Wien, wo man, froh, der nächsten Sorge enthoben zu sein, jeder weitergreifenden Maßregel entschieden abhold war. Diese Verhandlungen, in deren Bereich auch die von Grolman abgeschlossene ominöse Konvention eingriff, führten bis zu einer vollständigeren Explikation über das Verhältnis von Österreich und Preußen, als wohl bis dahin je stattgefunden hatte. Der König billigte sämtliche von mir

entworfenen Erlasse, welche mindestens das Verdienst hatten, beide Teile über ihre gegenseitige Lage aufzuklären. Daß man in Wien auf die treueste Bundesgenossenschaft Preußens mehr als je, aber durchaus nicht ferner mehr darauf zählen könne, unser Kabinett am Leitseile hinter einer bloß negativen Politik herzuziehen, darüber mag dem österreichischen Hofe kein Zweifel geblieben sein.

Der Ball wurde hin und her geschoben, da ohne Vereinbarung beider Teile kein gedeihlicher Schritt möglich war. Die Forderung auf Entwaffnung konnten wir in Wien nicht durchsetzen; hierbei trat aber die Hauptdifferenz hervor, die seit Jahren die europäische Politik bestimmt hat: Österreich hält den Gedanken an eine Lösung durch Krieg für das größtmögliche Unglück, während wir seit dem Tode des Königs, dessen natürliche Unentschlossenheit und Unterordnung ihn auf dieselbe Bahn gewiesen, die Überzeugung gewonnen haben, daß es weit größere Gefahren gibt, und daß Pflicht sowohl als wahre Klugheit eben gebieten können, die Entscheidung der Waffen nicht zu meiden.

Die Verkürzung der Mobilmachungsfrist konnte Österreich aus derselben Sorge nicht zugeben. Es blieb daher nur übrig, an die Zukunft zu denken und auf diesem Gebiete möglichsten Gewinn für die Kriegsbereitschaft des Bundes zu erlangen. Auch die Einführung der Normal-Budgets hielt Österreich nicht für erreichbar; vielleicht hat es bei dem ganzen Zustande des Bundes hierin recht.

Um das Weitere zu beraten, traf Ende Januar der österreichische Chef des Generalstabes, General v. Heß, in Berlin ein. Der König setzte eine Kommission, bestehend aus Krauseneck, Thile I und mir, nieder, um mit ihm zusammenzutreten. Heß zeigte sich dabei als ein vernünftiger und wohlgesinnter Mann, dem es in jeder Hinsicht am Herzen lag, Eintracht zu befördern und Gutes zu stiften; wir kamen in nahe und herzliche Berührung.

Die Resultate unserer im Laufe des Februar gepflogenen Konferenzen wurden in einer Reihe von Protokollen niedergelegt, die sämtliche obwaltenden Fragen umfaßten. Diese Protokolle sowie alle hierbei vorgekommenen Arbeiten gingen von mir aus. Unsere Vorschläge zur Revision der Kriegsverfassung fanden die Zustimmung Österreichs; nur die Einführung der allgemeinen Inspizierungen konnte erst nach langen und verdrießlichen Weiterungen erreicht

werden. Heß ging Ende Februar mit dem Abschlusse nach Wien zurück.

Die inneren Zustände. Wenn ich den Blick von diesen auswärtigen Verhandlungen auf die inneren Zustände Preußens wendete, so stellte sich mir ein ebenso sonderbarer als höchst schmerzlicher Wechsel entgegen. Ich hatte Berlin vor sechs Wochen in der Nachwirkung der Huldigungszeit verlassen; der König war hier wie in ganz Deutschland der gefeiertste Name. Jene kurze Zeit hatte hingereicht, um einen fast unbegreiflichen Umschwung herbeizuführen; es war mehr wie Mißstimmung, es war eine schmähende, gehässige Aufregung, die sich in einer Ausdehnung kundgab, daß man sie nach dem kurrenten Sprachgebrauche als öffentliche Stimme bezeichnen mußte. Aus den Provinzen gingen ähnliche Nachrichten ein: der vor wenig Wochen so hochgestellte Fürst war plötzlich zum Gegenstande der übelsten Abneigung geworden, die sich in Wort, Schrift und Bild hundertfach kundgab.

Wenn ich je auf Popularität einen Wert gelegt, so würde mich diese vor meinen Augen vorgegangene Erscheinung allein schon enttäuscht haben. Die Motive, soweit sie nachweisbar sind, lagen auf sehr verschiedenen Gebieten. Der äußere Anstoß knüpfte sich an die Anstellung Hassenpflugs*) als Tribunalsrat: sein Name wurde ein Schiboleth für die verschiedensten Parteien. In den boshaften Spottgedichten**), die umliefen, prangte unter den Urhebern dieser an sich so geringfügigen Anstellung auch mein Name, was im eigentlichen Sinne nicht einmal richtig ist. Hassenpflug lieh indessen nur den Vorwand zu weit tiefer liegenden Quellen der Gehässigkeit. Die eine Seite war die politische; der ganze Bodensatz des Jakobinismus und des Liberalismus, in seinen verschiedenen Schattierungen instinktmäßig vereinigt, erhob sich gegen denjenigen, den sie als einen Verächter des Zeitgeistes ahndeten. Die Königsberger Umtriebe hatten hierzu den Anstoß gegeben.***) Noch eingreifender wirkte die religiöse Seite; allen Abarten des Unglaubens und Indifferentismus

*) Vgl. S. 83. — **) Vgl. die Ergänzungen.

***) Bei Gelegenheit des Huldigungslandtags in Königsberg hatten die Landstände Ostpreußens dem König eine Denkschrift überreicht, welche die Berufung einer allgemeinen Landesvertretung in Erinnerung brachte. Vgl. H. v. Treitschke V, S. 44 ff.

galt der König als Repräsentant des Pietismus; selbst der große Haufe wurde durch die Vorspiegelung bevorstehender Religions-Edikte über Kirchenbesuch, Eherecht, Theater usw. in Harnisch gebracht. Als drittes Element wirkte hierbei der Beamtengeist, der nicht ohne Grund in den Regierungsansichten des Königs eine bedrohliche Beschränkung seiner bisherigen Omnipotenz sah. Für alles dieses bildete die unbehagliche Windstille, die als natürliche Folge der vorhergegangenen Anspannung eingetreten war, ein jeder Einflüsterung sehr förderliches Medium.

Bedrohlich war dieser Zustand nicht, auch nicht dauernd, aber sehr betrübend. So lohnte man einem solchen Fürsten! Der König blieb furchtlos und wohlgemut, was nicht von seinen nächsten Dienern gesagt werden kann. Gerade in derselben Zeit, wo man ihn des religiösen und politischen Absolutismus zieh, beschäftigte ihn der langgenährte Entschluß, die Provinzialstände der ganzen Monarchie zu berufen und dieser Institution große Erweiterung zu geben.

Die Ansichten, von welchen er hierbei ausgeht, sind von den verschiedensten Seiten her mißverstanden und bitter bekrittelt worden; ich glaube sie ganz zu verstehen. Sein Grundgedanke ist die germanische Freiheit, gleich entgegengesetzt dem modernen Staatsabsolutismus wie dem zeitgeistigen Liberalismus. Daher verlangt er ständisches Leben, als unentbehrliche Basis eines rechtlichen Staates.

Der schwierige Punkt hierbei ist nur, ob dieses einzige rechte und gesunde System in einer so gänzlich politisch verkehrten Zeit wie die unsrige ins Leben gerufen werden kann, und ob der König zu einem solchen Riesenwerke die Kräfte und Eigenschaften besitzt. Daß er auf Mißverstand und Widersetzlichkeit von allen Seiten stoßen würde, konnte er sich nicht verhehlen. Die Liberalen betrachteten jeden Schritt von der bisherigen Bahn des Staatsabsolutismus ab nur als ein Zugeständnis für ihre Anforderungen und verlangten ungestüm deren ganze Realisierung. Aber auch die Wohlgesinnten fürchteten, daß diese Belebung der ständischen Idee weiter zu Reichsständen und von diesen zu repräsentativen Konstitutionen führen müsse. Darum tadelten sie den König heftig, daß er diesen gefährlichen Pfad betrete.

Das Sonderbare dabei ist, daß ein Teil dieser Befürchtungen oder Hoffnungen nicht ohne Grund ist. Der König birgt wirklich in

sich eine gewisse Hinneigung zu allgemeinen Reichsständen und hält sich hierzu auch durch das Versprechen seines Vaters fest verpflichtet. Daher auch sein eigentümliches Verfahren bei den vorjährigen Königsberger Anmutungen. Zwischen dieser Empfindung und dem Bewußtsein der großen Bedenken, welche ein solches reichsständisches Wesen, welche Form man ihm auch gebe, immer darbietet, findet sich seine Seele eingeschlossen. Es ist dieses die schwierigste Seite seines Regentenlebens, und ich besorge, daß der Ausschlag hierin durch den Dazwischentritt äußerer Begebenheiten gegeben werden wird. Vielleicht ist die Aufgabe, einen Staat im Sinne der wahren alten Gerechtigkeit zu regieren, in unserer Zeit gar nicht lösbar!

Palästina. Eine interessante Beschäftigung erwuchs mir auch daraus, daß der König mich über seine Absichten für die Christen in Palästina zu Rate zog.*) Nachdem die christlichen Mächte allein die fernere Existenz des ottomanischen Staates gefristet, nachdem sie dessen Autorität selbst gegen die Aufstände ihrer bedrückten christlichen Untertanen aufrecht gehalten, ist für sie eine heilige Pflicht erwachsen, das Schicksal dieser Glaubensgenossen sicherzustellen. Dieses kann nur dadurch erreicht werden, wenn sie die Pforte nötigen, die Verhältnisse sämtlicher Rajahs vollkommen festzustellen, sie der bisherigen Willkür zu entziehen und die pünktliche Ausführung dieser Verträge unter die ausdrückliche und wirksame Garantie und Beaufsichtigung der christlichen Großmächte zu stellen. Eine solche umfassende Maßregel gebietet selbst die wahre Klugheit allen bei der ferneren Erhaltung der Pforte interessierten Kabinetten, denn nur hierdurch wird den Aufständen der christlichen Untertanen vorgebeugt werden können, welche über kurz oder lang das türkische Reich in Europa umstürzen werden.

Für den Moment mußte leider der Gedanke aufgegeben werden, einen solchen großartigen Schritt von Berlin ausgehen zu sehen; der König begnügte sich, die Christen in Palästina in das Auge zu fassen, und die Höfe von Wien, London und Petersburg aufzufordern, dahin zu wirken, daß auf jener Geburtsstätte unseres heiligen Glaubens

*) Die Pläne des Königs, deren eigentliches Ziel die Abtretung der heiligen

den Christen ein sicheres Verhältnis bereitet werde. Auch diese Anregung hat keinen Anklang gefunden, da man sie nur mit dem Maßstabe der äußerlichsten Politik maß; der König hat daher später Bunsen nach London geschickt,*) um mit England Separat-Verhandlungen anzuknüpfen.

Meine Verhältnisse. Ich brachte in Berlin drei Monate unter sehr angenehmen Umständen zu.**) Das tägliche Leben mit dem Könige war sehr erfreulich, der nahe Verkehr mit Leuten wie Grolman, Thile, Stolberg***), Krauseneck, Boyen†) und Eichhorn††) brachte mir den Nutzen, daß sie ihre Vorurteile gegen mich ablegten und mir aufrichtiges Vertrauen bewiesen. In der Gesellschaft war ich der lion des Tages, fetiert und aufgesucht oft in der unbequemsten Weise.

Daß man mir alle ersinnlichen Stellen in der Umgebung des Königs oder in den höheren Behörden zudachte, war natürlich. Es würde mir wahrscheinlich nicht schwer geworden sein, eine oder die andere dieser von dem Publikum antizipierten Stellen wirklich zu erreichen, aber ich kann nur auf früher Gesagtes zurückkommen, daß mich Vernunft und Gewissen gleichmäßig abhielten, einen höheren Platz in Berlin zu wünschen.†††)

Der König in seiner günstigen Meinung von mir ließ mir sagen, für einen kleineren Gesandtenposten wolle er „mich nicht vergeuden" und wolle daher eine bedeutendere Gelegenheit in Obacht für mich nehmen. Ich, in richtiger Erwägung meiner ganzen Lage, konnte nur darauf zurückkommen, daß er mich mit einem kleineren Posten anfangen lassen möge. Nur auf diese Weise ist Neid und übler Willen abzuhalten, der sonst mich, den Halbfremden, den

*) Zu diesem Zwecke wurde Bunsen im April 1841 nach Berlin berufen. Auf der Durchreise durch Frankfurt hatte er am 12. April mit Radowitz eine Unterredung über den Plan des Königs. Vgl. Leben Bunsens, deutsche Ausgabe, II, 161.

**) Von Ende Dezember 1840 bis 17. März 1841.

***) Graf Anton zu Stolberg-Wernigerode, geb. 1785, 1833 Regierungspräsident

Absolutisten, den Jesuiten, unberechenbar treffen werde, und ihn, den König, durch mich.

Da nun unter dieser Voraussetzung der König mich nicht in Frankfurt missen will, so ist daraus seine Idee entstanden, mir mit Beibehaltung meiner Stelle als Militärbevollmächtigter, dereinst den Posten in Karlsruhe, Darmstadt und Wiesbaden zu geben. Ich würde gegen diese, obgleich mühevolle Kombination nichts einzuwenden haben, und werde ruhig erwarten was geschieht.

Rückkehr nach Frankfurt. Am 12. März kehrte ich nach Frankfurt über Hannover und Kassel zurück. An ersterem Hofe hatte ich noch einige besondere Geschäfte. Der König Ernst August sollte nach dem Vorschlage, den ich gemacht, disponiert werden, eine Institution zu treffen, die für die Zukunft seines blinden Nachfolgers höchst wichtig ist, nämlich die Verifikation seiner Unterschrift.*) Es gelang mir vollkommen damit.

Mit der Königin hatte ich die Angelegenheit ihres Sohnes Carl Solms**) zu regeln, mit der sie mir seit geraumer Zeit eine schwere Bürde aufgelegt hatte. Auch dieses gedieh zu glücklichem Ende und ich hatte noch die Freude, ihr diese Beruhigung zu verschaffen. Kurz nachher starb die Königin;***) sie war mir und meiner Frau mit aufrichtigstem Wohlwollen zugetan gewesen, so daß wir den Tod dieser Frau, die durch so viele Verirrungen hindurchgegangen, als einen wahren Verlust empfinden mußten.

In Kassel ging ich dem sonderbaren Wiedersehen mit dem Kurprinzen entgegen. Er benahm sich vernünftig genug, ignorierte total unsere früheren Verhältnisse, aber bewies dem Abgesandten des Königs besondere Höflichkeit. Seitdem bin ich wieder auf den Fuß eines anständigen Verkehrs mit ihm getreten, ohne daß wir früheres im Guten oder Üblen aufgerührt hätten; für beide Teile am besten. Es würde mir wohl nicht schwer gewesen sein, meine alte Stellung wiederherzustellen, wovor mich aber Gott bewahren wolle!

Verhandlungen am Bunde. In Frankfurt wartete meiner die

ganze Last der Verhandlungen, welche am Bunde über die Reformen in der Kriegsverfassung begannen. Preußen hatte seit Schölers Tode*) noch keinen Bundestags-Gesandten wieder ernannt; in Frankfurt hatte man allgemein für ausgemacht gehalten, daß der König mir diese Stelle geben werde. Vielleicht hätte er in der Sache wohl hieran getan, aber ich selbst machte auf eine so auffallende Beförderung keinerlei Anspruch und wußte, daß man sich bereits hierüber gegen Bülow**) gebunden hatte. Da dieser aber noch nicht von London weg konnte oder wollte, so lag mir die ganze Arbeit allein ob. Die Erfahrungen, welche wir hierbei machten, waren wiederum sehr unerfreulich. Unmittelbar nachdem das Gewölk der nächsten Gefahr sich zu zerteilen schien, verschwand in den meisten deutschen Regierungen jede Neigung, für die gemeinsame Sache Opfer zu bringen, ja nur sich aus der bisherigen Vernachlässigung aller übernommenen Pflichten aufstören zu lassen.

Es bedurfte des festen Zusammenhaltens von Österreich und Preußen, um diese Ströme von kleinlichen und übelwilligen Hemmungen zu bewältigen und jene wahrhaft heilsamen Maßregeln in das Leben zu rufen. Das deutsche Kriegswesen hat hierdurch einen großen Schritt vorwärts gemacht; der moralische Eindruck, den die allgemeinen Inspizierungen machen, ist fast noch bedeutender als der materielle Nutzen. Zum erstenmal seit dem Bestehen des Reichs wird durch die Tat vor aller Welt anerkannt, daß alle deutschen Kriegsvölker, der staatsrechtlichen Trennung unbeschadet, in einer wahren militärischen Gemeinschaft stehen.

Auf einem andern Gebiete haben mich die neuen Bundesfestungen Ulm und Rastatt viel beschäftigt. Für letzteren Platz liegt mir das Referat am Bunde und daher die Entwerfung des Planes ob. Ich würde hier einfach genug haben vorgehen können, wenn nicht die badische Territorial-Regierung den Gedanken gehabt hätte, ein Projekt für diesen Platz nach ihren Wünschen durch den österreichischen Vize-

*) 28. Oktober 1840.

**) Heinrich v. Bülow, geb. 1792 in Schwerin, seit 1815 in preußischen

General=Genie=Direktor Graf Latour*) bearbeiten zu lassen. Diese ganz unberufene Zwischeninstanz verursachte und verursacht mir noch viel Verdrießlichkeit und Mühe.

24. September 1841.

Ruf nach Berlin und Sendung. Im Dezember 1841 wurde ich wieder nach Berlin berufen. Die nächste Veranlassung hatte sich daraus ergeben, daß der König bei seiner Anwesenheit in München**) in die Streitigkeiten zwischen Bayern und Württemberg über das Verhältnis der neuen Bundesfestung Ulm hineingezogen worden war, und mir auftrug, diesen Zwist zu schlichten. Die Sache war nicht unwichtig, da hiervon nicht allein die endliche Regulierung der ganzen Bundesfestungsfrage abhing, sondern auch ein steter Quell weitreichender Mißhelligkeiten zwischen jenen beiden Monarchen aus diesem Streitpunkte floß.

Nachdem ich daher einige Wochen in Berlin zugebracht und mich wiederum an dem nächsten Umgange mit dem Könige und seiner teuren Freundschaft erfreut hatte, stellte sich die Notwendigkeit heraus, daß ich an die Höfe von München und Stuttgart ginge. Vorher aber sollte ich mich nach Wien begeben, um dort über die ganze Festungssache die nötigen Vereinbarungen zu bewirken. Meine Frau, die mich nach Berlin begleitet hatte, machte diese ganze Winterreise mit, zu meiner großen Freude und Beruhigung.

Die Verhandlung war voller Bedenken; in Wien sah man unsere Einwirkung jedenfalls mit ungünstigem Auge, der bayerische und der württembergische Hof waren aber in der fraglichen Sache so entgegengesetzten Willens und durch alles Vorhergegangene so verbissen und gereizt, daß es sehr unwahrscheinlich schien, eine Linie zu finden, auf der sie zu vereinigen sein würden. Man gab mir überall schlechte Aussichten; ich selbst war sehr unsicher über das Gelingen.

Desto angenehmer mußte der Erfolg überraschen; er war über Erwarten günstig. In Wien fand ich leider seit meiner vorjährigen Anwesenheit viel geändert; jede Spur einer festeren Politik war ver=

*) [illegible]

klungen und ganz wieder das alte System in den deutschen Dingen — Indolenz, Nihilismus, Mißtrauen — in seine Rechte eingetreten. Metternich bewies mir Wohlwollen, Vertrauen, ja Freundschaft, überließ aber das Geschäft an Ficquelmont und Münch. Ich konnte sehr zufrieden sein, nach wenig Tagen doch eine Übereinkunft zustande zu bringen, in welcher Österreich sich unseren Vermittelungsvorschlägen in der ganzen Festungssache durchweg anschloß und sie gemeinschaftlich zu vertreten sich anheischig machte. Dasselbe galt von einigen Nebenaufträgen; ich hatte den König für den Gedanken gewonnen, Goethes Haus und Sammlungen für den Bund anzukaufen und zum National-Eigentum zu erklären; Österreich willigte, obwohl mit Widerstreben, ein.*)

In München brachte ich den König, der mir ein ganz besonderes Vertrauen und Zuneigung schenkt, ziemlich leicht dahin, sein Mißtrauen gegen Württemberg und seine Absicht, sich indirekt zur Hauptmacht in Ulm zu erheben, bis auf eine Mittellinie herabzustimmen. Da seine Interessen bis auf einen gewissen Punkt mit denen des Bundes und Preußens zusammenfielen, so konnte ich ziemlich weit für ihn gehen.

Weit schwieriger mußte der Hergang in Stuttgart sein, wo das tiefste Mißtrauen sich gegen jeden Versuch kehrte, Bayern irgend einen Einfluß auf dem linken Donauufer zuzuwenden. Ich kann es daher nur ganz besonders glücklichen Gestirnen zuschreiben, daß ich dennoch sehr bald zum Ziele kam. Nachdem ich an den beiden ersten Tagen schon das Gelingen aufgeben zu müssen glaubte, konnte ich am vierten einen Vertrag zwischen Württemberg und Bayern entwerfen und vertreten, den beide Teile annahmen.**) Ja, der König von Württemberg, der früher entschiedene Abneigung gegen mich gezeigt hatte, ist mir seitdem mit Vertrauen und Wohlwollen entgegengekommen.

War mir in der Ulmer Sache das Unerwartete gelungen, so hatte ich dagegen wegen Rastatt viel Übles zu ertragen. Wie schon

zu müssen glaubte. Militärische und politische Gründe bewogen mich hierzu; die ersteren sind in den Akten überflüssig entwickelt, die andern liegen einfach darin, daß ein Platz nicht über das Notwendige hinaus gesteigert werden darf, der in den Händen einer einzelnen Regierung immer etwas sehr Bedenkliches an sich trägt. Auch der Geldpunkt durfte nicht übersehen werden. Mit Leidenschaftlichkeit hielt der Minister Blittersdorff*), von dem Eigensinn der Militärpartei angestachelt, an seinen Absichten fest und verschmähte kein Mittel dazu. Die Diskussion ging vom Bunde an die beiden Kabinette über; man verleumdete und schmähte Preußen und mich insbesondere, schob uns die tollsten Absichten unter und machte Himmel und Hölle rege. Wenn wir nicht ruhig und besonnen geblieben wären, so würde ein wahrer Skandal entstanden und die ganze Bundesbefestigungssache ins Stocken gekommen sein.

Preußen und ich insbesondere haben in dieser Sache schweren Undank geerntet. Während ich bestimmt sagen kann, daß der Gedanke, Süddeutschland durch zwei große Plätze auf gemeinsame Kosten zu schirmen, allein von mir ausgegangen und jahrelang gegen den Widerstand von allen Seiten durchgeführt worden ist, stellte man eben mich vor einen beträchtlichen Teil von Deutschland als denjenigen hin, der das Haupthindernis zur fortifikatorischen Sicherung Deutschlands abgebe.

Wir haben die Provokationen nicht aufgenommen und es am Ende in allem Wesentlichen genau auf den Punkt gebracht, der als der wahrhaft richtige von Hause aus erschien, freilich mit Verlust wenigstens eines Jahres Bauzeit. Hätte man sofort, als Preußen sein entscheidendes Votum abgab, bereitwillig zugegriffen, so stände jetzt schon ein starker Teil beider Festungen.

Ernennung zum Gesandten. Sonderbar genug entschied sich in derselben Zeit, als ich mit der badischen Regierung in dem heftigsten Zwiste begriffen war, mein Schicksal für Karlsruhe. Bei meiner Anwesenheit in Berlin kam die ganze Sache zur Reife. Fast ein

war, geruht. Maltzan*) wurde Minister und entschloß sich, den König zu einer Entscheidung zu veranlassen. Neue Verzögerungen traten dazwischen, und als die Kabinettsorder zur Vorlage fertig lag, brach am Tage vorher Maltzans traurige Krankheit aus. Diese Krankheit, aus welcher sich ein Wahnsinn der sonderbarsten Form entwickelte, affizierte mich sehr; er zeigte ein ganz besonderes Vertrauen zu mir, sprach und schrieb mir. In diesem Zustande zeigte sich auch, daß er eigentlich damit umgegangen war, von dem Könige zu verlangen, daß er mich als Direktor der politischen Abteilung des Ministeriums ihm beigebe.

Der ihn interimistisch ersetzende Minister Werther**), veranlaßt durch Personen, die mein Interesse mit wahrhaftem Wohlwollen vertraten, erwirkte jedoch die Kabinettsorder, die mich zum Nachfolger Otterstedts***) an den Höfen von Karlsruhe, Darmstadt und Wiesbaden designierte. Es blieb dieses jedoch vorläufig verschwiegen, und ich kehrte nach beendigter Sendung im Februar 1842 nach Frankfurt zurück.

Zweiter Ruf nach Berlin. Doch nicht auf lange Zeit. Im März 1842 wurde ich wiederum nach Berlin berufen, und zwar um des Königs von Hannover willen. Dieser unruhige Herr war mit seiner Ständeversammlung zerfallen, da sie die Vermehrungen seines Militäretats nicht genehmigen wollte. Er hatte sich vorgesetzt, den Prinzipienstreit über die Bundeskriegsverfassung zur Entscheidung des Bundes zu bringen und unsern König bei dessen Rückkehr aus England†) hierfür fast gewonnen. Jetzt befand er sich selbst in Berlin, um die Sache zu betreiben.

Eine nähere Prüfung zeigte mir, daß er sich den Ständen gegenüber völlig im Unrecht befand. Meine erste Sorge war daher,

---

*) Graf Mortimer v. Maltzan, geb. 1793; Werthers Nachfolger im Ministerium des Auswärtigen seit August 1841.

**) Werther war nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerium zum Oberſthofmarschall ernannt worden.

unsern König aus dieser Solidarität loszumachen. Meine zweite, die Berufung an den Bund zu hindern, die jedenfalls ihm und der Sache schädlich und für uns sehr verlegen gewesen wäre. Es gelang mir dieses wenigstens vorläufig.

Hieran knüpfte ich aber eine viel weitergreifende Absicht. Diese Streitsache konnte den größten Segen im allgemeinen bringen und eine gedeihliche Lösung des ganzen heillosen und gefahrdrohenden Zustandes von Hannover anbahnen. Wenn der König in einem offenen Manifeste würdig und eindringlich erklärte, daß er, obwohl vou der Zweckmäßigkeit seiner militärischen Einrichtungen überzeugt, dennoch dem formellen Rechte der Stände nachgebe, so würde sich unausbleiblich in der zahlreichen Klasse der Untertanen, welche nicht aus revolutionärer Absicht, sondern allein deswegen der Konstitution von 1833 anhängen, weil sie ihnen Schutz gegen Willkür verspricht, der Gedanke ausgebildet haben: die Verfassung von 1840 müsse doch im wesentlichen dieselben Dienste leisten, da sie den König in seinen Lieblingsideen zu hemmen vermöge. Gerade bei einem so gewalttätigen Charakter würde die Wirkung dieser Überzeugung sehr groß gewesen sein und eine erhebliche Veränderung der Meinungen hervorgebracht haben. Zeigte sich diese, so würden auch die deutschen Höfe Lust und Mut erhalten haben, für eine angemessene Erledigung der hannöverschen Frage mitzugehen. Geschah dieses, so konnte Österreich und Preußen mit der Forderung am Bunde auftreten, daß die Verfassung von 1840 garantiert werde, und der Konsens der Agnaten wäre dann nicht ausgeblieben. Dann erst war der hannöversche Zwist, der noch die verderblichsten Folgen herbeiführen kann, wirklich geschlichtet.

Unser Hof ging ganz auf diese Idee ein; ich entwarf ein Manifest, das wohl den Zweck eines großen Eindrucks nicht verfehlt hätte. Aber es war unmöglich, ihm Eingang bei dem König Ernst August zu verschaffen; der Gedanke einer Versöhnung ist ihm durchaus fremd; er faßte diesen tiefeinschneidenden unseligen Kampf nur als einen Hahnenkampf mit einigen Jakobinern auf und ist jeder höheren Betrachtung unfähig. Hier kamen nun noch seine militärischen Spielereien hinzu. So hat er nun diese Mißhelligkeiten mit den Ständen fortgesponnen, statt eines edeln großartigen Entschlusses sich auf kleinliches Handeln um einige tausend Taler geworfen,

weder einen höheren, noch auch nur seinen nächsten Zweck erreicht. Solche Vertreter der guten Sache sind eine schlimme Zugabe!

Ich erfreute mich in Berlin an der Lösung des kirchlichen Streites;*) das edle Streben des Königs ist hier mit reichem Segen belohnt worden. Der Ausweg, der gefunden worden, und an dem ich mit gutem Bewußtsein auch meinen Teil reklamieren darf, war sicher der einzig mögliche. Extreme Richtungen würden nie zum Ziele geführt, sondern einen Zustand verewigt haben, der für die Kirche auf einer Seite freilich heilsam, auf der andern aber durch stetes Anfachen des Gehässigen und Leidenschaftlichen wieder sehr verderblich werden konnte. Es gibt in allen Dingen einen Gipfel, bis zu welchem der Fortschritt nützlich ist; diesen überschritten, führt der Pfad abwärts.

Weniger Fortgang hat der neue Aufschwung der Bundesangelegenheiten. Meinen, wie ich glauben darf, auf eine genaue Sachkenntnis gesetzten Ansichten nach, bedarf der Bund einer durchgreifenden Belebung nach seinen drei Hauptrichtungen hin, Wehrhaftigkeit, Rechtsschutz und materielle Interessen. Zu ersterem Gebiete rechne ich: Revision der Kriegsverfassung, Permanenz der Inspizierungen, regelmäßige Zusammenziehungen der gemischten Korps, neue Matrikel. Zum zweiten eine ausgedehntere Kompetenz in Privatfällen und in solchen, die mehr einen publizistischen Charakter tragen; die Bundes-Versammlung muß den Mangel höherer Reichsgerichte ersetzen, und dieses tat sie jetzt nur in sehr beschränktem Maße. In materieller Hinsicht gilt es, den Zollverein zum Bundesverein zu erheben, ein allgemeines Eisenbahnsystem durchzuführen, die Einheit in Münzen und Maßen zu erreichen und die Heimatsverhältnisse zu ordnen.

Was ich über dieses weite Feld, dem eigentlich wichtigsten Gegenstand für Preußen, dem Könige vorlegte, sagte ihm ganz zu. Aber es fehlten die Organe, die Lust und Fähigkeit gehabt, und so geschah eigentlich nichts.

Mein Kummer hierüber hätte eben in dieser Zeit eine persönliche

daß der König ihn von seinem Posten entheben und einen anderen Minister des Auswärtigen suchen mußte. Es konnte nur die Wahl zwischen Canitz und Bülow sein. Aber der König, bei aller Achtung für Canitz, hat von jeher etwas in sich getragen, was ihn von wirklicher Zuneigung zu Canitz zurückhielt; die letzten Kollisionen wegen Bunsen*) haben dieses Gefühl noch gesteigert. Er lenkte schnell seine Wahl auf Bülow.

Die Erledigung des Bundestags-Gesandten. Durch Bülows Berufung**) wurde nunmehr die Stelle des Bundestags-Gesandten erledigt. Die Mehrzahl sowohl in Berlin als Frankfurt war davon überzeugt, daß ich zu seinem Nachfolger bestimmt sei, und nach allem Vorhergegangenen mußte ich dieses selbst für wahrscheinlich halten. Noch vor wenigen Monaten hatte sich der König in diesem Sinne gegen Maltzan und Humboldt ausgesprochen, als er Bülow zum Handelsminister ernennen wollte. Ich bekenne unumwunden, daß mir diese Stellung wünschenswert gewesen wäre, ja ich nehme keinen Anstand, hinzuzufügen, daß ich diese Besetzung des preußischen Postens in der Bundesversammlung für wahrhaft nützlich gehalten hätte. Seit Jahren ist der deutsche Bund mein Studium und meine Liebe; ich glaube erkannt zu haben, welcher Entwickelung zu Deutschlands Heile er fähig und bedürftig ist. Ich würde in die Geschäfte mehr Energie und Gedanken als meine Vorgänger gebracht und ein größeres Maß von Vertrauen in Frankfurt und Wien voraus gehabt haben. Meinem ganzen zukünftigen Leben wäre ein bestimmtes und würdiges Ziel gesteckt worden.

Es kam anders. Als der Moment zur Erfüllung herantrat, regten sich wahrscheinlich in des Königs nächster Umgebung, schwerlich in seiner Seele, die konfessionellen Bedenken. Vielleicht fand man es weniger gefährlich als unziemlich, daß ein Katholik die Stimme der protestantischen Hauptmacht am Bunde führe. Kleinliche Sorgen und einiger Neid mögen auch wohl dazu beigetragen haben; ich kann hiervon selbst manche näher Befreundete nicht so freisprechen, wie ich wünschte, wenn auch der Minister Thile die Hauptstimme geführt haben mag. Der König wich diesen Einwirkungen.

*) Canitz war ein Gegner der kirchlichen Pläne Bunsens.
**) März 1841.

Graf Dönhoff*) aus München wurde ernannt; ich kehrte nach Frankfurt zurück. Allerdings war dieser Hergang eine unerfreuliche Erfahrung, aber ich kann mit reinem Gewissen beteuern, daß sie keine gehässige Empfindung, keine Mißstimmung irgend einer Art in mir erweckte.

In Frankfurt traf mich bald die definitive Ernennung zum Gesandten in Baden, Hessen und Nassau, und ich überreichte im Mai und Juni 1842 meine Kreditive in Karlsruhe, Darmstadt und Wiesbaden. Die Stelle als erster Militärbevollmächtigter bei der Bundesversammlung wurde mir vorbehalten, so daß ich bei wichtigeren Angelegenheiten mich selbst in Frankfurt einfinden und die preußische Stimme führen soll, im gewöhnlichen Geschäftsgange aber durch einen zweiten preußischen Bevollmächtigten vertreten werde. Zu dieser Stelle hatte ich den Obersten From**) ausgewählt und glaube in jeder Hinsicht mit dieser Wahl das Richtige getroffen zu haben.

Ankunft in Karlsruhe. Seit dem 1. August 1842 bin ich mit Frau und Kind in Karlsruhe eingebürgert. Die ersten Eindrücke waren keine günstigen, der Ort leer und nüchtern, die Menschen im Durchschnitt ebenso. Wir brachten Monate zu, ohne irgend eine lebendige, aus dem Herzen kommende Ansprache. Der Gegensatz gegen Frankfurt drängte sich so fühlbar auf, daß ich aller Haltung bedurfte, um meine Frau aufrecht zu erhalten, die dieses tief empfand. Manches wird sich ohne Zweifel günstiger gestalten; wir werden auch hier Wurzel schlagen, immer aber doch viel vermissen.

Geschäfte in Baden. Meine erste Aufgabe ist gewesen, die gereizte und verschobene Stimmung, die zwischen Baden und Preußen überhand genommen, auszugleichen. Dieses ist leicht gelungen; die Rastatter Sache, die so viel Unheil gestiftet, ist genau zu dem Ende geführt, das wir als richtig von Hause aus erkannten, und in Karlsruhe ist man von dem Mißtrauen zurückgekommen. Ich glaube selbst, daß, sobald das Gespenst, was sie sich eben hier aus mir geschaffen, ganz zerronnen sein wird, das Vertrauen nachfolgen wird.

---

*) August Graf Dönhoff-Friedrichstein, geb. 1797.

**) Bisher Inspekteur der 1. Pionier-Inspektion, Mitglied der Militärstudien-Kommission und der Studien-Kommission bei der Vereinigten Artillerie und Ingenieurschule.

Hiernächst wurde ich unmittelbar in die ständischen Wirren hineingezogen, die durch die beiden stürmischen Landtage des Jahres 1842 ihren Gipfel erreicht und einen sehr gehässigen Charakter angenommen hatten. Der Großherzog*) hat diesen Dingen immer ohne eigenen Entschluß und ohne deutliche Einsicht gegenübergestanden. Nachdem sein Vorgänger den schlimmen Geist der ersten Ständeversammlungen überwunden hatte, trat der Thronwechsel und die Juli-Revolution dicht hintereinander ein. Der neue Regent gab sich den so nahe liegenden Einreden hin, daß er seine Stütze in dem Hingeben an die herrschenden Zeitmeinungen suchen müsse. Bis zum Jahre 1833 wurde in diesem Sinne regiert, bis die immer näher rückende Gefahr und die Konflikte mit dem Bunde die Augen öffneten. Nun ging man zur Reaktion über und berief hierzu Blittersdorff, der wohl die nötige Energie, aber keinerlei Fähigkeit mitbrachte, sich Vertrauen und Zuneigung zu erwerben. Leidenschaftlich, gehässig wie sein Charakter, waren seine Maßregeln. Man durchlief die bekannte Reihe der Angriffe: der Urlaubsstreit,**) das Manifest, die Auflösung, die Wahlreskripte. Abgesehen von allem anderen lag schon der Todeskeim dieser Akte darin, daß sie den Massen als etwas dem ihnen wohlbekannten Charakter des Großherzogs ganz Fremdes erschienen und den schroffen Gegensatz zu allen Maximen bildeten, nach welchen bisher regiert worden war. Es wurde der eigentlichen Faktion daher leicht, sie zu ebensoviel Waffen gegen die Regierung umzuwandeln, und wie weit dieses gelungen war, davon gab eben der neueste Landtag Zeugnis.

Man begehrte meinen Rat, der Großherzog besprach sich unmittelbar und durch seine Vertrauten mit mir. Nach so kurzer Bekanntschaft mit der lokalen Sachlage hatte eine solche Rolle großes Bedenken; ich mußte mich auf einen allgemeinen politischen Überblick verlassen. Ich erklärte mich gegen das System neuer Zwangsmittel, welches der Minister Blittersdorff verlangte, deren erstes eine wiederholte Auflösung der Kammer sein sollte. Zugleich aber

*) Großherzog Leopold, Nachfolger seines Stiefbruders Ludwigs I., regierte seit dem 30. März 1831.

verlangte ich, daß die Regierung in scharfer und eindringlicher Art die Lehren und Übergriffe der Kammer zurückweise, dem Lande keinen Zweifel über ihre Ansichten lasse und den Minister Blittersdorff, den seine Gegner selbst zum Repräsentanten eines Prinzips gemacht, nicht opfere. Es geschah und war wohl unter den gegebenen Umständen der beste Weg, um der augenblicklichen Aufregung Zeit zu geben, sich zu legen, ohne die Regierung in ihren Grundlagen zu gefährden.

Ehe im nächsten Jahre der neue Landtag heranrückt, kann hierdurch eine günstigere Wendung in der Stimmung eingetreten sein. Zeigen sich hiervon deutliche Symptome, so ist dieses der Moment, neue Wahlen anzuordnen.

Teilnahme an der ständischen Sache in Preußen. Bald nach meiner Übersiedelung nach Karlsruhe fanden die rheinischen Manöver statt.*) Ich nahm an denselben keinen Teil, ging jedoch auf erhaltene Aufforderung des Königs zu ihm nach Koblenz und begleitete ihn auf seiner ferneren Reise durch Baden nach Neufchatel und zurück bis Frankfurt. Diese Zeit war auch für mich eine bedeutsame, da der König mich sofort in seine Beratungen über die ständische Sache hineinzog, die durch den bevorstehenden Zusammentritt der Ausschüsse eben jetzt in ein neues Stadium treten sollte. Er legte mir ganz unumwunden und vollständig seine Grundansichten in dieser inhaltsschweren Frage vor und begehrte ebenso unumwunden meinen Rat. Was ich früher bereits erkannt und angedeutet, wiederholte ich jetzt nach vollständigerer Einsicht in die Gedanken des Königs aus voller Seele. Seine Auffassung des Verhältnisses eines Regenten zu seinen Untertanen ist durchaus die richtige, sein Wille der allervortrefflichste. Vielleicht hat seit dem Erlöschen des alten Staatslebens nie ein Fürst einen Thron mit dieser Erkenntnis und diesem Willen innegehabt. Er kennt keine andere Basis für den Staat als die rechtliche Freiheit, und weist daher den Absolutismus in jeder Gestalt von sich, sei es als Regierungsdespotismus, sei es als Herrschaft repräsentativer Majoritäten. Ich kann mir die nähere Aufzählung seines politischen

meinen vertrautesten Freunden habe ich mich wohl nie so ganz und gar auf dem politischen Felde begegnet, wie eben mit dem Könige.

Daß er daher die Frenesie der modernen Konstitutionen entschieden negiert, versteht sich von selbst; er ist fest entschlossen, ein solches verhängnisvolles Unwesen weder selbst hervorzurufen, noch sich abringen zu lassen. Ebenso bestimmt will er aber dem ständischen Leben in jenem älteren wahren Sinne die größtmögliche Entwickelung geben und hierauf die Restauration der wahren Freiheit der christlich-germanischen Monarchie gründen. Die Basis sollen stets die Landtage der Provinzen bleiben, nach ihren historischen Ständen gegliedert, wesentlich nur beratend, aber mit immer größeren eigenen Rechten angetan. Die Ausschüsse erscheinen ihm als notwendige Ergänzung für die Fälle, wo eine allgemeine Vorarbeit oder eine Ausgleichung verschiedenartiger Interessen erforderlich werden.

Hinsichtlich der Reichsstände hält er sich fest an die Zusage seines Vaters für Kontrahierung neuer Staatsschulden gebunden und wird, wenn ein solcher Fall eintritt, zu diesem Ende sämtliche Provinziallandtage vereinigen. Dieses soll dann auch der Moment sein, um die große Finanzfrage rechtlich zu ordnen. Er will von jenen Reichsständen fordern, daß sie denjenigen Teil der Staatseinkünfte, welcher, abgesehn von Domänen, Regalien und Zöllen, wirklich aus den Steuern fließt, als ordentlichen Landesbeitrag ein für allemal anerkennen.

In diesen Umrissen liegt ein so großes Maß von Freiheit wie es keiner jener modernen konstitutionellen Apparate zu geben vermag. Derjenige König, welcher zuerst die unselige Erbschaft des absoluten Staates, dieses wahre Hemd des Nessus, von sich wirft, wird allein fähig sein, die Revolution, die ja nichts als die falsche Freiheit ist, wirksam zu bekämpfen.

Ich durfte ohne Selbsttäuschung glauben, den König seinem innersten Sinne und Denken nach verstanden zu haben und ihm daher auch nützlich raten zu können. Das Hauptbedenken seiner Lage finde ich darin, daß völlige Unklarheit über seine wirklichen Absichten herrscht. Man ist leicht gewahr geworden, daß er auf den bisherigen Wegen und mit den bisherigen Mitteln nicht regieren will, und dieses hat in einer Zeit, die jeden Instinkt für die alte fürstliche Herrschaft verloren hat, notwendig die Meinung erzeugen

müssen, daß er auf die Einführung der Repräsentativregierung hinziele. Jeder seiner Schritte, der den Charakter der Lösung aus den Banden des mechanischen Polizeistaates an sich trug, wurde und wird als eine Vorbereitung, ein Übergang zu jenem Ziele angesehen. Was ist natürlicher, als daß die einen mit Zittern und Zagen auf einen solchen Gang blicken, der ihnen zur Zerstörung der preußischen Monarchie zu führen dünkt, während die anderen immer trotziger und unverschämter die Folgerungen aus diesen Vordersätzen zu sehen verlangen.

Meine Unterredungen mit Metternich, der seelenbekümmert zum Könige gekommen war, haben mir neuerdings gezeigt,*) daß selbst solchen Männern, welche auf die höchste Höhe des Staatslebens gestellt sind, fast die ersten Begriffe jener tieferen Auffassung der sozialen Fragen abgehen. Er hatte selbst von dem Könige verlangt, daß ich ihm über seine Besorgnisse Rede stehen und mit den eigentlichen Intentionen des Königs näher bekannt machen möge. Es konnte mir nicht schwer werden, das Unrichtige, Schiefe seiner Urteile aufzudecken und die strenge Folgerichtigkeit dieses Systems nachzuweisen, aber wenn auch sein Verstand sich überzeugt erklären mußte, so blieb doch der eigentliche Grund seiner Mißstimmung zurück.

Die erste Bedingung für jedes Gelingen kann ich daher nur darin finden, daß der König in der unzweideutigsten Weise die Zeitgenossen, insbesondere aber seine Untertanen, über seine wirklichen Gedanken aufkläre und sie zu deren Einsicht heranbilde. Hierzu gibt es zwei Mittel: Worte und Handlungen. Der König hat viel und schön gesprochen, und für den bereits Wissenden hat sich auch sein politisches System deutlich genug herausgestellt. Nicht aber für die unermeßliche Mehrzahl der Nichtwissenden. Schon seit fast einem Jahre habe ich ihm dringend angelegen, die mächtigen Hebel der Literatur in jeder ihrer Gestalten für seine edlen Zwecke in Bewegung zu setzen; ich habe ihm die angemessenen Wege genau bezeichnet und seine ganze Zustimmung erlangt. Die Ausführung ist aber in

Jetzt bietet nun die Eröffnung der Ausschüsse einen neuen Quell der bedenklichsten Mißdeutungen und eben deswegen eine dringende Veranlassung dar, sich deutlich auszusprechen. Ich schlug daher dem König vor, ein Manifest zu erlassen, in welchem er in offener, würdiger und eindringlicher Weise seine Überzeugung und seinen festen Willen über die ständische Angelegenheit kundgebe. Ganz hiermit einverstanden, trug er mir den Entwurf eines solchen Manifestes auf.

An dieses schwierige bedeutungsreiche Werk bin ich mit dem innersten Ernste gegangen. Um mich aller Grundlagen ganz zu versichern, habe ich die gesamte Regierungsansicht des Königs, so wie sie mir aus unserem Wechselverkehr deutlich geworden, in Form eines für ihn allein bestimmten Programmes niedergeschrieben. Hierauf fußt der Entwurf des Manifestes, den ich in Frankfurt dem Könige vorlegte.*) Er erhielt seinen ungeteiltesten Beifall, so daß ich, abgesehen von jeder praktischen Bedeutung, dessen mindestens ganz versichert bin, daß ich den innersten Gang seiner Gedanken genau getroffen habe. Der ganze Hergang bewegte meine Seele viel und tief.

Seit der Rückkehr des Königs nach Berlin hat die Eröffnung der Ausschüsse wirklich stattgefunden,**) ohne daß eine ähnliche Erklärung an sie gelangt wäre. Die Räte des Königs haben ihn also von einem solchen Schritte zurückgehalten, und der bisherige Weg halber Maßregeln wird fortgesetzt werden. Ich verkenne durchaus nicht, daß eine so offene Darlegung der politischen Überzeugungen mannigfache Bedenken hatte; sie würde durch ihre Lossagung von der hergebrachten Omnipotenz das Beamtenregiment gestört, und durch ihren offenen Bruch mit dem konstitutionellen Treiben starke Rückschläge von seiten dieser Partei hervorgerufen haben. Auch meine Vorschläge hinsichtlich der Presse sind nicht frei von solchen Einwürfen.***) Sie gehen darauf hinaus, der Zensur den polizeilichen Charakter zu nehmen und ihr den gerichtlichen zu verleihen. Bei den Zeitungen aber den resumierenden von dem räsonnierenden Teil zu trennen, die Redaktoren selbst zu Zensoren zu bestellen, die Anonymität zu untersagen und jede Gegenrede möglich zu machen.

*) Am 30. September 1842. — **) 18. Oktober 1842.

***) Auch hierfür ist auf die folgende Darstellung zu verweisen.

Wie viel Mängel aber auch in diesen Vorschlägen liegen mögen, durch bloßes Ablehnen und Regieren wird die Sache des Königs und des Rechtes nicht gefördert werden. Man muß immer wieder darauf zurückkommen, daß dem Könige die Menschen fehlen, freilich durch seine eigene große Schuld. Seine Werkzeuge zerfallen in solche, die, wie Thile, Bodelschwingh,*) Arnim,**) dem despotischen Liberalismus, oder wie Boyen, Savigny, Eichhorn dem konstitutionellen angehören. Niemand versteht ihn, niemand will in seinem Sinne handeln. Und mit solchen Organen will ein Fürst von dieser wunderbaren Gemütsart regieren? Ich sehe mit tiefem Kummer auf Gegenwart und Zukunft.

Für mich selbst habe ich jetzt nur einen lebhaften Wunsch: ruhig in meiner gegenwärtigen Existenz zu bleiben.

Am 30. Oktober 1842.

Reise und Aufenthalt in Berlin. Ehe der Schluß des Jahres 1842 eintrat, rief mich der König wiederum nach Berlin. Ich ging mit sehr bangem Herzen und mit dem bestimmten Vorgefühl, daß ich keinerlei Nutzen zu schaffen, nur ein Element mehr in die vorhandene Gärung zu bringen imstande sei. Was ich vorausgesehen, traf vollkommen ein.

Die allgemeine ständische Frage mußte, nachdem der Moment der vereinigten Ausschüsse vorübergegangen war, vorläufig als geschlossen betrachtet werden. Der König hatte die von mir entworfenen, mit seiner ganzen Zustimmung versehenen Grundlinien seinen Ministern und vertrauten Räten vorgelegt. Alle Teile hatten sich darin vereinigt, vor diesem Wege zurückzuschrecken, ihn als gefahrdrohend, als unmöglich zu bezeichnen. Der König hatte nachgegeben, wie immer in solchen Fällen unüberzeugt und daher in seiner Seele den Willen bergend, zu gelegenerer Zeit wieder hervorzutreten.

Die Presse. Der nächste Grund, weshalb er mich jetzt nach Berlin gerufen, war die Preßangelegenheit. Daß der augenblickliche

*) Ernst v. Bodelschwingh-Velmede, geb. 1794, 1834 Oberpräsident der Rheinprovinz, seit 1842 Finanzminister.

Zustand gar nicht zu erdulden sei, hierüber waren alle ziemlich einig; der König verlangte von mir eine Denkschrift über die zu ergreifenden Entschlüsse. Ich legte in dieser das System nieder, welches ich bereits angedeutet habe, das Beste, was ich nach innerster Überzeugung in dieser unendlich schweren Sache zu denken weiß. Es wurde einer Kommission, bestehend aus den Ministern Alvensleben*), Eichhorn, Arnim, Savigny, Thile, Bülow, Stolberg, über geben, hierzu noch Voß und Ludwig Gerlach; die Beratungen fanden unter unmittelbarem Vorsitz des Königs statt.

Meine Vorschläge waren, ihrem allgemeinen Umrisse nach, folgende: Wenn bei den Produkten der schlechten Presse erst diejenigen abgezogen werden, die bloß unangenehm, fatal, unbequem sind und daher entweder widerlegt oder ignoriert werden müssen, so bleiben diejenigen übrig, gegen welche man sich nicht passiv verhalten kann und will. Bei diesen sind aber wiederum zwei Begriffe ganz zu unterscheiden: gefährlich und straffällig. Bei dem jetzigen Stande der Dinge ist die eigentliche Literatur, die der Bücher, nie wirklich gefährlich; sie bedarf daher keiner präventiven Maßregel, keiner Vorzensur. Ein Buch kann aber durch seinen Inhalt höchst straffällig sein; hierzu genügt die gerichtliche Verfolgung und Bestrafung. Ich würde daher dafür halten, die eigentliche Literatur ganz von der Zensur zu befreien, wenn nicht die Bundesgesetzgebung und die Besorgnis vieler Wohlgesinnten entgegenstünden. Mein Vorschlag war demnach, eine fakultative Zensur einzuführen. Alle Personen, welche durch ihre amtliche oder gelehrte Stellung Bürgschaft leisten, erhalten die Selbstzensur ihrer Werke. Sie erhalten aber auch ferner die Befugnis, den Werken anderer unter eigener Verantwortlichkeit die Druckerlaubnis zu erteilen. Wer für sein Werk keinen für ihn einstehenden Bürgen dieser Art findet, verfällt der bisherigen polizeilichen Zensur. Hierdurch hoffe ich mehreres zu erreichen: das Geschäft der Zensur zu verteilen, zu adeln und stets Sachverständigen zuzuweisen. Ich erwarte aber auch weiter, daß sich hierdurch eine literarische Klientel bilde, und in den chaotischen Zustand, das Korsarentum der jetzigen Schriftstellerei einiger Organismus gebracht werde.

steht es allerdings anders; diese sind gefährlich. Sie gehören indessen auch nicht zur wirklichen Literatur, sondern sind ein Gewerbe, und zwar eines der sogenannten gefährlichen, welche man wie Pulverfabrikation, Apotheke, nicht ohne stete polizeiliche Aufsicht ausüben läßt. Hierher gehört daher zunächst noch die präventive Zensur. Man wird jedoch auch hierbei immer dahin streben müssen, aus diesem polizeilichen Zustande zu dem rechtlichen überzugehen. Der Weg dazu ist, alle Zeitungen auf Konzessionen zu gründen und diese nur wahrhaft respektabeln und verbürgten Männern, wenn auch von verschiedenartiger politischer Färbung, zu geben. Solche Unternehmer können dann ebenfalls die Befugnis der Selbstzensur unter eigener Verantwortlichkeit erhalten. Die Strafen fangen mit Geld an und gehen nach mehreren bestimmten Fällen zur Entziehung der Konzession über.

Die Hauptsache ist bei allem, einen festen Boden für das gerichtliche Verfahren zu gewinnen. Hierzu gehört eine tüchtige und strenge Preßgesetzgebung und eine äußerst sorgsame Zusammensetzung des Personals besonderer Preßgerichtshöfe mit Anklageverfahren. Sowohl der Staatsanwalt als der Autor kann klagen. Selbst Mündlichkeit ist zuzulassen, in keinem Falle aber Öffentlichkeit.

Diese Grundzüge sind von dem Könige mit höchster Lebendigkeit und Eindringlichkeit in den Konferenzen verfochten worden. Vergebens. Keiner der Minister wollte oder konnte ein solches System als angemessen erkennen, teils die Gründe des Polizeistaates, teils politische Bedenken, teils auch Abneigung gegen ein von mir dem Könige vorgelegtes Projekt. Ich überzeugte mich an diesen einzelnen Fällen wieder, daß bei einer so zusammengestellten Verwaltung tiefergreifende Änderungen unmöglich sind. Die Reibungen bloß wehren, habe ich nicht wollen können, daher trug ich selbst an: 1. Bearbeitung eines Gesetzes in obigem Sinne, wozu Savigny und Ludwig Gerlach bestimmt wurden; 2. zur Zeit dann Verhandlungen mit den anderen Bundesstaaten; 3. bis dahin aber Annahme der von den Zensur-Ministern vorgeschlagenen Maßregeln.

Der König genehmigte hierauf sehr gegen Willen die neue Zensurinstruktion*) und das neue Ober-Zensur-Kollegium, befahl

*) Verordnung vom 23. Februar 1843, vgl. H. v. Treitschke V, S. 209.

jedoch auf meinen Vorschlag, daß das letztere ein wirkliches Zensurgericht sein und mit einem Staatsanwalt versehen werden solle. Ich besorge, daß auch dieses Ganze wieder eine unzureichende Halbheit ergeben wird, eine Mischung aus dem Kommißgange der Beamtenwelt und einigen Freiheitsideen des Königs. Schon die Vermengung repressiver und präventiver Tendenzen ist schief; man kann nicht strafen, was man zensiert hat; Polizei und Gericht sind zwei ganz verschiedene Standpunkte.

Der Zustand von Preußen. Der König wollte mich nun nach Wien schicken, um dort die Zustimmung für eine Veränderung der Bundespreßgesetzgebung zu erwirken. Ich lehnte dieses auf alle Weise ab; das Bemühen wäre bei der jetzigen Sachlage ganz fruchtlos, und Canitz*) würde schwer verletzt worden sein.

Mit manchen anderen Dingen beschäftigte mich der König; ich übergehe sie hier, da sie ohne reelle Frucht blieben. In meinen Papieren findet sich alles was ich gedacht und gewollt. Meine Überzeugung befestigte sich immer mehr, ich kann hier nichts Gutes wirken; leicht genug vermag ich den König auf meine Gedanken hinüberzubringen, die ja auch ganz die seinigen sind. Bei der Ausführung scheitert aber alles an dem Unverständnis und der Abneigung der reellen Machthaber, oder es müßte über sie erzwungen werden, ein gefährliches und unfruchtbares Beginnen, da die praktische Handhabung doch wieder zu ihnen zurückkehrt. Der König hat das Gefühl dieses Zustandes, aber wer kann ihm helfen? ich gewiß nicht.

Die vorige Regierung hatte ein politisches System, wenn auch ein äußerst niedrig stehendes: die Erhaltung des status quo im Innern und Äußeren um jeden Preis. In diesem Sinne hatte der vorige König sein Kabinett äußerst zweckdienlich zusammengesetzt; er selbst fand sich in vollkommenster Übereinstimmung mit Wittgenstein, Lottum, Witzleben. Dieses Zentrum repräsentierte den politischen Gedanken der Regierung, und neben ihm her ging die Verwaltung ihren Weg, um den sich der König nur insoweit kümmerte, als jenes politische Prinzip, wenn man ihm die Ehre tun will, es so zu nennen, verletzt wurde. Dieses Verfahren stand ganz im

*) Seit Maltzans Abberufung aus Wien, August 1841, preußischer Gesandter am österreichischen Hofe.

Einklang mit Österreich und den meisten deutschen Regierungen. Nach außen hin ließ es sich auf den einfachen Satz reduzieren: alle Veränderungen möglichst zu hindern, die einmal vollendeten aber zu adoptieren. Wenn auch rein negativ, so war doch ein Zusammenhang im Ganzen.

Der jetzige König kann und will nicht dieses politische Prinzip fortsetzen, er will nach innen: Recht und Freiheit, nach außen: deutsche Vereinigung mit scharfer Front nach Osten und Westen; nach innen und außen: Geist und Selbständigkeit. Hierdurch löst er sich allein schon von Petersburg und Wien, er hebt aber auch die Tradition des preußischen Kabinetts auf. Seine erste und dringendste Aufgabe hätte sein müssen, sofort sich mit Personen zu umgeben, die ihn verstehen konnten und hiernach handeln wollten. Hier liegt sein unermeßlicher Fehler, und zwar ein solcher, den er ununterbrochen zu seinem Verderben festhält, wie es die letzten Wahlen im Augenblicke, wo ich schreibe (Bodelschwingh und Flottwell)*) schneidend wieder beweisen. Er täuscht sich bei den Personenwahlen nicht bloß faktisch, sondern, was weit schlimmer ist, schon im Prinzipe. Einen Mann, den er für vernünftig und rechtschaffen erkennt, hält er stets für geeignet zu seinem Minister, wohinaus auch seine politische Gesinnung und wieweit sie auch von seiner eigenen abgehe. Hier auf dieser Stelle weht ihn der despotische Geist seines Hauses an; er glaubt mit seinem Willen stets ersetzen zu können, was jenen mangelt; während man nur durch Menschen regieren kann, glaubt er durch Befehle regieren zu können! Unseliger Irrtum!

Daher kommt es, daß die eigentliche Politik in seinem Ministerium ganz aufgehört hat; er hat nur Verwaltungschefs, die ihre Spezialität so gut als tunlich treiben, mit der innersten Abneigung, darin durch einen politischen Gedanken turbiert zu werden. Die gesamte politische Aufgabe würde daher auf den König allein fallen, und zwar eine zehnmal schwerere, da es sich nicht um den negativen Prozeß des Anhaltens, sondern um den positiven des Fortschrittes handelt. Was im Staate, in der Kirche, in der äußeren Politik als

dieses müßte der König nicht allein feststellen, sondern auch die Mittel dazu finden und anwenden können.

Um ihn herum bewegt sich eine Zeit, die ihn durchaus nicht versteht. Die einen wollen in die Konstitution hinein, die anderen zur Reaktion zurück; beide erwarten, daß der König im weiteren Fortgange an ihrem Ziele anlangen müsse. Zwischen diesen die große Masse des mächtigen Beamtenstandes, die nur den liberal-despotischen Staatsmechanismus kennt und will.

Um in einem solchen Zustande die unendlichen Hindernisse zu überwinden, die ihm die Schwierigkeiten der Sache an sich und die Stellung zu seinen eigenen Dienern bereitet, müßte der König ein politischer Held sein, und dieses ist er nicht. Er denkt, fühlt, erkennt vortrefflich, hat politischen Mut, den reinsten Willen, aber seine Kräfte verzehren sich schon in der Exposition und erreichen in der Regel nicht den letzten Akt. Was ihn umgibt, was der Träger seiner Gedanken sein sollte, behandelt ihn als einen gefährlichen Phantasten. Hiergegen wehrt er sich, greift rechts und links ein. Daher das Schwankende, das Unfruchtbare dieser Regierung. Hierzu die religiösen Gärungsstoffe; alle Schulden seines Vorgängers werden ihm zur Zahlung abgefordert!

In dieser Weise wird, da der König das Grundgebrechen nicht hebt, seine Regierung fortgehen, ohne Boden zu gewinnen, wenn nicht die Gewalt der Dinge sie in den konstitutionellen Abgrund wirft, oder der König zu einer sehr gefährlichen Reaktion hinübergeführt wird.

Ich verließ Berlin im März 1843, mit gepreßtem Herzen, meinerseits aber nur mit dem innerlichsten Wunsche, nicht ferner in dieses trostlose Treiben hineingezogen zu werden. Mein bisheriger Teil an der Regierung des Königs konnte nicht anders als ein unglücklicher Dilettantismus sein, verletzend für andere, störend für den normalen Gang, unwürdig und unerträglich für mich.

Verhandlungen über den deutschen Bund. Nur einmal noch habe ich aus meiner engen Geschäftssphäre heraustreten müssen, und zwar Gewissens halber. Wenn ich annehme, daß bei der einmal gegebenen Persönlichkeit des Königs und den unzähligen kleinen Fesseln, die ihn, wie einst die Liliputer den eingedrungenen Gulliver, an den Boden heften, in dem inneren Zustande Preußens nichts

geschehen kann zum Heil und Nutzen, so muß ich mich um so mehr fragen, ob es denn gar kein Gebiet gibt, auf welchem den Gefahren der Zeit eine wirksame Diversion gemacht werden könnte. Nach gewissenhaftester Prüfung muß ich hierauf stets antworten: Ja, es gibt ein solches, und dieses ist der deutsche Bund. Noch knüpfen sich an den nationalen Gedanken unermeßliche Interessen, noch ist die Sehnsucht nach einem einträchtigen, tatkräftigen, im Innern beglückten, nach außen geehrten Deutschland der mächtigste Hebel, um den Geist der Nation zu bewegen. Dieser Schatz ist völlig vergraben, mit Schutt und Unkraut bedeckt worden; wer hier Rechenschaft über das in beispiellosem Frieden verflossene Vierteljahrhundert abzulegen hat, verfällt einem schweren Gerichte. Eben diesen Schatz zu heben, der Nation voranzutreten und ihrem gerechten Verlangen, dieses ist die Rolle, die ich unendlich gern dem Könige zuwenden möchte. Die Aufgabe ist viel leichter, als sie erscheinen mag, aber sie erfordert, daß man die ausgefahrenen schmutzigen Geleise gänzlich verlasse, die Einsicht und den Mut habe, neue Bahnen zu brechen. Zuerst klares Erkennen der vorgesteckten Ziele, dann festes Ergreifen der Mittel. Die Hindernisse sind der bewußte und arglistige Stumpfsinn des österreichischen Kabinetts und der egoistische Souveränitätsdünkel der kleineren Staaten. Gegen beides gibt es nur ein Mittel, aber ein völlig genügendes: die nationale Meinung. Man erringe die Veröffentlichung der Bundesprotokolle, und niemand kann mehr den Gang derer hemmen, die unser teures Vaterland auf wohlbedachtem, folgerechtem Wege zu dem allein heilsamen Ziele führen.

Bei dem Wechsel des badischen Ministeriums geriet der an Blittersdorffs Stelle tretende Dusch*) im Gefühle seiner wankenden Position von selbst auf den Gedanken, die Hilfe in der Belebung des Bundes zu suchen. Ich konnte und mußte daher dieses Thema aufnehmen und in meinen Berichten zur Sprache bringen. Der König, wie nicht anders zu erwarten, griff den Gedanken lebhaft auf und nötigte das Ministerium, mich zu vollständiger Darlegung des Ganzen aufzufordern. Ich habe dieses in seinem ganzen Umfange getan, ohne Hehl, ohne Rücksicht, wohl wissend, wie mißfällig dieser

*) Alexander v. Dusch, geb. 1789; der badische Ministerwechsel fällt in den November 1843.

Sturmruf erklingen werde. Meine innerste tiefste Überzeugung, wie eben auf diesem Wege für das Heil Deutschlands und das Wohl des Königs gleichen Schritts zu wirken sei, habe ich unumwunden ausgesprochen. Vergebliches Trachten! Die matte Geistlosigkeit der Berliner Räte und der bequeme Liberalismus meines Frankfurter Kollegen Dönhoff wird auch diesen Hilferuf spurlos verhallen lassen.

Leben in Karlsruhe. Mein dienstliches Treiben in Karlsruhe ist von geringem Belang, wie es an solchen Höfen zu gehen pflegt. Ich studiere das Repräsentativsystem, wie es sich in Deutschland gestaltet, an der Quelle, und schöpfe hieraus manche praktische Belehrung. Die abwechselnde Beschäftigung in der Militär-Kommission gibt einen oft erfreulichen, zuweilen unerfreulichen Nebenzweig meines amtlichen Lebens. Ich muß es aber sehr dankbar erkennen, daß mir hierdurch immer ein Fuß in Frankfurt bewahrt ist; soviel Liebe und Treue werden wir schwerlich irgendwo wiederfinden. Das Haus der guten alten Frau v. Günderode ist uns eine wahre Heimatsstätte; die zärtliche Liebe dieser vortrefflichen Frau könnte durch keine Mutter übertroffen werden. Die befreundeten Familien Nostitz*), Pechlin**) tragen zur Annehmlichkeit solcher kurzen Aufenthalte viel bei, manche Lücke hat freilich die Zeit gebrochen, aber es ist noch viel Gutes geblieben.

Auch von anderer Seite her ist diese scheinbar so unergiebige Existenz sehr günstig. Ich habe ein bestimmtes Gefühl, daß ich kein hohes Alter erreichen werde; vielleicht ist meines Lebens Ziel sehr nahe gesteckt. Wenn letzteres aber auch nicht in diesem Maße der Fall wäre, so neigt doch meine ganze Konstitution zu Brustwassersucht und ähnlichem hin; spätestens wird diese Entwickelung etwa mit dem Beginn der 60er Jahre eintreten.

Den 19. Juni 1844.

Allgemeine Betrachtungen. Ich beginne nach fast zweijähriger Frist einen der schwersten Abschnitte meines bisherigen Lebens, so schwer, daß mir der Rückblick wahrhafte Schmerzen macht.

---

*) Julius Gottlob v. Nostitz und Jänckendorff, geb. 1791, seit 1840 sächsischer Bundestagsgesandter, vermählt mit Luise v. Rex-Thielau, geb. 1805.

**) Friedrich Christian Ferdinand Baron v. Pechlin, geb. 1789, seit 1828 dänischer Bundestagsgesandter für Holstein-Lauenburg.

Schon im allgemeinen kann ich an das, was auf der großen Weltbühne vorgegangen, nur traurige Betrachtungen knüpfen. Es hat gewaltsamere, schlimmere Zeiten gegeben, aber kaum eine kläglichere! Die politische Meinung, die religiöse Gesinnung sinken immer tiefer in die Schichten der Verwirrung herab, die nicht einmal große, dem Geiste entsprungene Irrtümer darbieten, sondern lediglich die schalste, nichtigste Gattung jenes dummklugen Rationalismus, der auf dem Gebiete des Gedankens so vollständig überwunden schien. Aber in demselben Maße als die Höhen wieder klar geworden, hat sich das trübe Gewölk auf die weiten Ebenen hingelagert. Was die letztverflossene Zeit auf dem kirchlichen Gebiete erlebt hat: sowohl der Rongische Abfall*) als das protestantische Unwesen der Lichtfreunde**), gibt den beschämenden Beweis, daß der Geist nie ohnmächtiger, die Wissenschaft nie wirkungsloser auf die Massen gewesen ist, als eben in dieser Epoche, die sich mit Recht eines so großen Aufschwunges des Geisteslebens rühmen durfte.

Ich kann über diese ganze Seite meiner Erlebnisse um so mehr hier schweigen, da ich die Summe meiner Betrachtungen in einem Buche niedergelegt habe, das eben als ich dieses schreibe, unter dem Titel: Gespräche aus der Gegenwart über Staat und Kirche, Stuttgart 1846,***) erschienen ist. Es war mir eine Art von innerem Bedürfnis, meine Gedanken gegenständlich vor mir zu sehen, und ich habe dazu die Zeit einer Badekur in Wildbad benutzt. Meine Absicht ist, die Hauptrichtungen der Zeit in würdigen Repräsentanten einander gegenüberzustellen und jedem seine Sache mit den besten Gründen vortreten zu lassen, die dafür anzuführen sind. Daher habe ich die dialogische Form gewählt und in diesem Pentameron fünf Männer reden lassen, in welchen sich der protestantische Pietismus und der theokratische Royalismus, das Offiziantentum, der rationalistische Konstitutionalismus, der atheistische Demokratismus und endlich auch diejenige politisch-religiöse Überzeugung

*) Johannes Ronge, geb. 1813, Kaplan zu Grottau, Vorkämpfer des Deutsch-Katholizismus.

**) Eine seit 1841 innerhalb der evangelischen Kirche entstandene Partei, welche

verkörpern, die ich selbst als das Resultat meines Lebens betrachte. An Anfechtungen von verschiedener Seite her wird es dem Buche nicht fehlen, vielleicht aber auch nicht an gedeihlicher Wirkung.

Äußere Verhältnisse. In meiner äußeren Stellung hat sich in diesem Zeitabschnitte nichts Erhebliches geändert. Mein Gesandtenposten ist bequem und ergiebig; es gibt wohl wenig günstigere Lagen. Aber seine positive Wirksamkeit ist sehr unbedeutend; von den exzeptionellen Fällen, die auch einem kleineren Hofe eine augenblickliche Wichtigkeit beilegen können, ist keiner eingetreten. Die Verweisung der beiden badischen Deputierten Itzstein*) und Hecker aus Berlin**) schien eine ernstliche Verwickelung herbeizuführen, da sie einen weitverbreiteten Widerhall in ganz Deutschland fand; soweit es sich aber dabei um die beiden Regierungen handelte, gelang es mir, eine ganz genügende Ausgleichung herbeizuführen.

Mehr bestimmtes Interesse knüpfte sich an meinen Frankfurter Posten. Die größeren Aufgaben des Bundeskriegswesens sind von mir in dieser Zeit, unermüdet von allen Weiterungen und Unannehmlichkeiten, nach allen Kräften vorwärts geschoben worden. Wenn auch das Geleistete immer weit unter dem Wünschenswerten bleibt, so sehe ich dort wenigstens wirkliche Früchte eines zehnjährigen Wirkens.

Die Monate, die ich in Frankfurt zubringe, haben auch für meine individuelle Befriedigung viel Erfreuliches. Gerhard Reutern und Joukowski***) sind seit 1845 mit ihren Familien nach Frankfurt gezogen. Alles was die treueste Freundes-, die innigste Geschwisterliebe zu geben vermag, finde ich bei diesen vortrefflichen Seelen. Unser Leben geht in einer Gemeinschaft hin, die wohl zu den seltensten gehört und hier bei so großer Verschiedenheit der Charaktere und der Lebensverhältnisse etwas Wunderbares hat. Unser gegenseitiges Vertrauen kennt keine Grenze, wir erleben alles und jedes gemeinsam,

*) Itzstein, Johann Adam v., geb. 1785, 1819 Hofgerichtsrat in Mannheim, Führer der Opposition in der badischen Kammer.

**) Hecker, Friedrich Karl Franz, geb. 1811, seit 1838 Obergerichts-Advokat in Mannheim, Führer der demokratischen Partei in Baden, seit 1842. Die Ausweisung der badischen Abgeordneten erfolgte im Mai 1845.

***) Der russische Dichter Joukowski. Vgl. die Ergänzungen.

trauern und jubeln miteinander ganz in gleichem Maße, es treffe den einen oder den anderen. Wenn ich in diesem Kreise bin, überkommt mich noch ein Gefühl von Jugend, so wie es nur aus solcher Frische und Wärme der Empfindung quellen kann. Nächst dem, was mir Gott in Frau und Kindern gegeben, habe ich für keinen Gewinn meines Lebens inniger zu danken als für diese Seelen, die er mir zugeführt.

Aufenthalt in Stolzenfels. Seit dem Frühjahr 1843 hatte ich den König nicht wiedergesehen. Manche scheinbare Wahrnehmungen hatten zuweilen den Gedanken rege gemacht, daß seine Gesinnung für mich etwas erkaltet sein könnte. Dazu kam, daß meine Akkreditierung an den Höfen von Darmstadt und Wiesbaden zurückgenommen worden war, um dort einen eigenen Gesandtenposten zu kreieren. So wenig reell auch meine Wirksamkeit an diesen Höfen gewesen war, so konnte mir dieser Vorgang doch als eine Art Rücksichtslosigkeit erscheinen und erzeugte neben andern Dingen doch eine gewisse Mißempfindung.

Der König ging Ende Juli 1845 an den Rhein, um die Königin Viktoria zu empfangen, und forderte mich auf, nach Stolzenfels zu ihm zu kommen. Schon bei unserem ersten Zusammentreffen in Frankfurt*) konnte ich mich leicht überzeugen, daß in seiner Seele auch nicht das geringste gegen mich verändert war, daß er die alte herzliche Neigung, das alte Vertrauen ganz ungemindert bewahrt hatte. Hierdurch wurde auch der dreiwöchentliche Aufenthalt in Stolzenfels, der durch die Ankunft der englischen Herrschaften, des belgischen Königspaares**) und mancher anderen Notabilitäten verherrlicht wurde, zu einem vielfach angenehmen.

Beförderung zum General. Wie wohl es der König persönlich mit mir meine, zeigte er dadurch, daß er bei dem ersten Gewahrwerden der mir durch die Darmstädter Abberufung geschehenen Verletzung sofort auf volle Ausgleichung Bedacht nahm. Er gab mir diese mehr als reichlich durch die Ernennung zum Generalmajor.***)
Da ich noch zwei Jahre nach der regelmäßigen Tour zu warten hatte

Brigade-Kommandeure und Flügel-Adjutanten sich befanden, so mußte ich diese Beförderung als eine der größten Auszeichnungen betrachten. Ich bin doch noch Soldat genug, um das, was mir auf diesem Gebiete begegnet, höher anzuschlagen als alles andere.

Die politischen Angelegenheiten. Um so trüber aber war der Blick, der sich mir auf die Angelegenheiten des Königs eröffnete. Sein unbegrenztes Vertrauen ließ mich in das Innerste seiner Lage schauen und legte mir die Pflicht auf, unumwunden auszusprechen, was ich dabei empfand. Sein Wille, dem Lande eine reichsständische Verfassung zu geben, ist ungeändert; er hat sich in den letzten beiden Jahren unausgesetzt damit beschäftigt und gegen seine gesamten Minister verfochten. Der Entwurf hat die mannigfaltigsten Modifikationen erfahren, meistens aber doch nur formeller Art. Überhaupt legt der König nur zu vielen Wert auf die Konstruktion des äußeren Apparates, während ihm die so tief bedeutsamen inneren Bedenken weit weniger Sorge einflößen. An der Spitze der Gegner steht der Prinz von Preußen. Er will allerdings zugeben, daß über die Tätigkeit der Provinzialstände noch eine allgemeinere ständische Wirksamkeit gestellt werde. Hierbei sollen aber die Gesetzgebung und die Finanzen gänzlich und unverrückbar geschieden werden. Wo es sich um die Beratung allgemeiner Gesetze handle, sollen diese stets an die Ausschüsse in der bereits feststehenden Form gewiesen werden. Handele es sich dagegen um die Kreierung neuer Staatsschulden, so sei hierzu eine reichsständische Versammlung aus Deputierten der Provinzialstände zu berufen, deren Tätigkeit aber streng hierauf beschränkt bleiben müsse. Ich meinerseits würde nur noch verlangen, daß auch jede neue Steuer der Genehmigung der Reichsstände unterzogen werde, und dann allerdings dafür halten, daß in dieser Einrichtung das ständische Problem in der einfachsten und vorsichtigsten Weise gelöst sein würde.

Eine zweite Herzensangelegenheit für mich bildeten die Bundesangelegenheiten. Ich habe aufs neue darzulegen gesucht, wie eben nur in dieser Sphäre der ableitende Kanal für die wilde Strömung des politischen Treibens in Deutschland gefunden werden könne. Schon im vorigen Jahre hatte ich in meiner gesandtschaftlichen Stellung die Veranlassung ergriffen, dem Ministerium in der

schärfsten und eindringlichsten Weise vorzuhalten, was hier verabsäumt werde, zu unermeßlichem Nachteile Deutschlands und insbesondere Preußens. Der König hatte diese Anregung schon damals lebhaft aufgefaßt und genaue Angaben von mir verlangt. Alles war aber in dem Sumpfe der tatlosen Tagespolitik stecken geblieben. Auch dieses Mal habe ich alles daran gesetzt, um zu zeigen, daß es höchste Zeit sei, hierin andere Wege zu betreten; der König, der darin völlig gleich mit mir fühlt, ergriff die Sache mit innigster Wärme und verfocht sie selbst gegen Metternich und Münch. Man schien einen Anlauf zu nehmen; Werner*) wurde später nach Berlin geschickt; es wurde verhandelt und geschrieben; bis jetzt ist aber noch keinerlei Resultat zum Vorschein gekommen. Traurig und verhängnisvoll! Fata viam inveniant.

Dienst-Stellung. Meine eigene dienstliche Stellung schien sich in diesem Zeitpunkte einem bedeutenden Fortschritte zu nähern. Die Ernennung von Canitz zum Minister des Auswärtigen**) erledigte den Gesandtenposten in Wien; nach der Natur der Sache und nach den Äußerungen des Königs war ich berechtigt anzunehmen, daß entweder diese Stelle oder wenn ein Revirement vorgezogen würde, die Stelle am Bundestage mir zuteil werden würde. Ich spreche es hier mir selbst gegenüber aus, daß auch die unbefangenste Erwägung der wirklichen Sachlage zu der Überzeugung führt, daß dem wahren Interesse Preußens damit entschieden gedient gewesen wäre, in Wien oder Frankfurt durch diese Ernennung den Beginn eines veränderten Systems und den festen Willen zu bezeichnen, eine neue Bahn in den deutschen Sachen zu brechen.

Es kam anders! Nachdem mehrere Monate in jener unangenehmen Spannung hingegangen waren, die bei bevorstehenden großen Veränderungen der eigenen Lage unvermeidlich ist, und die hier noch durch zahlreiche Zeitungsnachrichten gesteigert wurde, die meine Ernennung für Wien, Frankfurt oder Paris zum stehenden

---

*) Hofrat Joseph Baron v. Werner, Referent in der österreichischen Staats-

Artikel hatten.*) Arnim**) aus Paris wurde gegen alles Widerstreben nach Wien versetzt, Arnim***) aus Brüssel für Paris ernannt. Noch übersehe ich nicht deutlich diesen ganzen Hergang. Daß man mich nicht nach Wien setzte, kann meinerseits dort selbst Schwierigkeiten gefunden haben; so wohl mir Metternich und Münch persönlich wollen, so unbequem würde ich ihnen sein. Einen ebenso großen Teil daran hat aber ohne Zweifel ein ganz ordinärer Neid gerade meiner näheren Bekannten in Berlin und die protestantische Abneigung gegen einen katholischen Gesandten in Wien. Auf den Pariser Posten aber hatte Arnim sich wohl schon längst eine Zusage zu verschaffen gewußt.

Eine wirkliche Mißempfindung bei diesem Ausgange war mir nicht füglich zu verargen. Seitdem ich in der diplomatischen Laufbahn bin, sind nach und nach alle fünf großen Gesandtenposten†) und die meisten mittleren neu besetzt worden, ich selbst aber bin auf einem der kleinsten verblieben. Ohne jene unruhige Ambition in mir zu verspüren, von der ich mich wirklich frei weiß, kann ich doch nicht mit Gleichgültigkeit betrachten, daß meine Karriere hierdurch als abgeschnitten anzusehen wäre.

Hier berühre ich den größten Schmerz, der mich im Laufe eines nun fast fünfzigjährigen Erdenwandels getroffen hat. Eine scheinbar geringfügige Veranlassung hatte meiner Tochter eine Erkältung zugezogen. Mehrere Tage hindurch äußerte sich diese als ein Katarrh; am 25. Dezember 1845, dem ersten Weihnachtsfeiertage, legte sie sich zu Bette, um nie wieder aufzustehen. Anfangs glaubte der Arzt, nur ein katarrhalisches Fieber zu sehen, aber schon am 27. nachts trat ein so heftiger Krampfanfall ein, daß wir sie unter unseren Händen verscheiden zu sehen erwarteten. Sie überstand ihn, ein gastrisches Fieber zeigte sich, die Ärzte kehrten wieder zu der Ansicht zurück, daß keine wirkliche Gefahr vorhanden sei. Ich selbst hatte

*) Die Mannheimer Zeitung vom 13. Oktober 1845 bezeichnete Radowitz als vermutlichen Nachfolger des Grafen Dönhoff am Bundestage und erwähnte auch der Gerüchte wegen Wien.

**) Heinrich Friedrich v. Arnim-Werbelow, 1791—1859. 1841 Gesandter in Paris, 1845 bis 1848 in Wien.

***) Heinrich Alexander Freiherr v. Arnim, geb. 1798.

†) Petersburg, London, Paris, Wien, Frankfurt.

mich ganz an diese Meinung angeschlossen, nur meine Frau wurde von der bangsten Sorge nicht verlassen. Am 7. Januar 1846 traten plötzlich Symptome hervor, die den Übergang zum Nervenfieber unzweifelhaft anzeigten. Alle ärztliche Hilfe blieb völlig fruchtlos. Sonntag den 11. mußten wir jede Hoffnung auf ihre Erhaltung aufgeben; sie empfing die Sterbesakramente. Noch war ihr Bewußtsein klar genug, um allen, die um ihr frühes Totenlager standen, zu wahrer Erbauung zu dienen. Sie hatte vielleicht nicht das ganz deutliche Gefühl, daß ihr Ende so nahe sei, aber alles deutete an, daß sie sich der äußersten Lebensgefahr wohl bewußt war. Den 14. mittags erlosch das Bewußtsein gänzlich, nur noch der Atem gab Zeugnis des Lebens, das sich diesem jungen Leibe nur schwer zu entwinden schien. Donnerstag morgen, den 15. Januar, 9¾ Uhr, hatte sie vollendet, ohne allen Kampf, ohne jede heftige Bewegung. Der Atem wurde schwächer, setzte aus, stockte. Unser Schmerz war und ist unermeßlich.

Schon vor der Krankheit meiner Tochter hatte mich mein Gesundheitszustand genötigt, daran zu denken, ob eine weitere Reise mit ihren inneren und äußeren Wirkungen nicht imstande sein würde, mir heilsam zu werden. Meine Nervenleiden, die durch die gewaltsamen Eindrücke und Pflichten dieser Monate gleichsam gefeiert hatten, traten in verstärktem Maße hervor, als jener Anspannung das Zurücksinken in die frühere Depression folgte.

Ich erwog, daß auch meiner Frau eine solche Zwischenzeit sehr zuträglich sein könne, und entschloß mich zu einem dreimonatlichen Urlaube nach Italien und der Schweiz. Als meine selige Marie lebte, hatte ich im Sinne, ihr und meiner Frau vor allem Rom zu zeigen; hierzu konnte ich mich unter diesen veränderten Umständen nicht entschließen. Wir beschränkten uns, mit Klemens über den St. Gotthard nach den Seen und Mailand zu gehen, einen vierzehntägigen Aufenthalt in Cadenabbia am Comer See zu machen, dann nach Genua, dort zur See nach Marseille, über Arles nach Avignon, zurück über Lyon und Genf. Bei Vevey, in dem Dorfe Veytaux, nahm ich ein Landhaus, nachdem unsere Reise bis dahin vom 24. Februar 1846 bis zum 18. April gedauert hatte.

Hier befinde ich mich gegenwärtig und schreibe diese traurigen Zeilen. Traurig sind sie auch zunächst im Hinblick auf meinen

jetzigen Zustand. Diese ganze mit vielen Opfern erkaufte Reise, von der sich jedermann so viel versprochen, ist leider mehr als verfehlt. Zehn Wochen sind verflossen, und ich habe sie in ununterbrochenen Leiden zugebracht. In vierzehn Tagen kehre ich nach Karlsruhe zurück, tiefer gedrückt als ich es mir je erinnere, ohne alle Hoffnung, daß mein Körper sich je wieder aufrichten werde, in der heißen Bitte, daß Gott das Ziel dieser Leiden nicht zu fern stecken und mich gnädiglich bewahren möge, in dieser schweren Versuchung noch an meiner Seele Schaden zu leiden.

Veytaux, den 8. Mai 1846.

Als ich das letzte Blatt dieses Umrisses meines Lebens schloß, glaubte ich den schwersten Abschnitt desselben hiermit zu beschließen. Er war allerdings durch harte Prüfungen bezeichnet worden, aber die folgende Zeit hat gelehrt, daß deren noch andere, nicht minder drückende bevorstanden.

Wir kehrten Anfang Juni nach Karlsruhe zurück. Meine Körperleiden blieben im Zunehmen. Die Unterleibskrankheit, die mich bis an den Rand des Grabes brachte, hielt in gleicher Stärke bis in den Oktober an; der Wechsel der Ärzte und der Kurmethode schien ohne allen Einfluß. Erst meinem alten Arzte in Hanau, Dr. Kopp, gelang eine wirksamere Behandlung; seine Mittel brachten die Krankheit zum Stehen, und im Laufe des Winters 1846/47 trat wirkliche Besserung ein, wenn auch unter steten Schwankungen und Rückfall.

Zu leugnen ist nicht, daß die Krankheitszustände des Jahres 1846, die so schwer auf mir lasteten, doch wieder eine Art von Ableitung gegen die tiefe Mißempfindung darboten, welche aus der Passivität meiner Stellung zu Dienst und Welt erwachsen mußte. Seitdem alle die Verabredungen und Vorsätze, die im vorhergehenden Jahre in Stolzenfels getroffen worden, völlig zerronnen, blieb auch meine eigene politische Tätigkeit in Nichtigkeit und Dunkel verhüllt. Die Gegenwirkungen im Rate und der Umgebung des Königs hatten ihn wieder von seiner richtigen Einsicht für die deutsche Politik zurückgebracht und hierdurch auch von mir.

• **Badische Verhältnisse.** In meinem Außenleben blieb ich daher ganz auf meine bescheidene Wirksamkeit in Karlsruhe und

Frankfurt beschränkt. Auf dem Gebiete der ersteren entspann sich in dieser Zeit ein eigentümliches Verhältnis zum Großherzoge, und zwar ganz ohne mein Zutun. Er war mehr wie die meisten seiner Beamten zu der Erkenntnis gelangt, daß seine Regierung am Rande eines Abgrundes stehe, ohne daß er sich deutlich zu machen wußte, wohinaus die mögliche Abhilfe liege. Von diesen Gedanken erfüllt, ergriff er die Gelegenheit eines Besuches, den er mir machte, um sich gegen mich auszusprechen und meinen Rat zu begehren. Hieraus ging nun ein Verkehr hervor, der im tiefsten Geheimnisse betrieben wurde; er kam zu Fuß in der Dunkelheit zu mir, und ich richtete meine schriftlichen Mitteilungen auf besonderen Umwegen an ihn.

Im wesentlichen stellte ich ihm als Ziel: seine Autorität herzustellen, indem er den Mißbrauch der konstitutionellen Befugnisse auf das bundesverfassungsmäßige System zurückführe; alles aber auf streng gesetzlichem Wege, mit Vermeidung jeder exzeptionellen Maßregel.

Als Weg hierzu schlug ich ihm folgende Reihe vor: Angemessene Personalveränderungen, Aufstellung eines festen Systems, Verpflichtung aller Minister auf dasselbe, Verständigung mit den Kabinetten von Wien und Berlin, Zusicherung der Unterstützung durch den Bund, Ordnung der periodischen Presse — Bildung einer neuen Kammer, Verbesserung des Verfassungszustandes durch dieselbe.

Der Großherzog ergriff begierig meinen Plan. Er entließ Nebenius*) und Jolly**), ernannte Beck und Trefurt***), verpflichtete sie auf ein Programm, welches das meinige sein sollte. Aber nicht allein hatte er schon nicht gewagt, dieses System in seiner scharfen Konsequenz aufzustellen, sondern er überwachte auch nicht dessen Ausführung. In kurzem standen die neuen Minister wieder in demselben Verhältnis zu ihm, wie die früheren, d. h. sie regierten im Sinne des liberalen Beamtentums und ließen ihm

*) Nebenius, Karl Friedrich, geb. 1784, eifriger Förderer der Zollvereinspolitik, 1838 bis 1839 zum ersten Male Minister des Innern, 1845 zum zweiten Male. Im Dezember 1846 folgte ihm Johann Baptist Beck, geb. 1797, seit 1845 Mitglied des Staatsrats.

das Nachsehen. Manches Gute ist aus dieser von mir angeregten Änderung hervorgegangen, aber der innere konsequente Zusammenhang blieb aus, und so gab das Ganze nur ein ungedeihliches Stückwerk.

Literarische Tätigkeit. Neben der mäßigen Beschäftigung, die meine Dienstverhältnisse auferlegten, ist mir reichliche Zeit zu ernsten und mannigfachen Studien geblieben. Ich habe sie nach verschiedenen Seiten hin gewendet, so wie dieses nun einmal in der ganzen Führung meines inneren Lebens liegt. Durch die Zeitereignisse angeregt, sind aber doch die religiöse und politische Richtung vorwaltend geblieben; die philosophischen und historischen Hilfswissenschaften haben für beide gedient. Auch habe ich in dieser Zeit einiges in Druck gegeben. Die „Gespräche aus der Gegenwart über Kirche und Staat", deren ich schon früher gedachte, erhielten einen Erfolg, der weit über meine Erwartung ging. Eine zweite vermehrte Auflage folgte nach wenigen Monaten der ersten, und später noch eine Art von dritter Auflage mit geringen Zusätzen. Das Buch wurde der Gegenstand der lebhaftesten Erörterungen in den meisten deutschen Blättern; selbst die politischen und religiösen Gegner drückten eine Anerkennung aus, die mir freilich nur sehr erfreulich sein konnte. Ich wurde hieran zum ersten Male gewahr, daß ich wohl einen Beruf zum Schriftsteller habe und auf manchen Gebieten eine fruchtbare literarische Tätigkeit entwickeln könnte. Vielleicht ist dieses noch einmal mein vorgezeichneter Weg.

Andere kleine Druckschriften fallen in die Jahre 1846 und 1847. Eine Abhandlung über die Devisen des Mittelalters,*) die mir viel Vergnügen machte; eine kleine Schrift über die Erbfolge in Schleswig**) und eine beträchtliche Reihe von Artikeln und Aufsätzen in mehreren Zeitschriften und Journalen. Die letzte Arbeit wurde durch den vereinigten Landtag 1847 hervorgerufen, dessen Kritik ich in

*) Zur Spruchpoesie des deutschen Mittelalters, zuerst abgedruckt in der Deutschen Vierteljahrsschrift, 4. Quartal 1846, auch als Broschüre erschienen; wieder abgedruckt in den Gesammelten Schriften I, S. 285 ff.

**) Wer erbt in Schleswig? Eine Rechtsfrage. Zuerst abgedruckt in der

einer Folgereihe von Broschüren unter dem Titel: „Reden, die im Ständesaale zu Berlin nicht gehalten worden"*) zu liefern unternahm.

Preußische Verhältnisse. So verging diese Zeit; ich glaubte mit vieler Bestimmtheit, daß ich nicht ferner auf der größeren Weltbühne aufzutreten berufen sei, und hoffte in der bequemen, reichlichen, wenn auch leeren Existenz, wie sie die Gegenwart darbot, so lange beharren zu können, bis ich selbst es für angemessen halten würde, mich mit der erdienten Pension ganz aus dem Dienste zurückzuziehen. Ich sah einem solchen Verlaufe meines Lebens ruhig entgegen und empfand weder Freude noch Kummer bei dem Gedanken, den Rest meines Dienstes in Karlsruhe zu verbringen. Aber ein so harmloser Ausgang war mir nicht beschieden! Das Verfassungs-Patent vom 3. Februar 1847 zog wieder aller Augen auf Preußen. Ich hatte seit geraumer Zeit erwartet, daß der König auf diesem seinen Lieblingspunkte durch die ihn umgebenden Hemmungen durchbrechen werde.

An und für sich war der Gedanke dieses großen politischen Aktes ein durchaus richtiger. Der König konnte und wollte nicht das Regierungssystem seines Vorgängers fortsetzen. Er wollte es nicht, weil er es für unrecht hielt, und er konnte es nicht, weil dessen Zeit abgelaufen war. Wenn er nun mit dem Beamtenabsolutismus nicht ferner regieren und ebensowenig in das moderne Repräsentativsystem übergehen wollte, so blieb ihm nichts übrig als der Versuch, die altfürstlich-ständische Monarchie wieder aufzurichten. Damit aber dieser unermeßliche Versuch gelinge, war es oberste Bedingung, daß der König in seinem Lande besitze: Liebe und Vertrauen einerseits, Autorität anderseits. Die letztere war ihm noch von der vorigen Regierung ziemlich intakt überliefert worden; die erstere brachte man ihm bei seiner Thronbesteigung in hohem Maße entgegen. Der König hätte daher augenblicklich den Versuch unternehmen, sein Verfassungs-Edikt gleich bei der Huldigung erlassen können und sollen.

Wollte oder konnte er dieses nicht, glaubte er diese Entwickelung

handenen Menschen und in den vorhandenen Wegen schlechterdings nicht fortzukommen sei. Es bedurfte großer Entschlüsse und großer Taten.

Was dann sein gewiesener Weg war, habe ich mir nur zu oft und schmerzlich deutlich gemacht. Zuerst eigene klare Erkenntnis des Zieles und der Mittel. Dann Wahl entsprechender Menschen, die in sich und mit ihm einverstanden waren. Hierauf vorwärts nach innen und außen. Ordnung der Presse, Gebrauch der Literatur zur Verständigung mit seinem Volke, Dezentralisation und Belebung der Provinzen und Selfgovernment, Ausbreitung des Zollvereins, Schlichtung der kirchlichen Wirren auf breitester Basis. Vor allem aber festes Zusammenwachsen mit Deutschland durch eine glanzvolle Aufrichtung des Bundes und Befriedigung der nationalen Interessen und Bedürfnisse.

Alles dieses mußte vorhergehen, mußte Deutschland und Preußen erwärmen, begeistern für den König, der so Großes unternahm, mußte volles Vertrauen in das Folgende erwecken und zugleich das Interesse und die Teilnahme nach vielen Seiten in würdiger Weise in Anspruch nehmen.

Von allem diesen war nicht allein nichts geschehen, sondern ziemlich das Entgegengesetzte. Im Kabinette hatte ein unablässiger Wechsel der Minister und die unbedachteste Wahl der Personen stattgefunden. Auf dem kirchlichen Gebiete wurden die delikatesten Fragen aufgerührt; pietistische Velleitäten, lahme, schwächliche Ausführung, Hätscheln des Rongeanismus, späteres Abwenden; alles dieses schwankte hin und her; das Eichhornsche Ministerium brachte den größten Schaden und reizte die Gemüter mehr, als es selbst eine fürstliche Cäsareopapie im Stile des 17. Jahrhunderts vermocht hätte. Die großen Feindseligkeiten gegen die katholische Kirche hörten, als dem bestimmten Willen des Königs widerstrebend, zwar auf, aber ununterbrochene kleine Vexationen ließen es nie zum rechten Frieden kommen.

Auf dem Finanzgebiete brachte besonders Flottwell die Ver=

Regionen über Schutzsystem und Handelsfreiheit, schlechteste Behandlung der Beitrittsverhandlungen mit Hannover usw., Widersprüche und Halbheit im Tarifstreite, der Preußen besonders in Süddeutschland unendlichen Schaden getan hat.

Auf dem militärischen Gebiete hat Boyen die in der Natur des langen Friedens liegenden Gebrechen keinerlei Heilung unterworfen. Die Beförderung zu den höheren Stellen, die Übungen, die Garnisonspermanenz sind geblieben wie sie waren, zu größtem Nachteile der Armee.

Gedenke ich der auswärtigen Angelegenheiten, so muß ich schmerzliche Klagen erheben. Werther hatte hier in den ersten Jahren nur Gleichgültigkeit walten lassen. Bülow, der ihn ersetzte, besaß weit mehr Weltgeschicklichkeit, doch weder Prinzip noch Gedanken; seine lange Krankheit machte ihn noch unfähiger. Aber auch mein alter Freund Canitz hat, wie ich mit Kummer eingestehen muß, keiner Erwartung entsprochen. Die Krakausche Sache*) ruinierte uns in der Meinung von halb Europa, ohne auch nur dafür ein festeres Zusammenschließen mit Petersburg und Wien zu erzeugen. Vor allem aber trifft ihn die Hauptschuld, daß der König seiner richtigen Erkenntnis in der nationalen Sache keine Folge gab. Dies Gebiet war Canitz ganz verschlossen; die Bundesfrage erschien ihm nur unter der Gestalt eines kleinlichen Treibens der Höfe und der fratzenhaften Verzerrung der Deutschtümelei. Es wurde daher dem Einflusse von Wien aus sehr leicht, alle guten Absichten unserer Regierung zu lähmen: zu unersetzlichem Schaden aller Teile.

In der inneren Verwaltung hatte sich zwar die altpreußische Rechtlichkeit und Verständigkeit nicht verleugnet. Daß es aber jetzt auf ganz andere Dinge ankomme, als auf materielle Administration, daß man neue großartige Kanäle eröffnen müsse, um die drohenden Strömungen abzuleiten und nutzbar zu machen, dieses sah niemand ein. Am wenigsten der Graf Arnim, der nie etwas anderes als ein liberal-absolutistischer Beamter gewesen. Ebensowenig aber auch Bodelschwingh, ungeachtet seiner persönlichen vortrefflichen Eigen-

zur Tat berufen wurde, konnte er also auch nicht mehr hinzubringen, als er besaß. Große, fruchtbare, tief eingreifende Gedanken waren nicht seine Sache; wo sie ihm im Könige begegneten, konnte er sie nur als gefährliche Phantasterei auffassen. Noch weit verderblicher wirkte hierin Thile, ein rechtschaffener, edler Charakter, aber durch und durch verneinend, jeder höheren Konzeption schlechterdings unzugänglich: die schädlichste Umgebung, die der König seit seiner Thronbesteigung gehabt hat. Zu diesem nächsten Kreise gehörte noch Stolberg, wohlmeinend, nicht ohne Gefühl für manche, besonders nationale Bedürfnisse, aber schwach und mit seinen eigenen Interessen beschäftigt.

So stand dieses Kabinett um den König herum, und hatte es sich zur eigentlichen Aufgabe gesetzt, ihn „unschädlich" zu machen. Statt in seine oft verworrenen und unpraktischen, aber immer aus einem richtigen Gefühle hervorgehenden Gedanken einzugehen, das Wahre vom Falschen zu sondern und die richtigen Mittel zur Ausführung des ersteren zu schaffen, gingen diese Männer nur darauf aus, entweder den ganzen Vorsatz des Königs zu beseitigen, oder ihn durch Anhäufung von Schwierigkeiten und Verschleppung nach und nach in den ferneren Stadien zerrinnen zu lassen. Das ist die „Larifari-Verschwörung" der boshaften Bettina*), welche den König von seinen ersten Schritten an stets begleitet hat! Um durch diesen Zauberkreis hindurchzubrechen, hätte er entweder Leute emporheben müssen, die mit seinen richtigen Gedanken standen und fielen, oder die vorhandenen zwingen, mit ihm zu gehen. Zu beiden gehörte aber ein politischer Held, und daß dies der König nicht ist, habe ich oft genug mit blutendem Herzen erkannt und mir gesagt.

Das Resultat von allen diesen Unterlassungen und Begehungen ist gewesen, was es sein mußte. Die Gesinnung verschlechterte sich bis ins Ungeheure, und zwar nach allen Seiten hin. Die Bösen wurden mutig und hoffnungsreich, die Guten unmutig und hoffnungslos, die Massen ganz in die Hände der ersteren gegeben. Der König selbst und seine Regierung gerieten in einen Grad von Miß-

*) Bettina v. Arnim, „Dies Buch gehört dem König", Berlin 1843; die „Lari-

achtung, der schlimmer ist als der wirkliche Haß. Und auch dieser blieb nicht aus.

Ich habe mich oft gefragt, wie es gekommen sei, daß dieser König mit seinem herrlichen Geiste und Herzen mehr als irgend ein anderer Regent zum Gegenstande einer so weit verbreiteten Gehässigkeit und Geringschätzung hat werden können. Leider erklärt sich diese entsetzliche Tatsache nur zu natürlich. In den beiden großen Parteien der Gegenwart: den Liberalen und den Radikalen, lebt der Instinkt, daß sie mit ihm gar nichts gemein haben. Selbst mit den despotischen Regenten teilen sie immer das absolutistische Staatsprinzip; es ist daher nur ein Streit um das Subjekt der Gewalt. Der König negiert hingegen ihre ganze Grundlage, ohne daß sie irgend die seinige begriffen, die ihnen daher als bloße Tollheit erscheint. Dasselbe gilt für den christlichen Staat, den niemand als er auf sein Panier geschrieben, und den die Welt nur unter der Karikatur des Pietismus auffaßt. Daher der Haß.

Daß in solcher Atmosphäre das ungeheuere Experiment: den ständischen Staat herzustellen, mißlingen mußte, war nur zu natürlich, selbst wenn das Patent vom 3. Februar 1847 tadelfrei, und wenn dessen Durchführung durchweg zweckmäßig gewesen wäre. Beides war leider indessen durchaus nicht der Fall.

Man hat mir im Publikum einen direkten Anteil an dem Patente vom 3. Februar beigemessen. Dies ist durchaus nicht der Fall. Allerdings entspricht der zugrunde liegende Gedanke meinen innersten politischen Überzeugungen, die ich oft genug mit dem Könige ausgetauscht und insofern auch Einfluß auf die Bildung seiner Ansichten und Pläne ausgeübt habe. Die „Gespräche aus der Gegenwart" legen hierüber Zeugnis ab. Aber an der formellen Verfassungsarbeit habe ich keinen Teil gehabt; das Ministerium hielt mich sorgfältig fern davon. Ich glaube behaupten zu können, daß mancher verhängnisvolle Mißgriff in der Behandlung dieser Sache sonst vielleicht nicht stattgefunden hätte.

Augenscheinlich mißlang der Versuch gänzlich; der vereinigte Landtag hat die Monarchie, statt sie zu befestigen, nur untergraben,

und den König, die schon seit Jahren an dem Marke meiner Seele zehrte, steigerte sich im Sommer 1847 bis zum Qualvollen.

Um diese Zeit nun begann wieder der unmittelbare Verkehr mit dem Könige, der seit zwei Jahren zurückgetreten war, und zog mich wiederum in die ganze Tiefe des Strudels hinein, der den Staat wie meine eigene Existenz verschlingen sollte. Den Anfang machte eine Aufforderung des Königs, mein Gutachten über eine Restauration des Adels abzugeben, mit welcher er sich beschäftigte. Ich konnte und durfte nicht anders, als ihn bei dieser beiläufigen Gelegenheit darauf aufmerksam machen, an welchem Abgrunde er und Preußen stehe; ich habe dies in ernstester und unumwundenster Weise getan und hierdurch die Pflicht erfüllt, die mir oblag.*)

Hieraus ergriff der König die Veranlassung, mich an den Rhein zu bestellen, wohin er im September 1847 eine Reise unternahm. Dieses Zusammenleben mit ihm, während welchem ich ihn von Mainz bis Münster begleitete, gehört zu den merkwürdigsten; ich kann mir das Zeugnis geben, daß die vollste Aufrichtigkeit obgewaltet hat, daß nichts von mir unterlassen worden ist, um ihm das ganze Bild seines Zustandes und des hereinbrechenden Sturmes aufzurollen.

Meiner Überzeugung nach blieb nur noch ein Weg übrig, um seine Stellung wiederzugewinnen, nachdem auf dem konstitutionellen und kirchlichen Gebiete so unsägliches Verderben angerichtet war. Es war dies das nationale Gebiet; vermochte der König sich dieses Standpunktes zu bemeistern, vermochte er der deutschen Nation zu geben, wonach sie dürstete, so war hierin der Boden gefunden, auf dem neue Schöpfungen entstehen und ihm selbst, dem Schöpfer, wieder die Liebe und Anhänglichkeit seiner Untertanen zugeführt werden konnten.

Ich legte ihm den Plan hierzu in seinen Umrissen vor und bezeichnete die dazu führenden Wege. Vor allem aber unverzügliches, folgerechtes und energisches Handeln. Der König faßte den festen Entschluß, mich zuerst nach Wien und dann an den Bund zu senden. In Wien sollte ich die Vorbereitungen treffen, als Bundestagsgesandter sie ausführen, mit den weitesten Vollmachten. Zum

Mein Gedankengang war im allgemeinen folgender: der Bund muß zur Wirklichkeit werden, d. h. aus dem bloß Negativen, Abwehrenden in das Positive, Schaffende übergehen. Hierzu sind drei Gebiete zu eröffnen: das Gebiet der Wehrhaftigkeit, das Rechtsgebiet und das der materiellen Interessen. Für jedes bezeichnete ich die Ziele und die Mittel. Nachdem die preußische Regierung hierüber ihre Entschlüsse vollkommen festgestellt habe, müsse man vorgehen, entweder in Gemeinschaft mit Österreich am Bunde, oder ohne Österreich direkt bei der Bundesversammlung, oder ohne die Bundesversammlung in geistiger Gemeinschaft mit der Nation durch Vereinbarung mit den einzelnen hierzu willigen Regierungen. Keine dieser Stufen sollte übersprungen, aber stets unaufhaltsam vorgeschritten werden.

Im November 1847 berief mich der König zur Ausführung nach Berlin. Dort angekommen, fand ich aber die inzwischen eingetretene Krise der Schweizer Angelegenheit vor. Das Ministerium hatte sie begierig ergriffen, um die deutsche Sache noch weiter zurückzuschieben; zu leugnen war nicht, daß dies ein unpassender Augenblick sei, um Österreich zu einem so großen Unternehmen wie die Wiedergeburt des Bundes in Bewegung zu setzen.

Man hatte dem König vorgeschlagen, mir die Verhandlungen mit Österreich in der Schweizer Angelegenheit zu übertragen; ich konnte und durfte diesen Auftrag nicht ablehnen. Alles, was mir übrig blieb, für die mir so tief im Herzen liegende deutsche Sache gegenwärtig vorzukehren, war, den König zur klaren Erkenntnis über den Weg und die Mittel hinzuführen. Auf sein Geheiß verfaßte ich eine Denkschrift*), in welcher ich die Gesamtsumme meiner Überzeugungen in der deutschen Sache niederlegte. Sie ist in der später zu erwähnenden Broschüre vollständig abgedruckt worden. Auch jetzt noch ist es meine tiefste und entschiedenste Überzeugung, daß, wenn jener Weg damals aufrichtig und energisch betreten worden wäre, Deutschland die Märzrevolution nicht erlebt hätte.

vor, er genehmigte ihren Inhalt nach ihrem ganzen Umfange und befahl, sie dem Ministerium zu übergeben. Hierbei hatte aber auch das Ganze sein Bewenden. Keiner der einflußreichen Minister, weder Bodelschwingh noch Thile, waren geneigt, Hand an das Werk zu legen; sie betrachteten die von mir gegebene Anregung mit unverhohlenem Widerwillen. Canitz, in dessen Händen als Minister des Auswärtigen die Initiative gelegen hätte, legte die Denkschrift einfach beiseite.

Hierdurch und durch manches andere angeregt, ging der König mit dem Gedanken um, Canitz zu entfernen, und sprach gegen mich die Absicht aus, daß ich dessen Ministerium übernehmen möge. Wie früher, so auch später, habe ich diese Andeutungen abgelehnt; ich will nicht verhehlen, daß ich mir jetzt beim Rückblicke sagen muß, daß jener der einzige Augenblick war, bei dem es mindestens zweifelhaft ist, ob es nicht möglich und heilsam gewesen wäre, in das Ministerium einzutreten. Ich wurde damals durch die stets wiederkehrende Betrachtung bestimmt, daß ich nicht imstande sein würde, mit den Männern, die im Rate des Königs saßen, einen gemeinschaftlichen Weg zu gehen, und daß ich es daher zur Bedingung meines Eintritts machen müßte, daß der König sie entließe. Wie gering nun auch die Wahrscheinlichkeit gewesen wäre, den König zu bestimmen, sich von Männern, die wie Bodelschwingh, Stolberg und Thile sein persönliches Vertrauen besaßen, zu trennen, mußte einleuchten. Aber wenn auch dieses erfolgt wäre, so konnte ich mir doch keinen Augenblick verhehlen, welches tiefe Mißtrauen, welche Gehässigkeit und Verdächtigung mir im ganzen Lande begegnet wäre, mir, dem Fremdling und Katholiken, der die Preußen und Protestanten aus dem Rate des Königs verdrängt hätte. In den hieraus notwendig erwachsenden Folgen lag nach meiner Auffassung die vollkommene Unmöglichkeit, daß ich je an der Regierung Preußens in einer für den König und das Land heilsamen Weise Anteil nehmen konnte. Jetzt freilich, wo ich auf das Geschehene zurückblicke, könnte ich mir sagen, daß durch meinen Eintritt in die Regierung Schlimmeres über Preußen nicht kommen konnte, als der März 1848 gebracht hat, ja, daß es mir vielleicht noch hätte gelingen können, die

und mindestens nicht das meinige, sondern dasjenige gesucht habe, was ich nach dem Maße meiner Einsicht als das Rechte erkannte.

Schweizer Angelegenheit. Ich übernahm die Sendung in der Schweizer Angelegenheit in dem Augenblicke, als sie bereits unwiederbringlich verloren war.*) Auch diese Sache ist auf meine Rechnung geschrieben worden; bis auf den heutigen Tag muß ich in den mannigfachsten Formen den Vorwurf und den Spott über den Ausgang meiner Verhandlungen und Sendungen für den „Sonderbund" hören. Keine üble Nachrede kann wohl grundloser sein. Allerdings hatte ich bereits vom Juni d. J. an von meinem Karlsruher Posten aus meine Stimme in der Schweizer Angelegenheit erhoben. Mit aller Eindringlichkeit, deren ich fähig war, stellte ich unserer Regierung vor, daß, wenn man diesen heillosen Zustand seiner eigenen Entwickelung überließe, die unausbleibliche Folge davon der völlige Triumph des Radikalismus in der Schweiz und die gefährlichste Rückwirkung auf die Nachbarstaaten sein müßte. Als einzige Abwehr schlug ich vor, daß die europäischen Mächte den Zwist der Schweizer Kantone unverzüglich vor ihr Forum ziehen und inzwischen, auf Grund der vertragsmäßigen Neutralität, jede Feindseligkeit zwischen den Kantonen streng untersagen sollten. Wer von den streitenden Teilen zuerst die Waffen ergriffe, solle als gemeinschaftlicher Feind angesehen, dagegen beiden Parteien durch den sofortigen Zusammentritt einer Konferenz der Wiener Paziszenten Gelegenheit gegeben werden, ihre Beschwerden anzubringen.

Dieser Weg ist nicht betreten worden, einerseits wegen der gewöhnlichen Unschlüssigkeit und Saumseligkeit der Kabinette, anderseits wegen der perfiden Politik des englischen Hofes. Für die in den spanischen Heiraten erlittene Niederlage hatte Lord Palmerston sich vorgesetzt, an Louis Philipp und Metternich volle Rache zu nehmen, und ergriff hierzu die Schweizer Wirren als eine passende Gelegenheit. Österreich wagte nicht ohne gleichzeitige Mitwirkung Frankreichs in der Schweiz einzuschreiten, und in Paris schwankte man zwischen der erkannten Notwendigkeit hierzu und der Begierde, sich England wieder zu nähern, hin und her.

So verging der ganze Sommer 1847, ohne daß man zu irgend einem klaren Vorsatze gekommen war. Man hoffte, es werde nicht bis zu Extremen kommen, oder selbst bei ausbrechendem Kampfe werde immer noch so viel Zeit bleiben, daß man zwischen die Kämpfenden treten könne. Falsche Vorstellungen über die Kräfte des Sonderbundes trugen das Ihrige zu dieser Täuschung bei.

Anders aber verfuhren die Radikalen. Als sie ihre Kräfte beisammen hatten, warfen sie sich unaufhaltsam auf ihren Gegner, und schon der Beginn des Kampfes ließ keinen Kundigen im Zweifel über dessen Ausgang.

(Bis hierher niedergeschrieben in Giewitz, April 1848.)

Ergänzungen der Memoiren.



Erstes Kapitel.

Jugendzeit und kurhessischer Dienst. Eintritt in die preußische Armee. 1797—1823.

Vom Artillerie-Offizier des Königreichs Westfalen, der in der Völkerschlacht von Leipzig das Feuer seiner Geschütze gegen die Verbündeten richtete, bis zum Vorkämpfer des deutschen Bundesstaates, — dieser weite Weg bezeichnet in den äußersten Umrissen die Lebensbahn Joseph Marias von Radowitz.

Für die Darstellung der Jugendzeit liegt außer den Memoiren in dem Nachlaß noch ein Bericht vom 16. Dezember 1823 vor, den Radowitz bei seinem Eintritt in preußische Dienste über seinen Lebenslauf bis zu diesem Zeitpunkt verfaßte.

An einer Stelle dieses Berichtes sagt er: wenn er in seiner Jugend die politische Einsicht der reiferen Jahre gehabt hätte, würde er es niemals über das Gewissen gebracht haben, seine Dienste einem Staate zu widmen, dessen revolutionärer Ursprung ihm erst später klar geworden. Auf der anderen Seite aber muß er selbst anerkennen, daß die Wege, in die das Schicksal ihn leitete, für seine geistige Entwickelung von größter Bedeutung gewesen sind. Eine bessere wissenschaftliche Vorbereitung, als die französischen Bildungsinstitute ihm gewährten, hätte er nirgends in der Welt zu finden vermocht. Am 1. Mai 1808 trat der jugendliche „Militär-Aspirant" der westfälischen Armee in das Kaiserliche Lyzeum zu Mainz, und bereits nach Ablauf eines Semesters gestattete seine frühreife Begabung den Übergang in die Militärschule von Charleroi an der Marne. „Der Zuschnitt und das Leben dieser Art Institute" — so urteilt Radowitz — „war mehr

mir beschäftigte, Neigung und Geschick zur Sache auf mich übertrug. Ich habe diesem Manne viel zu danken; sein Lieblingswunsch war, mich für die polytechnische Schule auszubilden; er brachte es in vierzehn Monaten dahin, daß ich das nicht leichte Examen offen und frei bestehen konnte."

Der Besuch der polytechnischen Schule in Paris hat neben dem günstigen Einfluß, den er auf die Bereicherung der Kenntnisse des jungen Radowitz ausübte, auch für Festigung seines Charakters die wohltätigsten Folgen gehabt. Das ungewöhnlich rasche körperliche und geistige Wachstum hatte bewirkt, daß der Knabe während der Schulzeit in Altenburg an dem Verkehr mit seinen Altersgenossen keine Befriedigung fand. In der Abschließung gegen die Außenwelt, der er sich hingab, erwachte in ihm ein leidenschaftlicher Hang zur Lektüre, der um so mehr hätte verderblich werden können, als seine von Natur lebhafte Phantasie sich mit Vorstellungen erfüllte, die der Realität des Lebens nicht entsprachen. Bezeichnend hierfür ist eine Begebenheit aus der Kinderzeit, die der später zu erwähnende langjährige Freund Radowitz', Youkowski, erzählt. In irgend einem Winkel des elterlichen Hauses entdeckt der jugendliche Schüler in einer Truhe einen vergessenen Bücherschatz, stürzt sich auf ihn mit wahrem Feuereifer und ruht nicht eher, als bis er alles, was in seine Hände gefallen, durchgelesen hat. Jedenfalls war es für den wißbegierigen Schwärmer ein Glück, daß er frühzeitig in eine Umgebung verpflanzt wurde, die ihn zwang, sein Traumleben hinter sich zu lassen und durch die Beschäftigung mit konkreten Dingen eine andere Richtung des Geistes einzuschlagen.

Für den auserlesenen Unterricht, der ihm in der Pariser polytechnischen Schule zuteil wurde, bürgen die Lehrer, die Radowitz in seinen Denkwürdigkeiten namhaft macht.*) In dem angeführten Bericht heißt es: „Alles was Mathematik und Naturwissenschaften im ausgedehntesten Sinne betrifft, kann schwerlich vortrefflicher behandelt werden. Außerdem standen den Zöglingen die meisten Institute mit ihren unermeßlichen Lehrmitteln offen." Radowitz

Maltebrun, über Zoologie mit Veranschaulichungen im Jardin des Plantes bei Cuvier. „Es ist unsäglich viel möglich in kurzer Zeit," schreibt er, „sobald ein Wille vorhanden, der nichts erdenkt und erstrebt, als Erkennen und Wissen." Und diesen ganz auf die Sache gerichteten Willen hat er sich frühzeitig angeeignet: in Paris erwarb er die ersten Grundlagen der vielseitigen Bildung, die zu seinen hervorstechendsten Eigenschaften gehört.

Nichts hätte der strebsame Jüngling lebhafter gewünscht, als den vollen, auf drei Jahre berechneten Lehrgang der polytechnischen Schule durchmachen zu dürfen. Da jedoch in der Zwischenzeit für das Königreich Westfalen eine besondere Militärschule in Braunschweig errichtet worden war, wurde der junge „Aspirant" im September 1810 in die Heimat zurückberufen. Der Aufenthalt in Braunschweig bot ihm wenig Anregung, denn Lehrkräfte und Bildungsmittel der neuen Anstalt standen auf einer sehr niedrigen Stufe, und der Unterschied gegen Paris war unermeßlich.

Dennoch wußte Radowitz auch aus dieser kurzen Episode für die Entwickelung seiner geistigen Fähigkeiten Nutzen zu ziehen. Ein Gefährte aus dieser Zeit, der spätere braunschweigische Hauptmann Karl v. Sommer, berichtet darüber: „Wenn seine Kameraden sich in den Fächern der Mathematik, Geographie, Statistik und Geschichte um Erläuterung an ihn wendeten, wußte er stets auch die geringsten Nebenumstände anzugeben. Er sprach bei seinen Mitteilungen mit einer solchen Sicherheit und so rasch, daß man ihm kaum folgen konnte. Wegen seiner Bereitwilligkeit, anderen zu helfen, und seiner freundschaftlichen Gesinnung, die auch erforderlichenfalls keine Opfer scheute, ward er von seinen jungen Kameraden sehr hoch geschätzt."*) Es waren die ersten Regungen einer pädagogischen Veranlagung, die später auf den Entwickelungsgang der militärischen Laufbahn Radowitz' den größten Einfluß ausüben sollte.

Bereits am 28. Dezember 1811, wenige Wochen nach Vollendung seines vierzehnten Lebensjahres, erhielt der Militärschüler von dem westfälischen Kriegsminister, Grafen Höne, die Erlaubnis,

*) Aus biographischen Notizen über Radowitz, abgedruckt in der von Karl

in die Artillerie- und Ingenieurschule zu Kassel einzutreten, die, obwohl ebenfalls erst vor kurzem begründet, in Bezug auf ihre Lehrkräfte einen etwas höheren Standpunkt einnahm als die Schule in Braunschweig.

Die eiserne Notwendigkeit der europäischen Verhältnisse beschleunigte das Emporsteigen Radowitz'. Nach den gewaltigen Menschenopfern des russischen Feldzuges sah sich auch König Jerome genötigt, dem Beispiel des großen Imperators zu folgen und zur Ausfüllung der Lücken in der Armee den noch unfertigen Nachwuchs heranzuziehen. Am Sonntag den 27. Dezember 1812 veröffentlichte der in französischer und deutscher Sprache erscheinende „Westfälische Moniteur" die Ernennung Radowitz' zum Sekondleutnant des Königlichen Artillerie-Regiments.

Mit einem Zeugnis, das sein Talent und seinen Fleiß rühmend hervorhebt, trat der fünfzehnjährige Offizier in die Armee und hatte das Glück, schon nach wenigen Monaten die Schule des Krieges kennen zu lernen. Das Königreich Westfalen stellte zu dem Feldzuge von 1813 zwei Infanterie-Brigaden und eine Brigade Kavallerie mit fünf Batterien, von denen nur eine beritten war. Anfangs dem Artilleriekommando als Adjutant beigegeben, wurde Radowitz nach der Schlacht von Lützen zum Ordonnanzoffizier bei dem Führer des XI. Korps, dem Marschall Macdonald, Herzog von Tarent, ernannt. „Man hatte die Absicht," berichtet er, „den westfälischen Truppen Angenehmes zu erweisen; eine leichte Blessur am 20. Mai — dem ersten Tage der Schlacht von Bautzen — verschaffte mir den Orden der westfälischen Krone." Ein Auftrag, den er erhielt, die Siegesnachricht nach Kassel zu überbringen, wurde zurückgenommen; er hatte daher den Vorteil, bis zum Ablauf des Waffenstillstandes im August 1813 in dem Hauptquartier Macdonalds verweilen und hier das Getriebe der großen Heeresleitung aus unmittelbarer Nähe beobachten zu können. Die zweite Hälfte der kriegerischen Ereignisse machte ihn dann mit den schwierigsten Aufgaben des Felddienstes vertraut. Welches Vertrauen man in seine Fähigkeiten setzte, beweist seine Ernennung zum Chef einer Batterie. Es dürfte das einzige

Armee war sehr unabhängig; nur die zur Reserve der Armeekorps gehörigen Geschütze unterlagen einer Führung im ganzen, die den Divisionen zugeteilte Artillerie folgte fast ganz ihren eigenen Ansichten, sich nur im allgemeinen an die Bewegungen ihrer Truppen bindend." Der Fehler dieser mangelhaften Angliederung der Artillerie an die übrigen Truppenkörper ist ihm später nicht entgangen. Trotz der großen Verluste, welche seine Batterie am 26. August an der Katzbach erlitt, hielt Radowitz sie in guter Ordnung, und in dem Gefecht vom 23. September bei Rothnauslitz, zwischen Bischofswerda und Bautzen, das den Rückzug der Franzosen auf das linke Elbufer entschied, leistete er dem Ansturm der Vorhut Blüchers so tapferen Widerstand, daß Napoleon, der Augenzeuge des Kampfes war, seine Geschicklichkeit rühmte und ihm das Kreuz der Ehrenlegion verlieh. In der Schlacht von Leipzig wurde dann freilich die Batterie, die Radowitz führte, nach seinen eigenen Worten vollständig vernichtet.

Nach der Auflösung des Königreichs Westfalen beteiligten sich die kurhessischen Truppen an dem Kriege gegen Napoleon. Aus der Belagerung der Festungen an der Nordgrenze Frankreichs, zu der die Artillerie während der Feldzüge von 1814 und 15 verwendet wurde, schöpfte Radowitz mannigfache Belehrung für den Gebrauch seiner Waffe. In der Konduitenliste der Kurfürstlich Hessischen Regiments-Artillerie vom 31. Dezember 1814 lautet das Urteil über ihn: „Premierleutnant v. Radowitz ist ein recht brauchbarer Offizier, welcher gute Kenntnisse und besondere Geschicklichkeit im Aufnehmen und Zeichnen besitzt, ist auch sonst ein guter Soldat, welcher Eifer für den Dienst hat und sich gut beträgt."*)

Schon damals zeigte sich, daß das eigentliche Element des jungen Kriegsmannes weniger der praktische Dienst war als das theoretische Studium der Militärwissenschaften. Nach der Wiederherstellung des Friedens wirft er sich mit rastlosem Fleiß auf Taktik, Fortifikation, Kriegsgeschichte; er ist ein eifriger Leser des im Jahre 1815 begründeten preußischen Militär-Wochenblatts, dessen wissenschaftliche Beilage sich die Aufgabe setzte, den Leser mit den neuen Erscheinungen auf dem Gebiete der Militärliteratur bekannt zu machen. Der Vielseitigkeit und Gründlichkeit seines Wissens ver-

*) Staatsarchiv Marburg.

dankte er im Oktober 1816 seine Anstellung als Lehrer an der damals von dem Kurfürsten Wilhelm I. geschaffenen Kadetten- und Pagenanstalt. In dem erwähnten Lebensabriß heißt es darüber: „Man übertrug mir den Vortrag der mathematischen und militärischen Wissenschaften in der ersten Klasse. Der Zyklus, der in unbestimmten Perioden abschnitt, umfaßte Algebra, niedere Analysis, Stereometrie, die Elemente der Statik und Mechanik. Weiter zu gehen, lag außer dem Plane des Institutes, doch konnten bisweilen mit einigen Auserwählten, die dann vorzugsweise zur Artillerie bestimmt wurden, höhere Analysis und Geometrie bearbeitet werden."

Radowitz hatte das Glück, in seiner Lehrtätigkeit von Anfang an ungewöhnliche Erfolge zu erzielen. Bei der öffentlichen Prüfung der Kadetten, die jedesmal um Ostern, mit einer für Lehrer und Schüler „ebenso langweiligen wie aufregenden Feierlichkeit", in Gegenwart des Hofes und aller Standespersonen der Residenz, stattfand, machten die Leistungen der ersten Klasse in der Mathematik einen so günstigen Eindruck, daß der Premierleutnant v. Radowitz „außer der Tour" am 6. Mai 1817 im zwanzigsten Lebensjahre zum Stabskapitän befördert wurde.

Mit der Ernennung zum Hauptmann hatte Radowitz bereits an der Schwelle der Mannesjahre eine vollkommen unabhängige Lebensstellung gewonnen. Sein zwar nicht gerade glänzendes, aber für seine bescheidenen Ansprüche mehr als ausreichendes Einkommen gestattete ihm, auf jede Unterstützung von seiten der Eltern zu verzichten. Als der Vater den größten Teil seines Vermögens in kaufmännischen Geschäften verloren hatte, zogen die Eltern nach Kassel und teilten mit ihrem Sohne die ziemlich geräumige Dienstwohnung, die ihm gegen einen Abzug seines Gehaltes von jährlich sechzig Talern für Miete und freie Heizung im Kadettenkorps angewiesen worden war. Ein ehemaliger Schüler jener Anstalt, der häufig in dem Radowitzschen Familienkreise verkehrte, hat später aus seiner Erinnerung die Persönlichkeiten der Eltern und des Sohnes in anschaulicher Weise geschildert.*) Der Vater machte über sein siebzigstes Lebensjahr

*) Der Bericht ist abgedruckt in der Kölnischen Zeitung vom 5. Juli 1885

hinaus einen stattlichen Eindruck; er zeigte sich mit Vorliebe in ungarischer Magnatentracht, die seinen kräftigen Körperwuchs noch ansehnlicher hervortreten ließ; auch in der Behandlung der deutschen Sprache konnte er die fremdländische Abstammung nicht ganz verleugnen. Die Mutter dagegen war das vollendete Vorbild einer deutschen Hausfrau: heiter und von mildem Charakter, umsichtig und tätig, überall selbst ordnend und schaffend, unablässig bemüht um das Wohl und die Behaglichkeit ihres vielbeschäftigten Sohnes; bis in ihr höheres Lebensalter bewahrte sie sich die Frische des Geistes und die Spuren jugendlicher Schönheit. Von Joseph v. Radowitz sagt unser Gewährsmann: „Seine äußere Erscheinung in seinen jüngeren Jahren war eine auffallende und ganz eigentümliche. Seine große, breite und volle Gestalt hatte nichts Jugendliches; er hatte dunkles Haar, schwarze Augen, dunklen, bleichen Teint; sein Gesichtsausdruck war ernst und stolz. Was sein Privatleben anbetrifft, so hat es wohl selten einen Menschen gegeben, der so wenig Bedürfnisse hatte als v. Radowitz; er rauchte weder, noch trank er etwas anderes als Wasser; sein Frühstück bestand das ganze Jahr über aus Obst. Nur ein Bedürfnis kannte er, und das waren Bücher. Auf diese verwandte er alle Zeit, welche ihm der Unterricht frei ließ. In einem Zeitraum von nur wenigen Jahren hatte er eine ihm zu Gebote stehende Bibliothek von mehreren tausend Bänden, meist Klassiker und auserlesene ältere Werke, durchgelesen, daneben aber auch alle neueren bedeutenderen Schriften nicht unbeachtet gelassen."

Über das Verhältnis, das zwischen Radowitz und seinen Zöglingen bestand, äußert sich der Bericht: „Als Lehrer war er unübertrefflich: er wirkte namentlich außerordentlich anregend auf seine Schüler, so daß, was sonst selten vorkam, der mathematische Unterricht selbst für die minder begabten Schüler interessant wurde. Dies bewirkte er vornehmlich dadurch, daß er oft Zwischenfragen aufwarf, Einwendungen erhob und tausenderlei Dinge in den Unterricht mit hineinzog, welche bei uns Schülern immer von neuem das Erstaunen über seine außerordentlichen Kenntnisse in allen Fächern hervorriefen."

Nach dem Tode des Vaters, im Dezember 1819, übernahm Radowitz in vollem Umfange die Sorge für den Unterhalt der Mutter. Er erblickte hierin nicht nur die Erfüllung einer ihm obliegenden

Pflicht, sondern das jahrelange Zusammenleben erhielt eine höhere Weihe durch die Anhänglichkeit und Zärtlichkeit, die der Sohn seiner Mutter widmete. In der Tiefe seines Herzens wurzelte ein pietätvoller Familiensinn, den er später auch als Gatte und Vater bewährt hat.

Der Einklang des wohlgeordneten Hausstandes wurde nicht einen Augenblick gestört durch den Unterschied des religiösen Bekenntnisses, der zwischen Mutter und Sohn bestand. Frau v. Radowitz hatte an der Seite ihres katholischen Gatten den protestantischen Glauben bewahrt, und auch Joseph Maria war bis zu seinem dreizehnten Lebensjahre in dem Bekenntnis der evangelischen Kirche erzogen worden.*) Sein Übertritt zum Katholizismus entsprang nicht der eigenen Überzeugung, sondern dem Wunsch und Willen des Vaters, der sich dabei lediglich von praktischen Rücksichten leiten ließ: das Vertrauen auf die Dauerhaftigkeit der Napoleonischen Herrschaft verleitete ihn zu der Annahme, daß es für den künftigen Offizier der westfälischen Armee vorteilhaft sei, der Staatsreligion des französischen Kaiserreiches anzugehören. Und wie der Beweggrund des Übertritts ein rein äußerlicher war, so blieb auch das Verhältnis des Sohnes zu den religiösen Fragen in den nächstfolgenden Jahren ein völlig indifferentes. Erst mit der Reife der Mannesjahre erwachte in ihm der Trieb, über die „Rätsel des Lebens" nachzudenken. Man weiß, wie sehr dies dem Charakter der Zeit entsprach. Der Untergang des Weltbezwingers erschien den gläubigen Gemütern als ein Gottesgericht. Wie auf staatlichem Gebiet die Ideen der Restauration in Umlauf kamen, so trat auf kirchlichem Gebiet an die Stelle der rationalistischen Weltauffassung, die in der Revolutionsepoche vorherrschend gewesen war, eine Glaubenserweckung, die sich nach den Heilsquellen der positiven Religion zurücksehnte. Radowitz hat diesen psychischen Vorgang an seinem eigenen Beispiel anschaulich geschildert. Die Dogmen der katholischen Kirche gewährten seinem nach der Wahrheit ringenden Geiste Trost und Beruhigung, und diese

den Glaubenslehren der katholischen Kirche treu geblieben ist, so lag es doch in der Gesamtheit seiner Lebensverhältnisse, daß er sich von einer unduldsamen Auffassung konfessioneller Gegensätze fernzuhalten wußte. Gerade in der Zeit, in welcher seine religiösen Überzeugungen eine feste Gestalt annahmen, bewegte er sich in einer fast ausschließlich protestantischen Umgebung. Von der Bevölkerung des Staates, dem er diente, gehörte nur ein kleiner Bruchteil der katholischen Kirche an; der Fürstenhof, zu dem er bald in nähere Beziehungen treten sollte, und sein engerer Freundeskreis waren protestantisch. Mit welcher Wärme des Gefühls spricht er von den idealen Anregungen, die er durch den Verkehr mit der Schwerzellschen Familie zu Wellingshausen empfangen hat!*) An der Spitze dieses althessischen Adelsgeschlechtes, das seit dem dreizehnten Jahrhundert in seinen Stammsitzen am Schwalmfluß urkundlich erwähnt wird und seit der Reformation sich zum evangelischen Glauben bekannte, stand Georg v. Schwerzell, ein gottesfürchtiger Herr, der, nach frühzeitigem Austritt aus der hessischen Armee, mit seiner Gemahlin Luise, geborenen Freiin v. Boyneburg von der Burg zu Städtfeld, die eine vortreffliche Haushälterin war, auf der ererbten Scholle ein behagliches Landleben führte.**) Die jüngere Generation war vertreten durch den Sohn des Grundherrn, Fritz v. Schwerzell, hessischen Kammerherrn und Oberforstmeister in dem umfangreichen Waldrevier des Kreises Ziegenhayn, dessen Gemahlin Mathilde, die aus demselben Zweig der Boyneburgschen Familie stammte, wie ihre Schwiegermutter, und drei jüngere Schwestern Wilhelmine, Karoline und Charlotte. Es war ein deutscher Hausstand, in dem neben wahrhaft christlichem Sinn die Pflege alles Schönen und Edlen eine Stätte gefunden hatte.

Seit dem Jahre 1817 hielt Radowitz bei den Schwerzells Einkehr, wenn er ermüdet von der Gleichförmigkeit der Tagesgeschäfte und sonstiger anstrengender Geistesarbeit das Verlangen nach Erholung empfand: der alte Herr schenkte ihm seine Gunst und die jüngeren Hausgenossen betrachteten ihn als einen der Ihrigen.***)

*) Vgl. S. 11. — **) Georg v. Schwerzell war 1756, Luise v. Boyneburg 1758 geboren.

***) Friedrich v. Schwerzell war 1784 geboren, seine Gattin 1794, seine Schwestern Wilhelmine 1790, Karoline 1795 und Charlotte 1797.

In einer späteren Niederschrift bezeichnet Radowitz sein Verhältnis zu diesem Familienkreis geradezu als einen Wendepunkt seiner inneren Entwickelung. „Die Freundschaft mit den Schwerzells," sagt er, „war für mich die Wurzel der höheren Bildung, der Poesie, Kunst und Musik, überhaupt des geistigen Lebens, und als dessen Blüte des religiösen Lebens." Die aufrichtige Frömmigkeit, die in diesem protestantischen Hause herrschte, erfüllte ihn mit Verehrung und diente ihm geradezu als Vorbild für die eigene Lebensführung. Von Wilhelmine Schwerzell, die, obwohl hinter ihren jüngeren Schwestern an äußerer Erscheinung zurückstehend, doch eigentlich die Seele des Hauses war und durch ihre aufopfernde Wohltätigkeit allen als Beispiel diente, schreibt er: „Ich bin diesem Grade christlicher Vollkommenheit nie wieder begegnet."

Noch in mancher anderen Hinsicht wurde die Verbindung mit Willingshausen für Radowitz bedeutsam. Von dorther stammt seine Vorliebe für Musik. Anfangs übte er sich auf der Flöte, dann nahm er Unterricht im Violoncell- und Klavierspiel, später vertiefte er sich in das Studium des Kontrapunktes. Ein weiterer Gewinn, den Radowitz der Familie v. Schwerzell verdankte, war die Bekanntschaft eines Mannes, mit dem er bis fast an sein Lebensende im innigsten Freundschaftsbunde gestanden hat: Gerhard v. Reutern. Dieser livländische Edelmann hatte als Offizier der russischen Leibhusaren in der Schlacht von Leipzig gegen die Franzosen gefochten und durch einen Kanonenschuß den rechten Arm verloren. Sein Unglück verschaffte ihm die besondere Gunst des russischen Kaiserhauses. Mit Empfehlungen der Gemahlin Alexanders I., Elisabeth, kam er im März 1814 nach Weimar und wurde durch die Erbgroßherzogin Maria Paulowna, die Schwiegertochter Karl Augusts, Goethe vorgestellt, der an dem Schicksal des zwanzigjährigen Jünglings ein mehr als vorübergehendes Interesse nahm, zumal dieser ihm einige Bleistiftzeichnungen vorlegte, die er nicht ohne Geschick mit der linken Hand angefertigt hatte, und die von dem kunstverständigen Dichter mit lobender Anerkennung aufgenommen

das Studium der Malerei methodisch zu betreiben. Daneben führte er ein sehr bewegtes Wanderleben, durchreiste Deutschland und Italien, um sich an dem Anblick der Kunstschätze zu vervollkommnen, studierte in Heidelberg und Berlin Geschichte, Kunstgeschichte und Naturkunde und tauchte dann plötzlich wieder einmal in seiner livländischen Heimat oder am Hofe in Petersburg auf. In Willingshausen, wohin ihn verwandtschaftliche Beziehungen führten, traf er mit Radowitz zusammen. Dieser fand gleich bei der ersten Begegnung Gefallen an der lebensmutigen Energie und der Weltgewandtheit des jungen Russen, und Reutern war sehr geneigt, die geistige Überlegenheit des kenntnisreichen hessischen Offiziers gelten zu lassen. Dazu kam die Gemeinsamkeit der Kriegserinnerungen. Die beiden jungen Männer, die am 16. Oktober 1813 bei Wachau gegeneinander gekämpft hatten, reichten sich die Bruderhand und waren von Stund an ein Herz und eine Seele. Mit der ganzen Überschwenglichkeit der Gefühle, die dem Zeitalter der Romantik eigentümlich war, schlossen sie sich aneinander. Da Reutern sich im August 1820 mit Charlotte v. Schwerzell vermählte, wurde auch er ein ständiges Mitglied des Willingshausener Freundeskreises.*)

Radowitz hat diesen Vorgängen, so alltäglich sie erscheinen mögen, stets einen hohen Wert beigemessen. Bis zum Jahre 1817 hatte er ein sehr zurückgezogenes Leben geführt. Die Berührung mit Willingshausen entriß ihn den Gefahren der Weltentfremdung und erweckte in ihm die Neigung zu dem Verkehr in anregender Geselligkeit. Dem Freunde, der sich während der ersten Jahre des Ehestandes auf sein Landgut in Livland zurückzog, fühlt er sich zu unauslöschlichem Danke verpflichtet, denn er ist sich bewußt, daß der urkräftige Realismus Reuterns die wohltätigste Wirkung auf seine eigene Gemütsstimmung ausgeübt hat. In der gegenseitigen Ergänzung der Charaktere sieht er die Gewähr für die unerschütterliche Fortdauer ihres Herzensbundes. Am 19. Januar 1821 schreibt er an Gerhard: „Sieh, mein Bruder, so wie Du mir in unserem Zusammenleben das Verständnis für die Himmelsfreuden der Wirklich-

ewigen Quell der Erkenntnis, der Dir inmitten aller realen Befriedigung nimmer versiegen darf.— Kein Fremdes kann zwischen unsere innerste Liebe und unsere äußere Lebensgesinnung treten, solange ich mit Dir Gott preise in seinen Werken, Du ihn mit mir in der Anbetung der Idee."

Während Radowitz mit Reutern durch einen lebhaften Briefwechsel in steter Verbindung blieb, sammelte sich in Kassel um ihn allmählich ein ausgewählter Kreis von Altersgenossen, die ihm mannigfache Anregung boten. Den intimsten Umgang pflegte er mit zwei Kameraden, dem Freiherrn Wilhelm v. Verschuer, der sich im Juni 1821 mit Karoline v. Schwerzell vermählte, und dem Freiherrn Alex v. Boyneburg, einem Bruder der Forstmeisterin v. Schwerzell, ferner mit dem Freiherrn Karl Sigismund Waitz v. Eschen, einem Edelmann, der nach Einführung der kurhessischen Verfassung als Vertreter des Großgrundbesitzes eine einflußreiche Stellung in der I. Kammer einnahm, und einem Kammerherrn der Kurprinzessin, späterem Stallmeister Treusch v. Buttlar. Dazu gesellten sich einige jüngere Künstler, wie der Historienmaler Ludwig Ruhl, später Direktor der Kasseler Kunstgalerie, dessen Bruder Julius, ein Architekt, der im Jahre 1821 durch ein Werk über die italienischen Baudenkmäler bekannt wurde, und ein jüngerer Bruder der berühmten Germanisten Jakob und Wilhelm Grimm, der als Kupferstecher hochgeachtete Ludwig Grimm; ferner ein aus Italien stammender Ingenieur Caravacchi, der sich um die Hebung der Industrie in Hessen verdient machte, und aus dem Beamtenstande der nachmals so viel genannte Hassenpflug, der eine Schwester der Grimms heiratete und schon zu jener Zeit als Rat im Justizdepartement eine gewisse Rolle spielte. An langen Winterabenden pflegten die Freunde sich bei Radowitz in dessen Bibliothek zu gemeinsamer Lektüre oder zu einem belehrenden Vortrage zu versammeln, und nicht selten kam es vor, daß die Gesellschaft erst auseinanderging, wenn der Morgen graute.

In gleichem Schritt mit den äußeren Lebensverhältnissen, in denen Radowitz festen Boden gewonnen hatte, erweiterte sich der Umfang seiner geistigen Welt. Ein tieferes Eindringen in das Verständnis des Altertums hatte der Unterricht in den französischen Fachschulen ihm nicht geboten. Indem er jetzt das Versäumte nachzuholen suchte, vervollkommnete er zunächst seine Kenntnis der

lateinischen Sprache und erlernte das Griechische; selbst mit dem hebräischen Idiom hat er sich längere Zeit hindurch befaßt. In der römischen Literatur bevorzugte er Livius und Tacitus, in der griechischen Herodot, Thucydides, die Tragiker und vor allen Plato. Dann machte er sich an die neueren Geschichtswerke über das Altertum: Niebuhrs Römische Geschichte begeisterte ihn. Der pragmatische Verlauf der einzelnen Volksgeschichten reizte seine Wißbegierde weniger als die Verschiedenheit der Staatsformen, unter denen die Völker lebten, die geographischen und klimatischen Bedingungen ihrer Entwickelung und der allmähliche Prozeß des Weltverkehrs zwischen Morgenland und Abendland. Als das Wissenswerteste aus dem Bereich der Altertumsstudien erschien ihm der innere Zusammenhang der universalen Kultur, die, vom Orient ausgehend, in den klassischen Hervorbringungen Griechenlands und Roms zur höchsten Blüte gelangte.

Die religiöse Grundstimmung, die sein inneres Leben beherrschte, offenbart sich auch in diesem Teil seiner autodidaktischen Jugendarbeiten; es gibt wohl kaum einen Gegenstand, den er mit größerer Vorliebe betrieben hat, als die Erforschung des persönlichen Verhältnisses der Menschen zu den überirdischen Mächten oder zur Gottheit, wie es sich in den religiösen und philosophischen Systemen des Altertums ausprägt. Die vergleichende Methode der Betrachtung, zu der er sich dabei hingezogen fühlte, wurde ihm so geläufig, daß sie ihn auch bei seiner schriftstellerischen Tätigkeit in den späteren Lebensjahren niemals ganz verlassen hat. Ob er sich in die heidnischen Mythologien, die Glaubenserzeugnisse der alttestamentarischen Schriften oder den Muhamedismus vertieft, sein Urteil über den Wert oder Unwert der religiösen Lehrsysteme wird stets durch den Vergleich mit der Weltanschauung des Christentums bestimmt. Seine Hochschätzung Platos, den er seinen Freund und Führer nennt, beruht hauptsächlich auf der Erkenntnis der inneren Verwandtschaft, die zwischen der Ideenlehre des griechischen Philosophen und der christlichen Ethik besteht.*)

Unter den neueren Sprachen war die französische ihm von Jugend auf geläufig; ihr Einfluß erstreckte sich sogar bis zu einem

*) Vgl. Gesammelte Schriften V, S. 45.

gewissen Grade auf seinen deutschen Stil, denn die häufige Anwendung von Fremdwörtern dürfte hierauf zurückzuführen sein. Außerdem befleißigte er sich des Englischen, und auch die Anfänge seiner italienischen und spanischen Sprachübungen fallen noch in die Kasseler Zeit. Zu der deutschen Literatur trat er damals zuerst in ein näheres Verhältnis. Wenn Heinrich v. Treitschke in bezug auf Radowitz die Bemerkung macht, daß die warme Sinnlichkeit Goethes ihm unverständlich gewesen sei,*) so ist die Richtigkeit dieser Behauptung für die Jugendepoche ohne weiteres zuzugeben. Erst später, auf der Höhe des Mannesalters, ist Radowitz tiefer in den Geist Goethes eingedrungen und hat, wie sich zeigen wird, auch durch die Tat dem Genius des großen Dichters gehuldigt. Bis weit in die dreißiger Jahre hinein stand er ganz unter dem Bann der romantischen Schule; zu seinen Lieblingsschriftstellern gehörte Novalis. Die leidenschaftlich bewegte Lyrik und die freilich stark zum mystischen Subjektivismus hinneigende Frömmigkeit dieses Dichters erweckten in seiner leicht erregbaren Phantasie einen gleichgestimmten Nachklang. Mit den Romantikern teilt er die Vorliebe für das Mittelalter: die Gothik erscheint ihm als die vollendetste Offenbarung des künstlerischen Schaffens aller Jahrhunderte.

Auf der Verbindung der religiösen und der romantischen Ideen oder wenn man will, auf dem Vorherrschen des Gefühls über die rein verstandsmäßige Auffassung der Dinge dieser Welt, beruhen die Grundlagen der individuellen Eigenart Radowitz', wie sie sich in der Epoche seiner jüngeren Mannesjahre entwickelt und festgestellt haben. Aus derselben Weltanschauung entspringt die Richtung, welche seine politischen Überzeugungen einschlugen. Es mag wahr sein, was Leopold v. Gerlach berichtet, daß Radowitz ursprünglich „bonapartistischer Absolutist“ gewesen sei.**) Schon in der Kasseler Epoche aber wurde er ein eifriger Vertreter der christlich-germanischen Staatsidee. Die Anknüpfung der Staatsordnung an das göttliche Gesetz ist für ihn eine unumstößliche Wahrheit, die sich durch alle Schlußfolgerungen seines politischen Denkens hindurchzieht. Überall in der Geschichte der Menschheit ist der Wille Gottes die wirkende

erklärt sich denn auch die Verehrung für Karl Ludwig v. Haller, von der Radowitz in seinen Denkwürdigkeiten Zeugnis abgelegt hat. In dem, was man den negativen Pol des Hallerschen Systems nennen könnte, in dem Kampf gegen die staatsrechtlichen Theorien der französischen Revolution, steht Radowitz ganz unter dem Bann des schweizerischen Rechtsphilosophen. Rousseaus Contrat social, die Doktrin von der Volkssouveränität, die Ableitung des Verfassungsrechtes aus der Übertragung und Teilung der Gewalten, das konstitutionelle System als Grundlage der modernen Staatsentwickelung — dies alles betrachtet der jugendliche Politiker als Irrlehren, gegen die sich nicht nur seine intellektuelle Erkenntnis, sondern vielleicht in noch höherem Maße sein religiöses Bewußtsein auflehnt. Unter den Greueltaten des Jakobinismus erscheint ihm der atheistische Abfall vom Glauben als das schlimmste Verbrechen, und die „pseudoliberalen Theorien" sind ihm hauptsächlich deshalb verdächtig, weil sie den religiösen Rationalismus auf das Gebiet der Politik übertragen.*)

Geht man dann aber zu den positiven Prinzipien über, auf denen die „Restauration der Staatswissenschaften" ihre Theorie vom Staate auferbaut, so ist es nicht so leicht, die Grenze festzustellen, bis zu welcher Radowitz den Lehrmeinungen Hallers gefolgt ist. Bekanntlich verlegt Haller den Ursprung der Staatenbildung in „einen natürlich-geselligen Zustand", der darauf beruht, daß nach einem ewigen Gesetz der Natur der Starke und Mächtige dazu ausersehen ist, über den Schwachen und Bedürftigen zu herrschen. Wie aber die Natur in all ihren Elementen aus der Schöpfung Gottes hervorgegangen, so ist auch die aus den natürlichen Verhältnissen erwachsene Staatsordnung das unmittelbare Werk göttlicher Fügung. Die wesentlichen Attribute der Herrschergewalt in dem „natürlich-geselligen" Staate sind der unbedingte Besitz des Eigentums und die vollkommene Freiheit gegenüber den Untertanen. Der Inbegriff dieser vollkommenen Freiheit ist die Souveränität, kraft deren dem Staatsoberhaupte die Gesetzgebung, die Vollziehung der Gesetze, die Besteuerung und überhaupt die freie Ausübung sämtlicher Hoheitsrechte zusteht. Kein Volkswille darf ihn daran hin-

*) Gesammelte Schriften IV, S. 3 ff.

dern, denn es würde widersinnig sein, wollte der Schwache dem Starken Gesetze vorschreiben.*)

Die unbedingte Willensfreiheit der obrigkeitlichen Gewalt, die nach Haller die Grundlage des öffentlichen Rechtszustandes bildet, müßte folgerichtig zur Lehre des Absolutismus führen, wenn ihr nicht durch die Unterwerfung unter das göttliche Gebot eine bestimmte Schranke gezogen wäre. Haller nennt diese Schranke das Pflichtgesetz. „Die Stimme der Natur, die da ist das Wort Gottes" auferlegt der obersten Regierungsgewalt die Pflicht, „Böses zu meiden und niemanden zu beleidigen, sondern allen zu nützen."**) Das erste Gesetz bezeichnet er als das der Gerechtigkeit, das zweite als das der Liebe oder des Wohlwollens. Die Gerechtigkeit verbietet dem Herrscher, den Besitz oder die erworbenen Rechte anderer zu schmälern, und die Liebe muß ihn dahin treiben, auf die Förderung des allgemeinen Wohles der Untertanen bedacht zu sein.

Schon am Anfang der zwanziger Jahre nahm Radowitz Anstoß an der Theorie von dem Recht des Stärkeren, die Haller geradezu als das staatenbildende Prinzip aufstellt. Die Geschichte aller Zeiten widerlegt diesen Trugschluß der philosophischen Abstraktion, denn bis in die frühesten Jahrhunderte hinauf reichen die Umwälzungen der Verfassung, bei denen die Schwächeren über den Stärkeren den Sieg davontrugen. Mit dem Verlust der Macht schwindet dann auch das Recht, das der „natürlich-geselligen Verknüpfung" zugrunde liegt. Haller hat die Notwendigkeit dieser Folgerung ausdrücklich zugegeben, und gerade in dieser Beziehung bewegt er sich im schroffsten Widerspruche zu der christlich-germanischen Anschauung, die den durch keinen physischen Vorgang zerstörbaren Fortbestand der höchsten Herrschergewalt als das Allerheiligste ihrer Lehre betrachtet. In einem Briefe an Gerhard v. Reutern vom 12. März 1822, in welchem er vor seinem Herzensfreunde ein politisches Glaubensbekenntnis ablegt, wendet Radowitz sich bereits gegen den Satz, „daß in dem Übermaß von Gewalt die Befugnis zur Regierung liege". Ja er sieht in der Auffassung Hallers geradezu die Ursache gewaltsamer Erschütterungen, denn er sagt: „Da die materielle Macht im Staate

*) Vgl. Restauration der Staatswissenschaften II, S. 175 ff. I, 495 ff.

**) Staatswissenschaften I, S. 379 ff.

wechseln, aus den Händen der Regierung in die Hände der Menge übergehen kann, so siehst Du, warum in einem despotischen Staate die Revolutionen eine notwendige Folge des Prinzips sind."

Noch bedeutsamer ist ein anderer Unterschied. Die „Restauration der Staatswissenschaften" entwickelt die Notwendigkeit der geselligen Vereinigung nicht aus einem ethischen Zweck, sondern lediglich aus Gründen der Nützlichkeit. Der Schwache begibt sich nur deshalb in den Dienst des Stärkeren, weil er von dem Schutz desselben die Förderung seiner Lebensbedürfnisse erwartet. Da nun aber der Grund der Hilfsbedürftigkeit bei den einzelnen, je nach ihrem Vermögen, ein sehr verschiedenartiger ist, so entspringt hieraus eine bunte Mannigfaltigkeit von Rechtsverhältnissen, die einen mehr oder minder privatrechtlichen Charakter an sich tragen. „Der Staatsverband," sagt Haller, „ist ein Aggregat von vielen teils stillschweigenden, teils förmlichen Dienstverhältnissen, bei denen jeder seinen Vorteil zu erhalten sucht, aber dieser Vorteil ist keineswegs bei allen der gleiche." Auf diesem Wege gelangt er schließlich zu dem Satze: „Es existiert also da kein gemeinschaftlicher Zweck, sondern nur eine Menge sehr verschiedener Privatzwecke, die sich zuletzt alle auf das Leben und angenehm leben (vita und vita grata) nach eines jeden Wunsch zurückführen lassen."*)

Mit dieser Lehre Hallers steht die Radowitzsche Auffassung des Staatszwecks in unvereinbarem Widerspruch. Trotz jener mystischen Vorstellung, die alle geschichtlichen Vorgänge auf den Urquell des göttlichen Willens zurückführt, besitzt Radowitz ein ungleich tiefer ausgebildetes Verständnis für den genetischen Zusammenhang der historischen Gestaltungen als Haller, der sich geradezu damit rühmt, daß sein System nicht aus der Geschichte abstrahiert, sondern aus einer einzigen Idee hergeleitet sei.**) Schon damals hat Radowitz als das Wesen des Staates eine allen Einrichtungen desselben zugrunde liegende Rechtsidee erkannt, welche die Glieder der Gesellschaft zu einem organischen Ganzen verbindet. „Der Staat," schreibt er in jener Epistel an Reutern, „ist eine historische Erscheinung, ein unter Gottes Führung im Laufe der Jahrhunderte aus zahllosen

*) Staatswissenschaften I, S. 456 f.
**) Staatswissenschaften VI, S. 559.

Motiven sich entwickelndes Institut, worin jedes einzelne Glied nicht eine von dem menschlichen Verstande ihm a priori angewiesene Stellung, sondern diejenige rechtmäßige Beziehung zum Ganzen hat, die ihm aus dem Gang der geschichtlichen Bildung erwächst. Nicht aus einem losen Verband einzelner Individuen kann daher der Staat bestehen, denn alles bloß Individuelle weist die Geschichte von sich, sondern aus jenen Aggregaten, die aus dem Zusammenwirken vieler von jeher in einer gemeinschaftlichen Richtung vereinigten Personen entstanden, und so stellen diese Korporationen gleichsam die moralischen Personen des Staates dar. So sind die Rechte der verschiedenen Stände, des Adels, der Geistlichkeit und der Städte entstanden, so auch das höchste der Rechte im Staate, das Recht zur Regierung, das der ewige Herr, gleich jedem anderen Gute der Erde, dem Geschlechte verliehen, das Seine Weisheit dazu auserkoren. Wenn diese Vordersätze Dir einleuchten, so wirst Du mit mir fühlen, daß die Herrschaft im Staate keineswegs aus einer vom Volke ausgegangenen Beauftragung, sondern wie jedes andere Eigentum aus göttlichen und menschlichen Rechten entspringe, und dieses ist der einzig wahre Begriff der Legitimität, die in unserer Zeit so viel zur Sprache kommt."

Aus diesen Betrachtungen dürfen wir mit Sicherheit entnehmen, daß Radowitz schon in der Kasseler Zeit die altständische Monarchie als das Ideal einer organisch gegliederten Staatsordnung betrachtete. Besonders hervorzuheben ist dabei, daß diese Anschauung nicht bloß das Ergebnis seiner historischen Studien, also nicht bloß theoretischer Natur, sondern zugleich die Folge der Lebenserfahrungen war, die er im kurhessischen Staatsdienste durchzumachen hatte. Nach der Rückkehr des Kurfürsten Wilhelm I. im November 1813 hatte es den Anschein gehabt, als ob die altständische Verfassung Kurhessens wieder in Wirksamkeit treten sollte. Bereits im Jahre 1815 berief die Regierung einen Ausschuß des Landtages, unter Hinzuziehung der in dem ständischen Körper bisher nicht vertretenen Bauernschaften, und selbst der Entwurf einer Verfassung wurde aus-

unbilligsten Ansprüche an die Steuerkraft des Landes gestellt hatte, verlangten die Stände, ehe sie sich auf eine Vereinbarung einließen, die gesetzliche Trennung der Domänen von dem Privatbesitz des Kurfürstlichen Hauses und die Aufstellung eines vollständigen Budgets der Einnahmen und Ausgaben. Wilhelm I. erblickte in diesen Grundsätzen der konstitutionellen Finanzwirtschaft die offene Auflehnung gegen seine Souveränität; er entließ den Landtag von 1816 ohne Abschied, ergriff die Zügel der Selbstregierung und fuhr fort, sich in jeder Weise auf Kosten seiner Untertanen zu bereichern.

Wie allenthalben im Lande, so wurde auch in dem Gesellschaftskreise, in dem Radowitz verkehrte, die Unterdrückung des alten Rechtes mit den bittersten Gefühlen empfunden: in dieser politischen Atmosphäre mußte er ein entschiedener Gegner der unumschränkten Fürstengewalt werden. Im übrigen blieb er persönlich von den öffentlichen Verhältnissen unberührt: seine dienstliche Tätigkeit nahm nach wie vor einen gedeihlichen Fortgang. Im August 1820 übertrug ihm der Kurprinz Wilhelm die militärische Erziehung seines einzigen Sohnes, des Prinzen Friedrich Wilhelm, des nachmaligen letzten Regenten von Kurhessen.

Am 27. Februar 1821 starb Wilhelm I., und sein Sohn Wilhelm II. übernahm die Regierung. Anfangs besaß Radowitz in hohem Maße die Gunst des neuen Landesherrn, der ihm das Anerbieten machte, entweder als Flügeladjutant in seinen persönlichen Dienst zu treten oder zur Diplomatie überzugehen. Auf die Adjutantenstellung verzichtete Radowitz zugunsten seines Freundes Verschuer, und die Beschäftigung mit der auswärtigen Politik widerstrebte damals noch seinen militärisch-wissenschaftlichen Neigungen. Als dann der Kurfürst, um die Einheit und Ordnung der von seinem Vorgänger arg vernachlässigten Militärverwaltung wiederherzustellen, die Errichtung einer militärischen Zentralbehörde, des Generalkriegsdepartements, verfügte, wurde der vierundzwanzigjährige Stabskapitän der Artillerie von seinem Lehramt in der Kadettenschule entbunden und mit Patent vom 1. Mai 1821 als Hauptmann erster Klasse in den Generalstab versetzt. Gleichzeitig trat er als ordentliches Mitglied in das Generalkriegsdepartement ein, dessen Chef, sein alter Gönner Oberst v. Cochenhausen, ihm den Vortrag

über Militärangelegenheiten im Kabinett und das teilweise Dezernat in Artillerie- und Ingenieursachen übertrug.

Radowitz hatte die sehr bestimmte Empfindung, daß mit diesen Veränderungen eine neue Lebensepoche für ihn beginne. Volle vier Jahre hindurch hatte er, seinem inneren Drange folgend, sich vorzugsweise in die wissenschaftlichen Studien vertieft und ein selbstbeschauliches Dasein geführt; jetzt sah er sich vor praktische Aufgaben gestellt, die ihn in fortwährende Berührung mit der Außenwelt brachten und selbst einen mehr oder minder politischen Charakter an sich trugen. Im Oktober 1821 wurde er mit einer Dienstreise nach Sachsen und Preußen betraut. In den Memoiren ist nur von militärisch-technischen Zwecken die Rede, die der Sendung zugrunde lagen; aus anderen Quellen aber geht hervor, daß Radowitz sowohl in Dresden als in Berlin noch weitere Aufgaben zu erfüllen hatte. Über die Verrichtungen am sächsischen Hofe schreibt er dem Freunde Gerhard am 18. November 1821: „Du weißt, daß die verschiedenen Staaten Deutschlands einen gemeinschaftlichen Körper bilden, der zum Schutz und Trutz eng verbunden ist. Das Heer dieses Bundes ist so organisiert, daß die Truppen mehrerer Staaten zusammen ein Armeekorps bilden, deren überhaupt zehn sind. So sollen, außer vielen kleineren Staaten, auch Sachsen und Hessen das IX. Armeekorps ausmachen, dessen Stärke ungefähr 30 000 Mann ist, und der Oberbefehl über diese Truppen zwischen beiden Ländern wechseln. Es wurde daher in Dresden eine Kommission niedergesetzt, um den Plan zur Organisation dieses Korps zu entwerfen, und mein offizieller Auftrag ging dahin, hierzu mitzuwirken. Eine geheime Instruktion wies mich aber außerdem an, zu erforschen, ob man geneigt sei, im Falle der Kurfürst persönlich den Oberbefehl übernehmen wolle, ihm denselben mit Verzichtung auf die Alternierung zu überlassen."

Aus diesen Mitteilungen erhellt die bisher unbekannte Tatsache, daß Radowitz bereits im Jahre 1821 Gelegenheit gehabt hat, sich mit demjenigen Gebiet der Bundesverfassung zu beschäftigen, dessen

gekommen war, lag es den Einzelstaaten ob, die Organisation der Bundeskorps bis zum 1. Januar 1822 zum Abschluß zu bringen. Gerade das IX. Bundeskorps bestand nach seiner damaligen Formation aus einer großen Anzahl von Kontingenten, die in bezug auf Zusammensetzung außerordentlich verschieden waren. Die meisten der in diesem Heereskörper vereinigten Bundesglieder besaßen nicht einmal die Mittel, um die auf ihren Anteil entfallenden Mannschaften an Kavallerie, Artillerie und Pionieren zu stellen, sondern überließen, gegen entsprechende Entschädigung, die Ausrüstung der Spezialwaffen den größeren Staaten. Dazu bedurfte es langwieriger Unterhandlungen,*) bis endlich die Schlußberatung im Oktober 1821 in Dresden stattfand. In der Frage des Kommandos gelang es Radowitz nicht, seinen Auftrag durchzusetzen, denn es wurde beschlossen, in Friedenszeiten überhaupt keinen Oberbefehlshaber zu ernennen, weil man allerseits eine Institution zu vermeiden wünschte, deren unberechenbares Eingreifen leicht den militärischen Hoheitsrechten der Landesherren hätte Abbruch tun können.

Außer mit den Verhältnissen der Bundeskriegsverfassung beschäftigte sich Radowitz während seines Aufenthaltes in Dresden, vom 5. bis 8. Oktober 1821, mit der Besichtigung der Militäretablissements und mit den Einrichtungen des Pontonwesens, die er vortrefflich fand. In seinem Reisebericht fortfahrend, erzählt er: „Mit einer Masse von Artigkeiten überhäuft, zog ich nach vollbrachtem Werke nach Berlin. Hier waren meine Geschäfte von ganz anderer Art. Es ist die Absicht unserer Regierung, den gesamten Staatshaushalt nach dem Vorbilde der preußischen Einrichtungen zu organisieren, und hierzu sind besonders in den Militärangelegenheiten schon mannigfaltige Schritte geschehen. Eine spezielle Instruktion verpflichtete mich nächstdem, zu erforschen, wie man von dortiger Seite die Maßregeln und die ganze Stellung unserer neuen Regierung ansehe. Im Falle sich zeigte, daß hierzu der richtige Augenblick vorhanden, sollten dann ferner behutsame Einleitungen

*) Das Königreich Sachsen z. B., das mit den Herzogtümern Gotha, Koburg,

zu weiterer Annäherung getroffen werden und solchergestalt der Übergang von dem süddeutschen System zu dem preußischen in dieser unverdächtigen Form sich vorbereiten."

Zum Verständnis dieser Ausführungen muß mit wenigen Worten an eine Episode aus der Vorgeschichte des deutschen Zollvereins erinnert werden. Das preußische Zollgesetz vom 26. Mai 1818 hatte den inneren Handelsverkehr des Staates mit einem Schlage von allen Schranken der Binnenzölle befreit, die Zollstätten an die Grenzen verlegt und das einheitliche, in sich abgeschlossene Wirtschaftsgebiet der gesamten Monarchie durch Einführung eines Eingangs- und Durchgangszolles, den nicht nur die ausländischen Waren, sondern auch die der außerpreußischen Bundesstaaten zu entrichten hatten, vor jeder Konkurrenz sicherzustellen gesucht. Dieses energische Vorgehen rief in ganz Deutschland allgemeine Entrüstung hervor. Zu den erbittertsten Gegnern der preußischen Zollpolitik gehörte Kurfürst Wilhelm I., der es niemals zu überwinden vermochte, daß sein Lieblingsplan, die Erhebung Kurhessens zu einem Königreich der Katten, an dem Veto Preußens gescheitert war. Der Kurfürst ging sofort zur Offensive über, indem er am 17. September 1819 ein Gesetz erließ, welches für eine Reihe von Erzeugnissen preußischer Herkunft unverhältnismäßige Steueraufslagen festsetzte, für andere die Einfuhr überhaupt verbot.*) In dieser Kampfesstellung beteiligte sich Kurhessen an dem allgemeinen Sturmlauf, den die Staaten von Süd- und Mitteldeutschland auf den Ministerkonferenzen in Wien gegen die souveräne Isolierung des preußischen Handelssystems unternahmen. Am 19. Mai 1820 verständigten sich die Mitglieder der Oppositionspartei über die Grundzüge einer Zolleinigung, und im September begannen in Darmstadt die Konferenzen über Abschluß eines Handelsvertrages, der seine Spitze hauptsächlich gegen Preußen richtete.**)

Als der Thronwechsel in Kassel eintrat, war die Darmstädter Allianz bereits wieder in der Auflösung begriffen; Wilhelm II. faßte daher den Gedanken, eine Annäherung an Preußen zu versuchen.

nach Berlin entsandt wurde. An die Einleitung offizieller Verhandlungen war dabei nicht gedacht, sondern es handelte sich lediglich darum, in „unverdächtiger“ Weise genauere Erkundigung über die preußischen Zolleinrichtungen, namentlich über die finanziellen Ergebnisse des neuen Systems, einzuziehen. In dem Schreiben an Reutern heißt es ausdrücklich: „Da ich zu dieser Sache nur als Privatmann stand, so bedurfte die Ausführung des Auftrags eben keine übermäßige Feinheit, und durch mehrere rasche Wendungen kam ich bald dahin, die Lage der bestehenden Verhältnisse kennen zu lernen und meine Eröffnungen zu machen. Infolgedessen habe ich dem Kurfürsten einen umständlichen Bericht über den gegenwärtigen Zustand unserer staatsrechtlichen Verhältnisse im allgemeinen und insbesondere unserer Beziehungen zu dem norddeutschen Systeme erstattet und ihm das Fernere anheimgestellt. Er wird binnen kurzem den ersten offiziellen Schritt tun und durch einen außerordentlichen Gesandten, da er seinem jetzigen mißtraut,*) die weiteren Maßregeln ins Werk setzen lassen.“ Leider lassen uns die archivalischen Quellen an dieser Stelle im Stich; wir wissen weder, an wen die Eröffnungen gerichtet waren, von denen Radowitz spricht, noch ist es trotz vielfältiger Nachforschungen gelungen, den erwähnten Bericht aufzufinden. Aus der Hindeutung auf die beabsichtigten diplomatischen Unterhandlungen wird man den Schluß ziehen dürfen, daß Radowitz sich über den Zollanschluß Kurhessens an Preußen befürwortend ausgesprochen hat. Auch am preußischen Hofe scheint man der Sendung des kurhessischen Kapitäns eine gewisse Bedeutung beigelegt zu haben. Er wurde zur Tafel des Königs befohlen, eine Auszeichnung, die sich sonst nur bis auf die Stabsoffiziere abwärts erstreckte, und von den sämtlichen Prinzen empfangen; damals, am 14. Oktober 1821, hat er die erste Unterredung mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm gehabt, den er übrigens bereits im September 1817 gesehen hatte, als Friedrich Wilhelm III. mit seinem ältesten Sohne einen Besuch in Kassel abstattete.

Wie man sieht, war der Wirkungskreis, in dem Radowitz sich bewegte, weit über die Grenzen der dienstlichen Stellung hinaus-

*) Kurhessischer Geschäftsträger am Berliner Hofe war damals der Kapitän Willens v. Hohenau.

gewachsen, die ein Offizier seines Alters unter gewöhnlichen Verhältnissen einzunehmen pflegt. Die Erweiterung seiner Tätigkeit verschaffte ihm einen tieferen Einblick in das innerste Getriebe der Staatsgeschäfte. Obwohl ihm die moralischen Schwächen in dem Charakter Wilhelms II. nicht unbekannt waren, hatte er doch mit vielen die Hoffnung geteilt, daß das alte Landesrecht Kurhessens unter der neuen Regierung wieder zu Ehren kommen würde. Als dann aber am 29. Juni 1821 das Organisationsedikt über „die Umbildung der bisherigen Staatsverwaltung" erschien, regten sich in ihm bereits mancherlei Bedenken. Schon der Umstand, daß das Edikt lediglich auf bureaukratischem Wege, ohne jede Mitwirkung der Landstände, erlassen worden war, genügte ihm zur Verurteilung desselben. Außerdem zeigte es sich sehr bald, wie wenig der Kurfürst geneigt war, den Verheißungen des Ediktes Folge zu geben: es gehörte zu den täglichen Vorkommnissen, daß die Entscheidungen der Ministerien durch eigenmächtige Befehle des Serenissimus aufgehoben wurden. Die alte Erbsünde der kurhessischen Staatsverwaltung, die fessellose Willkür der Kabinettsregierung, dauerte nicht nur fort, sondern steigerte sich in dem leidenschaftlichen Blute Wilhelms II. bis zur Tyrannenlaune.

Zwischen dem absoluten Herrscher und den freisinnigen Ministern geriet Radowitz mit seinen politischen Überzeugungen in eine schwierige Lage. Gegen Reutern äußerte er darüber: „Um Dich auf den Standpunkt meines gegenwärtigen Lebens zu stellen, brauche ich Dir nur zu sagen, daß der Kurfürst, dem ich diene, völlig im jakobinisch-despotischen Sinne, das System seiner Räte dagegen das sogenannte liberale ist. Beide kommen darin überein, daß sie Hessen und sein Volk für eine leere Tafel ansehen, auf die man schreiben könne, was man wolle, oder in der modernen Staatsweisheit für passend erachte, und daß sie demnach alle geschichtlichen Elemente, alle jene tiefsinnigen Institutionen und überhaupt alle wahrhaften Rechte leugnen und niedertreten. Denke Dir nun meine Stellung in diesem Systeme, die fast tägliche Notwendigkeit, gegen den Strom anschwimmen zu müssen, und dabei eine solche Lage, daß zuviel durch mich geschieht, um gleichgültig und verantwortungslos zuzusehen, und natürlich wieder viel zu wenig, um diese Richtung aufhalten zu können. Den Schluß aus dem Ganzen ziehst Du Dir selbst.

Noch habe ich die Überzeugung, an dieser mir von Gott angewiesenen Stelle Gutes wirken, Seine ewige Ordnung in den menschlichen Dingen fördern zu können. Ein gewisses Vertrauen in meine Einsicht und, ich kann wohl sagen, eine gewisse Achtung, hat mir bis jetzt noch unter den widerstrebendsten Verhältnissen diese Möglichkeit verschafft. Wird mir dieser Gang, der einzige, den ich mit meinem Gewissen vereinbaren kann, fernerhin unmöglich gemacht, so scheide ich aus einer Lage, deren äußere Annehmlichkeiten ich nicht mit meiner reinen Überzeugung erkaufen will. Immer, mein geliebter Gerhard, sollst Du Deinen Joseph auf dem Wege des Rechtes und der Ehre finden!"

Die Verstimmung, welche die inneren Angelegenheiten Kurhessens in Radowitz erzeugten, wurde seit dem Frühjahr 1822 verschärft durch einen anderen Konflikt, der ihn weit unmittelbarer berühren sollte. Das Verhältnis, das der Kurfürst mit einer Berlinerin, der Tochter eines Goldarbeiters, Emilie Ortlepp, unterhielt, stammte schon aus der Zeit, in welcher er während des Exils der Kurfürstlichen Familie sich am Hofe seines Schwagers, des Königs Friedrich Wilhelm III. von Preußen, aufgehalten hatte. Bei Lebzeiten seines Vaters beobachtete der Kurprinz in dem Verkehr mit dieser Dame gewisse Grenzen; von dem Augenblicke an aber, wo diese Rücksicht fortfiel, gab er ihr eine gesellschaftliche Stellung, die mit der Würde seiner Gemahlin, Prinzessin Auguste von Preußen, unvereinbar war. Am Tage nach dem Tode Wilhelms I. zog die Gunstdame mit den unehelichen Kindern in das Palais des Kurfürsten: der Transport ihres Hausgerätes kreuzte sich mit dem Aufzug der Truppen, die zur Ableistung des Huldigungseides nach dem Friedrichsplatze beordert waren. Wenige Wochen später, am 21. März 1821, verlieh ihr der Kurfürst den Titel und Rang einer Gräfin von Reichenbach, unter ausdrücklicher Zusicherung aller Vorrechte, die mit dieser Standeserhöhung verbunden waren.

Solange die Kurfürstin die ihr zugefügte Unbill stillschweigend ertrug, lag für Radowitz, trotz seines täglichen Verkehrs am Hofe als Lehrer des Kurprinzen, keine Veranlassung vor, zu den heiklen Verhältnissen im Kurfürstlichen Hause Stellung zu nehmen. Anders gestalteten sich die Dinge, als Wilhelm II. gegen Ende des Jahres 1821 an seine Gemahlin die unerhörte Zumutung stellte, bei den

Festlichkeiten zu erscheinen, welche die Reichenbach in seinem Palais veranstaltete. Die Kurfürstin wies dieses Ansinnen als unvereinbar mit ihrer Frauenehre und mit Rücksicht auf ihre erwachsenen Töchter zurück. König Friedrich Wilhelm III. war über die Entwürdigung seiner Schwester empört, den vollständigen Bruch aber wünschte er trotzdem zu vermeiden. Die Regelung der Angelegenheit wurde dem vertrauten Ratgeber des Königs, dem Hausminister Fürsten Wittgenstein, übertragen, der es dahin brachte, daß am 25. September 1822 ein förmlicher Vertrag zustande kam.*) Ein diplomatisches Meisterstück hatte der allzu geschmeidige Hofmann mit dieser Vereinbarung nicht geleistet. Der Kurfürstin wurde zwar eine größere Selbständigkeit in ihrem völlig getrennten Hausstand und eine gewisse Freiheit in der Wahl ihrer Umgebung zugestanden, im übrigen aber blieb ihr das Opfer nicht erspart, mit der verhaßten Nebenbuhlerin wenigstens an dritten Orten, namentlich bei allgemeinen Empfängen am Hofe, zusammenzutreffen, und was das Schlimmste war, der Vertrag hatte nicht einmal die Wirkung, die Schwester des Königs vor weiteren Belästigungen ihres Gemahls zu schützen.

Von dem Augenblick an, wo das Zerwürfnis der Ehegatten offenkundig wurde, trat an den Kurprinzen die Frage heran, ob er es mit dem Vater oder mit der Mutter halten wollte. Da der damals zwanzigjährige Friedrich Wilhelm sich mit jugendlicher Offenherzigkeit an seinen militärischen Lehrer angeschlossen hatte, so fühlte Radowitz, obgleich ihm die geistige Unreife und die Charakterschwäche seines Zöglings nicht verborgen geblieben waren, um so mehr die Verpflichtung, ihn auf bessere Bahnen zu leiten. „Mein Unterricht," schreibt er am 13. Mai 1822, „hatte sich schon in ein fortwährendes Betrachten der Verhältnisse des Lebens verwandelt; an die Stelle der mathematischen und militärischen Studien, deren äußere Form sorgsam beibehalten werden mußte, trat ein höherer Unterricht oder vielmehr ein gemeinsames Schauen in die Tiefen des Lebens und Staates." An einer anderen Stelle heißt es: „Der Prinz wandte sich mir mit einem Vertrauen zu,

der schwierigen Lage mit Rat und Tat zur Seite stehen." Unzweifelhaft ist es die Folge der moralischen Einwirkung Radowitz' gewesen, daß in Friedrich Wilhelm ein lebhaftes Bewußtsein für die legitimen Rechte seiner Mutter erwachte. Er nahm sich vor, niemals die Schwelle der Reichenbach zu betreten, und bekräftigte dies Gelübde durch einen feierlichen Eid. Als die Hoftheologen ihn von der Unverbindlichkeit eines solchen Schwurs zu überzeugen suchten, verharrte er standhaft bei seinem Entschluß.

Der Zwiespalt am Hofe hatte in den höheren Kreisen Kassels eine sehr bedenkliche Verworrenheit der sittlichen Begriffe erzeugt. In der Stille zwar nahmen alle anständigen Leute für die Kurfürstin Partei, die durch ihre anspruchslose Leutseligkeit die Herzen des Volkes gewonnen hatte; in der Öffentlichkeit dagegen übte die begehrenswerte Gunst der allmächtigen Favorite doch eine große Anziehungskraft aus. Ihre Salons waren zum Mittelpunkt der Gesellschaft geworden, dem keiner fernbleiben wollte, dem es um einen Gnadenblick des Kurfürsten zu tun war; selbst die obersten Würdenträger unterwarfen sich dem Gebot der Klugheit und erschienen mit ihren Frauen und Töchtern. Eine Persönlichkeit, wie die des Hauptmanns v. Radowitz, der sich niemals im Hause der Reichenbach blicken ließ, war daher schon an und für sich eine sehr ungewöhnliche Erscheinung. Das allergrößte Aufsehen aber mußte es verursachen, daß Prinz Friedrich Wilhelm dem Beispiel seines Lehrers folgte. Radowitz hat sich über die Unhaltbarkeit dieses Zustandes nicht getäuscht; bereits im Juni 1822 schreibt er seinem livländischen Freunde: „Willst Du das ganze Bild dieser Zeit vor Dir haben, so denke, daß ich jeden Morgen mit der Erwartung aufwache, meine ganze Existenz im Laufe des Tages verändert zu sehen." Die Korrespondenz mit Reutern läßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß Radowitz sich sehr ernstlich mit dem Gedanken beschäftigte, seine Stellung in Kurhessen aufzugeben. Was ihn einstweilen noch davon zurückhielt, war neben den Beziehungen zu dem Kurprinzen hauptsächlich die unbestrittene Achtung, deren er sich in militärischen Kreisen erfreute. Ein glänzendes Zeugnis hierfür lieferten die

sucht wurden. Der Erfolg, den der jugendliche Lehrer damit errang, war so groß, daß der preußische Gesandte v. Haenlein sich veranlaßt sah, darüber nach Berlin zu berichten.*)

Mit dem Anfang des Jahres 1823 begannen die Gewitterwolken über dem Haupte unseres Freundes sich zusammenzuziehen. Der Kurfürst beschloß, seinen Sohn zum Gehorsam zu zwingen; am 30. Januar 1823 erteilte er ihm in sehr bestimmter Form den schriftlichen Befehl, einem Ballfeste der Gräfin beizuwohnen; der Prinz ließ diese Order unbeachtet. Anfangs glaubte der Kurfürst, sein Sohn sei von der Mutter aufgestachelt; die Kurfürstin aber rechtfertigte sich gegen den Vorwurf, und Friedrich Wilhelm gab die mannhafte Antwort, er selbst stehe für seine Taten ein. Jetzt lenkte sich der Argwohn Wilhelms II. auf die Umgebung des Kurprinzen. Infolgedessen wurde der junge Herr im März unter die Aufsicht eines älteren Offiziers, des Generalmajors v. Ochs, gestellt, der ihn auf Schritt und Tritt bewachen und über seinen Umgang dem Kurfürsten Bericht erstatten sollte.

Da durch die eingetretene Spannung zwischen Vater und Sohn die Stellung der Mutter noch schwieriger geworden war, begab sich die Kurfürstin Auguste Ende April an den Hof Friedrich Wilhelms III., der sie auf ihren ausdrücklichen Wunsch für längere Zeit nach Potsdam eingeladen hatte. Auch der Kurprinz erhielt einen vierzehntägigen Urlaub zur Reise nach Berlin; doch mußte General Ochs ihn dorthin begleiten. Diese Gelegenheit benutzte der General, um in einer Unterredung mit dem König und dem Fürsten Wittgenstein das Kasseler Zerwürfnis so darzustellen, als ob alle Schuld auf seiten des Prinzen liege. Der König machte seinem Neffen ernste Vorhaltungen: er ermahnte ihn zum Gehorsam gegen seinen Vater und Landesherrn. Als der junge Fürst dann aber das Bekenntnis ablegte, daß er sich eidlich verpflichtet habe, den Verkehr mit der Reichenbach zu vermeiden, gab sein Oheim ihm in diesem Punkt recht. Man begreift, wie sehr der Kurprinz dadurch in seinem Vorsatz bestärkt wurde, und auch Radowitz, der nach der Rückkehr seines

seines eigenen Handelns. Aber Ochs wird nicht geschwiegen haben, und seine Berichte haben jedenfalls dazu beigetragen, die Wut des Kurfürsten zu entflammen. Die Vermutung, die Radowitz ausspricht,*) daß General Ochs ihn und einige Freunde des Prinzen, die im engeren Kreise manche unbedachtsame Äußerungen über die Reichenbach getan haben mögen, bei dem Kurfürsten verraten habe, wird durch die Berichte des preußischen Gesandten v. Haenlein bestätigt.**) Am 9. Juni verfügte der Kurfürst darauf die Verbannung seines Sohnes von Kassel nach Marburg. Der Prinz hatte eine heftige Auseinandersetzung mit dem General und erhob zunächst Einsprache gegen seine sofortige Abreise. Dies gab dann Anlaß zu der Szene vom 13. Juni abends, die in den Memoiren geschildert ist.***) Der Kurfürst sprengt, wider alle Gewohnheit im schärfsten Galopp, von Wilhelmshöhe nach Kassel und läßt die ganze Besatzung der Stadt auf dem Friedrichsplatze versammeln; hierauf wird ein Parolebefehl bekannt gemacht, welcher über den Hauptmann im Generalstabe v. Radowitz und drei andere Offiziere die Versetzung in andere Garnisonen verfügte.

Nach dem Willen des Kurfürsten sollte Radowitz einstweilen seinen Aufenthalt in Ziegenhayn nehmen; der Kommandant des Platzes aber hatte nichts dagegen einzuwenden, daß er sich mit seiner Mutter zu den Schwerzells nach dem nahegelegenen Willingshausen begab. Ein Trost in schwerer Prüfung war es für ihn, den erprobten Freund Gerhard v. Reutern wiederzufinden, der sich nach dem Verkauf seines Grundeigentums in Livland mit Weib und Kind aufgemacht hatte, um fortan seinen ständigen Wohnsitz in Deutschland zu nehmen, da sein schwankender Gesundheitszustand ihm den dauernden Aufenthalt in dem nördlichen Klima unmöglich machte. Die Zeit, die Radowitz in diesem Freundeskreise zubrachte, war jedoch nur von kurzer Dauer. Gegen Ende Juni erhielt er einen Erlaß des General-Kriegsdepartements, welcher lautete: „Seine Königliche Hoheit der Kurfürst haben durch Allerhöchste Ordre vom 21. dieses Monats und mittelst eines Allerhöchst voll-

Groschen, oder jährlich Zweyhundert Thalern, unter der Bedingung verfügt: daß Sie diese Pension im Auslande zu verzehren haben." Radowitz schwankte keinen Augenblick darüber, daß ihm die Ehre verbiete, die Pension anzunehmen; doch verließ er infolge des Verbannungsbefehls sofort das hessische Land und siedelte zu seinem langjährigen Freunde Alexis v. Boyneburg*) nach Stedtfeldt im Eisenachschen über.

Die Trennung von Hessen fiel ihm doch schwer aufs Herz. Am 12. August 1823 schreibt er an Gerhard: „Ich verdanke dem Lande, dem ich jetzt den Rücken gewendet, unnennbar vieles, das Teuerste, Beste, was ich im Herzen trage. Einsam, freudlos, nur mir selbst und meinen Gedanken lebend, habe ich es einst vor zwölf Jahren betreten; es hat mir gegeben mehr als ich erwartete, neben und über dem Gewinne an Einsicht und Ehre, den ich nicht gesucht, einen Gewinn an der Seele, der für alle Zeiten in mir entschieden. Zwischen jener dunklen, überverständigen, selbstsüchtigen Jugend und der Gegenwart liegt der Segen meines Lebens."

Es war in jenen Tagen, daß sich dem Verbannten verheißungsvolle Aussichten auf eine neue Lebensstellung erschlossen. Die Kurfürstin Auguste verweilte noch immer am preußischen Hofe. Hier erfuhr sie durch einen Abgesandten ihres Sohnes die Katastrophe vom 13. Juni, und da sie Radowitz nicht nur als gewissenhaften Führer des Kurprinzen hochschätzte, sondern auch als Berater in ihren eigenen Angelegenheiten bewährt gefunden hatte, entschloß sie sich, für ihn bei dem König ein gutes Wort einzulegen: dieser Empfehlung verdankt Radowitz seinen Eintritt in den preußischen Dienst.

Die Übernahme von Offizieren aus anderen Staaten in die preußische Armee gehörte nicht gerade zu den Seltenheiten, doch pflegte die Anstellung erst zu erfolgen, nachdem die Bewerber den Nachweis der Entlassung aus ihren bisherigen Verhältnissen beigebracht hatten. Radowitz bat daher in einer Eingabe an Wilhelm II. um Verabschiedung in aller Form. Darauf kam aus dem Kabinett

nicht getroffen werden, vielmehr habe Radowitz einstweilen seine Pension zu beziehen.

Der Kurfürst ging in seiner Rache noch weiter. Anonyme Drohbriefe*) hatten ihn in einen Zustand nervöser Aufregung versetzt, der an Raserei grenzte. Da Radowitz an dem Tage, an welchem der erste dieser Briefe zur Post gegeben war, sich heimlich in Kassel aufgehalten hatte, um die notwendigsten Anordnungen für seine Privatverhältnisse zu treffen, faßte der Kurfürst den törichten Argwohn, daß der in Ungnade gefallene Offizier an der Verschwörung beteiligt sei, und ließ diese verleumderische Beschuldigung in Berlin verbreiten.

Inzwischen erhielt Radowitz noch von anderer Seite ein Anerbieten, das der reifsten Erwägung wert war. Ein Freund der Boyneburgs, der weimarische Erblandmarschall Georg v. Riedesel, ein vornehmer und charakterfester Kavalier, hatte seinem Landesherrn ein so eindrucksvolles Bild von der Leidensgeschichte Radowitz' entworfen, daß der Großherzog Karl August, für den der kurhessische Despotismus längst ein Gegenstand nachbarlichen Spottes war, Neigung empfand, den unschuldig Betroffenen in seinen Dienst zu nehmen. Er wollte Radowitz zu seinem Adjutanten machen und ihm die Erziehung seines damals fünfjährigen Enkels, des Prinzen Karl Alexander, übertragen. „Es lag sehr viel Angenehmes in diesem Vorschlag," berichtet Radowitz, „ein ruhiges, heiteres Leben an einem Hofe, an dem wirklich viel Geist im Umlauf ist, und dessen Beziehungen unter sich zu den anmutigsten gehören, eine völlig gesicherte, sorgenfreie Existenz, die mich in der Nähe, zum Teil in der Mitte meiner Freunde erhalten, meine Mutter zugleich zu ihren nächsten und liebsten Verwandten geführt haben würde."

Wenn Radowitz trotzdem den verlockenden Antrag ablehnte, so offenbart sich darin eine neue Seite seiner Charakterentwicklung. Er hatte in den letzten zwei Jahren die mancherlei äußerlichen Vorteile, welche der Umgang am Hofe gewährt, kennen gelernt, aber auch die Erfahrung gemacht, daß der „leichte Lebensgenuß", wie

tatenreicheren Wirkungskreise: „Meine Bestimmung ist,“ so sagt er dem Freunde, „die Welt und ihre Erscheinungen in dem Leben des Staates kennen zu lernen.“

Es waren lange Wochen qualvoller Ungewißheit über seine Zukunft, die Radowitz in dem Boyneburgschen Hause verlebte. Endlich schien es, als ob der Zorn seines bisherigen Landesherrn sich besänftigt habe. Eine Entschließung des Kurfürsten vom 20. September brachte ihm die gewünschte Verabschiedung aus hessischen Diensten. Vermutlich war es die wohlwollende Vermittelung Cochenhausens, die eine momentane Sinnesänderung Wilhelms II. herbeigeführt hatte. Radowitz zögerte nicht, eine Abschrift des Erlasses an die Persönliche Abteilung des preußischen Kriegsministeriums zu senden. Man muß annehmen, daß der Kurfürst, der von den Verhandlungen in Berlin jedenfalls Kenntnis erlangt hatte, noch im letzten Augenblick die Entscheidung Friedrich Wilhelms III. zu hintertreiben suchte, denn nach wenigen Tagen empfing Radowitz abermals eine Verfügung Wilhelms II. aus Kassel, welche die Abschiedsbewilligung vom 20. September ohne Angabe eines Grundes rückgängig machte.

Inzwischen aber war die Kabinettsorder Friedrich Wilhelms III. in Stedtfeldt eingetroffen. Sie lautete:

„Auf Ihr Mir vorgetragenes Ansuchen will Ich Sie als Hauptmann von der Armee mit dem Etat eines Hauptmanns zweiter Klasse, vorläufig ohne Patent in Meinen Dienst aufnehmen, und habe Sie zur Dienstleistung dem Generalleutnant v. Müffling überwiesen, bei welchem Sie sich nun zu melden haben.
Potsdam, den 4. Oktober 1823. Friedrich Wilhelm.“

Ein besonders günstiger Umstand war es, daß Radowitz bei jener kommissarischen Beschäftigung in Berlin im Jahre 1821 auf den Chef des Generalstabes, Generalleutnant v. Müffling, einen vorteilhaften Eindruck gemacht hatte. Bei Übersendung der königlichen



Zweites Kapitel.

Tätigkeit im Generalstabe, bei den Militärbildungsanstalten und der Generalinspektion der Artillerie. — Beziehungen zu dem Kronprinzen. — Vermählung. — Italienische Reise. — Aufsteigende Lebensbahn und Gegenwirkungen. 1823—1836.

Nachdem das überaus einfache Hauswesen, in welchem nach wie vor die Mutter das Szepter führte, in einer Mietswohnung des Hauses Friedrichstraße 112 eingerichtet worden war, begann Anfang Dezember 1823 die Arbeit im preußischen Dienst und führte in überraschend kurzer Zeit zu günstigen Erfolgen. Bei der Beschäftigung mit den Verhältnissen des westlichen Kriegstheaters, die ihm übertragen wurde,*) befand sich der ehemalige Hauptmann des Königreichs Westfalen ganz an seiner Stelle. Radowitz kannte die französische Armee aus eigener Erfahrung und hatte es sich angelegen sein lassen, die Umwandlungen, welche sie unter den Bourbonen erfuhr, gründlich zu studieren. Seine Kenntnisse auf diesem Gebiete kamen ihm nicht nur für den Generalstab zu statten, sondern sie gaben ihm auch Anregung zu literarischer Tätigkeit. Rühle v. Lilienstern, der damals Oberst im Generalstab war und als Chef der kriegsgeschichtlichen Abteilung die Redaktion des Militär-Wochenblatts leitete, forderte ihn auf, in die Reihe der Mitarbeiter einzutreten. Die Besprechung eines Werkes über die militärischen Ereignisse vor Toulouse im Jahre 1814, von dem

während der Jahre 1810 und 1811 behandelte, waren Radowitz' erste schriftstellerische Versuche.*)

Kurze Zeit nach seiner Anstellung erhielt er einen Beweis des besonderen Vertrauens, das sein unmittelbarer Vorgesetzter ihm schenkte: auf Vorschlag Müfflings wurde er dazu ausersehen, den jüngsten Sohn Friedrich Wilhelms III., den vierzehnjährigen Prinzen Albrecht, in die mathematisch-militärischen Wissenschaften einzuführen. Dieser Aufgabe unterzog er sich mit so großem Geschick, daß der Militärgouverneur des Prinzen, Oberstleutnant v. Stockhausen, bereits nach wenigen Monaten einen vorteilhaften Bericht über das Lehrtalent Radowitz' an den Chef des Generalstabes erstattete. Hieraus nahm Müffling Veranlassung, am 29. Mai 1824 sich in einem Immediatbericht an den König in der anerkennendsten Weise über die Leistungen Radowitz' auszusprechen. In diesem Schriftstück heißt es: „Euerer Majestät muß ich infolge der angestellten Prüfungen alleruntertänigst berichten, daß es eine seltene Erscheinung ist, einen Mann von 30 Jahren**) mit solchen gründlichen Kenntnissen und solcher praktischen Brauchbarkeit ausgestattet zu sehen als Hauptmann v. Radowitz. Seine Grundsätze sowie sein moralisches und dienstliches Benehmen haben ihm in der kurzen Zeit seines Hierseins die allgemeine Achtung erworben.“ Zum Schluß beantragt Müffling die Ernennung zum etatsmäßigen Hauptmann, unter Berücksichtigung der Anciennität, die Radowitz sich in der kurhessischen Armee erdient hatte. Infolgedessen wurde mit Genehmigung des Königs das Hauptmannspatent um 7 Jahre, bis zum 6. Mai 1817, zurückdatiert. Unser Freund hatte damit erreicht, was augenblicklich das höchste Ziel seiner Wünsche war: die endgültige Einreihung in den preußischen Heeresverband, und

*) Abgedruckt in den Beilagen zum Militär-Wochenblatt vom 1. und 8. Mai 1824. — Ein Bericht in der Nummer vom 1. Mai über ein zweibändiges Werk Trois ans en Espagne par J. Quantin (1823) stammt gleichfalls von Radowitz; ebenso eine ausführliche Darlegung der für die Ausbildung der französischen Artillerie maßgebenden Grundsätze im Anschluß an das von dem französischen

zwar zunächst in den Generalstab, dem er seit dem 16. Juni als ordentliches Mitglied angehörte.

Von der größten Bedeutung, zunächst für seine gesellschaftliche Stellung, in der Folge für seine ganze Lebensrichtung, war es, daß Radowitz bereits im ersten Jahre seines Berliner Aufenthaltes zu dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm in nähere persönliche Beziehungen treten durfte. Im Juni 1824 wurde er für längere Zeit nach Potsdam berufen, wo der Prinz Albrecht unter Obhut des Kronprinzen und der Kronprinzessin Elisabeth die Sommermonate verbrachte. Mit Ausnahme des Königs und seines zweiten Sohnes, des Prinzen Wilhelm, der den Vater nach Teplitz begleitet hatte, waren sämtliche Mitglieder der königlichen Familie in der Sommerresidenz an der Havel vereinigt. Über das geistig angeregte, von keiner höfischen Etikette beengte Zusammenleben in diesem Kreise schreibt Radowitz an Reutern: „Um das Bild eines solchen Treibens ganz zu begreifen, muß man diese preußische Familie kennen, diesen schnellen beweglichen Verstand, die glänzenden Geistesgaben und die übermäßige Lebhaftigkeit, worin sich alle gleichen, Brüder und Schwestern. Wie diese Herren sind, so sind auch ihre Diener; man kann behaupten, daß nicht leicht irgendwo eine solche Masse von Geist, von Geschmack und Einsicht und von Lebendigkeit beisammen ist, wie in den näheren Umgebungen dieses Hofes. Die Seele dieser ganzen Gymnastik ist der Kronprinz. Ich habe ihn viel und nahe gesehen, sehr aufmerksam betrachtet und meine Ansichten verglichen mit den Ansichten derer, die ihn seit längerer Zeit vor Augen gehabt. Was die Welt von ihm kennt, ist sein haarscharfer Verstand, seine Kenntnisse von seltener Höhe und Ausdehnung, noch mehr sein überströmender Witz, der besonders früher sich nach allen Richtungen ergossen. Man muß ihn sehr in der Nähe sehen, um unter dieser glänzenden Hülle eine Seele von großer Tiefe und Reife, eine Gesinnung von wunderbarer Höhe und Reinheit zu erkennen. Du kannst mir hierin glauben, mein Gerhard; ich fühle, daß ich nicht bestochen bin durch die seltene Güte, mit der er mich behandelt, sondern daß es sich so verhält, wie ich gesagt. Gibt Gott Seinen Segen zu diesen

hältnis dieses jungen Paares sein; die Kronprinzessin hängt mit unbeschreiblicher Liebe und Hingebung an ihrem Herrn und Gemahl."

„Da mein Auftrag dahin lautete, neben der Ehrenbegleitung des Prinzen ihn auch noch einige Stunden ernsthaft zu beschäftigen, so hielt ich ihn von acht bis zehn Uhr fest. Für die übrigen Stunden des Vormittags war mein Geschäft, dem Kronprinzen vorzulesen, geschichtliche, politische Bücher, nach seiner freien Auswahl. Es war dies die Zeit, in der ich ihn am nächsten gesehen und mir darum sehr merkwürdig. Da er selbst über das Gelesene Betrachtungen verlangte und veranlaßte, so habe ich Gelegenheit gehabt, eine Erscheinung wahrzunehmen, die mir völlig neu ist. Er faßt das ganze Gebiet der Politik, das Verhältnis der Fürsten unter sich und zu ihren Völkern, völlig objektiv auf, als eine Tatsache, als einen Gegenstand der Untersuchung und Dialektik, ohne die geringste Beimischung von irgend etwas Individuellem. Ich habe nie für möglich gehalten, die persönliche Stellung in einer solchen Materie so durchaus zu beseitigen, diese ideale Auffassung mit solcher entschiedenen Konsequenz durchzuführen, wie er es mir vor Augen gestellt hat."

„Von Mittag an fing nun die ununterbrochene Reihe der Geselligkeit an, rastlos, ewig wechselnd. Ich erzähle Dir nichts von diesen aus Lustpartien, Wasserfahrten, Musik, Abend- und Nachtspaziergängen zusammengesetzten Tagen, die Dir so wenig als mir nahe sind. Nur eins würde Dich interessiert haben, eine Vereinigung von ausgezeichneten Künstlern, die der Kronprinz um sich hatte. Rauch und Tieck modellierten seine Gemahlin; Wach, ein junger Maler von Ruf, malt seine Schwester Luise,*) Schinkel baut ihm eine Villa.**) Es ist eine schöne Sache um einen solchen Verein bedeutender Leute."

Das Urteil, das Radowitz über die Objektivität des Kronprinzen fällt, könnte überraschen, wenn nicht die Annahme nahe läge, daß Friedrich Wilhelm bei seinen Zwiegesprächen mit einem

*) Prinzessin Luise, geb. am 1. Februar 1808, am 21. Mai 1825 vermählt

Offizier, der erst seit kurzem dem preußischen Dienst angehörte, schwerlich sogleich mit seinen persönlichen Ansichten über die inneren Angelegenheiten Preußens hervorgetreten sein wird. Im übrigen erging es Radowitz wie allen, die mit dem Kronprinzen in Berührung kamen: der Zauber der Persönlichkeit riß ihn zur Begeisterung hin. Aber auch Friedrich Wilhelm gewann sogleich eine vorteilhafte Meinung von dem militärischen Lehrmeister seines Bruders: bis in die spätesten Zeiten des freundschaftlichen Verkehrs mit Radowitz hat er sich der Sommertage des Jahres 1824 erinnert. Schon die Standhaftigkeit, die Radowitz in den hessischen Familienhändeln bewiesen hatte, kam seiner Einführung zu statten, und sicherlich wird es dem Kronprinzen bei den politischen Disputationen, zu denen die Matineen von Sanssouci Veranlassung gaben, nicht entgangen sein, daß er es mit einem Manne zu tun habe, dessen religiöse und politische Anschauungen den seinigen sehr nahe standen.

Die Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses konnte dabei nicht in Frage kommen. Wie der Kronprinz sein Verhältnis zur katholischen Kirche auffaßte, darüber hat ein klassischer Zeuge, sein Schwager und langjähriger intimer Freund, Prinz Johann von Sachsen, sich folgendermaßen geäußert: „Friedrich Wilhelm war tief religiös, dabei hatte er doch Achtung für andere Glaubensformen, wenn sie nur die echt christliche Grundlage festhielten, wogegen ihm der flache Rationalismus ein Greuel war. Daher seine nicht auf Gleichgültigkeit, sondern auf Achtung für den Glauben anderer beruhende Toleranz. Bei seiner Hochachtung für alles historisch Hergebrachte fand er daher auch manches in der katholischen Kirche, was er vielleicht im stillen beneidete, ohne es sich zu gestehen."*) Von jeher legte Friedrich Wilhelm großen Wert auf die engste Fühlung mit allen Parteien, von deren verständnisvollem Entgegenkommen die Durchführung seiner Zukunftspläne für die Verfassung und die Kirche Preußens abhängig war, und dazu gehörten nicht in letzter Linie die maßgebenden Kreise der katholischen Be-

von denen er Aufklärung über die geistigen Bewegungen und die Stimmungen innerhalb der katholischen Welt erwarten durfte. Radowitz war einer der Ersten, dem er in dieser Hinsicht sein Vertrauen schenkte; später haben Alfred v. Reumont und Rudolf v. Stillfried eine ähnliche Stellung bei dem Kronprinzen und König eingenommen.

Die in Sanssouci angeknüpften Beziehungen wurden auch in Berlin nicht ganz unterbrochen. Ein regelmäßigerer Verkehr jedoch entwickelte sich aus ihnen erst im Laufe des Jahres 1826: von diesem Zeitpunkt an wurde Radowitz immer häufiger zu den intimen Abendgesellschaften hinzugezogen, die sich an bestimmten Tagen der Woche in dem Salon der Kronprinzessin um den Teetisch zu versammeln pflegten.

Eine Beschreibung seines Lebens im Winter 1824 auf 1825 gibt Radowitz in einem Briefe vom 26. Dezember 1824: „Der Unterricht, den ich dem Prinzen Albrecht gebe, und meine anderweitigen Berufsgeschäfte füllen den Tag auf eine solche Weise, daß mir doch noch manche Zeit zu eigenem Fortschreiten übrig bleibt. Vor acht Uhr vormittags bin ich mir selbst überlassen; es ist dies eine kostbare Zeit, die ich jeden Tag mit wahrer innerer Freude wiederkehren sehe. Militärische und politische Studien, zu denen hier ein überaus reiches Material, sind im Laufe des Jahres die Hauptgegenstände meines Selbststudiums gewesen; seit einigen Monaten habe ich auch wieder meine alten mathematischen Beschäftigungen aufgenommen. Es liegt gerade in diesem Gebiete geistiger Tätigkeit, besonders in den höheren Teilen, ein Reiz, der sich schwer beschreiben läßt. Mit einer wahren Wonne kamen mir wie alte langentbehrte Freunde diese wunderbaren Spekulationen wieder entgegen, als wollten sie mich mahnen, über dem praktisch bewegten Leben nicht ihrer zu vergessen."

„Um 8 Uhr gehe ich zu meinem fürstlichen Diszipel und beschäftige ihn ungefähr zwei Stunden. Mathematische und militärische Arbeiten sind auch hier das Wesentliche; zu dem Historischen und den Gegenständen allgemeiner Bildung kann ich die Professoren

Natur, rechtlich und brav wie alle preußischen Prinzen und dabei voller Anlagen."

„Der ganze Vormittag ist dann für meine Arbeiten im Generalstabe bestimmt, es ist eine Blüte des Interessantesten, was der Staatsdienst gewähren kann. Schon die Verbindung und das Gemeinschaftliche mit den besten Köpfen, die hier aus der ganzen Monarchie vereinigt sind, hat etwas Aufregendes. Daß ein solches bureau d'esprit auch seine Kehrseite hat, fühlst Du ohne meine Erwähnung; viel Herzlichkeit ist in dieser geistigen Gymnastik nicht zu verspüren. Dennoch aber ist es mir als Schule unbezahlbar, nur als dauernde Lebensexistenz würde ich viel dabei zu vermissen haben."

„Zu Mittag kann ich leider nur wenig meiner guten Mutter angehören. Ich wechsele in der Begleitung des Prinzen mit seinem Oberhofmeister und seinem Adjutanten um, und muß an den Tagen, die mich treffen, sowohl an seinem Tische bleiben, als ihm abends in die Soireen folgen. Zum Glück ist dieser Hof keineswegs denen in den älteren Lustspielen und Romanen zu vergleichen, wo der Hofmarschall regelmäßig ein Bösewicht, die Kammerjunker unverbesserliche Narren und die Hofdamen etwas liederlich sind; im Gegenteil enthält er eine Menge vernünftiger, sogar geistvoller Menschen, mit denen gut zu leben."

Mehr noch als von der Hofgesellschaft fühlte sich Radowitz von dem Verkehr in höheren Privatkreisen Berlins angezogen. Das erste Haus, das ihn bei seiner Übersiedelung nach Berlin mit offenen Armen empfing, war das des Freiherrn Karl Ernst Wilhelm v. Canitz, den er bereits bei den Schwerzells kennen gelernt hatte. Auch Canitz war aus Kurhessen, woher er stammte, nach Preußen gekommen. Auf der Allgemeinen Kriegsschule vorgebildet, machte er im Yorckschen Korps den Krieg gegen Rußland mit: er war es, der am 3. Dezember 1812 nach Wilna entsandt, dem General Yorck die erste zuverlässige Kunde von der Vernichtung der Napoleonischen Armee nach Mitau überbrachte. In den Feldzügen von 1813 und 1814, wieder unter Yorck, erwarb er sich das Eiserne Kreuz erster Klasse. Seine hervorragende Befähigung für den praktischen Ka-

Kriegsgeschichte in der Allgemeinen Kriegsschule betraut und 1822 zum Adjutanten des älteren Prinzen Wilhelm ernannt.*) Seine Gemahlin, Auguste, geb. v. Schmerfeld, mit der Radowitz ebenfalls von Willingshausen her befreundet war, starb bereits im Jahre 1825 an den Folgen des elften Wochenbettes. Die Führung des Hausstandes und die Sorge für die zahlreichen Kinder übernahm ihre Schwester, die mit einem Bruder von Canitz vermählt gewesen war, von dem sie sich schon vor mehreren Jahren hatte scheiden lassen: es ist die „teuere, viel geprüfte Christiane", von der Radowitz in den Denkwürdigkeiten spricht; bis an sein Lebensende hat er dieser Frau für die wohlwollende Gesinnung, die sie dem Neuling in der Berliner Gesellschaft und seiner Mutter zuteil werden ließ, eine treue Anhänglichkeit bewahrt.**)

Der Umgang in dem Canitzschen Hause ist für Radowitz besonders dadurch wichtig geworden, daß er ihn in einen Kreis von Männern einführte, die später in der Umgebung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm als Vertreter der ständischen Verfassungsrechte und der streng kirchlichen Richtung eine einflußreiche Rolle in den Parteikämpfen Preußens gespielt haben. Vor allen sind hier die Brüder v. Gerlach zu nennen. Sie stammten aus einer schlesischen Adelsfamilie, in welcher die altpreußischen Überlieferungen in bezug auf Staat und Kirche sich von Geschlecht zu Geschlecht fortgepflanzt hatten. Ihr Vater, Karl v. Gerlach, im Jahre 1796 zum Präsidenten der Kurmark Brandenburg ernannt und 1809 zum Bürgermeister von Berlin erwählt, hatte unter den Gegnern der Stein-Hardenbergschen Reformen in vorderster Reihe gestanden und war dieser Gesinnung bis zu seinem Tode im Jahre 1813 treu geblieben. Der älteste seiner vier Söhne, Wilhelm, verriet von Jugend auf eine Neigung zu stiller und beschaulicher Einkehr in sich selbst; seine aufrichtige Frömmigkeit galt den jüngeren Brüdern als Beispiel, dem sie nacheiferten, ohne es damals zu erreichen. Wie so viele Söhne des höheren Beamtenstandes war er 1813 dem Rufe des Königs gefolgt und hatte im Neumärkischen Dragoner-Regiment die Feld-

den Ruf eines ausgezeichneten Juristen; als Radowitz in die Berliner Gesellschaft eintrat, war er bereits ein hervorragendes Mitglied des Kammergerichts.

Weit beweglicher als sein älterer Bruder war der zweite Sohn Leopold. Eine gewisse Leichtfertigkeit und jugendlicher Übermut verzögerten die Entwickelung seiner geistigen Anlagen über das Knabenalter hinaus. Auf dem Joachimsthalschen Gymnasium, damals der besten Pflanzstätte für die wissenschaftliche Vorbereitung in Berlin, kam er nur langsam vorwärts; die klassischen Studien waren nicht sein Element: Leopold selbst stellt seinem Lerneifer das ungünstigste Zeugnis aus.*) Daher verließ er nach wenigen Jahren das Gymnasium und trat 1803 zu der Adeligen Militärakademie über, einer Bildungsanstalt für angehende Offiziere. Hier erweckte Ancillon durch seinen mehr geistreichen als gründlichen Vortrag in ihm eine lebhafte Teilnahme an den Zeitereignissen. Leopold war kaum sechzehn Jahre alt, als ein leidenschaftliches patriotisches Gefühl, das sich hauptsächlich gegen die Zwangsherrschaft Napoleons richtete, ihn dazu trieb, bei Ausbruch des Krieges von 1806 der Fahne des Vaterlandes zu folgen. Seine Tüchtigkeit verschaffte ihm die volle Anerkennung seiner Vorgesetzten, denn als er nach dem Tilsiter Frieden den Entschluß faßte, sich der Jurisprudenz zu widmen, wurde ihm der Abschied verweigert; dagegen erhielt er einen Urlaub auf unbestimmte Zeit, der es ihm gestattete, in Göttingen und Heidelberg sich für seinen Beruf vorzubereiten. Im Februar 1812 wurde er Referendar bei der Potsdamer Regierung. Die große nationale Bewegung von 1813 gab seiner Lebensbestimmung eine andere Richtung. Noch vor dem Aufgebot der Freiwilligen vom 3. Februar 1813 eilte er nach Breslau, wo die längst geplante Lossagung von Frankreich zur Tat werden sollte. „Hier lernte mich der Kronprinz kennen," schreibt er, „und bewahrte mir von da an Gnade und Gunst." Die Beschäftigung im Hauptquartier Blüchers und mancherlei Auszeichnungen, die ihm in dieser verantwortlichen Stellung zuteil wurden, veranlaßten Leopold v. Gerlach, in der Armee zu verbleiben. Seine weitere Laufbahn machte er als Haupt-

mann im Generalstabe durch. Im März 1821 zum Major befördert, wurde er Generalstabsoffizier beim Kommando des III. Armeekorps, dessen Führung nach dem Tode Tauentziens im Februar 1824 der zweite Sohn des Königs Friedrich Wilhelm III., Prinz Wilhelm, übernahm.

Der dritte Bruder, Ludwig, unterschied sich in seiner Jugend von dem um fünf Jahre älteren Leopold durch einen lebhaften Wissensdrang; namentlich seine philologischen Kenntnisse beruhten auf breiterer Grundlage und alles, was er anfaßte, hatte einen systematischen Zug. Mit sechzehn Jahren begann er im Herbst 1811 das Studium der Rechte. Im Frühjahr 1813 verließ er die Universität Heidelberg und meldete sich als freiwilliger Jäger bei dem 1. Ostpreußischen Infanterie-Regiment des Yorckschen Korps. Obwohl nicht zum Soldaten geboren, hielt sich Ludwig außerordentlich wacker: in dem Gefecht bei Merseburg, 29. April 1813, wurde er zweimal verwundet. Seine Beamtenkarriere führte ihn in raschem Aufsteigen vom Auskultator am Berliner Stadtgericht im Jahre 1815 bis zum Oberlandesgerichtsrat in Naumburg, im Jahre 1823.

Der vierte Bruder, Otto, befand sich, als Radowitz ihn kennen lernte, in einem Durchgangsstadium. Anfangs Jurist, hatte er sich seit 1821 der Theologie zugewendet: auf dem Wittenberger Predigerseminar bildete er sich zu einem Vertreter des strengsten Bibelglaubens aus und in demselben Sinne wirkte er später als ein überaus tätiger Seelsorger an der Elisabethkirche in dem Arbeiterviertel des Berliner Vogtlandes. In so nahen Beziehungen wie zu den älteren Brüdern hat Radowitz mit Otto v. Gerlach niemals gestanden.

Eine solide Grundlage konservativer Gesinnung hatten die Gerlachs schon aus dem Elternhause mit in das Leben hinübergenommen, aber ihre religiöse Umwandlung und die Feststellung ihres politischen Standpunktes fallen in eine Zeit, in welcher der Vater längst seine Augen geschlossen hatte. Die drei älteren Brüder standen jahrelang in regem Verkehr mit Schleiermacher, und weder der Liberalismus Varnhagen v. Enses, noch der stadtbekannte Weltsinn der Henriette

Noch enger befreundet waren die Gerlachs mit der Familie Karl v. Savignys, des berühmten Vertreters der historischen Rechtsschule.

Erst während des Befreiungskrieges erwachte in den Brüdern Ludwig und Leopold der Drang nach einem tieferen Verständnis des positiven Christentums. Nach ihrer Rückkehr in die Heimat konnte ihnen die religiöse Umkehr nicht verborgen bleiben, die auch in Berlin die weitesten Kreise der Gesellschaft ergriffen hatte. Sie selbst fühlten sich mächtig angezogen von den Predigten und Gebetstunden des hochbetagten Pfarrers Jänicke an der böhmischen Bethlehemskirche, der im Gegensatz gegen den Rationalismus und die Vermittelungstheologie Schleiermachers die Orthodoxie in ihrer strengsten pietistischen Form vertrat.

In dieser Zeit hatten die Gerlachs mit etwa einem Dutzend Altersgenossen eine Vereinigung gestiftet, deren Mitglieder sich nach ihrem Versammlungsort bei dem Gastwirt Mai an der Schloßfreiheit scherzend den Namen „Maikäfer" beilegten. Ursprünglich hatte die Veranstaltung keinen anderen Zweck als den der geselligen Unterhaltung und der wissenschaftlich-literarischen Belehrung. Eine gewichtige Stimme bei den wöchentlichen Zusammenkünften führte das Haupt der jüngeren romantischen Schule, Clemens Brentano, der Schwager Savignys und Achims v. Arnim, der in den Jahren 1816 bis 1818 seinen ständigen Aufenthalt in Berlin genommen hatte. Allmählich aber trat in diesem Jugendbund das Interesse an Religion und Politik derartig in den Vordergrund, daß er eine sehr bestimmte Parteifarbe annahm. Wir begegnen hier einer Anzahl von Männern, die später als Führer der konservativen und strengkirchlichen Partei in Preußen zu großem Einfluß gelangt sind, und denen auch Radowitz vielfach begegnet ist: dem nachmaligen Präsidenten des Obertribunals Goetze, einem der eifrigsten Kampfgenossen Stahls, dem pommerschen Landedelmann Thadden-Triglaff und dem späteren Konsistorialpräsidenten Karl v. Voß-Buch. Wie die Gerlachs, standen diese ihre intimsten Freunde inmitten der religiösen „Erweckung", die sie aus innerer Überzeugung tatkräftig unter-

spruch gegen die Satzungen der katholischen Kirche offen zur Schau getragen hatte, durchlebte er gerade in der Metropole der norddeutschen Intelligenz eine Seelenwandelung, die ihn schließlich auf die dunkelsten Pfade der Mystik führen sollte.*)

Auf politischem Gebiet brachte im Laufe des Jahres 1817 das Erscheinen des ersten Bandes der Hallerschen Staatslehre in den jugendlichen Köpfen eine wahre Revolution hervor. In einem Nekrolog auf den Schweizer Rechtsphilosophen, der in der Kreuzzeitung vom 2. Juli 1854 abgedruckt ist, erinnert sich Ludwig v. Gerlach noch nach langen Jahren des gewaltigen Eindrucks, den er und seine Gesinnungsgenossen von dem Hallerschen Werke empfingen: „Wie hat damals dieses Mannes Prophetenstimme uns begeistert! Wir waren eben heimgekehrt, voll glühenden Hasses gegen die Revolution und den despotischen Absolutismus, aber noch sehr desorientiert über die ewigen Fundamente des Rechtes und des Staates." Wenn Leopold berichtet, daß er und seine Freunde es als ihre Pflicht betrachteten, in jeder Gesellschaft für die Lehren des Restaurators Zeugnis abzulegen,**) so läßt dies bereits die frühzeitig entwickelte Neigung der Gerlachs erkennen, sich mit ihren Gesinnungsgenossen zu einer Partei zusammenzuschließen.

Eine lange Lebensdauer war übrigens dem Bunde der Maikäfer nicht beschieden. Radowitz kannte ihn nur noch vom Hörensagen, denn als Leopold durch Vermählung mit der Gräfin Johanna v. Küssow im Oktober 1819 seinen eigenen Hausstand begründete, und Ludwig als Hilfsarbeiter am Oberlandesgericht nach Naumburg übersiedelte, hatte diese Jugendepisode der Gerlachs ihren Abschluß erreicht.***)

Da die Canitzsche Familie in einem der Gerlachschen Häuser hinter der katholischen Kirche wohnte, zu deren Insassen Wilhelm

*) Über die Beziehungen zu den Brüdern Gerlach und deren Gefährten finden sich einige bisher nicht beachtete Nachrichten in den Gesammelten Briefen Brentanos, Frankfurt a. M. 1855.

**) Denkwürdigkeiten I, S. 8

und Leopold gehörten, kam Radowitz mit diesen beiden Brüdern schon seit den ersten Monaten seines Berliner Aufenthaltes in fortdauernde Berührung. Seit 1826 stand er auch mit Ludwig in regelmäßigem Verkehr, der damals als Hilfsarbeiter an das Berliner Obertribunal berufen wurde. Eine hervorragende Persönlichkeit unter den Intimen des Canitzschen Hauses war ferner Karl v. Voß, der Sohn des Ministers Otto Karl Friedrich v. Voß-Buch, der nach dem Tode Hardenbergs mit der Leitung des Staatsministeriums beauftragt wurde, aber bereits im Januar 1823 starb. Sein jüngerer Sohn Karl war von Jugend auf Spielgefährte der Gerlachs, später Wilhelms Waffenbruder bei den märkischen Dragonern, Mitglied des Maikäferbundes, Gesinnungsgenosse der drei Brüder, in mancher Beziehung noch konservativer als diese. Seine juristischen Fähigkeiten und seine korrekte Haltung in kirchlichen Dingen kamen seinem raschen Vorschreiten auf der Stufenleiter des Richterstandes zu statten: als Radowitz seine Bekanntschaft machte, war er seit Jahr und Tag Kammergerichtsrat. Endlich ist noch zu erwähnen der damalige Rittmeister im Stabe des III. Armeekorps v. Schenkendorf, der mit seinem älteren Kameraden Leopold v. Gerlach eng verbunden war. Er schied, nachdem er Major geworden, aus der Armee, übernahm die Bewirtschaftung seines bei Neu-Ruppin gelegenen Gutes Wulkow, war viele Jahre hindurch Landrat in diesem Kreise und stand mit seiner Gemahlin, einer Tochter des Justizministers v. Kircheisen, an der Spitze eines Vereins der Frommen, der viel von sich reden machte.*)

Man kann sich kaum einen Gesellschaftskreis denken, der besser geeignet gewesen wäre, unseren Freund in die Verhältnisse seines neuen Vaterlandes einzuweihen, als die Abendzirkel bei Canitz, denn die Männer, denen er hier begegnete, waren durch Familientradition und dienstliche Stellung mit dem preußischen Staate und Hofe auf das innigste verwachsen. Man besprach die Ereignisse des Tages, die Erscheinungen der neueren Literatur; man vertiefte sich in die Probleme der Politik: die Tagung der zum ersten Male auf Grund

des Gesetzes vom 5. Juni 1823 einberufenen Provinzialstände im Herbst 1824 bot den Freunden ergiebigen Stoff zu eifrigen Diskussionen über die preußische Verfassungsfrage, die den vornehmsten Streitpunkt der Parteien bildete. Wenn Leopold v. Gerlach erwähnt, daß er seit dem Jahre 1821 zur „Clique" des Kronprinzen gehört habe,*) so kann sich das nur auf die Übereinstimmung in den ständischen Angelegenheiten beziehen. Seit im Jahre 1821 der Kronprinz zum Vorsitzenden jener Kommission ernannt worden war, die im stärksten Gegensatz gegen die früheren Verheißungen einer „National-Repräsentation" den Entwurf einer provinzialständischen Verfassung auszuarbeiten hatte, konnte über den politischen Standpunkt, den er einnahm, kein Zweifel obwalten. Auf diesem Gebiete begegneten sich die Ansichten der Freunde: sie waren sämtlich entschiedene Gegner des konstitutionellen Systems, leidenschaftliche Verfechter der auf historischem Boden erwachsenen organischen Einrichtungen des Staates, für deren Wiederherstellung und Fortbildung der Kronprinz schwärmte.

Dagegen konnte es nicht ausbleiben, daß bei der Erörterung der religiösen Fragen, die in dem geistigen Leben Berlins um die Mitte der zwanziger Jahre eine große Rolle spielten, auch unter den Genossen der Canitzschen Konventikel mancherlei Meinungsverschiedenheiten hervortraten. Nachdem es der Regierung Friedrich Wilhelms III. aus Anlaß des dreihundertjährigen Jubiläums der Reformation im Jahre 1817 gelungen war, die lutherischen und die reformierten Gemeinden wenigstens durch ein äußerliches Band zu vereinigen, begegnete der eigenste Gedanke des Königs, die Einführung einer Agende, die dazu bestimmt war, im Sinne der Union den äußeren Kultus der evangelischen Gesamtkirche auf eine einheitliche Form zurückzuführen, einem weit verzweigten Widerspruch. Trotz seines katholischen Glaubensbekenntnisses nahm Radowitz an diesen Dingen lebhaften Anteil, teils aus frühzeitig gewecktem Interesse an theologischen Kontroversen, teils weil es ihn reizte, dem dogmatischen Zwiespalt des Protestantismus, auf den zuletzt doch alles hinauslief, die größere Einhelligkeit der katholischen Glaubenslehre entgegenzusetzen. Dazu kam, daß er von Anfang an ein Gegner

*) Denkwürdigkeiten I, S. 106.

des Pietismus war, weil das stark ausgebildete subjektive Element innerhalb dieser Glaubensrichtung ihm als Sektirerei erschien. Es kam, wenn über religiöse Fragen gestritten wurde, unter den Freunden oft zu sehr stürmischen Debatten, die jedoch der Freundschaft keinen Abbruch taten, weil jeder die Überzeugungstreue des andern anerkannte.*)

Anregungen anderer Art erwuchsen für Radowitz aus dem Verkehr in den Familien der Grafen Bernstorff. Eine Schwester des früher erwähnten sachsen-weimarischen Erbmarschalls Georg v. Riedesel**) war mit dem preußischen Kammerherrn Ernst Grafen v. Bernstorff, Erbherrn auf Gartau, vermählt. Der Vater dieses Geschwisterpaares, Friedrich Adolf v. Riedesel, hat sich durch mancherlei Kriegsfahrten, namentlich durch seine Teilnahme an dem Nordamerikanischen Freiheitskrieg, als Führer einer braunschweigischen Brigade im Solde Englands, einen Namen gemacht. Seine Gemahlin, Tochter des preußischen Ministers v. Massow aus der Zeit Friedrichs des Großen, war ihm über den Ozean gefolgt: in Neuyork wurde dem Ehepaare am 7. März 1780 eine Tochter geboren, Luise Wilhelmine Amerika, die spätere Gräfin Bernstorff.***) Unter den fremdartigen Eindrücken der ersten Jugendjahre hatte sich ihr Wesen einen Anflug von Originalität bewahrt, der jedoch in der unbefangenen Art, in der er sich kundgab, den Reiz ihrer Persönlichkeit nur noch anziehender hervortreten ließ.

In dem Hause der Bernstorffs†) begegnete Radowitz zum ersten Male dem Vetter des Hausherrn, Grafen Christian Günther v. Bernstorff, von der Linie Dreylützow-Stintenburg, der, geboren 1769, bis zum Jahre 1818, zuletzt als Gesandter in Berlin, im diplomatischen Dienste Dänemarks gestanden hatte und kurz vor der Er-

*) Vgl. S. 24.

) Vgl. S. 173. — *) **Briefe und Berichte des Generals und der Generalin v. Riedesel während des Nordamerikanischen Krieges, 1776 bis 1783, zum ersten Male herausgegeben 1799 von einem Schwiegersohn des Generals, Grafen**

öffnung des Aachener Kongresses auf Rat des Staatskanzlers Fürsten Hardenberg mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Preußens betraut worden war. Seine Gemahlin, Auguste Luise Elisabeth, aus dem gräflichen Geschlecht v. Dernath, war ebenfalls dänischer Herkunft. Durch die Frische ihres Temperamentes und eine außerordentliche Liebenswürdigkeit des Herzens hatte sie es verstanden, ihr Haus zu einem Sammelpunkt der Aristokratie im weitesten Sinne des Wortes zu machen. Ihre Menschenkenntnis und ihre Feinfühligkeit in der Beurteilung der Personen erscheinen im glänzendsten Lichte in den von ihr verfaßten, erst lange nach ihrem Tode veröffentlichten Aufzeichnungen.*)

Gräfin Elisabeth berichtet ausführlich von dem ersten Zusammentreffen mit Radowitz bei den „Amerika-Bernstorffs"; selbst der Tag, 23. Januar 1825, ist ihr im Gedächtnis geblieben. Sie schreibt: „Blaß, ernst und starr, machte er mit seinen düsteren Blicken, bis er zu sprechen begann, einen fast unheimlichen Eindruck; dann aber förderte er mit Lebendigkeit und großem Nachdruck einen unbegreiflichen Schatz von Wissen und Gelehrsamkeit in seinem nicht wieder stockenden Redefluß zutage. So hatten die Meinen ihn mir beschrieben und dadurch meine Neugierde aufs höchste gespannt. — Endlich ward meine Ungeduld, dieses Original zu sehen, befriedigt und löste sich in den lebhaftesten Anteil für ihn auf." Die äußere Erscheinung Radowitz' beschreibt die Gräfin mit den Worten: „Er sah sehr gut aus und war schön zu nennen; Stirn, Nase und Mund waren regelmäßig; er hatte schönes Haar, eine hohe Gestalt und blitzende Augen, freilich neben dem allen doch etwas Mönchisches. Sein Reden und Dozieren langweilten mich nie; ich ward nicht müde, ihm zuzuhören. Das Rätselhafte an ihm und um ihn kümmerte mich wenig, weil ich den guten Grund seines Charakters, seine Herzensgüte und Herzensfülle zu erkennen glaubte und seine christlichen Gesinnungen und Äußerungen mich erbauten, ob sie gleich von einem Katholiken kamen."

An dieses wohlmeinende Urteil schließen sich jedoch auch manche

kritische Bemerkungen, zu denen die nähere Bekanntschaft mit Radowitz der Gräfin Elisabeth Veranlassung gab. Sie tadelt an ihm die Neigung zu paradoxen Behauptungen und die Gewohnheit, im Eifer seiner Rede die Unterhaltung an sich zu reißen. „Wenig Männer," sagt sie, „am wenigsten die jungen, hatten überhaupt Geduld, Radowitz zuzuhören, denn zu Worte ließ er sie nur selten kommen. Es war sein größter Fehler, daß er darauf auszugehen schien, seine Gelehrsamkeit an den Tag zu legen, und daß er die Prätension nur übel zu verbergen wußte, man müsse über Meinungen sowohl als über Tatsachen seinem Ausspruch immer beipflichten." Solche Gegenströmungen hinderten jedoch nicht, daß Radowitz bald ein zu jeder Zeit willkommener Gast im Hause der Bernstorffs wurde. Graf Günther schätzte sein Wissen und seinen Charakter; der Verkehr in dem Ministerhotel der Wilhelmstraße war für Radowitz von großer Bedeutung, denn hier eröffnete sich ihm der erste Einblick in die auswärtige Politik des preußischen Staates.

Seinen hervorragenden Kenntnissen in allen technischen Fragen der Artillerie hatte es Radowitz zu verdanken, daß er am 27. April 1826 in die Artillerie-Prüfungskommission berufen wurde und dadurch zu dem Chef der Artillerie, dem Prinzen August, in ein näheres Verhältnis trat, das sich später noch weit bedeutsamer gestalten sollte. Wichtiger für den Augenblick war ein anderer Auftrag, den ihm abermals die Gunst Rühle v. Lilienstern verschaffte. Als erstes Mitglied der Militär-Studienkommission und als Vorsitzender in der Studienkommission der Allgemeinen Kriegsschule hatte Rühle neben seiner Tätigkeit im Generalstabe die Geschäftsführung jener Behörden zu vertreten. Besonders fest ans Herz gewachsen war ihm die ruhmreiche Schöpfung Scharnhorsts, die Allgemeine Kriegsschule, deren wissenschaftlichen Geist er in jeder Weise auf seiner Höhe zu erhalten und zu fördern suchte. Bei einem längeren Aufenthalt in Paris im Jahre 1823 hatte Rühle den Unterschied kennen gelernt, der zwischen der Lehrmethode an der Pariser polytechnischen Schule und an der obersten Bildungsstätte des preußischen Offizierkorps bestand. An der Allgemeinen Kriegsschule, der späteren Kriegsakademie, wurden die einzelnen Lehrgegenstände wie an den Universitäten in zusammenhängenden akademischen Vorträgen behandelt, während an der

polytechnischen Schule mit den Vorträgen Privatkurse Hand in Hand gingen, welche die Lehrer in den Stand setzten, sich durch Prüfungen von den Fortschritten ihrer Hörer zu überzeugen und den Jüngern der Wissenschaft zugleich die Anleitung zur praktischen Nutzanwendung des Lehrstoffs zu geben. Durch vielfältige Unterredungen mit Radowitz in seiner Ansicht von den Vorzügen der repetitorischen und applikatorischen Lehrmethode bestärkt, empfahl Rühle die Einführung derselben bei dem Präses der Militär-Studienkommission, Generalleutnant v. Holtzendorff.

Infolgedessen wurde Radowitz zum Mitglied jener Kommission ernannt und mit der Ausarbeitung eines Gutachtens betraut. Die umfangreiche Arbeit, die am 25. Juli 1826 vollendet wurde, entwickelt zunächst die leitenden Grundsätze, die bei den mathematischen Studien an der Kriegsschule ins Auge zu fassen seien. Der gesamte Lehrgang verfolge einen doppelten Zweck: in erster Linie die Vorbereitung für den praktischen Dienst, sodann die Ausbildung des wissenschaftlichen Geistes überhaupt, durch welche die Offiziere dahin gelangen müßten, von den erworbenen Kenntnissen einen selbständigen Gebrauch zu machen. Nach der Ansicht des Verfassers darf der Unterricht keine allzuhohen Anforderungen an die Vorkenntnisse der Teilnehmer stellen; die Bekanntschaft mit den wichtigsten Lehrsätzen der Arithmetik, Geometrie und Trigonometrie erscheint ihm als Vorbedingung für die Aufnahme genügend. Mit einer Wiederholung dieser elementaren Zweige des mathematischen Wissens beginnt der Unterricht im ersten Lehrjahr, um im zweiten Jahre sich der Stereometrie, der Mechanik und Statik, im dritten der Analysis und der mathematischen Geographie zuzuwenden. Durch die Einführung in die Gesetze der Analysis hofft der Verfasser das höchste Ziel des Unterrichtes, die Befähigung zu selbständiger Forschung, zu erreichen. „Die Analysis,“ sagt Radowitz, „lehrt den Weg der Erfindung, und der rechte Gebrauch der Mathematik besteht eben im Erfinden.“

Der zweite Teil der Abhandlung beschäftigt sich mit den Auf-

repetitorisch-applikatorischen Übungen haben sich auf das engste dem Gang der Vorlesungen anzupassen.*)

Radowitz hatte das Glück, daß seine Vorschläge von der Inspektion des Militär-Bildungswesens in allen Punkten angenommen wurden. Der Lohn seiner Mühen blieb nicht aus. Durch Kabinettsorder vom 12. Oktober 1826 wurde er der Studienkommission an der Allgemeinen Kriegsschule als ständiges Mitglied überwiesen. Froh, einen Mann gefunden zu haben, der ihm einen Teil seiner Arbeitslast abnehmen konnte, bewirkte Rühle, daß der Geschäftsbetrieb des Instituts, die Korrespondenz, die Feststellung der Unterrichtspläne, die Verhandlungen mit den Lehrern und die Aufsicht über die mathematisch-physikalischen Sammlungen an Radowitz übertragen wurden. Um diesen Obliegenheiten genügen zu können, bezog er zu Ostern 1827 mit seiner Mutter eine Dienstwohnung in dem an der Heiligen Geiststraße gelegenen Flügel des Gebäudes der Kriegsschule.

Während er so unter teilweis neuen Dienstverhältnissen, in die er sich erst hineinzufinden hatte, ein sehr arbeitsames Leben führte, wurde er gegen alles Erwarten von neuem in die Widerwärtigkeiten des kurhessischen Familienzwistes verwickelt. Nachdem Kurfürst Wilhelm II. mit Aufwand von mehr als einer Million Gulden einen umfangreichen Herrschaftsbesitz in Böhmen für die Gräfin Reichenbach und deren Kinder angekauft hatte, bemühte er sich, durch diplomatische Verhandlungen und Zwischenkanäle der Frankfurter Rothschilds, am Wiener Hofe die Erhebung seiner Favorite in den Fürstenstand durchzusetzen. Wäre ihm dies gelungen, so wollte er die Scheidung von seiner rechtmäßigen Gemahlin erzwingen, um eine Ehe mit der Reichenbach eingehen zu können. Die Kurfürstin sah sich durch diese unerhörten Vorgänge veranlaßt, im August 1826 mit ihrer älteren Tochter Karoline**) außer Landes zu gehen: sie begab sich zu ihrer Schwester Wilhelmine, Königin der Niederlande, nach Brüssel. Der Kurprinz stand nach wie vor auf Seite seiner

Mutter: schon wiederholt hatte er das Ansinnen seines Vaters, die Kurfürstin zur Einwilligung in die Trennung des Ehebundes zu überreden, mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Nach einer heftigen Auseinandersetzung, bei der es, wie einige Berichte behaupten, fast zu Tätlichkeiten gekommen sein soll, drohte Wilhelm II. seinem Sohne mit Gewaltmaßregeln, die er gegen ihn ergreifen werde, wenn er sich nicht entschlösse, sein Benehmen gegen die Gräfin Reichenbach zu ändern. Am nächsten Tage entfernte sich der Erbprinz, der seine persönliche Freiheit für gefährdet hielt, heimlich aus Kassel und eilte nach Berlin, wo er am 27. September nachmittags eintraf und zunächst sein Absteigequartier in dem Hotel zum König von Portugal in der Burgstraße nahm. Das erste, was er tat, war, daß er seinen ehemaligen Lehrer um eine Zusammenkunft bat, die noch an demselben Abend stattfand.

Radowitz ließ es anfangs an Vorwürfen über die unbesonnene Handlungsweise des Kurprinzen nicht fehlen; allmählich aber wurde er durch die Schilderung der Zustände in Kassel milder gestimmt und zuletzt erklärte er sich bereit, dem preußischen Hofe von der Flucht des Prinzen Anzeige zu erstatten. Dem Könige wäre es am liebsten gewesen, den unwillkommenen Gast sobald wie möglich wieder los zu werden. Hätte der Kurfürst sich mit der Bitte um Vermittelung in einer Familiensache vertrauensvoll an seinen Schwager gewendet, so würde die Angelegenheit wahrscheinlich sofort ihre Erledigung gefunden haben. Statt dessen machte Wilhelm II. aus dem Zerwürfnis mit seinem Sohne eine Staatsaffäre, indem er durch seinen Gesandten in Berlin bei dem auswärtigen Ministerium in dringender Form die Auslieferung des Kurprinzen verlangte. Diese Behandlung der Sache erregte das Mißfallen des Königs und bestimmte ihn, seinem Neffen vorläufig ein Asyl zu gewähren. Der Prinz erhielt eine Wohnung im Schlosse; seinem militärischen Rang als Oberst in der kurhessischen Armee entsprechend, wurde ihm ein Offizier des Generalstabes, Major v. Trützschler, zur Begleitung beigeordnet. Außerdem mußte Radowitz auf ausdrücklichen Wunsch des Königs mit dem jungen Fürsten in Verbindung bleiben, da bei dem unzuverlässigen Charakter desselben eine sichere Führung notwendig erschien.

Die Schwierigkeiten, die mit dieser Aufgabe verknüpft waren, zeigten sich sehr bald. Sie entsprangen hauptsächlich daraus, daß es

am Berliner Hofe zwei Parteien gab, von denen die eine vornehmlich das Interesse des Prinzen im Auge behielt, während bei der anderen die Rücksicht auf den Kurfürsten überwog. Die eine Partei vertrat Graf Bernstorff, der nach eingehender Beratung mit Radowitz den Abschluß eines förmlichen Vertrages empfahl, durch den der Kurfürst sich verpflichten sollte, seinem Sohne eine selbständige Hofhaltung, wenn auch außerhalb Kassels, einzuräumen und von allen Anmutungen, die mit Pflicht und Ehre des Prinzen unvereinbar wären, Abstand zu nehmen. Um den unberechenbaren Launen Wilhelms II. eine unübersteigliche Schranke zu setzen, sollte der König sich herbeilassen, für die Ausführung des Vergleichs, dessen Bedingungen preußischerseits festzustellen seien, die Bürgschaft zu übernehmen. Die andere Partei, an deren Spitze Fürst Wittgenstein stand, riet dem König, sich auf keine Garantie einzulassen und dem Kurfürsten anheimzustellen, welche Vorschläge er machen wolle.

Wieder war es Wilhelm II., der durch sein Verfahren den Konflikt noch verschlimmerte. Nachdem die diplomatische Intervention gescheitert, sandte er im Oktober den Generalmajor v. Haynau nach Berlin, um dem Kurprinzen eine Order zu überreichen, die ihn an den Gehorsam, den er seinem obersten Kriegsherrn schuldig sei, erinnerte und in dringender Form zur schleunigen Rückkehr aufforderte. Der König wurde von der Art und Weise, wie sich Haynau seiner Mission entledigte, unangenehm berührt. Als ob sein Landesherr vollkommen im Rechte sei, sprach Haynau ohne weiteres die Erwartung aus, daß der König seinem Neffen die bisher gewährte Zuflucht entziehen werde; erst wenn der Kurprinz sich auf Gnade und Ungnade unterworfen habe, könne er auf die Verzeihung seines Vaters rechnen.

Ein großer Vorteil erwuchs dem hessischen Flüchtling aus der Teilnahme, welche der Kronprinz von Preußen für ihn an den Tag legte. Von seinem streng sittlichen Standpunkt aus hielt Friedrich Wilhelm es für die Pflicht seines Vetters, durch einen versöhnlichen Schritt dem Kurfürsten auf halbem Wege entgegenzukommen. Er empfahl dem Erbprinzen, die von Haynau überbrachte Order durch

Der Prinz möge ferner in einem Brief an Haynau sich zum Gehorsam gegen seinen Vater verpflichten, sobald unter Vermittelung des Königs von Preußen eine Verständigung herbeigeführt worden sei.

Die beiden Schreiben an Wilhelm II. und Haynau wurden von Radowitz entworfen, da der Kurprinz sich zu dieser geistigen Arbeit unfähig zeigte, und vor der Absendung dem Kronprinzen vorgelegt, der sich erboten hatte, mit Wittgenstein zu sprechen. Über diese Intervention, die nicht zum Ziele führte, schreibt Friedrich Wilhelm an Radowitz:

„Bester Radowitz — Hier sind die Briefe zurück. Ich fürchte, sie auf meinem Tisch zu lassen, und bitte Sie, sie dem Prinzen zurückzustellen. Wittgenstein geht eben von mir. Wir haben sehr ausführlich geredet; anscheinend (ich fürchte wirklich) habe ich auch gar **nichts erlangt.** Was meinen Sie, wenn der Kurprinz dem Könige schriebe, ihm seine ganze trostlose Verlegenheit darstellte, in welche die Antwort an Haynau, ohne ausgesprochene Billigung und Vertretung derselben von seiten des Königs, ihn setzen würde, daß ihm das erst recht klar geworden, als er die verhängnisvolle Antwort hätte abschicken wollen, daß er sie nicht abschicken wolle und könne, ehe ihn der König nicht darüber beruhigt hätte 2c. 2c.? Wir sprechen morgen davon."*)

Berlin, 25. Okt. 1826. F. W. mpr.

An Herrn Hauptmann von Radowitz.

Der Brief des Erbprinzen an seinen Vater hatte die schlimmsten Folgen. Der Stil des Schreibens war so wesentlich verschieden von der schülerhaften Ausdrucksweise des Prinzen, und die Darlegung der Motive für seine Flucht verriet eine solche Reife der sittlichen Weltanschauung, daß der Kurfürst, der schon längst von der Wiederanknüpfung der Beziehungen zwischen seinem Sohne und Radowitz in Kenntnis gesetzt war, nicht einen Augenblick über die Urheberschaft der Apologie in Zweifel sein konnte. Da Wilhelm II. die Auslieferung seines Sohnes auf direktem Wege nicht erreichte, bat er den Wiener Hof um diplomatische Vermittelung. Kaiser Franz I. ließ

*) Das Original dieses ersten Handschreibens, das Radowitz von dem Kronprinzen empfing, wird im Königlich Preußischen Hausarchiv aufbewahrt.

sich nur ungern darauf ein, und Metternich verwahrte sich feierlich gegen die Absicht, eine Familienfrage zu einer Staatsaffäre machen zu wollen. Seine Hoffnung war, der Kurfürst werde sich bereitfinden lassen, dem Prinzen eine selbständige Hofhaltung in Fulda oder Hanau anzuweisen. Dagegen hatte Friedrich Wilhelm III. nichts einzuwenden, aber er bestand darauf, daß gleichzeitig mit den Beziehungen zwischen Vater und Sohn auch die Angelegenheiten der Kurfürstin geordnet werden müßten, und daß die Vereinbarung ihm zur Genehmigung vorzulegen sei. Da der Kurfürst sich dieser Klausel nicht fügen wollte, blieb alle Liebesmühe Metternichs vergeblich.

Während so der leidige Zwist sich in das Unabsehbare verlängerte, unternahm der Kurprinz, unter Zustimmung des Königs, im August 1827 die Reise nach Brüssel, auf der Radowitz ihn begleitete. Wie die Memoiren erzählen,*) vermieden es die Reisenden geflissentlich, das hessische Gebiet zu berühren. Diese Vorsicht war sehr wohl angebracht, denn, von dem Reiseplan seines Sohnes unterrichtet, hatte der Kurfürst an verschiedenen Stellen der Landesgrenze Reiterabteilungen aufstellen lassen, denen der Befehl erteilt worden war, sich des Prinzen und seiner Begleiter zu bemächtigen. Bei ihren Besprechungen kamen Mutter und Sohn überein, einen Vergleich mit dem Kurfürsten nicht eher anzunehmen, als bis die Ausführung desselben durch Bürgschaft des Königs von Preußen sichergestellt sei. Die Kurfürstin legte ihr Schicksal ganz in die Hände ihres Bruders. Da der Aufenthalt an dem niederländischen Hofe, der schon über ein Jahr dauerte, ihr anfing lästig zu werden, bat sie den König um eine passende Unterkunft in seinen Staaten, worauf ihr das Regierungsgebäude in Koblenz zum Wohnsitz eingeräumt wurde.

Als der Kurprinz Ende September nach Berlin zurückkehrte, war über seine Zukunft noch immer keine Entscheidung getroffen. Radowitz ist von Anfang an der Meinung gewesen, daß der Eintritt in die preußische Armee das einzige Mittel gewesen wäre, um den leichtfertigen jungen Fürsten in geordnete Verhältnisse zu bringen. Der König war nicht abgeneigt, seinem Neffen eine militärische Stellung zu geben, aber er wünschte, ihn in die Provinz zu versetzen,

*) Vgl. S. 30.

da das haltlose, zwischen unbeholfener Blödigkeit und abstoßendem Hochmut hin- und herfahrende Wesen des Prinzen in den Berliner Hofkreisen vielfach zu unliebsamen Auftritten geführt hatte. Den Wünschen des Prinzen würde der Militärdienst entsprochen haben, wenn er hätte in der Hauptstadt bleiben können; als er sich überzeugte, daß dies nicht zu erreichen sei, wurde ihm der Aufenthalt am preußischen Hofe verleidet; er begab sich im Oktober 1827 zu seiner Mutter nach Koblenz. Radowitz ahnte das Unheil, dem ein so gefährlich veranlagter Charakter ausgesetzt war, wenn man ihn sich selbst überließ.

Noch zwei Jahre hindurch, bis zum Herbst 1829, hat Radowitz mit seinem ehemaligen Zögling in brieflichem Verkehr gestanden. Da der Kurfürstin das Leben in Koblenz nicht behagte, zog sie im Januar 1828 nach Bonn, wohin der Prinz ihr folgte. Schon nach wenigen Wochen geriet er in schlechte Gesellschaft. Die Dame, die sein Herz fesselte, die zweiundzwanzigjährige Gertrude Falkenstein, Tochter eines nicht unbemittelten Weinhändlers, hatte sich zwar in einem Kölner Mädchenpensionat einen gewissen äußerlichen Bildungsschliff angeeignet, aber schon vor ihrer Verheiratung mit dem Rechnungsführer bei den 7. Ulanen, Leutnant Lehmann, war ihr Ruf nicht der beste. Radowitz hat sich die größte Mühe gegeben, den Prinzen Friedrich Wilhelm aus diesen Verhältnissen loszureißen, aber seine eindringlichen Ermahnungen blieben ebenso erfolglos wie die Mission des Generalleutnants v. Natzmer, der im Juli und August 1828 nach Kassel und Bonn gesandt wurde.*) Friedrich Wilhelm III., dem vor allem daran lag, dem wilden Treiben seines Neffen ein Ende zu machen, ließ ihm durch Natzmer noch einmal eine militärische Beschäftigung anbieten. Der Prinz sollte einem Regiment in Erfurt attachiert werden, allerdings unter dem Vorbehalt, daß ihm zu ständiger Begleitung ein Stabsoffizier beigegeben werde. Als der Prinz diesen Antrag mit ungebührlichen Worten zurückwies und die Einreihung in das Garde-Kürassier-Regiment verlangte, riß dem König die Geduld. Die weitere Behandlung der hessischen Angelegenheit wurde einer Kommission übertragen, die aus drei Ministern, Bernstorff, Lottum, Motz, und dem General-

*) Vgl. S. 31.

adjutanten Witzleben bestand. Im Januar 1829 beauftragte die Kommission den Geheimen Legationsrat Varnhagen v. Ense, der zwar längst nicht mehr im Dienste war, aber von Bernstorff bisweilen zu vertraulichen Geschäften herangezogen wurde, mit einer Sendung nach Kassel und Bonn. Varnhagen überbot sich in diplomatischen Künsten; namentlich verschmähte er es nicht, der Gräfin Reichenbach alle möglichen Ehren zu erweisen, um durch ihren Einfluß den Kurfürsten zur Nachgiebigkeit zu stimmen. Trotzdem erreichte er in Kassel so gut wie nichts: der Kurfürst ließ zwar die Absicht durchblicken, seiner Gemahlin und seinem Sohne einen angemessenen Unterhalt in Fulda zu gewähren, wenn sie aus eigener Entschließung zurückkehren würden, aber auf bindende Verpflichtungen ging er nicht ein. Auch in Bonn hatte Varnhagen nur einen halben Erfolg. Die Kurfürstin, auf das tiefste gekränkt durch den Lebenswandel ihres Sohnes, war geneigt, so schwer es ihr wurde, das Opfer der Rückkehr zu bringen: aber der Erbprinz widersetzte sich, und da die Mutter in ihrer übergroßen Zärtlichkeit ihn nicht aus den Augen lassen wollte, wurde sie noch einmal in ihrem Entschlusse wankend.*)

Bei dieser Lage der Dinge ist der Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen mit der Ansicht hervorgetreten, daß es nur einen Menschen gebe, der den Kurprinzen vor seinem Verderben bewahren könne: er empfahl der Kommission, Radowitz nach Bonn zu entsenden. Wie groß das Vertrauen war, das er schon damals seinem Freunde schenkte, beweisen die Worte, die er zu Wittgenstein sagte: Radowitz sei der edelste der Menschen, und der Tugend sei jedes Gelingen möglich. Der Hausminister konnte jedoch dem Kronprinzen einen Brief zeigen, aus dem hervorging, daß der Kurfürst in der Intervention Radowitz' eine tödliche Beleidigung erblicken würde. Ohnehin trat nach wenigen Monaten in dem hessischen Familiendrama eine Wendung ein, die, wenigstens soweit die Verhältnisse der Schwester Friedrich Wilhelms III. in Betracht kamen, den Wünschen des preußischen Hofes entsprachen. Die gewissenlose Handlung des Kurprinzen, der den Gatten der Gertrude Lehmann ver-

anlaßte, gegen Zahlung einer Abstandssumme auf sein Eherecht zu verzichten, zwang die Kurfürstin, von zwei Übeln das geringere zu wählen: sie sagte sich von ihrem Sohne los und nahm mit ihrer Tochter Aufenthalt in Fulda, nachdem der König ihr durch Wittgenstein das bestimmte Versprechen hatte geben lassen, sie gegen jede Unbill von seiten ihres Gemahls zu schützen.*) Seinen Neffen ließ der König fallen; die Kommission wurde aufgelöst, und Radowitz erhielt den Befehl, jede Verbindung mit dem Erbprinzen abzubrechen.

Inzwischen hatte Radowitz sein arbeitsames Leben unermüdlich fortgesetzt. Im April 1827 war er auf dringenden Wunsch des Prinzen August in die damals neu begründete Studienkommission der Vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule berufen worden. Am Schluß des ersten Kursus während seiner Tätigkeit an der Allgemeinen Kriegsschule, Ende Juni 1827, durfte er mit Befriedigung auf die Erfolge der von ihm empfohlenen Lehrmethode**) zurückblicken. Da er selbst an dem mathematischen Unterricht keinen Anteil nahm, betrachtete er es den Lehrern gegenüber um so mehr als Ehrensache, durch Veröffentlichung einer gelehrten Abhandlung,***) von dem Umfang und der Gründlichkeit seiner selbständigen Forschungen auf mathematischem Gebiete Zeugnis abzulegen.

Zu all diesen Beschäftigungen gesellte sich bald noch ein anderer Auftrag. Um das wissenschaftliche Studium der Artillerie zu beleben, war die Einrichtung getroffen worden, daß den Offizieren dieser Waffe alljährlich Preisaufgaben gestellt wurden, welche eine Kommission zu begutachten hatte. Da im Laufe des Jahres zwei Mitglieder ausgeschieden waren, empfahl Prinz August dem Kriegsminister v. Hake, eine der freigewordenen Stellen durch Radowitz zu besetzen.

Generalstab, Allgemeine Kriegsschule, Artillerie, Studienwesen, Ingenieurschule, Prinzenerziehung: — es wäre ein Wunder gewesen, wenn Radowitz die nachteiligen Folgen dieser Überbürdung nicht allmählich an seiner eigenen Stimmung empfunden hätte. Zuerst und am stärksten reagierte seine strenge, etwas puritanisch angehauchte Lebensauffassung gegen die Verpflichtungen, welche der Zusammen-

*) Oktober 1829. Königlich Preußisches Hausarchiv. — **) Vgl. S. 193. — ***) Vgl. den Titel S. 27.

hang mit der großen Welt ihm auferlegte. Während er im Beginn seines Berliner Aufenthaltes dem Strome des geselligen Treibens ohne Widerstreben gefolgt war, wurden die vielen und oft sehr geräuschvollen Festlichkeiten am Hofe, zu deren Besuch er als Begleiter des Prinzen Albrecht von Preußen und später als Mentor des hessischen Erbprinzen gezwungen war, dem vielbeschäftigten Manne sehr bald eine Last. Nach einer Maskerade bei dem Herzog Karl von Mecklenburg im Schlosse Monbijou am 2. März 1827 klagt er seinem Freunde Gerhard über dieses „leere Spiel von Eitelkeit und Putzsucht" und fügt hinzu: „Ich gebe dem Kronprinzen vollkommen recht, der dieses für die langweiligste aller erdenklichen Erfindungen erklärte und von sich selbst behauptete, er sähe aus wie in der Hundekomödie."

Das Gefühl der Unbefriedigung wurde dadurch gesteigert, daß Radowitz schon in der ersten Epoche seiner dienstlichen Laufbahn mit vielfältigen Anfeindungen zu kämpfen hatte. Wie früher bemerkt,*) waren die tiefsinnigen Spekulationen, in denen seine Unterhaltung sich bewegte, nicht nach jedermanns Geschmack. Manche nahmen Anstoß an seinem katholischen Glaubensbekenntnis, an seinem religiösen Eifer; andere — und dazu gehörten so hervorragende und freidenkende Militärs wie Gneisenau und Clausewitz — konnten es ihm nicht vergeben, daß er 1813 für Napoleon gekämpft hatte: sie betrachteten ihn als einen Fremden, dem die Urwüchsigkeit der preußischen Überlieferungen fehlte. Jüngeren Offizieren war sein ungewöhnlich rasches Emporkommen ein Dorn im Auge; vielen älteren die Gunst, die der Erbe des Thrones ihm erwies. Nur sehr wenige Personen beurteilten das Verhältnis zwischen dem Kronprinzen und Radowitz so richtig wie die Gräfin Bernstorff, die in ihren Denkwürdigkeiten sagt: „Der Kronprinz zeichnete ihn auf alle Weise aus, und es war merkwürdig, mit anzuhören, wie frei Radowitz vor Seiner Königlichen Hoheit seine Meinung vertrat, den Prinzen wohl manchmal erzürnte, dann aber immer wieder von ihm aufgesucht ward."

Radowitz besaß in viel zu hohem Grade die Eigenschaft der Selbstkritik, um sich über diese Verhältnisse zu täuschen. Er schreibt darüber an Reutern am 16. März 1827: „Ohne die Augen zu verschließen, kann ich nicht verkennen, wie feindselig und widerwillig viele gegen mich gesinnt sind. Es sind dies Personen von mannigfaltiger Art; manche darunter, deren Ansichten mir an und für sich nicht gleichgültig sein dürfen. Wenn auch das Wesentliche nur eine Folge der ganzen Entwickelung meines hiesigen Lebens ist, so will ich doch durchaus nicht in Abrede stellen, daß viel dabei an mir selbst liegt. Auch dieses habe ich reiflich in mir erwogen, bin aber stets zu dem Resultate gelangt, daß es unmöglich ist, eine Natur in einzelne Fragmente zerpflücken, hier oder da abrupfen oder ankleben zu wollen. Da nun nach einer bekannten Erfahrung ein Übelwollender stets mehr Nachteil bringen kann als zehn Wohlwollende Vorteil, so kann ich leicht übersehen, daß das, was man äußere Karriere nennt, mir stets sehr schwer gemacht werden wird."

„Überfluß an Tätigkeit des Verstandes, Mangel an der der Seele," — mit diesem Worte schildert Radowitz den Inbegriff seiner damaligen Lage.

Da wollte es die gütige Vorsehung, daß eine tiefe Herzensneigung ihn den schmerzlich vermißten Mittelpunkt des Lebens wiederfinden ließ. Die Gräfin Marie Voß, die, als Radowitz sie 1826 kennen lernte, mit ihren neunzehn Jahren eben erst die Blütezeit der Jugend erreicht hatte, gehörte zu den anmutigsten und gefeiertsten Erscheinungen am preußischen Hofe. Noch lebte in allen Mitgliedern des Königlichen Hauses, auch den jüngeren, die unauslöschliche Erinnerung an die Gräfin Sophie v. Voß, die Oberhofmeisterin der Königin Luise. Durch einen niemals verzagenden Lebensmut und die felsenfeste Hoffnung auf die Wiedererhebung Preußens hatte sie ihrer angebeteten Herrin als Trösterin zur Seite gestanden, sie bis zum letzten Atemzuge gepflegt und nach dem Tode der Dulderin auf dem preußischen Throne bis zu ihrem eigenen Lebensende mit rührender Treue die Wohlfahrt der jüngeren Kinder überwacht. Der Vater der Gräfin Marie, August Ernst, war der Enkel der Oberhofmeisterin. Durch Erbschaft hatte er das Stammgut des mecklenburgischen Zweiges der Voßschen Familie, Giewitz, überkommen, auf dem seine Vorfahren seit mehreren Jahrhunderten

ansässig waren. Neben der Landwirtschaft, die er mit Vorliebe betrieb, richteten sich seine Interessen auf Kunst und Wissenschaft: seine allgemeine Bildung und die Gunst des Königs bewirkten, daß er mehrfach zu diplomatischen Aufträgen herangezogen wurde. An Beherrschung der praktischen Lebensverhältnisse überragte ihn seine Gemahlin, die dem freiherrlichen Geschlechte v. Berg entstammte. Auch die mütterlichen Verwandten der Gräfin Marie hatten in nahen Beziehungen zur Königin Luise gestanden: ihre Großmutter, Luise Berg, geborene v. Häseler, war die Verfasserin eines früher viel gelesenen Buches zur Erinnerung an die Königin. In der Hofgesellschaft galt die ältere Frau v. Berg für ein Original: ein echtes Kind des achtzehnten Jahrhunderts, war sie eine begeisterte Anhängerin der Kantschen Philosophie, las Virgils Gedichte in der Ursprache und verriet durch leidenschaftliche Teilnahme an den ritterlichen Vergnügungen der Männer einen gewissen Hang zur Emanzipation. Als Oberhofmeisterin der mit dem Herzog Ernst August von Cumberland, dem späteren König von Hannover, vermählten Prinzessin Friederike von Mecklenburg-Strelitz, Schwester der Königin Luise, war sie, wie ihre Gebieterin, von dem Einfluß englischer Lebensgewohnheiten berührt worden.

Diese Eigenschaften der Großmutter hatten sich nicht auf die Enkelin vererbt. Trotz der glänzenden Umgebung, in der sie aufwuchs, bewahrte sich die Gräfin Marie Voß den Sinn für die stillen Freuden der Häuslichkeit und eine ernste, tief innerliche Auffassung der Pflichten des weiblichen Berufs. Ein gewisser Nimbus der Samariterin umschwebte ihre zarte Erscheinung, seitdem sie im November 1826 ihrer in einem böhmischen Bade erkrankten Großmutter, Frau v. Berg, bis zum letzten Atemzuge Beistand geleistet hatte.

Es lag nun einmal in der Schicksalsführung unseres Freundes, daß er an allen großen Wendepunkten seines Lebens einen schweren Kampf mit widerstrebenden Mächten zu bestehen hatte. Er war sich der weiten Kluft, die ihn, den Fremdling in der Berliner Gesellschaft, von dem ersehnten Liebesglück trennte, wohl bewußt. Zuletzt aber trug die geistige und seelische Gemeinschaft, die von der Gräfin Marie ebenso tief empfunden wurde, wie von Radowitz, über die äußeren Hindernisse den Sieg davon. Die Verlobung des Haupt-

manns im Generalstabe mit der viel umworbenen Tochter eines der ersten Adelsgeschlechter des Landes verursachte in den höheren Kreisen Berlins großes Aufsehen.*)

Aber wie so oft im Leben warf auch hier die Tragik der Menschengeschicke einen düsteren Schatten auf die Sonne des Glücks. Wir kennen die unendliche Liebe, mit der Radowitz an seiner Mutter hing. Schon in der Kasseler Zeit war es der einzige Schmerz gewesen, den der Sohn der Mutter bereitete, daß er sich nicht zur Ehe entschließen wollte. Jetzt, wo der ersehnte Augenblick gekommen war, lag Frau v. Radowitz an einer unheilbaren Krankheit danieder, die sie der vielleicht größten Freude ihres mühseligen Lebens beraubte, die künftige Gattin des Sohnes von Angesicht zu Angesicht begrüßen zu können. Das erste Schriftstück, das die Braut von der Hand ihres Verlobten erhielt, war die Trauerbotschaft von dem Tode der Mutter am 28. Februar 1828: „Der Herr hat unsere Mutter zu sich genommen; Sein Wille geschehe im Himmel wie auf Erden! Bete mit mir, Marie!"

Nach der Hochzeit, die im engsten Kreise gefeiert wurde, schlug das junge Paar seinen Wohnsitz in dem alten Voßschen Familienhause in der Wilhelmstraße 78 auf. Am Tage nach seiner Vermählung schreibt Radowitz an Reutern: „Mein Gefühl ist stille Ruhe in der Gegenwart, heißer Dank für Gottes Gnade und ein ernster Blick voll Vertrauen in die Zukunft." Einige Wochen später gibt er dem Jugendfreunde einen Einblick in sein neues Heim: „Unsere Wohnung ist ein Flügel des sehr großen Gebäudes, der ganz in einem Garten liegt, dessen Größe und Schönheit schwerlich in Berlin gesucht wird. Von allem Lärm und Staub der Straße entfernt, sehen wir aus unseren hohen ganz neu eingerichteten Zimmern auf eine frische Rasenfläche, von den schönsten Baumgruppen eingefaßt."

Über die Einteilung seines Tagewerkes berichtet Radowitz weiter: „Der ganze Vormittag gehört den Dienstgeschäften, vom Frühstück bis zum Mittagsessen befinde ich mich in der Regel außer dem Hause. Für den Nachmittag kann ich stets diejenigen Arbeiten aus eigenen Studien bestimmen, die in der Stube ausgeführt werden;

*) Einige Bemerkungen hierüber finden sich in den Denkwürdigkeiten der Gräfin Bernstorff, II, S. 120.

meine geliebte Marie etabliert sich stumm und still neben meinem Schreibtische, und ich habe die Herzensfreude, mitten aus schwierigen und nicht immer erfreulichen Dingen auf mein geliebtes Kind sehen zu können. Mit seltenen Ausnahmen bin ich gegen acht Uhr fertig, kann entweder den Pflichten nachkommen, die eine ausgedehnte und teilweise angenehme Geselligkeit mit sich bringt, oder auch mit meiner Marie einen ungestörten Abend leben. Wir trinken unseren Tee auf dem Altan, der, ganz mit blühenden Gewächsen eingefaßt, sein Gesicht gegen den Garten wendet, lesen etwas Tüchtiges, an dem Freude oder Erbauung zu holen, spielen Klavier, fahren spät noch in den Tiergarten und schließen unseren Tag mit dem innigsten Danke gegen den Herrn, der so reiche Gnade über uns ausgebreitet hat."

Die wahrhaft schwärmerische Verehrung für seine Gemahlin hat sich Radowitz bis an sein Lebensende in voller Jugendfrische des Herzens bewahrt. Nicht minder tief und innig waren die Empfindungen, die Frau v. Radowitz ihrem Gatten widmete; als liebevolle Hausfrau verstand sie es meisterhaft, die kleinlichen Sorgen des Tages von ihm fern zu halten und mit klugem Weltblick an den Interessen seines Berufes teilzunehmen.

Wie Radowitz mit seiner protestantischen Mutter jahraus jahrein in Frieden unter einem Dache gelebt hatte, so wurde auch die Seelenharmonie seiner Ehe keinen Augenblick durch den Unterschied des Glaubensbekenntnisses gestört. Seine Gemahlin hörte mit Vorliebe die Predigten Schleiermachers; bisweilen begleitete er sie in die Dreifaltigkeitskirche, und wenn er auch in scherzhafter Andeutung den berühmten Kanzelredner als den „platonischen Liebling" seiner Frau bezeichnete, so verstand er es doch in zartfühlender Rücksicht, jede Verletzung ihrer religiösen Gefühle zu vermeiden.

Wie ihre ganze Familie, war Marie v. Radowitz eine entschiedene Gegnerin des Pietismus, und ihr Mann bestärkte sie darin. Als sie nach einem Besuch bei den Schenkendorfs in Wulkow sich anklagte, daß sie für das fromme Gebaren ihrer Freunde kein Verständnis habe, tröstete er sie mit den Worten: „Die wahre Frömmigkeit besteht darin, den auferlegten Pflichten um Gottes willen zu genügen, nicht um Lob und Tadel der Welt und deren

Gewinn. Das Reich Gottes kommt nicht mit äußerlichen Gebärden. Hier liegt der Irrtum unserer Freunde und führt sie zu ihren beiden Hauptklippen: geistlicher Hochmut und Werkheiligkeit."

Die Beziehungen zu den nächsten Verwandten seiner Gemahlin gestalteten sich ganz nach dem Wunsche unseres Freundes. Graf August Ernst v. Voß, der, im Hinblick auf die bevorstehende Reise des Kronprinzen nach Rom und Neapel, im November 1827 zum Gesandten am neapolitanischen Hofe ernannt worden war, mochte für die Vermählung seiner Tochter höhere Pläne gehabt haben; trotzdem aber ließ er den Charaktereigenschaften seines Schwiegersohnes volle Gerechtigkeit widerfahren. Die Mutter lebte in dem Glück ihrer Tochter und hatte von den Fähigkeiten ihres Schwiegersohnes die höchste Meinung. Zwischen den Geschwistern*) seiner Gemahlin und Radowitz herrschte von Anfang an der freundschaftlichste Einklang.

Im Laufe der Jahre 1829 und 1830 trat für Radowitz eine wichtige Änderung seines dienstlichen Wirkungskreises ein. Den unmittelbaren Anstoß dazu gab Prinz August, dessen stetig wachsender Gunst Radowitz es zu danken hatte, daß er am 30. März 1828, also während des Brautstandes, außerhalb der Reihenfolge des Dienstalters, zum Major befördert worden war. Als dann im November 1829 eine Kommission zur Prüfung militärwissenschaftlicher und technischer Gegenstände ins Leben gerufen wurde, war es wieder Prinz August, der den Major v. Radowitz zum Protokollführer empfahl. Daran schloß sich im Februar 1830 die Berufung zum Chef des Generalstabes der Artillerie, durch welche das persönliche Verhältnis zu dem Prinzen August einen noch weit intimeren Charakter annahm.

Über die Veränderung seiner Lage schreibt Radowitz am 28. Februar 1830 an Gerhard v. Reutern: „Abgesehen von der unverhältnismäßigen Vergünstigung, die für mich persönlich in dieser Sache liegt, hat sie, wie alles in der Welt, ihre Licht- und Schattenseiten. Sie gibt mir die Mittel, dem Könige und dem Staate, dem ich aus voller Seele diene, in einem sehr ausgedehnten Maße nützlich

*) Graf Felix v. Voß, geb. 1801, vermählt mit Luise Wilhelmine Gräfin v. Hahn; Gräfin Mathilde, geb. 1808, vermählt mit dem Grafen Hermann Rochus v. Lynar; Gräfin Elisabeth, geb. 1812.

zu werden, und dies muß ich mit dem höchsten Danke erkennen. Aber andererseits liegt so viel Schwieriges darin, daß ich noch nicht sagen kann, ob ich dieser Last gewachsen sein werde. Die materiellen Dinge, Festungen, Zeughäuser, Geschütze und Pulver lassen sich am Ende mit gutem Willen und eifriger Tätigkeit in Ordnung halten, aber die persönlichen Verhältnisse sind es, von denen ich fühle, daß sie mir drückend sein werden. Es gibt keinen törichten Anspruch, kein regelloses Verlangen, kein selbstsüchtiges Interesse, das sich nicht in einer Zahl von achthundert Offizieren vom Generalleutnant bis zum Sekondleutnant lebendig verkörpern sollte, und meine Aufgabe ist es, gerade in diesem widerstrebenden Konflikte entgegengesetzter Absichten jederzeit die Linien aufzufinden, die das Beste des Dienstes zu verfolgen erheischt."

Prinz August gehörte zu den echten Soldatentypen des Hohenzollernschen Hauses: außerordentlich rührig, energisch und rasch in seinen Entschlüssen, war er von einem wahren Feuereifer für die Vervollkommnung seiner Lieblingswaffe beseelt. Schon Scharnhorst, als dessen Schüler er sich betrachtete, hat von ihm gesagt, daß er in zwei Jahren nach der Reorganisation des Heeres von 1808 mehr für die Artillerie geleistet habe, als alle früheren Chefs in einem zehnmal längeren Zeitraum.*) Der Grundgedanke der vielen Neuerungen, zu denen er die Anregung gab, lief darauf hinaus, an der Hand der Erfahrungen, welche der Vergleich mit den übrigen Kriegsmächten Europas darbot, das preußische Geschützwesen auf die Höhe der Leistungsfähigkeit zu erheben und durch Förderung der wissenschaftlichen und technischen Ausbildung dem Offizierkorps der Artillerie in den Augen der übrigen Truppengattungen eine ebenbürtige Stellung zu verschaffen. Als militärischer Vorgesetzter zeigte sich der Prinz wohlwollend und leutselig; er sah es gern, wenn seine Untergebenen ihre Ansichten rückhaltlos vor ihm aussprachen. Gerade diese Eigenschaft wußte eine so selbständige Persönlichkeit, wie Radowitz es war, im vollsten Maße zu schätzen. Die Gemeinsamkeit der dienstlichen Interessen, die zwischen dem

die Gegensätze, die in der Eigenart der beiden Männer lagen, zurücktreten zu lassen. In der Politik, soweit er sich überhaupt damit beschäftigte, verfolgte Prinz August eine liberalisierende Richtung, und in dem Privatleben, das er als Hagestolz führte, erlaubte er sich manche Freiheiten, die mit der Sittenstrenge seines Stabschefs nicht im Einklang standen.

Unter den vielen Beschäftigungen des Kommandos der Artillerie gab es keine, die der Prinz mit größerer Passion betrieb, als die jährlichen Besichtigungen in den verschiedenen Landesteilen der Monarchie. Die erste Inspektionsreise, auf welcher Radowitz und der Sekondleutnant v. Waldenburg, ein natürlicher Sohn des Prinzen, den Chef der Artillerie begleiteten, galt den Festungen an der Elbe — Torgau, Magdeburg und Wittenberg —, dann ging es durch Thüringen, wo der getreue Alexis v. Boyneburg sich zu einer kurzen Begegnung auf der Wartburg einfand, und durch Hessen, dessen Landschaft in Radowitz alte Heimatsgefühle erweckte, über Frankfurt an den Rhein, nach Mainz und Koblenz. Von hier aus schreibt Radowitz an seine Gemahlin am 24. Juli: „Wenn ich aus dem Getümmel, in welchem ich meine Tage jetzt verbringe, in mich selbst zurückkehre, so ist mir oft sehr weh zu Mute. Seit Dienstag*) abends sind wir hier. Von morgens 5 Uhr bis in die späte Nacht hinein läuft dieses Inspizieren, Exerzieren, Reiten, Schießen wie ein nimmer rastendes Mühlwerk. Du machst Dir wirklich keinen Begriff von der Hast und Überfüllung unseres Lebens; ich habe es selbst nicht für möglich gehalten.“ Der einzige Lichtblick in diesen Tagen war ein Zusammentreffen mit Leopold v. Gerlach, der seit dem Mai 1826 die Stellung eines persönlichen Adjutanten bei dem jüngeren Prinzen Wilhelm bekleidete und sich damals in Begleitung des Prinzen und dessen Gemahlin Auguste in Ems aufhielt. Radowitz berichtet darüber: „Ich traf Gerlach, der bei mir wie ein Tautropfen auf eine versengte Flur fiel. Es gibt eine innerliche Freiheit, die auch bei dem dürrsten Außenleben ihr Recht bewahrt, aber wenn man so wochenlang nichts und immer wieder nichts als die alleräußerlichste Seite des Daseins zum ausschließlichen Gegen-

eine große Sehnsucht nach einer Menschenstimme, die in anderen Tönen spricht."*)

Die Dienstreise endete mit der Inspizierung von Köln und Wesel. Die Absicht des Prinzen war, auf einige Wochen nach Paris zu gehen. Dieser Plan mußte jedoch aufgegeben werden, da die Reisenden in Wesel am 1. August die Nachricht von der Pariser Revolution erhielten. Radowitz wäre am liebsten sofort in die Heimat zurückgekehrt; der Prinz aber entschloß sich rasch zu einer Reise nach England. In Breda, wo man einen Tag verweilte, um von den Einrichtungen der Militärwerkstätten Kenntnis zu nehmen, schrieb Radowitz am 3. August: „Die Ereignisse in Frankreich sind furchtbar. Das Gewitter hat sich entladen, das seit fünfzehn Jahren über diesem verhängnisvollen Lande drohend stand. Die Folgen lassen sich noch gar nicht absehen; sie treffen nicht allein Frankreich, sondern ganz Europa."

In Ostende wurde am 6. August abends das Dampfschiff zur Fahrt an die englische Küste bestiegen. Am 9. August berichtet Radowitz seiner Gemahlin: „Unsere Überfahrt war ruhig und währte kaum fünfzehn Stunden. Ich legte mich gleich nach dem Eintritte in das Schiff nieder, genoß aromatische Tropfen und kam davon ohne Seekrankheit. Der Prinz und Waldenburg litten bedeutend. Die Fahrt auf der Themse ist unglaublich. Dieses Gewimmel von Tausenden von Schiffen kann seine Beschäftigung nur in allen Weltteilen finden; Europa würde dazu nicht hinreichen. Von dem Landungsplatze bis zu unserer Wohnung, Clarendon Hotel, New Bondstreet, hatten wir drei Viertel deutsche Meilen zu fahren."

Da König Georg IV. am 26. Juni 1830 gestorben war, herrschte in der englischen Königsfamilie tiefe Trauer. In gewissem Sinne gereichte dieser Umstand den Reisenden zum Vorteil, denn die geselligen Verpflichtungen, die der Prinz gegenüber dem Hofe von Windsor zu beobachten hatte, hielten sich in engen Grenzen. Um so mehr konnte die ganze Zeit auf die Betrachtung der Sehenswürdigkeiten Londons und auf das Studium von Land und Leuten verwendet werden. Bei seiner ersten englischen Reise mit dem Erb-

*) Leopold v. Gerlach erwähnt das Zusammentreffen mit Radowitz in seinen Denkwürdigkeiten, I, S. 54, nur ganz kurz: „Auf dem Ehrenbreitstein fanden wir Prinz August und Radowitz, Radowitz war sehr liebenswürdig."

prinzen von Hessen vor drei Jahren hatte Radowitz das gewöhnliche Touristenleben geführt; diesmal faßte er die Sache ernster und gründlicher an. Der Verkehr mit sachkundigen Männern in einem der vornehmsten Londoner Klubs, zu dem ihm der Zutritt gerne gewährt wurde, gab Gelegenheit zu mancherlei lehrreichen Aufschlüssen über die Verfassung und die militärischen Einrichtungen des großbritannischen Reiches. Auf diese Weise legte Radowitz den Grund zu einer umfassenden und durch lebendige Anschauung unterstützten Kenntnis der Eigenattigkeit des englischen Staatslebens, die ihm später in seiner publizistischen und politischen Tätigkeit vielfach zu statten gekommen ist.

Nachdem man sich in London genügend umgesehen hatte, wurde ein Streifzug durch die Provinzen unternommen, über deren Naturschönheit Radowitz sich mit großer Begeisterung äußert. Einen der interessantesten Momente seines damaligen Aufenthaltes in England erlebte er in Portsmouth. Schon die Feierlichkeit, mit der der Prinz bei seiner Ankunft begrüßt wurde, war von außergewöhnlicher Art. Unter dem Geläut der Glocken und dem Donner der Geschütze auf den Wällen zog eine Kompagnie von Seesoldaten vor das Wirtshaus, in welchem der Prinz abgestiegen war, um ihm die militärischen Ehren zu bezeigen. Außer den Marineetablissements, deren maschinelle Einrichtung bereits zu jener Zeit auf einer bewunderungswürdigen Höhe der Entwickelung stand, wurde das Kriegsschiff „Victory" besucht, auf dem Nelson bei Trafalgar den Oberbefehl geführt und den Tod gefunden hatte. „Während wir bei dem Admiral Foley zu Tische saßen," berichtet Radowitz, „landete Karl X. in Spithead. Es gibt wenig tragischere Ereignisse in der Geschichte als dieses. Foley hatte ihn und seinen Bruder Ludwig XVIII. nach Frankreich übergeführt; jetzt mußte er diesem gebeugten Greis, dem Erben von sechzig Königen, die Weisung bringen, nicht eher zu landen, bis darüber Befehle von London eingegangen seien!"

Noch weit nachdrücklicher traten die Wirkungen der Julirevolution in den Gesichtskreis der Reisenden, als sie, auf der Heimreise begriffen, vom 24. bis 26. August am niederländischen Hofe verweilten. Am 24. August abends brach der Volksaufstand in Brüssel aus. Radowitz schreibt darüber von Aachen aus am 27. August seiner Gemahlin: „Während des eigentlichen Kampfes war

es unmöglich, die Stadt zu verlassen; als wir endlich nicht ohne Gefahr wegfuhren, war man eben im Begriff, das letzte Tor zu versperren. So scheußlich dieser Anblick eines Volkes ist, in dem alle Leidenschaften losgebunden sind, so merkwürdig und lehrreich ist mir doch das Ganze gewesen, und abgesehen von meiner Trauer darüber, gäbe ich diese Erfahrung um vieles nicht weg." Das entscheidende Moment für den Sieg der Rebellion lag nach seiner Ansicht in dem Abfall der Armee, die, wie dies in Frankreich so oft geschehen, mit der Volkserhebung gemeinsame Sache gemacht hatte. Diese Wahrnehmung gab ihm Anlaß zu einer gründlichen Behandlung der Frage über die zweckmäßigste Verwendung der Militärmacht bei Volkstumulten.*)

In den politischen Kreisen Berlins war auf die Bestürzung, welche die Kunde von dem Untergang des legitimen Königtums in Frankreich anfangs hervorrief, sehr bald eine leidenschaftslosere Auffassung der Dinge gefolgt. Nachdem England sich beeilt hatte, die Regierung Ludwig Philipps anzuerkennen, und über die gleiche Entschließung Österreichs kein Zweifel obwalten konnte, war die Angelegenheit auch für Preußen so gut wie entschieden. Allerdings traf an demselben Tage, an welchem Friedrich Wilhelm III. das Notifikationsschreiben des Bürgerkönigs in friedlichem Sinne beantwortete, 9. September, im Auftrage des Kaisers Nikolaus General Diebitsch in Berlin ein, um einen gemeinsamen Kriegsplan der europäischen Mächte gegen das revolutionäre Frankreich vorzulegen. Seine Anwesenheit am preußischen Hofe, die sich über mehrere Wochen ausdehnte, hatte die Folge, daß die Kriegspartei, die namentlich unter den jüngeren Offizieren bis zu den Prinzen des Königlichen Hauses hinauf stark vertreten war, noch einmal ihr Haupt erhob, aber von einem Erfolg seiner Sendung konnte unter den obwaltenden Verhältnissen nicht die Rede sein. Dazu kam im November der Ausbruch der Insurrektion in Warschau, der Rußland auf längere Zeit beschäftigte und auch Preußen in die Notwendigkeit versetzte, zum Schutze seiner polnischen Landesteile zwei Armeekorps an die Ostgrenze zu entsenden.

Für Radowitz beginnt mit der Julirevolution eine neue Richtung seiner literarischen Tätigkeit. Bisher war er, abgesehen von den früher erwähnten Besprechungen militärischer Werke,*) nur in seinem Spezialfach, der Mathematik, schriftstellerisch aufgetreten; einen historischen Versuch über die Revolution in den Kolonien des spanischen Südamerika, an dem er in den Jahren 1827 und 1828 arbeitete, hatte er unvollendet liegen lassen: jetzt trieb ihn eine unwiderstehliche Neigung auf das Gebiet der Tagespolitik. Seit dem Frühjahr 1831 beschäftigte er sich mit dem Plane einer Wochenschrift, deren Aufgabe es sein sollte, die konservativen Elemente zu einem gemeinsamen Kampfe gegen den wiedererwachten Geist der Revolution um ihre Fahne zu vereinigen.

Der Gedanke, der von Radowitz ausging, fand bei seinen Gesinnungsgenossen lebhaften Anklang. In erster Reihe begegnen wir hier wieder den uns schon bekannten Männern des Canitzschen Kreises. Die Vereinigung in dem Hause Hinter der katholischen Kirche hatte freilich längst aufgehört, als Canitz im Februar 1828 zur Vermittelung des Friedens zwischen Rußland und der Türkei mit einer diplomatischen Sendung nach Konstantinopel betraut worden war, von der er erst im Sommer 1829 zurückkehrte; allein die persönlichen Beziehungen zwischen den Gerlachs, Voß, Schenckendorf und Radowitz erlitten dadurch keine Unterbrechung. Die Freunde versammelten sich jetzt in der Wilhelmstraße, bei dem Vetter der Frau v. Radowitz, Karl v. Voß, der zum großen Ärger der Liberalen im Februar 1828 die Vertrauensstellung eines Vortragenden Rates bei dem Kronprinzen erhalten hatte.

Der Älteste der Gerlachs, Wilhelm, der das Unglück gehabt hatte, seine Gattin zu verlieren,**) lebte, zuletzt als Obertribunalsrat, bis zum November 1831, wo er zum Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. O. ernannt wurde, in Berlin; aber auch nach seiner Versetzung blieb er mit dem verwandten und befreundeten Kreise in der Hauptstadt in engster Verbindung. Am wohlsten fühlte er sich in dem Radowitzschen Hause, da Frau Marie und ihr Gemahl unablässig bemüht waren, ihn in seiner Vereinsamung zu trösten und aufzurichten. Seltener ließ sich Ludwig v. Gerlach blicken,

*) Vgl. S. 177. — **) Vgl. S. 45.

seitdem er im Sommer 1829, sehr frühzeitig für sein Lebensalter, zum Direktor am Landgericht in Halle ernannt worden war. Gleichwohl nahm gerade er an den Beratungen über das Programm des Wochenblattes hervorragenden Anteil,*) denn schon damals war sein Ruf als literarischer Vorkämpfer der konservativ-strenggläubigen Partei fest begründet. Er gehörte zu den schlagfertigsten Mitarbeitern der Evangelischen Kirchenzeitung, die seit dem 1. Oktober 1827 unter der Führerschaft Hengstenbergs erschien. Unmittelbar nach seiner Anstellung in Halle hatte er einen heftigen Federkrieg gegen die Hauptvertreter der rationalistischen Richtung begonnen. Die Angriffe auf die Professoren Gesenius und Wegscheider, die „wie ein Funke in ein Pulverfaß fielen", als sie im Januar 1830**) in der Hengstenbergschen Zeitschrift veröffentlicht wurden, tragen bereits alle wesentlichen Grundzüge an sich, die dem Parteimann Ludwig v. Gerlach bis an sein Lebensende eigentümlich geblieben sind. Seine Stärke beruht auf der Wärme und Wahrhaftigkeit seiner Überzeugungen, seine Schwäche auf dem Mangel einer rein sachlichen, streng wissenschaftlichen Kritik. Die Tendenz, die er verfolgt, ist ihm alles, und seine subjektive Leidenschaftlichkeit verleitet ihn nur allzu häufig zu den ungerechtesten Urteilen über die Ansichten und Beweggründe der Gegner.

Auch Leopold v. Gerlach war durch die Ereignisse in Frankreich, Belgien und Polen, die in einzelnen deutschen Landen Widerhall gefunden hatten, in der Meinung bestärkt worden, daß es die Pflicht der Konservativen sei, den Kampf gegen die allenthalben siegreich vordringenden Mächte des Umsturzes aufzunehmen. Da auch bei ihm durch die Verbindung mit Hengstenberg eine starke Neigung für den literarischen Tageskampf erwacht war, ging er bereitwillig auf den Plan des Politischen Wochenblattes ein.

Trotzdem fehlte es bei den Erörterungen, die unter den Freunden stattfanden, nicht an Meinungsverschiedenheiten. Die Hauptschwierigkeit lag in der Wahl einer geeigneten Persönlichkeit für

Jarcke gerichtet. Aber Jarcke war Konvertit, und die Befürchtung lag nahe, daß dieser Umstand dem Wochenblatt gerade in den Kreisen, die es für sich gewinnen wollte, zum Nachteil gereichen werde. Namentlich Hengstenberg warnte die Gerlachs vor der Gemeinschaft mit den „Proselytenmachern".*) Ganz ohne Einfluß blieben die Vorstellungen von dieser Seite nicht: erst allmählich, nachdem sie mit Jarcke näher bekannt geworden waren, ließen Ludwig und Leopold ihre Bedenken fallen.

Es dauerte noch mehrere Monate, ehe die Zeitschrift ins Leben treten konnte. Zunächst bedurfte es der Genehmigung des Königs, und wenn Friedrich Wilhelm III. auch dem Unternehmen nicht abgeneigt war, so hielt er es doch für nötig, zuvor die Meinungsäußerung der verschiedenen Ressorts zu hören, die an dem sehr verwickelten Betriebe der Preßüberwachung beteiligt waren, der Ministerien des Innern, des Äußern, des Kultus und des Königlichen Hauses. Außerdem war gerade in dieser Zeit der Stabschef der Artillerie mit Dienstgeschäften überlastet, die ihm wenig Muße für andere Dinge übrig ließen. Wie im Osten, so waren auch im Westen der preußischen Monarchie außerordentliche militärische Maßregeln ergriffen worden, mit Rücksicht auf die Vorgänge in Belgien und die Gefahr einer Einmischung Frankreichs, aus der ein kriegerischer Zusammenstoß zwischen den deutschen Mächten und dem unruhigen Nachbar sich hätte entwickeln können. Das IV. Armeekorps wurde aus der Provinz Sachsen an den Rhein vorgeschoben, die Festungen in der Rheinprovinz mußten in Verteidigungszustand gesetzt, für die Verstärkung des artilleristischen Materials und die Herbeischaffung der Munition mußte Sorge getragen werden. Alle Obliegenheiten, die sich daraus ergaben, vor allem die ganze Korrespondenz mit den Militärbehörden, ruhten auf den Schultern Radowitz'.

Eine einzelne Episode aus dem damaligen Leben unseres Freundes, die nicht unerwähnt bleiben darf, bezieht sich auf einen allerdings nur kurzen brieflichen Verkehr mit dem Dichterfürsten in Weimar. Die Veranlassung dazu gab das fortgesetzte Interesse, das Goethe an dem künstlerischen Entwickelungsgange Gerhards

v. Reutern nahm.*) Dieser strebsame und talentvolle Livländer hatte im Laufe der Jahre durch fleißige Studien im Auslande und an der Akademie in Kassel in der Beherrschung der Technik bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Er war kein Künstler ersten Ranges, aber seine Leistungen auf dem damals so beliebten Gebiete der Genremalerei erwarben durch Sauberkeit der Ausführung und lebensfrische Wiedergabe der Natur mannigfache Anerkennung. Vielleicht sein gelungenstes Werk war eine Reihe von Aquarellen, in denen er mit treffender Charakteristik Szenen aus dem hessischen Bauernleben veranschaulichte. Seine Bilder fanden Eingang in die Petersburger Eremitage und in den Salon der Kronprinzessin von Preußen; Kaiser Nikolaus ernannte ihn zu seinem Hofmaler und bewilligte ihm ein Jahresgehalt; Schinkel, der selbst ein vortrefflicher Zeichner war, fand Gefallen an den Arbeiten Reuterns, die Radowitz ihm vorlegte. Der eifrigste Bewunderer des Künstlers aber war Goethe. In den Gesprächen mit Eckermann hat er den Aquarellbildern das schmeichelhafteste Lob gespendet.**) Der Bitte Reuterns willfahrend, versah er eins der ihm vorgelegten Bilder mit einer eigenhändigen Widmung. Da ihm der augenblickliche Aufenthalt des Künstlers, der eine Reise nach Rußland unternommen hatte, unbekannt war, sandte Goethe das für Reutern bestimmte Schreiben mit einigen Begleitworten an Radowitz, der auf diese Weise in den Besitz eines kostbaren Autographs gelangte und am 21. Mai dem Dichter die gewünschte Auskunft gab.

In der letzten Woche des Juli 1831 unternahm Radowitz abermals eine Dienstreise in Begleitung des Prinzen August, diesmal nach Schlesien, zur Besichtigung der Festungen Glogau, Breslau und Schweidnitz. Aus Oels schreibt er am 3. August seiner Gemahlin: „Wir waren heute nachmittag in Fürstenstein***), wo der

*) Vgl. S. 152. — **) 1. April 1831. In dem sehr ausführlichen Urteil Goethes heißt es mit Bezug auf ein Bild Reuterns: „Die Aquarellmalerei steht in diesem Bilde auf einer sehr hohen Stufe. — Wenn dieser Künstler auch keinen

Kronprinz den Geburtstag des Königs feiert. Dort faßte mich dieser, dem der Prinz August gesagt hatte, daß meine Geschäfte abgetan seien, und verlangte von mir, ich sollte ihn auf einem Wege in das Gebirge begleiten, den er übermorgen antreten will. Er legte so unbeschreiblich viel Herzlichkeit und Liebe in dieses Anerbieten, nahm die Sache so völlig persönlich, daß ich nicht gewußt hätte, wie ich es hätte anfangen sollen, ein Nein zu sagen. Meine Empfindung hierbei ist sehr geteilt. Von der einen Seite freut mich dieses Benehmen des Kronprinzen gerade nach den Explikationen, die ich unlängst mit ihm gehabt habe. Auf der anderen Seite aber verläßt mich der Gedanke nicht, daß ich von Dir länger getrennt bin." Von Fürstenstein aus setzte sich die Karawane, zu der auch der Kronprinz Maximilian von Bayern, der während seines Studienaufenthaltes in Berlin mit Radowitz bekannt geworden war, und Prinz Karl von Preußen gehörten, am 5. August in Bewegung. Das Programm lautete: am 5. und 6. August Adersbach und Trautenau in Böhmen, am 7. eine Fußwanderung auf die Schneekoppe und am 8. über den Kamm des Gebirges, am 9. durch das Schmiedeberger Tal Rückkehr nach Fürstenstein, wo die Kronprinzessin ihren Gemahl erwartete. „Die Reise mache ich mit Gröben*) in meinem Wagen," bemerkt Radowitz; „es ist mir nicht unlieb, eine längere Zeit mit ihm allein zu sein und mich mit ihm über manche Dinge auseinandersetzen zu können."

Die Verhandlungen über das Wochenblatt waren inzwischen zum Abschluß gebracht worden. Am 10. September wurde der von Radowitz entworfene Prospekt durch Jarcke dem Ministerium des Innern überreicht, am 25. September aus dem Kabinett des Königs bestätigt. Am 8. Oktober 1831 verließ die erste Nummer des Berliner Politischen Wochenblattes die Presse.**) An der Spitze des Blattes stand als Wahlspruch das Wort des Grafen Joseph de Maistre: Nous ne voulons pas la contrerévolution, mais le contraire de la révolution. In der Ankündigung hieß es: „Der Zweck dieser

Zeitschrift ist, der Revolution in jeder ihrer Gestalten entgegenzutreten, die Angriffe des ausländischen Journalismus zurückzuweisen und die schlechten politischen Lehren durch die guten zu bekämpfen." Diesen Zweck hoffte man zu erreichen durch Darstellung und Beurteilung der wichtigsten Vorgänge in der äußeren und inneren Politik der europäischen Staaten und durch politische, historische und staatswirtschaftliche Aufsätze, „die nicht sowohl dem unmittelbaren Interesse des Augenblicks, als der Entwickelung der richtigen Doktrinen überhaupt angehören." Die Verfasser der Aufsätze wurden nicht mit Namen genannt, doch wußte alle Welt, daß der theoretische Vorkämpfer der Restauration, Haller, zu den Mitarbeitern gehörte, und daß hinter Jarcke ein leitendes Komitee stand, dessen Seele Joseph v. Radowitz war. Äußerst treffend ist in dieser Hinsicht die Bemerkung der Gräfin Sophie Bernstorff: Wer die ersten Jahrgänge des Wochenblatts las, hörte Radowitz reden.*) Das Komitee hielt regelmäßige Sitzungen ab, in denen die aufzunehmenden Artikel geprüft wurden; in diesen Konferenzen liegt die Haupttätigkeit des so viel genannten und noch mehr geschmähten „Klubs der Wilhelmstraße".

Die konstitutionellen Zugeständnisse, zu denen unter den Nachwirkungen der Julirevolution und dem Druck revolutionärer Bewegungen die Regierungsgewalten in mehreren deutschen Staaten sich entschließen mußten, konnten nicht spurlos an Preußen vorübergehen. Der Landtag der Provinz Westfalen, der im Dezember 1830 zusammentrat, erinnerte an die früheren Verheißungen einer allgemeinen Landesrepräsentation. In seiner einflußreichen Stellung als Landtagsmarschall wußte der Freiherr v. Stein zwar die Einbringung eines förmlichen Antrages zu hintertreiben; immerhin aber lag in dem Vorgehen des Landtags ein bedeutsames Symptom der öffentlichen Stimmung. Während in den gouvernementalen Kreisen die Angelegenheit geflissentlich totgeschwiegen wurde, war der Kronprinz weit entfernt, diese indifferente Auffassung zu teilen. Von Anfang an hatte er nicht nur der Verfassungsfrage das leb-

als die für die politischen und sozialen Verhältnisse Preußens wichtigste Aufgabe der Gesetzgebung. Es war für ihn im höchsten Grade eine Gewissenssache, die er auch seinem Vater gegenüber betonte, daß die seit dem Finanzedikt vom 27. Oktober 1810 in den Königlichen Erlassen so oft, zuletzt noch in dem Gesetz über die Regelung des Staatsschuldenwesens vom 17. Januar 1820, wiederholten Verheißungen einer Nationalrepräsentation in Erfüllung gehen müßten.

Schon vor dem Erlaß vom 5. Juni 1823 über die Anordnung der Provinzialverfassung beschäftigte ihn der Gedanke einer künftigen Organisation der „allgemeinen Stände".*) Was ihm vorschwebte, war die Einrichtung eines von den Provinziallandtagen zu wählenden Gesamtausschusses, dem eine beratende und gutachtende Stimme über die allgemeinen Landesgesetze, namentlich soweit sie die persönliche Freiheit, die Rechte des Besitzes und die Steuerbewilligung betrafen, eingeräumt werden sollte. Seine Verfassungsideen bewegen sich in der Verbindung der allgemeinen Interessen des Staates, die durch die Generalstände, und der landschaftlichen, die durch die Provinzialstände zu vertreten seien. Die Voraussetzung dabei war freilich, daß die Landesrepräsentation sich nur im engsten Anschluß an die organische Gliederung der Verfassung herausbilden dürfe: keine Erweiterung der politischen Rechte durch Festsetzung eines willkürlichen Zensus, — und vor allem keine Konstitution.

Wie Leopold v. Gerlach berichtet, ist damals die Frage, ob es nicht geraten sei, durch einen freiwilligen Akt der Krone eine allgemeine Landesvertretung ins Leben zu rufen, in der Umgebung des Kronprinzen mehrfach in Erwägung gezogen worden.**) Gerlach war der Meinung, man müsse den Forderungen der Konstitutionellen, die sich sonst der Bewegung bemächtigen würden, durch Berufung der Ausschüsse zuvorkommen. Radowitz dagegen hielt das Experiment für bedenklich, weil eine allgemeine Ständeversammlung, welche Form der Zusammensetzung ihr auch verliehen werden möge, ihr Werk unfehlbar mit dem Verlangen nach einer Repräsentativverfassung beginnen würde. Für den Kronprinzen war es ent-

*) Vgl. das Schreiben Friedrich Wilhelms an Stein vom 18. Oktober 1822, bei Pertz, Leben Steins, V, S. 730 ff.

**) Denkwürdigkeiten, I, S. 60.

scheidend, daß der König von Generalständen nichts hören wollte. Seit dem Ende des Jahres 1830 trat in der ständischen Frage ein Stillstand ein, der für die Zukunft die schlimmsten Folgen haben mußte: mächtiger und siegesbewußter als je erhob die ständische Partei ihr Haupt.

In diese Zeit fällt die Begründung des „Politischen Wochenblattes". Ohne Zweifel entsprach die Tendenz der Zeitschrift im großen und ganzen den Anschauungen Friedrich Wilhelms; für eine direkte Beeinflussung von seiten des Kronprinzen findet sich jedoch in dem Radowitzschen Nachlaß kein Anhaltspunkt. Die „Historisch-politische Zeitschrift", die in engster Verbindung mit der historischen Rechtsschule Savignys, unter Führung Leopold Rankes seit dem März 1832 erschien, stand dem Kronprinzen ebenso nahe als das Parteiorgan des Klubs der Wilhelmstraße. Die Zeitschrift Rankes verwahrte sich gegen die Abhängigkeit von irgend einer Partei, aber auch sie vertrat vorwiegend die konservativen Interessen. In der Einleitung des Herausgebers stellte sie den „gesetzmäßigen Fortschritt" der „ungeduldig zerstörenden Neuerung", das hieß mit anderen Worten, dem Liberalismus, gegenüber. Wer das Glück gehabt hat, zu den Füßen des großen Historikers zu sitzen, weiß, daß Ranke noch weit später in seinen Vorlesungen über die neueste Geschichte die Daseinsberechtigung des konstitutionellen Systems mit vorsichtiger Zurückhaltung behandelte.

Die Historisch-politische Zeitschrift strebte danach, unter meisterhafter Anwendung der historischen Methode den Entwickelungsgang des Bestehenden darzustellen,*) während sie die Probleme der Fortbildung des historisch Gewordenen nur gelegentlich streifte. Ungleich streitlustiger und rücksichtsloser griff das Wochenblatt in den aktuellen Kampf der Parteien ein. Die Stellung, die Radowitz in diesem literarischen Kreise einnimmt, ist dadurch bezeichnet, daß er, wie in seinen früheren Jahren, so auch jetzt als ein unbedingter Anhänger des Herrschertums von Gottes Gnaden und zugleich als

*) Vgl. Alfred Dove in der Einleitung zu dem unter dem Titel „Zur Ge-

ein entschiedener Gegner der absoluten Staatsgewalt auftritt. Die Despotie in ihren beiden Formen, als unbeschränkter Wille eines einzelnen Fürsten oder als Allmacht einer herrschenden Bureaukratie, führt nach seiner Ansicht in ihren letzten Wirkungen zu demselben Ergebnis wie die Souveränität des Volkes, — zur Revolution, deren Wesen eben darin liegt, daß die Willkür den Sieg über das Recht davonträgt.

Statt nun aber die gesetzliche Ordnung des Staates aus der Gesamtheit seiner geschichtlichen Entwickelung und den mit dem Wechsel der Zeit sich stetig verändernden Bedürfnissen der Gesellschaft abzuleiten, konstruierten Radowitz und seine Parteigenossen ihre Staatsidee aus den Abstraktionen der christlich-germanischen Lehre. Der Satz, den Radowitz schon vor zehn Jahren ausgesprochen hat, „der Zweck des Staates ist es, die göttliche Ordnung in den menschlichen Dingen aufrecht zu erhalten",*) bildet nach wie vor den Ausgangspunkt seiner Erörterungen des Staatsbegriffes. Dasselbe gilt von seinen Freunden. „Das Recht," sagt Wilhelm v. Gerlach, „ist der ewige Wille in den Ordnungen Gottes, welche sowohl das Verhältnis des Menschen und seines Willens zur Natur, als auch das Verhältnis des Menschen zum Menschen in allen seinen Verhältnissen von der Ehe bis zum Staate bestimmt und festsetzt."**) Die religiösen Folgerungen dieser Theorie treten am schärfsten hervor bei Ludwig v. Gerlach, dessen „Gottesstaat" darauf hinausläuft, die gesamte Gesetzgebung mit dem Geiste der christlichen Offenbarung zu durchdringen und das ganze öffentliche Leben unter die Vormundschaft der kirchlichen Autoritäten zu stellen.

Fast auf jeder Seite des Wochenblattes kehrt das Thema von dem göttlichen Ursprung des Staates wieder, in unaufhörlichen Variationen, die als Beweis dafür dienen sollen, daß in dem ständischen Staat das vollendete Abbild der aus dem göttlichen Willen hervorgegangenen Staatsordnung gegeben sei. Denn nicht nur die oberste Staatsgewalt hat ihre Berechtigung von Gottes Gnaden, sondern die gesamte geschichtliche Entwickelung des Feudalstaates und seiner Einrichtungen beruht auf göttlicher Fügung. „Der ständische Staat," heißt es in einem Artikel des Wochenblattes über

*) Vgl. S. 156 ff. — **) Politisches Wochenblatt III, S. 50, 28. Februar 1833.

Revolution und Absolutismus, „ist keine willkürlich gemachte Einrichtung, sondern das Ergebnis des gesamten rechtlichen und politischen Lebens der christlich-germanischen Welt.*) — Die einfachste und schon dem Wortlaute nach notwendige Voraussetzung einer ständischen Verfassung sind Stände. Das Dasein dieser letzteren beruht auf der durch die Natur der Dinge gegebenen Verschiedenheit der Beschäftigung, Lebensweise, Sitten, Rechte und Interessen der im Lande lebenden Menschen. Die Stände bestanden jedoch nicht bloß durch die Natur der Dinge, als ein sich von selbst verstehendes Faktum; sie hatten auch insofern eine rechtliche Existenz, als sie bestimmte und organisierte juristische Körperschaften bildeten. Die auf den Landtagen erscheinenden Deputierten der ständischen Körperschaften waren zunächst bloße Mandatarien, welche eine bestimmte juristische Person, mit juristisch bestimmten Rechten und Pflichten, mit natürlichen und deshalb partikulären Interessen vertraten; von diesen ihren Kommittenten erhielten sie bestimmte Instruktionen, sowohl über die Anträge, die sie an den Landesfürsten zu stellen, als über die Rede und Antwort, die sie ihm auf seine Anträge zu geben hatten. Der Landesherr verhandelte also nicht mit souveränen oder nur ihrem Gewissen verantwortlichen Vertretern eines allgemeinen Wohls, sondern mit bestimmten Rechten und Interessen bestimmter Personen, — dadurch aber, daß alle Interessen und Rechte im großen und ganzen ihre Vertreter und Fürsprecher auf dem Landtage hatten, war mittelbar auch das allgemeine Landeswohl vertreten."

In keinem Punkte tritt der Mangel der historischen Objektivität, den man der christlich-germanischen Schule vorgeworfen hat, greller zutage, als in der Behauptung, daß die ständische Verfassung als diejenige Staatsform zu betrachten sei, welche die vollkommenste Bürgschaft für die Wahrung der Rechte aller in sich trage. Mag die ständische Gliederung sich immerhin aus den Interessen und Lebensbedingungen des mittelalterlichen Feudalwesens als ein „naturgemäßes Produkt" entwickelt haben, so steht doch die Tatsache fest, daß gerade diese Form der Verfassung weder der Macht des Staates noch dem Gesamtwohl des Volkes zur Förderung gereichte. Das

*) Politisches Wochenblatt, III, S. 78 ff., 30. März 1833.

Emporkommen der landständischen Verfassung vollzog sich in einem fortwährenden Kampfe zwischen der fürstlichen Territorialgewalt und den ständischen Korporationen, der allenthalben mit dem Siege der letzteren endete. Wohin man blickt, zeigt sich in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters eine stetig zunehmende Schwächung der fürstlichen Gewalt, während die Macht und Libertät der Stände durch ihre Teilnahme an der Gesetzgebung, das Recht der Steuerbewilligung und den Einfluß, den sie auf die politischen Akte des Staatsoberhauptes, bisweilen selbst auf die Entscheidung über Krieg und Frieden, ausübten, immer üppiger emporwuchs. Das schließliche Ergebnis dieser Entwickelung war die vorherrschende Interessenwirtschaft des unbeweglichen Grundeigentums. Das eine Ideal der feudalen Partei, die Einschränkung des absoluten Herrschertums, war damit allerdings erfüllt; desto schlimmer aber stand es mit den Rechten und der Freiheit der nicht privilegierten Klassen des Volkes. Darüber kann kein Zweifel sein, daß die ständische Staatsordnung lediglich das Rechtsverhältnis der Regierenden und der Bevorrechteten umfaßte. Die große Masse des Volkes hatte keinen Anteil an den Transaktionen der herrschenden Gewalten; jedes aktiven, politischen Rechtes entbehrend, stand sie außerhalb des Untertanenverbandes. Das Politische Wochenblatt hat diese Tatsache wohl gefühlt, aber sich bemüht, dieselbe zu verschleiern, indem an unzähligen Stellen die Behauptung aufgestellt wird, daß die Grundherren dem Fürsten gegenüber nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern auch die der von ihnen abhängigen Hintersassen vertreten hätten. Wie schlecht es mit diesem vermeintlichen Rechtsschutz bestellt war, geht zur Genüge daraus hervor, daß in dem vielgepriesenen Ständestaat die Hauptlast der auf den Landtagen bewilligten Kontributionen nicht von dem privilegierten Eigentum, das mit selbstsüchtiger Zähigkeit seine Steuerfreiheit zu bewahren wußte, sondern von den hörigen Leuten getragen wurde.

Die praktische Nutzanwendung der von der Feudalpartei aufgestellten Theorien offenbart sich am deutlichsten in der unablässigen Fehde gegen den konstitutionellen Verfassungsstaat, die das eigentliche Leitmotiv des Politischen Wochenblattes bildete. Der ständische Staat, der auf erworbenen Rechten beruht, ist die wahre, der konstitutionelle, der von der Willkür der Majoritäten und den un=

berechenbaren Strömungen der öffentlichen Meinung beherrschte, ist die falsche Freiheit. In einem Artikel des Wochenblattes vom 24. Dezember 1831 heißt es: „Das Repräsentativsystem ist nicht bloß ein Durchgangspunkt zur Republik, sondern es ist, dem Wesen nach, schon die Republik selbst, und zwar: Volksherrschaft durch Deputierte."

Auf diesem Gebiet des Kampfes gegen die konstitutionellen Ideen stand nun auch Radowitz voll und ganz seinen Mann, während er die kritische Besprechung der inneren Angelegenheiten Preußens, die ohnehin bei der Engherzigkeit der Zensurbehörden mit großer Vorsicht und Zurückhaltung gehandhabt werden mußte, in weiser Selbstbeschränkung seinen von Geburt dem preußischen Staate angehörigen Freunden überließ. Wie später Ludwig v. Gerlach in seinen berühmten „Rundschauen" für die Kreuzzeitung, so schilderte er in wöchentlichen oder monatlichen Übersichten die wichtigsten politischen Ereignisse in den auswärtigen Staaten. Sein Hauptaugenmerk blieb immer auf Frankreich gerichtet, als auf dasjenige Land, von dem aus die fremdländische Wucherpflanze der Konstitutionen auf Deutschland übertragen worden sei. Ein abgeschworener Feind der Charte von 1814 — „die unheilvolle Mutter einer Restauration, welche nichts restaurierte"*) nennt er sie, — ist Radowitz im Gegensatz gegen Leopold v. Gerlach und Jarcke, welche die verhängnisvollen Ordonnanzen Karls X. nicht nur als einen politischen Mißgriff bezeichneten, sondern auch die Rechtsgültigkeit dieser die Verfassung außer Kraft setzenden Verordnungen in Zweifel zogen, der Meinung, daß kein naturgemäßes oder göttliches Recht dem König verbieten konnte, einen Zustand aufzuheben, der sich durch die Erfahrung als unvereinbar mit der Souveränität der Krone herausgestellt habe. Wenn er unter dem unmittelbaren Eindruck der Julirevolution die Ansicht ausspricht, daß die Großmächte, statt ohne weiteres die Herrschaft Louis Philipps anzuerkennen, durch den Druck einer gemeinsamen Kriegsrüstung gegen Frankreich bestimmte Bürgschaften für die Erhaltung der Ruhe Europas hätten verlangen müssen, so besänftigte sich dieser chauvinistische Gedanke zwar allmählich, aber die Stimmung des

*) Politisches Wochenblatt III, S. 290, 16. November 1833.

Jahres 1830 klingt noch sehr deutlich hindurch in mehreren Artikeln des Wochenblattes, in denen Radowitz durch eine zahlenmäßige Zusammenstellung der Streitkräfte Frankreichs und Deutschlands die Überlegenheit der deutschen Waffenmacht nachzuweisen sucht.*) Nicht einen Augenblick hat ihn seit jener Zeit die Überzeugung verlassen, daß es früher oder später zu einem Kampfe mit dem revolutionären Frankreich kommen müsse. Deshalb verfolgt er nach wie vor die Entwickelung der französischen Streitmacht mit der größten Aufmerksamkeit: er ist der erste gewesen, der die Blicke der militärischen Kreise Deutschlands auf die damals auftauchenden Pläne der Befestigung von Paris gelenkt hat.**)

Der energische und oft sehr herausfordernde Ton, mit dem die Männer des Wilhelmstraßen-Klubs ihre Ansichten vortrugen, fanden im Lager der Konservativen allgemeinen Beifall. Namentlich in den ländlichen Kreisen der östlichen Provinzen gab es unendlich viele, denen die tapfere Verteidigung der Legitimität und der ständischen Rechte als ein Orakel der höchsten Weisheit erschien. Wie die Evangelische Kirchenzeitung, die Pastoralkonferenzen, die Missionsvereine und die Konventikel der Frommen auf dem religiösen, so gehörte auf dem politischen Gebiet das Wochenblatt zu den Waffen, mit denen die feudal-kirchliche Partei ihr Terrain zu behaupten und zu erweitern wußte. Gerade die reaktionäre Tendenz des Blattes, das ohne Umschweife für die Wiederherstellung der landständischen Verfassung plädierte, gereichte dem größten Teil der Leser zur wahren Herzensstärkung. Wenn Leopold v. Gerlach in einem Aufsatz über den Kampf der Revolution gegen das Eigentum auf die Verluste hinwies, welche der Grundbesitz des Adels und der Korporationen durch die „revolutionären Neuerungen" erlitten hatte,***) so deckte das Klagelied, das er anstimmte, sich genau mit den Bestrebungen der damaligen Agrarier, die über die Reformen von 1807 und 1808 noch ebenso dachten wie die Notabeln von 1811.

Ganz besonders machte das Wochenblatt es sich zur Aufgabe, die politischen Zustände der konstitutionellen Staaten Deutschlands

*) Politisches Wochenblatt I, S. 2. 7. 9. Oktober 1831

im ungünstigsten Lichte darzustellen. In der Behandlung dieser Frage durfte das literarische Komitee der Wilhelmstraße sich den weitesten Spielraum gestatten, da es die Regierung auf seiner Seite hatte. Das Umsichgreifen einer radikalen Bewegung im südlichen und westlichen Deutschland hatte bekanntlich die Kabinette von Wien und Berlin im Herbst des Jahres 1831 veranlaßt, über vorbeugende „Maßregeln zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit Deutschlands" in Beratung zu treten.*) Die unbesonnenen Kundgebungen, welche die demokratischen Parteien in den Staaten jenseits des Mains am 27. Mai 1832 auf dem Hambacher Schlosse in Szene setzten, trugen wesentlich dazu bei, daß die deutschen Regierungen nach dem österreichisch-preußischen Vorschlage jene sechs Artikel der Bundesbeschlüsse vom 28. Juni annahmen, welche das Verfassungsleben in den Einzelstaaten der Aufsicht einer Bundeskommission unterwarfen, die Zügelung der Presse und zur Unterdrückung revolutionärer Umtriebe die gegenseitige Unterstützung der Bundesmächte anordneten.

Das Politische Wochenblatt hatte in seiner tendenziösen Weise die Jugendtorheit, die der deutsche Liberalismus auf dem Hambacher Feste beging, die Verbrüderung mit den französischen Revolutionären, die Entfaltung der schwarz-rot-goldenen Fahne, die Polenschwärmerei und manches andere so dargestellt, als ob durch diese „politische Walpurgisnacht" Deutschland an den Abgrund republikanischer Erschütterung geraten sei. Mit um so größerer Genugtuung begrüßte die Presse des Wilhelmstraßen-Klubs das Vorgehen des Bundestages, in welchem sie einen wichtigen Schritt zur besseren Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland, ja in Europa glaubte erblicken zu dürfen.**)

Wie sehr Radowitz sich damals in dem Fahrwasser der Repressivmaßregeln des Bundestages bewegte, lehrt eine Episode, die schon deshalb Beachtung verdient, weil sie ihm zum ersten Male Gelegenheit gab, wenn auch auf einem beschränkten Gebiet, seine

jenige, in welchem der Kampf zwischen den Ständen und der Fürstengewalt den bedenklichsten Charakter angenommen hatte. Die Verfassung vom 2. Januar 1831, von der alle inneren Parteiungen bis an das Ende der Tage des Kurfürstentums ausgegangen sind, war im eigentlichen Sinne des Wortes dem Landesherrn von dem Volkswillen abgerungen worden. Mit der Schwächung, welche die oberste Staatsgewalt durch diese Veränderung erlitten hatte, hängt es zusammen, daß das Mißtrauen und der Geist der Auflehnung auch nach dem Erlaß der Konstitution fortdauerte. Namentlich richteten sich die öffentlichen Demonstrationen gegen die Gräfin Reichenbach, die in dem Verdacht stand, den Kurfürsten in seinen absolutistischen Neigungen zu bestärken. Als die Gräfin sich der ihr drohenden Gefahr durch die Flucht entzog, folgte Wilhelm II. seiner Maitresse ins Ausland und übertrug seinem Sohne, dem Kurprinzen Friedrich Wilhelm, der sich im August 1831 mit seinem damals schwer erkrankten Vater versöhnt hatte, die Regentschaft.

Da jedermann in Kassel wußte, daß der Kurprinz ein Gegner der Verfassung war, ließ die aufgeregte Bevölkerung der Hauptstadt keine Gelegenheit vorübergehen, um ihm ihren Unwillen zu bezeigen. Einen sehr ergiebigen Vorwand dazu bot die früher erwähnte Differenz, die zwischen dem Prinzen und seiner Mutter entstanden war. Friedrich Wilhelm hatte unmittelbar nach der Übernahme der Regentschaft der ehemaligen Frau Lehmann den Stand und Rang einer Gräfin von Schaumburg verliehen, die Kurfürstin Auguste aber, die jetzt in Kassel lebte und mehr als je allgemeine Verehrung genoß, weigerte sich standhaft, diese dem Kurprinzen heimlich, ohne Bewilligung seiner Eltern, angetraute Dame in ihren Gemächern zu empfangen. Der Prinz, der sich schon als Souverän fühlte, ging in den Racheakten, die er gegen seine Mutter ausübte, so weit, daß er ihr schließlich den Besuch der Hofloge im Theater untersagte. Die Entrüstung, die sich darüber in der Stadt kundgab, bewog zwar den Regenten, sein Verbot zurückzunehmen; aber als die Kurfürstin am 7. Dezember 1831 zum ersten Male wieder in das Schauspiel fuhr, begrüßten die auf den Straßen versammelten Volksmassen sie mit stürmischen Ovationen, die sich nach dem Schluß der Vorstellung wiederholten. Dann rückte die tobende Menge vor das Palais des Kurprinzen und trieb dort allerhand Unfug, bis

15*

zuletzt auf Befehl des Regenten durch das Einschreiten der Garde du Corps dem Tumult ein Ende gemacht wurde.

Die Begebenheiten der „Garde du Corps-Nacht", die in Kassel eine leidenschaftliche Gärung erzeugt hatten, blieben am Berliner Hofe nicht unbekannt. Radowitz erhielt von seinem Jugendfreunde, dem Kammerherrn Treusch v. Buttlar*), einen Bericht, den er zur Kenntnis des Kronprinzen brachte. Die Rücksendung dieses Schriftstückes begleitete Friedrich Wilhelm mit dem folgenden Handbillett:

„Viel herzlichen Dank, bester Radowitz, für die interessante Kasseler Mitteilung. Fordern Sie diesen Buttlar auf, fleißig Nachricht zu geben und teilen Sie sie mir dann wieder gütigst mit.

Der Mann ist durch die Schlechtigkeit seiner Serenissimi Constituzionell und Charten-schwärmer: die Seuche schändlicher Regierungen! Doch sprech' ich mit Schiller — diesen Buttlar geb' ich noch nicht auf, Addio. 13. Dezember 1831."**)

Die Gärung, die das ganze Hessenland ergriffen hatte, wurde verschärft durch die Ernennung Hassenpflugs zum Minister der Justiz und des Innern im Mai 1832. Das System Hassenpflugs bestand von Anfang an darin, den Forderungen der Kammer, die sich damals hauptsächlich auf ein schon durch die Verfassung in Aussicht gestelltes Preßgesetz bezogen, passiven Widerstand entgegenzusetzen, indem er die Ausführung der ständischen Beschlüsse bei dem Regenten hintertrieb. In der Hoffnung, für seine Pläne einen Rückhalt bei der preußischen Regierung zu finden, wandte er sich an seinen Jugendfreund Radowitz mit der Bitte, die Abberufung des bisherigen preußischen Gesandten Hänlein zu bewirken, der wegen Altersschwäche den Aufgaben seines Amtes nicht mehr gewachsen sei. In seiner Antwort an Hassenpflug schreibt Radowitz: „Das Erste und Unerläßlichste, was jede Regierung, in welcher Form sie sich auch bewege, bedarf, ist Autorität. Ohne solche kann weder ein konstitutioneller noch irgend ein anderer Staat regiert werden."

Die Regierung darf sich nicht passiv verhalten, sondern sie muß selbst die Initiative ergreifen und sich deutlich darüber aussprechen, was sie will. „Man lege den Ständen Gesetze vor, die dem Lande das größte Maß wahrer Freiheit gewähren, das jederzeit in der Auflösung des administrativen Despotismus und der Zentralisation, in der Emanzipation der Korporations- und Privatinteressen besteht. Setzt die Ständeversammlung dagegen ihr bisheriges Spiel fort, so löse man sie auf, erkläre sich offen gegen das Land und verlange Deputierte, die ihre Instruktion nicht aus Hambach,*) sondern aus den wahren Interessen des Landes erhalten."

„Glaube nicht, alter Freund, daß ich hier die Anwendung brutaler und unvorsichtiger Gewaltstreiche predige. Ich bin vielmehr sehr der Überzeugung, daß die Regierung sich unter keinen Umständen anderer als wirklich gesetzlicher Mittel bedienen und sich streng in dem Kreise ihrer Befugnisse, ja selbst der beschworenen konstitutionellen Schranken halten muß. Dies schließt aber nicht aus, daß man wahrhaft und kräftig sei, und es ist dieses vielmehr zugleich die einzige Klugheit, die auf die Dauer Stich hält."

„Die Maßregeln, welche jetzt von Bundes wegen eingeleitet werden, sind dazu geeignet, um jeder Regierung, die sich in der Lage der hessischen befindet, eine feste Basis bei ihrem Verfahren zu geben. Daß man in Berlin und in Wien diesen Weg für den einzig richtigen erkennt, weißt Du ohne Zweifel so gut als ich."**)

Die Wirkungen der Intervention, die Radowitz in der hessischen Angelegenheit übernommen hatte, machten sich nach zwei Richtungen hin bemerkbar. Am 26. Juli erfolgte die Auflösung der hessischen Kammer, die eben im Begriff stand, einen Protest gegen die Bundesbeschlüsse zu erlassen, und im August wurde Canitz zum preußischen Gesandten in Kassel ernannt.

Fassen wir die Lebensverhältnisse unseres Freundes gegen Ende des Jahres 1832 zusammen, so tritt uns immer von neuem die Vielseitigkeit seiner Beschäftigungen entgegen. Nur die militärische Erziehung des Prinzen Albrecht hatte seit der Vermählung

desselben mit der Prinzessin Marianne der Niederlande im September 1830 ihr Ende erreicht; im übrigen waren die dienstlichen Pflichten, die auf Radowitz ruhten, unverändert geblieben, und seine literarischen Arbeiten nahmen ihn mehr als je in Anspruch: für den ersten Jahrgang des Wochenblattes hat er nicht weniger als zweiunddreißig Korrespondenzen geliefert. Dazu kamen mancherlei Sorgen des Familienlebens. Am 9. Januar 1832 war der Vater der Frau v. Radowitz, der seit seiner Abberufung aus Neapel im November 1830 das Ehrenamt eines Mundschenken am Königlichen Hofe bekleidete, erst 51 Jahre alt, auf seinem Gute Giewitz einem Lungenschlag erlegen. Radowitz selbst hatte lange Zeit mit einem Augenübel zu kämpfen, das ihm das Arbeiten, namentlich bei Licht, erschwerte. Jede freie Stunde, die ihm blieb, widmete er dem Verkehr in seiner Familie, die sich rasch vergrößert hatte. Das erste Kind des Radowitzschen Ehepaares, Marie, geboren am 13. April 1829, erweckte durch eine ungewöhnliche geistige Begabung die größten Hoffnungen: der Vater sah in den lebhaften, frühzeitig entwickelten Willensregungen dieser Tochter das Widerspiel seines eigenen Charakters. Dann folgte am 5. Dezember 1830 der erste Sohn, Joseph, „Seppi" genannt, der durch seine muntere Liebenswürdigkeit alle Freunde des Hauses entzückte, und am 25. September 1832 ein zweiter Knabe, Clemens.

Der Schwerpunkt der dienstlichen Tätigkeit, in der Radowitz sich bewegte, lag seit dem Jahre 1830 in den persönlichen Beziehungen zu dem Prinzen August. Diese aber beschränkten sich nicht bloß auf das militärische Ressort, sondern das unbedingte Vertrauen und die Freundschaft, die der Prinz seinem Stabschef schenkte, hatten nach kurzer Zeit dahin geführt, daß Radowitz auch in der Besorgung der wichtigsten Privatangelegenheiten seinem hohen Chef unentbehrlich geworden war. Als der Prinz im Herbst 1832 eine Reise nach Italien unternahm, mußte neben seinem Adjutanten, Herrn v. Waldenburg, Radowitz ihn als Reisemarschall begleiten. Schon mehrere Wochen vor der Abreise beschäftigte Radowitz sich eifrig mit der Literatur über Italien, wobei ein Tagebuch des

Auf Veranlassung des Königs, der über die Stimmung und das Militärwesen Süddeutschlands genauer unterrichtet zu sein wünschte, begann die prinzliche Reise mit einem Besuch der Höfe von Hessen-Darmstadt, Baden und Württemberg. Für Radowitz konnte es nur von Vorteil sein, einen Einblick in die süddeutschen Verhältnisse zu gewinnen, nachdem er einmal auf das Gebiet der Politik geraten war. In Darmstadt fand er großes Gefallen an der Freundlichkeit und Sauberkeit der wohlgepflegten Residenz. Bei einem Manöver der hessischen Artillerie am 3. November fiel ihm die vortreffliche Beschaffenheit des Materials ins Auge. Weniger befriedigten ihn die politischen Zustände. Der Großherzog Ludwig II. erschien ihm als ein wohlwollender Fürst, der jedoch in seinem Phlegma den Zeitereignissen ziemlich teilnahmslos gegenüberstand, und auch in dem Minister Du Thil erkannte Radowitz mehr den Theoretiker als den Mann der Tat.

Ein ungleich größeres Lob spendet er den Persönlichkeiten des Großherzogs Leopold I. von Baden und seines Bruders, des Markgrafen Wilhelm. „Sie lieben Preußen auf das innigste," schreibt er am 7. November seiner Gemahlin, „und haben eine Anhänglichkeit an das Königliche Haus, die wirklich rührend ist. Dabei sind es junge kräftige Männer, voller Entschluß und Leben. Der Markgraf Wilhelm, der dazu bestimmt ist, sämtliche Truppen der Rheingrenze zu kommandieren, sagte mir noch am letzten Abend: ‚Ich weiß nicht, welches Schicksal Gott diesem Lande, das im Fall eines Krieges den ersten Stoß aushalten muß, bestimmt hat, aber wenn wir fallen, so soll es mit Ehre sein, und meinen letzten Blutstropfen setze ich daran, ehe ich mich unter das schmähliche Joch der revolutionären Herrschaft Frankreichs beuge.' Der Großherzog selbst hat mir seine Ansichten über die Zeitereignisse mit einer Offenheit und einem Vertrauen dargelegt, für die ich nicht genug danken kann." In dem Reisetagebuch heißt es weiter: „Den Liberalismus und Konstitutionalismus haben sie hier und in Darmstadt bis an den Hals satt; es bedürfte sicher nicht viel mehr als einiger Energie, um dieses Unwesen zu zerstören." Die militärischen Übungen, die auf der Königsau veranstaltet wurden, fielen zur Zufriedenheit der preußischen Kritiker aus.

Von seinen Unterredungen mit Wilhelm I. von Württemberg

erzählt Radowitz: „Der König ist ein Mann von vielen Gaben, leidenschaftlich und ein sehr komplizierter Charakter. Nachdem er mich gestern, 6. November, als ich ihm auf sein Begehren meine Meinung über den Gang der inneren Politik in Württemberg offen aussprach, ziemlich verdrießlich angelassen, setzte er mich heute bei Tafel neben sich und ging auf das lebhafteste auf dieses Thema wieder ein. Du würdest, wenn Du zugehört hättest, Gelegenheit gefunden haben, Deine absolutistische Opposition geltend zu machen, denn eigentlich waren seine Argumente ungefähr die Deinigen, nur etwas logischer ausgedrückt. Er endigte aber damit zu sagen: ‚Wenn ich für das Wochenblatt schriebe, würde ich ebenso schreiben, auch vielleicht so handeln, wenn alles von vorn anzufangen wäre; mais je me trouve embarqué dans cette galère, et il faut bien qu'elle vogue.'" Von dem württembergischen Militär gewann Radowitz eine hohe Meinung: die Übungen bei Ludwigsburg, an denen alle Waffengattungen beteiligt waren, lieferten ein musterhaftes Bild der Ordnung und Disziplin.

Über Schaffhausen und Solothurn wurde in Begleitung des preußischen Gesandten v. Olfers, der den Prinzen an der Schweizergrenze erwartete, die Reise fortgesetzt bis Bern. Die wenigen Mußestunden, die ihm hier gestattet waren, benutzte Radowitz zur Abfassung eines Berichtes an den König über die Eindrücke, welche die Reisenden während ihres Aufenthaltes in den süddeutschen Residenzen empfangen hatten. Prinz August war mit dieser Arbeit so zufrieden, daß er zu seinem Stabschef sagte: nie habe er einen vernünftigeren Gedanken gehabt, als ihn mit auf die Reise zu nehmen.

Eine freudige Überraschung für Radowitz war es, in Lausanne mit Gerhard v. Reutern zusammenzutreffen, der für den Winter sein Standquartier in Vevey aufgeschlagen hatte. In Reuterns Gesellschaft befand sich sein Landsmann, der russische Dichter Wasily Andrejewitsch Joukowski. Ein echter Sohn seines Vaterlandes, hatte Joukowski von Jugend auf sich durch die mannigfaltigsten Wandlungen des Schicksals hindurchgeschlagen. Seine Mutter war eine bei der Erstürmung von Bender gefangene Türkin, die als Leib-

Edelmann Andrei Gregorowitsch Youkowski, nahm den am 29. Januar 1783 geborenen Knaben an Kindesstatt an und befreite ihn dadurch von dem Makel seiner Abstammung. In den Überlieferungen des Altrussentums erzogen, geriet Wasily durch das Studium der französischen, englischen und deutschen Literatur schon im Jünglingsalter auf ganz andere Bahnen. Den größten Einfluß auf die Entwickelung seines eigenen Dichtertalents übten Gottfried August Bürger und Schiller aus. In dem Kriege von 1812 trat er in die Landwehr ein; doch war es weniger die Lust an dem Waffenhandwerk, was ihn dazu trieb, als die glühende patriotische Begeisterung, die seit dem Brande von Moskau alle Stände des russischen Volkes ergriffen hatte. Youkowski wurde, wie sein Biograph sagt,*) der Tyrtäus dieses nationalen Krieges: ein vaterländisches Epos und noch mehr ein Lied auf den Zaren, das sich mit der Musik Lwoffs als Volkshymne bis auf den heutigen Tag behauptet hat, machten ihn zu dem gefeiertsten Dichter Rußlands: die Universität Dorpat, in deren überwiegend deutschen Kreisen er sich von 1815 bis 1817 aufhielt, um seine wissenschaftliche Bildung durch grammatische und historische Studien zu erweitern, ernannte ihn zum Ehrenmitgliede. Für die russische Literatur begann mit der nationalen Erhebung eine Epoche der Entwickelung ähnlich dem Sturm und Drang, welche der klassischen Dichtung Deutschlands vorausging. Mit seinen Freunden, den Turgenjews, Karamsin, Puschkin, Daschkow und anderen gehörte Youkowski zu den Führern des jungen Rußland; durch die Teilnahme, die der Hof, namentlich die Kaiserin-Mutter, seinen dichterischen Arbeiten schenkte, erhielt er eine gesicherte Lebensstellung. Später ernannte der Großfürst Nikolaus, der damals noch liberalen Anschauungen huldigte, ihn zum russischen Sprachlehrer seiner Gemahlin. Die Tochter Friedrich Wilhelms III., Charlotte, die auch in der neuen Heimat sich ihre deutsche Eigenart bewahrte,

*) Karl v. Seidlitz, Wasily Andrejewitsch Youkowski. Ein russisches Dichterleben, Mitau 1870, S. 46. — Einen Auszug aus diesem Buche mit einigen Ergänzungen aus anderen Quellen gab Johannes Janssen, Zeit und Lebensbilder, Freiburg, 1875, S. 213 ff. — Zur Erinnerung an den fünfzigsten Todestag des

hat großen Anteil daran, daß Youkowski es als eine seiner Lebensaufgaben betrachtete, dem freieren Ideeninhalt der klassischen und romantischen Dichtung Deutschlands in dem nordischen Reiche Eingang zu verschaffen: das Verständnis für Bürger, Goethe, Schiller, Herder, Uhland, Rückert, Tieck, Tiedge, Fouqué ist erst durch Youkowskis Übertragungen ins Russische der slavischen Literatur erschlossen worden. Als Begleiter der Großfürstin und späteren Kaiserin auf ihren jährlichen Reisen durch Deutschland kam er seit dem Anfang der zwanziger Jahre in die engste Berührung mit dem deutschen Geistesleben. Mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm stand er seit dem Jahre 1820 im Briefwechsel; Goethes persönliche Bekanntschaft machte er im Jahre 1821, und seine Beziehungen zu Reutern, den er in Dorpat kennen gelernt hatte, befestigten ihn in der Gunst des Dichterfürsten. Ein längerer wiederholter Aufenthalt in Dresden in den Jahren 1821 und 1825 brachte ihn durch den Verkehr mit Tieck und Tidge in nahe Verbindung mit dem Kreise der Romantiker. Tiedge urteilt über den russischen Dichter: „Mit Youkowski beginnt im Lande der Nordslaven die Poesie des Gedankens, der Ausdruck individueller Empfindung. Er führte das russische Volk zuerst in die tiefe Welt germanischer Dichtungen.“*) Seit 1826 leitete er den Jugendunterricht des Großfürsten Alexander; nach glücklicher Erledigung dieses vertrauensvollen Amtes hielt er sich wieder längere Zeit in Deutschland auf: er wurde der unzertrennliche Reisegefährte Reuterns, mit dem er eine gewisse Neigung zum Nomadentum teilte. Durch Reutern war er auch Radowitz schon vor einigen Jahren näher getreten; zu einem innigeren Freundschaftsbunde, der beide Männer dann durch ihr ganzes Leben begleitete, kam es erst seit jener Begegnung am Genfersee.

Nach zweitägiger Fahrt über den Simplon, bei starkem Schneegestöber, treffen die Reisenden am 18. November in Laveno am Lago maggiore ein. Vor der Terrasse ihres Gasthauses liegt die purpurne Barke des Grafen Vitaliano Borromei, die sie am nächsten Tage zu den Borromeischen Inseln führen soll. Bei dem Anblick

Empfindsamkeit ist, förmlich in Ekstase". Auch Radowitz wird von dem Zauber der italienischen Landschaft ergriffen. „Es liegt in diesem Lande etwas Malerisches, wie man es allerdings nirgends findet; die Menschen in ihrer ganzen Eigentümlichkeit, die Kleidung die Wohnung, die Natur, alles dieses ist in einer Weise charakteristisch, daß man überall Bilder sieht." Von diesem Standpunkt aus ist es ihm begreiflich, daß, wer Italien gesehen hat, sich immer wieder mit magischer Gewalt zu diesem Lande des Lichtes und der Farbe hingezogen fühlt. In ihm selbst aber überwiegt eine andere Reflexion: „Meiner ganzen Art," sagt er, „ist der historische Gesichtspunkt noch näher, und dieser ist es daher auch, den ich bei dieser Reise besonders im Auge habe. Das Schicksal der Welt dreht sich um dieses Land, und zwar immer so, daß hier sichtbar ins Leben getreten, wozu die Keime anderwärts gepflanzt worden sind. Die griechische Zivilisation ist der römischen Weltherrschaft, die Christengemeinden in Palästina dem heiligen Stuhle von Rom vorhergegangen." So sehr ihn die Betrachtung des fremden Landes fesselt, gelangt er doch nur selten zu einer Stimmung, die ganz in dem Genuß des Augenblicks aufgeht: die Sehnsucht nach der Heimat, nach Weib und Kind, liegt trotzdem wie ein Alp auf seiner Seele. Unterwegs hat er von neuen Verwickelungen der holländisch-belgischen Frage gehört, an denen wegen des Anrechtes auf Luxemburg der deutsche Bund beteiligt war. „Wie unendlich glücklich würde ich sein," schreibt er, „wenn wir in Mailand die Weisung fänden, gleich zurückzukehren."

Während der fünf Tage, die der Prinz in Mailand verweilte, gab der Befehlshaber der Kaiserlichen Truppen in Lombardo-Venetien, Radetzky, sich alle erdenkliche Mühe, durch großartige Repräsentation den Glanz der österreichischen Herrschaft in das hellste Licht zu setzen. Der ganze italienische Adel war bei einem Konzert versammelt, in welchem die Pasta sang. Die berühmte „Improvisatrice" Rosa Thaddei löste die ihr von dem Prinzen gestellte Aufgabe „das Lob der großen Männer Italiens mit einer Begeisterung und einer poetischen Fertigkeit, die wirklich in Erstaunen setzte". Ein

was er in Mailand sah, hinterließ in ihm das Abendmahl von Leonardo. Die Figuren, soweit sie noch erkennbar sind, erschienen ihm als das Ergreifendste, was die Malerei hervorgebracht hat. „Der Ausdruck des Gesichtes des Heilandes, mit dem er zu Judas spricht: Du sagst es!*) ist eine Verbindung von tiefer Trauer und himmlischer Milde, die man nie vergißt. Hierbei und bei derselben Stelle in Bachs Passion habe ich aufs deutlichste empfunden, welche überirdische Inspiration in der Kunst liegen und wie sie zu einer Auslegerin des göttlichen Wortes werden kann."

Am 27. November kamen die Reisenden nach Genua, wo Carlo Alberto von Sardinien mit seiner Gemahlin Hof hielt. Einem so scharfen Beobachter, wie Radowitz, konnte es nicht entgehen, daß in der Umgebung des Königs die klerikale und jesuitische Partei vorherrschte. „Bei uns zu Lande," berichtet er seiner Frau, „würde man sie Pietisten nennen. Du weißt, wie ich diese Richtung beurteile; so wahr und allein recht ihr Ziel ist, so wünsche ich ihnen mehr Liebe und einen tieferen Blick in den wirklichen Gang der Welt- und Kirchengeschichte. Dieses vollständig auszusprechen, habe ich mir zur besonderen Pflicht gemacht, auf die Gefahr hinaus, in der großen Meinung zu sinken, die sie von vornherein von mir hatten."

An den Besuch Pisas und Luccas schloß sich vom 6. bis 11. Dezember ein Aufenthalt in Florenz, der zu „eifrigem Lernen und Studieren" benutzt wurde: „Ich habe unterwegs Macchiavellis Historia Fiorentina wieder gelesen und bin mit der mediceischen Zeit sehr bekannt geworden. Meine Natur ist überhaupt vorherrschend eine historische, und ich kann gegenwärtige Dinge nur dadurch mir wahrhaft begreiflich machen, daß ich ihren Entstehungsprozeß verfolge." Die sehr ausführlichen Aufzeichnungen, in denen Radowitz die Ergebnisse seiner Betrachtungen über die Hauptwerke der italienischen Kunst festgehalten hat, nehmen unser Interesse nur so weit in Anspruch, als sich darin die allmähliche Erweiterung seines Gesichtskreises auf dem Gebiet der kunsthistorischen Entwickelung deutlich verfolgen läßt. Bis zur Mitte der zwanziger Jahre waren es einzig und allein die Schöpfungen der Gotik, die eine tiefere Empfindung in ihm erweckt hatten. Trotz seines freund-

*) Evangelium Matthäi, Kap. 26, V. 25.

schaftlichen Umgangs mit Schinkel vermag ihn der „Neoklassizismus" der Berliner Schule nicht zu erwärmen: das Streben nach formaler Schönheit läßt er allenfalls gelten, aber er vermißt die höchste Offenbarung der Kunst, die Darstellung eines lebendigen Ideeninhalts. Erst auf seinen Reisen im Auslande eröffnete sich ihm eine neue Welt künstlerischer Anschauungen. Schon auf den Wanderungen durch die belgischen Kirchen und Galerien im Jahre 1826 erfüllten ihn die Werke des Quentin Massys und der Brüder van Eyck mit hoher Bewunderung. Dagegen blieben ihm die Bilder des Rubens ein fremdes Element: von dem großen Gemälde der Kreuzesabnahme in der Kathedrale zu Antwerpen sagt er, „es ist gewiß ein Meisterwerk in seiner Art, aber mir in keiner Weise nahe." Der Zusammenhang, der zwischen dem kraftvollen, leidenschaftlich bewegten, in üppigem Farbenreichtum schwelgenden Lebensgefühl der niederländischen Kunst des siebzehnten Jahrhunderts und dem mächtig pulsierenden Drange des niederländischen Staatswesens nach politischer Freiheit und Teilnahme an der kolonialen Weltherrschaft besteht, ist ihm nicht zum Bewußtsein gelangt. Um so empfänglicher zeigt er sich für die Formenschönheit der großen italienischen Meister des Cinquecento, in die er während des zweiten Aufenthaltes in England, 1830, tiefer eindringt. Am meisten beschäftigte er sich damals mit Rafael; doch sagte er schon in London von ihm: „Mein Lieblingsmaler wird er nie werden." Nachdem ihm dann in Mailand der Sinn für die schärfere Charakteristik Leonardos und seiner Schüler aufgegangen, beschränkt sich sein Lob des Meisters von Urbino auf die tiefempfundene religiöse Innerlichkeit der Madonnenbilder, während diejenigen Werke des Künstlers, in denen das Hauptgewicht auf der Wiedergabe der mannigfaltigsten Affekte größerer Volksgruppen beruht, nach seiner Ansicht nicht auf der gleichen Höhe der Vollendung stehen.

Auf dem Wege über Arezzo, Assisi und Spoleto hielt Radowitz, dem Prinzen um eine Tagereise vorauseilend, am 16. Dezember 1832 seinen Einzug in Rom. „Es war Sonntag Morgen," schreibt er seiner Gemahlin, „und ich stieg vor dem Wirtshause ab, um unmittelbar nach der Peterskirche in die Messe zu gehen. Der Eindruck davon wird nicht leicht in mir erlöschen. Zu speziellen Kunstbetrachtungen war ich in keiner Weise disponiert, aber das Ganze ist eine

einzige Erscheinung. Byron sagt, er hasse diese Kirche, weil sie den Menschen so gering erscheinen ließe. Gerade das ist es, worin ihre tiefe Bedeutung liegt, und dies ist auch der eigentlich christliche Sinn dieser unermeßlichen Größe und Pracht. Man wird unmittelbar in das Gefühl versetzt, in dem Mittelpunkt der christlichen Welt zu stehen, und es würde jedermann schwer werden, sich dieser Empfindung zu erwehren."

Über die Tageseinteilung in Rom, die unter Führung Bunsens streng innegehalten wurde, sagt Radowitz: „Um 8 Uhr morgens kommt Bunsen, der dieses horrende Geschäft mit Heldenmut betreibt; wir ziehen umher bis 12, dann wird gefrühstückt, von 1 bis 6 Uhr wieder ausgezogen und maschinenmäßig von einem Dinge zum andern fortgetrabt. Um 6 Uhr ist irgend ein Diner, unmittelbar nachher eine jener gräßlichen Soireen, und um Mitternacht lege ich mich zerschlagen zu Bette. Was gäbe ich darum, um nur einen Tag meine eigenen Wege gehen zu können!"

Aber dieses Gefühl der Unbefriedigung, obwohl es auf jeder Seite der römischen Aufzeichnungen wiederkehrt, verhinderte nicht, daß die unvergängliche Weihe, die über der Stadt der sieben Hügel schwebt, auch von Radowitz im vollsten Maße empfunden wurde. Bei dem ersten Anblick des Kapitols und des römischen Forums versagt ihm die Kraft des beschreibenden Wortes. Indem er das Gesamtbild des Kolosseums, der Kaiserpaläste, der Tempel, Thermen und Aquädukte zusammenfaßt, bemerkt er: „Es liegt ein ungemeiner Charakter von Festigkeit und großartiger Konzeption in diesen Dingen; die Schönheit muß man sich mit der Phantasie ergänzen, da aller Schmuck fehlt. Die ungeheuren Gemächer und Gänge der Titusthermen haben mir eigentlich den größten Eindruck gemacht. Den Gegensatz dieser Reste der alten Zeit kann ich nicht so tragisch finden wie viele. Dieses Rom wie es jetzt ist, hat eben durch diesen Gegensatz seinen eigentümlichen Reiz."

Mit jedem neuen Tage während des ersten zweiwöchigen Aufenthaltes (16.—31. Dezember 1832) befestigt sich in Radowitz die Überzeugung, daß Rom mit Recht die ewige Stadt genannt wird, weil sie die einzige Stätte der Welt ist, in deren monumentalen Denkmälern sich die Erinnerungen an die großen Kulturepochen der Jahrtausende in sinnlich wahrnehmbarer Gestalt verewigt haben.

„Jede Zeit," heißt es in dem Tagebuche, „hat hier das beste niedergelegt, was sie hervorzubringen vermochte, von dem Obelisk des Thutmosis (1500 v. Chr.) an bis zu den jüngst verflossenen Tagen. Die höchsten Erscheinungen des Daseins, Staat und Kirche, die Reiche dieser und jener Welt haben hier ihren Mittelpunkt gefunden." Und an einer anderen Stelle: „Dies ist die Aufgabe von Rom, den einzelnen hinzuweisen auf das Allgemeine, das einzelne Leben auf die Weltgeschichte, die einzelne Seele auf die Kirche, überall das Individuelle auf die Gemeinschaft."

Nur eine Epoche in der weltgeschichtlichen Entwickelung der Kunst ist an Rom fast spurlos vorübergegangen, die der Gotik. Über diese Wahrnehmung äußert sich Radowitz mit Bezug auf die Kirche Santo Croce in Gerusalemme: „Von außen sind alle römischen Kirchen entweder wie die älteren byzantinischen sehr wenig ansprechend, fast öde, oder wie die neueren aus einer geschmacklos antikisierenden Zeit. Es ist wunderlich, daß gerade in der Zeit vom 13. bis 15. Jahrhundert, wo die großartig eigentümlichen Dome von Florenz und Pisa gebaut wurden, in Rom kein großer Bau ausgeführt worden ist. Es hängt das wohl mit dem Avignonischen Exil der Päpste zusammen, und dasselbe gilt auch eigentlich von den Palästen." Erst in Rom erreicht die Umwandlung des künstlerischen Urteils, die sich in Radowitz vollzieht, einen gewissen Abschluß. Die Stanzen des Vatikan erscheinen ihm als das Größte, was Rafael hervorgebracht hat, besonders die Schule von Athen und die Disputa: „wie tiefsinnig ist der Gegensatz zwischen Plato und Aristoteles." Weniger findet er Gefallen an dem Hauptbilde in der Stanza d'Eliodoro der Vertreibung des Tempelschänders durch den geharnischten Engel, und beim Anblick der Transfiguration in der Vatikanischen Galerie will es ihn bedünken, daß das Streben nach dramatischer Wahrheit einen Zug in das „Theatralische" angenommen habe. Seine Betrachtungen der Rafaelschen Werke schließen mit der Bemerkung, daß der Begriff des Schönen, so sehr er dem Gebiete der bildenden Künste im allgemeinen entsprechen mag, doch nicht als die höchste Forderung des künstlerischen Schaffens anzusehen ist. Weit über die Formenschönheit Rafaels stellt er die ungleich mannigfaltigere und lebensvollere Gestaltungskraft Michelangelos, die in der Mosesstatue der Kirche St. Pietro in Vincoli sich zu einem eben-

bürtigen Vergleich mit der antiken Plastik emporgeschwungen hat. Nur da, wo der gewaltige Ausdruck der Leidenschaft in Buonarrotti das äußerste Extrem der Realistik streift, wie in dem Gemälde des Weltgerichts der Sixtinischen Kapelle, gelingt es Radowitz nicht, dem Gedankenfluge des Künstlers zu folgen.

Neben der Kunst widmet er das größte Interesse dem Volksleben Roms. Am Weihnachtstage strömt alt und jung in die mit den Fresken Pinturicchios geschmückte Kirche S. Maria in Araceli auf dem Kapitol, wo die Krippe des Heilandes aufgebaut ist. „Eine bildliche Darstellung der Geburt Christi, höchst phantastisch und anschaulich. Dazwischen das frohe Gewirr der Stadt- und Landleute in ihren malerischen Trachten, die Dudelsackpfeifer aus den Abbruzzen, die von den Muttergottesbildern blasen, und kleine Kinder, die auf Stühle steigen und die Geschichte der Geburt des Herrn mit römischer Lebendigkeit erzählen.“ Noch feierlicher berührt ihn die Prozession einer unzählbaren Volksmenge, die am Tage vor Sylvester nach dem Kolosseum zieht, „um auf den Trümmern der Stätte, an der so viele Tausende von Christen den Glauben bewährten, sich zu gemeinsamen Gebeten zu vereinigen.“

Es wurde Radowitz schwer, sich von Rom loszureißen, als der Prinz mit Eintritt des Jahresschlusses auf die Abreise nach Neapel drang. Am 2. Januar 1833 dort angekommen, klagt er bereits am 8. seiner Frau „über die Vergeudung der Tage“. Im Vergleich mit Rom erscheint ihm in Neapel, mit Ausnahme der Naturschönheit, alles schal und leer. Die öffentlichen Zustände des Königreichs beider Sizilien, die zwischen Despotismus und konstitutionellen Scheinversuchen hin- und herschwankende Regierung, der Mangel jeglicher Ordnung und jeder Rücksicht auf das Gemeinwohl der Untertanen, die Willkür der Gerichte, die Zerrüttung der Finanzen, das vom Staate und der Kirche monopolisierte Bettlertum, die Bestechlichkeit der Beamten: diese Gesamtheit einer in überlebten Anschauungen versunkenen Herrschaft widert ihn an.

Weit mehr als das päpstliche Rom war damals das bourbonische Neapel die Kosmopolis des romanischen Südens. Prinz August

Desto strenger urteilt Radowitz über die offen zur Schau getragene Sittenverderbnis der Kreise, in denen er sich bewegen mußte. Zwar die Schönheit der Frauen, namentlich der Neapolitanerinnen und Engländerinnen, entlockt ihm einige anerkennende Worte, dann aber fügt er hinzu: „Desto kläglicher ist der Nachsatz. Die große Hälfte dieser Weiber sind von der Art, daß wir uns in Deutschland zum Glück keinen Begriff davon machen können, selbst abgesehen von dem eigentlich ganz Preisgegebenen.“

Einigen Ersatz bot auch in Neapel die Kunst. In dem Museo Borbonico, dem heutigen Museo Nazionale, findet Radowitz durch den Reichtum der Schätze aus alter und neuer Zeit seine Erwartungen übertroffen. In der Gemäldegalerie erregen die Bildnisse Tizians seine höchste Bewunderung; bei den älteren neapolitanischen Meistern fällt ihm der Einfluß der flandrischen Schule, bei den jüngeren, namentlich bei Andrea da Salerno, die Abhängigkeit von Rafael auf. Der Anblick der Wandgemälde und Mosaiken von Herkulanum und Pompeji berührt ihn ähnlich wie es bei Goethe der Fall war, der in diesen Gebilden der antiken Kunst eine Ähnlichkeit mit Rafael herauszufinden glaubte. Unter den Werken der griechischen Plastik fesselt ihn am meisten die Gruppe des Farnesischen Stiers.

Über den Eindruck, den Pompeji auf ihn machte, bemerkt Radowitz: „Ich habe mir mehr und auch weniger davon vorgestellt. Mehr, insofern ich den Anblick für frappanter hielt, weniger, indem ich die Masse des zu Tage Geförderten für geringer hielt.“ Der erste Besuch, am 15. Januar, gewährte ihm keine Befriedigung, da Prinz August die Laune gehabt hatte, für die neapolitanische Gesellschaft auf den Trümmern des Jupitertempels ein „brillantes Frühstück“ herrichten zu lassen, das den größten Teil des Tages in Anspruch nahm. Bei einem zweiten Besuch wurden dem Prinzen zu Ehren Ausgrabungen vorgenommen, die eine große Anzahl von Gefäßen und zuletzt die Oberfläche eines Portikus an das Tageslicht förderten. Der damals noch sehr unwegsame Aufstieg zum Vesuv, bis zum Hause des Eremiten, entbehrte jedes Reizes.

des Grafen Felix Voß, die ein Opfer der Cholera geworden war,*) in große Unruhe. Da Marie v. Radowitz die Sterbende bis zum letzten Augenblick gepflegt hatte, war die Sorge um ihre Gesundheit nur allzu gerechtfertigt. Prinz August hatte das Zartgefühl, der Stimmung seines Begleiters Rechnung tragend, ihn sich selbst zu überlassen. Auf einsamen Wanderungen längs des Meeresstrandes in dem Garten der Villa Reale oder am Cap Misenum, über der Brandung des Meeres, und bei den stillen Betrachtungen der ewig wechselnden Bilder des Volkslebens in Santa Lucia fand Radowitz allmählich den Frieden der Seele wieder.

Endlich am 8. Februar schlug die langersehnte Stunde des Aufbruchs von Neapel. „Mit welcher Empfindung ich Rom wiedergesehen habe," schreibt Radowitz seiner Frau, „fühlst Du mit mir; ich hätte niederfallen und den Boden küssen mögen." Der Prinz eilte bereits am 10. nach Pisa, wo seine Favorite, Frau v. Prillwitz, sich niedergelassen hatte. Seine Begleiter sollten in der Zwischenzeit in Rom verbleiben und erst in Florenz wieder mit dem Prinzen zusammentreffen. Diese Bestimmung kam jedoch nicht zur Ausführung, da Waldenburg von den Masern befallen wurde. Prinz August kehrte sofort zurück, um die Pflege des Kranken zu übernehmen. Was Radowitz immer gewünscht hatte, die ewige Stadt in voller Freiheit durchstreifen zu können, das erfüllte sich jetzt. Noch siebzehn Tage waren ihm für diesen zweiten Aufenthalt gewährt, den er benutzte, um flüchtig Gesehenes gründlicher in Augenschein zu nehmen, Neues daran anzuschließen.

Zu den kunstgeschichtlichen Interessen gesellte sich das politische. Durch den Verkehr mit mehreren Kardinälen, den Bunsen vermittelte, gewann Radowitz eine genauere Einsicht in die Verwaltung des Kirchenstaates. Über die Früchte dieser Studien wird an anderer Stelle ein Wort zu sagen sein; hier sei nur hervorgehoben, daß der gläubige Katholik weit davon entfernt war, seine unbedingte Verehrung für die Kirche auf die weltlichen Einrichtungen der Kurie zu übertragen. Selbst sein Urteil über die Persönlichkeit Gregors XVI. lautet ziemlich kühl. Er ist von der Frömmigkeit des Papstes und

*) Die jüngere Gräfin Voß starb am 1. Januar 1833 im 28. Lebensjahre auf dem mecklenburgischen Landgute Giewitz.

der Korrektheit seiner politischen Ansichten überzeugt, sonst aber weiß er von ihm nur zu sagen: „Er hat einen Ausdruck von Freundlichkeit und Gutmütigkeit, soll aber nicht ohne Anlage zur Strenge sein." An den meisten der hohen Würdenträger vermißt er die Verbindung von Glauben und Geist. Die Pracht der Zeremonien in den päpstlichen Kirchen übt auf ihn nicht den bestechenden Zauber aus, den man vermuten könnte; der glühende Bewunderer Bachs „weiß sich in die Monotonie der Palestrinischen Motetten nicht zu finden." Und noch bemerkenswerter ist, daß er an der Stätte des Ursprungs der römisch-katholischen Weltherrschaft jede unduldsame Ausschließlichkeit des Dogmenglaubens von sich fern hält. „Du weißt, meine Geliebte," schreibt er am 30. Dezember an seine Frau, „daß ich in mir und anderen nur Wert auf wirkliche Herzenserfahrungen legen kann und einer bloß dogmatischen Belehrung durchaus nicht vertraue."

Aus den Kreisen der persönlichen Bekanntschaften, die sich an den zweimaligen Aufenthalt in Rom knüpfen, ließe sich eine lange Reihe berühmter Namen zusammenstellen. Von Fürsten begegnet Radowitz dem jungen König der Hellenen, Otto von Bayern, der auf seiner Odyssee nach Griechenland im Dezember 1832 einige Tage in Rom verweilte und sogar einen Teil seines Heerbanns mit sich führte; ferner dem Prinzen Heinrich von Preußen, dem zweitjüngsten Bruder Friedrich Wilhelms III.,*) der schon seit Jahren in Rom lebend, fast zu einem Cives Romanus geworden war: ein etwas wunderlicher, aber höchst leutseliger Herr, unter den Hohenzollern des neunzehnten Jahrhunderts der einzige, der durch seine Gleichgültigkeit gegen alles Militärische etwas aus der Art geschlagen war. Von älteren Berliner Freunden ist vor allen Graf Ingenheim zu nennen,**) der eine wertvolle Gemäldesammlung besaß und mit seiner schönen Gemahlin, aus dem französischen Grafengeschlecht de la Marck, ein glänzendes Haus in Rom führte, nachdem er durch seinen Übertritt zur katholischen Kirche im Jahre 1826 die Gunst des Königs verscherzt hatte, der ihn zum Generaldirektor der Museen hatte ernennen wollen. Unter den Künstlern ragen hervor: der Bildhauer Thorwaldsen, die Maler Overbeck und Horace Vernet,

*) Geb. den 30. Dezember 1781, gest. 12. Juli 1846. — **) Vgl. S. 51.

damals Direktor der französischen Akademie in Rom; unter den Schriftstellern Alexander Turgenjew, der fleißig für die Augsburger Zeitung korrespondierte.

Einen dauernden Gewinn für sein Leben erwarb Radowitz durch die Freundschaft mit Overbeck, Josias v. Bunsen und Rudolf v. Sydow. Bei dem ersten Zusammentreffen zwischen Bunsen und Radowitz im Bernstorffschen Hause, im Dezember 1827, waren die beiden Männer, wie das bei der Verschiedenheit ihres religiösen und politischen Standpunktes nicht zu verwundern ist, heftig aneinander geraten.*) Auch in Rom dauerte es einige Zeit, bis Radowitz sich mit der „Hofluft" Bunsens, die ihm fremd war, abgefunden hatte; allmählich aber ließ er dem tieferen Kern seines Wesens, „seiner großen Gelehrsamkeit und Geschäftskenntnis, einer seltenen Verbindung von Gewandtheit und Festigkeit des Charakters" volle Gerechtigkeit widerfahren. Rudolf v. Sydow stand, als Sekretär der preußischen Mission bei dem Vatikan, noch auf der Anfangsstufe des diplomatischen Dienstes. Ein strenggläubiger Protestant von gemäßigt konservativer Gesinnung, hatte er sich in aufrichtiger Verehrung eng an Bunsen geschlossen, dessen liturgische Arbeiten ihm das größte Interesse einflößten. Es war ein ähnliches Verhältnis wie früher das zwischen Niebuhr und Bunsen und später zwischen Bunsen und Heinrich Abeken. Nach einigen Jahren entspann sich in Frankfurt am Main eine intime Herzensfreundschaft zwischen Radowitz und Sydow.

Der 27. Februar 1833 war der letzte Tag in Rom. Von der Höhe des Kapitolsturmes läßt Radowitz noch einmal seine Blicke über die ewige Stadt schweifen, um das unvergleichliche Bild für alle Zeiten seinem Gedächtnis einzuprägen. „Auf der einen Seite das ganze alte Rom, auf der andern das neue. Fast alle bedeutenden antiken Reste sind zugleich sichtbar, das Forum liegt wie ein ausgebreiteter Plan da, das Coliseum, die Titusthermen, die Triumphbogen, die letzten Spuren der Paläste der Cäsaren, der ganze Palatin und Aventin, und nun die ganze weite, mannigfaltige Stadt mit ihren Palästen, Kirchen und Kuppeln, die herr-

Es ist ein Anblick, wie es in dieser Welt keinen zweiten gibt; alle Gedanken, alle Sinne sind in Bewegung."

Während Waldenburg und der Sekretär des Prinzen, Deppe, zurückbleiben mußten, begab sich der Prinz selbst mit Radowitz nach Siena. Von den Wanderungen durch die herrlichen Bauwerke dieser Stadt meldet das Reisetagebuch: „Wenige Orte haben mir je einen so erfreulichen Eindruck gemacht. Es ist das Lübeck Italiens, aber im aristokratischen Sinne. Welche reiche Architektur! Eine Verbindung des altflorentinischen großartigen Stils mit weit mehr gotischen Elementen als in Florenz vorkommen. Und wieviel solcher Gebäude, überall in den Straßen!" Dann folgt am 2. und 3. März Florenz, wo der Prinz diesmal Gelegenheit nahm, sich dem Hofe vorzustellen. Von dem Großherzog Leopold schreibt Radowitz: „Er ist äußerst einfach, redlich und freundlich, unterhielt sich lange mit mir über seine Austrocknungen. Überhaupt war mir dieser Florentiner Hofstaat sehr angenehm durch die zuvorkommende Artigkeit aller."

Ein zweitägiger Aufenthalt in Bologna wurde hauptsächlich benutzt zur Betrachtung der Gemälde Francesco Francias, mit dem die Bologneser Schule ihren Höhepunkt erreicht hatte. Ein charakteristisches Bild von den politischen Zuständen der Romagna gab die Anwesenheit der österreichischen Besatzung unter General Hrabowski. Daß das Feuer noch unter der Asche glimmte, verrieten die trotzigen Blicke, mit denen die Bologneser ihren Unwillen der aufziehenden Wachtparade zu erkennen gaben. Äußerlich ruhiger zeigte sich Modena; doch war, wie Radowitz bei einem langen Gespräch mit Franz IV. wahrnehmen konnte, auch hier dem Frieden nicht zu trauen. Von der Persönlichkeit des Herzogs, der ein Neffe Josephs II. und durch seine Gemahlin der Erbe des Hauses Este war, bemerkt Radowitz in seinem Tagebuch: „Im allgemeinen habe ich ihn mir ganz anders gedacht, viel scheuer, finsterer, jesuitischer. Er hat durchaus das Genre der österreichischen Prinzen, äußerst schlicht, gutmütig und hausväterlich."

Nach einer Besichtigung der Festung Mantua treffen die Reisenden am 6. März in Venedig ein und sind noch einmal auf fünf Tage dem ruhelosen Touristenleben verfallen. Landschaftlich ist für

griechisch-orientalische Stil der Markuskirche mit ihren Mosaiken aus allen Epochen, von der ältesten byzantinischen bis zu der neuesten Zeit, bietet ihm vielfache Ergänzungen zu seinen Kunststudien; in der Kirche St. Giovanni e Paolo entzücken ihn am meisten die Denkmäler der Dogen, in St. Maria dei Frari das Altarbild der Madonna von Giovanni Bellini und die Skulpturen: „Die ganze Kirche ist ein wahres Museum voll von den lieblichsten Erfindungen und Arbeiten dieser Art. Hierher komme der Bildhauer und lerne christliche Skulpturwerke machen! Er müßte natürlich mit Rom beginnen, um sowohl den materiellen Teil der Bildhauerkunst, als was das Studium des Körpers und Gewandes nach den antiken Mustern angeht, zu erlernen. Dann aber lasse er ab von diesem unseligen Nachtreten einer Kunstidee, deren religiöse und geschichtliche Basis der modernen Skulptur stets fehlen muß, und studiere die christlichen Bildhauer des Mittelalters." Neben den Kunstgenüssen kommen auch in Venedig die militärischen Eindrücke zur Geltung: auf dem Markusplatz hält der Prinz eine Revue über die österreichischen Truppen ab, und von der Riva degli Schiavoni aus beobachtet er ein Manöver der Marine.

Padua wurde flüchtig berührt und auch in Vicenza blieb nur wenig Zeit für die Betrachtung der architektonischen Werke Palladios; der damals in seiner Ursprünglichkeit noch unversehrte Palazzo Chiericati fand bei Radowitz den größten Beifall.

Am 12. und 13. März verweilt er in Verona. Die Lage der Stadt mit ihren hoch aufsteigenden Gärten, das römische Amphitheater, der imposante Aufbau des Castell Vecchio, der ehemaligen Residenz des grausamen Geschlechtes der Scala, die Etschbrücke mit ihren zur Verteidigung eingerichteten Festungstürmen und vieles andere erwecken sein lebhaftes Interesse, aber es fehlt ihm an Zeit, auch nur das Sehenswürdigste mit Muße in sich aufzunehmen, denn die ganze Generalität des Festungsvierecks, in welchem nach den Angaben sachkundiger Offiziere schon damals ein Heer von mehr als einmalhunderttausend Mann vereinigt war, beeilte sich, dem preußischen Prinzen die Honneurs zu machen. Dann geht es nach einer Besichtigung des Schlachtfeldes von Rivoli, auf der Brennerstraße, mit kurzen Unterbrechungen in Brixen und Innsbruck, am Walchen- und Kochelsee entlang bis München.

Radowitz hat in seiner Frankfurter Zeit noch oft Gelegenheit gehabt, aus der Kenntnis der süddeutschen Höfe, welche ihm unter besonders günstigen Umständen die Reise mit dem Prinzen August verschaffte, praktischen Nutzen zu ziehen. In den drei Tagen vom 18. bis 21. März, die er in München zubrachte, bildete er sich ein Urteil über die leitenden Persönlichkeiten in Bayern, das ihm später für die Behandlung der deutschen Bundesangelegenheiten sehr zu statten kam. König Ludwig I., der kein größeres Vergnügen kannte, als die Unterhaltung mit kunstsinnigen Männern, zumal wenn es sich dabei um Italien handelte, erwies ihm vom ersten Augenblick an das größte Wohlwollen. Der König liebte aufgeschlossene Naturen, die mit ihren Ansichten nicht zurückhielten, wenn sie nur in den Formen des gemessenen Respektes vorgetragen wurden. Der Geist der Unruhe in Deutschland beschäftigte den König sehr; er sprach eingehend über diesen Punkt, lobte das Berliner Politische Wochenblatt als eine Stütze der monarchischen Gesinnung und betonte mit einer gewissen Absichtlichkeit seine Freundschaft für Preußen.

Die Kunstliebe Ludwigs I. beherrschte den ganzen Hof, besonders die Damen, die eine große Rolle spielten; in militärischen Kreisen dagegen regte sich eine ziemlich weit verbreitete Eifersucht auf die vorwiegende Gunst, deren sich Künstler und Gelehrte in der bayerischen Residenz erfreuten. Über die Kunstschöpfungen des Königs äußert Radowitz: „Es ist nicht zu leugnen, daß er Unglaubliches geleistet hat, mehr als ein Fürst in Europa. Das Bedeutendste ist der Königsbau, fast in der Art wie Pitti, ganz von Quadern. Wenn die Fresken fertig sein werden, muß das Innere sehr schön sein. In dem unteren Stock malt Schnorr die Nibelungen, der Anfang war schön. In den oberen kommen Bilder von sechs älteren und sechs neueren Dichtern; das Angefangene erschien mir mittelmäßig. Die Pinakothek ist ein heiterer Bau, obwohl sich sehr vieles dagegen sagen läßt, — so die beiden kurzen Flügel am Ende; ebenso die über dem Säulengebälk aufgesetzte halbe Etage, die kleinlich erscheint. Die Glyptothek hat viel Schönes, doch erscheint sie etwas verkümmert und ohne großartige Masse. Die Ludwigskirche ist eine Art Rund-

Nürnberg. Obgleich ihn die Sehnsucht heimwärts zieht, fällt es Radowitz doch schwer, sich von den Gemälden Dürers und den plastischen Denkmälern der Sebalduskirche zu trennen: trotz Italien lebt in ihm die volle Empfindung für den unvergänglichen Wert der deutschen Kunst.

Am 26. März nach Berlin zurückgekehrt, hat er die Freude, Weib und Kind, gestärkt durch einen langen Aufenthalt in Giewitz, in blühender Gesundheit wiederzufinden. Von neuem verlangt „des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr" von ihm ihr volles Recht. Nicht nur die Berufsgeschäfte, sondern auch die literarischen Arbeiten wurden sogleich im weitesten Umfange wieder aufgenommen. In der Redaktion des Wochenblattes war inzwischen eine wichtige Veränderung vor sich gegangen: am 15. November hatte Jarcke von seinen Lesern Abschied genommen, um nach Wien überzusiedeln, wo ihm auf Veranlassung Metternichs die Stelle von Gentz in der Staatskanzlei übertragen worden war. Schon wenige Wochen nach dem Abgange Jarckes meldete Marie v. Radowitz ihrem Gemahl, daß der Inhalt der Zeitschrift sich merklich verschlechtert habe. Anfangs lächelte Radowitz darüber, weil ihm die Abneigung seiner Frau gegen die publizistische Beschäftigung nicht neu war; allmählich aber konnte er nicht umhin, sich von der Richtigkeit der Tatsache zu überzeugen. Der Nachfolger Jarckes, Major a D. Dr. Streit,*) war ein unterrichteter Mann, Mitglied mehrerer Gesellschaften, aber es fehlte ihm, was die Hauptstärke Jarckes gewesen war, die politische Persönlichkeit. Zunächst betrachtete es Radowitz als Sache der Pflicht, noch größeren Anteil an den Redaktionsgeschäften zu nehmen als bisher. Er selbst veröffentlichte im Juni und Juli unter der Überschrift „Italien" drei Aufsätze, in denen er seine Beobachtungen an den italienischen Höfen verwertete.

Die wesentlichste Gefahr der politischen Zustände Italiens liegt nach seiner Ansicht in der weiten Verbreitung einer revolutionären Partei, die mit den Gleichgesinnten in der Schweiz und Frankreich in engster Verbindung steht. Es gibt in der ganzen Staatengruppe jenseits der Alpen nur ein Land, das dieser Ansteckung noch nicht verfallen ist, das Großherzogtum Toskana. Im Bereich der sardinisch-piemontesischen Monarchie überwiegt in Nizza der franzö-

*) Vgl. S. 44.

sische Einfluß durchaus; im Genuesischen sind die republikanischen Tendenzen noch stark vertreten; in Piemont verhalten die höheren Stände sich feindlich gegen die revolutionären Ideen, von dem Bürgertum aber läßt sich nicht dasselbe behaupten; nur das alte Stammland Savoyen hängt in unwandelbarer Treue an dem Königtum.

Am weitesten fortgeschritten ist die revolutionäre Unterwühlung des nördlichen Italiens in Modena; denn gerade dieses Land hat die Partei der Unzufriedenen auf der Apenninischen Halbinsel sich zur Hauptstätte ihrer Wirksamkeit ausersehen. Auf den ersten Blick muß es Verwunderung erwecken, daß ein Staat, der sich gut geordneter Finanzen erfreut und von einem wohlwollenden Fürsten*) regiert wird, in so hohem Maße der inneren Zerrüttung anheimfallen konnte wie das Herzogtum der Estes. Forscht man den Gründen nach, so beruhen sie einerseits auf den geheimen Verbindungen mit Frankreich, die ihre Fäden bis in die Armee erstrecken und andererseits auf der Person des Herzogs, der aus seiner Abneigung gegen die politischen und religiösen Forderungen des Zeitgeistes niemals ein Hehl gemacht hat. Auf diese Weise ist es dahin gekommen, daß die Italiener in ihm die Verkörperung der Gegenrevolution erblicken.

Am bemerkenswertesten ist das Urteil, das Radowitz über die Zustände des Kirchenstaates fällt.

Die reellen Klagen sind nur allzusehr begründet. Das Defizit des Budgets wächst mit jedem Jahre; die Rechtspflege ermangelt in diesem halbgeistlichen Staatswesen jeder Unparteilichkeit und Sicherheit. Es gibt nur ein Mittel der Besserung: die Rückkehr zu den von der französischen Herrschaft gewaltsam beseitigten Munizipalverfassungen der verschiedenen Landesteile. Es war ein großer Fehler, daß der allmächtige Ratgeber des Papstes Pius VII., Kardinal Consalvi, bei der Restauration des Kirchenstaates die provinziale und kommunale Selbstverwaltung nicht wiederhergestellt hat. Radowitz teilt diese Ansicht mit Bunsen, und auch Ranke hat sich in seiner Darstellung der Staatsverwaltung Consalvis, die zuerst in der Historisch-politischen Zeitschrift veröffentlicht wurde,**) in ähn-

*) Vgl. S. 245. — **) Wieder abgedruckt in den Sämtlichen Werken Leopold v. Rankes, Band 40.

lichem Sinne ausgesprochen. Die eiserne Kraft der napoleonischen Herrschaft vermochte durch die Geschicklichkeit und Disziplin ihrer Beamten ein solches Einheitssystem durchzuführen; dem theokratischen Staate wird dies niemals gelingen. Bemerkenswert ist dabei, daß gerade der Katholik Radowitz, den Gegensatz der inneren Parteiungen, mit denen das weltliche Regiment des Papstes zu kämpfen hat, noch tiefer auffaßt als die Protestanten. Schon in einem seiner Reisebriefe sagt er: „Wer der Entwickelung der Zeiten aufmerksam folgt, kann nicht verkennen, daß der Zwiespalt nicht allein in den Konfessionen liegt, sondern daß der Verfall des geistlichen Gehorsams, der der eigentliche Charakter dieses Jahrhunderts ist, sich auf andere Weise gleichfalls in katholischen Ländern kundgibt. Die Kirche, die auf den Fels gegründet ist, wird ewig dauern, aber ohne eine allen gemeinsame geschichtliche Erfahrung, die nur ein Wunder, eine sichtbare Offenbarung Gottes, bewirken kann, ist eine allgemeine Rückkehr der europäischen Menschheit unter das sanfte Joch Christi nicht denkbar." Aus diesen Worten erhellt zur Genüge, daß der Glaube an die Allmacht der Kirche in Radowitz durch den Aufenthalt in Rom eher vermindert als verstärkt worden ist.

Eine kurze Unterbrechung der Arbeiten brachte im Juli 1833 ein Ausflug nach Thüringen, wohin Alexis v. Boyneburg den alten Freund eingeladen hatte, um die Erlebnisse der italienischen Reise mit ihm durchzusprechen. Es war eine Art von Jubiläum, das man in Städtfeld feierte, denn gerade vor einem Jahrzehnt hatte Radowitz an dieser Stelle unter Hangen und Bangen die Entscheidung über seinen Eintritt in den preußischen Staatsdienst abgewartet. Alle, die ihm damals ihre Herzensteilnahme bewiesen hatten, die Schwertzell, Reutern, Verschuer und Riedesel kamen mit Weib und Kind herbei, um den Wiedergekehrten zu begrüßen. „Wenn Du hersähest," schreibt Radowitz seiner Frau, „so würde Dein treues Herz jubeln über die unbeschreibliche Liebe, die in diesem Kreise alles, jung und alt, mir zuwendet." Gerhard v. Reutern stand ehemals an einem Wendepunkt seiner künstlerischen Ent-

vollkommnen. Unablässig darauf bedacht, das Talent seines Freundes zu fördern, bestärkte ihn Radowitz in diesem Vorsatz.

Der diesem hessischen Kreise so eng befreundete Joukowski hatte sich nach Beendigung des Schweizer Aufenthaltes*) im Frühjahr 1833 auf längere Zeit nach Rußland entfernt, einem ehrenvollen Rufe des Kaisers Nikolaus folgend, der ihm wie früher den Jugendunterricht, so jetzt die Leitung der höheren wissenschaftlichen Studien des Großfürsten-Thronfolgers Alexander übertrug. Da es Joukowski an jeder Erfahrung auf dem Gebiete des Staatsrechtes, der Politik und der militärischen Disziplinen mangelte, wandte er sich im September 1833 an Radowitz mit der Bitte um Ausarbeitung eines Studienplanes für den Großfürsten. Wir wissen, daß die Praxis der Fürstenerziehung in dem Leben unseres Freundes fast ein Jahrzehnt hindurch eine bedeutsame Rolle gespielt hat; daher wird es für den Leser nicht ohne Interesse sein, aus der Antwort, die Radowitz dem russischen Dichter erteilte, die Grundsätze seiner pädagogischen Methode kennen zu lernen.**)

Von ganz anderer Art ist eine literarische Arbeit, mit der Radowitz sich im Winter von 1833 auf 1834 beschäftigte. Im Verlauf seiner kunsthistorischen Forschungen hatte er sich der Wahrnehmung nicht entziehen können, daß es in der deutschen Literatur an einem Werke über die bildliche Darstellung der Heiligen mit den stetig wiederkehrenden, den Vorgängen ihres Lebens und Wirkens entnommenen Attributen fehlte. Diese Lücke suchte Radowitz auszufüllen durch eine umfangreiche Abhandlung über „die Ikonographie der Heiligen", — eine sehr fleißige Zusammenstellung der Embleme, mit denen die Heiligen, die Patriarchen und Propheten, die Schutzpatrone der Länder und Städte, der einzelnen Stände und Gewerbsklassen, auf Gemälden, Bildwerken und Denkmünzen erscheinen. Eine solche Übersicht mußte nicht nur allen Freunden der christlichen Symbolik willkommen sein, sondern sie bot auch den Kunsthistorikern und den Künstlern ein wertvolles Hilfsmittel. Das Buch, das im Juli 1834 erschien, fand bei der Kritik günstige Aufnahme.

Trotz dieses literarischen Erfolges war das Jahr 1834 für das

*) Vgl. S. 232. — **) Vgl. die Anlage 2.

Radowitzsche Haus kein glückliches. Am 26. April wurden die Eltern von einem schweren Verlust betroffen: ihr dreijähriger Sohn Joseph, an den sie so viele Hoffnungen geknüpft hatten, erlag einer Gehirnentzündung. Einige Monate später hatten sie den Tod ihres Freundes Wilhelm v. Gerlach*) zu beklagen, und eine schwere, lang anhaltende Sorge bereitete ihnen der zerrüttete Gesundheitszustand der Prinzessin Elisabeth Radziwill. Diese älteste Tochter des Fürsten Anton hatte schon in ihrer Kinderzeit mit der Gräfin Marie Voß einen innigen Herzensbund geschlossen. Alle Phasen der Jugendliebe zwischen der Prinzessin Elisabeth und dem ritterlichen Prinzen Wilhelm, von den hoffnungsvollen Anfängen des gegenseitigen Einverständnisses bis zu den tragischen Kämpfen der durch die Staatsraison gebotenen Entsagung hat Marie v. Radowitz in der zartfühlendsten Teilnahme für das Geschick ihrer Freundin innerlich mit durchlebt. Fürst Anton, als Tondichter berühmt durch seine Kompositionen zu Goethes Faust, als Staatsmann geachtet durch seine mit vieler Umsicht gehandhabte Statthalterschaft der Provinz Posen, führte, nachdem er sich infolge der polnischen Revolution von 1830 aus diesem Amte zurückgezogen hatte, in Berlin ein sehr geselliges Haus, in dem die namhaftesten Vertreter der künstlerischen und literarischen Kreise verkehrten. Die herzliche Zuneigung, die der Fürst und die Fürstin Luise der Gräfin Marie auch nach deren Verheiratung bewahrten, übertrug sich in gleicher Weise auf Radowitz. Die Nachbarschaft des Voßschen Grundstückes und des Radziwillschen Palais erleichterten den fast täglichen Verkehr zwischen den beiden Familien: nur im Sommer, wenn die Radziwills auf ihrem Gute Ruhberg in Schlesien verweilten, erlitt dieses Zusammenleben eine Unterbrechung. Seitdem Prinzessin Elisabeth ihr ersehntes Liebesglück hatte dahinwelken sehen, war ihre ohnehin zarte Konstitution in der Blüte gebrochen; der Schmerz über den Tod ihres Vaters, im April 1833, beschleunigte die fortschreitende Zerstörung. Die Krankheit, an der sie litt, steigerte sich im September 1834 zu einem auszehrenden Fieber, dem die Kunst der

schied die Prinzessin am 27. September 1834. Nach dem Empfang der Botschaft schreibt Radowitz seiner Gattin: „Prinz Wilhelm ist äußerst betrübt gewesen und hat heftig geweint. Dennoch aber konnte eine lärmende Parade und heute abend Galaoper nicht unterbleiben."

Es waren jetzt vier und ein halbes Jahr verflossen, seitdem Radowitz den Dienst als Stabschef bei dem Generalkommando der Artillerie versah, und noch immer trug diese ihm anvertraute wichtige Stellung den provisorischen Charakter, den sie von Anfang an gehabt hatte. Der Grund lag in den Dienstaltersverhältnissen. Radowitz war in verhältnismäßig frühem Mannesalter zum Major im Großen Generalstabe befördert worden und hatte, als er zum Stabschef der Artillerie ernannt wurde, mehrere der älteren Offiziere im Generalstabe, die mit ihm in gleichem Range standen, übersprungen. Als bei den Manövern im September 1834 der König, der sonst mit lobenden Worten zurückzuhalten pflegte, den Leistungen der Artillerie die vollste Anerkennung zuteil werden ließ, nahm Prinz August die Gelegenheit wahr, um die Verdienste seines Stabschefs rühmend hervorzuheben und dessen definitive Anstellung zu befürworten, die durch Königliche Order vom 5. April 1835 erfolgte.

Kurz vorher, im März 1835, hatte Radowitz eine Reise nach Kassel unternommen, zu einem längst versprochenen Besuche bei Canitz, der an seiner Mission in Kassel wenig Freude erlebte. Canitz würde aus eigenem Antriebe niemals den Dienst in der Armee mit der diplomatischen Laufbahn vertauscht haben, wenn nicht der ausdrückliche Wunsch Friedrich Wilhelms III. für ihn entscheidend gewesen wäre. Die Fortdauer der parlamentarischen Kämpfe machte den Aufenthalt in der hessischen Residenz zu einem äußerst unerquicklichen. Wenn Canitz auch nicht gerade alle Maßregeln des Hassenpflugschen Regimentes billigte, so war er doch im ganzen mit der reaktionären Haltung des Ministeriums einverstanden und rühmte in seinen Berichten nicht selten die Ausdauer und Geschicklichkeit, die Hassenpflug in der Verteidigung der Fürstengewalt gegen die ständische Opposition an den Tag legte. Es war unausbleiblich, daß die freundschaftlichen Beziehungen zu dem verhaßten Minister dem preußischen Gesandten in der Gesellschaft viele Feinde verschafften.

stand, der nicht geeignet war, ihm die Gunst des Kurprinzen zu erwerben.

Radowitz berichtet seiner Gemahlin am 10. März 1835: „Wenn ich alle Ursache habe, mich innig zu freuen, daß das Herz meiner alten Freunde unverändert geblieben ist, so hat mich dagegen der Zustand von Kassel mit tiefer Trauer erfüllt. Es ist weit übler damit beschaffen, als ich je vorher geglaubt und gefürchtet habe. Das Benehmen des Prinzen übertrifft an Niederträchtigkeit alles, was man imstande wäre, sich zu erdenken; die Details, die mir Canitz über sein Treiben gegeben hat, übersteigen alle Begriffe. Man begreift vollkommen, wie unter solchen Verhältnissen selbst wohlgesinnte Menschen für eine Konstitution schwärmen können, die sie mindestens gegen die Ausbrüche eines solchen Machthabers schützt. Seine Schändlichkeit ist gegenwärtig auf die Kurfürstin und seinen Hof beschränkt; man denke sich, wenn er so unumschränkt über alles andere verfügen könnte! Das Hambacher Fest, der Frankfurter Aufstand,*) alle Revolutionärs von Deutschland zusammengenommen, haben der guten Sache nicht so viel Schaden getan als ein solcher Fürst. Über mein Hiersein hat er sich sehr erbost und dieses gegen seine Umgebungen geäußert."

Am 27. März nach Berlin zurückgekehrt, berichtete Radowitz über seine Eindrücke in Kassel dem Kronprinzen, der sogleich wieder der Meinung war, daß etwas geschehen müsse, um das unleidliche Verhältnis zwischen der Kurfürstin und ihrem Sohne erträglicher zu gestalten. Diesmal wandte er sich an die Schwester des Kurprinzen, Marie von Meiningen, und ersuchte sie um eine gütliche Vermittelung zwischen ihrer Mutter und ihrem Bruder. Die Herzogin, die sich schon mehrfach um die Beilegung des Familienzwistes bemüht hatte, ging bereitwillig darauf ein, aber sie erntete den größten Undank. In Briefen an seine Schwester und an den preußischen Kronprinzen verwahrte sich der hessische Regent in höchst unziemlichen Ausdrücken gegen die unberufene Einmischung. Das an ihn gerichtete Schreiben schickte der Kronprinz mit folgenden Zeilen an Radowitz:

„Lesen Sie! und dann senden Sie mir den Wisch zurück. Jetzt werde ich Erwähnten einpacken und schleunigst mit dem Meinigen, den Sie kennen, nach Meiningen absenden. Haben Sie Bedenken, so sagen Sie mirs. Vale.

B. 24. Nov. 35. F. W. K. v. P."

Radowitz erlaubte sich umgehend die Bemerkung, daß es besser sein dürfte, den Brief des Kurprinzen nicht zur Kenntnis seiner Schwester zu bringen. Der Kronprinz antwortete darauf noch an demselben Tage:

„Ich habe den Brief niemals an Marie von Meiningen mitteilen wollen, sondern allein dem Herzoge mit der ausdrücklichen Bitte, ihr nichts davon zu sagen. Das will ich jetzt um so mehr, da der Brief des sauberen Vetters an seine Schwester möglicherweise ebenso taktlos seyn kann als der an mich u. vielleicht auf mich Bezug darauf genommen worden. Haben Sie noch Bedenken, dann bitt' ich Sie mich morgen vor 10 Uhr zu besuchen.

Berlin 24. November 35. F. W. K. v. P."

Bei dem Empfang der Order vom 5. April hatte Radowitz geglaubt, daß seine Dienstverhältnisse auf geraume Zeit festgestellt sein würden. Schon nach wenigen Wochen zeigte sich das Gegenteil. Es ist früher darauf hingewiesen worden, daß unser Freund schon seit Jahren eine sehr bestimmte Empfindung der Schwierigkeiten hatte, die mit seinen amtlichen Stellungen verbunden waren. Seine Tätigkeit bei dem Prinzen August fiel in eine Zeit, in der unablässig an einer gründlichen Reform des gesamten Artilleriewesens gearbeitet wurde. Ein Hauptbestreben des Prinzen war, die Mängel zu beseitigen, die durch ein allzu langsames Avancement in dem Offizierkorps der ihm untergebenen Truppenteile sich geltend machten. Da seit der Reorganisation der Artillerie- und Ingenieurschule von 1832 der jüngere Nachwuchs den älteren Jahrgängen an wissenschaftlicher Ausbildung überlegen war, zeigte sich der Prinz sehr geneigt, die jüngeren Offiziere in der Beförderung zu begünstigen. Was damals auf dem Gebiete des Artilleriewesens geschaffen wurde, entsprang der eigenen Initiative des fürstlichen Chefs, aber da Radowitz in allen Dingen, namentlich auch in den persönlichen

Offiziere, die sich zurückgesetzt fühlten, den Stabschef als den Urheber ihres Mißgeschicks betrachteten.

Mit den persönlichen Gegensätzen verbanden sich sachliche Meinungsverschiedenheiten, die bis in die höchsten Instanzen hinaufreichten. Bei der Neigung des Prinzen, sich in allen Angelegenheiten seines Ressorts möglichst selbständig zu stellen, waren Reibungen mit dem Kriegsministerium unvermeidlich. Aus den Memoiren ist uns bekannt, daß die Absicht des Prinzen, die Verwaltung der Artilleriewerkstätten von dem Kriegsdepartement unabhängig zu machen, bei dem Kriegsminister v. Witzleben auf Widerspruch stieß.*) Eine noch wichtigere Frage betraf die Einführung eines neuen Feldgeschützes, die seit Jahren den Gegenstand eingehender Verhandlungen bildete. Der Prinz war für die Beibehaltung des alten preußischen Sechspfünders, wenn auch mit erleichtertem Gewicht und größerer Beweglichkeit, und diese Ansicht teilte Radowitz. Bereits im Jahre 1832 hatte der damalige Hauptmann de Vignau der Artillerie-Prüfungskommission den Entwurf zu einem erleichterten Sechspfünder mit Blocklafette nach englisch-französischem System vorgelegt, doch waren die Versuche, die im Juli 1834 mit diesem Geschütz angestellt wurden, ohne abschließendes Ergebnis geblieben. Ein anderes Modell mit Wandlafette wurde im Juli 1835 von dem Major und Abteilungskommandeur der Garde-Artillerie-Brigade v. Strotha empfohlen.**)

Es standen sich demnach drei Systeme gegenüber: der de Vignausche Sechspfünder, der Strothasche und ein an die preußische Konstruktion sich anschließendes sechspfündiges Feldgeschütz, das Radowitz nach seinen Angaben hatte herstellen lassen. Da in der Artillerie-Prüfungskommission die Stimmen geteilt waren, berief der Prinz eine erweiterte Kommission, zu der die sämtlichen Stabsoffiziere der Garde-Artillerie-Brigade hinzugezogen wurden. Schon dieses Verfahren hatte nicht den Beifall des Ministeriums, und überhaupt war man hier der Meinung, daß mit den Versuchen innegehalten werden müsse, bis eine Einigung über bestimmte Grund-

sätze für die Konstruktion eines mustergültigen Geschützes erzielt worden sei. Prinz August konnte sich dieser Weisung nicht entziehen, obwohl er mit Radowitz an der Überzeugung festhielt, daß das neue System sich nicht aus der Theorie, sondern aus praktischen Erfahrungen entwickeln müsse. Bei den Beratungen einer Kommission im Oktober 1835, an denen ein Referent des Ministeriums teilnahm, vermochte Radowitz mit seiner Verteidigung des adoptierten preußischen Feldgeschützes nicht durchzudringen. Die Lage der Dinge wurde an den König berichtet, der zwar die Fortsetzung der Versuche genehmigte, aber die Bewilligung der Kosten von der Entscheidung des Ministeriums abhängig machte. Wurde schon der Generalinspekteur der Artillerie von dieser einschränkenden Bestimmung peinlich berührt, um wie viel schwerer mußte der Schlag auf den Stabschef niederfallen.*) Radowitz hat mit Recht behauptet, Witzleben habe sich, indem er ihn dem König zu einer anderweitigen Verwendung vorschlug, dabei nicht bloß von rein sachlichen Beweggründen leiten lassen. Witzleben war ein Mann von freisinniger Denkungsart und als Anhänger konstitutioneller Ideen ein Gegner der Partei, von der das Politische Wochenblatt ausging. Wenn nun auch Radowitz seit dem Ende des Jahres 1834 sich mehr und mehr von der Leitung des Blattes zurückgezogen hatte, so war es doch schon an sich ein nicht ganz reguläres Verhältnis, daß ein Mitglied der Armee die engsten Verbindungen mit einem Organ der Presse von so ausgesprochener Parteifarbe unterhielt. Frau v. Radowitz, die, obwohl sonst in allen Dingen mit ihrem Manne einverstanden, an seiner Verbindung mit dem Wochenblatte von Anfang an keine besondere Freude gehabt hatte, sollte schließlich recht behalten. Außerdem hegte Witzleben wohl auch den Wunsch, Radowitz aus der Nähe des Kronprinzen zu entfernen, was ihm dadurch erleichtert wurde, daß es in der nächsten Umgebung Friedrich Wilhelms Männer gab, die geneigt waren, den Absichten des Ministers Vorschub zu leisten. Der schon früher genannte Flügeladjutant v. der Gröben stand zwar äußerlich auf einem ziemlich freundlichen Fuße mit Radowitz, aber in seinem Innern war er nicht frei von Eifersucht

auf den Günstling Friedrich Wilhelms. In noch weit höherem Maße gilt dies von dem ehemaligen Gouverneur des Kronprinzen, Ancillon, der seit Bernstorffs Abgang die Geschäfte des auswärtigen Ministeriums führte und der als früherer Geistlicher der reformierten Kirche von jeher seinen eifernden Unwillen über die intimen Beziehungen zwischen dem Kronprinzen und dem Katholiken Radowitz zu erkennen gegeben hatte. Dazu kam dann die große Zahl sonstiger persönlicher Gegner, unter ihnen Scharnhorst, der Sohn des großen Kriegshelden.*) Er war vor Radowitz Chef des Stabes der Artillerie gewesen, wurde jedoch auf Wunsch des Prinzen August, in dessen eigentümliche Art er sich nicht zu finden wußte, dieser Stellung enthoben. Seitdem hegte er einen unversöhnlichen Haß gegen seinen Nachfolger. Der jüngere Scharnhorst war ein hochgebildeter, politisch aufgeklärter Offizier, der wegen der Vielseitigkeit seiner wissenschaftlichen und künstlerischen Neigungen sich in den ersten Gesellschaftskreisen großer Beliebtheit erfreute. Sein längerer Aufenthalt bei dem Vorkämpfer für die Befreiung Griechenlands, Grafen Kapodistrias, an den der Freiherr v. Stein ihn empfohlen hatte, zeugt von Unternehmungsgeist und idealer Anschauung. Die Meinung, daß ihm von seiten des Prinzen August Unrecht geschehen sei, war daher eine ziemlich verbreitete.

Schon einige Wochen, bevor die Entscheidung fiel, hatte sich Radowitz mit dem Gedanken an eine Veränderung seiner Lebensstellung vertraut gemacht. Er verhehlte sich nicht, daß es für ihn eine außerordentlich schwierige Aufgabe gewesen sein würde, wenn er in den Frontdienst hätte eintreten müssen, denn schon während der hessischen Zeit waren seine Beschäftigungen fast ausschließlich administrativer und wissenschaftlicher Natur gewesen, und vollends in den zwölf Jahren, die seit seiner Anstellung in Preußen verflossen, hatte er niemals in Reih und Glied eines Truppenteils gestanden. Die Abneigung des Theoretikers gegen eine rein praktische Tätigkeit hatte sich zu einem vorherrschenden Zuge seines Wesens ausgebildet. Man kann sich daher denken, mit welchem Gefühl innerer Befriedigung er die Nachricht von seiner Ernennung zum Militärbevollmächtigten am Bundestag erhielt.

*) Vgl. S. 48.

Das Königliche Bestallungsdekret lautete:

„Ich ernenne Sie hierdurch zu Meinem Militärkommissarius bei der Bundes-Versammlung und hege zu Ihnen das Vertrauen, daß Sie auch in diesem Verhältnisse Meine Interessen in jeder Beziehung wahrnehmen und Mir ersprießliche Dienste leisten werden.

Berlin 18. März 1836. Friedrich Wilhelm."

Spricht schon aus dem Inhalt dieser Order die unbedingte Anerkennung, die sich Radowitz durch seine bisherige Dienstführung bis zur Allerhöchsten Stelle hinauf erworben hatte, so wiegt noch weit schwerer die Tatsache, daß ihm ein Amt anvertraut wurde, welches bisher in den Händen eines ungleich höheren Offiziers, des Generals Ludwig Freiherrn v. Wolzogen, geruht hatte. Die Beförderung war so ungewöhnlicher Art, daß sofort die Vermutung entstand, der Kronprinz habe sie veranlaßt. Später ist sogar die Ansicht aufgetaucht, der Kronprinz habe die Wahl auf Radowitz gelenkt, weil er ihn für die geeignetste Persönlichkeit hielt, um dem preußischen Einfluß am Bundestage größeren Nachdruck zu verschaffen. Den besten Gegenbeweis liefert Wolzogen, der in seinen Memoiren erzählt, daß Friedrich Wilhelm sich bemüht habe, sein Abschiedsgesuch, das ihm von Witzleben vorgelegt worden war, rückgängig zu machen.*) Sicher ist, daß Radowitz nicht daran gedacht hat, die Fürsprache des Kronprinzen in Anspruch zu nehmen. Ein Mann, der in seinem fünfundzwanzigsten Lebensjahr ohne Zagen eine aussichtsreiche Zukunft seiner persönlichen Überzeugung zum Opfer gebracht hatte, kann nicht in den Verdacht jenes niedrigen Strebertums geraten, das die fürstliche Gunst als Stütze für das eigene Emporkommen benutzt. Bezeichnend dafür, wie Radowitz über diesen Punkt dachte, ist eine Äußerung, die er in Rom gegen Bunsen fallen ließ, als dieser ihm eine glänzende Laufbahn in Aussicht stellte, wenn der Kronprinz dereinst zur Regierung gelangen sollte: Der Kronprinz werde es machen wie Heinrich V., der als König Falstaff und die übrigen Freunde beiseite geworfen habe.**)

---

*) Memoiren des Königlich Preußischen Generals der Infanterie Ludwig Freiherrn v. Wolzogen, Leipzig 1851, S. 310.

**) Vgl. die Lebensbeschreibung Bunsens I, S. 234. Daß Frau v. Bunsen den Aufenthalt des Prinzen August und Radowitz' in Rom in das Jahr 1817 setzt, ist einer der mehrfachen chronologischen Irrtümer ihres sonst so verdienstvollen Werkes.

Das, was Radowitz im März 1836 erreichte, war lediglich die Frucht seines eigenen Verdienstes. Und in der Tat durfte er, alles in allem genommen, mit Befriedigung auf die Epoche seiner Wirksamkeit in Berlin zurückblicken. Zu dem, was er darüber in seinen Denkwürdigkeiten berichtet hat, tritt als Ergänzung eine Aufzeichnung, die er in jenen Tagen niedergeschrieben hat. In diesem Schriftstück heißt es: „An bleibendem Andenken in der Artillerie wird es mir nicht fehlen, ja es wird dieses immer mehr einen Parteicharakter annehmen. Der Gegenparteien sind zwei, die starre altpreußische, die mich als Neuerer und Nichtpreußen perhorreszierte, und die Diest-de Vignausche, die gerade das Festhalten am Preußischen mir vorwarf. Durch die Natur der Dinge und der Wahrheit bin ich zum juste milieu gedrängt worden. Selbst in dieser Gegenpartei wird mein Abgang nicht ohne einiges Bedauern empfunden; persönliche Feindschaft ist wohl nur in Scharnhorst."

Verweilen wir noch einen Augenblick bei den Nebenstellungen, die Radowitz bekleidet hatte, so dürfte der Erfolg, den er in seinem Wirken für die militärischen Bildungsanstalten errang, am unbestrittensten bei der Artillerie- und Ingenieurschule sein. Die Reorganisation von 1832, namentlich die Ausarbeitung des Studienplanes, ist sein eigenstes Werk. Weniger Glück hatte er auf die Dauer mit seinen Reformen bei der Allgemeinen Kriegsschule. Zwar einige von den Lehrern, besonders der geistreiche Mathematiker Dirichlet, brachten der von ihm empfohlenen „applikatorischen Methode" volles Verständnis entgegen, desto weniger aber war sie nach dem Geschmack der Hörer; denn die jungen Leute, die doch alle mehr oder minder bereits das Selbstgefühl des Mannesalters in sich trugen, fanden die vielen Repetitionen und Examina, die sie zu bestehen hatten, ihrer Lebensstellung nicht ganz angemessen. Die Anforderungen wurden zunächst herabgesetzt, und schließlich mußte die ganze Einrichtung aufgehoben werden.

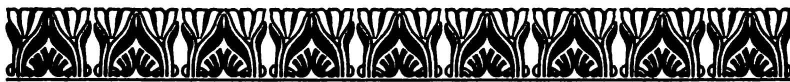
Am meisten bedauerte Prinz August den Verlust seines Stabschefs. Er schrieb am 19. März 1836 an Radowitz:

„Sie haben sich in den sechs Jahren Ihrer Stellung als Chef Meines Generalstabes nicht bloß durch eine unermüdliche Tätigkeit,

lichen Kenntnisse Mir und dem Mir untergebenen Artillerie-Korps äußerst nützlich gewesen, indem Sie zu mehreren der mancherlei in den sechs Jahren bei diesem Korps stattgehabten Verbesserungen wesentlich beigetragen und tätigst mitgewirkt haben. Wenn Ich außerdem noch bei jedem Ihrer Vorschläge, sowohl in personeller als materieller Hinsicht, Ihr reines außerordentliches Interesse für den Allerhöchsten Dienst achten und schätzen gelernt habe, so halte ich es für meine Pflicht, Ihnen hiermit meinen herzlichsten persönlichen Dank abzustatten und dabei den innigen Wunsch auszudrücken, daß Ihnen in Ihrer zukünftigen Laufbahn noch die reichhaltigste Würdigung dessen zuteil werden möge, was Sie Mir und dem Artillerie-Korps gewesen sind."

Radowitz selbst sagt in einem Rückblick auf das Verhältnis zu seinem fürstlichen Chef: „Prinz August hat alles für mich getan, um mir seine gute Meinung und Zufriedenheit zu zeigen. Unser Zusammensein ist im günstigsten Moment abgebrochen; wer weiß, ob es lange in dieser günstigen Situation noch fortgegangen wäre." Über seinen Abschied vom Kronprinzen äußert er: „Die Unterredung am Sonnabend (30. April) Vormittag ließ nichts zu wünschen; er ging in seinem Vertrauen weiter als früher. Bei seinem Charakter mag ich wohl auf die Fortdauer dieser Zuneigung auch während der Trennung glauben, und ich würde hiernach darauf zählen müssen, in ihm einen sicheren, mehr als gewöhnlichen Gönner zu haben."

Die Familie unseres Freundes hatte sich durch die Geburt eines Sohnes, Paul, der am 15. Juni 1835, das Licht der Welt erblickte, vergrößert. Es war demnach eine ganz stattliche Karawane, mit der Radowitz am 3. Mai 1836 von Berlin aufbrach: die Eltern, eine Tochter, zwei Söhne, eine Erzieherin für die älteren Kinder, eine Wärterin für den Jüngstgeborenen, die sonstige Dienerschaft, der ganze Hausrat, Pferde und Wagen. Da unterwegs die Freunde in Thüringen und Hessen aufgesucht wurden, dauerte die beschwerliche Reise zehn Tage bis zur Ankunft in Frankfurt am 13. Mai.



Drittes Kapitel.

Die ersten Jahre der Tätigkeit in der Militärkommission des Bundestages. 1836—1842. Reform der Bundeskriegsverfassung. Vierte und fünfte Bundesfestung: Ulm und Rastatt. Das Jahr 1840. Diplomatisch-militärische Missionen an den deutschen Höfen.

Die zwölf Jahre des militärischen Dienstes in Berlin waren für Radowitz im wesentlichen eine Epoche der Vorbereitung gewesen: mit der Ernennung zum Militärbevollmächtigten am Bundestage trat er in das politische Leben ein.

In den Kreisen der deutschen Diplomatie begann man sich mit seiner Persönlichkeit zu beschäftigen. Der sächsische Gesandte in Berlin, Generalleutnant v. Minckwitz, der ihm vielfach in den Gesellschaften des Kronprinzen begegnet war, berichtete am 18. März 1836: „Herr v. Radowitz ist ein Mann von den ausgezeichnetsten Anlagen des Geistes und in alle Fächer des menschlichen Wissens eingedrungen. Er scheint bestimmt, eine große Rolle in der Welt zu spielen. Seine politischen Grundsätze sind in einem exaltierten Grade dem sogenannten Liberalismus entgegengesetzt.“ Unter den Bundestagsgesandten, die meist im höheren Lebensalter standen, rief die Ankündigung seines Erscheinens durch den Vertreter Preußens, General v. Schöler, in der Sitzung vom 19. Mai großes Aufsehen hervor.

Radowitz ging sehr methodisch zu Werke. Er hielt sich in den ersten Wochen geflissentlich fern von dem Verkehr mit den übrigen Gesandten, zumal der anspruchsvolle Ton, auf den das gesellige Treiben in Frankfurt gestimmt war, ihm und seiner Gemahlin

Der Gegenstand war ihm nicht neu, denn wie wir wissen, hatte er schon im kurhessischen Dienst bei der Formation des IX. Bundeskorps mitgewirkt.*) In lebhafter Erinnerung waren ihm ferner die Verhandlungen, die in den Jahren 1830 bis 1832 stattgefunden hatten, als es sich zum ersten Male darum handelte, einen Plan für das einheitliche Zusammenwirken der ganzen Bundesarmee im Falle eines Krieges aufzustellen. Die Anregung dazu war im September 1830 von den süddeutschen Regierungen ausgegangen, die, aufgeschreckt durch die Staatsumwälzungen in Frankreich und Belgien, bei Österreich und Preußen eine Beratung über gemeinsame Maßregeln zur Verteidigung Deutschlands beantragt hatten. Preußen nahm die Sache bereitwilligst in die Hand und ließ im Dezember dem österreichischen Hofe einen Entwurf überreichen, der allerdings in wesentlichen Punkten von den Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung abwich. Vorgeschlagen wurde eine Einteilung in drei Armeen: eine preußische, verstärkt durch die norddeutschen Kontingente, eine süddeutsche, im Anschluß an preußische Truppenteile, und eine österreichische. Die erste Armee sollte sich am Main, die zweite am Ober- und Mittelrhein, die dritte in Schwaben versammeln.**)

Auf ganz anderer Grundlage beruhte der Gegenentwurf, den Österreich in Berlin überreichen ließ. Vor allem verlangte Kaiser Franz I., daß die süddeutschen Truppen sich mit seiner Armee vereinigen müßten. Wurde diese Hauptbedingung angenommen, so würde er bereit gewesen sein, die norddeutschen Truppenteile der preußischen Führung zu überlassen: an Stelle der von Preußen empfohlenen Dreiteilung würde dann eine Zweiteilung des Bundesheeres getreten sein. Um zunächst ein Einverständnis zwischen den beiden Vormächten zu erzielen, wurden auf Wunsch des Kaisers im Oktober 1831 in Berlin militärische Konferenzen eröffnet. Anfangs hielt der Chef des preußischen Generalstabes, General v. Krauseneck, dem österreichischen Bevollmächtigten, General Clam Gallas, das Gleichgewicht. Von der Aufstellung der drei Armeen ausgehend, wies Krauseneck den österreichischen Truppen eine selbständige Aufgabe zu, die darin bestand, daß die kaiserliche Armee von Straßburg aus

*) Vgl. S. 162. — **) Vgl. H. v. Treitschke IV, S. 214 ff. Außerdem

in das Innere Frankreichs gegen Lyon vordringen sollte. Als Clam Gallas diese Ansicht verwarf und sich für eine Aufstellung der Österreicher an der Donau aussprach, die auf den Anschluß der Süddeutschen berechnet war, zeigte die österreichische Partei in der Umgebung Friedrich Wilhelms eine entschiedene Neigung, auf Kompromisse einzugehen. Krauseneck schied aus der Kommission aus und wurde durch den General v. dem Knesebeck ersetzt, der zu den eifrigsten Verfechtern der österreichischen Bundesgenossenschaft gehörte. Radowitz wußte sehr wohl, daß dieser Gang der Verhandlungen der Hauptgrund gewesen war, weshalb sein alter Gönner Graf Bernstorff im Mai 1832 die Leitung des auswärtigen Ministeriums niedergelegt hatte. Die Wahl seines Nachfolgers Ancillon wurde als ein Sieg des österreichischen Einflusses betrachtet.

Am 26. Mai 1832 wurden die Konferenzen in Berlin, zu denen jetzt auch die Vertreter der süddeutschen Staaten hinzugezogen waren, wieder eröffnet. Die Besprechungen begannen unter lebhaften Protesten der Süddeutschen gegen die von Clam Gallas noch einmal vorgebrachte Verbindung ihrer Kontingente mit Österreich, hinter der die beteiligten Regierungen die Absicht witterten, ihre Truppen unter Umständen auch für die Verteidigung der italienischen Provinzen des Kaiserstaates zu verwenden, was ganz und gar nicht in ihrem Willen lag. Auf Grund der zwischen ihnen getroffenen Verabredungen verwahrten sie sich unter Vortritt Bayerns gegen jeden Operationsplan, der ihrer Armee eine andere Bestimmung vorschreibe als die Verteidigung der eigenen Landesgrenzen. Ebenso bestimmt betonten sie die Forderung, daß ihre beiden Korps, das VII. und VIII., nicht voneinander getrennt werden dürften und unter gemeinsamem Oberbefehl stehen müßten. Wenn dies geschah, blieb wenigstens einem Hauptteil des Bundesheeres, dem Zentrum, der streng bundesstaatliche Charakter gewahrt, und gerade das war es, worauf die Mittelstaaten schon damals das größte Gewicht legten. Die Hoffnung auf diese Gestaltung der Dinge wurde jedoch durch die Berliner Verhandlungen gründlich zerstört [illegible]

erschien es notwendig, die Ansichten der leitenden Staaten des IX. und X. Bundeskorps, Sachsen und Hannover, zu hören, die bisher überhaupt nicht an den Beratungen beteiligt gewesen waren.

Als die Konferenzen, bei denen jetzt alle Kontingente der Bundesarmee vertreten waren, im Oktober 1832 wieder aufgenommen wurden, offenbarte sich sofort, daß eine Ausgleichung der Ansichten inzwischen nicht erfolgt war. Die Süddeutschen verharrten bei ihren Forderungen, und auch die Norddeutschen waren keineswegs geneigt, für den Anschluß ihrer Truppenkräfte an die rechte Flügelarmee eine bindende Verpflichtung einzugehen. Bei den Süddeutschen aber zeigte sich die größte Neigung, wenigstens noch das IX. Korps, Sachsen, Kurhessen und Nassauer, an das Zentrum heranzuziehen. Eine unmittelbare Gefahr für den europäischen Frieden lag nicht mehr vor; der Eifer, mit dem „das Verteidigungssystem" betrieben, war längst erkaltet: in den Augen der meisten Teilnehmer hatte die ganze Verhandlung nur noch eine theoretische Bedeutung. Für das Schlußprotokoll vom 13. Dezember 1832 blieb also eigentlich nichts mehr übrig als die Dreiteilung des Bundesheeres; die wichtige Frage des Kommandos der drei Armeen wurde geflissentlich umgangen. Höchst bezeichnend ist das Nachspiel, das dann folgte. Preußen, Österreich und Sachsen unterzeichneten das Protokoll im Laufe des Januar 1833; die übrigen Staaten enthielten sich der Ratifikation und fühlten sich nicht einmal bewogen, eine Rückäußerung eintreten zu lassen.

Die hier geschilderten Vorgänge sind deshalb von Bedeutung, weil sie uns die Schwierigkeiten erkennen lassen, mit denen Radowitz während seiner amtlichen Stellung in Frankfurt länger als ein Jahrzehnt hindurch zu kämpfen hatte. Dieselben Gegensätze, an denen der Versuch einer allgemeinen Einteilung des Bundesheeres gescheitert war, wiederholen sich bei jeder einzelnen Frage, die in den Kreis seiner Tätigkeit fiel.

Werfen wir zunächst, seinen eigenen Ausführungen folgend,*) einen Blick auf die äußerst verwickelte Angelegenheit der Errichtung einer vierten Bundesfestung. Die Unzulänglichkeit des Defensivsystems an der Westgrenze Deutschlands war seit den Er-

---

*) Vgl. S. 53.

fahrungen des großen Krieges eine unbestrittene Tatsache. Infolgedessen war bereits bei den Verhandlungen des zweiten Pariser Friedens beschlossen worden, zur Verstärkung des Verteidigungssystems neben den drei Bundesfestungen, Mainz, Luxemburg und Landau, eine vierte Bundesfestung zu erbauen. Zur Bestreitung der Kosten wurde aus der französischen Kontribution eine Summe von zwanzig Millionen Franken zur Verfügung des Bundes festgelegt.*) Österreich hatte Ulm als die geeignetste Stelle ins Auge gefaßt, und Preußen war dieser Ansicht nicht nur beigetreten, sondern hatte auch im voraus dem Kaiser von Österreich das Garnisonsrecht in Ulm zugestanden.**) Der Plan Österreichs stieß jedoch auf allgemeinen Widerspruch der Süddeutschen, die der Meinung waren, daß mit der Erbauung einer an der Donau gelegenen Bundesfestung der militärischen Verteidigung ihrer Landesgebiete nicht gedient sein könne. Die Wünsche der Süddeutschen richteten sich von Anfang an auf Rastatt. Dieser Widerstreit der Meinungen, der 1817 angefangen hatte, dauerte in vollem Umfang fort, als Radowitz seine Tätigkeit in Frankfurt begann.

Zu den ersten Eindrücken, die er hier empfing, gehörten die Schmähungen, mit denen Österreich und Preußen wegen ihrer Gleichgültigkeit in der Festungsfrage überhäuft wurden. Die einen behaupteten, daß die Angelegenheit nur deshalb in das Unabsehbare hinausgeschoben werde, weil die deutschen Großmächte möglichst lange die freie Verfügung über die Zinserträge der zwanzig Millionen in der Hand zu behalten wünschten; andere beschuldigten Preußen geradezu, daß es die unausgefüllte Lücke in dem Verteidungssystem am Oberrhein nicht ungern sehe, weil dadurch der Feind im Westen veranlaßt werden würde, seinen Hauptangriff nicht auf die preußischen Staaten, sondern auf Süddeutschland zu richten. Eine andere Wahrnehmung, die Radowitz machte, war die Meinungsverschieden-

*) Pariser Konvention vom 3. November. Vgl. den Aufsatz: „Rastatt die vierte Bundesfestung. Ein Nekrolog von Reinhold Wagner, Oberstleutnant a. D." Preußische Jahrbücher. Band 67, S. 473 ff. (Berlin 1891).

heit, die zwischen den Süddeutschen in bezug auf die defensive Befestigung der Grenze am Oberrhein bestand. Ebenfalls bereits im Jahre 1815 waren weitere fünfzehn Millionen Franken aus der französischen Kriegssteuer für eine Ergänzung der Fortifikationen am Oberrhein bestimmt worden. Die Entscheidung fiel für Germersheim aus, und nach langwierigen Debatten hatte dieser Bau, dessen Leitung vom Bundestage der bayrischen Regierung übertragen wurde, im Jahre 1835 begonnen, trotz des Widerspruchs der Badenser, die in der Anlegung eines großen bayrischen Waffenplatzes in unmittelbarer Nähe ihrer Landesgrenze eine Gefahr für ihre militärische Selbständigkeit erblickten. Besonders unliebsam war dem badischen Gouvernement ein von Bayern dem Bundestage am 28. April 1836 eingereichter Plan eines auf dem rechten Ufer zu erbauenden Brückenkopfes, durch den ein Stück des badischen Gebietes in den Befestigungsrayon von Germersheim hineingezogen wurde. Obgleich die Militärkommission den bayrischen Entwurf zur Ausführung empfahl, beruhigte sich die badische Regierung dabei nicht, sondern nahm die Gelegenheit wahr, in sehr bestimmter Form darauf zu dringen, daß die Beschlußfassung über Germersheim vertagt werde, bis die Bundesversammlung sich über die Anlage der vierten Bundesfestung schlüssig gemacht habe.*)

Mit großem Geschick und hervorragender Selbständigkeit des Urteils wußte Radowitz inmitten dieser Parteiungen Stellung zu nehmen. Sein erster Bericht an das auswärtige Ministerium vom 7. Juni war ein Meisterstück diplomatischen Taktes. Weit entfernt, dem Urteil der Militärkommission in bezug auf Germersheim entgegenzutreten, sprach er sich doch unumwunden für die Berechtigung des badischen Antrages aus und empfahl seiner Regierung, der so lange vernachlässigten Ergänzung des Verteidigungssystems am Oberrhein ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Einerseits leitete ihn dabei ein politischer Gesichtspunkt, denn es lag auf der Hand, daß es für Preußens Ansehen am Bundestage nur vorteilhaft sein konnte, wenn die norddeutsche Großmacht die verloren gegangenen

Ratschlag sprachen. Von Germersheim bis an den Bodensee stand die Grenze der deutschen Bundesländer jedem feindlichen Einbruch offen; die Staaten des VIII. Korps, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, entbehrten eines befestigten Waffenplatzes für ihre Konzentration und für die Ansammlung des Kriegsmaterials.

Von großem Werte war für Radowitz der Rückhalt, den die von ihm entwickelten Ansichten bei dem preußischen Bundestagsgesandten fanden. General v. Schöler hatte dem Staate eine lange Reihe von Jahren hindurch allgemein anerkannte Dienste geleistet. In den schwersten Zeiten der Napoleonischen Kriege, seit 1807, war er Militärbevollmächtigter am russischen Hofe gewesen, hatte das intimste Vertrauen Alexanders I. erworben und war in den siebenundzwanzig Jahren, die er später als diplomatischer Vertreter in Petersburg verweilte, auch dem Kaiser Nikolaus nahegetreten. Wegen der Zuverlässigkeit seines Charakters erfreute er sich der besonderen Gunst Friedrich Wilhelms III. Seine altpreußische Gesinnung machte ihn empfänglich für alles, was der Machtstellung Preußens zur Förderung gereichen konnte. Ohne weiteres war er daher auf die Vorschläge eingegangen, die Radowitz ihm unterbreitet hatte. Schöler nahm keinen Anstand, den Inhalt des Berichtes vom 7. Juni zur Kenntnis der Vertreter Österreichs am Bunde zu bringen. Dabei zeigte sich, daß die von Radowitz gegebene Anregung nach dieser Seite hin doch eine ganz andere Wirkung hervorbrachte, als er selbst geglaubt haben mochte. Der österreichische Militärbevollmächtigte, Freiherr v. Welden, fühlte sich persönlich verletzt, weil Radowitz ihn nicht vorher um seinen Rat gefragt hatte, und der Gesandte, Graf v. Münch-Bellinghausen, äußerte sich mit noch schärferen Worten über die Umgehung der Präsidialmacht. Der ungewöhnliche Vorfall wurde sofort nach Wien gemeldet. Metternich beeilte sich in einer Note an den österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Trautmannsdorf, eine direkte Anklage gegen den neuen Bevollmächtigten, der ganz anders aufträte als Wolzogen, zu erheben.*) Später hat Radowitz in Wien

Zum Glück für unseren Freund fand das Ministerium keinen Grund zum Tadel. Am 23. Juni schrieb Ancillon an Radowitz, Preußen würde die Angelegenheit der vierten Bundesfestung längst zur Sprache gebracht haben, wenn es nicht mit Rücksicht auf Österreich bisher davon Abstand genommen hätte. In der Beantwortung der Metternichschen Note, 12. Juli, wurde das Verhalten des Militärbevollmächtigten ausdrücklich gerechtfertigt.

Die Episode dieses ersten Konfliktes, den Radowitz mit Österreich zu bestehen hatte, hat die wichtigsten Folgen gehabt, nicht bloß durch den günstigen Ausgang für ihn persönlich, sondern hauptsächlich deshalb, weil die Festungsfrage seitdem in ein ganz anderes Stadium trat. Die Erregung Metternichs war vom österreichischen Standpunkt aus wohl zu verstehen, denn mit hinreichender Deutlichkeit hatte Radowitz in seinen Ausführungen hervorgehoben, daß die vierte Bundesfestung nicht bei Ulm, sondern am Oberrhein errichtet werden müsse. Dieser Tatsache gegenüber sah Österreich sich gezwungen, aus der bisherigen Zurückhaltung herauszutreten. In einer Depesche vom 2. August berichtete der preußische Gesandte Graf Maltzahn nach einer Unterredung mit Metternich: Österreich sei entschieden gegen den Bau einer Bundesfestung am Rhein, sondern beharre auf einem weiter rückwärts gelegenen Punkte: eine so weit vorgeschobene Lage wie Rastatt könne unter Umständen die größte Gefahr über das südwestliche Deutschland verhängen.

Diese Erwiderung des Wiener Kabinetts hatte denn doch die Wirkung, daß man in Berlin nicht weiter gehen wollte, bis die ausführlichere Begründung der österreichischen Ansichten vorläge. Allein sobald die Kunde von den zwischen Preußen und Österreich schwebenden Verhandlungen sich verbreitete, blieb auch der Rückschlag von süddeutscher Seite nicht aus. Im Laufe des Oktober 1836 begann sich König Wilhelm I. von Württemberg zu regen, der um so mehr den Beruf fühlte, in dieser Interessenfrage an die Spitze Süddeutschlands zu treten, als König Ludwig I. von Bayern seiner ganzen Natur nach den militärischen Angelegenheiten ferner stand. In einem Gutachten von Stuttgart heißt es: Ulm, an der Grenze Württembergs und Bayerns gelegen, müsse als Festung mit

daß die zwanzig Millionen kaum für Ulm ausreichen würden, aber die allgemeine Sicherheit erfordere weitere Geldopfer. Daher sei es am geratensten, Ulm und Rastatt zu befestigen. „Deutschland wird noch viele Millionen daran setzen müssen, um den Streit mit Frankreich über den Besitz der Rheingrenze früher oder später durchzukämpfen."

Der Gedanke, außer Ulm noch eine fünfte Bundesfestung zu erbauen, beruht nicht auf württembergischer Erfindung, denn schon in den ersten Anfängen der Beratungen über die Grundzüge der Bundeskriegsverfassung ist von der Befestigung Ulms und Rastatts oder eines anderen Platzes am Oberrhein die Rede gewesen. Immerhin aber gebührt Radowitz das Verdienst, dem von Württemberg vorgeschlagenen Ausweg in Berlin zuerst Geltung verschafft zu haben. In einer umfangreichen Denkschrift vom 15. Dezember 1836 empfiehlt er aus politischen und strategischen Gründen die Genehmigung des Baues der beiden Festungen. Mit einer sehr deutlichen Anspielung auf die Rheinbundszeit sagt er: die durch das jetzige Regime in Frankreich dargebotene Beruhigung könne von einem Tage zum anderen verschwinden. Die deutschen Vormächte würden einen großen Teil der Schuld tragen, wenn bei einem plötzlichen Angriffe Süddeutschlands frühere Vorgänge sich wiederholen sollten. Die Südstaaten verlangen mit Recht eine Bundesfestung wegen der materiellen Deckung ihrer Länder sowie als Vereinigungspunkt für das VIII. Korps und als gesichertes Depot für den Kriegsbedarf. Die Regelung des Verteidigungssystems ist eine Ehrensache für Preußen. Bei der Abgabe dieser Denkschrift an das Kriegsministerium schrieb Ancillon, 11. Januar 1837: „Ich kann den Gesinnungen, von welchen der Herr Verfasser bei seiner Arbeit geleitet ist, meinen vollen Beifall nicht versagen."

Im September 1836 hatte Radowitz auf Einladung des Kronprinzen, der damals die Rheinprovinz bereiste, sich einige Tage in Koblenz aufgehalten, wo er auch seinen alten Gönner, den Prinzen August, und Leopold v. Gerlach fand. In bezug auf „Polde" schreibt er am 11. September seiner Frau: „Ich freue mich doch sehr, ihn wieder zu haben." Er begleitete den Kronprinzen bis Trier und ging von dort am 2. Oktober nach Luxemburg zur Inspektion der Bundesfestung. Das bereitwillige Entgegenkommen des wackeren Gouver-

neurs General Dumoulin ermöglichte es ihm, in fünf Tagen rastlosen Umherstreifens sich ein erschöpfendes Urteil über den Zustand der Befestigungen zu bilden. Erwuchs ihm schon hieraus manche neue Anregung, so war es nicht minder lehrreich, aus dem Munde eines so klassischen Zeugen wie Dumoulin die haarsträubendsten Einzelheiten über die mangelhafte Ausrüstung und die zuchtlose Haltung der deutschen Exekutionstruppen zu vernehmen, die der Bund im Jahre 1831 nach Luxemburg gesandt hatte. Radowitz nahm sich sogleich vor, dieses Material in Frankfurt zu verwerten. Den besten Anlaß dazu gab ihm eine Organisationsfrage, mit der die Militärkommission sich im Winter von 1836 auf 1837 zu beschäftigen hatte.

Nach der Bundeskriegsverfassung von 1821 waren die Kontingente der kleineren und kleinsten deutschen Staaten zunächst den größeren Korpsverbänden eingereiht worden. Unaufhörliche Klagen der Landesherren, die sich durch diese Maßregel in ihrer militärischen Oberhoheit beeinträchtigt glaubten, hatten den Bundestag veranlaßt, seit dem Jahre 1830 diesen kleinen Heeresabteilungen eine selbständigere Stellung zu geben; sie wurden, losgelöst von den Korps, zu einem für sich bestehenden Truppenkörper, der Reserve-Division des Bundes, vereinigt, die den Zweck haben sollte, im Kriegsfalle zur Verstärkung der Garnisonen in den Bundesfestungen herangezogen zu werden. Im Jahre 1836 hatte eine Musterung der Division stattgefunden, deren Ergebnisse in zahlreichen Spezialberichten der Militärkommission vorlagen. Für die Zusammenstellung und Begutachtung der Berichte wurde niemand geeigneter befunden als der preußische Bevollmächtigte.

Schon nach wenigen Tagen war Radowitz darüber mit sich im reinen, daß die Einrichtung der Reserve-Division geradezu als ein militärisches Monstrum zu betrachten sei. Der Grundfehler bestand darin, daß diese schwachen Kontingente, in denen fast durchgängig nur eine Waffengattung vertreten war, seit Jahren keine Gelegenheit gehabt hatten, sich in Gemeinschaft mit anderen Waffengattungen im Kriegsdienst zu üben. Es handelte sich um nicht weniger als neunzehn Truppenabteilungen, deren gesamte Kopfzahl sich auf über elftausend Mann belief, und von denen neun noch nicht einmal die Friedensstärke eines Bataillons erreichten. Ein Teil dieser kleinen Truppenkörper trug noch die Waffen aus der Zeit

des Rheinbundes, von sehr verschiedenartigem Kaliber; und in bezug auf alle Verhältnisse, vom Kommando und Exerzier-Reglement an bis zu den Grundsätzen der Verpflegung, herrschte eine Mannigfaltigkeit, die lebhaft an die Misere der ehemaligen Reichsarmee erinnerte. Mochte es auch nicht allenthalben so schlimm aussehen wie in Frankfurt am Main, wo die Miliz ein Gegenstand des Hohns und Spottes war, dessen sich längst die Lokalposse bemächtigt hatte, so konnte es doch keinem Zweifel unterliegen, daß eine Abhilfe dringend notwendig sei. Radowitz beschränkte sich zunächst in einem Vortrag vom 29. Januar 1837 darauf, die Hauptmängel des gegenwärtigen Zustandes zu beleuchten und, ohne Rücksicht auf die vorauszusehende Empfindlichkeit der Kleinstaaten, eine gründliche Umgestaltung zu empfehlen. Wiederum war Ancillon des Lobes voll. In einem Reskript vom 19. Februar 1837 sagte er, Preußen habe die jetzige Organisation stets für eine fehlerhafte gehalten; das Ministerium erwarte daher von dem Bevollmächtigten die Ausarbeitung bestimmter Reformvorschläge.

Trotz dieser Erfolge mußte Radowitz sich sehr bald überzeugen, daß ihm noch große Schwierigkeiten bevorstanden. Während er eine rasche Erledigung der Festungsfrage gehofft hatte, beobachtete das preußische Ministerium ein auffallendes Stillschweigen. Ancillon war am 19. April 1837 gestorben und sein Nachfolger, Freiherr Wilhelm v. Werther, von dessen Entschlossenheit und staatsmännischem Talent Radowitz eine geringe Meinung hatte, besann sich lange, ehe er die Bundestagsgesandtschaft über den Weg seiner Politik aufklärte. Die Schuld lag jedoch nicht auf seiner Seite, sondern die Verzögerung hing damit zusammen, daß der General Krauseneck als Generalstabschef und der Inspekteur der Festungen, General v. Rauch, zu einer Begutachtung der Frankfurter Vorschläge aufgefordert worden waren. In ihrem gemeinsamen Bericht vom 7. März 1837 nahmen sie einen anderen Standpunkt ein als Radowitz: ohne die Wichtigkeit von Ulm für eine zentrale Aufstellung der süddeutschen Streitkräfte zu verkennen, bezeichneten sie den Bau der Festung Rastatt für die wichtigere Aufgabe, weil es vor allem darauf ankomme, dem VIII. Bundeskorps einen geeigneten Stützpunkt zu verschaffen, den Bayern bereits in Landau besaß. Dazu kam, daß Friedrich Wilhelm III. sich scheute, die Kontroverse des Festungs-

baues weiter zu verfolgen, bis durch kommissarische Beratung zwischen Preußen und Österreich eine feste Grundlage für die Verhandlungen am Bundestage gewonnen sei.

An sich ließ sich dagegen nichts einwenden, und auch Radowitz hielt es für richtiger, in die unabsehbaren Erörterungen mit der Bundesversammlung erst einzutreten, wenn eine Verständigung zwischen den beiden Vormächten erzielt worden sei. Allein nachdem die Angelegenheit einmal in Fluß gekommen, waren die süddeutschen Regierungen nicht gewillt, die Entscheidung der Höfe von Berlin und Wien geduldig abzuwarten. Am 22. Juni wiederholte Württemberg den vor länger als einem Jahre von Baden eingebrachten Antrag auf Vervollständigung des Verteidigungssystems am Oberrhein.

Schöler und Radowitz sind der Ansicht gewesen, daß die Österreicher diese Intervention nicht ungern gesehen hätten, weil sie im stillen hofften, die Majorität der norddeutschen Staaten werde wegen der Kostenersparnis sich gegen den Doppelbau und für Ulm entscheiden. Die Abstimmung ergab jedoch insofern ein überraschendes Resultat, als sämtliche Staaten, dem württembergischen Antrage gemäß, sich ohne Vorbehalt mit einer Erörterung der Festungsfrage einverstanden erklärten. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, über die Sache selbst in einer Frist von zwei Monaten die Instruktionen der Regierungen einzuholen.

In einem Bericht vom 27. Juni gab Radowitz sein Urteil dahin ab, daß die Sache jetzt schwieriger geworden sei, da sie nicht mehr bloß zwischen Preußen und Österreich, sondern zwischen allen Bundesgliedern schwebe. Das Ministerium aber blieb bei seiner Auffassung. Rauch, der nach dem Tode Witzlebens, am 9. Juli 1837, Kriegsminister geworden war, richtete sein ganzes Augenmerk auf die Befestigung des Oberrheins, die er sich in großem Maßstab dachte: außer der Erbauung Rastatts empfahl er die Anlage einiger Sperrforts in den Schwarzwaldpässen und eines zur Verteidigung eingerichteten Stützpunktes bei Donaueschingen.

Radowitz hat damals Gelegenheit gehabt, seine Meinung in der Festungsfrage dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm vorzutragen, der nach einer nicht unbedenklichen Erkrankung die Bäder in Kissingen gebrauchte. In einem Briefe vom 25. Juli an seine Frau schreibt er: „Der Kronprinz hat mich so herzlich empfangen wie je, mit

einer Freude, die mir natürlich auch die Seele bewegen mußte. Ich habe die ganze Zeit von Freitag abend bis Sonntag mittag fast ununterbrochen mit ihm zugebracht. Morgens von 6 bis 8 am Brunnen, dann bestellte er mich gegen 11 Uhr zu sich, dann um 2 Uhr zu Mittag, nachher trotz des Unwetters jedesmal Landpartien und abends zum Souper. Über eine ganze Reihe von Gegenständen sind wir zu vollständigen Explikationen gekommen, und was sich seit fast einem Jahre hierin aufgehäuft, habe ich mit ihm austauschen können. Er hat sich wirklich mit einer Liebe und Offenheit ausgelassen, die mich noch fester an ihn ketten muß."

Nach einer Besprechung mit Metternich zu Teplitz, im August 1837, glaubte Werther annehmen zu dürfen, daß Österreich in bezug auf Ulm nachgeben werde.*) Infolgedessen erging an Radowitz im Oktober 1837 die Weisung, sich einstweilen in der Festungsangelegenheit neutral zu verhalten. Die unzufriedene Stimmung, der er in den Schlußsätzen des im November 1837 beendeten ersten Abschnitts seiner Denkwürdigkeiten Ausdruck verliehen hat,**) findet unter diesen Umständen eine sehr begreifliche Erklärung.

Um trotz solcher Hemmnisse keinen Stillstand eintreten zu lassen, beschäftigte er sich eifrig mit dem Bericht über die Reserve-Division, der am 6. Oktober beendet wurde. In einem gewissen, wenn auch beschränkten, Sinne bezeichnet diese Arbeit den Anfang der Reformbestrebungen, in die Radowitz im Laufe der Zeit sich immer tiefer einlebte. Die ganze Darstellung ist darauf zugespitzt, die Unzulänglichkeit der Militärverhältnisse des Bundes in möglichst grellen Farben zu schildern. Dabei lag es in der Natur der Sache, daß seine Verbesserungsvorschläge sich einstweilen noch in engen Grenzen bewegen mußten. Das Beispiel der Jahre 1831 und 1832 und die Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre hatten ihn belehrt, daß die Umgestaltung der Bundeskriegsverfassung von Grund aus ein eitles Bemühen sein würde. Vorderhand mußte man sich begnügen, mit dem Kleinen und Kleinsten anzufangen.

ein wirkliches Leben kundgebe. „Während sonst die militärischen Einrichtungen der einzelnen Staaten der Einsicht und Kontrolle des Bundes sorgsam entzogen sind, ist hier ein Mittel dargeboten, mindestens bei einem kleinen Teil derselben die Überzeugung zu gewinnen, ob dem Sinne der bestehenden Bestimmungen entsprochen und was ferner zu tun sei, um das deutsche Kriegswesen vor dem Rückfall in frühere, viel beklagte und viel gebüßte Mängel zu hüten."

Was die Reformvorschläge selbst betrifft, so stellt Radowitz den Grundsatz voran, daß bei der Infanterie ein Bataillon von fünf- bis sechshundert Mann der geringste militärische Körper sei, auf dessen kriegsgemäße Ausbildung und Haltung noch gezählt werden könne. Aber auch die Kontingente, die ein vollständiges Bataillon bilden, müssen mit anderen Waffengattungen in Verbindung gebracht werden, da sie nur hierdurch die vollständige Brauchbarkeit für den Kriegsdienst erlangen können. Zu diesem Zweck empfiehlt er jährliche Übungen der kleinen Truppenteile mit größeren Verbänden, in denen alle Waffengattungen vertreten sind. Unerläßlich ist dabei die Vorschrift eines einheitlichen Exerzier-Reglements, an dem es bisher gänzlich fehlt. Ebenso notwendig ist die Gleichheit des Kalibers. Die Truppen der Reserve-Division können, wenn sie ihrer Bestimmung gemäß mit den preußischen, österreichischen oder bayerischen Heeresteilen in den Bundesfestungen vereinigt werden, wegen der Verschiedenheit des Kalibers von der bei jenen größeren Truppenteilen eingeführten Munition keinen Gebrauch machen.

Besonderes Gewicht ist ferner auf die Heranbildung eines tüchtigen Offizierkorps zu legen. Allenthalben macht sich die Erscheinung geltend, „daß nur schwer geeignete Subjekte für die kleinen Kontingente zu finden sind, welche sich einem so wenig versprechenden Berufe widmen wollen." Für die wissenschaftliche Vorbereitung der Offiziersaspiranten geschieht in den kleinen Staaten nichts und kann nichts geschehen. Eine rühmliche Ausnahme bildet nur die vereinigte oldenburgisch-hanseatische Brigade, die für ihr Bereich eine höhere

erkannt werden vom Standpunkt der nationalen Pflicht. „Wenn es wahres Bedauern erregen müßte, daß zwölftausend Deutsche, von deren Kräften selbst Napoleon innerhalb und außerhalb ihres Vaterlandes leider Nutzen genug zu ziehen wußte, jetzt für die gemeinsame Sache gewissermaßen verloren gehen, so dürfte daraus die Pflicht erwachsen, nach allen Kräften dahin zu trachten, diesen Zustand zu ändern."

Auf die Erledigung dieser Arbeit folgte noch im Oktober, wie auch später fast alljährlich, eine Besichtigung Luxemburgs, wobei Radowitz es niemals unterließ, mindestens einen Tag in Trier zuzubringen, dessen Römerbauten er mit großem Eifer studierte. In Luxemburg „wurde den ganzen Tag, von Sonnenaufgang bis in die Nacht, in den schwindelnden Felsen herumgeklettert". Dann ging es, in Gemeinschaft mit dem Freunde Mathis, über Metz nach Paris.*) Die Reise dorthin mußte in Frankfurt sehr geheim gehalten werden, denn wenn auch Schöler seine Zustimmung dazu gegeben hatte, so fehlte doch der Urlaub des Ministeriums. „Manchmal kommt mir das Ganze," heißt es in einem Briefe an Marie v. Radowitz vom 13. Oktober aus Metz, „etwas wie ein Narrenstreich vor, dann tröste ich mich aber, daß der Gedanke Deinen Beifall fand, und daß Mathis so viel Vergnügen an der Reise hat." Da der Aufenthalt in Paris nur acht Tage währen durfte, mußten alle Kräfte zusammengenommen und alle Gesellschaften vermieden werden; nur der preußischen Gesandtschaft, die damals durch den Geschäftsträger Brassier de St. Simon vertreten war, wurde ein Besuch abgestattet. Über die allgemeinen Eindrücke schreibt Radowitz: „Die ganze neuere Geschichte dieses Landes ist wirklich nur vollständig zu begreifen, wenn man ihren Schauplatz vor Augen hat. Paris ist in vieler Hinsicht ein einziger Ort; in diesem Sinne hat kein anderes Land eine Hauptstadt." Außer Paris sah er St. Germain und Versailles, und das alles mit solcher Gründlichkeit, daß er am Tage der Abreise, 21. Oktober, von sich und Mathis sagen konnte: „Wir haben beide die Empfindung, als wenn wir Monate hier zugebracht, und sehnen uns trotz alles Interesses herzlich nach Hause."

Es war immerhin ein nicht zu unterschätzender Fortschritt, daß

---

*) Vgl. S. 56.

das preußische Kriegsministerium ohne langes Besinnen, am 12. Dezember, Radowitz unter Anerkennung „seiner Mühe und Sorgfalt" bevollmächtigte, die Vorschläge über Reform der Reserve-Division an die Militärkommission zu bringen. Durch Welden wurden sie in Wien mitgeteilt, und auch dort fand man sie im ganzen durchaus sachgemäß.

In dem zweiten Abschnitt seiner Memoiren*) hat Radowitz die Seelenkämpfe, in die er durch den Konflikt, der damals zwischen der preußischen Regierung und der päpstlichen Kurie ausbrach, versetzt wurde, so eingehend geschildert, daß es hier nur weniger Erläuterungen bedarf. Wir benutzen dabei eine Reihe von schriftlichen Aufzeichnungen aus den Jahren 1837 bis 1840, in denen er aus tief erregtem Gemüt die in ihm auf- und niederwogenden Gedanken über den Verlauf der Ereignisse als Vermächtnis für seine Nachkommen festgehalten hat. Seine Äußerungen sind deshalb von geschichtlichem Wert, weil sie den getreuen Ausdruck der Ansichten enthalten, von denen die Mehrzahl der preußischen Katholiken bei der Beurteilung der verhängnisvollen Streitfrage über die gemischten Ehen beherrscht wurde. Das unbedingte Festhalten an der Autorität der obersten Kirchengewalt ließ die strenggläubigen Katholiken gar nicht dahin kommen, den Konflikt als das zu betrachten, was er tatsächlich war, — eine Machtfrage, die sich zwischen dem Herrscherrecht des preußischen Königtums und der Omnipotenz des Oberhauptes der katholischen Christenheit abspielte. Für Radowitz und seine Glaubensgenossen war es ein unumstößlicher Satz, daß das Breve Pius' VIII. vom 25. März 1830, welches die priesterliche Einsegnung der gemischten Ehen von dem Versprechen der katholischen Kindererziehung abhängig machte, vom Staate als rechtsbeständig anerkannt werden müsse. Hierin lag der Kardinalpunkt des ganzen Streites: die Katholiken beriefen sich auf die strenge Observanz der römischen Kirche, während die preußische Regierung und mit ihr die überwältigende Mehrheit der Protestanten im Rechte zu sein glaubten, wenn sie verlangten, daß die schon in dem Fridericianischen Staat stillschweigend geduldete, später durch eine Bestimmung des Allgemeinen Landrechts gesetzlich geregelte mildere Praxis, nach

*) Vgl. S. 56 ff.

welcher die Kinder gemischter Ehen dem Bekenntnis des Vaters folgen sollten, auf die westlichen Landesteile der Monarchie übertragen würde. Trotz aller diplomatischen Bemühungen Bunsens war es nicht gelungen, die Kurie zur Annahme dieses Grundsatzes zu bewegen; und ebenso war der weitere Vorschlag der preußischen Regierung, daß die priesterliche Einsegnung der Ehe auch dann stattfinden solle, wenn eine Entscheidung der Eltern über den Glaubensstand der Kinder nicht vorläge, von dem Papste zurückgewiesen worden. Das Äußerste, was Pius VIII. bewilligen wollte, war die passive Assistenz des Priesters bei der Eheschließung in den Fällen, in denen die Eltern sich weigerten, ein Versprechen für die katholische Kindererziehung abzulegen.

Mit diesem „Maximum" des Vatikans nicht zufrieden, versagte die Regierung des Königs dem Breve das Placet und schlug einen anderen Weg ein. Zwischen dem Erzbischof von Köln, Ferdinand August Spiegel zum Desenberg, und Bunsen wurde in persönlichen Besprechungen zu Berlin am 19. Juni 1834 eine Konvention vereinbart, in welcher der Erzbischof sich verpflichtete, an seine Suffragane in Trier, Paderborn und Münster und durch diese an den Klerus von Rheinland und Westfalen eine geheime Instruktion zu erlassen, welche die Geistlichen ermächtigte, die kirchliche Eheschließung auch ohne förmliches Versprechen der katholischen Kindererziehung vorzunehmen: nur in solchen Fällen, wo die irreligiöse Gesinnung der Eltern zutage lag, sollte der Trauakt verweigert werden. Durch die Hinzufügung dieser Klausel glaubte der Erzbischof dem päpstlichen Breve Genüge getan zu haben.

Solange Spiegel lebte, brachte es sein persönlicher Einfluß auf die Geistlichkeit seines Sprengels zuwege, daß nach den Bestimmungen der geheimen Übereinkunft verfahren wurde. Sehr bald aber trat ein jäher Wechsel der Dinge ein, als nach seinem Tode, am 2. August 1835, das Domkapitel den früheren Generalvikar Clemens August Freiherrn Droste zu Vischering zum Erzbischof erwählte. Im Vertrauen auf die ausdrückliche Erklärung Drostes, daß er die Instruktion seines Vorgängers aufrechterhalten werde, hatte die Regierung seine Wahl begünstigt und bestätigt. Nachdem

Wortlaut derselben nicht gekannt und sich erst nachträglich von ihrer Unvereinbarkeit mit dem Breve Pius' VIII. überzeugt habe. Das Ministerium Altenstein ließ es nicht an Vorstellungen fehlen, um den strenggläubigen Prälaten zu einer Sinnesänderung zu veranlassen. Da diese Bemühungen erfolglos blieben und Droste den offenen Widerstand gegen die weltliche Obrigkeit so weit trieb, daß er den Schriftwechsel mit dem Ministerium, über dessen streng amtlichen Charakter er nicht im Zweifel sein durfte, der Öffentlichkeit übergab, hielt die Regierung sich für berechtigt, auch ihrerseits zu einer Gewaltmaßregel zu schreiten: am 20. November 1837 wurde der Erzbischof verhaftet und in die Festung Minden abgeführt.

So weit freilich geht nun auch Radowitz nicht, daß er die Handlungsweise Drostes in jeder Beziehung billigte. Im Dezember 1837 schreibt er das folgende Urteil nieder: „Bei dem sonstigen Charakter des Erzbischofs kann angenommen werden, daß er die Konvention wirklich nicht nach ihrem wesentlichen Inhalt gekannt oder gewürdigt habe.*) Immer aber hatte er sehr unrecht, sich nicht speziell von den Verpflichtungen zu überzeugen, die er einging. Als er später zur Kenntnis des ganzen Hergangs und dessen Wirkungen im Erzbistum kam, durfte er nach seiner Gewissenspflicht die Instruktion nicht ausführen. Aber indem er jedenfalls, wenn auch unabsichtlich, Anlaß zur Täuschung des Königs gegeben und dessen Zustimmung hierdurch allein erworben hatte, mußte er sich in seinem Gewissen auch für verpflichtet halten, offen und unumwunden auszusprechen, daß er die Instruktion nicht im Einklange mit dem Breve finde. Er konnte dann auf eine authentische Interpretation von seiten des einzig Berufenen, des Papstes, provozieren. Wollte die Regierung die Streitfrage dieser Entscheidung nicht unterziehen und ihn nötigen, sein Versprechen wegen der Instruktion zu halten, so mußte er seine an diese Bedingung geknüpfte Stelle niederlegen."

Die Verhaftung des Erzbischofs führte bekanntlich zu einem vollständigen Bruch zwischen Preußen und der Kurie. Die päpstliche Allokution vom 10. Dezember 1837, die in den heftigsten Ausdrücken zum Kampf für die mit Füßen getretenen Rechte der katholischen Kirche aufforderte, fand in dem ganzen katholischen Deutschland den

*) Diese Ansicht teilt auch H. v. Treitschke IV, S. 697.

tiefsten Nachklang. Die auswärtige Presse, namentlich in Frankreich und Belgien, frohlockte über die moralische Niederlage, welche die preußische Regierung sich selbst bereitet habe. Seitdem der König einer Deputation des rheinisch-westfälischen Adels, die nach Berlin gekommen war, um ihm ein Bittgesuch für die Freilassung des Bischofs zu überreichen, den Empfang verweigert hatte, herrschte in jenen Kreisen ein Geist der Widersetzlichkeit, der an Felonie grenzte. Diese Verhältnisse muß man im Auge behalten, um die pessimistischen Betrachtungen, die Radowitz in seinen Denkwürdigkeiten vorträgt, zu verstehen. Im Januar 1838 schreibt er: „Die Regierung in offener und geheimer Fehde gegen alles, was über den Hergang anders denkt; unterdrückte Zeitungen und Bücher, Argwohn überall. Furcht und Haß lagert sich über das halbe Land. Was die Jahre geschaffen, eine Annäherung der wahrhaft wohlgesinnten Männer in den neuen Landen an die preußische Regierung, wird gewaltsam zerrissen."

So sehr Radowitz unter den Eindrücken der Zeit geistig und seit dem Winter 1837 auch körperlich litt,*) ging die Selbstbeherrschung, an die er sich unter manchem Sturm des Lebens gewöhnt hatte, auch aus diesem Seelenkampfe ohne Fehltritt hervor. Mögen immerhin Rücksichten der Opportunität dabei im Spiele gewesen sein, wenn er sich jeder Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit enthielt, so liegt in der strengen Zurückhaltung, die er beobachtete, doch zugleich ein musterhaftes Beispiel von Pflichttreue und patriotischer Gesinnung, das vielen hätte zum Vorbild gereichen können. Um so gerechtfertigter war seine Entrüstung, als sein Name trotzdem in tendenziöser Weise in den Streit der Parteien hineingezogen wurde. Es zeigte sich damals, daß Radowitz auch nach seiner Entfernung aus Berlin den Verdächtigungen seiner Gegner nicht entrückt war. Zunächst wurde er beschuldigt, für die Wahl Drostes bei der Regierung gewirkt zu haben. Als dann bekannt wurde, daß der Kronprinz die Verhaftung Drostes entschieden mißbilligte, ließen sich in der Presse Stimmen vernehmen, welche die Ansicht Friedrich Wilhelms auf den Einfluß seines Günstlings in Frankfurt zurückführten.

---

*) Vgl. S. 62.

Anfangs nahm Radowitz diese Verdächtigungen stillschweigend hin. Allmählich aber mußte er gewahr werden, daß sich aus einer Reihe von Artikeln in verschiedenen Zeitungen Nord- und Süddeutschlands ein förmliches Netz von Intrigen um seine Person zusammengezogen hatte, deren Endzweck kein anderer sein konnte, als ihn aus seiner amtlichen Stellung in Frankfurt zu verdrängen.*) Die anonymen Feinde traten mit der Anklage auf, es seien bei dem Pfarrer des Dorfes Bilk in der Nähe von Düsseldorf, Joseph Binterim, der wegen verdächtiger Beziehungen zu Droste nach der Festung Wesel abgeführt worden war, Briefe von Radowitz aufgefunden, die ihn schwer belasteten. Die Nachricht einer geheimen Verbindung mit Binterim konnte um so mehr den Schein der Glaubwürdigkeit erwecken, als Radowitz gerade in jenen Tagen sich wirklich in Düsseldorf aufgehalten hatte. Allerdings entsprang seine Reise dorthin einem Beweggrund, der so unverfänglich wie möglich war. Sie galt einem Besuch bei Gerhard v. Reutern, der seinen Freund schon mehrfach gebeten hatte, sich von den Fortschritten seiner Studien durch den Augenschein zu überzeugen. Radowitz hatte in dem anregenden Verkehr mit den Künstlern der Akademie, namentlich mit Schadow, einige genußreiche Tage verlebt und die unerwartete Freude gehabt, daß Graf Karl Gröben, der damals Divisionär in Düsseldorf war, unter Bezugnahme auf persönliche Äußerungen des Königs ihm zu verstehen gab, wie sehr man in Berlin mit seiner Tätigkeit zufrieden sei.

Bei seiner Rückkehr nach Frankfurt am 22. Mai erfuhr er durch Mathis und Sydow, zu welchen Verleumdungen sein Ausflug an den Rhein den Stoff geliefert hatte. Seiner Gemahlin, die damals auf dem Gute ihrer Mutter weilte und durch die von Berlin aus verbreiteten Schmähungen in große Sorge um ihren Gatten versetzt worden war, berichtet Radowitz am 27. Mai über den Vorgang: „Es ist freilich skandalös, daß man Gerüchte kursieren läßt, von deren faktischem Untergrunde doch diejenigen am besten überzeugt sein müssen, welche Binterims Papiere in Beschlag genommen haben. Da ich aber, soweit es mit Ehre und Gewissen zu vereinigen

*) In Berliner Korrespondenzen des Fränkischen Merkur vom 10. Mai 1838 und der Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung vom 14. Mai wurde das allgemein verbreitete Gerücht von der Suspension des Majors v. Radowitz gemeldet.

ist, auch jeden Schein zu meiden als Pflicht erachte, so würde ich allerdings eine Reise nach Düsseldorf gerade jetzt unterlassen haben, da sie freilich auf die seltsamste Weise jene Infamie bestärkt." Zur Beruhigung seiner Frau machte er ihr Mitteilung von einem Schreiben an Rochow, den er mit dringenden Worten aufgefordert habe, die gegen ihn gerichteten Denunziationen durch einen amtlichen Widerruf zu entkräften. Bereits am 6. Juni ist er in der Lage, zu melden: „Rochow hat mir umgehend geantwortet, sehr befriedigend. Er sei indigniert über die Gerüchte, die in Berlin auf mein Konto umliefen, da er sowohl als der König und seine Minister wußten, daß ich allen in diesem Handel vorgekommenen Ereignissen völlig fremd sei. Er habe nicht geglaubt, daß die Zeitungen wagen würden, einen Mann von Namen und Ehre anzutasten; da er sich jetzt aber leider davon überzeugen müsse, werde er ernstliche Maßregeln dagegen ergreifen."*)

Nachdem Radowitz durch diese Ehrenrettung den Frieden der Seele wieder erlangt hatte, widmete er sich im Sommer 1838 mit verdoppelter Kraft den Anforderungen seines Berufes. Seine Vorschläge über die Reform der Reserve-Division waren in der Militärkommission fast ohne jede Änderung angenommen worden und gelangten dann an das Plenum der Bundesversammlung, die in der Sitzung vom 21. Juni beschloß, das Radowitzsche Memoire den beteiligten Regierungen zur Rückäußerung zu überweisen.

Trotz dieses günstigen Verlaufes ließ sich eine schnelle Erledigung nicht erwarten. Im Verlauf seiner Arbeiten über die Bundesreserve und bei der Prüfung der Rechnungen über die aus der Luxemburgischen Exekution entstandenen Ausgaben war Radowitz zu der Überzeugung gelangt, daß die gesamte Entwickelung des deutschen Kriegswesens weit hinter dem zurückgeblieben war, was die Bundeskriegsverfassung verlangte. Einige der wesentlichsten Punkte waren bei den letzten Beratungen der Militärkommission zur Sprache gekommen. Als eine unabweisbare Tatsache hatte sich namentlich herausgestellt, daß die Kontingente der meisten Staaten nicht die

ferner bei fast allen Truppenkörpern die ungenügende Zahl an Offizieren und Unteroffizieren. In Preußen hatte jede Kompagnie wenigstens vier Offiziere und einen Unteroffizier auf zehn bis zwölf Mann; bei der Mehrzahl der Truppenteile des Bundes kamen im Durchschnitt auf die Kompagnie zwei bis drei Offiziere und auf sechzehn bis zwanzig Mann ein Unteroffizier. Radowitz forderte vier Offiziere für jede Kompagnie und empfahl als das einfachste Mittel, um die Vollzähligkeit der Mannschaften und Unteroffiziere übersehen zu können, eine Einrichtung, die früher schon bestanden hatte, — die Aufstellung jährlicher Standeslisten.

Es war vorauszusehen, daß die Geldfrage den Stein des Anstoßes bilden würde, denn die Liberalen in den deutschen Ständekammern hatten sich längst daran gewöhnt, die Herabsetzung des Militärbudgets als wirksames Mittel für die Propaganda ihrer Partei zu benutzen. „Euerer Exzellenz ist bekannt," schreibt Radowitz am 7. Juni an Werther, „daß es in den sogenannten Repräsentativstaaten den Kammern gelungen ist, die Heereseinrichtungen unter die Linie herabzudrücken, welche der Bund von seinen Gliedern verlangt."

Auf Grund des bei ihren Beratungen angesammelten Materials sah die Militärkommission die Notwendigkeit ein, eine teilweise Revision der Bundeskriegsverfassung eintreten zu lassen. In der Sitzung vom 30. Januar 1839 wurde Radowitz mit den Vorarbeiten für dieses wichtige Geschäft betraut. Die Hauptpunkte, die dabei ins Auge gefaßt werden sollten, betrafen die genauere Festsetzung der Präsenzstärke und die geeigneten Maßregeln für ein gleichmäßiges Verfahren bei dem Übergang von der Friedens- zur Kriegsformation. Das preußische Kriegsministerium war ganz damit einverstanden, daß die Organisation des Bundesheeres einer Prüfung unterworfen werde, und die Bundesversammlung genehmigte am 2. Mai die Ausarbeitung eines Gutachtens über Ergänzung und Vervollständigung der Kriegsverfassung.

Neben der Organisation des Bundesheeres blieb die Frage der Festungen nach wie vor die schwerste Last, die Radowitz auf seinen Schultern trug. Baden und Württemberg hatten ihre Stellung allmählich dahin genommen, daß sie bereit waren, für Ulm zu stimmen, wenn ihnen gleichzeitig Rastatt bewilligt würde. Am längsten ver-

harrte unter den Süddeutschen Bayern in seinem Widerstand gegen Ulm. Die scharfe Polemik, welche die Münchener Presse, an ihrer Spitze die von Görres redigierten Historisch-politischen Blätter, gegen die preußische Kirchenpolitik richtete, hatte zu einer Spannung zwischen den Kabinetten von Berlin und München geführt, die einen so ernsten Charakter annahm, daß Werther sich veranlaßt sah, Metternich um seine Vermittelung zu ersuchen. Dies blieb nicht ohne Wirkung bei Ludwig I. Als der König von Bayern im August 1838 nach Aschaffenburg kam, mußte das gesamte Personal der preußischen Bundesgesandtschaft, Schöler, Radowitz, Mathis, Sydow, sich dorthin begeben, um ihm aufzuwarten. Radowitz sah den König seit 1833 zum ersten Male wieder und hatte das Glück, einen günstigen Eindruck bei ihm zu erzielen, als er Gelegenheit nahm, seinen vermittelnden Standpunkt in der Festungsangelegenheit zu entwickeln. Äußerst befriedigt schreibt er am 5. Juli über diese „Versöhnung" mit Bayern an seine Frau.

Damit waren nun freilich noch keineswegs alle Hindernisse aus dem Wege geräumt, denn Österreichs Haltung blieb nach wie vor zweifelhaft. Aus dem an ihn erlassenen Befehl, die Festungsfrage einstweilen am Bunde nicht weiter zu verfolgen,*) konnte Radowitz entnehmen, daß das preußische Ministerium zunächst mit Wien über den Gegenstand in diplomatische Unterhandlungen eintreten wollte. Nach seiner Ansicht war von diesem Zwischenweg kein Erfolg zu hoffen. Die Äußerung, die Metternich gegen Werther hatte fallen lassen, Österreich lege auf Ulm kein Gewicht,**) erschien ihm mehr als problematisch. So verhielt es sich in der Tat. Denn nachdem Metternich die Entscheidung monatelang hingezogen hatte, ließ er im September 1838 in Berlin ein Memoire des Hofkriegsrats vorlegen, das, unter Ablehnung der Rauch-Krauseneckschen Gutachten, mit großer Bestimmtheit gegen Rastatt für Ulm plädierte. Auch hier wieder zeigte sich, wie schwer es dem König Friedrich Wilhelm III. wurde, die Willfährigkeit gegen Österreich aufzugeben. An das Kriegsministerium erging der Befehl, die ganze Kontroverse der Festungen noch einmal nach ihrer technischen und finanziellen Seite hin zu prüfen. Es wiederholten sich die Vorgänge von 1832:

*) Oktober 1838. — **) Vgl. S. 274.

der alte General Knesebeck ergriff in einer Denkschrift die Partei Österreichs. Metternich, der in dem Gebrauch seiner politischen Mittel niemals wählerisch gewesen ist, nahm keinen Anstand, eine rein deutsche Bundesangelegenheit vor das Forum Rußlands zu ziehen. Er spielte dem Kaiser Nikolaus ein Memoire in die Hand, um diesen mächtigen Protektor zu einem Druck auf die Souveräne von Preußen und Württemberg zu veranlassen. Bei der Durchreise durch Berlin ließ der Zar sich von Rauch über die Lage der Dinge Vortrag erstatten. Im Grunde genommen erlebte Metternich schon hier eine Niederlage, denn die Ausführungen des preußischen Kriegsministers schienen den Kaiser zu überzeugen; gleichwohl unterließ er nicht, vor der „bekannten Beharrlichkeit" Österreichs zu warnen.*)

Der Kabinettskrieg, den Radowitz vorhergesagt hatte, stand am Ende des Jahres 1838 in voller Blüte. Durch den Zaren war Wilhelm von Württemberg in die Metternichsche Denkschrift eingeweiht worden. Der König klagte dem preußischen Gesandten, Oberst v. Rochow, dem Bruder des Ministers, Österreich verfahre, als ob Süddeutschland nicht vorhanden sei: es verfalle in den Fehler seiner Regenten des vorigen Jahrhunderts, die in ihrem blinden Interesse für Italien stets Deutschland preisgegeben hätten. Als seine eigene Ansicht fügt Rochow in dem Bericht hierüber vom 23. Januar 1839 hinzu: „Österreich soll nicht vergessen, daß es die Schlacht von Austerlitz nicht verloren hätte, wenn die deutschen Truppen nicht die Avantgarde des französischen Heeres hätten machen müssen." Die damaligen politischen Vorgänge in Frankreich haben dazu beigetragen, daß man in Berlin endlich über alle anderen Rücksichten hinweg die Interessen Süddeutschlands ernstlich ins Auge faßte. Der Kammerauflösung in Paris folgte am 9. März der Rücktritt des Ministeriums Molé. Da zwei Monate vergingen, bis die Bildung eines neuen Kabinetts zustande kam, wurde die Unsicherheit der inneren Verhältnisse, an denen die Herrschaft des Bürgerkönigtums krankte, vor aller Welt offenbar. Zuerst, noch im März 1839, wandte sich der Großherzog Leopold von Baden mit seinen Be-

scheidung über Rastatt, und Bayern bat um Maßregeln zum Schutze der Rheinpfalz. Mit Ausnahme von Hessen-Darmstadt ganz Süddeutschland hilfesuchend im preußischen Lager!

Dazu kam ein diplomatischer Mißgriff Metternichs, durch den Friedrich Wilhelm III. sich persönlich verletzt fühlen mußte. In einer Depesche vom 11. Mai zog der Staatskanzler die geheime Konvention vom 10. August 1817*) aus der Vergessenheit hervor und erinnerte daran, daß Preußen sich durch dieselbe für die Anlage der vierten Bundesfestung bei Ulm gebunden habe. Die österreichische Auslassung klang fast so, als sollte Preußen des Wortbruchs geziehen werden. Der König fand, „Metternich habe seine Gereiztheit in einer sehr unangenehmen Weise ausgesprochen.“ Werther antwortete am 25. Mai: Der Zweck aller bisherigen Eröffnungen nach Wien war lediglich, sich mit Österreich zu verständigen, ehe der Bund sich äußere. Die Verbindlichkeit von Karlsbad ist eine gegenseitige gewesen. Es kann hier nicht nur das allgemeine Interesse Deutschlands maßgebend sein, sondern die Verhältnisse der Südstaaten verdienen besondere Berücksichtigung. „Alle Schwierigkeiten fallen weg, wenn zu den zwanzig Millionen ein solcher Zuschuß erhoben wird, daß neben Ulm Rastatt gebaut werden kann.“ Das war es, was Radowitz bereits im Dezember 1836 geraten hatte.

Ohne die Erwiderung des Berliner Hofes abzuwarten, erteilte Metternich dem Generalmajor Rodițki, der seit dem Juni 1839 an Stelle Weldens österreichischer Bevollmächtigter der Militärkommission geworden war, den Befehl, ein ihm zugefertigtes Votum Österreichs für Ulm vorzutragen. Das einseitige Vorgehen Österreichs gab den letzten Anstoß dazu, daß Friedrich Wilhelm III. alle Bedenken gegen die Radowitzschen Vorschläge fallen ließ: in einer Instruktion vom 2. Juni 1839 wurde der Bau von Ulm und Rastatt preußischerseits genehmigt.

Da die Kommission am 13. Juni beschloß, eine Abstimmung über das österreichische Referat, auf das niemand vorbereitet war

seines Exposés entwickelte er aus der Natur der bundesstaatlichen Verfassung Deutschlands die Notwendigkeit, auch auf militärischem Gebiet sowohl den allgemeinen als den partikulären Interessen gerecht zu werden. „Bildete Deutschland ein einziges ungeteiltes Reich, so würden, wo es der Lauf der Umstände erheischte, bei einer feindlichen Invasion einzelne vorliegende Provinzen unbedenklich entblößt, die Truppen und Kriegsvorräte aus denselben so weit zurückgezogen werden können, bis die aus den inneren Landesteilen heranziehenden Streitkräfte mit jenen vereinigt dem Feinde mit Erfolg die Spitze bieten könnten. Sollte aber eine solche Forderung wohl an selbständige, wenn auch dem Bundesinteresse völlig angehörige Staaten gestellt werden können?"

Mit dieser Ausführung traf Radowitz den innersten Gedanken der süddeutschen Staatsmächte, die sich immer darauf berufen hatten, daß durch die Errichtung eines einzigen Waffenplatzes an der oberen Donau für die Verteidigung ihrer Territorien nicht genügend Sorge getragen sein würde. „Die Anlegung zweier Plätze," fährt Radowitz fort, „ist das Geringste, was für die Deckung der süddeutschen Linie, die von Germersheim bis Bregenz fünfzig Meilen beträgt, geschehen muß. Von diesen beiden Plätzen ist Ulm als Hauptwaffenplatz zu betrachten, während Rastatt dem unmittelbaren Grenzschutz und als Stützpunkt des VIII. Armeekorps dient: Ulm ist daher als Festung ersten, Rastatt als Festung zweiten Ranges zu erbauen."

Da sich ergab, daß die verfügbaren zwanzig Millionen Franken für beide Festungen nicht ausreichen würden, schlägt Radowitz vor, die Differenz durch eine Bundesanleihe aufzubringen. Der Entwurf schließt mit dem Satze: „Die Militärkommission erbittet sich Ermächtigung, unverzüglich die vorbereitenden Maßregeln für den Bau beider Plätze veranlassen zu können."

Klar und bündig stellt sich in diesen Sätzen das ganze Bild der militärischen Vorlage dar, die Radowitz mit vollem Recht als sein eigenstes Werk bezeichnen darf. Die glückliche Lösung einer so wichtigen nationalen Aufgabe, die seit zwanzig Jahren nicht um einen Schritt gefördert war, würde allein genügen, um ihm einen ehrenvollen Namen in der Geschichte des deutschen Bundes zu sichern.

In Berlin wurde der Entwurf der Abstimmung am 20. August

ohne jede Änderung genehmigt. Die Verfügung Werthers hebt den lebendigen und einsichtsvollen Eifer, den Radowitz der Förderung dieses wichtigen Gegenstandes gewidmet habe, besonders hervor. Am 29. August gelangte sein Gutachten an die Militärkommission. Die Süddeutschen überboten sich in schmeichelhaften Dankesbezeigungen gegen den Verfasser. Auch die österreichische Bundesgesandtschaft begann einzusehen, daß ihre Regierung sich auf den Rückzug werde vorbereiten müssen. Roditzki war ehrlich genug, geradeheraus zu sagen, daß er die Annahme der preußischen Vorschläge in Wien empfehlen werde. Und selbst der Präsidialgesandte, Münch-Bellinghausen, der bisher eine hochfahrende Zurückhaltung gegen den preußischen Militärbevollmächtigten beobachtet hatte, lenkte ein. Am 2. September meldet Radowitz seiner Frau nach Willingshausen: „Wenn Du wissen willst, auf welchem Fuße ich jetzt mit Münch stehe, so bedenke, daß er mich neulich nachmittag grandement besucht hat, um sich nach meinem Befinden zu erkundigen, da er mich lange nicht gesehen. Was aber mehr wert ist, so benimmt er sich in einer bedeutenden Sache, der vierten Bundesfestung, sehr vernünftig; ich erlebe in dieser Geschichte einen großen Triumph."

Der Sommer des Jahres 1839 bildet einen Höhepunkt in der Frankfurter Epoche unseres Freundes. Nichts gibt der Persönlichkeit des Mannes ein größeres Ansehen, als der Erfolg in einer die höchsten Interessen umfassenden öffentlichen Wirksamkeit. Wider Erwarten war es Radowitz in kurzer Zeit gelungen, sich Achtung und Freundschaft in dem sonst sehr abgeschlossenen Kreise des diplomatischen Korps am Bundestage zu erwerben. Nächst dem Württemberger Trott gehörten der Schleswig-Holsteiner Friedrich Christian Ferdinand v. Pechlin und der Hamburger Karl Sieveking zu seinem intimsten Umgange. Pechlin, der seit der Begründung des Bundestages die dänische Regierung für die Elbherzogtümer vertrat, war bei aller Tiefe der religiösen Überzeugungen eine frohsinnige, poetisch veranlagte Natur: er schwärmte für Thomas Moore, dessen Lalla Rookh er ins Deutsche übersetzt hat, und versuchte sich auch in eigenen Dichtungen.*) Sieveking, aus einer angesehenen Kaufmannsfamilie

*) Vgl. Deutsche Biographie, 25, S. 306.

stammend, war im Jahre 1830 zum Gesandten in Frankfurt ernannt worden, nachdem er vorher längere Zeit die Geschäfte des Syndikus in seiner Vaterstadt versehen hatte. Seine großen Kenntnisse auf juristischem und handelspolitischem Gebiet verschafften ihm eine allgemein anerkannte Autorität unter den Diplomaten des Bundes. Was Radowitz besonders an ihm schätzte, waren die kunstsinnigen Bestrebungen, die der reiche Patrizier durch die Begründung einer wertvollen Gemäldegalerie betätigte.

Am meisten aber trug der Verkehr mit Frankfurter Familien dazu bei, daß Radowitz und seine Gemahlin sich in der alten Reichsstadt heimisch fühlten. An politischen Spaltungen fehlte es freilich auch in dem damaligen Frankfurt nicht, aber sie traten bei weitem noch nicht so schroff hervor, wie anderthalb Jahrzehnte später, als das Gestirn Bismarcks dort emporstieg. Der Frankfurter der dreißiger Jahre war weder preußisch noch österreichisch gesinnt, und am wenigsten hegte er national-deutsche Sympathien. Seine staatliche Sonderexistenz war ihm die Bedingung, die über alles ging, und wenn der räumliche Umfang dieses Staatswesens auch nur ein sehr geringer war, so entschädigte dafür das Bewußtsein, daß in vielen Zweigen des Gewerbslebens, namentlich im Bereiche der Moden und des Luxus, die Vorherrschaft Frankfurts sich über einen beträchtlichen Teil des mittleren und südlichen Deutschlands, etwa von Kassel bis Karlsruhe und bis an die schweizerisch-französische Grenze, erstreckte. Der materielle Genuß und der klingende Gewinn spielten in der arbeitsamen Bürgerschaft der Handelsstadt eine große Rolle. Die Frankfurter Börse war tonangebend für den Geldmarkt Deutschlands.

Daneben machte sich in dem geistigen Leben ein starker Zug des Weltbürgertums geltend, den die jetzige Generation von den früheren übernommen hatte. Zu der Goetheschen Überlieferung hatte sich in den zwanziger Jahren die lebendige Berührung mit der deutschen Romantik gesellt, wozu der zeitweilige Aufenthalt Clemens Brentanos nicht unwesentlich beitrug. Die zahlreichen Vermächtnisse, welche Frankfurter Patrizierfamilien der Gemäldegalerie des Städel-

höchsten Ehren durch seine Nacheiferer Steinle und Veit, zu denen Radowitz in freundschaftliche Beziehungen trat.

Das Attentat vom April 1833*) hatte dann freilich den Beweis geliefert, daß auch das Frankfurter Stilleben von demagogischen Umtrieben nicht unberührt geblieben war. Auf die äußere Physiognomie der Stadt blieb dieses Ereignis insofern nicht ohne Wirkung, als die Frankfurter Miliz, die dem Bundestage kein großes Vertrauen einflößte, durch eine österreichische und preußische Besatzung verstärkt wurde. Eine weitere Folge des Wachensturmes war, daß in dem städtischen Regiment die konservative Partei mit einer strengeren Handhabung der Polizeigewalt durchdrang, die, wie Karl Gutzkow an sich erfahren hat, den Nichteinheimischen oft recht lästig werden konnte.**)

Seine Einführung in die Frankfurter Gesellschaft verdankt Radowitz vor allem dem hochgebildeten Frankfurter Syndikus Thomas,***) der als Vertreter der Stadt am Bunde und durch wiederholte Wahl zum Bürgermeister in den Reihen der Notabilitäten bis zu seinem Tode im Jahre 1838 eine große Rolle spielte. Er war in zweiter Ehe vermählt mit Rosette, der Tochter des Bankiers und Geheimen Rates Johann Jakob v. Willemer. Ihre Stiefmutter, Marianne Jung, die Suleika in Goethes Westöstlichem Diwan, hatte in dem jugendlich fühlenden Herzen des hochbetagten Dichters noch einmal die volle Liebesglut entzündet. Da auch Rosette durch ihren Geist und ihre Anmut die Neigung Goethes gewonnen hatte, so wurde in dem Thomasschen Hause der Goethekultus wie ein Heiligtum der Familie hochgehalten. Auf der Gerbermühle bei Offenbach, dem Besitztum der Willemers, das durch die Anwesenheit Goethes im Jahre 1814 eine höhere Weihe empfangen hatte, haben Joseph und Marie v. Radowitz, die begeisterte Stimmung eines anregenden Freundeskreises teilend, gar manchen Sommerabend zugebracht.

Mit besonderer Vorliebe trieb Thomas historische Studien: er

Geschichte Frankfurts verfaßt.*) Als Thomas den Gedanken ergriff, eine „Gesellschaft für Frankfurts Geschichte und Kunst“ ins Leben zu rufen, war Radowitz einer der ersten, der ihm seine Teilnahme zusagte. Die alte Stadt mit ihren ehrwürdigen Mauern, verwitterten Türmen und sonstigen Baudenkmälern aus großer Vergangenheit war so recht ein Element, an dem sein historischer Sinn Behagen fand; selbst die Wanderungen durch die engen Gäßchen des Judenviertels, das noch wenig von seinem nationalen Typus eingebüßt hatte, wirkten anregend auf seine Phantasie. Die Erhaltung der mittelalterlichen Bauwerke Frankfurts wurde für ihn ein Gegenstand literarischer Beschäftigung. Einem ersten Artikel in der Hanauer Zeitung vom 21. März 1837, der gegen die geplante Beseitigung der Halle des Heiligengeist-Spitals gerichtet war, folgten zahlreiche ähnliche Aufsätze, die alle dem Zweck gewidmet sind, den historischen Charakter der Stadt gegen die modernisierenden Bestrebungen der neueren Architektur zu schützen.

Wie bei den meisten Geschichtsvereinen, die in der partikularistischen Epoche der dreißiger und vierziger Jahre an so vielen Stellen Deutschlands entstanden, die Förderung des Lokalpatriotismus den vorwiegenden Gesichtspunkt bildete, so verhielt es sich auch in Frankfurt. „Die Gesellschaft“, sagt Thomas, „soll dazu dienen, den alten Ruhm der Vaterstadt in lebendigem Bewußtsein der Zukunft zu überbringen, damit diese, von solcher Erinnerung durchdrungen, ihn durch eigene Ehre würdige.“ Im Oktober 1838 wurde das erste Heft einer Zeitschrift druckfertig, welche die Gesellschaft unter dem Namen des „Archivs für Frankfurter Geschichte und Kunst“ herauszugeben beschloß. Radowitz schrieb für dasselbe die Vorrede und eine umfangreiche Abhandlung über die Kapelle der Kaiserpfalz, des Saalhofes, in Frankfurt. Die ursprüngliche Anlage des alten Bauwerks, das sich damals, vor der im Jahre 1841 begonnenen Renovierung, in einer ganz anderen Erscheinung darstellte als gegenwärtig, führt er auf das neunte Jahrhundert zurück, während sein badischer Kollege in der Militärkommission, Krieg v. Hochfelden,

des Hohenstaufischen Zeitalters verlegt. Später ist der Frankfurter Stadtarchivar Kriegk*) wieder für das höhere Alter des Saalhofes eingetreten.

Die tätige Unterstützung dieses wissenschaftlichen Unternehmens, die dem preußischen Offizier hoch angerechnet wurde, hatte die Folge, daß Radowitz mit vielen angesehenen Männern der Bürgerschaft Freundschaft schloß. Am nächsten standen ihm und den Seinigen die Familien Forsboom, Schlosser und Günderode. Forsboom-Goldener war einer der Frankfurter Millionäre, die für alle gemeinnützigen Veranstaltungen eine offene Hand hatten, außerdem besaß er ein Gut in der Gegend von Gronau und in Oberrad bei Frankfurt eine Villa, in welcher die Gastfreiheit im weitesten Sinne geübt wurde; in dem historischen Verein führte er das Rechnungswesen und beteiligte er sich als kunstsinniger Mäcen an den Arbeiten der artistischen Sektion. Von ganz anderer Art war der Rat Friedrich Schlosser. Er war ein Neffe von Goethes Schwager Johann Georg Schlosser, und auch über ihn hatte, wie er selbst sagt, „von seiner Kindheit an das Gestirn Goethes in immer gleichem Glanze gestrahlt.“ Ursprünglich Jurist, später Studienrat und Direktor des Frankfurter Lyzeums, trat er mit seiner Gattin, Sophie du Fay, die aus einer reformierten französischen Emigrantenfamilie stammte, im Jahre 1814 zur katholischen Kirche über und zog sich bald darauf von jeder amtlichen Tätigkeit zurück.**) In der Literatur hat er sich namentlich durch seine Sammlung der Kirchenlieder des Mittelalters einen Namen gemacht. Der Umgang mit den Boisserées und langjährige Verbindungen mit den Häuptern des Nazarenertums, Cornelius und Overbeck, hatten ihn in dem Grundsatz befestigt, daß die wahre Kunst religiösen Inspirationen entspringen müsse. In seine hymnologischen Studien vertieft, verbrachte er einen großen Teil des Jahres in dem von ihm erkauften Stift Neuburg bei Heidelberg, umgeben von den Schätzen einer wertvollen Bibliothek und auserlesenen Werken der christlichen Kunst, wie sie seiner strenggläubigen

und Marie v. Radowitz ließ sich gern von dem mitteilsamen Manne und seiner klugen Frau belehren: schon während der Pariser Reise ihres Gatten verweilte sie längere Zeit im Neuburger Stiftshause, und später ist sie von Frankfurt und Karlsruhe aus mit ihren Kindern oft dorthin zurückgekehrt.

Lebte Schlosser in der Welt der Ideale, so war der Schöffe und Senator Karl Freiherr v. Günderode der Typus eines praktischen und welterfahrenen Geschäftsmannes. An der Spitze des weitverzweigten Günderodeschen Geschlechtes aber stand die Geheime Rätin Günderode,*) eine Frau, die etwas von der Eigenart der Mutter Goethes hatte: so sehr verstand sie es, das Leben leicht zu nehmen und durch ihre Geistesfrische jung und alt an sich zu fesseln. In ihrer Stadtwohnung im Cronstettischen Stifte am Roßmarkt und in ihrem reich ausgestatteten Landhause bei Höchst, das von einem nach englischem Muster angelegten Parke umgeben war, gingen viele von den Bundestagsgesandten aus und ein, was zur Folge hatte, daß sie sich gern mit Politik beschäftigte. Dem Radowitzschen Hause trat sie so nahe, daß sie von allen Mitgliedern als „Großmama" angeredet wurde.

Am Pfingstsonntage des Jahres 1839, 19. Mai, wurde den Eltern ein Sohn geboren, Joseph Maria, der jetzige Botschafter des Deutschen Reiches am Königlich spanischen Hofe. Der Zufall wollte, daß der Kronprinz von Preußen, auf einer Reise durch die Rheinprovinz und Westfalen begriffen, sich gerade damals in Frankfurt aufhielt. Er erbot sich, die Patenstelle bei dem Neugeborenen zu übernehmen und schrieb am 19. an den Vater:

„Allen Segen Gottes und des göttlichen Tages auf das Pfingstkind und seine Eltern!! Wie freu' ich mich, Sie nach der Kirche zu sehen! F. W. K. v. P."

An einen Besuch des Römers, bei dem Radowitz sein Führer war, knüpft sich das Versprechen Friedrich Wilhelms, für den Kaisersaal ein Bildnis zu stiften.

Radowitz vollendete in jenen Tagen eine Veröffentlichung, die mit seinen seit langer Zeit betriebenen spanischen Geschichtsstudien im engsten Zusammenhange stand. Schon in den Korrespondenzen

*) Vgl. S. 62.

des „Politischen Wochenblattes“ hatte er sich mit der pragmatischen Sanktion Ferdinands VII. vom 30. März 1830, durch welche, unter Aufhebung des salischen Gesetzes, das Recht der weiblichen Erbfolge für Spanien festgestellt worden war, vielfach befaßt. In seinen Augen war der Erlaß jenes hauptsächlich gegen die Ansprüche des Don Karlos gerichteten Dekretes ein Akt absolutistischer Willkür, oder, wie er sich ausdrückte, eine Thronrevolution. In den ersten Monaten des Jahres 1839 bereiste ein spanischer Abgesandter, der frühere Minister Ferdinands VII., Zëa Bermudez, die deutschen Höfe, um für die Anerkennung der Tochter des Königs, Prinzessin Isabella, als künftigen Nachfolgerin ihres Vaters zu werben. In Berlin, wo der König an dem Erbrecht des Don Karlos festhielt, war Zëa ziemlich kühl behandelt worden; an anderen Stellen, z. B. in Dresden, hatte er eine bessere Aufnahme gefunden. Diese Mission gab Radowitz Anlaß, ohne Nennung seines Namens eine Streitschrift zu verfassen, in der er für Don Karlos gegen Isabella Partei nahm.*) Der Kronprinz von Preußen, der die ihm übersandte Schrift in Münster erhielt, antwortete:

„Meinen besten Dank, theuerster Radowitz für Ihre Schrift contra Zea, welcher Gott Seegen geben wolle. — Ich bin Gottlob! glücklich bis Münster u. wahrhaft beschämt über den freundlichen Empfang der mir überall zu Theil geworden u. der namentl. im Jülicher Berglande einen Caracter an sich trug den ich nur in der Grafschaft Mark, Magdeburg oder Pommern gewohnt bin. Die Truppen hab' ich fast durchgehends weit über meine Erwartung gefunden u. unter ihnen wohl das beste Battl. des Heeres, das Füsl. Battl. 17. Inf. Rgts., Major v. Webern! — Sie sagen mir nichts von Ihrer lieben Marie und meinem Pathlein? Sie sind doch wohl? Das arme Kind, welches ich zu Saarlouis aus der Taufe hob, ist 2 Tage darauf gestorben. Wolle Gott dem Ihrigen alle an jenem ersparten Lebens Jahre zulegen. Ihrer Frau küß ich die Hand. Empfehlen Sie mich den Gevattern.**) Vielen Dank für die Liste der Kayserbilder. Ich bin desperat von Rotschild

*) Vgl. S. 71

et Cons. verdrängt zu seyn.*) Aber nähme Veit nicht vielleicht aus Commiserazion seinen Otto I. von mir bezahlt?

Leben Sie wohl, bester, lieber Radowitz!

Münster 16. Juny 1839. Ihr treuer Freund

F. W. K. v. P."

An den Oberstleutnant im königl. Preuß. Generalstabe

Herrn v. Radowitz

zu Frankfurth a./M.

Unter den mannigfaltigen Zeugnissen literarischer Tätigkeit, die Radowitz im Jahre 1839 entfaltete, verdient an erster Stelle hervorgehoben zu werden ein politischer Aufsatz, in welchem er nach dreijähriger Beschäftigung am Bundestage sein Glaubensbekenntnis über die Aufgaben der deutschen Politik Preußens ablegt.**) Die Darstellung beginnt mit der Frage: „Was ist im großen und ganzen die Linie, auf der sich die Politik Preußens halten sollte?" Darauf lautet die Antwort: „Preußen ist ein europäischer, aber vor allem seinem inneren Wesen nach ein deutscher Staat, Preußens Politik muß durch und durch eine deutsche sein. Ob Don Karlos oder Isabella regiere, ob Mehemed Ali Erbfürst von Ägypten werde, ist, von dem Prinzipe abgesehen, von verhältnismäßig geringer Erheblichkeit; es kommt nicht darauf an, daß wir bei der Schlichtung dieser Händel eine Hauptrolle spielen. Aber was in Dresden, in Stuttgart, in Hannover geschieht, dieses hat die entscheidenste Bedeutung für uns; nichts Wesentliches dürfte sich in der inneren und äußeren Stellung der Kabinette, nichts in dem leiblichen und geistigen Zustande der deutschen Staaten ändern, ohne daß unsere Stimme dabei gehört und beachtet worden sei."

Wie Radowitz über die Bundesverfassung dachte, ist den Lesern aus den Memoiren hinlänglich bekannt. Zwei Hauptsätze sind es, die sein Urteil beherrschen: durch die Vernachlässigung aller gemeinsamen Institutionen hat der Bundestag sich als unfähig erwiesen, die Gesamtinteressen Deutschlands zu vertreten, und die

*) Anspielung auf die von den Rothschilds und anderen Frankfurter Kaufherren gestifteten Kaiserbilder

Rolle, die Preußen am Bundestage spielt, entspricht in keiner Weise der Machtstellung des größten deutschen Staates. Österreich ist zu tief in die Welthändel verflochten, zu fremd allen eigentlich deutschen Fragen, um einen leitenden Einfluß in nationalem Sinne ausüben zu können. Diesen Beruf vermag nur Preußen zu erfüllen: „Das entschiedene Ziel der preußischen Politik muß daher die Erlangung und Erhaltung einer unzweifelhaften Hegemonie in Deutschland sein."

Man darf nun freilich von dem Politiker des Jahres 1839 nicht erwarten, daß es in seinem Plane gelegen habe, ein vollständiges Programm für die Reform der Bundesverfassung aufzustellen. Die großen Staatsmänner und Heerführer aus der Zeit der nationalen Erhebung Deutschlands haben den Gedanken der Führerschaft Preußens ungleich tiefer und praktischer ergriffen; auch Pfizer,*) der dem Bundestage bereits ein deutsches Parlament zur Seite setzen wollte, ist dem Versuch einer Konstituierung Deutschlands mit preußischer Spitze bei weitem näher gekommen als Radowitz in den Anfängen seiner nationalen Wandlung. Noch ist er weit entfernt von der Einsicht, daß jede Änderung der Verfassung Deutschlands damit beginnen müsse, dem preußischen Staate bestimmte Vorrechte in der Leitung der Bundesangelegenheiten einzuräumen. Er weiß sehr wohl, daß die Regierung Friedrich Wilhelms III. zu einer so fundamentalen Reform, die ohne Bruch mit Österreich und ohne Schmälerung der Sonderrechte aller übrigen Bundesglieder nicht zu denken war, niemals die Hand geboten haben würde. „Den Kabinetten," sagt er, „muß die unwandelbare Überzeugung geboten werden, daß ihre Selbständigkeit, bis zu dem kleinsten Bundesgliede herunter, in Preußen seine stete und feste Stütze habe." Der Begriff der „Hegemonie" ist noch durchaus im Sinne der moralischen Eroberungen aufgefaßt: Preußen muß das Vertrauen der deutschen Regierungen, „die Suprematie der öffentlichen Meinung erwerben. Deutschland muß sich gewöhnen, in allem was sein geistiges und leibliches Wohl betrifft, Preußen voranschreiten zu sehen. In materieller Hinsicht war der Zollverein ein großer Schritt; dasselbe

verfolgt und kein Opfer gescheut werden, um in Münzen, Maßen, Gewichten, im literarischen Verkehr, zu Vereinigungen zu gelangen. Man schaffe gemeinsame Institutionen jeder Art; selbst wenn sie nur wenig materiellen Gewinn bringen, so ist schon das Gefühl der Gemeinschaft unschätzbar."

Bei den langwierigen Verhandlungen über den Festungsbau war es der preußischen Vermittelung zuletzt gelungen, in einer die nationalen Interessen berührenden Frage die Stimmen der Bundesstaaten um sich zu versammeln. Es hatte sich gezeigt, daß, wenn Preußen ernstlich wollte, selbst der Widerstand Österreichs zu überwinden war. Auf dieser Grundlage weiter zu bauen und dadurch allmählich den Einfluß Preußens am Bunde zu einer realen Macht zu erheben, das ist der leitende Gedanke, den Radowitz seit dem Jahre 1839 nicht wieder aus dem Auge verloren hat.

Obgleich seit Übergabe der preußischen Abstimmung über die Annahme des in derselben enthaltenen Vorschlags kaum noch ein Zweifel obwalten konnte, dauerte es doch bis zum Oktober 1840, bis die Militärkommission zur Erstattung eines Berichtes an den Bundestag über den Bau von Ulm und Rastatt gelangte. Die Zwischenzeit ist ausgefüllt durch langwierige Verhandlungen, aus denen deutlich hervorging, wie wenig die beteiligten Staaten geneigt waren, ihre Sonderinteressen dem allgemeinen Nutzen unterzuordnen. Bereits im Oktober 1839 traten die süddeutschen Regierungen in Karlsruhe zusammen, um bestimmte Verabredungen über ein gemeinsames Vorgehen zu treffen. Das Verfahren erinnerte sehr an die alten Überlieferungen der Triaspolitik, die der Einigung Deutschlands ebensosehr im Wege gestanden hat wie der Eifersuchtskampf zwischen Österreich und Preußen. Zunächst waren unter den Süddeutschen selbst mancherlei Streitpunkte zu erledigen. Die Abneigung Badens gegen die bayerische Niederlassung am rechten Rheinufer bei Germersheim*) dauerte fort und wurde erst im Laufe der Beratungen dadurch aufgehoben, daß Bayern für eine geringfügige Abtretung auf badischem Gebiet der Regierung des Großherzogs Leopold als reichliches Äquivalent die Unterstützung der Wünsche zusagte, die Baden an die Errichtung von Rastatt knüpfte.

*) Vgl. S. 267.

Die Hauptfrage, über die man sich zu einigen hatte, betraf die Festsetzung der Kompetenzen des Bundes im Verhältnis zu den Souveränitätsrechten der Landesfürsten. Während Radowitz von Anfang an der Meinung war, daß es Sache des Bundes sei, die Baupläne zu entwerfen und die Ausführung des Baues zu leiten, nahmen die Territorialherren das entscheidende Wort in allen Dingen, die damit zusammenhingen, für sich selbst in Anspruch. Am schärfsten kamen diese Erwägungen zum Ausdruck bei der Frage wegen Ulm. Das fühlte man sehr wohl: die Festung an der Donau mußte bewilligt werden, wenn man die Festung am Oberrhein erlangen wollte. Allein die Begründung einer mächtigen österreichischen Militärkolonie innerhalb der süddeutschen Grenzen blieb immer eine Tatsache, die in Bayern, Baden und selbst Hessen-Darmstadt ebenso lebhafte Bedenken hervorrief wie in Württemberg, auf dessen Grund und Boden „die Festung ersten Ranges“ erstehen sollte. Die Süddeutschen beschlossen daher, die Ausarbeitung der Baupläne selbst in die Hand zu nehmen und höchstens eine Begutachtung von seiten der Militärkommission zuzulassen.

Ein zweiter Punkt, auf den sie besonderes Gewicht legten, war, daß mindestens in Friedenszeiten das Besatzungsrecht in beiden Festungen ausschließlich den Territorialherren verbleiben müsse. Als Vorbild dabei dienten die Verhältnisse von Landau, wo, obgleich es ebenfalls Bundesfestung war, der König von Bayern alle kriegsherrlichen Rechte ausübte, denn er stellte die Garnison, ernannte den Kommandanten und die Offiziere der Artillerie- und der Geniedirektion, während dem Bunde nur das Recht der Inspektion zustand.

Die Befestigungen bei Ulm sollten sowohl auf dem rechten Ufer, das zu Bayern, als auf dem linken, das zu Württemberg gehörte, errichtet werden. In der Folge sind hieraus die mannigfachsten Differenzen entstanden; in Karlsruhe dagegen herrschte insofern volle Übereinstimmung zwischen Bayern und Württemberg, als es beiden Staaten hauptsächlich darum zu tun war, ihre Position in Ulm

sondern auch Bayern verfolgte an dieser Stelle ein eigenes Interesse, das auf der engen Verbindung militärischer und politischer Motive beruhte. Nach der Ansicht Bayerns würde Österreich bei einem Kriege mit Frankreich in erster Linie stets die Deckung seiner eigenen Landesteile, namentlich Oberitaliens und Tirols, im Auge behalten. Da aus diesem Grunde für die Verteidigung der Grenze am oberen und mittleren Rhein auf Österreich nicht zu rechnen war, so durfte sich Bayern um so mehr der Hoffnung hingeben, daß die militärische Führung Süddeutschlands ihm zufallen würde. Seine eigene Verteidigungslinie war durch den Besitz der Festungen Ingolstadt, Würzburg, Landau und Germersheim hinreichend basiert; trat dazu noch Rastatt und, was in Karlsruhe wieder zur Sprache gebracht wurde, die Befestigung der Schwarzwaldpässe, so waren alle Momente für eine selbständige Stellung Süddeutschlands in dem allgemeinen Verteidigungssystem des Bundes gegeben. Was die Süddeutschen bei den Berliner Verhandlungen im Jahre 1832 nicht hatten erreichen können, die Durchführung des Triasgedankens in der Kriegsverfassung, das suchte die Karlsruher Konföderation jetzt nachzuholen. Eine der Hauptfragen, mit der man sich beschäftigte, war, wie vor sieben Jahren, die prinzipielle Feststellung der Untrennbarkeit des VII. und VIII. Korps. In diesem Punkte waren alle einig; als dann aber Bayern einen Schritt weiter ging und den Antrag stellte, für den Kriegsfall den Prinzen Karl von Bayern zum Oberbefehlshaber der vereinigten Kontingente Süddeutschlands zu ernennen, vermochte es damit nicht durchzudringen: die Kommandofrage blieb auch diesmal unerledigt. Die Artikel, über die man sich verständigt hatte, wurden am 24. April 1840 in eine förmliche Konvention zusammengefaßt.

Österreich war empört über „den Bund im Bunde", der sich in Karlsruhe aufgetan hatte, und auch in Berlin wurde die Tragweite dieser Absonderung nicht unterschätzt. Wenn Radowitz trotzdem riet, den Dingen freien Lauf zu lassen, so bestimmten ihn dazu triftige Gründe. Er wußte sehr wohl, daß auch das Wiener Kabinett seine besonderen Pläne hatte, die denen der Süddeutschen schnurstracks

Artilleriebehörden. Man mußte die Parteien ruhig mit ihren Vorschlägen kommen lassen, um so größer waren dann die Aussichten für einen abermaligen Erfolg der Vermittelung Preußens.

Schon seit längerer Zeit hatte Radowitz infolge allzu großer geistiger Anspannung mit wiederholten Krankheitsanfällen zu kämpfen. Trotzdem gönnte er sich mit Ausnahme weniger Tage im September, die er mit Frau und Kindern bei den Schwerzells in Willingshausen zubrachte, keine Ruhe. Das Übel verschlimmerte sich im Laufe des Winters. Ein schmerzhaftes rheumatisch-nervöses Leiden, das sich in dem Kniegelenk festsetzte, erschwerte ihm die freie Bewegung; häufig wiederkehrende Anfälle von Schlaflosigkeit waren die Folgen dieser nervösen Affektion. Der schon damals berühmte Heidelberger Chirurg Chelius, den er durch Schlosser kennen gelernt hatte, drang bei Anbruch des Frühlings auf den Gebrauch des Wildbades in Württemberg. Aus dem fast noch menschenleeren Orte schreibt Radowitz am 17. Mai 1840 in ziemlich gedrückter Stimmung: „Da sitze ich nun wirklich im Wildbad im »Bären« und denke an Dich, meine geliebte Frau, und an mein fernes Glück. Ich kann mich noch nicht recht fassen in die ganze Jämmerlichkeit meiner Lage, und es kommt mir noch oft vor wie ein zu weit getriebener sehr schlechter Scherz." Das einzige erfreuliche Ereignis dieser Reisetage war ein Wiedersehen mit Joukowski, der den russischen Thronfolger auf einer zweijährigen Reise durch Rußland und Europa begleitet und jetzt seinen Aufenthalt in Darmstadt genommen hatte, um die Braut Alexanders, Prinzessin Marie von Hessen, in der Sprache ihres künftigen Vaterlandes zu unterrichten.

Mit großer Energie hielt Radowitz während seiner Kur an dem Vorsatz fest, sich jedes Gedankens an die dienstlichen Geschäfte zu entschlagen. Da ihm aber geistige Arbeit eine unerläßliche Notwendigkeit war, nahm er das schon früher betriebene Studium des Arabischen und Hebräischen wieder auf und brachte es so weit, daß er in beiden Sprachen ohne erhebliche Mühe schreiben konnte. In einem Briefe an seine Gemahlin sagt er von der strengen Abgeschlossenheit, die er sich auferlegte: „Es ist der Übergang zum Klosterleben mit seinen drei Bestandteilen: Gebet, Kontemplation und Studium. Der letzte Schritt muß nicht so schwer sein, als man es im Getümmel des Daseins wähnt. Wäre mir nicht in Dir und

unseren Kindern, das Ziel meiner Liebe, ein anvertrautes Amt und Pfand gegeben, so würde ich die Existenz in einem der gelehrten Orden beneidenswert finden."

Dies schrieb Radowitz am 6. Juni, am Tage vor dem Tode Friedrich Wilhelms III., von dessen schwerer Erkrankung er durch Briefe Rochows aus Stuttgart und Canitz' aus Berlin gegen Ende Mai Nachrichten erhalten hatte, die sich sehr bestimmt über die bevorstehende Katastrophe aussprachen. Friedrich Wilhelm IV. hatte kaum die Regierung angetreten, als die Augsburger Allgemeine Zeitung aus Berlin vom 17. Juni meldete, Radowitz sei zu einer wichtigen Stellung ausersehen.

Gerüchte dieser Art waren schon früher aufgetaucht. Und in der Tat scheint es, als ob der Kronprinz, ehe noch an das Dahinscheiden seines Vaters zu denken war, die Absicht gehabt habe, Radowitz in seine persönliche Umgebung zu berufen. Briefe der verwitweten Gräfin Voß an ihre Tochter Marie enthielten Mitteilungen hierüber, die durchaus den Stempel der Glaubwürdigkeit gehabt haben müssen, denn nur so erklärt es sich, daß Radowitz durch seine Schwiegermutter dem Kronprinzen die Bitte um Belassung in seiner amtlichen Funktion am Bundestage übermitteln ließ. Die Gräfin trug kein Bedenken, diesen immerhin etwas gewagten Schritt zu unternehmen, und die Antwort, die sie erhielt, darf als Beweis dafür dienen, daß Friedrich Wilhelm die Wunschesäußerung seines Freundes in allen Gnaden aufgenommen hat. Der Kronprinz schrieb:

„Berlin, 8. May 1840.

Theuerste Gräfinn;

Empfangen Sie herzlichsten Dank für Ihren lieben Brief u. die Einlage. Ich glaube mit gutem Gewissen Sie über Ihre Befürchtungen beruhigen zu können. Radowitz' Freunde freuen sich seiner vortrefflichen Wirksamkeit zu Frankfurth u. des Einflusses welchen wir durch ihn dort wieder gewonnen haben. Seine Feinde freuen sich, daß er weit weg ist, besonders die, die sich braun u. blau ärgerten, daß ich ihm zuweilen Thee zu trinken gab!! — Übrigens hab' ich mir hinter die Ohren geschrieben was aus seinem Briefe dahin gehört. Und nun küß' ich Ihnen

die Hände u. bitte flehentlich, Sans-souci u. Siam*) nicht zu vergessen u. als Rückwirkung in alter Güte u. freundlich zu gedenken

Ihres ergebensten Dieners (et si j'ose dire) Freundes

Friedrich Wilhelm K. v. P."**)

Mit der größten Bestimmtheit läßt sich hiernach behaupten, daß Radowitz weit davon entfernt war, an den Thronwechsel ehrgeizige Berechnungen zu knüpfen. Wie er sich in seinen Denkwürdigkeiten***) über diesen Punkt mit der größten Rückhaltlosigkeit ausgesprochen hat, so auch in den Briefen, die er aus Wildbad an seine Gemahlin richtete. Die Antwort des Kronprinzen auf die Interpellation der Gräfin Voß gereichte ihm zur größten Beruhigung. Am 27. Mai schrieb er: „Der Thronwechsel wird wie ein gewaltiges Naturereignis wirken. Tritt dieser Ausgang ein, so werden große Veränderungen die Folge davon sein; nicht als wenn ich glaubte, daß der Kronprinz diese direkt beabsichtigt, vielmehr zweifle ich nicht daran, daß er schon aus Pietät lange Zeit die gebrochenen Gleise beibehalten möchte. Aber er wird es nicht können; was sich durch vierzigjährige Gewohnheiten bei der Regierungsmaschine in bestimmte Fugen gezogen hatte, wird sofort daraus weichen, sobald eine andere Individualität zur obersten Herrschaft gelangt." Am 1. Juni beschwichtigt er die Sorgen seiner Frau, die, wie er selbst, einer Verpflanzung nach Berlin widerstrebt, mit den Worten: „Wir werden vorderhand ganz ruhig in Frankfurt bleiben; nur hie und da wird der Kronprinz mich wahrscheinlich zu irgend einem extraordinären Geschäfte gebrauchen. Nachfolger im Hirschgraben†) kann ich direkt nicht werden, dazu ist mein Dienstrang noch nicht hoch genug; man wird, wenn der zukünftige Herr dies beabsichtigt, mich erst Zwischenstufen durchlaufen lassen."

Der Gebrauch der Heilquellen entsprach zunächst nicht ganz den Hoffnungen, die Radowitz daran geknüpft hatte, aber Chelius vertröstete ihn auf die Nachwirkung. Am 17. Juni nach Frankfurt

zurückgekehrt, fand er reichliche Beschäftigung durch das, was inzwischen in der Festungsangelegenheit vor sich gegangen war. Am letzten Tage seines Aufenthaltes in Wildbad hatte er den Besuch des badischen Majors und Flügeladjutanten Krieg v. Hochfelden*) empfangen, der im Auftrage des Großherzogs mit ihm über die Karlsruher Protokolle Rücksprache nehmen sollte. Durch diese Schriftstücke erhielt er ein vollständiges Bild von den Beschlüssen der süddeutschen Konföderation. Auf den ersten Blick wurde es ihm klar, daß aus dem Vertrage vom 24. April neue Zerwürfnisse unter den beteiligten Staaten hervorgehen würden. Höchst bedenklich erschien ihm namentlich die zwischen den Süddeutschen getroffene Übereinkunft, nach welcher der gesamte Barbestand der zwanzig Millionen Franken ausschließlich für Rastatt beansprucht wurde. Seine Meinung war: wenn diese für Österreich unannehmbare Forderung aufrechterhalten werde, so sei alle Mühe vergebens gewesen. Um so mehr fühlte er sich verpflichtet, in einem Bericht an das Ministerium vom 18. Juni, darauf zu dringen, daß in der ganzen Angelegenheit des Festungsbaues die Oberaufsicht und Leitung dem Bundestage gewahrt werden müsse. „Auf das Maß der Bedingungen," sagt er, „dürfte es hierbei weit weniger ankommen, als darauf, daß der lebendige Zusammenhang dieser neuen Plätze mit der Gesamtheit des Bundes auf das unzweideutigste in das Licht gestellt und hierin erhalten werde."**)

So lagen die Dinge, als im Juli 1840 infolge der orientalischen Verwickelung die Gewitterwolken eines europäischen Krieges emporstiegen. Wie Radowitz über die Anfänge des türkisch-ägyptischen Streites dachte, wissen wir.***) Ob der rebellische Vasall der Pforte, Mehemed Ali, sich zum unabhängigen Herrscher des Pharaonenlandes machte und seine Eroberungen in Syrien behauptete oder nicht, konnte dem deutschen Bunde in der Tat höchst gleichgültig sein. Ein unmittelbares Interesse Deutschlands kam erst in Frage, als die Regierung Louis Philipps im Widerspruch mit den übrigen Großmächten sich auf die Seite des Vizekönigs stellte, das tatenlustige Ministerium Thiers mit gewaltigen Kriegsrüstungen vorging und alle Hebel der Presse in Bewegung setzte, um die Gelüste nach dem

*) Vgl. S. 291. — **) Geheimes Staatsarchiv in Berlin. — ***) Vgl. S. 295.

linken Rheinufer wieder zu beleben. Niemand ist von der tiefen Erregung des Volksgefühls, die sich angesichts der herausfordernden Haltung Frankreichs in allen Teilen Deutschlands, am stärksten in den südlichen und westlichen Landesteilen, kundgab, mächtiger ergriffen worden als Joseph v. Radowitz. Der Moment der Abrechnung mit Frankreich, den er schon 1830 herbeigesehnt hatte, schien ihm gekommen. Als das letzte Ziel des Kampfes schwebte ihm die Wiedergewinnung der alten Reichslande vor.

Der Lauf der Ereignisse hat freilich gezeigt, daß für diese hochfliegenden Pläne die Zeit noch nicht reif war; aber es gab damals viele, die an die Eroberung des Elsaß und Lothringens dachten; unter den preußischen Militärs gehörte dazu der Major v. Moltke, unter den gekrönten Häuptern Deutschlands Ludwig I. von Bayern.*)

Eine ganz andere Auffassung der politischen Lage herrschte zunächst am Berliner Hofe. König Friedrich Wilhelm IV. besaß von Jugend auf ein offenes Herz für „die Herrlichkeit des deutschen Vaterlandes", wie er zu sagen pflegte, aber er war nach der ganzen Anlage seines Charakters und der religiösen Stimmung seines Gemütes ein Fürst des Friedens. Dieser Grundzug seines Wesens tritt schon bei den politischen Händeln des Jahres 1840 sehr deutlich hervor. Als sein Gesandter am englischen Hofe, Heinrich v. Bülow, ohne ausdrückliche Vollmacht sich an der Unterzeichnung des Londoner Vertrages vom 15. Juli beteiligte, in welchem Rußland, Österreich, England und Preußen, unter Umgehung Frankreichs, sich zur Aufrechthaltung des Besitzstandes der Türkei vereinigten, genehmigte der König zwar den Vertrag, aber er tat es unter dem Vorbehalt, daß aus den getroffenen Abmachungen keine Verpflichtung zur Teilnahme Preußens am Kriege hergeleitet werden dürfe. Seitdem er bei einem Besuch seiner sächsischen Verwandten am 13. August in Dresden eine persönliche Aussprache mit Metternich gehabt hatte, der ihn darüber aufklärte, daß Österreich bei der äußerst kritischen Lage seiner Finanzen mit allen diplomatischen Mitteln für eine friedliche Lösung des aus dem Julivertrage entstandenen Konfliktes mit Frankreich wirken werde, war Friedrich Wilhelm fest entschlossen, sich von der Politik des Wiener Hofes nicht zu trennen.

Auf der anderen Seite zeigte sich sehr bald, daß die von den

*) Vgl. H. v. Treitschke, V, S. 86.

deutschen Vormächten beobachtete Zurückhaltung mit der stetig anschwellenden Volksbewegung, die in den Monaten August und September ihren Höhepunkt erreichte, in schneidendem Widerspruch stand. Ganz Süddeutschland war durch die von Westen drohende Gefahr in fieberhafte Aufregung versetzt, die auch in den Kreisen der Bundesversammlung ihren Widerhall fand. Die beruhigenden Erklärungen, die Graf Münch im Auftrage Metternichs abgeben mußte, blieben ohne Wirkung: da von Österreich keine Hilfe zu erwarten war, richteten sich die Blicke der Süddeutschen auf Preußen.

Schöler und Radowitz waren unermüdlich in Mitteilungen der von allen Seiten einlaufenden Berichte über die Kriegsrüstungen Frankreichs. „Es würde ein höchst ungünstiges Ergebnis der jetzigen politischen Verwickelung sein," heißt es in einem Bericht der Bundesgesandtschaft vom 2. Oktober, „wenn dadurch dem Vertrauen der deutschen Regierungen zu Preußen und namentlich zu dessen Fürsorge für den Schutz des gemeinsamen Vaterlandes irgendwie Eintrag geschähe."*)

Die Berichte der Bundestagsgesandten und die dringenden Vorstellungen der süddeutschen Mächte gaben den Ausschlag dafür, daß der König, seit der Rückkehr von der Huldigung in Ostpreußen, sich ernstlich mit dem Gedanken beschäftigte, seinen deutschen Bundesgenossen bestimmte Vorschläge für die militärische Verteidigung Deutschlands zu machen. Der Zustimmung Österreichs durfte er sicher sein. Bei der Besprechung in Dresden hatte er sich sehr deutlich über die Notwendigkeit einer energischeren Behandlung der Bundesangelegenheiten ausgesprochen, und Metternich, der viel zu sehr Menschenkenner war, um nicht vom ersten Augenblick an zu begreifen, daß Friedrich Wilhelm IV. die Stellung Preußens zu Deutschland ganz anders auffaßte als sein Vater, hatte den König seiner Bereitwilligkeit versichert. Aller Vorteil lag dabei auf seiten Österreichs. Nach der Wendung, welche die Festungsfrage genommen hatte, war Österreich, wenn es gegenüber der süddeutschen Konföderation seine Wünsche durchsetzen wollte, in erster Linie auf die Unterstützung Preußens angewiesen. Und wenn es wider Erwarten dennoch zum Kriege mit Frankreich kam, ließen die Äußerungen

*) Preuß. Geh. Staatsarchiv, Bewaffnung gegen Frankreich, 1840.

Friedrich Wilhelms keinen Zweifel darüber, daß Preußen einen Angriff auf Italien als Kriegsfall betrachten werde. Die Garantie der italienischen Besitzungen des Kaiserstaates durch Preußen war ein Gewinn, der alle Bedenken aufwiegen mußte, welche der kräftigere Flügelschlag der preußischen Bundespolitik dem österreichischen Staatskanzler sonst vielleicht eingeflößt haben würde.

Der erste Schritt, den Preußen zur Beruhigung seiner deutschen Bundesgenossen tat, bestand in einer Note Werthers an Schöler vom 16. Oktober, die dazu bestimmt war, über die Stellung Preußens zu dem Julivertrag Aufschluß zu geben. Der Vertrag, sagte Werther, habe keinen anderen Zweck als die Erhaltung des türkischen Reiches, die eine unerläßliche Grundbedingung des europäischen Friedens sei. „Es kann nicht lebhaft genug bedauert werden," fuhr er fort, „daß das französische Kabinett geglaubt hat, den gedachten Vertrag in einem andern Sinne aufzufassen und die bedeutenden Rüstungen eintreten lassen zu müssen, welche jetzt die allgemeine Besorgnis erregen." „Wenn Seine Majestät der König," hieß es weiter, „als ein weiser, für Deutschlands Wohl innig besorgter Monarch die Erhaltung des Weltfriedens zu Seiner angelegentlichsten Aufgabe macht, so richtet Allerhöchstderselbe nichtsdestoweniger seine gespannte Aufmerksamkeit auf den Verlauf der Begebenheiten, um hiernach den Moment abzumessen, wo die Aufstellung und Bewaffnung seines Heeres zum Schutze Deutschlands unerläßlich wird." Die Note schloß mit der Versicherung, daß das preußische Heer vier Wochen nach ergangenem Befehle in voller Kriegsstärke vor den Feind treten könne, und mit der Aufforderung an die verbündeten Regierungen, auch ihrerseits auf die Bereitschaft ihrer Truppen bedacht zu sein.

Der Hinweis auf eine allgemeine Kriegsrüstung sollte als Vorbote für weitere Maßregeln dienen, die in der Absicht Friedrich Wilhelms lagen. Aus eignem Antriebe war er zu dem Entschluß gelangt, einen Vertrauensmann an die deutschen Höfe zu senden, der ihnen einen bis in das einzelne ausgearbeiteten Entwurf für die militärische Verteidigung Deutschlands unterbreiten sollte. Für diese

Ernennung zum Obersten, die am 10. September 1840 erfolgt war, hatte er einen Gnadenbeweis des neuen Herrschers erhalten. Trotzdem kam es ihm sehr überraschend, als er aus dem Kabinett des Königs die Weisung empfing, sich unverzüglich in Berlin einzufinden. Die Einladung Friedrich Wilhelms lautete so dringend, daß er, am Abend des 27. Oktober in Berlin eingetroffen, ohne vorherige Meldung im Ministerium sich bereits am 28. vormittags nach Sanssouci begab. An demselben Tage berichtete er an seine Gemahlin: „Ich erfuhr, daß der König mich schon vor acht Tagen hatte sehen wollen, und daß dieses bloß durch eine Konfusion des Ministeriums verzögert worden. Wie bewegt ich war, als ich den König sah, kannst Du Dir denken; ich küßte ihm die Hand, er umarmte mich ganz auf alte Weise. Er hat mich kommen lassen, zuerst und hauptsächlich, wie er sagt, um sich gegen mich auszusprechen, nachdem Gott ihn auf den Thron gesetzt. Dann ferner, um ihm genaue und eindringliche Betrachtungen über den deutschen Bund vorzulegen. Endlich aber auch, weil er mich zu einer, allerdings sehr bedeutungsreichen Sendung an die süddeutschen Höfe gebrauchen will. Jedenfalls werde ich nach München, Stuttgart und Karlsruhe gehen, ob auch nach Wien, hängt noch von einer erwarteten Antwort ab. Sonderbarerweise würde ich in Wien mit Grolman zusammen auftreten, welchem der rein militärische Teil der Verhandlungen aufgetragen. Nimm noch hinzu, daß ich mich hier hauptsächlich mit Krauseneck verständigen muß, so wirst Du finden, daß mir eine nicht leichte Aufgabe gestellt ist."

Radowitz selbst hatte das Gefühl, daß er seit diesem 28. Oktober „im Zentrum der europäischen Politik stand". Der Verteidigungsplan, den der König an seine deutschen Bundesgenossen gelangen lassen wollte, war von dem General v. Grolman ausgearbeitet worden. Als Unterlage hatten die preußischen Vorschläge der Jahre 1831 und 1832 gedient; doch traten sie in erweiterter Fassung auf, da trotz aller Wahrung des defensiven Charakters der Kriegsaufstellung doch auch die Möglichkeit eines offensiven Vorgehens mit in Rechnung gezogen werden mußte. Der Grundgedanke beruhte auf einer Einteilung der gesamten Streitkräfte Deutschlands in

versammeln und je nach Lage der Dinge, ganz oder geteilt, an die vorderen Armeen anschließen sollte.

Für die Armeen des Nieder- und Mittelrheins und der Reserve waren ausschließlich preußische Truppen bestimmt; für die erstere die Korps VII, VIII und III, für die zweite das IV., V. und VI. Korps, für die dritte das I. und II. Korps und die Garde. Der Armee am Oberrhein wurden die Württemberger, Badenser, Hessen-Darmstädter des VIII. und die Bayern des VII. Bundeskorps zugewiesen. Die Hauptaufgabe des VIII. Bundeskorps ist es, den Feind, wenn er über Straßburg vordringen würde, in der Flanke zu bedrohen. Im Fall des Rückzuges muß dieser Heereskörper suchen, die Verbindung mit der Armee des Mittelrheins zu gewinnen. Doch war auch darauf Bedacht genommen, daß die Umstände es dem VIII. Bundeskorps gestatteten, bei Germersheim über den Rhein zu gehen „und das untere Elsaß zu bedrohen oder gar dort vorzudringen". Die Disposition für das bayerische Korps lautete: Konzentrierung zwischen Main und Donau und Vorrücken an den Oberrhein.

Eine prinzipielle Bestimmung über die Untrennbarkeit der süddeutschen Kontingente hat Grolman sorgfältig vermieden. Ebenso verhält es sich in bezug auf die norddeutschen Truppenteile. Die kurhessische Division, zu der auch die Nassauer gehörten, wird an die Armee des Mittelrheins herangezogen; erst nach dem Eintreffen der sächsischen Division am Mittelrhein kann eine Vereinigung des IX. Bundeskorps stattfinden. Von dem X. werden die Hannoveraner und Braunschweiger zur Unterstützung der niederrheinischen Armee und zur Beobachtung Hollands verwendet. Die Mannschaften der kleineren Staaten dienen zur Verstärkung der Garnisonen in den Bundesfestungen.

Nach den Veranschlagungen Grolmans konnte die Aufstellung der preußisch-deutschen Kriegsmacht zum Schutz der Westgrenze in etwa sechs Wochen vollendet sein. Das Gesamtbild gestaltet sich nach seinem Entwurfe bei Ausbruch eines Krieges mit Frankreich fol-

marschierend 60000 Preußen (III. und IV. Korps), das nassauische und kurhessische Kontingent; in zweiter Linie sich formierend 60000 Preußen (V. und VI. Korps), das hannoversche und vielleicht das bayerische Korps; in dritter 90000 Preußen (I., II. und Garde-Korps), das sächsische Kontingent und 100000 Österreicher."

Bei der Frage über die Mitwirkung der österreichischen Streitmacht geht Grolman davon aus, daß der Wiener Hof sein Hauptaugenmerk stets auf Italien und die Schweiz richten werde; in Deutschland wird man deshalb nur auf die drei zum Bundesheere gehörigen Armeekorps rechnen können. „Diese werden, nach den inneren Verhältnissen der österreichischen Armee, wahrscheinlich drei Monate Zeit brauchen, ehe sie am Lech und der Rednitz zwischen Augsburg und Forchheim versammelt sein können; wahrscheinlich würden noch vier bis sechs Wochen vergehen, ehe die österreichische Armee den Rhein erreichte."

An den Beratungen über den Verteidigungsplan beteiligten sich außer Grolman der Prinz von Preußen, Krauseneck, Werther und Radowitz. Mit dem Prinzen Wilhelm war Radowitz zwar schon vielfach in Berührung gekommen, aber in ein näheres Verhältnis zu ihm trat er erst in jenen Tagen. Die Verhandlungen über die Kriegsrüstung von 1840 sind dem Gedächtnis des Prinzen von Preußen niemals entschwunden: der stärkste Beweis dafür liegt darin, daß er im Jahre 1859, als es sich um die Teilnahme des Bundes an dem italienischen Kriege handelte, in allen wesentlichen Punkten auf den Entwurf Grolmans zurückgriff. Auch zu der Gemahlin des Prinzen wurde Radowitz beschieden; sie ließ sich von ihm einen Vortrag über die politische und militärische Lage halten, und schon damals gewann er eine hohe Meinung von den geistigen Eigenschaften der Prinzessin Auguste.

Im ganzen war der König mit der Arbeit Grolmans einverstanden; doch gab es noch eine Frage, deren nähere Erläuterung ihm geboten erschien. Sie betraf das Kommando über die Armeen, namentlich auch im Hinblick auf das Zusammenwirken des Zentrums mit dem linken Flügel der Süddeutschen. Die Führung der niederrheinischen und mittelrheinischen Armeen wollte der König selbst übernehmen und den Oberbefehl über die Reservearmee hatte er seinem Bruder Wilhelm zugedacht, der jedoch gegen Radowitz be-

merkte, daß er das Kommando über ein Korps unmittelbar vor dem Feinde vorziehen würde. Die Entscheidung wurde einstweilen vertagt, und auch der Oberbefehl über die Süddeutschen blieb ein ungelöstes Problem. Friedrich Wilhelm hatte schon früher den König von Württemberg als die geeignetste Persönlichkeit bezeichnet, was in Stuttgart nicht unbekannt war, aber er selbst hielt es für sehr zweifelhaft, ob sich das bei Bayern würde durchsetzen lassen. Kam es zu einer zeitweisen Vereinigung der Armee des Mittelrheins mit der am Oberrhein, so war es die Ansicht des Königs, daß die allgemeine Leitung der Bundestruppen auf ihn übergehen müsse: in jedem Falle sollte die Wahl eines Bundesfeldherrn vermieden werden.

Am 5. November unterzeichnete der König die von Radowitz eigenhändig niedergeschriebenen „Direktiven für die Sendung nach Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt": ein Dokument, in welchem die eignen Gedanken des Königs mit plastischer Deutlichkeit hervortreten. Vor allem entspricht der innersten Stimmung seiner Seele die feierliche Verwahrung gegen jede Aufreizung Frankreichs und das Vertrauen, daß es Ludwig Philipp gelingen werde, die entfesselten Leidenschaften seines Volkes zu zügeln. Ebenso überzeugend aber äußert sich sein Wille, einem Friedensbruch mit der vereinten Kraft Gesamtdeutschlands entgegenzutreten. Die französische Regierung soll über den Zweck ihrer Rüstungen befragt werden; fällt die Erklärung ungenügend aus, so stellt Preußen seine ganze Kriegsmacht zur Verfügung und erwartet dasselbe von seinen deutschen Bundesgenossen. Der mitgeteilte Verteidigungsplan enthält die unvorgreiflichen Vorschläge Preußens, über welche Radowitz die Rückäußerung der einzelnen Höfe entgegenzunehmen hat.

Da Österreich mündliche Verhandlungen über den Aufstellungsplan wünschte, bestimmte der König, daß Grolman nach Wien vorangehen, Radowitz ihm folgen sollte. Der Aufenthalt in Sans-

hinterlassen, die es uns ermöglichen, dem ununterbrochenen Strom der Gedanken des Königs zu folgen. Am meisten beschäftigen ihn die deutschen Angelegenheiten. Er erteilt Radowitz die Weisung, Metternich gegenüber zu betonen, daß er die Belebung der Tätigkeit des Bundes als die wichtigste Aufgabe seiner Regierung betrachte: „Wir müssen Österreich zwingen, deutsch zu sein." Er erstrebt nichts sehnlicher, als die Wiederherstellung des Römischen Reiches deutscher Nation: ein Kaisertum, kein deutsches Königtum! Zur Seite des Kaisers der König von Preußen als Führer der deutschen Heeresmacht; — ein deutscher Herzog; das war schon damals ein Lieblingswunsch Friedrich Wilhelms. Österreich an der Spitze und freiwillige Unterordnung der einzelnen: darauf beruht nach seiner Meinung das Wohl Deutschlands.

Die Nachricht, daß die Weigerung Ludwig Philipps, eine kriegerisch lautende Stelle in die Thronrede aufzunehmen, zur Entlassung des Ministeriums Thiers geführt habe,*) bestärkt den König in seinen Friedenshoffnungen. Aber der Eifer, mit dem er die Verhandlungen über den Verteidigungsplan betreibt, wird dadurch nicht abgeschwächt: er lebt und webt in dem Gedanken, daß es seiner Regierung den glänzendsten Ruhmestitel verleihen würde, wenn durch Annahme seiner Vorschläge die Einmütigkeit der deutschen Fürsten sich vor aller Welt offenbare. Sollte es dennoch zu einem europäischen Kriege kommen, so trägt sich der König mit umfassenden Plänen zur Wiedereinbringung dessen, was 1815 versäumt worden ist. Er entwirft die Grundzüge zu einem neuen Staatensystem. Deutschland, verstärkt durch Elsaß und Lothringen, muß die Zentralmacht Europas werden: Holland und die Schweiz treten in das engste Verhältnis zu dem deutschen Bunde. Die wiedergewonnenen Reichslande, unter der Herrschaft eines österreichischen Erzherzogs, bilden den Stamm für die Wiederherstellung des alten Königreiches von Burgund: würde Belgien, was Friedrich Wilhelm für sehr möglich hält, mit Frankreich gemeinsame Sache machen, so schwebt ihm die Vereinigung dieses Landes mit dem burgundischen Reiche vor. Seinen Schwager Nikolaus glaubt er für seinen Plan gewonnen zu haben, und auch von Österreich und England hofft er, daß sie

*) 29. Oktober 1840.

der großen, die Geschicke Europas beherrschenden Defensivallianz beitreten würden, die das Ideal seiner politischen Träume ist.

Unter den preußischen Fragen steht die Aussöhnung mit Rom im Vordergrund der Interessen, die den König beschäftigen. Vor allem lag ihm die Beilegung der Kölner Wirren am Herzen, aber so sehr er geneigt war, dem Charakter Droste-Vischerings jede Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, so hielt er doch die Rückkehr des Erzbischofs nach Köln für unvereinbar mit der Würde der Krone. Ein ehemaliger Jugendgespiele des Königs, der katholische Kammerherr Graf Friedrich Wilhelm Brühl, ein Enkel des sächsischen Ministers, war im August 1840 nach Rom gesandt worden, um durch Vermittlung des Papstes die Entsagung Drostes zu erwirken. Zu einem bestimmten Ergebnis hatte die Mission Brühls nicht geführt, da Gregor XVI. darauf bestand, daß dem Verzicht des Kölner Kirchenfürsten die Wiedereinsetzung in seine Diözese vorangehen müsse.*) Der König hatte darauf einen weiteren Schritt getan, indem er in einem eigenhändigen Brief den Erzbischof zur freiwilligen Niederlegung seines preußischen Kirchenamtes zu bestimmen suchte. Drostes Antwort lautete, daß er die Sache dem Papste überlassen müsse.

So fand Radowitz die Lage der Dinge. Am 10. November schreibt er: „Der große Stein des Anstoßes ist das persönliche Verhältnis des Erzbischofs, und hier steht der König dem Willen seines seligen Vaters und der ungeheuren protestantischen Oppositionspartei in einem Grade gegenüber, der alle meine Voraussicht übertrifft, und es keinem, der ihm treu dient, möglich macht, ihm zu raten, den Erzbischof ohne weiteres nach Köln zurückzuschicken. Hier muß unausbleiblich ein Weg gesucht werden, um die Gerechtigkeit gegen die Person mit der Selbsterhaltungspflicht gegen einen der edelsten Fürsten, die je auf einem Thron gesessen, zu vereinigen." Der König war bereits entschlossen, die Verhandlungen mit Rom fortzusetzen, aber sie nicht, wie bisher, auf die Feststellung der

um die Konzessionen handelte, die er dem Vatikan glaubte machen zu dürfen. Der Inhalt seiner Vorschläge entsprang seinem eignen Ideenkreise; die formelle Fassung stammt von Radowitz, den der König mit der Ausarbeitung einer Instruktion für eine zweite Sendung nach Rom beauftragte. Dieses Schriftstück übergab Radowitz dem König am 10. November. Sehr umfassend waren die Zugeständnisse, zu denen Friedrich Wilhelm sich bereit erklärte: Behandlung der gemischten Ehen nach dem Breve des Papstes, Verzicht auf jede Einmischung in die Wahlen der Domkapitel, — jedoch mit dem Vorbehalt, daß es der Regierung freistehen sollte, von der Liste der Kandidaten diejenigen Namen zu streichen, die ihr nicht genehm wären, — Zulassung des freien Verkehrs der Bischöfe mit dem römischen Stuhle, Einrichtung einer besonderen Abteilung für die Angelegenheiten der katholischen Kirche in dem Kultusministerium. Als Gegenpreis wurde von dem Papste verlangt: die Entsagung Drostes, die Wahl eines Koadjutors, ohne Provisorium, ohne Rückkehr des Erzbischofs nach Köln. Mit Recht durfte Radowitz von Friedrich Wilhelm sagen: „Wenig katholische Fürsten haben wohl je in diesem Maße den festen Willen gehabt, die römisch-katholische Kirche so in ihrem vollen, uneingeschränkten Rechte zu schirmen, wie er, der Protestant." Es kam sogar vor, daß der König weiter ging als sein katholischer Ratgeber. Friedrich Wilhelm wollte den preußischen Bischöfen das Recht gewähren, alle zwei Jahre Versammlungen abzuhalten, um die Propositionen des Staates zu beraten und Anträge an die Regierung zu stellen; dieser Neuerung widerriet Radowitz.

Über den mehrmals wiederholten dringenden Wunsch des Königs, daß er die Verhandlungen mit Gregor XVI. übernehmen möge,*) schreibt Radowitz: „Sein Verlangen, mit unumschränkter Vollmacht nach Rom zu gehen, habe ich nach reiflicher Prüfung vor Gott abgelehnt. Soll sein Werk gedeihen, so darf ich nicht dabei genannt werden. Sowohl um seinet- als um meinetwillen kann ich nicht hierbei auftreten."

borgen, daß aus dem Nachlaß Friedrich Wilhelms III. eine letztwillige Verfügung zum Vorschein gekommen war, die dem Nachfolger die Verpflichtung auferlegte, die politischen Grundformen des Staates unverändert zu lassen und in keinem Falle die Einführung einer Landesrepräsentation zu bewilligen. Von den Verheißungen der früheren Zeit war in dem Schriftstück nur noch so weit die Rede, als Friedrich Wilhelm III. dem künftigen Monarchen den Rat erteilte, wenn die Notwendigkeit einer neuen Steuerbewilligung an die Regierung herantreten würde, einen Ausschuß zu berufen, der aus zweiunddreißig Abgeordneten der Landtage, je vier aus jeder Provinz, und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern des Staatsrates bestehen sollte. Außerdem hatte Friedrich Wilhelm III. bestimmt, daß eine künftige Änderung der Verfassung nur mit Zustimmung aller großjährigen Prinzen des Königlichen Hauses vorgenommen werden dürfe: eine Klausel, die „dem politischen Testament" die Vollkraft eines Hausgesetzes verlieh.*)

Obwohl die Rechtsgültigkeit dieser Urkunde nichts weniger als unanfechtbar war, da ihr die Unterschrift des Königs fehlte, hatte Friedrich Wilhelm doch anfangs die Absicht gehabt, sie den Ständen zur Sanktion vorzulegen. Er dachte an die Berufung eines Allgemeinen Landtags, mit dem noch über andere Fragen verhandelt werden sollte. Drei Gegenstände sind es, die er den Ständen zur Beratung unterbreiten wollte: einen Rechenschaftsbericht über den Staatshaushaltsetat, wie er sich bei dem Tode Friedrich Wilhelms III. darstellte, als „schönsten Tribut der Dankbarkeit für den verstorbenen König"; die Sanktion der letztwilligen Verfügung, wobei er von dem Gedanken ausging, daß die Ablehnung derselben ihn jeder weiteren Verpflichtung entheben würde — und eine Vorlage über teilweisen Erlaß der Steuern, „falls fortdauernder Friede ihn ermöglicht". Der König hat bei dieser Gelegenheit ausdrücklich hervorgehoben, daß er Einen Landtag für weniger gefährlich halte als die Versammlungen der einzelnen Provinzen,

Aus diesem Tatbestande geht unwiderleglich hervor, daß der neue Herrscher vor dem Fortschritt der ständischen Entwicklung, der in einer allgemeinen Versammlung der Landesrepräsentanten, natürlich nach Maßgabe der bestehenden Verfassung, gelegen haben würde, keineswegs zurückschreckte. Das Unglück war, daß er in seiner Umgebung niemand fand, der auf seine Ideen einging. Mit Ausnahme des Generals Boyen, der sich, wenn auch unter Beobachtung gewisser Modalitäten, für eine Verfassung aussprach,*) warnten alle, die er befragte, und manche, die ungefragt ihm ihre Meinungen entgegenbrachten, vor übereilten Zugeständnissen. Zu den Warnern gehörte auch Fürst Metternich, der in einer Unterredung mit dem zur Ankündigung des Thronwechsels nach Wien entsandten General v. Knesebeck die preußische Verfassungsfrage zur Sprache gebracht hatte.**) Der König war nicht überzeugt, aber er gab nach, und sein wohlgemeintes Projekt blieb unausgeführt.

Dann war der Huldigungstag von Königsberg gefolgt, auf welchem die vereinigten Stände der Provinzen Preußen und Posen am 7. September die Einführung einer Landesrepräsentation beantragten. In seiner Antwort hatte Friedrich Wilhelm sehr deutlich zu erkennen gegeben, was er wollte und was er nicht wollte: keine moderne Volksvertretung, wohl aber die treue Pflege und immer ersprießlichere Entwicklung der landständischen Verfassung. Von dem Ernst und der Gewissenhaftigkeit dieses Vorsatzes überzeugte sich auch Radowitz. Daß die Berufung der allgemeinen Reichsstände das feststehende Ziel der Wünsche des Königs war, wird durch seine Aufzeichnung bestätigt. Volle Übereinstimmung herrschte zwischen dem König und Radowitz darüber, daß die eingeleitete Verhandlung mit den deutschen Fürsten den günstigsten Einfluß ausüben würde auf die Beruhigung der Parteien, die sich zu regen begannen.

Zu den vielerlei Dingen, die an den Abenden in Sanssouci besprochen wurden — „von der hohen Politik an bis zu den Intimitäten des Hauses" — gehörten auch die Personalfragen. Die Ernennung Boyens zum Kriegsminister war Anfang November bereits eine beschlossene Sache, ebenso die des Grafen Anton v. Stol-

*) Vgl. Fr. Meinecke a. a. O. II S. 477

berg=Wernigerode zum Minister des Königlichen Hauses an Stelle Wittgensteins. Der König sagte zu Radowitz gleich nach dessen Ankunft: „Ich will haben, daß Sie mit Stolberg, meinem andern persönlichen Freunde, sich liieren; ich habe ihn daher aus Magdeburg kommen lassen, ein Zimmer neben dem Ihrigen angewiesen und Ihnen gemeinschaftliche Arbeiten gegeben. Nun vorwärts!"

Wenige Tage, nachdem Radowitz aus Frankfurt abgereist, war Schöler am 28. Oktober gestorben. Am Bundestage glaubte man, daß Radowitz sein Nachfolger werden würde: Frau Marie hatte große Mühe, sich der Glückwünsche zu erwehren, die ihr von allen Seiten dargebracht wurden, und auch in Berlin hielt man Radowitz für den künftigen Bundesgesandten. Am 1. November schreibt er darüber: „Schölers Tod hat mich tief ergriffen. Der gute, liebe Mann mit seinem edlen Herzen ist nun auch heimgegangen: ich werde ihn nicht wiederfinden; es geht mir gar zu nahe. Daß man mich in Frankfurt und Berlin allgemein als seinen Nachfolger nennt, ist begreiflich, aber unrichtig. Es ist, wie ich Dir vorausgesagt; die Sache ist noch nicht reif für mich." In einem andern Briefe vom 5. November heißt es: „Bundestagsgesandter werde ich nicht; dieses kannst Du den Leuten bestimmt versichern. Was Du ihnen aber freilich nicht sagen kannst, ist, daß ich das Gutachten über die Besetzung dieser Stelle selbst mache und mich daher nicht selbst vorschlagen kann." Am liebsten wäre ihm die Ernennung Canitz' gewesen, den der König damals ebenfalls nach Berlin beschieden hatte, aber er wußte, daß Friedrich Wilhelm dem Londoner Gesandten Bülow Hoffnungen auf den Frankfurter Posten gemacht hatte.

Der öffentlichen Meinung galt der verlängerte Aufenthalt in Sanssouci als sichtbarer Beweis für die Gunst, in der Radowitz bei dem König stand. Aus den verschiedensten Teilen der Monarchie meldeten sich eifrige Bewerber, die um seine Fürsprache baten. Was er selbst davon hielt, zeigen seine Worte: „Ein Mensch, der in Gunst

nichts", lautete sein damaliges Urteil über den großen Naturforscher. Der König, dem dieses Getriebe nicht entging, sagte scherzend: „Erst schimpfen die Leute auf Sie, und nachher liegen sie Ihnen zu Füßen!"

Der 13. November war der Geburtstag der Königin Elisabeth. Auf ihren Wunsch mußte Radowitz dem am Abend veranstalteten Hofkonzert beiwohnen. Der berühmte Geiger Ole Bull spielte, und die Damen Löwe und Faßmann trugen unter großem Enthusiasmus, an dem sich auch die vor dem Schlosse zu einem Fackelzug versammelte Volksmenge beteiligte, das Beckersche Rheinlied vor. Nach Mitternacht verabschiedete sich Radowitz von dem König. In wohlgemuter Stimmung trat er seine diplomatische Reise an: „Ich stehe Dir dafür," schrieb er seiner Frau, „daß wir in Deutschland auf einen andern Fuß kommen wollen, als bisher."

In Dresden wickelten sich die Geschäfte ohne Schwierigkeiten ab. Am 17. November berichtet Radowitz über eine Unterredung mit dem König Friedrich August: „Der König setzt volles Vertrauen in Eure Majestät; seine Äußerungen hierüber mußten einem Diener Eurer Majestät wahrhaft wohltuend sein." Weniger günstig urteilt er über die Stimmung der Bevölkerung Sachsens. Nach seinen Eindrücken ist der vorherrschende Zug in dem öffentlichen Leben ein „flacher Liberalismus", der die Weltbegebenheiten lediglich von seinem Standpunkt aus betrachtet und die Sympathien für den französischen Konstitutionalismus nicht verleugnen kann. Die Aufschlüsse, die der Kriegsminister v. Nostitz und der kommandierende General v. Cerrini gaben, zeugten für die geordnete Militärverfassung des Landes und die Vollzähligkeit des sächsischen Kontingents. Allein es war zu befürchten, daß die liberale Partei der Ständekammern auch in Sachsen dahin gelangen werde, auf eine Herabsetzung des Militäretats zu dringen.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, v. Zeschau, hat den Gedanken Friedrich Wilhelms, von der französischen Regierung eine Erklärung über den Zweck der Rüstungen zu ver-

Dagegen war die in den Direktiven enthaltene Garantie der italienischen Landesteile Österreichs nicht nach dem Sinne Zeschaus. Der Minister erblickte darin einen Verstoß gegen die Bundesverfassung, die nur auf den defensiven Schutz Deutschlands berechnet sei. Erst als Radowitz ihm vorstellte, daß es widersinnig sein würde, die österreichische Macht in Italien zugrunde gehen zu lassen, da sie in diesem Falle auch für die Verteidigung Deutschlands nichts mehr zu leisten vermöchte, gab Zeschau nach — weniger aus Überzeugung als aus Gründen der Opportunität.

Prinz Johann, der zur Führung des IX. Korps ausersehen war, hörte den Vortrag, den Radowitz ihm am 16. November erstattete, mit großem Interesse. In seinen Denkwürdigkeiten bemerkt der Prinz über Radowitz: „Er war ein geistreicher Mann und Soldat, vielleicht der einzige, der in die Ideen seines königlichen Freundes mit Überzeugung einging. Er sagte damals zu mir, als ich meinen Zweifel an das Praktische mancher Ideen desselben aussprach: sie sind so geistreich, daß sie wieder ins Praktische umschlagen. Eine Behauptung, die sich leider nicht bewahrheitet hat."

Den Abend des 15. November verbrachte Radowitz im Hause Ludwig Tiecks, bei dem er eingeführt wurde, und „wo es sehr geistreich zuging". Nachdem er sich einen Tag in Prag umgesehen hatte, traf er am 20. in Wien ein. Da die militärischen Verhandlungen, die Grolman mit dem Feldmarschall-Leutnant Grafen Ficquelmont führte, im besten Gange waren, konnte er seine ganze Zeit auf die Konferenzen mit Metternich verwenden, und gerade dieser Teil seiner Mission ist der größten Beachtung wert, denn es dürfte bis dahin kaum vorgekommen sein, daß ein Vertreter Preußens dem allmächtigen Staatskanzler gegenüber eine so freimütige und energische Sprache führte als Joseph v. Radowitz.

Metternich begann mit einer Darlegung seiner Ansichten über die Gesamtverhältnisse der europäischen Politik. Die orientalische Frage machte ihm keine Sorge mehr, seitdem durch den Fall von Beirut*) die Niederlage Mehemed Alis entschieden war. Der Krie-

reich fürchtete: das Anerbieten des Kaisers Nikolaus, falls es zum Kriege gegen Frankreich kommen sollte, an der Westgrenze seines Reiches eine Armee von einmalhunderttausend Mann aufzustellen, flößte ihm schwere Bedenken ein. Von den allgemeinen Betrachtungen lenkte Radowitz das Gespräch auf den deutschen Bund. „Daß Eure Majestät die Art, wie Österreich die Bundesangelegenheiten leite, nicht genügend finde, daß Allerhöchstsie dem Bunde ein anderes und kräftigeres Leben als bisher wünschten, war dem Fürsten schon aus der Unterredung in Dresden deutlich geworden. Hierauf habe ich mir erlaubt, in Eurer Majestät Sinne weiterzubauen. Der Beweis, daß der Standpunkt der österreichischen Bundesleitung ein rein formeller, ohne allen wirklichen Inhalt sei, konnte nicht schwer fallen. Schon aus der neuesten Zeit liegen die Zeichen nahe, daß jedesmal eine völlige Zersplitterung der Ansichten und Absichten eintritt, sobald wesentliche Dinge im Bunde auftauchen. Auf des Fürsten Verlangen, daß man formulieren möge, was gegen die bisherige Lage des Bundes einzuwenden sei, habe ich dieses dahin ausgedrückt: daß der Bund keine Autorität in Deutschland und niemand Autorität im Bunde habe. Hierin, fuhr ich fort, liege auch eben die vorgezeichnete Linie der Abhilfe: man gebe dem deutschen Volke Vertrauen zu dem Bunde und den Bundesgliedern Vertrauen zu den beiden großen Mächten, die ihre natürlichen Leitsterne sind. Bisher sei hierin so viel als nichts geschehen, und ich dürfe dem Fürsten meine innige Überzeugung nicht verhehlen, daß Eure Majestät, wie aufrichtig Sie wünschen, überall Österreich voranteten zu sehen, doch sich gegen Deutschland verpflichtet halten würden, selbst einzugreifen." Radowitz schloß mit den Worten: „Was Deutschland, was Österreich selbst wahrhaft dienlich, in höherem Sinne unentbehrlich sei, müsse und werde geschehen, es sei mit oder ohne Österreich."

Es schien, als ob diese Vorstellungen bei Metternich Anklang gefunden hätten. Der Fürst-Staatskanzler erwiderte: jetzt, wo keine Gefahr von außen drohe, werde er ernstlich die Mittel prüfen, um zu einem „fruchtbaren System" der Bundespolitik zu gelangen. Er selbst sprach den Wunsch einer persönlichen Unterredung mit dem König über den Gegenstand aus und erbot sich, zu diesem Zwecke im Frühjahr nach Berlin zu kommen.

Von den Bundesgeschäften im einzelnen wurde hauptsächlich die Festungsfrage behandelt. Metternich schien geneigt, den Süddeutschen dadurch einen Schritt entgegenzukommen, daß Österreich in Friedenszeiten auf die Besatzung in Ulm, mit Ausnahme einer Artillerie-Abteilung, verzichtete. Der Abgesandte des Königs sah darin einen großen Gewinn, zumal er im Verkehr mit höheren österreichischen Offizieren auf Ansichten gestoßen war, die weniger versöhnlich klangen. Die Entscheidung war insofern näher gerückt, als am 10. Oktober die Militärkommission auf Grund der inzwischen von den süddeutschen Regierungen eingereichten Gutachten bei dem Plenum den Bau von Ulm und Rastatt befürwortet hatte. Über die Forderung des Karlsruher Konventes,*) daß die verfügbaren zwanzig Millionen Franken ausschließlich für die Festung am Oberrhein zu verwenden seien, war der Bevollmächtigte Österreichs, dem die Erstattung des Berichtes oblag, stillschweigend hinweggegangen. Und auch Metternich blieb dabei, in erster Linie müsse Ulm aus den vorhandenen Barmitteln gebaut werden; für das übrige sei dann durch eine Bundesanleihe zu sorgen.

Eine Besprechung der preußischen Verfassungsfrage lag nicht in den Instruktionen, die Radowitz von dem König erhalten hatte; dagegen war ihm freigestellt, auf die Beilegung des Konfliktes mit dem Vatikan einzugehen, wenn Metternich die Initiative ergreifen sollte, — was denn auch geschah. Der Fürst billigte es vollkommen, daß Friedrich Wilhelm auf der Resignation des Erzbischofs und der Ernennung eines Koadjutors bestehe.

Mit den militärischen Verhandlungen war Radowitz nur insoweit befaßt, als Grolman, mit dem er jetzt in bestem Einvernehmen stand, ihn von allem, was vorging, in Kenntnis setzte. Es handelte sich um die Teilnahme Österreichs an der Truppenaufstellung und um die Vorschläge, die den Bundesstaaten im Namen der beiden deutschen Großmächte gemacht werden sollten; denn wenn der Verteidigungsplan auch durchaus preußischen Ursprungs war, so legte Friedrich Wilhelm doch das größte Gewicht darauf, die Übereinstimmung mit Österreich bei den verbündeten Regierungen zum offenkundigsten Ausdruck zu bringen. Grolmans Erwartungen

*) Vgl. S. 303.

wurden durch die Anerbietungen des Wiener Hofes weit übertroffen; während er nur auf einmalhunderttausend Mann gerechnet hatte, stellte Kaiser Franz durch Ficquelmont einmalhundertundfünfzigtausend zur Verfügung. Die Angaben über die Zeitdauer der österreichischen Mobilmachung lauteten günstiger, als man in Berlin geglaubt hatte. Zwei Armeekorps sollten innerhalb vier Wochen bei Pilsen und Braunau, eine Division bei Bregenz stehen, bereit, die Grenze zu überschreiten. In weiteren vier Wochen würden die beiden Korps Würzburg und Ulm, die Division Donaueschingen erreichen, in sechs Wochen ein drittes Korps und die Reserven nachrücken. Eines leisen Zweifels an der Ausführbarkeit dieser Versprechungen konnte sich Grolman allerdings nicht erwehren.*)

Gegen die von Preußen vorgeschlagene Verwendung der Bundeskorps und die Aufstellung der vier Armeen von der Mosel bis an die obere Donau erhob Österreich keinen Einspruch. Die Dinge lagen also so, daß Radowitz am 26. November abends, nachdem er noch zur Kaiserlichen Tafel geladen worden war, seine Reise fortsetzen konnte. Das einzige Moment, das sich nicht ganz in seine Berechnungen fügte, war die Eröffnung Metternichs, der Kaiser habe beschlossen, in der Person des General-Quartiermeisters Freiherrn v. Heß auch seinerseits einen militärischen Vertreter an die süddeutschen Höfe abzusenden. Aus Metternichs Reden war ersichtlich, daß Österreich es für notwendig hielt, sich in der Frage der Kriegsrüstung nicht ganz von Preußen überflügeln zu lassen. Radowitz erkannte sofort, daß diese natürliche Regung der Eifersucht nachteilige Folgen haben könnte. In dem Immediatbericht vom 26. November schreibt er: „Ich kann nicht übersehen, ob ich mit dem genannten General in einer jener Residenzen zusammentreffen werde, würde aber in diesem Falle, bei sorgsamer Wahrung des guten Einvernehmens, doch bestimmt daran halten, daß keine eigentliche kollektive Verhandlung entstehen und hierdurch von dem Geiste der mir allergnädigst anvertrauten Sendung abgewichen werde." Was die „Kollektive" in Bundesmilitärsachen bedeutete, hatte Karlsruhe gelehrt.

Im eignen Wagen, fast stets zur Nachtzeit reisend, begab sich Radowitz von Wien nach Regensburg, wohin ihn eine vertrauliche Angelegenheit führte. Friedrich Wilhelm hatte für die Koadjutur in Köln zwei Persönlichkeiten ins Auge gefaßt: den Erzbischof von Salzburg, Fürsten Friedrich v. Schwarzenberg oder den Regensburger Domdechanten Melchior Freiherrn v. Diepenbrock. Nach Rücksprache mit Metternich und andern Gewährsmännern verzichtete Radowitz auf jede Anfrage bei Schwarzenberg, weil vorherzusehen war, daß der Fürst die größern Einkünfte des Salzburger Sprengels nicht mit den geringeren der Kölner Diözese vertauschen würde. Aber auch Diepenbrock, mit dem Radowitz am 29. November verhandelte, lehnte ab, teils aus Dankespflicht gegen sein „Adoptiv-Vaterland" Bayern, teils, weil er unter den damaligen Verhältnissen des Kampfes zwischen Staat und Kirche keine Neigung zur Annahme eines bischöflichen Amtes verspürte.*)

Am 30. November morgens kam Radowitz in München an. Ludwig I. sprach mit der lebhaftesten Anerkennung von dem Segen, den die Begründung eines wahren Verteidigungssystems über Deutschland bringen werde. Seine Auffassung der politischen Lage Europas bewegte sich ganz in dem Gedankenkreise seines preußischen Schwagers. Der nächste Krieg mit Frankreich, der nicht ausbleiben werde, müsse Deutschlands Sicherheit dauernder begründen, als es im Jahre 1815 geschehen sei. Hierzu gehöre die Wiedergewinnung der alten Reichslande, mit Straßburg als Bundesfestung, der engere Anschluß Belgiens und der Schweiz an den deutschen Bund. Der einzige Punkt der Direktiven, gegen den sich in München eine noch weit stärkere Opposition regte, als in Dresden, betraf die Aufnahme des österreichischen Oberitalien in den Kreis der gegenseitigen Garantien. Erst allmählich gelang es Radowitz, durch seine Gegengründe den Widerspruch des Königs zu entkräften.

Die preußischen Dispositionen über das VII. und VIII. Korps fand Ludwig I. vortrefflich, und besondere Genugtuung gewährte ihm die Zusage der Verstärkung des linken Flügels durch ein preußisches Korps; „das sei," sagte er, „die sicherste Bürgschaft für die innigste Vereinigung der nördlichen und südlichen Hälfte

*) Radowitz an Friedrich Wilhelm IV., München, 4. Dezember 1840.

unseres Vaterlandes". Hierauf näher eingehend, äußert Radowitz in einem Bericht vom 4. Dezember: „Der Grundsatz, daß die süddeutschen Korps sich unter allen Umständen stets an beiden Rheinufern halten und nie gegen die Donau zurückdrängen lassen müßten, ist der Angelpunkt, um den sich hier und wohl in ganz Deutschland alle Gedanken drehen; teils sind die Gründe hierfür strategischer Art, da sie nur in Flankenstellungen einen wirksamen Schutz ihrer Staaten sehen und jeden direkten Rückzug für das größte militärische Unglück erachten, teils aber liegen diese Motive auf einem andern Gebiete. Leider ist der Grundton dieser Teile Deutschlands von den Herrschern bis zu den letzten ihrer Beamten das entschiedenste Mißtrauen gegen Österreich. In Bayern steigert sich dieses bis zu einer wahrhaft fanatischen Abneigung, von der ich die unerfreulichsten Beweise zu sammeln Veranlassung gefunden. — Jede, auch die leiseste Hindeutung darauf, daß das VII. Armeekorps in den Fall kommen könne, sich auf die österreichische Armee zurückzuziehen, jeder Schimmer von Möglichkeit, daß bayerische Truppen unter einen österreichischen Oberbefehl treten könnten, würde geradezu den Weg versperren, hier etwas zum Heile Deutschlands Dienliches zu erreichen."

Außer den Vorschlägen, welche die Instruktion vom 5. November enthielt, hatte Radowitz von dem König für die Sendung nach Süddeutschland noch mancherlei mündliche Aufträge erhalten. Vor allem sollte er es sich angelegen sein lassen, über die Truppenstärke der einzelnen Heeresteile genaue Erkundigungen einzuziehen. Auf Befehl Ludwigs wurden die Stammlisten ihm durch den Kriegsminister General v. Bauer bereitwilligst vorgelegt. Das Ergebnis war, wie er es nicht anders erwartet hatte. Es stellte sich heraus, daß die Formation der bayerischen Armee in wesentlichen Punkten den Anforderungen der Bundeskriegsverfassung nicht entsprach. Ganz besonders trat dies hervor bei der Infanterie. Nach dem in Bayern üblichen System der Assentierten wurde ein Teil der ausgehobenen Mannschaften sogleich in die Heimat entlassen, um erst im Moment einer Mobilmachung wieder einberufen zu werden. Unmöglich konnten diese ungeschulten Leute, die außerhalb jedes militärischen Verbandes blieben, als ein genügender Kriegsersatz betrachtet werden. Die ganze Einrichtung hatte zur Folge, daß

die Präsenzziffer, die nach den gesetzlichen Bestimmungen auch für die Friedenszeit aufrecht erhalten werden sollte,*) erheblich unter den Sollbestand herabgesunken war. Ferner fehlte es dem bayerischen Korps so gut wie gänzlich an jeder Reserve, denn die ausgedienten Mannschaften blieben zwar zum Kriegsdienst verpflichtet, aber ihre Namen wurden nur in den Listen weiter geführt; eine zeitweise Einberufung zu militärischen Übungen fand nicht statt, und die vorgeschriebenen Kadres an Offizieren und Unteroffizieren für den vermehrten Kriegsbedarf waren nicht vorhanden. Radowitz riet in einer Denkschrift vom 4. Dezember, die Assentierten so lange unter den Fahnen zu behalten, bis sie völlig ausexerziert seien; er wies nach, daß dadurch der Bestand der Armee ohne erhebliche Kosten, außer dem Aufwand für die ersten Anschaffungen, um zehntausend Mann, von fünfundvierzig- auf fünfundfünfzigtausend, vermehrt werden könne. Der König ging darauf ein und ernannte sofort eine Kommission zur Prüfung der Radowitzschen Verbesserungsvorschläge.

Auf der Reise von München nach Stuttgart verweilte Radowitz am 6. Dezember einige Stunden in Ulm, um sich ein klares Bild von der Lage der Stadt zu verschaffen. Schon damals erkannte er die großen Schwierigkeiten, die sich bei dem Festungsbau ergeben würden. Namentlich galt dies von den örtlichen Verhältnissen auf dem linken Donauufer, das, von beherrschenden Höhenzügen umgeben, die günstigsten Bedingungen für die Festsetzung des Feindes darbot. Es leuchtete ihm ein, daß es einer gründlichen Umgestaltung des Terrains und einer umfangreichen Anlage detachierter Forts bedürfe, um die Ungunst des Terrains zu überwinden.

Wie in München wurde auch in Stuttgart der preußische Verteidigungsplan mit Anerkennung aufgenommen. Nur der solidarische Schutz des deutschen Bundes für Lombardo-Venedig erregte auch hier Bedenken. Die süddeutschen Bundesstaaten dachten im Jahre 1840 über diese Frage ganz anders, als es 1859 der Fall war. Erst

kriegsverfassung. Der Kardinalpunkt, auf den Radowitz sich stützte, daß die bei Erlaß jener Verfassung festgesetzte Kopfzahl der einzelnen Kontingente dem inzwischen eingetretenen Zuwachs der Bevölkerung Deutschlands in keiner Weise entspreche, veranlaßte Wilhelm zu dem freiwilligen Anerbieten, die verfassungsmäßige Reserve von einem Drittel des stehenden Heeres „gleich von Hause aus" ins Feld zu stellen. Die ungefähr vierzehntausend Mann, zu denen Württemberg verpflichtet war, erhöhten sich dadurch auf achtzehntausendsechshundert.

Eine sehr lebhafte Diskussion entspann sich über Ulm. „Es bedurfte alles Nachdrucks," schreibt Radowitz am 10. Dezember, „um zum Ziele zu gelangen. Der König hielt zuerst wieder an der so oft schon gehörten Behauptung fest, daß die Verträge nur von einem Platze am Oberrhein sprächen, daß er daher völlig berechtigt sei, nur Rastatt zu fordern, und es eine ganz unhaltbare Zumutung sei, dieses auf Ulm zu beziehen." Erst nach „langwierigen Erörterungen" lenkte der König ein, wozu der österreichische Verzicht auf die Friedensbesatzung in Ulm am meisten beitrug.

In Karlsruhe wurde Radowitz bei seiner Ankunft am 10. Dezember von dem Minister des Auswärtigen, v. Blittersdorf, und dem Präsidenten des Kriegskollegiums, General v. Freydorf, mit bitteren Klagen über „die grausame Lage völliger Unsicherheit" empfangen, in die Baden seit dem August dieses Jahres durch die völlige Untätigkeit des Bundes versetzt worden sei. Das Gefühl der eigenen Hilflosigkeit Süddeutschlands einem feindlichen Anfall gegenüber äußerte sich hier am stärksten, und dem entsprach es, daß unter den Souveränen der Staaten jenseit des Mains der Großherzog Leopold die größte Bereitwilligkeit zum militärischen Anschluß an Preußen im Fall eines Krieges kundgab. Ihre deutsche Gesinnung hatte die badische Regierung durch energische Zurückweisung eines von Frankreich gestellten Neutralitätsantrages bewährt. An die Erwähnung dieser Tatsache knüpft Radowitz in einem Bericht vom 14. Dezember die Bemerkung: „In der gegenwärtigen Stimmung und Lage sind dergleichen französische Insinuationen allerdings nicht gefährlich,

Regsamkeit des deutschen Bundes hätte diese schlimme Erbschaft austilgen können. Da diese aber ausgeblieben, so sind die Erinnerungen an das französische Bündnis noch lebhaft genug geblieben, um unter Umständen der Wiederbelebung wohl fähig zu sein. Im jetzigen Augenblicke liegt die Hauptbürgschaft dagegen in dem deutschen Sinn der regierenden Herren; sowohl der Großherzog als seine Herren Brüder würden, wenn nicht alles trügt, sich nie zu einer Felonie an Deutschland hergeben und dann vielleicht eine Energie und Einigkeit entfalten, welche jetzt wohl häufig mangelt."

Den besten Beweis seiner Bundestreue lieferte Leopold durch die bereits eingeleitete Verstärkung des badischen Kontingents von zehn- auf dreizehntausend Mann. Einen näher festzusetzenden Anteil Österreichs an dem Garnisonsrecht in Rastatt ließ Leopold sich gefallen, mit der Bedingung jedoch, daß die Hauptbesatzung von Baden gestellt werde.

Mit Darmstadt erreichte Radowitz am 14. Dezember die letzte Etappe seiner diplomatischen Expedition. Den Großherzog Ludwig, der leidend war, sah er nur wenige Augenblicke. Die Verhandlungen mit dem Minister des Auswärtigen du Thil und dem Stabschef General v. Lyncker legten Zeugnis dafür ab, daß die hessen-darmstädtische Regierung „die unbefangensten und daher richtigsten Ansichten hegte."*) An dem Prinzen Emil von Hessen, mit dem er eine längere Unterredung hatte, lobt Radowitz eine von Vorurteilen freie Auffassung der Dinge. Der Prinz erklärte sich rückhaltlos für den preußischen Oberbefehl über die Bundestruppen; was ihn selbst betreffe, so werde er niemals ein Kommando unter dem König von Württemberg annehmen, sondern, wenn es dahin käme, in österreichische Dienste treten.

Die Einrichtungen der großherzoglichen Heeresabteilung entsprachen den Vorschriften der Bundesverfassung. Bei sechsjähriger Dienstzeit blieben die Mannschaften vier Jahre aktiv, in den beiden folgenden Jahren waren sie als Reservetruppen beurlaubt. Die Zahl der stehenden Truppen betrug sechstausendsechshundert Mann, so daß

In Begleitung seiner Gemahlin und seiner Tochter Marie, die ihn in Darmstadt begrüßten, kehrte Radowitz am 18. Dezember nach Frankfurt zurück. Die Geschäfte der preußischen Bundesgesandtschaft versah einstweilen Sydow, da Bülow noch in London festgehalten wurde.

Inzwischen war die von Preußen angeregte Interpellation der französischen Regierung über die Waffenrüstungen in Szene gesetzt worden. Es hatte Mühe genug gekostet, Österreich zur Teilnahme zu bewegen. Metternich wollte nichts davon hören, daß der deutsche Bund in die Angelegenheit hineingezogen werde, während Friedrich Wilhelm gerade auf eine Erklärung im Namen Gesamtdeutschlands großes Gewicht legte, nicht, wie Treitschke annimmt,*) in der Absicht, dem Bunde das Ansehen einer Großmacht zu verleihen, sondern weil er verhindern wollte, daß der Bund, den Großmächten zuvorkommend, aus eigenem Antriebe die Sommation beantrage. Einem Bericht Werthers vom 12. November über die Bedenken Metternichs hatte der König, jedenfalls im Einverständnis mit Radowitz, der sich damals noch in Sanssouci aufhielt, die eigenhändige Randbemerkung hinzugefügt: er sei entschlossen, den Bund nicht das Prävenire spielen zu lassen, sondern selbst die Initiative zu ergreifen: „Die guten Folgen für den Gemeinsinn der Regierungen wie der Völker Teutschlands sowie für die Möglichkeit eines Krieges (der wahrscheinlich alsdann im März ausbrechen würde) scheinen mir unberechenbar und treiben mich gebieterisch an, alles Erlaubte zur Erreichung des Zweckes anzuwenden.“**)

Erst nach Empfang der Nachricht von dem Bombardement St. Jean d'Acres am 5. November, durch welches Syrien unter die Herrschaft der Pforte zurückkehrte, glaubte Metternich den Augenblick gekommen, um die diplomatischen Minen in Paris spielen zu lassen, weil er mit einiger Sicherheit voraussetzen durfte, daß auch Frankreich die Sache Mehemed Alis jetzt verloren geben werde. Dem preußischen Gesandten in Wien, Grafen Mortimer Maltzahn, schlug er vor, bei dem französischen Gouvernement zu erklären, daß die Abrüstung das einzige Mittel sei, um weiteren Schritten des

*) A. a. O., V, S. 93. — **) Geheimes Staatsarchiv, Bewaffnung Deutschlands gegen Frankreich.

deutschen Bundes vorzubeugen. Damit war man in Berlin zufrieden. Der österreichische Gesandte in Paris, Graf Apponyi, und der preußische, Graf Friedrich Heinrich Arnim, wurden mit den entsprechenden Weisungen versehen. Am 6. Dezember erschien zunächst Arnim bei Guizot und entledigte sich seines Auftrags; unmittelbar darauf folgte Apponyi und wiederholte das gleiche Thema, verabredetermaßen fast mit denselben Worten. Guizot erwiderte: der gegenwärtige Stand der Rüstungen müsse aufrechterhalten werden wegen der Isolierung Frankreichs; das System des vorigen Ministeriums, fügte er hinzu, sei die Kriegsbereitschaft gewesen, das des gegenwärtigen sei der bewaffnete Friede; eine Bedrohung Deutschlands liege nicht in der Absicht des französischen Kabinetts.

Aus einem Gespräch mit dem Grafen Münch am 22. Dezember wurde es Radowitz klar, daß Österreich geneigt sei, sich bei dieser Erklärung zu beruhigen, denn der Präsidialgesandte hielt jede weitere Äußerung des Bundes für überflüssig. Ganz anders urteilte Radowitz. „Der bewaffnete Friede" war nach seinem Dafürhalten eine unaufhörliche Gefährdung der Ruhe Europas; ein Volk, das jeden Augenblick eine viertel Million Menschen über seine Grenzen werfen kann, läßt seine Nachbarn nicht in Frieden leben. Mehr als je müsse der deutsche Bund jetzt auf die Verstärkung der Kriegsbereitschaft bedacht sein.

Da der König ihn abermals zu sich beschieden hatte, um dringende Angelegenheiten zu besprechen, konnte Radowitz sich nur wenige Tage in Frankfurt aufhalten. Das Schmerzlichste war ihm, daß er das Weihnachtsfest nicht mit seiner Frau und den fünf Kindern, von denen das jüngste, ein Sohn, Felix, im Jahre 1840 geboren war, verleben konnte. Auf dem Wege nach Berlin hatte er in Kassel, ohne mit dem Kurprinzen zu verhandeln, dem preußischen Gesandten, General Grafen Thun, von dem Verteidigungsplane Mitteilung zu machen und dann in Hannover dem König über denselben Gegenstand Vortrag zu halten. In bezug auf Ernst August schreibt er: „Es ist nicht wohl möglich, mehr guten Willen dem gemeinsamen Ver-

es nicht möglich sei, eine neue Bundesmatrikel auf Grund der gegenwärtigen Bevölkerungslisten zu entwerfen. Die Verbindung des X. Korps mit der niederrheinischen Armee war ganz in seinem Sinne; auch erklärte er sich bereit, im Ernstfalle die Reserve sofort mit ins Feld rücken zu lassen, so daß die hannöversche Division statt dreizehntausend siebzehntausendvierhundert Mann stark sein würde.

Der erste Eindruck, den Radowitz bei seiner Ankunft in Berlin am 30. Dezember empfing, spiegelt sich wider in seinen Worten: „Ich finde alles im Schwanken." Der Grund lag darin, daß die Verhandlungen Grolmans, nachdem Radowitz aus Wien abgereist war, eine Wendung genommen hatten, die der preußischen Regierung eine nicht geringe Verlegenheit bereitete. Der Wiener Hof hatte anfangs den preußischen Aufstellungsplan ohne weiteres angenommen und namentlich auch den Anschluß der norddeutschen Bundeskorps an die preußische Armee in keiner Weise beanstandet. Allmählich aber war den österreichischen Staatsmännern und Militärs doch zum Bewußtsein gekommen, daß sie mit diesem Zugeständnis ein um so größeres Anrecht erworben hätten, die Verbindung der süddeutschen Truppen mit der Kaiserlichen Armee zu fordern. Um die Verhandlungen nicht an diesem Punkte scheitern zu lassen, war Grolman darauf eingegangen. Infolgedessen enthielt die österreichisch-preußische „Punktation" vom 28. November 1840 eine Bestimmung, welche für den als wahrscheinlich vorausgesetzten Fall eines Angriffs der Franzosen von Straßburg her der Armee am Oberrhein zunächst eine rein defensive Haltung und, unter Umständen, die rückwärtige Konzentrierung mit den österreichischen Streitkräften vorschrieb.

Es hieß in der Punktation: „Die aus drei Armeekorps bestehende Armee wird gleichzeitig aus Böhmen und über den Inn, in der geradesten Richtung, nach dem Rhein sich bewegen und so schnell wie möglich ihre Vereinigung oder Verbindung mit dem VII. und VIII. Korps zu bewerkstelligen suchen. Die natürliche Angriffslinie des Feindes gegen Deutschland ist aus dem Elsaß, über den Schwarzwald, ins Donautal, daher die strategische Wichtigkeit von Ulm. Die nächste Bestimmung der Armee am Oberrhein muß daher defensiv sein, sie muß sich schlagen und sie hat dabei im Anfange des Krieges an keine strategischen Bewegungen zu denken."

Nach der Meinung des österreichischen Quartiermeisterstabes war die Offensive zunächst der Armee am Mittelrhein, also den Preußen, zu überlassen und erst nach den Resultaten, die sich hieraus ergeben würden, sei der Zeitpunkt zu bestimmen, an welchem die Armee am Oberrhein aus der Defensive, durch Überschreitung des Rheins, in die Offensive überzugehen hätte. Das Kommando über die Armee am Oberrhein sollte von einem österreichischen Feldherrn geführt werden.

Dem König war die prinzipielle Änderung, welche seine Vorschläge in Wien erfahren hatten, nicht entgangen. Er wußte, wie sehr ein Zurückziehen der süddeutschen Truppen und namentlich eine engere Verbindung mit der österreichischen Armee den Wünschen der beteiligten Regierungen widersprachen. Radowitz vertrat die Ansicht, daß der ganze Erfolg der bisherigen Verhandlungen durch die Ratifikation der Übereinkunft in Frage gestellt werden würde. Aus Süddeutschland erfuhr man, General Heß habe an den dortigen Höfen einige Abänderungen des preußischen Verteidigungsplanes als wünschenswert bezeichnet. Die Neigung Österreichs, einen Schritt rückwärts zu tun, war nicht zu verkennen.

In einem Resümee vom 3. Januar 1841 entwickelte er zunächst seine Ansicht über die Pariser Verhandlungen und die sich daraus ergebenden Folgerungen für die Verstärkung der deutschen Streitmacht: er empfahl, die Antwort des französischen Ministers zur Kenntnis des Bundes zu bringen und dabei zu erklären, „daß die Pflicht für die Sicherung Deutschlands nicht gestatte, sich bei bloß moralischen Bürgschaften zu beruhigen". Es sei daher notwendig, Anstalten zu treffen, um die deutsche Kriegsbereitschaft der französischen gleichzustellen. Dies könne nur geschehen durch einen von Österreich und Preußen zu beantragenden Bundesbeschluß, der die deutschen Staaten, „solange die gegenwärtigen Umstände dauern", zu einer erhöhten Wehrhaftigkeit verpflichte. „Als Frist für diese erhöhte Bereitschaft werden vier Wochen gestellt, nach deren Ablauf jeder Bundesstaat sich über die Erfüllung dieser Aufgabe gegen die Bundesversammlung vollständig auszuweisen hat. Der § 20 der Bundeskriegsverfassung, der für die Marschbereitschaft eine Frist von vier Wochen festsetzt, wird dahin geändert, daß vierzehn Tage nach erfolgter Aufforderung von seiten des Bundes sämtliche Truppenteile in ihren Garnisonen schlagfertig versammelt sein müssen."

Neben diesen Vorschlägen, die auf die politische Lage des Augenblickes berechnet waren, stellte Radowitz in einer zweiten Denkschrift vom 6. Januar einige leitende Gesichtspunkte für die Reform der deutschen Kriegsverfassung auf. Ausgehend von der Unerläßlichkeit einer Vermehrung der Truppenzahl und einer strengeren Kontrolle über den vollzähligen Bestand der einzelnen Kontingente, verlangt er für jeden Bundesstaat die gesetzliche Feststellung eines „normierten Militärbudgets", das mit der seit dem Erlaß von 1818 eingetretenen Zunahme der Bevölkerung in vollem Einklange steht.*) Diese Budgets werden auf die Grundsteuer der einzelnen Staaten „radiziert" und in bestimmten Zeiträumen, etwa von fünf zu fünf Jahren, dem Bundestage überreicht, gegen dessen Beschlüsse weder die Ständekammern noch die Regierungen Protest erheben dürfen. Um die Vollzähligkeit der Kontingente in steter Evidenz zu erhalten, werden alle zwei Jahre in dem ganzen Bereich der zehn Bundeskorps Inspektionen abgehalten, wie solche für die Reserve-Division bereits in Übung sind. Die Inspekteure, denen unweigerlich jede gewünschte Auskunft über alle militärischen Einrichtungen zu erteilen ist, reichen ihre Berichte dem Bundestage ein, der sie zur Begutachtung an die Militärkommission abgibt.

Unter dem Vorsitz des Königs fanden Konseilberatungen statt, an denen die Minister Werther und Rochow,**) Krauseneck als Generalstabschef, der vortragende Generaladjutant Thile, Grolman und Radowitz teilnahmen. Alle waren einig in dem Gedanken, daß man die deutsch-patriotische Stimmung des Augenblicks zu einer fundamentalen Reform des Bundeskriegswesens benutzen müsse. Am 6. Januar wurde in einer Note an Maltzahn bei dem Wiener Hofe der Antrag gestellt, in einer gemeinsamen Erklärung Österreichs und Preußens dem Bundestage die Notwendigkeit einer erhöhten Friedensstärke und Kriegsbereitschaft darzulegen. Dieser Aussprache über die allgemeine Richtung der deutschen Politik Preußens folgte

*) Die Bevölkerungszahl der deutschen Bundesstaaten war 1818 auf dreißig Millionen angenommen worden, während sie 1840 nach den statistischen Angaben

am 16. Januar eine zweite Note, welche die Radowitzschen Vorschläge, Normalbudgets nach Maßgabe der Grundsteuer, periodische Inspektionen und Herabsetzung der Frist für die Mobilmachung, zur Annahme empfahl. Der König begleitete die Instruktionen für Maltzahn mit einem eigenhändigen Briefe an Metternich, den Radowitz vortrefflich fand.

In diesem Schreiben, das am 10. Januar 1841 begonnen und erst am 17. vollendet wurde, sagt der König: „Wird das heilige Feuer genährt, so steht Teutschland höher und ist in der That mächtiger als je, höher und mächtiger als selbst wohl unter den Ottonen und Hohenstaufen. Der Zweck der Weisungen an den Grafen Maltzahn und dieses Blattes ist einzig und allein der: Alles zu thun, damit das warme Eisen geschmiedet werde. Teutschland muß jetzt als unerschütterliche Grundlage seines Vertheidigungssystems die längst festgestellte und eingegangene Rüstungsfähigkeit in Friedenszeit anerkennen und auf dieser Grundlage für den gegenwärtigen exceptionellen Zeitpunkt eine exceptionelle Schlagfertigkeit annehmen. Das heiß ich warmes Eisen schmieden, daß heiß ich, aus ungeahndetem Glücke Vortheil für die Zukunft des Vaterlandes ziehen. Will Oesterreich nicht die Einleitungen treffen, so wird Preußen (Teutschlands rechter Arm) mit gutem Beispiel vorangehen." Besonders warm trat Friedrich Wilhelm für die gesetzliche Festlegung der erhöhten Bundesmatrikel ein. In einem Postskriptum fügte er hinzu: „Direkt und indirekt mir zugekommene Wünsche der Könige von Hannover, Sachsen, Bayern, Württemberg schreien förmlich nach einem Bundesbeschluß, um die so gern wieder hergestellte Wehrhaftigkeit ihrer Truppen vor den Angriffen ihrer miserablen Stände zu schützen."*)

Über den Eindruck, den die Eröffnungen vom 6. Januar in der Wiener Staatskanzlei hervorriefen, schreibt Graf Maltzahn am 12. an Radowitz: „Sogleich rückte ich in das Ihnen wohlbekannte Feld; zur Schlacht kam es aber nicht, denn die Aufnahme war gut. Sie werden ohne Zweifel meine heutige Depesche zu Gesichte bekommen. In einem Privatschreiben an meinen Chef verschloß ich einige Details,

mit dem Supcon, daß Sie die Dinge in Deutschland mit zu lebendigen Farben gesehen hätten. Von diesem Argwohn habe ich Sie gereinigt und Sie stehen hier zu Wien vor wie nach in geneigtem und gutem Andenken."

Die Aufnahme, welche die Note vom 16. Januar in Wien fand, zeigte bereits ein wesentlich anderes Bild. Metternich hatte nichts dagegen einzuwenden, daß der Bund von der Antwort Guizots in Kenntnis gesetzt werde, und auch die Notwendigkeit militärischer Maßregeln bestritt er nicht; auf die positiven Vorschläge Preußens aber ging er mit keinem Worte ein, sondern schlug weitere Verhandlungen vor, zu denen General Heß demnächst in Berlin eintreffen werde. Was dieser Schachzug bedeutete, ging deutlich genug daraus hervor, daß den Weisungen an die österreichische Gesandtschaft in Berlin der vollständige Entwurf einer Präsidialproposition beigefügt war, welche die ganze Frage einer Erhöhung der Friedenspräsenz des Bundesheeres der Militärkommission zur Entscheidung überwies, also dem unmittelbaren Einfluß Preußens entzog.

In Berlin täuschte man sich nicht über den Sinn der österreichischen Rückantwort vom 21. Januar. Bei Übersendung derselben an Radowitz schreibt der König am 24. Januar: „Unter beiliegender Enveloppe platzt bereits die Bombe, die Sie, bester Radowitz, heut Abend ahndeten. Lesen Sie die entworfene Präsidial-Poprosizion aus Wien und Herrn von Werthers Promemoria. Letzteres hat Recht, jede Spaltung zwischen Wien und Cöln an der Spree für eine Europaeische Calamität zu halten: prüfen Sie daher besonders die Idee Werthers: die Meinungs-Differenz durch die Frist von 2 mal 24 Stunden (welche man hier für die Arbeit der militairischen Bundes Commission durchsetzen soll) quasi auf Null zu reduziren. Essen Sie morgen bei mir und kommen Sie schon nach 2 Uhr zu mir. Ich werde Werther, Grolman, Krauseneck einladen und nach Tisch conferiren. Bringen Sie mir das Packet dann wieder mit. Vale F. W."

Die „Idee" Werthers, von der der König spricht, ging dahin, den österreichischen Wünschen insoweit zu willfahren, daß die Beschlüsse, die sich aus den Konferenzen ergeben würden, der Militärkommission in Frankfurt zur Begutachtung vorgelegt werden sollten. Der Kommission müsse jedoch vorgeschrieben werden, diese Arbeit in einer Frist von zwei bis drei Tagen zu vollenden, um auf diese

Weise die langwierige Einholung der Instruktionen zu umgehen. Radowitz bemerkt in bezug auf die Erwiderung Österreichs in seinen Tagesnotizen: „Ganz einschläfernd, kein weiterer Schritt gegen Frankreich: ob Vorkehrungen notwendig, soll die Militär-Kommission begutachten. Ich trage an auf Zurückweisung wegen Rücksichtslosigkeit, Modifikation der Präsidialproposition, so daß diese die Direktiven enthält, und die Militärkommission nur die Ausführung begutachtet. — Konseil beim König mit Werther, Krauseneck, Grolman, — der König adoptiert die Prinzipien.“

Es wurde beschlossen, noch vor der Ankunft des General Heß eine Erwiderung nach Wien abgehen zu lassen. Radowitz selbst entwarf die veränderte Fassung des Präsidialantrages und ergänzte sie durch einen sehr umfangreichen Entwurf der Direktiven für die Militärkommission, denen der Grolmansche Verteidigungsplan und seine eigenen Vorschläge vom 6. Januar zugrunde lagen. Bei den Beratungen kam man auch auf das Verhältnis Preußens zu der Punktation vom 28. November, über welche eine Rückäußerung bisher nicht erfolgt war. Gegen Radowitz bekämpften Grolman und Werther die direkte Verweigerung der Ratifikation; der König schwankte; außerdem machten sich Nebeneinflüsse geltend, die abermals auf Knesebeck zurückzuführen waren. Zuletzt geriet man auf einen Mittelweg. In einer Depesche vom 28. Januar wurde Maltzan beauftragt, vorzustellen, der König wünsche nichts sehnlicher, als daß die süddeutschen Korps in eine ebenso enge Verbindung mit Österreich träten wie die norddeutschen mit Preußen; aber das militärische Verhältnis der beiden Staaten zu Deutschland sei ein verschiedenartiges: Preußen könne in wenigen Wochen mit zweimalhunderttausend Mann an der Westgrenze stehen, Österreich bedürfe bei der Entfernung seiner Hauptlande vom Rhein und der Sorge für Italien längere Zeit, um in die erste Linie einrücken zu können. „Sämtliche süddeutsche Staaten werden schwerlich je von der Überzeugung lassen, daß jeder direkte Rückzug auf die obere Donau ihr Verderben sei.“ Es wird an die Verhandlungen von 1832 erinnert, die an demselben Verhalten Österreichs gescheitert seien. Durch das

ersten Aufstellung in die schriftliche Vereinbarung aufzunehmen und alles Weitere davon abhängig zu machen, wie sich die Lage des Krieges nach dem Eintreffen der Österreicher am Rhein gestaltet haben würde.

Die Verhandlungen mit dem General Heß, bei denen Preußen durch Krauseneck, Thile und Radowitz vertreten war, begannen am 5. Februar. Der österreichische Bevollmächtigte erklärte, daß seine Regierung sich nicht entschließen könne, dem Bunde einen allgemeinen Aufstellungsplan vorzulegen, weil eine solche Maßregel in Frankreich als Kriegsdrohung aufgefaßt werden würde. Das höchste, was er, „um den preußischen Ansichten möglichst entgegenzukommen", bewilligen wollte, war eine Festsetzung des Bundes über die Konzentrierungsrayons der einzelnen Kontingente. Die preußischen Kommissare erwiderten darauf, ehe sie eine solche Abschwächung der ursprünglichen Vorlage guthießen, wollten sie lieber auf den ganzen Aufstellungsplan verzichten. Der Grolmansche Entwurf und die Radowitzschen Direktiven vom 5. November waren damit zu den Akten gelegt.

Unbedingt ablehnend verhielt sich Heß ferner gegen die Verkürzung der Bereitschaftsfrist von vier Wochen auf vierzehn Tage und gegen die sofortige Erhöhung der Friedensstärke. Wenn die preußischen Bevollmächtigten sich bei der Besprechung dieses Gegenstandes hauptsächlich auf die Unsicherheit der französischen Zustände beriefen, so war Heß weit entfernt, diesen Punkt zu bestreiten, aber er gab der Hoffnung Ausdruck, „daß die gegenwärtige Lage der Dinge in Frankreich sich so lange noch erhalten werde, bis man auch ohne außerordentliche Maßregeln den Bund in einen völlig ausreichenden Verteidigungszustand setzen könne." Niemand vermochte diesem Einwand nachdrücklicher entgegenzutreten als Radowitz. Seit dem Herbst 1840 war er unablässig darauf bedacht gewesen, alle Nachrichten über die Vermehrung der französischen Streitkräfte und deren engere Zusammenziehung an der Ostgrenze zusammenzustellen. Nach seinen Berechnungen verfügte Frankreich im Januar über 390 000 Mann, die sich bis Mitte April durch Einberufung der Konskriptionsklasse

feindliche Konzentration der 15. April angenommen, so kann eine französische Armee von mindestens 250 000 Mann Mitte Mai den Rhein überschreiten. Bliebe man bei der vierwöchentlichen Frist stehen, welche die Kriegsverfassung für die Marschbereitschaft vorschreibt, so würde die Mobilmachung der deutschen Truppen, wenn sie mit den Konzentrationsbewegungen der Franzosen begönne, erst beendet sein, wenn die Franzosen den Rhein passierten.

Heß vermochte die Richtigkeiten dieser Angaben, die mit den Kundschaften der österreichischen Kriegskanzlei übereinstimmten, nicht zu bestreiten. Wenn er trotzdem dem preußischen Antrage widersprach, so geschah es hauptsächlich deshalb, weil die österreichische Heeresorganisation eine Abkürzung der Zeit für die Mobilmachung nicht gestattete.

Friedrich Wilhelm war über den Gang der Verhandlungen in hohem Grade verstimmt. Auf seinen Befehl erklärte Krauseneck bei Eröffnung der zweiten Sitzung, am 6. Februar, der König könne die Befürchtung einer Herausforderung Frankreichs nicht teilen. Er sei der Ansicht, „daß der gute Geist, welchen die jüngstverflossene Zeit erzeugt habe, genährt werden müsse," aber da ihm alles daran liege, die Einigkeit mit Österreich zu erhalten, so sei er bereit, zu versuchen, ob die Erhöhung der Wehrkraft Deutschlands, die er als eine Lebensfrage des Bundes bezeichnete, „auf einem andern, dem Gedanken des Kaiserlichen Kabinetts sich mehr annähernden Wege bewirkt werden könne. Es werde sich darum handeln, ein konsequentes System von organischen Maßregeln aufzufinden, durch welche die Bundeskriegsverfassung zur Wirklichkeit erhoben, im Sinne eines kräftigen Kriegswesens ergänzt und durch eine regelmäßige Kontrolle gesichert werde."

Gegen diesen Vorschlag konnte Heß um so weniger Einwand erheben, als der Bundestag, wie wir sahen,*) bereits früher eine Revision der Kriegsverfassung beschlossen hatte. Die sämtlichen Abschnitte und Paragraphen des Grundgesetzes von 1821 wurden der Reihe nach durchgegangen. Bei der weitschweifigen Debatte, die sich daran knüpfte, fand Radowitz reichliche Gelegenheit, die Früchte seiner jahrelangen Studien und Wahrnehmungen zu verwerten. Die

*) Vgl. S. 283.

aufgestellten Grundsätze bezogen sich hauptsächlich auf die stetige Bereithaltung der vollen Friedensstärke, die Einführung bestimmter Maßregeln für den rascheren Übergang zur Kriegsbereitschaft und die Sicherstellung der Schlagfertigkeit aller Kontingente im Falle einer Mobilmachung. Für die Durchführung dieser leitenden Gesichtspunkte folgten dann genaue Bestimmungen über die Friedenspräsenz, die Dienstzeit der auszubildenden Mannschaften, Einschränkung der Beurlaubungen, die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere, die Bereithaltung des gesamten Kriegsmaterials. Die Reserve muß schon im Frieden mindestens ein Dritteil des Kontingents betragen und sie darf nur aus vollständig geschulten Mannschaften bestehen, — nicht aus Leuten, die, wie in Bayern, nur in den Stammlisten geführt werden. Als kriegstüchtig ist nur derjenige Soldat anzusehen, der mindestens zwei Jahre unter den Waffen gestanden hat.

Ohne weiter auf das Detail einzugehen, mag hier nur bemerkt werden, daß die Berliner Konferenzbeschlüsse für die mittleren und kleineren Staaten eine nicht unerhebliche Erhöhung ihrer Militärbudgets bedeuteten, da sie im Durchschnitt für sämtliche Kontingente eine Vermehrung des bisherigen Bestandes um ein Dritteil zur Folge haben mußten. Soweit es sich nur um strenge Durchführung und Ergänzung der gesetzlichen Bestimmungen handelte, machte der österreichische Abgesandte keine Schwierigkeiten; gegen alle prinzipiellen Neuerungen aber verhielt er sich ablehnend. Die Entscheidung über die Normalbudgets und die Inspektionen behielt er seiner Regierung vor, da er über diese Punkte nicht instruiert sei. Seine persönliche Meinung ging dahin, daß Österreich einer „temporären Inspektion" der Bundeskorps allenfalls zustimmen, in keinem Falle aber eine Ausdehnung dieser Maßregel auf die Kontingente der beiden deutschen Großmächte zugeben werde.

Daß General Heß die Hoffnung noch nicht aufgegeben hatte, die Stimme Preußens für die Verbindung der süddeutschen Truppen mit Österreich zu gewinnen, erhellt aus dem folgenden Schreiben des Prinzen von Preußen an Radowitz:

„B(erlin) 9./2. 1841.

Gestern Abend sprach ich noch mit Gl. v. Heß und er äußerte dabei, daß die Commando Frage in Süddeutschland sich auch lösen würde durch die Bestimmung unseres Königs zur veränderten

ersten Aufstellung der Arméen, wodurch das 7. u. 8. Corps doch hauptsächlich einen integrirenden Theil der österr. Ober Rhein Armée bilden werde. Das hat mir fast eine schlaflose Nacht gemacht, weil, wenn dem pure so ist, wir sehr louche gegen Bayern zu stehen kommen. Wenn nicht die Redaction Klauseln enthält, — die Vorbehalte, Wenn, Aber 2c., — die Beruhigung im Süden gewähren, so gibt es Unannehmlichkeiten, neue Unterhandlungen und das erste rasche Einverständniß schwindet, um so mehr, als die Kriegs Aussicht sich mindert.

Könnten Sie mir nur 2 Worte zur Beruhigung schreiben, da mir Ihre etwas geheimnißvolle Verweisung auf die Protocolle etwas unheimlich zu werden anfängt.

Ihr PrzvPr.

Dem Oberst v. Radowitz."

Radowitz konnte dem Prinzen auf seine bemerkenswerte Interpellation eine beruhigende Antwort geben, da nach der Zurückziehung des Aufstellungsplanes für Preußen keine Veranlassung mehr vorlag, als Vermittler zwischen den Süddeutschen und Österreich aufzutreten.

Wie wenig entsprach das Endergebnis der Konferenzen den Hoffnungen, mit denen Radowitz Ende Dezember 1840 nach Berlin gekommen war. Er schreibt darüber Ende Januar 1841: „Während Preußen einen großen politischen Schritt beabsichtigt, gleich geeignet Deutschland in die richtige Lage gegen Frankreich zu bringen als es in sich selbst zu kräftigen und zu edlem Selbstgefühle zu erheben, substituiert Österreich eine ebenso matte als einschläfernde Darlegung des Status quo und will das Weitere einer bloß technisch-militärischen Beratung hingeben."

Auch in anderer Beziehung stellten sich ihm die Zustände am Berliner Hof in weit ungünstigerem Lichte dar als bei seiner Anwesenheit im November 1840. „Die frohen Tage der Erwartung," wie Heinrich v. Treitschke die ersten Monate der Regierung Friedrich Wilhelms treffend bezeichnet hat, waren vorüber. In allen Provinzen regte sich eine weit verzweigte Mißstimmung über den Stillstand, der seit den Königsberger Ereignissen in der Verfassungsfrage eingetreten war. In noch höherem Maße wurde die abfällige Tagesmeinung über den König beherrscht durch die Begünstigung der

pietistischen Richtung, die sich in der Wahl seiner Vertrauensmänner, wie Stolberg und Thile, aussprach. Den übelsten Eindruck hatte die Anstellung Hassenpflugs gemacht, und gerade von dieser Begebenheit wurde Radowitz persönlich berührt. Im Grunde genommen war ihm die Gegenwart seines Jugendfreundes, der sich schon im November 1840 in Berlin aufhielt, lästig gewesen. Seiner Gemahlin schrieb er damals, 10. November: „Hassenpflug macht mir hier unendlich viel zu schaffen; mit seinem leichtsinnigen Wechsel*) ist er wirklich ein sehr beschwerlicher Freund." Trotzdem hatte Radowitz sich bewegen lassen, ein gutes Wort für Hassenpflug bei dem König einzulegen. Insofern ist er nicht ganz freizusprechen von einem Mißgriff, der sich bitter rächen sollte. Dagegen trifft ihn keine Verantwortlichkeit für die Ernennung Hassenpflugs zum Mitgliede des obersten preußischen Gerichtshofes; vielmehr hatte er den Rat erteilt, den ehemaligen kurhessischen Minister den Staaten der sechzehnten Kurie zum Bundestagsgesandten zu empfehlen. Da die beteiligten Regierungen sich nicht darauf einlassen wollten, verfügte der König die Berufung Hassenpflugs an das Obertribunal, und zwar, wie sich ganz Berlin erzählte, gegen den Widerspruch des Chefpräsidenten und der Räte. Den Niederschlag dieses öffentlichen Skandals bildet das Spottgedicht auf den „Hessenfluch", das im Dezember 1840 im Umlauf war, und dessen erste Strophen lauteten:

„Wir wollen ihn nicht haben
Den Herrn von Hassenpflug,
Den uns die Schar der Raben
Ins Nest des Adlers trug.

Scheinheiliger Gespiele
Im frommen Knechtes-Troß
Von Göschel, Stahl**) und Thile,
Von Radowitz und Voß."

Als Verfasser wurde allgemein ein Mitglied des Obertribunals genannt. Radowitz schreibt am 3. Januar an seine Frau: „Daß

*) Hassenpflug war, nachdem er sich 1837 von Kurhessen losgesagt hatte, zunächst in den Dienst des Fürsten Karl von Hohenzollern eingetreten, kurz darauf

ich mit hinein meliert werde, ist freilich übel; ich muß es mir aber, wie so vieles andere, gefallen lassen; von der Masse des Unsinns, die seit zwei Monaten auf meine Kosten debitiert wird, macht man sich keinen Begriff. Ich sage Dir nicht, daß ich unempfänglich dagegen wäre; im Gegenteil, ich habe häufig die Empfindung, die ganze Bude zuzumachen und mit Dir und unsern Kindern in ein Dorf zu ziehen. Aber dieses Gefühl ist nicht richtig; ich bin ohne Zutun in diese Lage gesetzt und muß sie ausfechten."

Über die Art seines geschäftlichen Treibens in Berlin berichtet Radowitz am 20. Januar: „Bei der Einrichtung, wie sie sich jetzt gemacht hat, bin ich der Zwischenträger zwischen dem König und dem Ministerium des Auswärtigen. Er läßt sich von mir Vorträge machen, teils privatim, teils in dem Konseil, und gibt mir dann seine Aufträge für Werther. Wie viel letzterem fehlt, um seinen Posten auszufüllen, ist bekannt genug, aber das ist an ihm zu loben, daß er jede Weisung des Königs ohne Widerstreben ausführt. Ich hoffe, daß er mir die Gerechtigkeit widerfahren läßt, daß ich ihm diese verkehrte Position nicht erschwere und mich sorgsam auf der Linie des Respekts und der zartesten Rücksicht gegen ihn halte. Er gibt dieses auch zu erkennen, und seine Räte sind mit dieser freilich sehr sonderbaren Geschäftsführung zufrieden, da sie wenigstens immer sicher sind, die Intentionen des Königs zu treffen."

Jeden Tag, schon in der Morgenfrühe, erschien in dem Voßschen Familienhause, wo Radowitz Wohnung genommen hatte, eine Ordonnanz des Königs, um die eingelaufenen Depeschen abzugeben, an deren Beantwortung ununterbrochen bis zum Mittag gearbeitet wurde. Dann eilte Radowitz, wie es seine Gewohnheit war, im Sturmschritt, von der Wilhelmstraße nach dem Schlosse, und in der Regel wurde er abends noch einmal zum Vortrag befohlen. In dem ganzen diplomatischen Korps faßte man das Verhältnis so auf, daß er dem König unentbehrlich geworden sei. Natürlich gingen diese Mutmaßungen auch in die Presse über; eine französische Zeitung nannte ihn den favori du Roi.

Zum Verkehr mit dem alten Freundeskreise blieb unter dieser Häufung der dienstlichen Obliegenheiten wenig Zeit; doch traf Radowitz wiederholt mit den Brüdern Gerlach zusammen, die seinetwegen nach Berlin gekommen waren. Leopold spottete über „die vielen

neuen Gesichter am Hofe". Radowitz berichtet am 31. Januar: „Seit acht Tagen ist Polde hier, aber ohne seine Frau, die nicht wohl ist. Wie ich ihn liebe, und wie viel mir sein Umgang ist, weißt Du, aber ich finde seine Stimmung im ganzen nicht gut. In seine Unzufriedenheit über den Stand und Gang der Dinge mischt sich, wie ich fürchte, doch auch eine Art von dépit, daß der König ihn und seine Brüder nicht mehr beachtet hat. Es ist dieses nicht eine ordinäre Ambition nach Stellen und Einfluß, sondern der Glaube, daß der König seines Rats, zumal in den geistlichen Dingen, bedurft hätte. Er findet den eingeschlagenen Gang zu zaghaft und verlangt in den protestantisch-kirchlichen Angelegenheiten eine bestimmte Farbe. Alles so etwas ist theoretisch leichter gesagt als getan; ich habe so viel hier gesehen, um überzeugt zu sein, daß der König eben auf diesem Gebiete der allerhöchsten Vorsicht bedarf. Wir streiten, wie Du Dir leicht denken kannst, oft genug über dieses Thema; Gerlach ist aber dabei nicht unbefangen genug, wenn auch einige Seiten seiner Anklage richtig sind."

Dem Wunsche des Königs folgend, mußte Radowitz seinen Aufenthalt in Berlin verlängern, bis die Antwort auf die Konferenzbeschlüsse aus Wien eingetroffen sein würde. Leider zeigte die Antwort, die am 25. Februar von dem Grafen Trautmannsdorf übergeben wurde, daß in Wien die Ansichten über die dem Bunde zu unterbreitende Militärvorlage trotz der Berliner Konferenzen sich nicht geändert hatten. Zwar mit den allgemeinen Grundsätzen über Friedens- und Kriegsbereitschaft erklärte man sich einverstanden, die hauptsächlichsten Vorschläge Preußens aber wurden verworfen. Von den Normalbudgets hieß es: der Gedanke sei vortrefflich, aber die österreichischen Landesbehörden, die man um Rat gefragt habe, hielten ihn für unausführbar. Statt der gegenseitigen Inspektionen empfahl der Wiener Hof die Ernennung eines Generalinspekteurs, der neben der Militärkommission in Frankfurt seinen Sitz haben sollte. Wie man sich die Ausübung der Funktionen dieses Generalissimus der deutschen Bundesarmee dachte, blieb gänzlich in Dunkel gehüllt. Um den König zu beschwichtigen, fügte Metternich als Antwort auf den Brief vom 17. Januar der offiziellen Note ein eigenhändiges Schreiben bei, das der deutschpatriotischen Gesinnung Friedrich Wilhelms, die natürlich in ihrem vollen Werte anerkannt

wurde, die nüchterne Prosa der überlegenen Staatskunst gegenüberstellte. Wenn der König wünsche, daß dem Bunde Mitteilung von den Erklärungen Guizots gemacht würde, so sei er damit einverstanden. Aber es müsse dies in möglichst glimpflicher Form geschehen. Der Präsidialgesandte werde dem Bunde eine kurze historische Darstellung der politischen Krisis von 1840 vortragen und daran die Bemerkung knüpfen, daß ein Grund zu weiterer Auseinandersetzung mit Frankreich nicht vorliege, da nach den neuesten Nachrichten aus Konstantinopel die orientalische Frage erledigt sei.

Auch mit der geschäftlichen Behandlung der Militärnovelle, wie Preußen sie vorgeschlagen hatte, war Österreich nicht einverstanden. Man fand es in der Wiener Hofburg allzu „peremptorisch", daß der Militärkommission für die Begutachtung der Revisionsbeschlüsse nur eine Frist von drei Tagen bewilligt werden sollte. Heß hatte zwar keinen Widerspruch dagegen erhoben; in der Hofburg jedoch war man der Meinung, daß die Bundesstaaten gehört werden müßten. Das Verfahren Preußens widersprach dem Formalismus des Bundestages: also stimmte Österreich dagegen.

Auf den König machte die Niederlage, die seine deutsche Politik in Wien erlitten hatte, einen empfindlichen Eindruck. Radowitz wurde beauftragt, eine Instruktion an den Grafen Maltzahn zu entwerfen, die noch einmal alle Gründe für die preußischen Anträge zusammenfaßte.*) Hatte Österreich den Einwurf gemacht, die Inspizierungen würden alle Bundesstaaten in die größte Aufregung versetzen, so erklärte jetzt Preußen, gerade dies sei die Absicht, von der man ausgegangen. „Wir wollen eine große nationale Institution, gleich geeignet, ihrem nächsten Zwecke, der Beaufsichtigung der Militärpflicht zu dienen, wie auf den Geist des Bundes einzuwirken. Wir versprechen uns durch dieses lebendige Ineinandergreifen aller deutschen Staaten nicht allein eine frische kräftige Einwirkung auf die Wehrhaftigkeit des Bundes, sondern auch eine wahre Belebung des Gemeingefühls, ein stetes Vorhalten der Tatsache, daß Deutschland publizistisch getrennt, doch in einem höheren Sinne wieder

liege dem König so am Herzen, daß er, wenn Österreich bei seinem Widerspruch beharre, sich vorbehalten müsse, die entgegengesetzte Ansicht Preußens am Bunde zum Ausdruck zu bringen.

Die Note geht dann weiter auf die Verteidigung der Normal-Militärbudgets über. Die eigentliche Ursache für den Verfall des Bundeskriegswesens wird auf die Übergriffe der ständischen Körperschaften zurückgeführt. „Fast alle Bundesstaaten haben die verfassungsmäßige Institution der Reserven unter dem Andrange der Opposition ganz eingehen lassen, fast nirgends ist die Friedensbereitschaft der Mannschaften und Pferde den Normen gemäß." „Mit wahrem Schmerze" müsse der König angesichts der ablehnenden Haltung Österreichs auf die Durchführung dieser großen Maßregel verzichten, „aber er wird nicht aufhören, dieses Ziel zu verfolgen, und seiner moralischen Verpflichtung auch hierin eingedenk bleiben."

Am 4. März verließ Radowitz Berlin und begab sich zunächst nach Hannover. Außer den in den Memoiren erwähnten Aufträgen*) lag es ihm ob, den König Ernst August von den Verhandlungen mit Österreich in Kenntnis zu setzen und im Hinblick auf die zu erwartenden Abstimmungen am Bundestage die hannöversche Stimme für Preußen zu gewinnen, was ihm vollständig gelang. „Mit Ernst August," schreibt er seiner Frau, „stehe ich auf einem so zärtlichen Fuße, daß ich in drei Tagen fast nicht aus seinem Zimmer gekommen bin." Daran schloß sich eine Mission in Kassel, wo Radowitz diesmal mit dem Kurprinzen, bei dem vorher darüber angefragt worden war, persönlich zu verhandeln hatte. Friedrich Wilhelm IV. war sehr gespannt zu hören, wie die Begegnung mit dem Fürsten, von dem Radowitz sich vor anderthalb Jahrzehnten feierlich losgesagt hatte, ablaufen würde. Die Verlegenheitsszene geht glücklich vorüber. Der Regent Kurhessens empfängt seinen ehemaligen Mentor, als ob nie etwas zwischen ihnen vorgefallen wäre, läßt ihn an seinem Arbeitstische Platz nehmen und schenkt den Mitteilungen über die Bundesangelegenheiten williges Gehör. Der Vertraute des Königs wurde zur Tafel geladen und der

wechseln mußte. Über die politischen Zustände in Hessen-Kassel lautet sein Urteil wie früher. Die Regierung ist an sich nicht die schlechteste in Deutschland: sie führt einen verdienstlichen Kampf gegen das Umsichgreifen des falschen Liberalismus. Daneben aber steht ein Regent, der das Böse nicht um momentaner Leidenschaft, sondern, wie man geradezu sagen muß, um seinesselbst willen ausübt. Seinen Staatsdienern, die ihn verachten, steht er in völliger Isolierung gegenüber. Sein Charakter ist ein Gemisch von Hochmut und Eigenwillen, das bisweilen an den Wahnsinn antiker Tyrannen erinnert. Nur ein Mittel könnte ihn vor dem Abgrund retten: eine standesgemäße Ehe. Sollte der Kurfürst sterben, so glaubt alle Welt, daß sein Sohn wie Ernst August von Hannover die Verfassung aufheben werde."

Von Kassel eilte Radowitz nach Frankfurt, da zum 13. März eine Sitzung der Bundesversammlung anberaumt worden war, in welcher die Frage der Bereitschaft des Bundesheeres auf der Tagesordnung stand. Bei dieser mit allseitiger Spannung entgegengesehenen Staatsaktion wollte er jedenfalls gegenwärtig sein.

Die Militärkommission hatte, wie schon bemerkt, in der Zeit, in welcher Radowitz sich auf Reisen befand, sehr ruhige Tage gehabt. Das einzige Geschäft, das sie während seiner Abwesenheit erledigt hatte, betraf die Neuordnung der Reserve-Division,*) über die am 26. Januar 1841 Beschluß gefaßt worden war. Im wesentlichen gelangten dabei die Radowitzschen Vorschläge, obgleich es in den Rückantworten der Regierungen an kritischen Gegenbemerkungen nicht fehlte, zur Annahme. Die Dienstzeit für die Mannschaften wurde auf zwei Jahre festgesetzt, und die bisherige Einteilung dahin abgeändert, daß durch Zusammenziehen der kleineren Truppenteile die Division fortan aus dreizehn vollzähligen Bataillonen bestehen sollte. Für die Abhaltung gemeinsamer Übungen in größeren Verbänden und für Einführung eines gleichen Kalibers wurde Vorsorge getroffen. Allgemeinen Beifall hatte die Anregung wegen besserer Ausbildung der Offiziere gefunden: namentlich aus den thüringischen Staaten lagen mehrfache Bewerbungen um den Eintritt in die preußischen Kriegsschulen und die Allgemeine Kriegsschule vor. Das Beispiel

*) Vgl. S. 275, Protokolle der Militärkommission Fol. 5950.

wirkte sogar auf die Mittelstaaten zurück: aus Sachsen liefen Anmeldungen für den Besuch der Militärbildungsanstalten ein, die ohne weiteres bewilligt wurden. Auf diesem Gebiete hatte Radowitz also nicht ohne Erfolg gearbeitet.

Der Präsidialvortrag vom 13. März bewegte sich ganz in den Formen, die zwischen Berlin und Wien verabredet worden waren. An einen historischen Bericht über die politischen Begebenheiten der letzten Monate knüpfte Graf Münch die Mitteilung der Erklärung Guizots, die nach der Ansicht Österreichs zu einer weiteren Interpellation keinen Anlaß gäbe. „Die Rüstungen Frankreichs sind zwar bedeutend," sagte er, „und gehen über einen Normalfriedensfuß hinaus; sie tragen jedoch nicht einen unmittelbar aggressiven Charakter, und es fehlt in neuester Zeit nicht an Tatsachen, die den Willen, in denselben Rückschritte zu machen, zu beurkunden scheinen." Immerhin liege in der Schlagfertigkeit der französischen Armee ein Faktum, das die größte Vorsicht erheische. Der Bundestag erteilt daher der Militärkommission den Auftrag, in kürzester Frist die Maßnahmen zu beraten, die erforderlich seien, um ohne Zeitverlust die Bundesarmee von der Friedensbereitschaft in die Kriegsbereitschaft übergehen zu lassen.*)

Nach Maßgabe der gesetzten „kürzesten Frist" beeilte sich die Militärkommission mehr als sonst mit ihrer Berichterstattung. Bereits am 30. März legte sie dem Militärausschuß des Plenums ein Gutachten vor, das in den wesentlichsten Punkten den preußisch-österreichischen Revisionsbeschlüssen der Berliner Konferenz entsprach. Trotzdem war es von Anfang an mehr als fraglich, ob die Verhandlungen über die erhöhten Forderungen der Kriegsbereitschaft zu einem greifbaren Ergebnis führen würden. Gleich nach seiner Ankunft in Frankfurt hatte Radowitz die Wahrnehmung gemacht, daß in den Kreisen des Bundestages die größte Aufregung und Verwirrung herrschte. Namentlich die Vertreter der kleinen Staaten waren schlecht auf Preußen zu sprechen. Zu der Empfindlichkeit darüber, daß die preußischen Vorschläge ihren Höfen nicht mitgeteilt worden waren, gesellte sich die Sorge über die in Aussicht stehende

*) Separat-Protokoll der 6. Sitzung der Deutschen Bundesversammlung, 13. März 1841.

Mehrbelastung der Militärbudgets. Es regte sich der Verdacht, daß Preußen nach einer Militärdiktatur in Norddeutschland strebe.

Lebhafte Erörterungen knüpften sich auch hier an die Frage der Inspektionen. Die Abneigung Österreichs gegen die Neuerung war allgemein bekannt. Der König von Württemberg fand die Zumutung einer Kontrolle der Leistungsfähigkeit seiner Truppen durch hannöversche Generale unerhört. Wenn sich in der Militärkommission trotzdem eine Stimmenmehrheit für die Inspektionen ergab, so beruhte dies auf dem günstigen Zufall ihrer augenblicklichen Zusammensetzung. Nach der Bundeskriegsverfassung bestand die Militärkommission aus sechs Mitgliedern; Österreich, Preußen und Bayern hatten eine ständige Stimme, die drei übrigen Stimmen verteilten sich nach einem festgesetzten Turnus auf diejenigen Staaten der gemischten Korps, die an der Spitze einer Division standen. Damals vertrat das VIII. Korps der schon mehrfach erwähnte badische Bevollmächtigte, Oberstleutnant Krieg von Königsfelden, das IX. Korps der sächsische Major Plödterll, ein sehr einsichtsvoller Ingenieuroffizier, und das X. der hannöversche Oberst Meinecke, der von seinem Herrn die Weisung hatte, mit Radowitz Hand in Hand zu gehen. Diese drei Offiziere stimmten mit Preußen für die Inspektionen, und da das gleiche von seiten Bayerns geschah, war Österreich isoliert. Immerhin aber erwies sich der Einfluß der Präsidialmacht als stark genug, um eine Abschwächung des preußischen Vorschlages durchzusetzen. Preußen hatte die Inspizierungen stets als eine dauernde, regelmäßig wiederkehrende Einrichtung aufgefaßt; die Militärkommission dagegen bewilligte sie nur als „temporäre Maßregel“, also nur für den vorliegenden Fall. Und auch in dieser beschränkten Form wahrte sich Österreich noch einen Vorbehalt. Die Kommission verfügte am 6. April, daß bei Österreich und Preußen die Inspizierungen sich nur auf die Bundeskontingente erstrecken sollten. Österreich erklärte jedoch, es sei mit seiner Wehrverfassung unvereinbar, die Korps, die zur Bundesarmee gehören sollten, im

gemacht, Bayern und Württemberg zu einer Amendierung der Vorlage zu veranlassen. In Stuttgart fehlte es an jeder Sympathie für das Bereitschaftsgesetz; aber man scheute sich, die Initiative zu ergreifen und wartete ab, was Bayern tun werde. In Bayern jedoch regte sich der militärische Geist damals kräftiger als bisher: die kritischen Bemerkungen, die Radowitz über die Unzulänglichkeit der Kaders gemacht hatte, waren auf fruchtbaren Boden gefallen, am meisten bei Ludwig I. Dazu kam, daß die Äußerung Friedrich Wilhelms über ein selbständiges Vorgehen Preußens ihren Eindruck auf Metternich nicht verfehlt hatte. Graf Maltzahn war überzeugt, daß dies den Ausschlag gegeben habe. Der Präsidialvortrag fand am 13. Mai statt, und nach der üblichen Frist von sechs Wochen für die Erteilung der Instruktionen am 24. Juni die entscheidende Sitzung, in welcher die Bestimmungen über Friedens- und Kriegsbereitschaft des deutschen Bundesheeres von allen Seiten angenommen wurden.

Es ist gewiß sehr richtig, wenn Radowitz in seinen Denkwürdigkeiten bemerkt, daß das Zustandekommen des Beschlusses vom 24. Juni einzig und allein auf der Übereinstimmung Preußens und Österreichs beruhte, die freilich mit mancherlei Kompromissen erkauft werden mußte. Aber es darf dabei nicht übersehen werden, daß für die Willfährigkeit Österreichs doch noch ganz andere Gründe obwalteten als die Rücksicht auf die Stärkung der deutschen Wehrkraft. Am 26. März 1841 hatte der Bundestag den Bau der beiden Festungen Ulm und Rastatt beschlossen. Damit war endlich das erreicht, was Radowitz vor mehr als vier Jahren geraten hatte. Seit den Berliner Verhandlungen mit General Heß kannte die preußische Regierung ganz genau die Wünsche, die Österreich in bezug auf die Festungsanlage hegte. Ulm sollte der eigentliche Zentralpunkt für die Verteidigung Süddeutschlands werden: weit vorgeschobene Befestigungswerke auf beiden Ufern der Donau, ein verschanztes Lager, umfangreich genug, um eine Armee von einmalhunderttausend Mann aufzunehmen. Die Kosten berechnete Heß auf siebzehn Millionen Gulden, und als man diese Summe etwas hoch fand, gab er lakonisch zu bedenken, daß ein unglücklicher Feldzug gegen Frankreich dem Deutschen Reiche wenigstens zweihundert Millionen kosten würde. Der österreichischen Regierung mußte alles daran liegen,

in der Festungsfrage auch ferner auf die Unterstützung Preußens rechnen zu können: um diesen Preis trug es kein Bedenken, die ohnehin vielfach abgeschwächten preußischen Anträge auf Verbesserung der allgemeinen Kriegsverfassung anzunehmen.

Der Bundesbeschluß vom 26. März war kaum gefaßt, als die Differenzen unter den nächstbeteiligten Regierungen von neuem begannen. Der Bundestag hatte zwar der Militärkommission die oberste Leitung des Baues übertragen, aber zugleich den Territorialherren das Recht eingeräumt, an dem Entwurf der Baupläne selbständigen Anteil zu nehmen. Die Aufnahme dieser Bestimmung hatten die Süddeutschen hauptsächlich den Bemühungen Österreichs zu verdanken, das durch eine solche Begünstigung der territorialen Sonderinteressen seinen Einfluß bei den Südstaaten wiederherzustellen hoffte.*) Bayern und Württemberg beeilten sich, ihre Baudirektoren für Ulm zu ernennen. In München fiel die Wahl auf den Oberstleutnant des bayrischen Geniekorps, Herdegen, in Stuttgart, wo es an einer geeigneten Persönlichkeit im Lande fehlte, auf den preußischen Major Moritz Karl Ernst v. Prittwitz und Gaffron, der durch seine musterhafte Ausführung der Befestigung von Posen sich den Ruf eines ausgezeichneten Ingenieuroffiziers erworben hatte. Die Genehmigung Friedrich Wilhelms IV. war bereitwilligst erteilt worden. Wie Württemberg an Preußen, so wandte Baden sich an Österreich mit der Bitte, den Feldzeugmeister Grafen Theodor Baillet de Latour mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über die Erbauung Rastatts zu beauftragen. Zu diesen Vertrauensmännern traten die beiden Referenten der Militärkommission, Rodiczky für Ulm und Radowitz für Rastatt.

Gleich in dem ersten Stadium der Beratungen, bei dem es sich zunächst nur um die Grundideen der Befestigungspläne handelte, gerieten Bayern und Württemberg in Streit. Bayern wünschte den Schwerpunkt des Fortifikationssystems auf das rechte, Württemberg auf das linke Donauufer zu verlegen. Neben den strategischen waren die territorialen Interessen dabei mit im Spiele. König Wilhelm fürchtete, daß Alt-Ulm, damals eine Stadt von vierzehntausend Einwohnern, in seinem Handel und seiner Industrie geschädigt werden

*) Vgl. Wagner a. a. O., S. 493 ff.

würde, wenn sich auf bayrischer Seite in „Neu-Ulm" ein umfangreicheres Städtewesen entwickelte. Die Aussichten standen günstiger für Bayern als für Württemberg, da der österreichische Militär-Referent bei einer Lokalbesichtigung Anfang Juli 1841 das durchaus flache rechte Ufer zur Anlage eines großen verschanzten Lagers, wie Österreich es plante, besser geeignet fand als das von beträchtlichen Höhenzügen eingeschlossene linke Ufergelände.

Eine weitere Meinungsverschiedenheit entwickelte sich aus der Erörterung über die künftigen Machtbefugnisse der Militärbehörden in Ulm. Nach dem Bundesbeschluß vom 26. März sollten Bayern und Württemberg gemeinsam den Gouverneur, Kommandanten und Geniedirektor, Österreich den Artilleriedirektor bestellen. Über die Besatzungs- und Kommandoverhältnisse sollte zwischen Bayern und Württemberg eine Vereinbarung getroffen werden, die jedoch von der Zustimmung des Bundes abhängig gemacht wurde. Über diese Vereinbarung waren in Stuttgart durch den bayrischen Generalquartiermeister Baur Verhandlungen geführt worden, die nicht zum Ziele führten. Am 12. August begab sich Radowitz auf Einladung Ludwigs I. zu einer Besprechung nach dem Bade Brückenau. Er fand den König in sehr gereizter Stimmung gegen Württemberg. Was König Wilhelm fordere, das Kommando auf beiden Ufern der Donau und eine getrennte Verwaltung der beiden Festungen, sei für ihn unannehmbar, sagte der König. Radowitz gab ihm darin recht, daß unter allen Umständen eine einheitliche Grundlage für die Baupläne geschaffen werden müsse; er schlug vor, Bayern möge die Rechte des Gouverneurs, Württemberg die des Kommandos ausüben, und die Leitung des Geniewesens zwischen beiden Staaten wechseln. Dies leuchtete dem König ein, aber er hatte wenig Hoffnung, daß Württemberg darauf eingehen würde. Unter den schmeichelhaftesten Ausdrücken des Vertrauens, das er seinem Schwager Friedrich Wilhelm schenkte, bat er um Vermittelung Preußens.

Während Radowitz an der Ulmer Angelegenheit einstweilen nur als unparteiischer Schiedsrichter beteiligt war, hatte er bei den Plänen für Rastatt seine eigene Sache zu verfechten. Um vor Latour

später sein Gutachten der badischen Regierung überreichte, ergab sich ein wesentlicher Unterschied in den Ansichten der Berichterstatter. Radowitz beleuchtete in seiner Darstellung die strategische Aufgabe Rastatts von zwei Gesichtspunkten, je nach der Richtung, in welcher der französische Angriff erfolgte. Geht der Feind mit seiner Hauptmacht gegen Süddeutschland vor, so reichen die Kräfte des VIII. Korps in keiner Weise aus, um die Offensive zu ergreifen, sondern erst das Eintreffen der vom Main und von der Donau heranrückenden Bundestruppen vermag das Gleichgewicht herzustellen. Unter dieser Voraussetzung muß das VIII. Korps sich darauf beschränken, das rasche Vordringen des Feindes möglichst zu erschweren, jeden wichtigen Terrainabschnitt möglichst lange zu behaupten und durch eine mit dem VII. Korps wohl kombinierte Bewegung zwischen den Festungen auf beiden Rheinufern den vom Neckar und der Donau heranrückenden deutschen Armeen die Hand zu bieten. Eine andere Gestaltung der Dinge würde sich ergeben, wenn die Franzosen den Schwerpunkt ihrer Operationen nach Italien, der Schweiz, Belgien oder dem Niederrhein verlegen und am Oberrhein nur mit schwachen Kräften auftreten, denn dann liegt für das VIII. Korps die Möglichkeit vor, in Verbindung mit einem Teil des bayerischen Korps und unter Benutzung Rastatts als Stützpunkt dem Gegner in offenem Felde Widerstand zu leisten.

Diese Andeutungen werden genügen, um den Grundgedanken, von dem Radowitz ausging, anschaulich zu machen. Nach seiner Meinung mußte dafür gesorgt werden, daß die Hauptmasse des VIII. Korps einem feindlichen Angriff gegenüber in Bewegung bliebe, nicht durch Einschließung hinter den Mauern der Festung paralysiert werde. Da der Bundesbeschluß jedoch auch für Rastatt ein verschanztes Lager in Aussicht genommen hatte, schlug Radowitz vor, außer den Befestigungen der Linie zwischen dem Rhein und der Murg Kasernements für acht- bis neuntausend Mann zu erbauen, von denen etwa ein Dritteil in bombensicheren Räumen, zwei Dritteile in einem Lager unterzubringen seien. Die Unterkunftsräume für Lebensmittel und Kriegsbedarf seien so einzurichten, daß die

Ausdehnung zu geben. Auf diese Wünsche war Latour im weitesten Umfange eingegangen. Er beantragte Kasernements für eine Besatzung von vierzehntausend Mann, bombensichere Räume für siebentausendfünfhundert Mann, Einrichtung des Lagers zur Aufnahme des ganzen Korps und dementsprechend eine weit umfangreichere Anlage der Festungswerke, als Radowitz für nötig befunden hatte. Nach dem Radowitzschen Plane beliefen sich die Kosten, einschließlich der Artillerieausrüstung, auf etwa zehn Millionen Gulden, während der Entwurf Latours einen Mehraufwand von mindestens anderthalb Millionen erforderte.

In Berlin sprach sich sowohl der Kriegsminister als der Chef des Ingenieurkorps, General Aster, für Radowitz aus. Boyen fand, daß an mehreren Stellen, wo Latour große Forts errichten wollte, passagere Befestigungswerke dieselben Dienste leisten würden. Allein Baden bestand auf seinem Willen und wurde von Österreich unterstützt.

Nach einer anderen Richtung hin wurde Radowitz im September 1841 durch den König Ernst August in Anspruch genommen, der ihn auf einige Tage nach Ems einlud. Im Hinblick auf die allgemeine Inspektion, die um diese Zeit in allen Bundesländern vor sich gehen sollte, hatte der König eine möglichst starke Zusammenziehung seines Kontingentes befohlen. Sein lebhaftester Wunsch war, den erhöhten Militäretat seines Landes zu einer dauernden Institution zu erheben, und da sich voraussehen ließ, daß die hannöverschen Stände ihm Schwierigkeiten in den Weg legen würden, war er auf den Gedanken verfallen, sich der Hilfe des Bundes zu versichern. Radowitz machte dagegen geltend: der Zweck der Kriegsverfassung sei nicht, den einzelnen Territorialmächten eine bestimmte Truppenzahl vorzuschreiben, sondern nur die Erfüllung der allgemeinen Bundespflichten sicherzustellen.

Bei den Verhandlungen in Ems, die in die Tage vom 23. bis 28. September fielen, wurde auch der hannöversche Verfassungsstreit berührt. Auf die Vorgeschichte des Staatsstreichs eingehend, erzählte Ernst August, nach dem Erlaß des Patentes vom 5. Juli 1837, welches das Staatsgrundgesetz von 1833 wegen nicht erfolgter Zustimmung der Agnaten für unverbindlich erklärte, habe er und sein Minister Schele dem Fürsten Metternich den Nachweis geführt,

daß die von seinem Vorgänger Wilhelm IV. verliehene Konstitution mit den Hausgesetzen und der Bundesgesetzgebung in Widerspruch stünden. Sein Wunsch sei damals gewesen, den Bundestag als Schiedsrichter aufzurufen; Metternich habe dies jedoch abgelehnt und den Rat gegeben, die Sache lediglich als Landesangelegenheit zu behandeln. In demselben Sinne habe sich Graf Münch ausgesprochen. Hiernach sei er in die Notwendigkeit versetzt worden, „die verderbliche Konstitution“ aufzuheben. Was man auch über das Zweckmäßige oder Unzweckmäßige seiner Handlungen denken möge, so sei doch klar, daß man bei dem jetzigen Stande der Dinge nicht bleiben könne, ohne sich den größten Gefahren auszusetzen. Deshalb sei die Verfassung vom 6. August 1840 gegeben worden. Im Laufe des November würden die Stände wieder einberufen werden, und es sei nach dem schlechtenr Eindruck, welchen das Treiben der Opposition hinterlassen habe, eine günstigere Zusammensetzung der Zweiten Kammer zu erwarten, der eine Reihe gemeinnütziger Vorschläge unterbreitet werden solle. Durch dieses Verfahren hoffe er alles zu vermeiden, was dem Spiele der Parteien Anreiz geben könne. Dabei rechne er auch jetzt noch auf die Unterstützung des Bundes. Der Bund brauche nur zu erklären, daß die Verfassung von 1840 alle Bedingungen des Bundesbeschlusses vom 5. September 1839 erfülle, durch welchen dem König anheimgegeben worden sei, eine Vereinbarung zu treffen, die den Rechten der Krone und der Stände Genüge leiste.

Radowitz erwiderte darauf, daß der Bundestag sich schwerlich darauf einlassen werde. In jedem Falle würde eine Prüfung der Verfassung von 1840 vorangehen müssen, deren Ergebnis bei der vorwiegenden Stimmung der meisten Bundesglieder sehr zweifelhaft sei: namentlich in Süddeutschland herrsche eine große Aufregung über die Zustände in Hannover. Durch diese Erörterungen ließ sich Ernst August bewegen, von weiteren Anträgen an den Bund Abstand zu nehmen.

Inzwischen waren in der Ulmer Festungsfrage neue Verwickelungen eingetreten. Der Referent der Militärkommission, Rodiczky, plädierte im Interesse Österreichs dafür, daß mit Rücksicht

vorlegte, der im engsten Anschluß an die Lokalverhältnisse das linke Ufer bevorzugte und für das rechte nur einen befestigten Brückenkopf in Vorschlag brachte. Bei dieser Lage der Dinge, durch die der Beginn des Baues in unabsehbare Ferne gerückt wurde, fühlte Friedrich Wilhelm IV. sich veranlaßt einzugreifen. Eine Gelegenheit dazu ergab sich durch eine Reise, die der König mit seiner Gemahlin nach München unternahm, wo seine Schwiegermutter, Karoline, Witwe Maximilians I., tödlich erkrankt war. Die Königin starb am Geburtstag ihrer Zwillingstöchter Elisabeth von Preußen und Amalie von Sachsen, 13. November. Am 15. begab sich Friedrich Wilhelm nach Augsburg zu einer Besprechung mit dem König von Württemberg, die in den „Drei Mohren" stattfand. König Wilhelm klagte ihm sein Leid über die Zerwürfnisse mit Bayern über die Kommandoverhältnisse in Ulm und äußerte dabei zugleich seine Besorgnisse über die ungemessenen Forderungen Österreichs. Die schwersten Bedenken erweckte in ihm der Plan des verschanzten Lagers, der nur den Zweck haben könne, bei Beginn eines Krieges die süddeutschen Truppen an die österreichische Armee heranzuziehen. Nach München zurückgekehrt, mußte der König dasselbe Lied von seiten Bayerns mit anhören. Der Minister Gise sagte, wenn wir nicht die Hauptstellung am Platze erlangen, wollen wir lieber auf den ganzen Bau verzichten, und Ludwig I. äußerte sich über Österreichs Absichten ebenso wie sein württembergischer Vetter: das Lager sei nur darauf berechnet, die selbständigen Operationen der süddeutschen Korps zu hintertreiben und Ulm zum Stützpunkt einer „passiven Verteidigung" zu machen. Der diensttuende Generaladjutant Friedrich Wilhelms, Generalmajor v. Neumann, schrieb am 16. November an Radowitz: „Der König will von Ihnen wissen, ob Sie glauben, daß Sie durch Ihre persönliche Einmischung diese verschiedenen Meinungen und diesen Streit zu einer vernünftigen Verständigung zu führen imstande sein dürften, und wenn Sie diese Hoffnung hegen und zugleich meinen, daß die Sache für eine Einmischung schon jetzt reif sei, so sollen Sie sofort nach Berlin kommen, wo der König sich über den Gegenstand mit Ihnen besprechen würde

In seiner Antwort vom 22. November bat Radowitz um einige Wochen Aufschub. Er selbst sei jetzt damit beschäftigt, unter Widerlegung des Latourschen Projektes, seinen Bericht über Rastatt für die Militärkommission umzuarbeiten. Mit Unterstützung des Ingenieurkapitäns Sontheim, der ihm seit einigen Monaten als Hilfsarbeiter attachiert worden war, vollendete Radowitz das Referat und am 15. Dezember reiste er nach Berlin — diesmal in Begleitung seiner Gattin.

Seit seiner letzten Anwesenheit in der preußischen Residenz waren in dem auswärtigen Ressort wichtige Veränderungen vor sich gegangen. An Stelle Werthers, der um seine Entlassung bat, war im August 1841 Graf Maltzahn zum Minister ernannt worden, und Canitz, der sich schon lange von Hannover fortsehnte, hatte auf Metternichs besonderen Wunsch den Gesandtschaftsposten in Wien erhalten. Daß Radowitz mit diesen beiden Männern in freundschaftlichem Einvernehmen stand, kam den Verhandlungen über die Bundesangelegenheiten, wegen deren er berufen war, sehr zu statten. Zu den vielen schon vorhandenen Schwierigkeiten war eine neue dadurch hinzugetreten, daß Österreich jetzt die oberste Leitung des Ulmer Festungsbaues in seine Hand zu bringen suchte. Der Wiener Hof wünschte einen österreichischen Ingenieur zum Oberbaudirektor zu machen, dem die Bevollmächtigten der Territorialherren untergeordnet sein sollten. Der Plan war kaum bekannt geworden, als Prittwitz erklärte, sein Mandat für Württemberg niederlegen zu wollen, wenn der Bundestag dem österreichischen Vorhaben Folge geben würde. Die Sache erschien so ernst, daß der Kriegsminister um seine Dazwischenkunft gebeten wurde; allein Boyen, der von der Charakterfestigkeit Prittwitz' eine hohe Meinung hatte, lehnte dies einstweilen ab, bis sich herausgestellt haben würde, was Radowitz bei der beabsichtigten Mission ausrichten werde. Überdem wußte man, daß Bayern und Württemberg gegen den österreichischen Vorschlag alle Minen springen lassen würden.

Es zeigt, wie hoch man in München und Stuttgart den Einfluß, den Radowitz in den militärischen Fragen des Bundes ausübte, zu schätzen wußte, daß die beiden süddeutschen Regierungen sich um

Prittwitz seinem Dienste erhalten zu sehen, und Bayern durch einen eigenhändigen Brief Ludwigs I. an Radowitz. Als Zeichen seiner besonderen Freundschaft hatte Ludwig einige wertvolle Autographen für die Radowitzsche Sammlung hinzugefügt, die ihm schon manche Bereicherung verdankte. Ludwig setzte seine ganze Hoffnung auf Preußen. In dem Schreiben des Königs vom 31. Dezember hieß es: „Wiederholt lege ich Ihnen (die) Ulm betreffende Angelegenheit nahe, daß ich auf Ihres Königs, meines Freundes, durch Sie mir geäußerten Wunsch in dessen Befestigung willigte (wogegen m(ein) Vater und Feldmarschall Fürst Wrede immer sich erklärten), daß ich es aber nur mit Bedingungen that (und anders nicht thun konnte), dessen seyen Sie eingedenk. Meines Sohnes des Kronprinzen stattfindende Verbindung mit Prinzessin Maria*) erregte in mir lebhafte Freude, ein neues auch für künftige Zeiten sich schlingendes Band. Vereinigung aller Teutschen das ist das undurchdringbare Bollwerk. Sie lasen doch Jul. v. Baurs Betrachtungen Ulm betreffend?**) sie sind sehr beherzigenswerth. Nun leben Sie wohl, so werther und ausgezeichneter Herr Oberst. Der Ihnen wohlgesinnte Ludwig."

Aus den Verhandlungen, die damals in Berlin gepflogen wurden, ergab sich für Radowitz eine Reihe von dienstlichen Aufgaben, die ihm im Laufe der nächsten Jahre unendlich viel zu schaffen machen sollten; sie stehen alle im engsten Zusammenhang mit dem Bundesbeschluß vom 26. März 1841. Radowitz hat von Anfang an davor gewarnt, in bezug auf Bau, Ausrüstung, Besatzung und Kommandoverhältnisse der Festungen den partikularen Bestrebungen der Territorialregierungen einen allzu weiten Spielraum einzuräumen. Da die Gesamtheit der Bundesstaaten einen großen Teil der Baukosten durch Matrikularbeiträge aufzubringen hatte, so erschien es ihm als eine naturgemäße und gerechte Forderung, daß der Bund in allem, was den Bau der Befestigungswerke betraf, das entscheidende Wort zu führen habe. Eine Ausnahme konnte nur stattfinden bei der Erbauung der Kasernements und Unterkunftsräume für die Friedensgarnisonen, weil der Aufwand für

*) Tochter des Prinzen Wilhelm von Preußen, des Bruders von Friedrich Wilhelm III.

**) Eine im Jahre 1819 erschienene Schrift Baurs, der 1841 Chef des bayerischen Generalstabs war.

Herstellung dieser Baulichkeiten den beteiligten Staaten zur Last fallen sollte. Dagegen hatte das Protokoll vom 26. März, wie schon bemerkt, den Territorialherren nicht nur einen wesentlichen Anteil an der Ausarbeitung der Baupläne gewährt, sondern auch in bezug auf die Ernennung der Militärbehörden waren ihnen Zugeständnisse gemacht worden, welche jede Einwirkung des Bundes ausschlossen. Was Radowitz vorhergesehen hatte, war eingetroffen: Bayern und Württemberg vermochten sich über die Verteilung der militärischen Funktionen nicht zu einigen, und über die Baupläne von Ulm bestanden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Süddeutschen und zwischen diesen und Österreich. So kam es, daß von allen Seiten die Vermittelung Preußens in Anspruch genommen wurde. Man hatte zwar auch in Berlin an dem österreichischen Bauentwurf manches auszusetzen, namentlich die allzu große Ausdehnung des befestigten Kriegslagers; aber die Meinung des Königs war, man müsse über diese Differenzen hinwegsehen und in Wien hervorheben, Preußen, das von den Matrikularzulagen für den Ulmer Festungsbau den vierten Teil zu leisten habe — mehr als vier Millionen — bringe dieses Opfer hauptsächlich der Freundschaft mit Österreich.

Was die Bauangelegenheiten von Ulm sonst noch betraf, so hielt Boyen es für das beste, wenn die bayerische Regierung sich entschloß, die Leitung derselben ebenfalls auf Prittwitz zu übertragen. Wäre dies nicht zu erreichen, so müßte man den bayerischen und württembergischen Baudirektor zu einer Kommission vereinigen, welche dem Bunde gegenüber als eine Einheit zu betrachten sei, ihre Eingaben und Berichte gemeinschaftlich zu machen und die darauf ergehenden Weisungen gemeinschaftlich zu empfangen habe. Im Falle einer Uneinigkeit habe die Militärkommission zu entscheiden. Radowitz war damit ganz einverstanden, wie er denn überhaupt den freien und weiten Blick Boyens gebührend zu schätzen wußte. Bei der Regulierung der Kommandoverhältnisse ging man auf das zurück, was Radowitz in Brückenau dem König Ludwig nahegelegt hatte: Württemberg sollte den Gouverneur, Bayern den Kommandanten ernennen, und die Geniedirektion in nicht zu kurzen

stehen müßten. Über die Garnisonverhältnisse enthielt der Bundesbeschluß vom 26. März nur die eine Bestimmung, nach welcher Österreich in Friedenszeiten in Ulm zwei Artillerie-Kompagnien, dreihundert Mann, und im Kriege den dritten Teil der Besatzung zu stellen hatte. Für die Verteilung der Truppen Bayerns und Württembergs waren keine Vorschriften erlassen. Die Konferenz in Berlin stand mehr auf seiten der bayerischen Regierung, welche eine gemischte Garnison für sämtliche Festungsteile anstrebte, während Württemberg die räumliche Trennung der Besatzungen auf dem rechten und linken Ufer wünschte.

Die Antwort, die aus Wien am 19. Januar 1842 eintraf, lautete in allen Punkten zustimmend. Nachdem Österreich in der Festungsfrage alles, was es wünschen konnte, von Preußen erreicht hatte, war das übrige dem Fürsten Metternich vollkommen gleichgültig. Er überließ daher dem Berliner Kabinett die weiteren Verhandlungen mit den Süddeutschen. Der König fand es aber doch für gut, daß Radowitz seinen Weg nach München über Wien nehme, damit die zu treffenden Abmachungen nicht hinterher auf Schwierigkeiten von dieser Seite stießen.

Es war dem König längst zur Gewohnheit geworden, wenn Radowitz in seiner Nähe weilte, sich von ihm über literarische Gegenstände und Interessen Vortrag halten zu lassen. In den weitesten Kreisen hatte es damals ein peinliches Aufsehen erregt, daß die Nachkommen Goethes mit dem Plane umgingen, das Wohnhaus des Dichters in Weimar und seine Sammlungen zu verkaufen. Von vielen Seiten regte sich der Wunsch, diesen unschätzbaren geistigen Besitz der deutschen Nation zu erhalten. Man ist dabei schon damals von dem Gedanken ausgegangen, daß das Goethehaus mit all seinen Erinnerungen an die Wirksamkeit des unsterblichen Genius als ein Nationalheiligtum des deutschen Volkes der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müsse. In einer Denkschrift, die Radowitz dem König vorlegte, befürwortete er den Ankauf der Hinterlassenschaft von seiten des Bundes. Friedrich Wilhelm ging mit Begeisterung darauf ein und ermächtigte ihn, die Angelegenheit mit Metternich zu besprechen.*)

Auch für einen lebenden Dichter hat Radowitz damals vor

*) Vgl. S. 205 und die Beilage Nr. 8.

dem Könige das Wort ergriffen. Die glühende Phantasie und die Farbenpracht der Poesie Freiligraths hatte es ihm angetan, und da ihm die bedrängten Lebensverhältnisse des Dichters durch ein Empfehlungsschreiben der Prinzessin Wilhelm von Preußen bekannt geworden waren, ließ er sich bereit finden, die Bewilligung eines Jahresgehaltes für Freiligrath bei dem König zu erbitten.*)

Auf Befehl des Königs hatte sich Radowitz, als er am 17. Januar 1842 Berlin verließ, zunächst nach Altenburg zu begeben. Der regierende Herzog Joseph, der von dem Fürstenberuf noch eine durchaus patriarchalische Auffassung hatte, in allen Dingen nach persönlichem Belieben schaltete und waltete, bisweilen zur Verzweiflung seiner Minister, war während des Befreiungskrieges und noch einige Jahre später Offizier im preußischen Garde du Corps-Regiment gewesen. Nach seiner Thronbesteigung, 1834, hatte er sein Kontingent von sieben- bis achthundert Mann ganz nach preußischem Muster eingerichtet: seine Junker besuchten die Kriegsschule in Erfurt und einige seiner Offiziere dienten im Potsdamer Lehrbataillon. Wie wir wissen, war die gesamte Reserve-Division, zu der auch Altenburg gehörte, im Kriege für die Verstärkung der Besatzungen von Mainz und Luxemburg bestimmt, und zwar sollte sie in diesem Falle zu ungefähr gleichen Teilen unter preußisches und österreichisches Kommando treten. Das altenburgische Bataillon war Österreich überwiesen und stand infolgedessen auch unter österreichischer Inspektion. Als entschiedener Gegner Österreichs strebte der Herzog danach, von dieser Verbindung loszukommen und sich an Preußen anzuschließen. Friedrich Wilhelm hatte dem Herzog seine Unterstützung zugesagt, aber er stieß auf Widerspruch; des Prinzips wegen wollte man in Wien eine Schmälerung des österreichischen Anteils an der Kriegsgarnison von Mainz nicht zugeben. Dagegen war es dem König gelungen, bei Metternich durchzusetzen, daß Österreich an den preußischen Einrichtungen des Altenburger Militärs keine Änderung vornehmen werde. Da dies für den Herzog

Metternich die zweite Mission des preußischen Obersten vermieden haben, aber er nahm keinen Anstand, die Unterstützung der Verhandlungen desselben in München und Stuttgart zuzusagen. Dagegen lehnte er ab, für die Übertragung der bayerischen Baudirektion auf Prittwitz zu wirken. Einer solchen Zumutung werde Bayern, das selbst ein ausgezeichnetes Ingenieurkorps besitze, sich niemals unterwerfen. Stünden die Baupläne erst fest, so sei es unbedenklich, ein koordiniertes Verhältnis zwischen den beiden Baudirektoren herzustellen, die dann gewissermaßen als eine moralische Person für die einheitliche Ausführung des Baues dem Bunde verantwortlich zu machen wären. Auf die Regelung der Kommandoverhältnisse legte der Wiener Hof kein Gewicht, da das, was Österreich eigentlich gewollt hatte, das Kommando für sich zu erlangen, aussichtslos geworden sei.

In seinem Bericht an den König vom 1. Februar faßt Radowitz seine Wahrnehmungen in Wien dahin zusammen, daß der Sinn für die Bundesinteressen seit einem Jahre wieder bedeutend abgenommen habe. „Die Anspannung, der bessere Wille, welche bei meiner früheren Anwesenheit die Bedeutung des Momentes, die drohende Gefahr erzeugt hatte, sind mehr oder minder gewichen, und die frühere Erschlaffung, die Abneigung, aus den Gewohnheiten einer bequemen Apathie aufgestört zu werden, ist an deren Stelle getreten. Der Unterschied, welchen ich hierin vorgefunden, ist sehr bemerkbar, vielleicht noch am geringsten bei dem Herrn Fürsten Metternich selbst, welchem genug Geist beiwohnt, um mindestens die Wahrheiten einer höheren Gattung nicht in Abrede zu stellen. Euere Majestät dürfen sich nicht verhehlen, daß ohne stets wiederholte, folgerechte und kräftige Einwirkung von seiten Preußens keine der edlen Absichten erreicht werden könne, welche Allerhöchstdieselben für die Entwickelung und das Gedeihen dieses letzten Bandes des gemeinsamen Vaterlandes hegen."

In München angekommen, war das erste, was Radowitz hörte, daß alle Verhandlungen mit Württemberg abgebrochen seien. Bei der Audienz, am 6. Februar, zeigte sich König Ludwig sehr erregt. Es schien fast, als bedauere er, in den Bau von Ulm gewilligt zu

wünschte Ausdehnung der Festungswerke auf dem rechten Donauufer gesichert sei, begann der Zorn des Königs sich abzukühlen. Es folgten lange Erörterungen, bei denen Radowitz hervorhob, daß Württemberg auf volle Gleichberechtigung Anspruch habe, weil der größere Teil der an den Bund abzutretenden Bodenfläche auf württembergischem Territorium liege. Mehr noch als dies machte auf den König Eindruck die Andeutung, daß, wenn keine Einigung erzielt werde, der Bund die Streitfrage an sich ziehen und wahrscheinlich schlechtere Bedingungen stellen werde.

Die mehrtägigen Verhandlungen führten zur Annahme der preußischen Vorschläge. Der König bat Radowitz, einen Vertrag zu entwerfen und denselben in Stuttgart vorzulegen.

Auf dem Wege nach Stuttgart benutzte Radowitz am 11. Februar die Gelegenheit zu einer zweiten Lokalinspektion in Ulm. Bei Wilhelm I. hatte er noch manche Schwierigkeiten zu überwinden, denn der König war zwar ruhiger, gründlicher und sachlicher als Ludwig I., aber er besaß bei kompetenterem Urteil in militärischen Dingen auch eine weit größere Hartnäckigkeit des Willens. Die größten Skrupel erregte es in ihm, daß, wie auch die Machtbefugnisse der Militärbehörden abgegrenzt werden mochten, seine landesherrliche Autorität in Ulm, der zweiten Stadt des Königreichs, in jedem Falle eine Beschränkung erleiden müßte. Es wurde seinem schwäbischen Partikularismus außerordentlich schwer, eine „fremde Macht" innerhalb seines Machtgebietes aufkommen zu lassen. Die Bemerkung, die Radowitz machte, daß der deutsche Bund, an den das Terrain abgetreten würde, doch nicht als „fremde Macht" zu betrachten sei, schlug bei dem König nicht durch. Eine bessere Wirkung erzielte Radowitz mit dem Hinweis auf die gleichartigen Verhältnisse in Mainz, wo die Zivilverwaltung der hessischen Landesregierung von ihrer Selbständigkeit nichts verloren habe. Bei der Ausarbeitung des Festungsreglements werde dieses Moment auf das sorgfältigste berücksichtigt werden. Die Einsetzung einer gemischten Kommission, „eines Festungsrates" für alle Angelegenheiten des Baues, des Kommandos und Gouvernements sei — das müsse er zugeben — keine ideale Lösung der Frage; aber eine geeignetere Form lasse sich nicht finden, und er könne versichern, daß der Bund und die Militärkommission stets darauf bedacht sein würden, die Rechte

Bayerns und Württembergs im Gleichgewicht zu erhalten. Daraufhin genehmigte der König die Vorschläge Preußens und am 16. Februar wurde der Vertrag zwischen den beiden süddeutschen Staaten unterzeichnet. Die ganze Festsetzung beruht auf den preußischen Vorschlägen. Württemberg ernennt in Krieg und Frieden den Gouverneur, Bayern den Kommandanten. Der Bund bestimmt die Machtbefugnisse des Festungsrates. Die Garnisonen werden nach den Territorien getrennt; in allen nicht unmittelbar den Dienst des Platzes betreffenden Verhältnissen stehen sie unter Befehlshabern ihres Staates. Die Geniedirektion wechselt in fünfjährigem Turnus.

Radowitz hatte allen Grund, mit dem Erfolg seiner zweiten Sendung an die deutschen Höfe zufrieden zu sein. Bei seiner Rückkehr nach Frankfurt, 18. Februar, sprach ihm Rodiczky die vollste Anerkennung Metternichs aus; in München und Stuttgart war man seines Lobes voll. Die sächsische Regierung vertrat damals in München der Freiherr Ferdinand v. Beust. Es war das erste Mal, daß er mit Radowitz in Berührung kam, dem er später in hartem Kampfe gegenübertreten sollte. Im Februar 1842 wußte er den diplomatischen Takt und die staatsmännische Einsicht Radowitz' nicht genug zu rühmen: einzig und allein seiner „gewandten Vermittelung" sei die Aussöhnung zwischen Bayern und Württemberg zu verdanken.*) Überschwenglich waren die Freundschaftsversicherungen, mit denen Friedrich Wilhelm Radowitz begrüßte, als er auf Befehl des Königs am 19. März in Berlin eintraf. Am 21. schreibt er seiner Gemahlin: „Ich habe den König einen Moment gesprochen und den rührendsten Dank von ihm empfangen. Überhaupt stehe ich jetzt hier au pinacle de la gloire. Heute abend hat er mich zum Vortrag bestellt."

Schon vor Jahr und Tag hatte Friedrich Wilhelm Radowitz in den Plan eingeweiht, den er für seine fernere Verwendung im diplomatischen Dienst mit ihm vorhabe. Er hatte dabei nicht verhehlt, daß er ihm am liebsten eine Anstellung in Berlin verleihen würde. Aber einstweilen sei er in Frankfurt unentbehrlich. Deshalb habe der König beschlossen, ihm neben seinem Amte als

Hessen-Darmstadt und Nassau zu übertragen. Der Minister Graf Maltzahn hatte einen anderen Vorschlag gemacht; er wünschte Radowitz als Direktor der politischen Abteilung des Auswärtigen Ministeriums nach Berlin zu berufen. Dieser Gedanke zerfiel in sich selbst, da Maltzahn von einer Gehirnaffektion befallen wurde, die ihn dienstunfähig machte. In einem Briefe an Marie v. Radowitz vom 23. März heißt es: „Meine gestrige Unterredung mit dem König ging wesentlich auf die Besetzung von Maltzans Stelle. Ich habe mich nach strengstem Wissen und Gewissen ausgesprochen, ohne der Entscheidung des Königs auch mit einem Worte vorzugreifen. Ursache habe ich aber zu glauben, daß die Wagschale des Königs sich auf Bülows Seite neigt. Geschieht dieses nun, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß ich Bülows Nachfolger werde, was Deinen und meinen Wünschen so sehr entspricht. Sicher ist freilich auch dann noch nichts, denn der König ist in Personalverhältnissen unberechenbar, aber wir müssen uns doch so weit als tunlich auch hierauf vorbereiten."

Bereits zwei Tage später, 25. März, hält Radowitz seine Aussichten am Bundestage für höchst ungewiß. Nach dem, was die Denkwürdigkeiten darüber berichten,*) muß man annehmen, daß der König in der Tat daran gedacht hat, Radowitz zum Bundestagsgesandten zu ernennen. Gegen diese Absicht aber erhoben sich Einflüsse von anderer Seite. Radowitz ist überzeugt, daß seine Widersacher auf die Bedenken hingewiesen hätten, die gegen Vertretung der größten protestantischen Macht Deutschlands am Bundestage durch einen Katholiken geltend gemacht werden konnten. Als seinen Hauptgegner betrachtete er Thile. Eine zweite Version findet sich bei Varnhagen, auf dessen Zuverlässigkeit freilich wenig zu geben ist.**) Danach hätte Graf Münch-Bellinghausen gegen die Radowitzsche Kandidatur intrigiert. Das bei äußerer Höflichkeit doch ziemlich gezwungene Verhältnis zwischen dem Präsidialgesandten und Radowitz kann für den Berliner Hof kein Geheimnis gewesen sein, und unmöglich wäre es nicht, daß Friedrich Wilhelm hierauf Rücksicht genommen hätte. So sehr er damit einverstanden, ja so sehr es sein Wunsch war, daß Radowitz in militärischen Dingen das Ansehen Preußens zu wahren wußte, so war er doch nicht minder darauf bedacht, in

*) Vgl. S. 105. — **) Tagebücher II, S. 56, 2. April 1841.

allen politischen Fragen den Konflikt mit Österreich zu vermeiden. In Frankfurt glaubte man allgemein, die Erbschaft Bülows werde auf Radowitz übergehen, aber auch die Zahl derer, die seine Ernennung ungern gesehen hätten, war nicht gering: für die Mehrzahl der kleinstaatlichen Gesandten war er mit seinem mächtigen Einfluß eine gefürchtete Persönlichkeit geworden.

Groß im Ertragen dessen, was die Schicksalsfügung ihm brachte, hielt sich Radowitz frei von jeder Verstimmung, denn er hatte die Gewißheit, daß die Freundschaft des Königs für ihn sich nicht geändert habe. Im Hinblick auf Karlsruhe schreibt er seiner Gattin: „Wir haben eine angenehme und reichliche Position, in der wir uns, so Gott will, vielleicht besser befinden können, als wie am Bundestage. Für den Moment liegt mir nur eine reelle Sorge ob. Bülows Lieblingswunsch ist, daß ich nach Hannover gehen solle, und da man gerade jetzt hierüber in Verlegenheit ist, so wird er gewiß auf der Stelle hier mit diesem Gedanken vortreten. Dieses wäre aber eine wahre Kalamität für uns. Nicht bloß aus persönlichen Rücksichten, sondern weil ich überzeugt bin, daß ich als permanenter Gesandter bei dem König von Hannover mich sofort mit ihm total überwerfen und nichts Ersprießliches ausrichten würde. Daher fühle ich mich verpflichtet, Gegenmaßregeln zu nehmen. Ich werde mit dem König offen reden."

Der eigentliche Grund für Radowitz' Berufung nach Berlin lag diesmal nicht in den Bundesgeschäften, sondern entsprang einem Wunsch des Königs von Hannover, der wiederum mit seinen Ständen in Streit geraten war. Bei einem Besuch, den Friedrich Wilhelm auf der Rückkehr von der Reise nach England, zur Taufe des Prinzen Edward von Wales, dem hannöverschen Hofe machte, hatte Ernst August ihm vorgestellt, daß er dringend einer Erhöhung seines Militäretats bedürfe, und daß er hoffe, der Bund werde durch ein Schiedsgericht seine Forderung als gerechtfertigt anerkennen. Friedrich Wilhelm war nur bedingungsweise darauf eingegangen, indem er sich vorbehielt, zunächst das Urteil seiner Gesandtschaft in Frankfurt einzuholen. In voller Übereinstimmung gaben Bülow und Radowitz den Rat, sich nicht auf die Sache einzulassen. Die Militärbudgets der deutschen Mittelstaaten zählten damals noch nicht nach Millionen, immerhin aber belief sich die streitige Summe, die zur

Vermehrung der Kavallerie, der Lieblingswaffe des sportlustigen Monarchen, um acht Schwadronen verwendet werden sollte, auf eine Viertelmillion Taler. Ernst August eilte nach Berlin und erneuerte seine Vorstellung bei Friedrich Wilhelm IV. Der König verfügte, Radowitz solle kommen, um den hartnäckigen Anglo-Welfen von seinem Unrecht zu überzeugen. Große Freude hatte Radowitz an diesem Auftrage nicht: „Die jetzigen äußerst delikaten und verschlungenen Verhandlungen, die ich mit dem Könige von Hannover führe," schreibt er am 3. April, „haben mir aufs neue gezeigt, daß nur derjenige mit ihm zu etwas kommen kann, der in gar keiner permanenten Relation zu ihm steht." Tagelang beschäftigte er sich mit einer genauen Prüfung des hannöverschen Militäretats, deren Ergebnis war, daß durch Ersparung in den einzelnen Titeln die beabsichtigte Reorganisation der Kavallerie auch ohne erhöhte Bewilligung zum größten Teile durchgeführt werden könne. Deshalb drang er in den König, die Vorlage zurückzuziehen, und da Ernst August dazu geneigt zu sein schien, entwarf er selbst den Wortlaut der Deklaration an die Kammern.*) Kaum aber war Ernst August nach Hannover zurückgekehrt, als ihn sein Entschluß gereute. Er bestand auf seiner Forderung, der Landtag lehnte sie ab, und der Verfassungskampf gelangte auf dem fruchtbaren Boden Hannovers wieder zu neuer Blüte.**)

Gleichzeitig wurde Radowitz noch nach einer Seite hin in eine schwierige Kontroverse verwickelt. Die badische Regierung beanstandete seinen Bauplan für Rastatt, der ihren Ansprüchen nicht genügte. Es handelte sich hauptsächlich um Errichtung eines detachierten Forts im Norden von Karlsruhe, in weit vorgeschobener Stellung am Federbach, zum Schutze des Lagers. Radowitz war nicht gerade gegen die Befestigung dieses Punktes, aber er glaubte, daß sie einfacher und mit geringeren Kosten hergestellt werden könnte, als nach den Entwürfen Latours. Von der badischen Gegenerklärung sagt ein unparteiischer Beurteiler, der sächsische Bundes-

ganz ungewöhnlichem Tone abgefaßt. Für das Auftreten des künftigen preußischen Gesandten in Karlsruhe war dies jedenfalls ein bedenkliches Vorspiel. Radowitz schwankte, ob er unter solchen Verhältnissen die Stellung annehmen könne. Friedrich Wilhelm sah dies vollkommen ein und befahl, die Vermittelung Österreichs anzurufen. Metternich fand denn auch wirklich einen „mittleren Weg". Er schlug vor, die Entscheidung über die Position am Federbach der Zukunft zu überlassen und zunächst mit den Bauten in der näheren Umgebung Rastatts zu beginnen. Radowitz war durch diese indifferente Antwort nicht befriedigt; aber sie räumte wenigstens die augenblicklichen Hindernisse aus dem Wege.

Selbstverständlich war es, daß Radowitz seinen ständigen Wohnsitz von Frankfurt nach Karlsruhe verlegen mußte, und daraus ergab sich weiter die Notwendigkeit, ihm einen Stellvertreter beizugeben, der unter seiner Oberleitung die laufenden Geschäfte der Militärkommission zu besorgen hatte. Die Wahl, die ihm freigestellt wurde, fiel auf den Obersten From.*) In einem Briefe an seine Gemahlin vom 19. April äußert er hierüber: „From hat die Mischung von Eigenschaften, die für diese spezielle Lage erforderlich ist, und wird sich streng an meinen Weg halten. An Bewerbern fehlte es nicht; ich habe viel auszustehen gehabt. Wie gern hätte ich den Platz an Leopold Gerlach zugewendet, der es sehr wünschte; aber es würde in keinem Fall gegangen sein. Er hat nicht die Eigenschaften für diese Stelle, und als mein Second wäre er in eine für ihn und mich unhaltbare Position gekommen."

Vor seinem Abgange nach Karlsruhe hatte Radowitz noch die Genugtuung, die wesentlichsten Früchte seiner sechsjährigen Tätigkeit in Frankfurt zu ernten. In der Militärkommission wurden die Referate über Ulm und Rastatt angenommen, letzteres unter Offenhaltung der Frage über die fortifikatorische Anlage am Federbach. Daß der Bundestag diesem Beispiel folgen werde, unterlag keinem Zweifel mehr.

Alles in allem durfte Radowitz mit Befriedigung auf die Ergebnisse der Frankfurter Epoche zurückblicken. Die Stellung Preußens am Bundestage war 1842 doch eine ganz andere geworden als 1836.

*) Vgl. S. 106.

Freilich hatte er während eines großen Teiles dieser Zeit ein Leben des Kampfes geführt, oft genug bis zur äußersten Anspannung seiner Kräfte. Er selbst sagt: „Meine Karriere ist eine Rennbahn mit Hindernissen; ich bin zu weiteren Zielen gelangt als viele andere, die vielleicht mehr wert waren, aber immer über Gräben und Barrieren.“ Und dennoch schied er nur ungern aus dem ihm liebgewordenen Freundeskreise der Freien Reichsstadt. Noch in späteren Jahren ist er oft darauf zurückgekommen: seine erste Heimat sei Kassel gewesen, die zweite Berlin, die dritte Frankfurt.



Viertes Kapitel.

Frankfurt und Karlsruhe. Politische Wandlungen. 1842–47. Parteikämpfe in Baden, Preußische Verfassungsfragen, Ursprung des Programms über die Bundesreform, Patent vom 3. Februar 1847, Vereinigter Landtag.

Am 24. Mai 1842 überreichte Radowitz sein Beglaubigungsschreiben dem Großherzog Leopold von Baden, am 7. Juni dem Großherzog Ludwig II. von Hessen und bald darauf dem Herzog Wilhelm von Nassau. Die Umgebung von Karlsruhe fand er reizvoller, als sie ihm in seiner Erinnerung vorschwebte, die Stadt selbst „langweilig und ausgedörrt in hohem Maße". Einen nicht ganz leichten Stand hatte er anfangs bei seinem Vorgänger am badischen Hofe, Freiherrn v. Otterstädt, der sich trotz seines hohen Lebensalters ungern von einem behaglichen Ruheposten trennte. Otterstädt ergab sich aber in das Unvermeidliche und überließ an Radowitz das von ihm innegehabte Wohnhaus, eine zweistöckige Villa. Da das Haus erst im Juli frei wurde, kehrte Radowitz noch einmal nach Frankfurt zurück.

Die Geschäfte der Bundesgesandtschaft hatte nach Bülows Abgang Graf Dönhoff, bisher Gesandter in München, übernommen. Auch From hatte sich inzwischen eingefunden, und da Sydow und Sontheim dort verblieben, bildeten die preußischen Diplomaten und Militärs in Frankfurt eine ganz ansehnliche Kolonie. Nachdem der Bundestag am 23. Juni den Bericht der Militärkommission über

sönlich die nächste Aufgabe der Militärkommission, die in der Ausarbeitung des Reglements für die Baudirektionen bestand. Dann vollzog er mit seiner Familie die Übersiedelung nach Karlsruhe.

Das Großherzogtum Baden stand damals inmitten einer schweren Krisis seiner inneren Entwickelung. Die Liberalen führten einen erbitterten Kampf gegen die Regierung, und neben ihnen kam eine radikale Partei empor, die durch ihre extremen Forderungen auf staatlichem und bald auch auf kirchlichem Gebiet den unheilvollsten Einfluß auf die Zustände in Süddeutschland ausüben sollte. Nach einer Auflösung der Kammern im Februar 1842*) war der Landtag am 23. Mai zu einer neuen Tagung zusammengetreten. Es zeigte sich sogleich, daß die oppositionellen Elemente durch die Wahlen ein größeres Übergewicht erlangt hatten als vorher, obwohl die Regierung in der Beeinflussung der Wahlen vor keinem Mittel zurückgeschreckt war. Friedrich Daniel Bassermann aus Mannheim, an der Spitze der liberalen Partei, stellte zur Begründung der Ministerverantwortlichkeit den Satz auf, die Räte der Krone seien Beamte des Volkes. Noch weit drastischer verkündete in einer Volksversammlung, die durch massenhaften Zulauf aus der Rheinpfalz und Württemberg verstärkt wurde, der Führer der Demokraten, Johann Adam v. Itzstein, die Theorien der Volkssouveränität.**)

In seinem Schwanken darüber, was zu tun sei, ob abermalige Auflösung der Kammern oder Verfassungsänderung, zog der Großherzog sehr bald den preußischen Gesandten ins Vertrauen. Radowitz warnte entschieden vor jedem Versuch eines Staatsstreichs, aber er erklärte sich ebenso bestimmt gegen die Unterwerfung unter den Willen der Majorität. Als am 19. August die Kammer der Abgeordneten den Itzsteinschen Antrag, der das Verfahren der Regierung bei den Wahlen für eine Verletzung der Verfassung erklärte, mit 32 gegen 24 Stimmen annahm, und die Minister, auf deren Sturz es abgesehen war, der Sitzung fernblieben, meinte Radowitz, mit der bloßen Negative sei nicht auszukommen. Er schlug vor: einen Protest der Ersten Kammer gegen die Anmaßungen der

Land nach Schluß der Session. Für diese Kundgebung empfahl er den folgenden Ideengang. Das Verfassungsgesetz hat die alten Rechte des Landes bestätigt und neue bewilligt. Diese Versprechungen werden für alle Zeit unverbrüchlich gehalten werden. Ebenso unantastbar aber sind die Rechte des Landesherrn, deren Ausübung nur in bestimmten Fällen an die Zustimmung der Stände gebunden sei. Durch die Natur des Staates ist es bedingt, daß die Minister Diener des Fürsten und nur ihm verantwortlich seien. Dieses Recht wird der Großherzog sich nicht nehmen lassen.

Nicht nur bei Leopold, sondern auch bei den Ministern fand Radowitz mit seinen Ratschlägen Beifall. Nach Schluß des Landtages, 9. September, ging die Proklamation in das Land hinaus. Bis zur nächsten Sitzungsperiode trat eine parlamentarische Ruhezeit ein; Radowitz rechnete auf einen Umschwung der Volksstimmung. Wenn diese Hoffnung sich erfüllte, war nach seiner Ansicht der Moment für Kammerauflösung und Neuwahl gekommen.

Friedrich Wilhelm hatte schon im Frühjahr ein Zusammentreffen mit Radowitz während des Herbstes am Rhein verabredet. Der König war am 4. September Zeuge der Grundsteinlegung zum Ausbau des Kölner Domes gewesen. Dort hatte er eine seiner glänzendsten Reden gehalten; namentlich die schwungvollen Worte auf die Einigkeit Deutschlands, die sich in der regen Teilnahme für die Vollendung des großen Bauwerkes betätigt habe, waren mit Begeisterung aufgenommen worden. Die Reise durch das Rheinland, wo bei Brühl die Manöver stattfanden, gestaltete sich zu einem wahren Triumphzuge. „Die Tage der frohen Erwartung" schienen noch einmal zurückgekehrt. Lange hatte Radowitz den König nicht in so gehobener Stimmung gesehen, als bei seinem Eintreffen auf Stolzenfels am 14. September. Bei der ersten Unterredung, welche die allgemeinen Weltverhältnisse betraf, ließ sich Friedrich Wilhelm ganz von seiner blühenden Phantasie fortreißen. Er habe drei Wünsche, sagte er: die Aufpflanzung des christlichen Kreuzes auf der Hagia Sophia in Konstantinopel, die Rückkehr des Elsaß und Lothringens zu Deutschland und die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums. Dann ging der König auf die preußischen Angelegenheiten über. Schon oft hatte er Radowitz zum Vertrauten seiner Pläne auf diesem Gebiete gemacht; in Stolzenfels aber ge-

schah es zum ersten Male, daß er ihm bestimmte Fragen vorlegte und zu schriftlicher Beantwortung derselben aufforderte.

Zwei Gegenstände waren es, die den König im Augenblick vornehmlich beschäftigten: die Versammlung der ständischen Ausschüsse und der Erlaß eines Preßgesetzes. Um die öffentliche Meinung über die Bestimmung der Ausschüsse aufzuklären, wünschte er vor allem die Ausarbeitung eines „Manifestes".

Bevor Radowitz in das Geheimnis gezogen worden war, hatte Friedrich Wilhelm über seine Pläne dem Fürsten Metternich Andeutungen gemacht. Der Staatskanzler, dem schon bei der Rede des Königs in Köln nicht wohl zu Mute gewesen war, hielt die Sache für sehr bedenklich. Der unheilvolle Einfluß, den er drei Jahrzehnte hindurch auf die Entwickelung der Verfassungsfrage ausgeübt hat, gehört zu den beklagenswertesten Erscheinungen in diesem Kapitel der preußischen Geschichte. Das apodiktische Wort, das er einst zur Zeit des Aachener Kongresses an Wittgenstein schrieb, daß die Einführung einer allgemeinen Landesrepräsentation die Auflösung des preußischen Staates bedeuten würde, hatte lange in der Seele Friedrich Wilhelms III. nachgewirkt und zu seiner allmählichen Abkehr von den freisinnigeren Tendenzen Hardenbergs wesentlich beigetragen. Metternichs Gedanken hatten sich seitdem nicht geändert. In einem Reskript an den Grafen Apponyi in Paris vom 30. Juli 1842 heißt es von Friedrich Wilhelm: „Ich fürchte, er ist auf dem Wege, alles umzustürzen, sein Land und ganz Deutschland."*)

Radowitz wurde nach dem Johannisberg gesandt, um die Befürchtungen Metternichs zu beschwichtigen. Über seine Unterredung mit dem Fürsten Clemens bemerkt er: „Der Hauptzweck Metternichs bei seiner Anwesenheit am Rhein war, den König über seine innere Politik zurechtzuweisen. Bei seinem Gespräch mit dem König hatte er selbst verlangt, daß ich zu ihm geschickt werde, um das Weitere zu besprechen, und der König beauftragte mich damit. Es gelang mir ziemlich gut, den alten Staatsmann in die Gedanken-

Königlichen Manifestes billigte er sehr, drang aber darauf, daß der Gesamtstände nicht erwähnt werde."

Vom Rhein begleitete Radowitz den König zunächst nach Freiburg, wo Friedrich Wilhelm am 23. September von der großherzoglichen Familie empfangen wurde. Da die Ankunft erst gegen Abend erfolgte, war für eine Erleuchtung des Münsters Sorge getragen: alle durchlaufenden Friese im Innern waren von unzähligen Lampen erhellt, die Pyramide des Turmes erstrahlte in bengalischem Lichte. „Der Empfang des Königs in Freiburg," schreibt Radowitz, „hatte das Merkwürdige, daß er fast die preußischen Städte überbot." Das eigentliche Ziel der Reise war das Fürstentum Neuchatel, und auch dorthin mußte Radowitz folgen. Die Ovationen, die dem König dargebracht wurden, erreichten hier ihren Höhepunkt. Radowitz berichtet darüber am 25. September: „Der Jubel ist wirklich unglaublich, die Festlichkeiten drängen sich und haben doch einen eigenen Charakter." Auf der Rückreise besuchte Friedrich Wilhelm den Hof in Darmstadt; der preußische Gesandte durfte dabei nicht fehlen. Bei der Verabschiedung von dem König in Frankfurt überreichte ihm Radowitz am 30. September zunächst den „Entwurf eines Manifestes bei Eröffnung der Ausschüsse". Wenige Tage später, am 4. Oktober, beendete er eine zweite Arbeit, eine Denkschrift, welche das ganze System der ständischen Reform zusammenfaßte.

Für die Beurteilung dessen, was der König im Sinne hatte, verdient die Denkschrift, als das ausführlichere Aktenstück, besondere Beachtung. Sie geht aus von einer scharfen Unterscheidung der unantastbaren Herrscherrechte und der den Ständen zu gewährenden Befugnisse. Alles, was den Schutz nach innen und außen, die Erhaltung des Rechtszustandes, die Sorge für die Armee und die Leitung der auswärtigen Beziehungen des Staates betrifft, ist als ein von der Regierungsgewalt untrennbares Attribut zu betrachten. Dagegen hat der König sich entschlossen, über alles, was mit der materiellen und geistigen Wohlfahrt der Untertanen zusammenhängt oder die Privatrechte der einzelnen berührt, den Rat und das Gutachten der Stände zu hören. „Zu den hierzu erforderlichen Verhandlungen des Königs mit seinen berechtigten Untertanen sind die ständischen Institutionen in ihren drei Gestalten bestimmt: Pro-

vinziallandtage, als die Basis des Ganzen, Ausschußtage, Gesamtlandtage. Form und Wirkungskreis einer jeden sind näher festzustellen."

„Den Gesamtlandtag, wenn ein solcher durch Kontrahierung neuer Staatsschulden zu irgend einer Zeit notwendig wird, gedenkt der König dann auch dazu zu verwenden, den Haushalt des Staates rechtlich zu ordnen. Er will im wesentlichen das bisherige Ausgabebudget als erfahrungsmäßiges Minimum des Staatsbedarfes zugrunde legen, den Teil ausscheiden, welcher wirklich aus Mitteln des Landes aufgebracht wird, und diesen durch den Gesamtlandtag als permanenten ordentlichen Landesbeitrag anerkennen lassen. Ist dann eine spätere Erhöhung dieses Teils der Einnahmen notwendig, so soll diese Erhöhung der Bewilligung der Stände unterzogen werden."

„In dem hier angedeuteten Gebäude der ständischen Monarchie findet der König die Freiheit verbürgt, welche er seinen Untertanen unverkürzt gewähren will. Sie besteht darin, daß jeder in dem vollen Genuß des ihm zustehenden Eigentums und der persönlichen Rechte vollkommen gesichert ist, sowohl gegen gewaltsame Störungen als gegen die Eingriffe der Staatsgewalt. So wie der König diese Freiheit sicherstellt gegen Regierungswillkür, so will er sie auch schützen gegen jede andere Art des Absolutismus. Ein solcher ist nun die moderne Repräsentativregierung, welche mit Vernichtung des gesamten historischen und gegebenen Rechtsstandes in die Hände einer Anzahl nach irgend einem mechanischen Modus gewählter Personen eine schrankenlose Befugnis legt. Das ständische Wesen ist eine Vertretung wirklicher Rechte, das Repräsentativsystem eine Vertretung von politischen Meinungen. Die Stände sind auf das Erhalten des wirklichen Rechtsstandes angewiesen und haben hierdurch eine reelle, stets erkennbare Basis. Die Repräsentanten hingegen haben keine andere Basis als die wechselnde der öffentlichen Meinung, daher auch gar kein Maß und kein positives Ziel ihrer Tätigkeit. Sie werden in der Wirklichkeit entweder die eigentlichen Regenten sein und dann eine auf Volkssouveränität gegründete

sehr es auch in verhängnisvoller Verblendung von vielen Zeitgenossen erstrebt wird, unvereinbar."

„Was in anderen europäischen Staaten gefährlich und widerwärtig auftritt, würde in Preußen geradezu tötend sein. Die Geschichte und der Geist der Monarchie schließt jene fingierte Selbstregierung durchaus aus; schon der bloße Versuch würde unheilbare Zerrüttungen herbeiführen. Der König ist daher in seinem Gewissen unwandelbar gebunden, nie diesen Weg zu betreten; mit Gottes Hilfe gedenkt er, der Welt zu zeigen, daß die deutsch-fürstliche Herrschaft eine wahrhaft freisinnigere sein kann als jene Repräsentativregierung, welche er daher im Namen Preußens und der Freiheit entschieden zurückweist."

Das Manifest schließt sich in den Motiven auf das engste an die Denkschrift an; doch behandelt es eingehender die Abgrenzung des Geschäftskreises der beratenden Körperschaften. Den Provinziallandtagen verbleiben nach dem Gesetz von 1823 die speziellen Angelegenheiten der Provinzen und die allgemeinen, soweit sie die Provinz angehen, die Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen, den persönlichen Rechten und den Steuern. Die Befugnis, Bitten und Beschwerden an die höchste Stelle zu bringen, wird den Provinzialständen ausdrücklich zuerkannt. Die Ausschußtage haben da einzusetzen, wo es sich um allgemeine Landesmaßregeln, um Ausgleichung abweichender Interessen oder um solche Gegenstände handelt, die in der Regel nicht an die Landtage gelangen. Dem aus allen Provinziallandtagen zusammengesetzten Gesamtlandtage bleibt, in Ausführung des Gesetzes vom 17. Januar 1820, die Beratung über die Kontrahierung neuer Staatsschulden vorbehalten.

„Hiermit schließt das Gebäude der ständischen Monarchie, und sind in dessen verschiedenen Teilen alle Bedingungen gegeben, um die Gerechtigkeit zu handhaben und die Wohlfahrt zu fördern. Indem Wir dieses offen aussprechen, verweigern Wir nicht Unseren Untertanen aus Besorgnis irgend einer Art ein größeres Maß von Freiheit, sondern Wir erklären, daß Wir diese Freiheit nicht auf einem anderen Wege als demjenigen suchen werden, welcher Uns bei gewissenhafter Erwägung Unserer Pflichten als Regent dieses Landes bestimmt vorgezeichnet ist."

Radowitz hat, wie aus den Memoiren hervorgeht,*) in diesen Schriftstücken die eigensten Gedanken des Königs wiedergegeben. Er selbst aber befand sich mit den Anschauungen Friedrich Wilhelms in völliger Übereinstimmung. Im wesentlichen atmen seine Ausführungen noch immer den Geist der politischen Theorien, für die er vor einem Jahrzehnt in dem „Berliner Wochenblatt" eingetreten war. Das Ideal, an dem er festhält, ist noch immer der christlich-germanische Staat und dessen Basis, die Erhaltung der ständischen Vorrechte. Die Konstitution bleibt für ihn eine fremdländische Wucherpflanze, die auf dem Boden der deutschen Rechtsentwickelung keinen Platz finden darf.

Und doch zeigen sich schon hier die ersten Keime einer Wandelung, die freilich nur sehr langsam fortschreitet, aber gerade deshalb in ihrem allmählichen Prozeß um so genauer verfolgt werden kann. Dieser Prozeß hat in demselben Augenblick begonnen, wo Radowitz zu der Erkenntnis des deutschen Berufes der preußischen Monarchie gelangt war. In einem Aufsatz des Jahres 1839 sagt er bereits: „Fasse ich die Erfahrungen der letzten Jahre zusammen, so finde ich, daß die bedingungslose enthusiastische Abneigung gegen jede andere Auffassung der sozialen und politischen Ordnung mehr zurückgetreten ist."**) Einen Schritt weiter führt jene Stelle in den Memoiren, wo der Verfasser im September 1841 das Bekenntnis ablegt: „Vielleicht ist die Aufgabe, einen Staat im Sinne der wahren alten Gerechtigkeit zu regieren, in unserer Zeit gar nicht lösbar."***) Das Grundprinzip ist damit nicht aufgegeben, aber es unterordnet sich der Notwendigkeit, innerhalb des ständischen Staatswesens Konzessionen zu machen.

Nichts ist leichter, als den Anachronismus nachzuweisen, an welchem die christlich-germanische Staatsidee leidet. Schon unter dem Einfluß der französischen Revolution, die auch an den inneren Zuständen Preußens nicht spurlos vorübergegangen war, hatte sich durch die Beseitigung aller Schranken für die Erwerbung des Grundbesitzes, die eingeleitete Befreiung des Bauernstandes von

durch die Verallgemeinerung der Volksbildung, mit der das Streben nach einer Verallgemeinerung der politischen Rechte unzertrennlich verknüpft war, eine neue Gesellschaftsordnung gebildet, die in keiner Weise mehr in die Formen des ständischen Verfassungsstaates eingefügt werden konnte. Auf der anderen Seite aber darf man nicht verkennen, daß Friedrich Wilhelm IV. von dem redlichsten Willen erfüllt war, den ständischen Körperschaften durch Erweiterung ihrer Rechte ein größeres Maß von Selbständigkeit zu gewähren, als ihnen bisher zuerkannt worden war. Insofern ist diesen letzten Versuchen des aufgeklärten Despotismus eine gewisse liberale Tendenz nicht abzusprechen. Dies bezeichnet denn auch den Standpunkt, den Radowitz damals einnahm. In dem Entwurf des Manifestes begegnen wir dem Satze: „Preußen ist ein Staat des Fortschrittes; auf keinem Punkte darf es hinter dem zurückbleiben, was sich als wahrhaft heilsam auf dem materiellen oder intellektuellen Gebiet erwiesen hat."

Die Eröffnung der Ausschüsse am 18. Oktober bewies, daß das Radowitzsche Manifest unbenutzt geblieben war; die Minister hatten sich gegen dasselbe erklärt. Man fand es nicht einmal für notwendig, den Verfasser über die Gründe aufzuklären. Der Ärger, den Radowitz darüber empfand, war rasch überwunden: desto tiefer haftete die Lehre, die er daraus zog, daß seine „irreguläre Mitwirkung an den Staatsgeschäften" ein Ende haben müsse.

Unmittelbar darauf begegnen wir ihm am Rhein. Die alte Freundschaft mit Reutern und Joukowski, die sich als eine unerschöpfliche Quelle geistiger und seelischer Anregung durch sein Leben zieht, veranlaßte ihn zu einer Reise nach Düsseldorf. Der unverwüstliche russische Dichter, dessen Lebensphilosophie in dem Satze gipfelte, Stillstand ist Tod, Bewegung — Leben,*) hatte im Juni 1841 den kühnen Entschluß ausgeführt, sich mit der fast vierzig Jahre jüngeren Tochter Gerhards v. Reutern, Elisabeth, zu vermählen. Zur Taufe des erstgeborenen Kindes, einer Tochter, war Radowitz als Pate eingeladen. Die wenigen Tage, die er am Rhein verlebte, gewährten ihm den reinsten Genuß. Joukowskis poetische

werke, einer Übertragung der Odyssee in das Russische — und der Verkehr mit Schadow und Gröben boten reichlichen Stoff zur Unterhaltung.

Von Düsseldorf ging Radowitz nach Frankfurt, wo die Bundesgeschäfte ihn auf längere Zeit festhielten. Da solche Fälle häufig vorkamen, hatte er eine kleine Wohnung gemietet, die als Absteigequartier für ihn und seine Familie ausreichte.*) Diesmal handelte es sich um die letzte Redaktion eines sehr umfassenden Berichtes über die Inspizierungen von 1841, dessen Ausarbeitung Radowitz als Referent der Militärkommission übernommen hatte. In Frankfurt erhielt er am 4. Dezember den Befehl des Königs, sich in Berlin einzufinden. Er ahnte sogleich, daß damit eine unheilvolle Wendung über seinem Haupte heraufzog. Seiner Gemahlin meldet er die unerwünschte Tatsache am 5. Dezember mit den Worten: „Über meine Wirksamkeit in Berlin täusche ich mich durchaus nicht. Der König ruft mich zu sich, weil er fühlt, daß der nächstjährige Zusammentritt sämtlicher Provinzialstände eine Krisis für seine Regierung ist, und er dieser gegenübersteht ohne ausgesprochenes System, beargwohnt und verlästert von allen Seiten und allen Parteien, zerworfen mit seinem Nachfolger und seinen Alliierten. Was kann ich hierbei tun? Nichts! Nähme ich die ganze Last mit auf meine Schultern, so würde ich es mindestens versuchen können, sie zum Ziele zu tragen. Da dieses aber nun einmal nicht möglich ist, so bringt meine rhapsodische Einwirkung nur noch ein Element der Verwirrung mehr hinzu.“

Es entsprach ganz den Verhältnissen, wenn sich Radowitz mit der Reise nach Berlin nicht allzusehr übereilte. Während der Weihnachtstage und über Neujahr hinaus verweilte er bei den Seinigen in Karlsruhe, am 6. Januar 1843 finden wir ihn in Frankfurt, wo er seinen Bericht über die Inspektionen, der vierhundert geschriebene Bogen stark geworden war, der Militärkommission vorlegte, und erst am 8. Januar traf er in Berlin ein, „fest entschlossen, nicht einen

und Thile. Über den Prinzen schreibt er am 10. Januar: „Das Vertrauen, was er mir schenkt, hat etwas wahrhaft Rührendes, da wir doch so verschiedene Charaktere sind."

Verweilen wir zunächst bei einigen allgemeinen Betrachtungen, die sich an den Aufenthalt in Berlin während der ersten Monate des Jahres 1843 knüpfen, so müssen wir alle die Stellen der Denkwürdigkeiten an unserem Geiste vorüberziehen lassen, in denen Radowitz sein Urteil über den Charakter des Königs und sein Verhältnis zu demselben niedergelegt hat. An der glühenden Verehrung für die Person und der hohen Meinung von den glänzenden Geistesgaben Friedrich Wilhelms hat er bis an das Ende seines Lebens festgehalten; in dem Glauben an die edelsten und reinsten Absichten des Königs ist er niemals wankend geworden. Aber auch die Schattenseiten in der Charakteranlage Friedrich Wilhelms hat er frühzeitig erkannt. Radowitz ist wohl einer der ersten gewesen, der den seitdem zum Überdruß wiederholten Vergleich mit Hamlet auf Friedrich Wilhelm IV. in Anwendung gebracht hat. Der badische Diplomat Franz v. Andlaw berichtet in seinen Erinnerungen aus dem Juli 1837: „Radowitz sagte mir in Mainz, er habe dem Kronprinzen für seinen Regierungsantritt als Motto die Worte Hamlets bestimmt: „Die Welt ist aus den Fugen; wehe mir, daß ich dazu berufen, sie wieder einzurichten."*) Dasselbe Zitat ist uns in dem ungefähr gleichzeitig niedergeschriebenen Abschnitt der Memoiren begegnet.**) Schon damals ist der Verfasser von der Besorgnis erfüllt, daß es dem Kronprinzen, wenn er dereinst zur Regierung gelange, an der nötigen Tatkraft für die schwierige Aufgabe der Begründung einer nach allen Seiten hin gefestigten Staatsordnung fehlen werde. Wohl hatte er dann im Jahre 1840 an den energischen Aufschwung der nationalen Politik des Königs die größten Hoffnungen geknüpft. Allein was damals in einem Augenblick patriotischer Erregung Deutschlands unternommen wurde, ging bei den Verhandlungen der nächsten Monate zum großen Teile wieder verloren. Nicht daß die deutsche Gesinnung des Königs eine Wandlung erfahren hätte, — in seinen Weisungen an die Bundes-

gesandtschaft kehrt unaufhörlich der Gedanke wieder, daß er in der Vertretung der allgemeinen Interessen Deutschlands die höchste Pflicht seiner Regierung erblickte, — aber unter der Last der Schwierigkeiten, die ihm in den Weg treten, erlahmt die Kraft seiner Entschlüsse.

Zu noch weit unheilvolleren Schwankungen führte die Behandlung der inneren Angelegenheiten Preußens. In einer Abhandlung, die im Frühjahr 1843 entstanden ist, hat Radowitz das Thema „Friedrich Wilhelm IV. und seine Aufgabe" einer ausführlichen Erörterung unterzogen. Nach seiner Meinung hätte der König gleich bei seinem Regierungsantritt ein bestimmtes Programm über seine Absichten in der Verfassungsfrage aufstellen müssen. Die sofortige Berufung der Ausschüsse wäre das erste Erfordernis gewesen, und die Vereinigung der Landtage zu einer Versammlung der allgemeinen Reichsstände hätte unmittelbar darauf folgen müssen. Seit wann Radowitz bei seinen vielfachen persönlichen Berührungen mit dem König die Gelegenheit wahrgenommen hat, ihn auf diese Richtung, in die er selbst doch erst allmählich einlenkte, hinzuweisen, läßt sich nicht mit Bestimmtheit feststellen; sicher aber ist, daß im September 1842 der König Radowitz gegenüber auf das tiefste beklagt hat, den schon im Jahre 1840 gefaßten Plan einer Berufung des Vereinigten Landtages nicht sogleich zur Ausführung gebracht zu haben.

Den Hauptgrund der Versäumnis sieht Radowitz darin, daß der König nach seiner Thronbesteigung sich nicht entschließen konnte, ein neues Ministerium zu bilden, das, einheitlich in sich selbst, fähig gewesen wäre, ein bestimmtes, nach dem Willen des Königs festgesetztes System durchzuführen. Aus den vielfachen Äußerungen Friedrich Wilhelms ging hervor, daß der König in beständigem Widerspruch mit seinen Räten lebte. Sein Hohenzollernblut verführte ihn zu der Illusion, daß die oberste Leitung der Staatsgeschäfte lediglich von ihm ausgehen müsse, und daß es auf die politische Ge-

getreten. Dazu kam die Gegenstellung des nächsten Erben der Krone, des Prinzen von Preußen, der den Gedanken der Ausschüsse bekämpfte, weil ein zwingender Grund für ihre Versammlung nicht vorliege, und der zuletzt seinen Widerspruch nur fallen ließ mit Rücksicht auf die in die weiteste Öffentlichkeit übergegangenen Verheißungen des Königs. Vom 18. Oktober bis 10. November 1842 hatten die Ausschüsse, die aus 96 Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte und des Bauernstandes zusammengesetzt waren, in Berlin getagt. Eine tiefere Teilnahme hatten sie im Lande nicht zu erwecken vermocht. Niemand wußte recht, was diese beratende Körperschaft, deren Befugnisse im unklaren blieben, zu bedeuten habe. Die Haltung der Versammlung war eine durchaus loyale gewesen, aber sie hinterließ ein Gefühl allgemeiner Unbefriedigung, und gerade deshalb regte sich in dem König um so mehr das Verlangen, seine Idee der allgemeinen Reichsstände zu verwirklichen.

Bei seinem Eintreffen in Berlin konnte es Radowitz nicht entgehen, daß allgemeine Ratlosigkeit in den ständischen Angelegenheiten die vorherrschende Signatur des Tages war. Den König fand er weit weniger zuversichtlich und regsam als vor wenigen Monaten. In bezug auf ihn schreibt er: „Er will aus dem Polizeistaate hinaus in den Rechtsstaat, aus dem mechanischen in den organischen. Aber der Despotismus seines Hauses, den er im Prinzip haßt und bekämpft, steckt ihm im Blute; daher seine Reizbarkeit gegen einzelne Störungen, überhaupt sein Mangel an Anerkenntnis des rein Menschlichen." Und an einer anderen Stelle: „Ich kann hier nichts Gutes wirken; leicht genug vermag ich den König auf meine Gedanken zu führen, die ja stets auch die seinigen sind. Bei der Ausführung scheitert aber alles an dem Unverständnis der Minister, oder es müßte über sie erzwungen werden, was für die Regierung höchst nachteilig und doch unfruchtbar wäre, da das Praktische immer wieder in ihre Hände fällt. Mein Wunsch kann nur sein, daß man mich ganz still und ungestört in meinem Bereiche lasse; ich verlange durchaus nichts, weder Beförderung noch Einfluß. Dieses habe ich gegen den König sowohl als gegen jedermann deutlich ausgesprochen."

In dieser Ansicht wurde Radowitz bestärkt durch eine neue Erfahrung, die er im Februar 1843 machen mußte. Der König hatte

ihm aufgetragen, seine Ansichten über eine Änderung des Preßgesetzes zu äußern. In der Denkschrift,*) die Radowitz Ende Januar ausarbeitete, stellt er an die Spitze den Satz: Die Zensur, wie sie jetzt besteht, hat nicht bloß die allgemeine Meinung gegen sich, sondern sie entspricht ebensowenig ihrem Zweck. Man darf nicht festhalten an einer Linie, auf der man sich nicht vorwärts, nicht rückwärts bewegen kann; daher ist es unerläßlich, zu einem neuen Verfahren überzugehen. Es muß ein Unterschied gemacht werden zwischen der eigentlichen Literatur und der Tagespresse. Was die erstere betrifft, so überlasse man den Gelehrten und Schriftstellern, die durch Rang, Stellung und literarische Leistungen hinreichende Bürgschaft gegen den Mißbrauch des freien Wortes gewähren, das Recht der „Selbst-Zensur". Nur für solche Schriftsteller, denen diese Bürgschaft fehlt, ist die Zensur beizubehalten. „Es soll hierdurch einerseits erreicht werden, daß das Geschäft des Zensors in mehrere und fähigere Hände verteilt wird. Anderseits aber auch steht zu erwarten, daß jüngere Literaten durch das Bedürfnis, sich die Vorteile der fakultativen Zensur zu verschaffen, getrieben werden, sich älteren und reiferen Beamten zu nähern und deren gute Meinung für sich gewinnen." Die Bestimmungen der Königlichen Order vom 4. Oktober 1842, nach welcher Druckwerke über zwanzig Bogen zensurfrei sind, wurden durch eine solche Einrichtung nicht berührt.

Der wesentlichste Gesichtspunkt muß darauf gerichtet sein, die Zensur von der polizeilichen Willkür zu befreien und ihre Ausübung auf richterliche Behörden zu übertragen. Bei jedem Oberlandesgericht wird ein Preßsenat, bei dem Obertribunal als Berufungsinstanz ein oberster Senat hierfür eingesetzt. Diese Preßgerichtshöfe sind „jeder administrativen Einwirkung oder Instruierung durchaus enthoben, lediglich an die Gesetze, die Gerichtspraxis und ihr Gewissen angewiesen. Eine ergänzende Preßgesetzgebung im Anschluß an die Bestimmungen des Landrechts, namentlich mit Rücksicht auf die Einführung des mündlichen Verfahrens, wird dabei ins Auge zu fassen sein."

daß die Hauptverantwortlichkeit nicht die Autoren, sondern die Verleger trifft. Wenn schon bei der Erteilung der Konzession die möglichste Vorsicht beobachtet wird, so hat es kein Bedenken, auch den Verlegern die Zensurberechtigung zu erteilen. Einzelne Überschreitungen werden von den Gerichtshöfen mit Verweisen, kleineren oder größeren Geldstrafen und, wenn die straffällige Tendenz aus einer größeren Anzahl von Artikeln erwiesen ist, mit zeitweiser Entziehung der Konzession geahndet. Aber auch hier steht der Willkür der Strafgewalt eine Schutzmaßregel gegenüber, die im liberalsten Sinne gedacht ist: dem Staatsanwalt steht zwar das Recht der Beschlagnahme zu; spricht der Gerichtshof jedoch die inkriminierten Artikel frei, so hat der Herausgeber das Recht der Klage gegen den Fiskus wegen Entschädigung, deren Höhe gesetzlich zu normieren ist.

Diese Vorschläge entsprachen ganz den Ansichten des Königs.*) Die unaufhörlichen Zensurstreitigkeiten waren ihm im Grund der Seele verhaßt. Niemand wußte besser als er, daß die Reklamationen gegen Beleidigungen der Staatsgewalt durch die Presse für seine Gesandten an den deutschen Höfen eine ununterbrochene Kette der widerwärtigsten Auseinandersetzungen bildeten. Am 20. Februar 1843 hielt der König eine Konseilsitzung ab, zu der neben den Ministern Alvensleben, Arnim, Bülow, Eichhorn, Savigny, Stolberg und Thile, Radowitz, Ludwig v. Gerlach und Karl v. Voß hinzugezogen wurden, und bei der auch die Ratschläge der Radowitzschen Denkschrift zur Sprache gebracht wurden. Radowitz schreibt darüber: „Jedermann ist dagegen, teils aus Gründen des Polizeistaates, teils aus politischer Besorgnis, teils aus bloßem Kritizismus. Der König hält fest, läßt sich ganz vortrefflich aus. Ich muß mich überzeugen, daß in einer so zugeschnittenen Regierung so tiefgreifende Veränderungen bedenklich sind." Radowitz hat zwar an den Beratungen, die zu der Verordnung vom 23. Februar 1843 über die Errichtung des Zensurwesens führten, teilgenommen, aber er verhehlte sich nicht, daß sie auf ganz anderen Grundsätzen beruhen, als den von ihm vorgeschlagenen.**)

auf, wie weit Radowitz sich bereits von seinen ehemaligen Parteigenossen innerlich losgelöst hatte. In einem Briefe an seine Frau vom 14. Januar lesen wir: „Heute abend werde ich bei Gerlachs sein; so angenehm mir ihre geistige Regsamkeit ist, und so umfassend auch unsere Berührungspunkte sind, so fühle ich doch deutlich, daß das Herz wenig mitspricht. Bei manchen weit untergeordneteren Naturen, die eine spätere Zeit mir zugeführt, kann ich sicher mehr auf einen Zusammenhang der Liebe zählen, als bei den ganz in Abstraktionen aufgegangenen Leuten dieses Kreises. Eben jene Eigenschaft, daß sie die Dinge formell abstrakt und ohne Gefühl für die innere Wahrheit an den Personen betrachten, macht die Gerlachs, Voß' und so manche andere unfähig, wirklich Großes und Erfolgreiches zu leisten."

Diesem Bericht zur Seite steht das gleichzeitige Urteil Leopold Gerlachs über Radowitz. In seinen Denkwürdigkeiten*) erzählt Gerlach: „Am 8. Januar ist Radowitz angekommen. Presse und Stände sind die Dinge, über die er mit dem König verkehrt. Was die Presse anbetrifft, so will er die Zensur für die Zeitungen aufheben und Redaktoren ernennen: das knallt, ist aber nicht viel dahinter. Der Gedanke wäre richtig, wenn Einheit, Prinzip, Kraft in der Regierung wäre; bei dem jetzigen Zustande aber würde man statt einer zwölf Staatszeitungen haben und diese so behandeln, wie man jetzt die Staatszeitung behandelt. Radowitz ist doch ein bedenklicher Ratgeber des Königs. In einem langen Gespräch am Donnerstag ist meine alte Liebe zu ihm wieder erwacht. Er hat eine große Gedanken-Präzision bei bedeutender Ideen-Armut." Wenn unmittelbar darauf gesagt wird, der König hätte besser getan, mit seiner alten Partei, deren Haupt er als Kronprinz war, zu regieren, so erklärt sich der seltsame Vorwurf der „Ideen-Armut" in sehr begreiflicher Weise aus dem Gegensatz der politischen Anschauungen, der sich im Laufe der Jahre zwischen den Gerlachs und Radowitz entwickelt hatte.

In der Stimmung, in der er sich befand, begann Radowitz sich auch der Hofgesellschaft zu entziehen. Die Mitwirkung bei einem großen Maskenfeste am 28. Februar, auf welchem er im Gefolge

*) I, S. 89 f.

des Königs unter den zwölf Gefährten Karls des Großen als Bischof Turpin erscheinen sollte, lehnte er ab. Seiner Frau schreibt er: „Das Entsetzen von Redern,*) als ich ihm erklärte, daß ich bei dergleichen Narrenstreichen nicht zu brauchen wäre, kannst Du Dir nicht vorstellen." Trotzdem entschloß sich Friedrich Wilhelm sehr schwer, ihn von sich zu lassen. Es hätte nicht viel gefehlt, so hätte er ihn noch einmal nach Wien gesandt, um Metternich für eine Änderung der Preßgesetzgebung des Bundes günstig zu stimmen. Erst als Radowitz vorstellte, daß diese Mission ganz aussichtslos sein würde, gab der König nach.

In der diplomatischen Welt war man nach wie vor überzeugt, daß der König mit der Absicht umgehe, Radowitz in seine Umgebung zu ziehen. Und in der Tat hat Friedrich Wilhelm diesen Wunsch mehrmals ausgesprochen; Radowitz aber blieb fest. Zuletzt sagte Friedrich Wilhelm: „Ich komme mir mit Ihnen vor, wie zwei Liebende, die sich nicht heiraten und auch nicht entschließen können, sich zu trennen." Als sichtbares Zeichen der fortdauernden Gnade erhielt Radowitz das Brustbildnis des Königs in Lebensgröße, von Krüger gemalt. In der festen Voraussicht, so bald nicht an den Hof zurückzukehren, verließ er am 12. März Berlin. Unterwegs hatte er in Kassel eine Besprechung mit dem Marburger Professor der neueren Literatur, Victor Aimé Huber, den der König auf seine Empfehlung als Herausgeber einer neu zu begründenden offiziellen Zeitschrift nach Berlin zu berufen wünschte. Huber ging auf den Antrag ein, jedoch mit der Bedingung, daß ihm eine Professur an der Berliner Universität verliehen würde. Da der Kultusminister Eichhorn dies genehmigte, trat bald darauf unter Hubers Leitung die literarisch-politische Zeitschrift „Janus" ins Leben.**)

Seit dem Frühjahr 1843 tritt in dem geistigen Interessenkreis, den Radowitz umfaßte, die Beschäftigung mit den inneren Angelegenheiten Preußens mehr in den Hintergrund, und sein Hauptaugenmerk richtet sich auf die Gesamtverhältnisse Deutschlands. Schon in der erwähnten Schrift über die Aufgaben der Regierung

Friedrich Wilhelms IV.*) vertieft er sich in die Frage, was hätte geschehen müssen, um den deutschen Beruf Preußens zu einer realeren Wirksamkeit zu erheben. „Es ist seit 1840," schreibt er, „ein durch alle Lande und Parteien ziehendes Sehnen nach Einheit und Nationalität erwacht; wer dieses zu ergreifen weiß, wen Deutschland als den Vertreter dieses Gedankens ansieht, der ist der Mann der Nation! Dieses zu werden, hierzu war der König berufen, wie niemand vor ihm; er hat alle Eigenschaften dazu in ganz ungewöhnlichem Maße. Gemütreich, ideenvoll, edel, aufopfernd, deutsch durch und durch, — ein solcher Charakter ist an die Spitze eines Reiches gestellt, das im Vaterlande berufen scheint, die Zukunft Deutschlands zu repräsentieren."

„Auf drei Gebieten muß das Leben des Bundes hervorbrechen: auf dem der Wahrhaftigkeit, des Rechtsschutzes und der materiellen Interessen." Auf dem militärischen Gebiete ist durch die erhöhte Kriegsbereitschaft und die fortifikatorische Sicherstellung Süddeutschlands einiges erreicht, aber es fehlt noch vieles. Gemeinsame Feldzeichen und Wappen, Gleichheit des Kalibers, der Reglements, des Gerichtsverfahrens. Das wirksamste Mittel für den Rechtsschutz würde es sein, wenn man danach strebte, „die Attributionen der ehemaligen Reichsgerichte, deren Mangel so tief empfunden wird, in der Bundesversammlung zu erneuern, und zwar in erhöhtem Maße, da hier kein privilegium de non appellando schützen könnte. Die ersten Erkenntnisse des Bundes gegen eines der größeren Bundesglieder in irgend einem jener mehr publizistischen Streitigkeiten zwischen Privaten und Regierungen, die man bisher stets zu umgehen gewußt hat, würde von unberechenbarer moralischer Wirkung sein. Wenn es bis dahin gediehen sein wird, daß auch die Konflikte zwischen den Ständen und den Regierungen, insofern sie rechtlicher Natur sind, stets zur Kognition des Bundes gelangen, dann wird wiederum eine wahre Rechtsbasis für die deutsche Nation gewonnen sein."

Vollends auf dem Feld der materiellen Interessen „ist für den Bund nicht weniger als alles zu tun: hier gilt es, das Gemeinsame

der schon im Jahre 1839 von Radowitz vorgeschlagenen Mittel hat im Laufe der Zeit erheblich an Umfang gewonnen. Die Hauptpunkte, für die er plädiert, sind: Ausdehnung des Zollvereins über ganz Deutschland, Einheit des Münzsystems, der Maße und Gewichte, deutsche Schiffahrt und Kolonisierung, Regelung des Auswanderungswesens, allgemeine Durchführung eines Eisenbahnnetzes, gemeinsame Heimatsrechte, ein allgemeines Gesetzbuch für Deutschland, namentlich auf dem Gebiet des Strafrechtes, Begründung eines Bundeskreditsystems. „Das Aufbringen gemeinsamer Geldmittel würde eins der stärksten Bande des Zusammenhaltens sein. Der Bund bedarf ebenso gemeinschaftlicher Finanzen und einer gemeinsamen Vertretung gegen das Ausland, als er eine gemeinsame Kriegsmacht erhalten hat. Erst dann nimmt er seine wahre Stellung unter den Weltmächten ein."

Die Begründung eines einheitlichen Münzsystems hatte Radowitz bereits im Jahre 1842 in einer Denkschrift behandelt, die er dem König vorlegte. Er empfahl, statt der norddeutschen Taler die Ausprägung einer Münze im Werte von zwei süddeutschen Gulden.*) Ein Gutachten über ein Eisenbahnsystem des Bundes hatte er dem König im Januar 1843 überreicht. Er befürwortete die Aufstellung eines einheitlichen Planes für die Hauptlinien des deutschen Eisenbahnnetzes und die Ausführung desselben auf Kosten des Bundes, mit Hilfe einer Bundesanleihe. Die Quote, welche die einzelnen Staaten zu übernehmen hätten, sollte sich nach der Meilenzahl richten, die auf ihr Territorium entfiel. Der Ausbau der Zweiglinien blieb den Regierungen überlassen.

Alle diese Ziele, heißt es am Schluß der Denkschrift, müssen in ein zusammenhängendes System gebracht werden. Ist dies geschehen, so fordere man Österreich auf, die Ausführung in die Hand zu nehmen. Versagt die Präsidialmacht ihre Zustimmung, so darf Preußen sich nicht scheuen, am Bunde selbständig vorzugehen.

Als das notwendigste Mittel, um das Ziel zu erreichen, bezeichnet Radowitz „die Allianz mit der öffentlichen Meinung in

welche die Verhandlungen des Bundes einer beständigen und allgemeinen Kontrolle unterwerfen würde, hofft er ein Gegengewicht zu schaffen „gegen die Klippen des Egoismus, des Eigensinnes und der Halbheit", an denen die Aufgabe des Bundes bisher gescheitert war.

Die Denkschrift vom Mai 1843 ist die Grundlage des nationalen Programms, an dem Radowitz festgehalten hat, bis er durch die Revolution von 1848 auf andere Bahnen geleitet wurde. Vergleicht man mit diesen vorwärtsstrebenden Ideen den tatsächlichen Verlauf der Bundesangelegenheiten während der nächsten Jahre, so wird es nur allzu erklärlich, daß in dem Herzen des deutschen Patrioten jenes schmerzliche Gefühl der Unbefriedigung entstehen mußte, welches den Grundton der letzten Abschnitte seiner Denkwürdigkeiten bildet.

Nachdem der Bericht über die Inspektionen des Bundesheeres im Druck vervielfältigt*) und den Bundesregierungen mitgeteilt worden war, entwickelte sich aus diesem mühsam zustande gekommenen Werke eine unerschöpfliche Quelle von Einwendungen und Gegenvorstellungen. Von allen Seiten wurde der Militärkommission eine Überschreitung ihrer Kompetenzen vorgeworfen. Während sie lediglich als eine militär-technische Behörde zu betrachten sei, habe sie sich die Rechte einer Körperschaft angemaßt, die durch ihre Beschlüsse dem hohen Bundestage Gesetze vorschreiben wolle. Die Musterungsberichte seien viel zu sehr ins Detail eingegangen; sie hätten sich über die Rücksicht auf die Eigentümlichkeiten der Wehrverfassung in den Einzelstaaten hinweggesetzt und stünden im Widerspruch mit dem Artikel VIII der Bundeskriegsverfassung, welcher lautete: „Nach der grundsätzlichen Gleichheit der Rechte und Pflichten soll selbst der Schein von Suprematie eines Bundesstaates über den andern vermieden werden."

Wir würden die Geduld des Lesers auf eine harte Probe stellen, wollten wir ihn in das Labyrinth der Reklamationen einführen, die fast von allen Seiten erhoben wurden. Die meisten Skrupel verursachte die von der Militärkommission festgehaltene Forderung der Vermehrung des Offizierkorps schon im Friedensetat

*) Die Druckkosten beliefen sich für 520 Seiten Text in Folio auf 3000 Gulden.

und die Herstellung eines engeren Verbandes zwischen Hauptkontingent und Reserve. Und noch allgemeiner war der Widerspruch gegen die Forderung, daß die Reserven alljährlich auf einige Wochen zu Übungen eingezogen werden müßten. In mehr als einem Falle regte sich der Verdacht, daß Preußen darauf ausgehe, die mittleren und kleineren Staaten zur Annahme des Landwehrsystems zu zwingen. Der Name des preußischen Kriegsministers leistete diesen Besorgnissen einen nicht unwesentlichen Vorschub. In der Tat hat sich Boyen wiederholt in dem Sinne ausgesprochen, daß die Einrichtung der Landwehr das beste Mittel sein würde, um dem Heerbann der süddeutschen Staaten einen festen Halt zu verleihen.*) Vom rein militärischen Standpunkt aus gab Radowitz ihm recht, aber er riet davon ab, die Angelegenheit weiter zu verfolgen, da sie unausführbar sei, und der König stimmte ihm zu.

Unter solchen Verhältnissen war es nicht zu verwundern, daß die geschäftliche Erledigung der Musterungsberichte sich in das Unabsehbare verschleppte. Die Militärkommission gab am 1. Juli ihr Votum ab, das dann mit Mühe und Not am 16. August 1843 zum Vortrag im Plenum gelangte — unmittelbar vor den Bundestagsferien, damit den Regierungen die nötige Zeit zur Beantwortung gelassen werde. Die Abstimmung wurde von dem Präsidialgesandten auf den 1. April 1844 anberaumt.

In den ersten Tagen des August 1843 unternahm Radowitz eine Inspizierung der Festungsbauten bei Rastatt. Die Erdarbeiten waren so weit gediehen, daß die Aushebung der Gräben und die Aufwerfung der Schanzen auf der dem Feinde zugekehrten Seite mit einiger Sicherheit bis zu Anfang des nächsten Jahres vollendet sein konnten. Wurde in diesem Tempo weiter gearbeitet, so war Aussicht vorhanden, den ganzen Bau statt in zehn Jahren, wie der ursprüngliche Anschlag lautete, schon in sieben Jahren, bis 1849, zu beendigen. In einem Bericht vom 10. August**) sprach sich Radowitz mit großer Beruhigung über die künftigen militärischen Verhältnisse der Festung aus. Landau, Germersheim und Rastatt

*) Boyen an Thile, 11. März 1842. Geheimes Staatsarchiv, Organisation des Bundesheeres, Band 9.

**) Geheimes Staatsarchiv Berlin, Akten, betr. das Festungsreglement.

bildeten in ihrer Gesamtheit ein fortifikatorisches System, das den deutschen Truppen einen festen Stützpunkt an beiden Ufern des Rheins gewährte. Trat der Kriegsfall ein, so war dem VII. und VIII. Bundeskorps in Verbindung mit einem preußischen Hilfskorps die Möglichkeit gegeben, zwischen den festen Plätzen einen energischen Bewegungskrieg zu führen und selbst einen übermächtigen Feind längere Zeit aufzuhalten.

Weit bedenklichere Schlüsse zog Radowitz aus den möglichen politischen Folgen des Festungsbaues in Rastatt. Das Streben der Territorialregierungen, sich dem Einfluß des Bundes zu entziehen, hatte dahin geführt, daß durch den Bundesbeschluß vom 26. März 1841 der Besitz der Festung fast ganz in die Hand eines Staates gelegt worden war; denn das Großherzogtum Baden stellte im Frieden die ganze Besatzung, im Kriege zwei Dritteile derselben, und die Festungsbehörden waren lediglich von dem Landesherrn abhängig. Weit entfernt, in die nationale Gesinnung des Großherzogs Leopold, dem er persönlich nahegetreten war, auch nur das leiseste Mißtrauen zu setzen, fühlte Radowitz sich doch verpflichtet, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die entstehen könnten, wenn sich die Verhältnisse Badens in der Zukunft anders gestalten sollten. Eine weniger zuverlässige Regierung konnte leicht der Verführung erliegen, sich mit ihrer ganzen Kriegsmacht in die Festung einzuschließen und tatenlos den Gang der Kriegsereignisse abzuwarten. War das Kriegsglück dem Feinde günstig, so konnten sich leicht alle Stadien der Rheinbundzeit wiederholen: Waffenstillstand, Neutralität, Übergang zu den Franzosen.

Indem Radowitz dem König diesen Gegenstand vorträgt, weist er darauf hin, daß es nur noch ein Mittel gebe, den Fehler des Bundesbeschlusses wieder gut zu machen: die Aufstellung eines Festungsreglements, durch welches die dem Bunde entzogenen Rechte der obersten Leitung wenigstens teilweise wieder hergestellt werden könnten.

Was von Rastatt galt, fand in gewissem Sinne seine Anwendung auch auf Ulm, wenn auch in beschränkterem Maße, weil hier, namentlich in Kriegszeiten, der Einfluß Österreichs den territorialen Interessen Bayerns und Württembergs die Wage hielt. Seit der unter preußischer Vermittelung zustande gekommenen Konvention

vom 16. Februar 1842*) war für die Regelung der Kommando- und Garnisonverhältnisse in Ulm nichts geschehen. Die Verhandlungen, die darüber zwischen den süddeutschen Regierungen geführt wurden, rückten nicht von der Stelle. Die künftige Ausarbeitung des Festungsreglements schwebte wie ein drohendes Gespenst über der Militärkommission, und Radowitz selbst machte kein Hehl daraus, daß man ihr bisher nur deshalb aus dem Wege gegangen sei, weil sie mit endlosen Differenzen unter den Beteiligten verknüpft sein würde. Mit unendlicher Mühe hat Radowitz, wie wir sehen werden, auch diese Angelegenheit in den nächsten Jahren auf die richtige Bahn gebracht. Einen Gesichtspunkt, der in den Vordergrund gestellt werden müsse, hob er schon damals hervor. Da die Kriegsbesatzung von Rastatt auf mindestens zehntausend Mann festzusetzen sei, so erschien es fraglich, ob die badische Regierung imstande sein werde, die vollen zwei Dritteile derselben zu übernehmen. Wenn sie ihr gesetzmäßiges Kontingent dazu verwendete, mußte die Vollzähligkeit des VIII. Korps im Felde eine schwere Einbuße erleiden; ungenügend geschulten Reserven und Landwehren aber durfte die Festung nicht anvertraut werden. Radowitz riet, vor dem Erlaß des Reglements an die badische Regierung die Frage zu richten, wie sie ihrer Pflicht zu genügen gedenke. Er nahm an, daß Baden dann in die Lage geraten würde, Truppen anderer Staaten in die Festung einzulassen, — und damit war nach seiner Ansicht schon viel gewonnen.

Mit dem größten Eifer ging Friedrich Wilhelm IV. auf diese Ausführungen ein. Zu dem Bericht vom 10. August machte er die eigenhändige Bemerkung: „Diese Ansichten und Vorschläge verdienen die reiflichste Überlegung. Ich habe von jeher die Furcht ausgesprochen, daß Rastatt eine Schwächung der Bundeskräfte bedingt, ja daß es sehr leicht zur Offensiv-Waffe gegen Teutschland werden kann, durch Schwäche, Furcht oder Verrat der Regierung oder der Besatzung. Um dem vorzubeugen, müssen wir auf Bundesdiplomatischen Wegen alles tun, was wir nur vermögen."

Zum ersten Male seit Jahren durfte Radowitz sich eine kurze Erholung gönnen. Er ging von Rastatt über Schaffhausen an den Züricher See, von dort nach Ragaz, Pfäffers und Chur über den

*) Vgl. S. 361.

Splügen und den St. Bernhard nach Bellinzona. Am Lago Maggiore erinnerte er sich lebhaft seiner italienischen Reise mit dem Prinzen August, der vor wenigen Wochen, am 16. Juli, aus dem Leben geschieden war. Dann trat er den Rückweg über den St. Gotthard an, wo das Hospiz ihn gastlich aufnahm, und durchstreifte das Berner Oberland. Der größte Teil der Reise wurde zu Pferde zurückgelegt, täglich neun bis zehn Stunden. Auf diese Weise ermöglichte er es, in vierzehn Tagen einen großen Teil der Schweiz zu bereisen. Am 28. August traf er über Basel und Straßburg wieder in Karlsruhe ein.

In den nächsten Monaten waren es hauptsächlich die ständischen Verhandlungen im Großherzogtum Baden, die seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen. Der von ihm erhoffte Umschwung der öffentlichen Meinung*) war nicht eingetreten; die Regierung erlitt bei den Ersatzwahlen im Oktober 1843 eine so vollständige Niederlage, daß der Minister Blittersdorf noch vor der Eröffnung der Kammern seinen Abschied nahm. Der bisherige Bundestagsgesandte von Dusch wurde sein Nachfolger. Radowitz schätzte ihn wegen seines Charakters und wegen seiner deutschen Gesinnung, und da Dusch ihm das größte Vertrauen schenkte, wurde Radowitz immer tiefer in die parlamentarische Aktion hineingezogen. Auch diese Beziehungen blieben nicht ohne Einfluß auf die Wandelung seiner politischen Ansichten. Er erkannte sehr wohl den inneren Zusammenhang, der zwischen dem Fortgang der preußischen Verfassungsfrage und dem ungestümen Vordringen des Liberalismus in Süddeutschland bestand. Der Verlauf, den die Tagungen der Stände in den preußischen Provinzen im Frühjahr 1843 genommen hatten, war in den konstitutionellen Staaten des Südens nicht unbemerkt geblieben. Die widerspenstige Adresse des Posener Landtages, die den Gegensatz der Nationalität auf die Spitze trieb, und der Petitionssturm auf dem rheinischen Landtage**) hatten an den Höfen, an denen Radowitz beglaubigt war, große Besorgnisse erweckt. Namentlich in Baden war bei den Konservativen und Gemäßigten die Überzeugung allgemein, daß ein Sieg des Liberalismus in Preußen alle Dämme zerreißen würde, welche die süddeutschen Regierungen bisher den radikalen Tendenzen entgegengesetzt hatten.

*) Vgl. S. 369. — **) Vgl. H. v. Treitschke, V, 259 ff.

Sehr beachtenswert ist die Stellung, die Radowitz in diesem kritischen Momente einnahm. So sehr er daran festhielt, daß der König sich nicht aus den Bahnen der ständischen Verfassung drängen lassen dürfe, erklärte er sich doch, im Widerspruch mit dem Ministerium Arnim, gegen eine allzu große Beschränkung des Petitionsrechtes der Landtage. In einem Bericht an Friedrich Wilhelm IV. vom 22. Juli 1843 hatte er geschrieben: „Wenn die Provinzialstände sich selbst aufgäben und von dem Volk aufgegeben würden, so würde die Behauptung, daß provinzielle, ständisch gegliederte und beratende Deputierte der Regierung gegenüber nicht das Interesse des Volkes und der Zeit zu vertreten vermöchten, zur allgemeinen Meinung geworden sein, und die erneuerte gesteigerte Forderung nach einer wahren Repräsentation wäre die unmittelbare Folge hiervon gewesen."

Mit lebhaftem Interesse verfolgte Radowitz ferner die bei den badischen Liberalen immer deutlicher hervortretende Tendenz, die nationalen Interessen in ihr Programm aufzunehmen und von diesem Standpunkt aus die passive Haltung des deutschen Bundes einer vernichtenden Kritik zu unterziehen. Dem am 23. November 1843 eröffneten Landtage lagen drei Gesetzentwürfe vor, die sich auf die Trennung von Justiz und Verwaltung, auf ein neues Strafgesetzbuch und auf eine Reform des Strafverfahrens bezogen. Im engsten Zusammenhange hiermit erneuerte die Zweite Kammer gleich in den ersten Wochen der Tagung einen schon mehrfach gestellten Antrag auf Gewährung der Preßfreiheit. Der Großherzog, der die Radowitzsche Denkschrift über die Umgestaltung des Preßwesens gelesen hatte, wäre bereit gewesen, das Prohibitivsystem fallen zu lassen und an Stelle desselben den Schiedsspruch der Gerichte zu setzen. Die liberale Partei jedoch, für die Karl Matthy mit großer Beredsamkeit das Wort ergriff, verlangte nicht nur Aufhebung der Zensur, sondern Verweisung der Preßprozesse an die Schwurgerichte, deren Einführung damals einen Hauptpunkt in dem Kampfe zwischen der Regierung und den Ständen bildete. Da das Ministerium die Ablehnung des Antrags durch Berufung auf das Bundespreßgesetz von 1819 begründete, so ließ der Landtag sich die willkommene Gelegenheit nicht entgehen, gegen die Ausnahmegesetze des Bundes, von den Karlsbader Beschlüssen an, zu Felde zu ziehen. Die Schluß-

folgerung Matthys lautete: „Ein Volk, dessen edelste geistige Tätigkeit unwürdige Fesseln trägt, kann auch seine materiellen Hilfsquellen nicht gehörig entwickeln und wird in seinen Beziehungen nach außen weder geachtet noch anerkannt.“*) Bereits im Jahre 1831 hatte Welker auf die Notwendigkeit einer „Deutschen National-Repräsentation“ hingewiesen; im April 1844 kam die badische Ständekammer auf diese Forderung zurück. Da die Bundesversammlung weder den Willen habe, noch die Mittel besitze, um die Gesamtinteressen der Nation zu fördern, so müsse dem Volke eine entscheidende Stimme in der Leitung der Bundesangelegenheiten eingeräumt werden.**) Die Herabsetzung des Bundestages war seitdem das ausgesprochene Ziel der Oppositionspartei, und dieser gefährliche Ansteckungsstoff verbreitete sich vom Süden aus epidemisch über ganz Deutschland.

Als der Landtag während des Sommers 1844 vertagt wurde — in acht Monaten war noch nicht einmal das Budget erledigt — benutzte Radowitz die Zeit, um seinen Geschäften in Frankfurt nachzugehen. Es waren schwere Tage, die er dort durchlebte. Am 28. Juli 1844 erhielt er die erste Kunde von dem Attentat, welches der Bürgermeister von Storkow, Tschech, am 26. auf Friedrich Wilhelm verübt hatte. Mit zerrissener Seele schreibt er seiner Gemahlin. „Als der König zum Antritt seiner Reise***) in Berlin in den Wagen stieg, hat ein Mensch auf ihn geschossen. Gottes Barmherzigkeit hat die Kugel abgewendet, der Mörder ist verhaftet.“ Am Tage vorher, als der Vorfall noch unbekannt war, hatte ihm die Prinzessin von Preußen, die sich mit ihrem Gemahl in Homburg aufhielt, ernste Andeutungen über die schlimmen Zustände in Preußen gemacht. „Denke Dir nur, in Deutschland“, fährt er fort, „in einem Lande, wo dergleichen unerhört ist! Der moralische Eindruck wird enorm sein und sicher äußerst nachhaltig. Die Regierung dieses Königs ist das Tragischste, was zu denken ist. Der Nimbus, der um Preußen schwebte, wird furchtbar abgestreift, und unter diesem König, dem besten, der dieses Land seit Anbeginn regiert hat! Verzeih' mir, wenn ich nicht weiter schreibe; ich bin noch zu erschüttert.“

war inzwischen durch die Klippen der Bundesberatung hindurchgesteuert. Der festgesetzte Termin für die Abstimmung, 1. April 1844,*) war zwar von mehreren Regierungen nicht innegehalten worden, aber am 20. Juni war man endlich so weit, daß die Beschlüsse des Militärausschusses durch das Präsidium der Bundesversammlung vorgelegt werden konnten. Graf Münch-Bellinghausen ging in der Formulierung der Vorschläge sehr behutsam zu Werke, indem er sich darauf beschränkte, die Beseitigung der gerügten Mißstände den Bundesgliedern lediglich zur Erwägung anheimzustellen. Nur in einem Punkte setzte Preußen seinen Willen durch. Radowitz hatte dafür gewirkt, daß die Militärkommission eine Wiederholung der Musterung, die im Jahre 1846 stattfinden sollte, in Anregung brachte. Dagegen waren Württemberg und einige andere Staaten, dafür Österreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover; der Antrag erhielt die Majorität.

Alle Arbeiten, die mit der ersten Inspektion zusammenhingen, hat im wesentlichen, teils von Frankfurt, teils von Karlsruhe aus, Radowitz geleitet. Die Erstattung des Berichtes über die zweite Musterung der Reserve-Infanterie-Division, die ebenfalls im Jahre 1841 vorgenommen worden war, überließ er seinem Stellvertreter From, dessen Bericht in der Militärkommission am 16. August 1843 und in der Bundesversammlung am 25. April 1844 beraten worden war. Im ganzen gewährten die Fortschritte, welche die Organisation der vereinigten Kontingente seit 1836 gemacht hatten, ein erfreuliches Bild. Die Gleichförmigkeit der Bewaffnung ließ nur wenig zu wünschen übrig, und die Präsenzziffer hatte fast allenthalben eine Steigerung erfahren; nur die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere sowie die Bereithaltung der Reserve entsprach nicht den aufgestellten Anforderungen.

In dem Wirkungskreise der Militärkommission standen noch immer die Festungsbauten im Vordergrunde. Da von den erforderlichen Kosten — siebenundzwanzig und eine halbe Million Gulden — nur etwa neun Millionen vorrätig waren, mußten achtzehn Millionen durch Matrikularbeiträge aufgebracht werden, die in gleichmäßigen, jedesmal zu Michaelis fälligen Raten auf zehn Jahre

*) Vgl. S. 387.

verteilt wurden. Das beste Geschäft dabei machte das Frankfurter Bankhaus Rothschild, bei dem die eingehenden Zahlungen, gegen Verzinsung mit drei und einhalb, später nur mit drei Prozent, niedergelegt wurden.

Die technische Seite des Baues vertrat in der Militärkommission für Ulm Rodiczky, für Rastatt Radowitz; neben ihnen bestand ein Ausschuß für die Verwaltungsangelegenheiten, die außerordentlich mannigfach waren. Zur Heranschaffung des Materials mußten Eisenbahnen gebaut werden; zwanzig- bis dreißigtausend Arbeiter waren bei dem Bau beschäftigt. Große Mühe machte die Erwerbung des Terrains, da die Preise für die anzukaufenden Häuser und Grundflächen durch die Spekulation gewaltsam in die Höhe getrieben wurden. Soweit es sich um fiskalisches Eigentum handelte, nahmen auch die Regierungen keinen Anstand, sich auf Kosten des Bundes zu bereichern. Im August und September 1844 war man so weit, daß die Anschläge für die Artillerieausrüstung entworfen werden konnten. Eine andere Frage, die viel Staub aufwirbelte, war die Veranstaltung einer Feier zur Grundsteinlegung in beiden Festungen. Friedrich Wilhelm IV. wünschte eine Festlichkeit im großen Stil, um dem Ausland gegenüber die Einheit Deutschlands zu betonen. Deshalb hatte er im Jahre 1843 vorgeschlagen, die Grundsteinlegung mit dem tausendjährigen Jubiläum des Vertrages von Verdun zu verbinden. Dieser Gedanke scheiterte jedoch an dem Widerspruch der Regierungen, denen schon die geschichtliche Erinnerung an das Deutsche Reich gefährlich erschien. Die Feier für Ulm und Rastatt wurde endlich auf den 18. Oktober 1844 festgesetzt. Sie hielt sich an beiden Orten in den denkbar bescheidensten Grenzen; in Rastatt beteiligte sich weder der Großherzog noch der badische Kriegsminister v. Freydorf, und auch Radowitz zog es vor, durch Abwesenheit zu glänzen. Acht Jahre lang hatte er für Rastatt gekämpft; dieses Verdienst genügte ihm; die äußeren Ehren mochten andere einheimsen.

In dem badischen Landtage, der im Herbst 1844 wieder zusammentrat, waren inzwischen die genannten Gesetzesvorlagen*) mit zahllosen Amendements fünfmal zwischen der Ersten und Zweiten

*) Vgl. S. 391.

Kammer hin- und hergeschoben worden. Der Sache mußte endlich ein Ende gemacht werden. Radowitz war für Zurückziehung der Entwürfe. Dazu aber mochte Leopold in seiner milden Gesinnung sich nicht entschließen. Durch Ernennung des Präsidenten der Zweiten Kammer Johann Baptist Bekk zum Minister des Innern machte er der Opposition ein Zugeständnis, durch das wenigstens die Strafgesetze zur Verabschiedung gelangten. Keine Partei errang einen unbedingten Sieg: die Regierung gab die Mündlichkeit des Strafverfahrens zu, aber sie verweigerte die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen und die Jury. Radowitz war der Ansicht, daß die Session mit einer Niederlage der Staatsgewalt endige, denn die äußerste Linke habe in ihrer Rolle als Wächter der Volksfreiheit und der nationalen Interessen entschiedene Fortschritte gemacht.*)

Bereits im Anfang des Jahres 1844 hatte Radowitz mit dem Minister v. Dusch die Frage erwogen, inwieweit die Regierung des Großherzogs durch ein entschlossenes Vorgehen in der Bundesreform die Mittel und Wege finden könnte, um ein Gegengewicht gegen den unheilvollen Parteikampf im Innern des Landes zu schaffen. Die vorherrschende liberale und radikale Tendenz der öffentlichen Meinung in die nationale Strömung überzuleiten, das war der Gedanke, den Radowitz unablässig verfolgte, und auf den der badische Minister mit vollen Segeln einging. In einem Immediatbericht vom 21. Februar 1844 hatte Radowitz den Gegenstand zur Kenntnis Friedrich Wilhelms gebracht, und einen Augenblick durfte er glauben, der Zustimmung des Königs sicher sein zu können, denn ein Erlaß Bülows forderte ihn auf, über die stattgehabten Erörterungen mit dem badischen Minister einen ausführlichen Vortrag zu erstatten. Diesem Befehl entsprach Radowitz durch einen Bericht vom 6. März, dessen Inhalt sich ganz in dem Ideenkreise der Denkschrift vom Mai 1843 bewegt.

Es erhellt daraus, daß Dusch sich in allen Punkten dem Radowitzschen Reformprogramm angeschlossen hatte. Für die badische Regierung ist es eine Lebensfrage, die verlorene Autorität den Ständen gegenüber wieder zu gewinnen. Dies kann nur erreicht werden „durch die Förderung gemeinsamer Institutionen auf

*) Bericht vom 30. Januar 1845.

nationalem Gebiet, durch die Belebung der produktiven Tätigkeit des Bundes". Die badische Regierung setzt ihre Hoffnung auf Preußen. „Von dem Momente an, wo der feste Wille Preußens, das nationale Leben zu erwecken und in großen, jedem einleuchtenden Institutionen vor das Volk hinzustellen, zu allgemeiner Kenntnis käme, würde allem menschlichen Ermessen nach die öffentliche Meinung mit Absehen von aller sonstigen Parteiung sich mit einer solchen Gewalt erheben, daß es keine deutsche Regierung unternehmen könnte, den edelsten, reinsten und segensreichsten Absichten aus selbstsüchtigen Ursachen dauernd in den Weg zu treten." Auch in diesem Falle mußte Radowitz erleben, daß seine Stimme machtlos verhallte. Das preußische Ministerium gab der Anregung keine weitere Folge.

Vom 20. Februar bis 7. April 1845 wurde Radowitz in Frankfurt festgehalten. Das gesellige Leben in der Freien Reichsstadt, im Verkehr mit alten und neuen Freunden, bot seinem Geiste jedesmal eine wohltuende Erfrischung. Seit einiger Zeit hatte der Reutern-Joukowskische Familienverband seinen Wohnsitz von Düsseldorf nach Frankfurt verlegt. Die russischen Freunde hatten eine Villa in Sachsenhausen bezogen, die hart am Main gelegen war.

Hier pflegte Radowitz seine Abende zuzubringen. Das Haus wurde nicht leer von russischen Touristen, die dann mit Anbruch des Frühjahrs sich auf die rheinischen Bäder verteilten. Der ältere Turgenjew, Nikolai Iwanowitsch, dem Radowitz einst schon in Rom begegnet war,*) spielte in dieser Fremdenkolonie eine große Rolle.

Die Bundesgeschäfte verursachten, wie immer, viel Arbeit und geteilte Freude. Die Verhandlungen über die Artillerieausrüstung der Festungen Ulm und Rastatt eröffneten noch einmal einen weiten Spielraum für die Sonderinteressen der Territorialregierungen. Die Militärkommission, und an ihrer Spitze Radowitz, hat es immer als eine ihrer Hauptaufgaben betrachtet, das gesamte Geschützmaterial womöglich noch vor der Beendigung des Festungsbaues vollständig in Bereitschaft zu setzen. Als selbstverständlich galt dabei die Annahme eines gemeinsamen Artilleriesystems für Ulm und Rastatt, und da die einheitliche Ausführung desselben nur in eine Hand gelegt werden konnte, so handelte es sich zunächst um Er-

*) Vgl. S. 244.

nennung eines Artillerie-Ausrüstungsdirektors für jeden der beiden Plätze. Diese scheinbar so einfache Frage beschäftigte gleichwohl die Kommission zwei Jahre hindurch, weil Bayern die wichtige Stellung in Ulm keinem Württemberger, Württemberg keinem Bayern überlassen wollte. Erst im März 1845 entschlossen sich die Territorialstaaten, in die Wahl eines von Österreich vorgeschlagenen Offiziers, des Majors Weil, zu willigen.

Nachdem diese Vereinbarung getroffen, konnte man zur Festsetzung des Artilleriesystems übergehen. Auch hier waren zunächst die rivalisierenden Forderungen der Einzelstaaten auszugleichen. Nach der Ansicht, die Radowitz vertrat, hätte ohne weiteres das österreichische System eingeführt werden müssen, denn Österreich stellte im Frieden die ganze Artilleriebesatzung in Ulm und im Kriege einen erheblichen Teil der Artilleriegarnisonen in beiden Festungen. Wie man sich auch die Entwickelung der Ereignisse im Ernstfalle dachte, immer war Österreich berufen, auf dem Kriegstheater zwischen Ulm und Rastatt eine Hauptrolle zu spielen.*) Der Gegenstand erschien bedeutsam genug, um ihn dem Votum eines Komitees von österreichischen und süddeutschen Artilleristen zu unterbreiten. Die Verhandlungen endeten mit dem überraschenden Ergebnis, daß die Mehrheit sich für das bayerische System aussprach; selbst die österreichischen Sachverständigen anerkannten die Vorzüge der bayerischen Geschütze, namentlich der Bronzerohre, die aus der Königlichen Gießerei in Augsburg hervorgegangen waren. Radowitz wies darauf hin, daß die österreichischen Artillerieoffiziere, die dereinst in Ulm und Rastatt den Befehl zu übernehmen hätten, in eine schwierige Lage geraten würden, wenn sie mit einem Material arbeiten sollten, das ihnen fremd war. Schließlich aber mußte er zugeben, daß für Preußen kein Anlaß vorliege, das Einverständnis zu stören.

Schon seit längerer Zeit hatte Radowitz von neuem mit heftigen Anfällen seiner gichtischen Leiden zu kämpfen. Er klagte über Schmerzen im Knie, Nervosität und Schlaflosigkeit. Sein Frankfurter Arzt, Passavant, riet ihm dringend zu dem wiederholten Gebrauch des Wildbades. Nur ungern und in gedrückter Stimmung

*) Bericht vom 22. September 1844. Geheimes Staatsarchiv.

begab er sich am 17. Juni dorthin. Über seiner Reise waltete ein Unstern. Zuerst hatte sich das Wetter gegen ihn verschworen; undurchdringliche Nebel, die sich tief in das Tal herniedersenkten, raubten ihm jedes Behagen. Dazu kamen aufregende Nachrichten von Karlsruhe. In Berlin hatte die Polizeibehörde auf Grund einer vom Ministerium des Innern ausgegangenen Order am 24. Mai einen Ausweisungsbefehl gegen die badischen Abgeordneten Itzstein und Hecker erlassen. Graf Arnim hatte sich dabei auf den Standpunkt des formellen Rechtes gestellt, da der Verdacht, daß die Führer der süddeutschen Demokratie nach Preußen gekommen seien, um mit den gleichgesinnten Parteien in Ostpreußen und Schlesien Anzettelungen zu machen, durch mehrfache Tatsachen bekräftigt wurde. Die liberale Presse Deutschlands benutzte den Vorfall zu einer gehässigen Anklage gegen die Willkür des absolutistischen Regimes in Preußen. Das badische Ministerium, um einer unbequemen Interpellation des nächsten Landtages vorzubeugen, ließ durch die Gesandtschaft in Berlin Beschwerde führen, und Dusch beeilte sich, die Vermittelung seines preußischen Freundes anzurufen.

Radowitz nahm die Sache so ernst, daß er, auf Gefahr seiner Gesundheit, die Kur unterbrach und am 4. Juli auf einige Tage nach Karlsruhe zurückkehrte. Weit entfernt, das übereilte Verfahren Arnims zu billigen, suchte er den Vorfall in einem milderen Lichte darzustellen, wozu der Umstand, daß die Pässe der Abgeordneten den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprachen, vielleicht einen gewissen Anhalt hätte gewähren können. Seine wohlmeinende Absicht wurde aber vereitelt durch das stürmische Vorgehen des badischen Gesandten v. Frankenberg, der von der preußischen Regierung nichts Geringeres forderte als eine Aufhebung des Arnimschen Erlasses. Die Abwesenheit Friedrich Wilhelms IV., der sich zum Besuch des dänischen Hofes in Kopenhagen befand, machte eine rasche Erledigung, zu der Radowitz dringend geraten hatte, unmöglich. Als der König zurückkam, trat ihm die unliebsame Wahrnehmung entgegen, daß die Ansichten seiner Minister weit auseinandergingen; namentlich der Leiter des auswärtigen Ministeriums, Bülow, verwahrte sich feierlich gegen den Mißgriff Arnims, der es unterlassen hatte, ihn um seine Meinung zu befragen.

Die ministerielle Krisis war unvermeidlich. Graf Arnim,

der wegen mannigfacher Differenzen in der Verfassungsangelegenheit schon zweimal um Entlassung gebeten hatte, erneuerte sein Abschiedsgesuch in so dringender Form, daß Friedrich Wilhelm, wider seinen Willen, nachgeben mußte. Ernst v. Bodelschwingh übernahm das Ministerium des Innern.*) Die Episode endete mit einer Niederlage der preußischen Regierung, denn die Antwort auf die badische Note, wenn sie auch nicht gerade eine Zurücknahme der Ausweisungsorder enthielt, war in Ausdrücken abgefaßt, die den badischen Abgeordneten eine Handhabe bot, um sich vor der Öffentlichkeit ihres Sieges zu rühmen. Radowitz fand diesen Ausgang beklagenswert: „Ganz Deutschland sagt, die öffentliche Meinung hat Preußen gezwungen!"

Am 8. Juli in das Wildbad zurückgekehrt, sah er die Schatten neuer Sorgen vor sich aufsteigen. Eine Königliche Botschaft berief ihn an den Rhein, wo im August eine Begegnung Friedrich Wilhelms mit der Königin Viktoria stattfinden sollte. Radowitz war von dieser Einladung sehr überrascht, denn es hatte Augenblicke gegeben, wo er glaubte, die Gunst des Königs verloren zu haben. Der erste Eindruck der Aufforderung Friedrich Wilhelms erweckte in ihm keineswegs freudige Empfindungen. „Ich werde hingehen", schreibt er am 10. Juli seiner Frau, „weil es dienstlich unvermeidlich ist, sonst tät' ich es sicher nicht." In einem Brief vom 18. heißt es: „Ich kann nicht leugnen, daß ich mich freuen würde, wenn O'Connell**) einen solchen Unfug begönne, daß Victoria zu Hause bleiben müßte!"

Am 27. Juli erfolgte die Ankunft Friedrich Wilhelms in Frankfurt. Abends war eine Soiree bei dem Grafen Dönhoff, zu der auch die Prinzessin von Preußen aus Homburg erschien. Radowitz berichtet hierüber am 28.: „Mein Wiedersehen war, so weit hierbei von dem rein Persönlichen die Rede ist, weit befriedigender als ich erwartete. Der König begrüßte mich mit der vollsten Herzlichkeit, und daß er in seiner rein menschlichen Beziehung zu mir sich absolut in nichts geändert hat, davon hat er mir gestern und heute die wiederholtesten und sichersten Beweise gegeben. In dieser Hinsicht

*) H. v. Treitschke, V, S. 274 f.

**) Der Führer der irischen Bewegung, Daniel O'Connell (1795—1847).

habe ich ihm vielleicht im Herzen zuweilen Unrecht getan. So verlangte er denn auch gleich in den ersten Momenten, daß ich nach Stolzenfels und gleich mit ihm gehen sollte. Meinen Fuß könne ich dabei dort so gut schonen, wie anderswo, und die albernen Abschiedsaudienzen in Darmstadt hätten später noch immer Zeit."*)

Kaum war Radowitz in Stolzenfels eingetroffen, als auch die politischen Gespräche mit dem König wieder in das gewohnte Geleise kamen. Das Thema der Verfassung stand noch immer in vorderster Linie. Was seit seiner letzten Anwesenheit in Berlin, im Frühjahr 1843, geschehen war, davon hatte Radowitz bisher nur eine sehr unvollständige Kenntnis gehabt; erst jetzt gewann er einen Überblick. Bereits im Dezember 1844 hatte der König den Ministerrat mit der Ausarbeitung der Grundzüge für die Neuordnung der ständischen Verhältnisse beauftragt. Es war eingetreten, was Radowitz vorhergesagt hatte: unter den Räten der Krone walteten die größten Meinungsverschiedenheiten ob, und ihre Ansichten stimmten in wesentlichen Punkten mit denen des Monarchen nicht überein. Dem König selbst war es nicht gelungen, aus der unendlichen Mannigfaltigkeit und dem beständigen Wechsel seiner Ideen sich zu einer klaren Vorstellung des Hauptproblems, das in der Festsetzung der Befugnisse einer allgemeinen Landesrepräsentation gipfelte, zu erheben. Am meisten war Arnim geneigt gewesen, den Forderungen der freisinnigen Zeitströmung Rechnung zu tragen; er empfahl einen Wahlmodus, der, über die ständische Gliederung hinausgehend, eine stärkere Vertretung der Interessen des Handels und der Industrie bezweckte, Organisation der Generalstände nach dem Zweikammersystem und Periodizität des Vereinigten Landtages.

Gerade die regelmäßige Wiederkehr der allgemeinen Ständeversammlungen — „des periodischen Fiebers", wie er sich ausdrückte — war ein Moment, gegen das der König sich auf das bestimmteste erklärt hatte.**) Der Prinz von Preußen stand den Plänen seines Bruders nach wie vor in scharfer Opposition gegenüber.

*) Die Ernennung einer ständigen Gesandtschaft in Hessen-Darmstadt und

Von seinem ursprünglichen Vorsatz, einen förmlichen Protest zu erlassen, hatte er zwar Abstand genommen mit Rücksicht auf ein Gutachten Savignys und anderer juristischer Autoritäten, die das Einspruchsrecht der Agnaten in Verfassungsangelegenheiten bestritten, aber er verharrte auf dem Standpunkt, daß durch Einführung des der Landesvertretung zu bewilligenden Budgetrechtes die Grundlagen der preußischen Monarchie aufgelöst und der unvermeidliche Übergang zum Konstitutionalismus vorbereitet werden würde.

In den Tagen von Stolzenfels waren die einflußreichsten Ratgeber, denen der König in der Verfassungsangelegenheit Gehör schenkte, Bodelschwingh und Canitz. Bodelschwingh ging in der liberalen Richtung weiter als der König; seine Hinneigung zu dem konstitutionellen System war unverkennbar.*) Canitz hielt fester an dem rein ständischen Prinzip, als der König: die Berufung der allgemeinen Reichsstände hielt er für sehr bedenklich. Dagegen war er geneigt, den ständischen Ausschüssen eine breitere Basis für die Teilnahme an der Gesetzgebung einzuräumen. Dazu trat nun Radowitz. Über ein Konferenz am 30. Juli berichtet er seiner Gemahlin: „Der König nahm mich mit Bodelschwingh zusammen, und ich hatte das ganze Gefühl seiner Lage den Männern gegenüber, die er selbst mit der höchsten Gewalt bekleidet hat. Da ich gar keine Rücksichten beobachten will, so bin ich Bodelschwingh mit aller Schärfe gegenübergetreten, zu seinem großen Mißfallen, und zu des Königs lebhaftester Teilnahme. Du wirst begreifen, daß ich wenigstens das aus der Eigentümlichkeit meiner persönlichen Lage ziehen will, daß ich rede, wie mir's ums Herz ist. Was sie dabei von mir denken, ist mir völlig gleichgültig.“

In einer seiner lehrreichsten Denkschriften beleuchtet Radowitz noch einmal die Aufgabe der Regierung des Königs, wie sie seinem Geiste vorschwebte. Auf den historischen Verlauf der Verfassungsfrage zurückblickend, schreibt er: „Die preußische Monarchie ist zu dem System der Alleingewalt durch ihre ganze geschichtliche Entwickelung hingedrängt worden. Zwei Formen sind es, die diese später durchlaufen hat: die persönliche Herrschaft unter Friedrich Wilhelm I. und

*) Vgl. Canitz, Denkschriften, II, S. 164.

Friedrich II. und die Beamtenherrschaft unter Friedrich Wilhelm II. und III. Dieser Zustand wurde gebrochen durch das Unglück von 1806, die Gesetzgebung von 1807 bis 1812 und durch die nationalen Fragen von 1813 bis 1815. Man war aus dem Kreise des mechanischen Administrationsstaates weit herausgetreten. Die Aufgabe wäre nun nach 1815 gewesen: auf Grund der neu erweckten Elemente aus dem Polizeistaat herauszukommen und ein freies und gesundes politisches Leben aufzubauen."

„Aber gleich von Hause aus mischten sich ganz andere Elemente hinein, die nicht auf dem germanischen Freiheitsboden, sondern in dem der neufranzösischen revolutionären Doktrinen gewachsen waren. Daher wurde es der Partei, die überhaupt keine rechtliche Freiheit, sondern das alte Hof- und Beamten-Regiment festhalten wollte, leicht, jene gesunden Elemente zu verdächtigen. Sie konnte sich bei ihrer Reaktion auf die konservativen Instinkte stützen, die sich gegen die revolutionären Ingredienzien der geforderten Bewegung verwahrten, und diese Verbindung mit dem Besten im Lande machte sie stark."

„Den Stempel dieser Schwankungen tragen die politischen Dokumente der Epoche von 1815 bis 1823, insbesondere die drei wichtigsten: die Kabinettsorder vom 22. Mai 1815, das Staatsschuldengesetz von 1820, die ständischen Edikte von 1823. Näher betrachtet, enthält das erstere nur ein Versprechen, aus welchem keine rechtliche Verbindlichkeit erwächst. Das zweite schafft aber ein positives Recht: keine Staatsschuld ohne Genehmigung der Reichsstände. Das dritte gleichfalls: keine Gesetze und keine neue Steuer ohne Beirat der Provinzialstände. Die erste Publikation bezeichnet die erste Periode, die zweite das Übergangsstadium, die dritte die Umkehr."

„Die Regierung Friedrich Wilhelms III. kennzeichnet sich als das System des aufgeklärten Despotismus in seiner besten Gestalt: tout pour le peuple, rien par le peuple. Nach dem Regierungswechsel von 1840 konnte „dieses durch die Julirevolution schon in sich erschütterte System des bloßen Nihilismus nicht fortgesetzt werden". Jeder rechtlich-sittlichen Basis ermangelnd, entsprach die bisherige Regierungsweise nicht dem Charakter Friedrich Wilhelms IV. „Es war daher unerläßlich, zu einem neuen System überzugehen; ich will

es im Gegensatz des bloßen toten Beharrens ein System der Bewegung nennen. Vor allem aber war es von entscheidender Wichtigkeit, daß die Verfassungsfrage nicht vereinzelt auftrete. Daher mußte die Bewegung sich gleichzeitig kundgeben

1. durch große Taten auf dem Gebiete der Intelligenz: Ordnung der Presse, Organisation einer guten politischen Literatur;
2. durch große Taten auf dem Gebiete der Verwaltung: Dezentralisation, Belebung der unteren Lebenskreise;
3. durch große Taten auf dem Gebiete der nationalen Interessen: Aufrichtung des Deutschen Bundes, Ergänzung des Zollvereins.

Hiermit ging dann die Verfassungsfrage gleichen Schrittes. In dieser war der gewiesene Weg:

a. Die Befugnisse der Provinzialstände zur Wahrheit zu machen.
b. Die notwendigen Organe zu schaffen.
c. Man mußte scharf unterscheiden: das Gebiet der Gesetzgebung und das der Finanzen. Für ersteres bedurfte es eines allgemeinen Organs zur Beratung, für letzteres eines Organs zur Bewilligung neuer Schulden und zur Beratung neuer Steuern.
d. Für die gesamte legislative Sphäre reichte das Institut der Ausschüsse vollkommen hin.
e. Für die Finanzfrage war die Vereinigung sämtlicher Provinzialstände zu einer Reichsversammlung das Unvermeidliche.

Werden diese Grundsätze anerkannt, so darf man mit der Ausführung nicht zögern. Vor allem kommt es darauf an, das Land über die Absichten des Königs aufzuklären."

Über die persönliche Haltung Friedrich Wilhelms bemerkt Radowitz: „Sein Gemüt ist weniger affiziert von der Gehässigkeit seiner Lage, als es sollte und müßte. Er hat noch frischen Mut und glaubt an den Erfolg persönlichen Auftretens. Dagegen ist er immer mehr zu der Überzeugung gelangt, von seinen Dienern ganz unverstanden zu sein. Meine unumwundene Darstellung des historischen Her-

von dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer preußischen Initiative in der Bundesreform, deren vollständiges Programm, nach seinen Ideen von 1843,*) Radowitz dem König ausführlich entwickelte. Als auch diese Angelegenheit in Gegenwart Bodelschwinghs besprochen wurde, zeigte sich freilich, daß es dem westfälischen Edelmann einstweilen noch an jedem Verständnis für die nationale Aufgabe Preußens fehlte. Seinem Unmut machte Radowitz in den Worten Luft: „Dieser Beamtenhochmut, dieses Herabsehen auf die Stimmung der Nation ist mir in der Seele zuwider."

Auf ausdrücklichen Wunsch des Königs hatte Radowitz eine längere Unterredung mit dem Prinzen von Preußen. Dabei ergab sich, daß der Prinz die Institution der Reichsstände nicht so unbedingt verwarf, wie noch vor einigen Monaten. Die einzige wesentliche Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und Radowitz bezog sich auf das Budgetrecht, das der Prinz auch für die Bewilligung von Anleihen oder neuen Steuern nur unter bestimmten Kautelen zugeben wollte. Daß der Bruder des Königs dabei hauptsächlich das Interesse der Armee im Auge hatte, wußte Radowitz seit langer Zeit. Das Emporkommen Preußens beruhte vor allem darauf, daß die Einrichtungen des Heeres keiner anderen Macht unterworfen waren, als dem unabhängigen Willen des Herrschers. Diese festeste Grundlage des preußischen Staates durfte nicht den Velleitäten einer beschließenden Ständeversammlung preisgegeben werden. In dieser unerschütterlichen Überzeugung wurzelt die historische Stellung Wilhelms I. Nach den Erfahrungen, die in konstitutionellen Staaten auf militärischem Gebiete nur allzu deutlich hervorgetreten waren, mußte Radowitz der Ansicht des Prinzen im vollsten Maße beistimmen.

Da der König sich am 4. August auf einige Tage zu Inspektionen nach Wesel und Kleve begab, benutzte Radowitz die ihm gewährte freie Zeit zu einem kurzen Aufenthalt in Frankfurt. Zu seinem großen Schmerze hatte er die Nachricht von dem Tode Rodiczkys empfangen, der nach längeren Leiden am 29. Juli aus dem Leben geschieden war. Im Laufe langjährigen gemeinschaftlichen Zusammenwirkens hatte sich zwischen dem österreichischen und dem

*) Vgl. S. 384.

preußischen Militärbevollmächtigten ein Freundschaftsverhältnis gebildet, das nicht so leicht zu ersetzen war. Im Gegensatz zu Münch-Bellinghausen, der nur die österreichischen Interessen im Auge behielt, hatte Rodiczky sich, was die Organisation des Bundeskriegswesens betraf, zu einer nationalen Auffassung emporgeschwungen. Radowitz widmete dem Andenken des dahingeschiedenen Freundes ehrende Worte, empfahl die in beschränkten Verhältnissen Hinterbliebenen der Fürsorge Metternichs und übernahm einstweilen die Präsidialgeschäfte der Militärkommission.

Die Unbestimmtheit in den Reisedispositionen der Beherrscherin des Inselreiches setzte den preußischen Hof in große Verlegenheit. „Die Königin Victoria macht Alles toll; sie läßt auch nicht ein Wort von sich hören und nimmt davon, daß König und Königin auf sie warten, nicht die mindeste Notiz. Unsere Königin ist darüber sehr gereizt und würde am liebsten gleich nach Ischl gehen." Während der ununterbrochenen Reihe von Festlichkeiten, die sich nach der endlich erfolgten Ankunft Victorias und des Prinz-Gemahls in Aachen, Brühl, Köln und Bonn, wo das Beethovendenkmal enthüllt wurde, in atemloser Hast abspielten, blieb Radowitz in Frankfurt. Am 12. August stieß er wieder zu dem Hoflager in Koblenz und Stolzenfels. Die beschränkten Räumlichkeiten der Burg reichten nicht aus für Unterbringung der vielen Fürstlichkeiten, zu denen der Prinz von Preußen nebst Gemahlin, — „meine große Gönnerin" nennt Radowitz schon damals die Prinzessin, — König Leopold von Belgien, Erzherzog Friedrich und Herzog Adolf von Nassau gehörten. Im Hofmarschallamte herrschte ein grenzenloser Wirrwarr, in den auch Radowitz hineingezogen wurde, da Metternich sich an ihn mit der Bitte um Beschaffung eines Quartiers gewandt hatte.

Trotz des Prunkes, der vor den Augen der britischen Königin entfaltet wurde, fehlte es an der rechten Stimmung. Die Bevölkerung der Rheinlande nahm die englischen Gäste mit kühler Zurückhaltung auf, und ein hartnäckiges Regenwetter vereitelte einen Teil des Festprogramms. Dazu kam am 15. August die Nachricht von bedenklichen Vorgängen in Leipzig, wo ein gegen die deutsch-

12. August zu einem Tumult geführt hatte, der das Einschreiten des Militärs notwendig machte.*)

Das Tagesereignis gab, wie Radowitz sich ausdrückt, dem Festprunk in Stolzenfels den Todesstoß. Die Königin verließ das Schloß am Rhein schon am 16. August, — zwei Tage früher als sie beabsichtigt hatte. „Es war ein Gehetze," schreibt Radowitz, „von dem man sich keine Idee macht."

Da der König noch einige Tage am Rhein verblieb, mußte auch Radowitz aushalten. Auf einer Dampferfahrt am 18. August entspann sich in der Kabine des Schiffes eine zweistündige Unterredung zwischen Friedrich Wilhelm und Metternich. Der König erschloß sein innerstes Gemüt, indem er dem Fürsten noch einmal vorhielt, daß es für ihn eine Pflicht des Gewissens sei, die Verheißungen seines Vaters endlich zur Tat werden zu lassen. Er versicherte aufs neue, daß er keine Verfassung wolle; die Reichsstände sollten nur als gesetzliches Organ für die Bewilligung neuer Anleihen oder neuer Steuern dienen. Metternich stellte den Herzensergießungen des Königs, die ihm als „Excentricität" erschienen, die Argumente des nüchternen Verstandes entgegen. Friedrich Wilhelm III. habe unrecht getan, eine Landesrepräsentation zu versprechen, aber der Fehler sei dadurch wieder ausgeglichen worden, daß sie nicht ins Leben gerufen worden sei. Umsonst suchte ihn der König zu überzeugen, daß bei der Vereinigung der Stände zu einem Plenum auf eine konservative Majorität unter der Ritterschaft und der Mehrzahl der Städte gerechnet werden dürfe. Die sechshundert Provinzialabgeordneten, erwiderte Fürst Clemens, werden als solche eingeführt werden und als Reichsstände auseinandergehen. „Um dies zu verhindern genügt nicht der Wille Euerer Majestät." Die Antwort Friedrich Wilhelms lautete: „Hinter meinem Willen steht noch meine Macht." Am Fuße des Johannesbergs trennte sich die Gesellschaft. Metternich schied mit der Empfindung, daß die „alte Staatsmaschine" Preußens bereits außer Gang geraten sei; sein Trost war, daß bei den obwaltenden Differenzen in der Umgebung

*) Vgl. P. Hassel, Aus dem Leben des Königs Albert von Sachsen, I, S. 118 f. Berlin 1898, E. S. Mittler & Sohn.

des Königs die Auferstehung des „neuen Preußens" sich nicht sobald verwirklichen werde.*)

Beim Abschiede auf Stolzenfels empfing Radowitz aus der Hand des Königs das Patent seiner Beförderung zum Generalmajor, eine Auszeichnung, die ihn um so mehr mit hoher Freude erfüllen mußte, als nach dem Dienstalter nicht weniger als siebenundzwanzig Obersten der Armee den Vorrang vor ihm hatten.

Schon seit Anfang August stand man abermals vor einer Personalveränderung an der Spitze des auswärtigen Departements. Der Minister Bülow, der den König nach Stolzenfels hatte begleiten sollen, war in Frankfurt a. M. schwer erkrankt. Die Ärzte stellten den Beginn einer Gehirnerweichung fest, deren rascher Verlauf sich mit Sicherheit vorhersehen ließ. Es war ein tragisches Geschick, daß innerhalb weniger Jahre zwei preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten an den Folgen aufreibender Tätigkeit dem Wahnsinn verfielen. Da Canitz zum Nachfolger Bülows ausersehen war, wurde die Wiener Gesandtschaft frei. Die Versetzung nach Wien würde für Radowitz die Erfüllung seines sehnlichsten Wunsches gewesen sein — aber nur unter der Bedingung, daß ihm die Möglichkeit gegeben worden wäre, am Kaiserhofe mit einem bestimmten Programm in den deutschen Angelegenheiten aufzutreten. Daß dazu keine Aussicht vorhanden war, zeigte sich sehr bald. Wohl hatten die verschiedenen Anregungen in Sachen der Bundesreform, die von ihm ausgegangen waren, wie immer, eine verwandte Saite in der Seele des Königs in Schwingung versetzt. Bei den Unterredungen mit Metternich in Stolzenfels war das alte Kapitel von der Belebung des Bundestages wieder zur Sprache gekommen. Der Staatskanzler entsandte seinen geschäftskundigsten Referenten in Bundessachen, Baron v. Werner, nach Berlin. Genauere Berichte über die Verhandlung, die im September mit ihm gepflogen wurde, liegen nicht vor; sicher aber ist, daß eine Einigung nicht zustande kam.

Als Radowitz am 7. Oktober wieder für einige Zeit nach Frankfurt übersiedelte, um während einer längeren Inspektionsreise des zweiten Militärbevollmächtigten, From, die Geschäfte der Kom-

mission wahrzunehmen, hatte er eine Besprechung mit Münch-Bellinghausen, die ihm genügende Aufklärung verschaffte. In einem Briefe vom 8. Oktober entwirft er seiner Frau darüber ein sehr klares Bild: „Der jetzige Stand der Verhandlungen zwischen Wien und Berlin hinsichtlich eines neuen Lebens für den Bund zeigt mir, wie weit man auseinander ist, und daß kein Erfolg zu hoffen, wenn nicht ein ganz anderer Weg betreten wird. Canitz geht noch nach Wien, um dort weiter zu reden und gelegentlich auch sein Haus aufzulösen. Ich habe nicht die Aussicht, daß in dieser Sache so scharf gedacht wird und gehandelt werden wird, um zum Ziele zu gelangen, und dann tauge ich auch weder nach Wien noch nach Frankfurt."*) Der bisherige Gesandte in Paris, Heinrich Ferdinand v. Arnim, erhielt den Wiener Posten. Radowitz hat diese Enttäuschung in seiner diplomatischen Laufbahn schwer empfunden und es seinem alten Freunde Canitz niemals ganz verziehen, daß er nicht energischer für ihn und für die Sache der Bundesreform eingetreten war.

Auf der Reise nach Frankfurt hatte Radowitz ein Erlebnis gehabt, das ihn mitten in die wogenden Parteiströmungen des Tages versetzte — eine Begegnung mit dem Führer des Deutschkatholizismus. „In Darmstadt", sagte er, „führte mich der böse Feind unmittelbar in den Triumphzug hinein, mit welchem Ronge, von Worms kommend, dort eingeholt wurde. Ich mußte unter Tausenden von Menschen hinter der Masse Wagen herfahren, die ihm folgten, ohne rechts oder links ausbeugen zu können. So bin ich bis vor sein Wirtshaus mitgedrängt worden und habe die wütenden Vivats und Hurras der halben Stadt mitgenossen. Schaden erwächst aus diesem wüsten Treiben der Kirche gewiß nicht, aber der Skandal ist groß."

In den militärischen Angelegenheiten des Bundes machte sich auf einzelnen Gebieten ein mäßiger Fortschritt bemerkbar. Eine besondere Genugtuung für Radowitz war es, daß die mannigfaltigen technischen Aufgaben, die mit dem Festungsbau zusammenhingen, einer Anzahl von Artillerie- und Ingenieuroffizieren aus fast allen

boten. In dieser Beziehung wurde die Militärkommission mit ihren verschiedenen Dependenzen eine Vorbereitungsstufe, von der aus viele ausgezeichnete Vertreter der beiden Spezialwaffen bis zu den höchsten militärischen Stellen emporstiegen. Eine willkommene Stütze fand Radowitz in dem sächsischen Oberstleutnant Leopold Homilius,*) der, sehr bereitwillig auf die Anleitungen eingehend, die der preußische Militärbevollmächtigte ihm gab, die Instruktion für die Artillerieausstattung entwarf. Nach seiner Abberufung übernahm ein sächsischer Artillerist, der Major Bernhard Rabenhorst,**) dasselbe Referat mit gleichem Geschick. Den unausgesetzten Bemühungen der Militärkommission war es zu verdanken, daß schon damals mit der Anfertigung der Geschütze für beide Festungen begonnen werden konnte.

Weniger glatt verlief die Bauausführung im einzelnen, namentlich in Ulm. Auf dem linken Donauufer war es immer wieder die württembergische Regierung, die sich nicht entschließen konnte, von ihrer Frontstellung gegen die Kommission abzulassen. Die Reibungen, die hieraus entstanden, waren gerade für Radowitz eine beständige Quelle des Ärgers, weil sie ihn in peinliche Auseinandersetzungen mit Prittwitz verwickelten, der in seinem selbständigen Charakter, aus voller Überzeugung, die weitergehenden Forderungen des Königs Wilhelm vertrat. Im ganzen stimmte das Kriegsministerium, soweit es sich um Innehaltung des Bauetats handelte, mit Radowitz überein, und auch das Ministerium des Auswärtigen unter Canitz gewährte ihm Rückhalt; aber die hohe Meinung, die Boyen von Prittwitz hatte, und die föderative Rücksicht auf die Wünsche Württembergs bewogen ihn doch, in manchen Punkten gegen den Militärbevollmächtigten zu entscheiden.

Den meisten Ärger erlebte Radowitz an den Verhandlungen über das Festungsreglement. Als im Herbst 1844 die Vorarbeiten zu dem Entwurf in Angriff genommen wurden, hatte er dem Ministerium geschrieben: „Die neuen Bundesfestungen sind eines der wichtigsten Elemente, um Süddeutschland fest an das Schicksal des gemein-

*) Er fiel als General im Straßenkampfe gegen den Aufstand in Dresden, 6. Mai 1849.

**) Sächsischer Kriegsminister von 1848—1866.

samen Vaterlandes zu schließen; sie sind aber, wenn nicht entschiedene Fürsorge getroffen wird, zugleich eine mächtige Verlockung zum Wiedereinlenken in jene verhängnisvollen Bahnen, auf welchen eben diese Staaten zur Geißel und Schmach Deutschlands geworden sind." An die Spitze der von ihm ausgehenden Direktiven stellte er die Forderung, daß in Krieg und Frieden die Autorität des Bundes über Ulm und Rastatt deutlich hervortreten müsse. Vor allem haben die Militärbehörden und die bei denselben angestellten Beamten nicht den Territorialherren, sondern dem Bunde den Eid der Treue zu leisten. Sämtliche zu Verteidigungszwecken errichtete Baulichkeiten sind ebenso wie die Kriegsausrüstung Eigentum des Bundes und stehen unter seiner Inspektion. Das Eigentumsrecht der Territorialstaaten beschränkt sich lediglich auf die aus ihren Geldmitteln zu erbauenden Kasernen und Unterkunftsräume für die Friedensgarnisonen.

Sobald der Bund die Kriegsbereitschaft erklärt hat, geht die verantwortliche Leitung der militärischen Maßregeln auf einen Verteidigungsrat über, der sich zusammensetzt aus dem Gouverneur, dem Kommandanten, dem Geniedirektor und von dem Augenblick an, wo ein österreichisches Kontingent in die Festung verlegt wird, dem Höchstkommandierenden dieses Truppenteils. Dem Verteidigungsrat wird ausdrücklich die Verpflichtung auferlegt, bei herannahender Gefahr eines Angriffs sich nicht bloß passiv zu verhalten, sondern durch offensives Auftreten die Blockade möglichst lange zu verhindern. Selbst wenn der Bundesfeldherr mit einem Teil der Armee sich in die Festung zurückzieht, bleiben die Festungsbeamten dem Bunde für die übertragenen Funktionen bis zum letzten Augenblick verantwortlich. „Eine Weisung, ja selbst ein ausdrücklicher Befehl des Oberherrn, die Festung dem Feinde zu übergeben, kann niemals das Festungsgouvernement von der beschworenen Pflicht entbinden."

Nach diesen von Radowitz erteilten Weisungen war das Reglement von den Militärbevollmächtigten des IX. und X. Korps, dem kurhessischen Oberstleutnant v. Stein und dem dänischen Generalmajor v. Trepka, im März 1845 ausgearbeitet worden. Ent-

achtlichen Äußerung gewährte, hatten Österreich, Preußen sowie die Staaten des IX. und X. Korps ihre Erklärungen, die in allen wesentlichen Punkten zustimmend lauteten, rechtzeitig abgegeben. Die Staaten des VII. und VIII. Korps dagegen waren, trotz mehrfach wiederholter Mahnungen, mit ihren Antworten im Rückstand geblieben, so daß von einer Erledigung der Angelegenheit im Herbst 1845, auf die Radowitz sicher gerechnet hatte, nicht die Rede sein konnte.

Mißgestimmt über diese Verzögerung kehrte er am 7. November nach Karlsruhe zurück. In Baden war inzwischen der Deutschkatholizismus zu hoher Saat aufgeschossen, begünstigt einerseits durch das unaufhaltsame Vordringen des Ultramontanismus, der seit dem Siege der katholischen Kirche in Preußen ganz Süddeutschland umgarnte,*) anderseits durch eine Spaltung in dem Klerus selbst, der zum großen Teil noch der freisinnigeren Richtung des ehemaligen Konstanzer Generalvikars Freiherrn v. Wessenberg huldigte, und die Vorherrschaft des Radikalismus, der die konfessionellen Streitigkeiten als Mittel benutzte, um für seine Parteiinteressen zu wirken.

Mißgestimmt über diese Verzögerung, kehrte er am 7. November innerhalb der evangelischen Kirche sich vollziehende Sektenbildung der Lichtfreunde in Baden reißende Fortschritte. Im September waren in Freiburg unter Anführung des Pastors Zittel, eines demokratischen Abgeordneten, fünfundsechzig Geistliche zusammengetreten, um sich von dem Zwang der symbolischen Bekenntnisse loszusagen und den subjektiven Glauben als das Lebensprinzip des Protestantismus zu verkündigen.

Am 21. November begann eine neue Tagung der Landstände. Das Ministerium beschränkte sich absichtlich auf die Vorlegung weniger Gesetze. Darunter aber befand sich ein Entwurf über Bildung einer Landwehr, der wohl geeignet war, in allen Klassen der Bevölkerung Aufregung zu verursachen. Der Einfluß des Festungsbaues auf die Militärverhältnisse Süddeutschlands zeigte sich hier von einer neuen Seite.

Die badische Regierung war allmählich selbst zu der Erkenntnis gelangt, daß sie einer Erhöhung des Militäretats bedürfe, um ihren

*) Vgl. H. v. Treitschke, V, S. 305 ff, 335 ff.

Bundespflichten für die Garnison in Rastatt nachkommen zu können,*) zumal sie die ihr zugesprochene Berechtigung, im Frieden die ganze, im Krieg zwei Drittel der Besatzung zu stellen, unter allen Umständen zu behaupten wünschte. An eine Nachgiebigkeit des Landtages war nicht zu denken. Schon in der Tagung von 1844 hatten sämtliche Parteien in beiden Kammern eine Adresse an den Großherzog erlassen, in welcher sie um Herabsetzung der Bundes-Militärpflichten baten. Die Bevölkerung betrachtete die Errichtung Rastatts mit mißgünstigen Blicken. Wirtschaftliche Interessen des Landbaus und der Industrie waren dabei mit im Spiele, da die Beschäftigung einer großen Anzahl von Arbeitern bei dem Festungsbau eine Erhöhung der Lohnsätze zur Folge gehabt hatte.

Dem großherzoglichen Gouvernement blieb nichts anderes übrig, als sich auf anderem Wege Rat zu schaffen. Auf diesen Zweck zielte das vorgelegte Landwehrgesetz. Die Zweite Kammer kämpfte zwar schon seit Jahren für eine Landwehr, aber, was sie darunter verstand, war nicht etwa die Einführung des preußischen Wehrsystems, sondern eine Miliz nach dem Muster der Schweiz, mit möglichst kurzer Dienstzeit, und die Beseitigung des stehenden Heeres. Der Kriegsminister schlug vor, die ausgediente Mannschaft noch auf sechs weitere Jahre zu verpflichten. Sein Plan litt an erheblichen Mängeln, denn diese Landwehr sollte, um alle Kosten zu ersparen, in Friedenszeiten nicht zu Übungen einberufen werden. Noch weniger dachte man an Bereithaltung eines Offizierkaders für ihre Führung im Kriege, sondern glaubte, im Falle einer Mobilmachung dem Bedarf durch Wiederanstellung pensionierter Offiziere genügen zu können. Radowitz erhob seine warnende Stimme gegen diese „Fiktion"; er bezeichnete es als eine Unmöglichkeit, „daß der Bund sich entschließen könnte, solchen Leuten seine exponierteste Festung anzuvertrauen."

Die Eröffnung der Kammern, die diesmal durch den Großherzog persönlich erfolgte, zeigte den Parteikampf auf seiner Höhe. Von der Beratung eines Welkerschen Adreßentwurfes, der das ganze ministerielle System in Bausch und Bogen in die Acht erklärte, berichtet Radowitz unter dem unmittelbaren Eindruck am

*) Vgl. S. 389.

19. Dezember 1845: „Die Sitzung mag wohl die skandalöseste gewesen sein, die in einer deutschen Deputiertenkammer überhaupt noch gesehen worden ist. Welkers Reden erinnerten an die Angriffe der Bergpartei in der Epoche vor dem Untergang des Königtums." Der Großherzog verweigerte die Annahme der Adresse. Die Hauptschlagwörter des Tages waren: Gleichstellung des deutschen Katholizismus mit der römischen Kirche, Aufhebung des Verfassungsparagraphen, der die Wählbarkeit der Abgeordneten von der Zugehörigkeit zu einer der drei christlichen Konfessionen abhängig machte, und Trennung der katholischen Landeskirche Badens von dem Primat des Papstes. Vielleicht das Schlimmste war, daß die Schullehrer und Pfarrer auf dem Lande sich sehr bereit zeigten, den neuen Doktrinen zu folgen. Die Regierung mußte einsehen, daß sie mit dieser Kammer nichts auszurichten vermochte; am 9. Februar 1846 wurde die Ständeversammlung aufgelöst, ohne daß das Wehrgesetz zur Beratung gekommen war.

Eine willkommene Ablenkung von diesen widerwärtigen Parteikämpfen erwuchs für Radowitz aus der Beschäftigung mit einem größeren Werke, welches in populär gehaltener Form seine Ansichten über die Hauptrichtungen des Zeitgeistes auf politischem, sozialem, literarischem und kirchlichem Gebiet zusammenfassen sollte. Der Plan dazu war in ihm bereits während der unfreiwilligen Muße des Aufenthaltes im Wildbade entstanden. Ein so weit ausschauendes Unternehmen bedingte umfangreiche Vorstudien, die sich über alle wichtigeren Erscheinungen der zeitgenössischen Literatur, einschließlich der Dichtung, auszudehnen hatten.

Zu diesem Hauptgegenstande seiner geistigen Tätigkeit im Winter von 1845 auf 1846 kam eine Korrespondenz mit mehreren der hervorragendsten Maler Deutschlands, die Radowitz im Auftrage Friedrich Wilhelms IV. zu führen hatte. Unter den großen künstlerischen Projekten, die der König Jahrzehnte hindurch unablässig betrieb, stand in vorderster Linie der Neubau des Berliner Domes. Schon seit dem Jahre 1840 hatte er Radowitz dabei beständig zu Rate gezogen. Nach vorläufiger Feststellung des Schinkelschen Bauplanes lag dem König die innere Ausschmückung der künftigen Hofkirche besonders am Herzen, und, wie es immer seine Art war, wünschte er darüber möglichst viele sachverständige Stimmen zu

hören. Deshalb mußte Radowitz mit vier Meistern verhandeln: Cornelius, Overbeck, Steinle und Veit. In Frage stand der Entwurf eines großen Freskogemäldes, das die halbkreisförmige Tribuna hinter dem Altar ausfüllen sollte. Im Anschluß an die Darstellung des „Jüngsten Gerichts," mit dessen Ausführung für den Campo Santo des neuen Doms Cornelius beauftragt war, dachte der König sich eine ähnliche Komposition, welche „das Harren der Kreatur auf den Moment des Weltgerichts" zur Anschauung bringen sollte: ein Gemälde von größtem Umfange, das eine Raumfläche von sechzig Fuß in der Höhe und hundert Fuß in der Breite einnehmen sollte.

Dem König schwebte eine bildliche Darstellung der Vision des Propheten Ezechiel vor: im Mittelpunkt die Gestalt des Heilands, auf den Flügeln der Engelchöre thronend; zu seinen Füßen die Jungfrau Maria und der Engel mit der Posaune des Weltgerichts, des Winkes gewärtig, um die Lebendigen und die Toten vor den Thron des Richters zu berufen; darunter die Propheten und Apostel, die Märtyrer und die Bekenner aller Zeiten. Eine Wolkenschicht sollte die triumphierende von der streitenden Kirche trennen; die letztere versinnbildlicht durch die Figur des Königs, umgeben von seinem Hause und von einer Volksgruppe aus allen Klassen seiner Untertanen.

Man kann nicht sagen, daß die Anregung Friedrich Wilhelms bei den Künstlern ungeteilte Begeisterung erweckt hätte. Cornelius enthielt sich einer Kritik des ihm durch Radowitz mitgeteilten Planes, aber er lehnte ab unter Hinweis auf die übernommene Verpflichtung, die seine Schaffenskraft für lange Zeit in Anspruch nähme. Overbeck erkannte den vollen Wert einer Aufgabe, die das ganze Gebiet religiöser Darstellung umfaßte, aber auch er antwortete mit einer Absage, — wie Radowitz wohl mit Recht vermutete, weil die Hineinziehung des irdischen Elementes mit seinen katholischen Anschauungen nicht im Einklang stand. Steinle und Veit erklärten sich zur Anfertigung der gewünschten Entwürfe bereit, doch bat jener um Aufschub bis zur Vollendung seiner Fresken für den Kölner Dom. Am 3. Januar 1846 konnte Radowitz seinen Schlußbericht erstatten.

Mit Interesse wird man die Erwiderung Friedrich Wilhelms lesen:

„Berlin, 10. Januar 1846.

Allerherzlichsten Dank, teuerster Radowitz für Ihre Notizen über das Schicksal meiner Dombildidée bey den Meistern Overbeck, Steinle u. Veit. Mit kaum auszudrückender Spannung sehe ich den Entwürfen der 2 Letztern entgegen. Die Bedenken des Erstern deut' ich anders als Sie Großer Menschenkenner! werfe mich also zu einem noch größeren dito auf. „Die Furcht, als sey in meiner Idée eine Ketzerey von unmittelbarem Entrücken der Lebendigen vor dem Richterthron" enthalten, kann ich nicht annehmen, 1) weil S: Paul kein Ketzer ist 2) weil dieser Gegenstand durch das Bild auch nicht auf 1000 Meilen berührt wird. Eine Wolke scheidet die triumphirende Kirche von dem Partikelchen der streitenden unten am Sockel. Beyde Theile der Kirche thun dasselbe; d. h: sie harren u. beten an; der 1te im Schauen, der 2te im Glauben. Die Gerichtsposaune ist nicht einmal angesetzt. Wie kann da von Entrücken der Lebenden vor dem Richter die Rede seyn, die ruhig und fest, mit beyden Knieen auf dem Erdboden knieen? Nein, hat Overbeck wirklich eine andre Ursach, die er nicht sagt, als die welche er sagt, so ist's gewiß keine andre als das tiefe Mißbehagen (des Malers der Hütte des H: Franz unterm Dome von Sta. Maria degli angeli) bey dem Gedanken, eine Evangelische Kirche zu verschönern. Requiescat in Pace! — Ich küß' Ihrer Frau die Hände u. umarme Sie herzlich. Schlafen Sie jetzt besser? Was machen Ihre Nerven? Haben Itzstein u. Hecker Sie nicht gebissen? Wie stehts mit Ihren Reiseprojecten? Wohin? wie lange? — Sie sehen ich begehre noch einen Brief von Ihnen. Gott segne Sie, teuerster Radowitz u. gebe Ihnen fröhliche Genesung! FW.

An den Generalmajor v. Radowitz Königl: Preuß. Gesandter am Badischen Hofe.

Carlsruhe."

Die von dem König erbetene Nachricht sollte nicht lange auf sich warten lassen, aber sie meldete zugleich ein überaus schmerzliches Ereignis. Am 15. Januar 1846 verloren Joseph und Maria v. Radowitz ihre einzige Tochter. Ein blühendes Leben, das zu den schönsten Hoffnungen berechtigte, war für immer dahin-

gesunken. Der Mutter ähnlich an Anmut der Gestalt, dem Vater an Lebhaftigkeit des Temperamentes, ausgezeichnet mit reichen Gaben des Geistes, trotz ihrer Jugend zu einem klugen Verständnis für die Unterscheidung der Wahrheit und des Scheins in dem großen Weltgetriebe herangereift, hatte die jüngere Marie v. Radowitz bei ihrem eben erst erfolgten Eintritt in die Gesellschaft von Karlsruhe alle Blicke auf sich gezogen.

Dem König schrieb Radowitz am 29. Januar 1846: „Euere Königliche Majestät haben so gnädig meines eigenen Wohl und Wehe gedacht, daß ich mich verpflichtet halten darf, von der Heimsuchung zu reden, die meine Frau und mich betroffen hat. Mit unserer einzigen Tochter haben wir das blühendste, begabteste unserer Kinder begraben. Der Herr, der Niemand mehr auferlegt, als er tragen kann, hat ihr im Sterben eine große Hoffnung und ein festes Vertrauen gegeben, uns Eltern aber hierin den besten Trost."

Der König und die Königin Elisabeth, die für Frau v. Radowitz von jeher eine besondere Sympathie hatte, sprachen in rührenden Worten ihr Beileid aus, und viele der alten Berliner Freunde schlossen sich ihnen an. Besonders herzlich lautete die Zuschrift des damaligen Hauptes der Radziwillschen Familie, des Generals Fürsten Wilhelm. Radowitz antwortete ihm am 3. Februar: „Diese Tochter war so weit gereift, daß sie ein gemeinsames Leben mit uns führte; die Lücke ist daher unersetzlich. Wir sind auch körperlich tief niedergedrückt. Schon vor dieser Schmerzenszeit hatte mich mein Nervenzustand bestimmt, an einen längeren Urlaub zu denken; ich wollte Frau und Tochter nach Italien bringen. Jetzt können wir uns von den Kindern, die uns geblieben, nicht trennen."*) Die allgemeine Teilnahme, die sich in Karlsruhe regte, bewies, wie sehr das Haus Radowitz auf fremdem Boden festen Fuß gefaßt hatte.

In mannhafter Selbstüberwindung griff unser Freund zu dem

Niemand wird der kristallhellen Klarheit des Stils, in welchem dieses Werk geschrieben ist, die „Seufzer und Tränen" anmerken, unter denen es erdacht und ausgeführt worden ist. Man darf sagen, der Verfasser hat mit seinem Herzblut geschrieben, so mächtig drängte es ihn, der Gedanken Meister zu werden, die seit Jahren in ihm gärten. Inhalt und Form schließen sich zu künstlerischer Einheit zusammen. Sorgfältig ist jede trockene Auseinandersetzung theoretischer Systeme vermieden: die Vertreter der verschiedenen Zeitrichtungen erscheinen mit dramatischer Lebendigkeit vor den Augen des Lesers, um in Rede und Gegenrede ihre Anschauungen vorzutragen. Die Rollen sind so verteilt, daß alle Parteien in Staat und Kirche von den Radikalen bis zu den Ultrakonservativen und von den Gottesleugnern bis zu den Frömmlern zu Worte kommen. Auf den äußersten Flügeln stehen die Brüder Arneburg, Söhne eines alten Adelsgeschlechtes, von denen der jüngere, Detlev, bei einem längeren Aufenthalt in Frankreich in das Lager des Kommunismus und Atheismus übergegangen ist, während sein älterer Bruder, aufgewachsen unter den Überlieferungen der Befreiungskriege, als ehemaliger Oberst und Landesdeputierter des Adels auf das Königtum von Gottes Gnaden schwört. Zwischen diesen Gegensätzen bewegen sich die Vertreter der mittleren Parteien: der Großindustrielle Crusius, ein aufgeklärter Liberaler, der in dem konstitutionellen Verfassungsstaat die sicherste Bürgschaft für die Verwirklichung der allgemeinen Freiheit erblickt; der Bureaukrat Oeser, der den aufgeklärten Despotismus als die einzig vernünftige Regierungsform betrachtet, und der Hauptwortführer Waldheim, der, von der Unvollkommenheit aller dieser Systeme ausgehend, danach trachtet, ein Ideal des denkbar besten Staates der Gegenwart aufzustellen.

In diesem weltklugen, überzeugungstüchtigen, aber auch zugleich nach allen Seiten hin maßvollen Schiedsrichter hat Radowitz sich selbst personifiziert. Waldheim ist ein gläubiger Katholik, aber zugleich ein entschiedener Gegner der Jesuiten;*) er wünscht nichts sehnlicher als ein friedliches Zusammenleben der christlichen Re-

hinstellen. Er beherrscht die Wissenschaft der evangelischen Theologie von Schleiermacher bis David Strauß und bekämpft auch auf diesem Gebiet die Herrschaft der Extreme, indem er den Pietisten und den orthodoxen Eiferern ebenso stark zu Leibe geht wie den Anhängern des Rationalismus und der freien Gemeinden.

Mit dem sozialistischen Stürmer Detlev streitet er über die Theorien St. Simons und Proudhons. Dabei verkennt er nicht die Pflicht des Staates, den arbeitenden Klassen, die zu einem vierten Stande in der Gesellschaft herangewachsen seien, zu einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu verhelfen. Eine Assoziation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter der Aufsicht des Staates, gegründet auf eine gerechtere Verteilung des aus den industriellen Unternehmungen hervorgehenden Gewinnes, erscheint ihm sehr wohl durchführbar.*) Und hauptsächlich aus diesem Grunde bekämpft er das konstitutionelle System, das nur den Mittelklassen zugute gekommen sei und dadurch die drückende Herrschaft des Kapitals großgezogen habe.**)

Nach Waldheim-Radowitz ist das oberste Grundgesetz des Staates die gerechte Fürsorge für die Interessen aller Staatsbürger ohne Unterschied des Standes. Die Erfüllung dieses höchsten Berufes ist in einer beständigen Strömung begriffen: sie steht im engsten organischen Zusammenhange mit dem ewigen Wechsel der historischen Entwickelung. Die absolute Monarchie ist unwiederbringlich verloren; sie selbst hat im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert das auf der mittelalterlichen Lehnsverfassung sich auferbauende Ständetum vernichtet. Aber die Frage ist, ob nicht aus den noch vorhandenen Trümmern durch zeitgemäße Reformen die ständische Verfassung zu neuem Leben erweckt werden kann?

Unschwer wird man in diesem Gedankengange die letzten Konsequenzen der politischen Ideen Friedrich Wilhelms IV. erblicken, obgleich die Gespräche sich jeder Beziehung auf seine Person ent-

*) Ganz unverhüllt tritt dieser staatssozialistische Gedanke hervor in einem Fragment des Jahres 1846, Gesammelte Schriften IV, S. 150, wo die Forderung erhoben wird, daß unter staatlicher Kontrolle eine bestimmte Rate an dem Reingewinn der Fabriken dem Arbeiter zugeteilt werde. Dafür soll der Arbeiter mit seinem aufgesparten Kapital dem Unternehmen verhaftet bleiben.

**) A. a. O., S. 212 ff.

halten. Auch der König erstrebte keineswegs die unbedingte Wiederherstellung der alten ständischen Monarchie. Er hatte ein lebendiges Gefühl dafür, daß ein Hauptfaktor der ständischen Monarchie, die Privilegien des ritterbürtigen Adels, unwiederbringlich zugrunde gegangen sei. Deshalb war er seit 1840 mit der Schaffung eines neuen Adels beschäftigt, bei dem die Prärogative der Geburt in Fortfall kommen sollte. Seine Meinung war, daß den nicht mit Grundbesitz ausgestatteten Söhnen der Adelsfamilien die Führung des adeligen Namens zu entziehen sei. Dafür wollte er aus dem grundbesitzenden Bürgerstande eine neue Adelsklasse bilden und daneben ein städtisches Patriziat, das durch Verleihung des Repräsentationsrechtes dem ansässigen Stande der Kaufleute, Industriellen und Gewerbetreibenden Sitz und Stimme auf den Landtagen gewähren sollte. Für diese Einrichtung tritt Waldheim gegen den Feudalen Arneburg in die Schranken.*)

Das letzte und höchste Argument, mit dem Waldheim seine Theorie begründet, ist die transzendente Idee des Staates. Die Befriedigung des materiellen Wohls seiner Untertanen ist nur eine von den Aufgaben, denen der Staat zu dienen hat. Die zweite ergibt sich aus dem Wesen der menschlichen Kreatur, die über das Irdische hinaus nach dem Ewigen strebt.**) Diese ideale Seite des menschlichen Lebens aufrechtzuerhalten, ist die Grundlage des christlichen Staates. Hier liegt die Grenze, an welche innerhalb der staatlichen Gemeinschaft jede individuelle Freiheit gebunden bleibt. Es gilt dies namentlich auch von der freien Meinungsäußerung in der Presse. Waldheim ist keineswegs ein abgesagter Feind der zeitgenössischen Literatur. Er läßt den Talenten der Führer des jungen Deutschland volle Gerechtigkeit widerfahren;***) unter den neueren Dichtern stellt er Lenau auf eine hohe Stufe. Nur gegen die destruktiven Tendenzen der modernen Schriftsteller, die jede Autorität des Staates als einen verrotteten Anachronismus bezeichnen, wendet er sich mit scharfer Verurteilung.

Die edelste Blüte der staatlichen Gemeinschaft ist das Bewußtsein der nationalen Einheit: „In diesem Bewußtsein," läßt Radowitz seinen Waldheim sagen, „findet sich noch heutigen Tages,

*) A. a. O., S. 376. — **) A. a. O., S. 134 ff. — ***) A. a. O., S. 149, 151.

ja vielleicht mehr als in anderen Zeiten, der Legitimist, der Aristokrat, der Liberale, der Radikale, der Kommunist, der Katholik, der Altlutheraner, der Herrnhuter, der Rationalist, der Pantheist zusammen. Dies ist also der neutrale Boden, dieses das gemeinsame Fundament, auf dem noch ein einträchtiger Bau aufzuführen ist."*) Der große Erfolg des Buches beruht darauf, daß es durch seine freimütige Behandlung brennender Zeitfragen auch solchen Politikern, welche den Standpunkt des Verfassers nicht teilten, reichlichen Stoff zum Nachdenken bot.**) Ein so scharfer Kritiker wie der Frankfurter Geschichtsforscher Johann Friedrich Böhmer, ein entschiedener Preußenfeind, der trotz des gemeinsamen Verkehrs in dem Schlosserschen Hause zu Radowitz in einem sehr kühlen Verhältnis stand, hatte eine hohe Meinung von dem Buche.***)

Nach Vollendung dieser Arbeit wurde die längst geplante Reise†) nach Oberitalien bis Genua und durch Südfrankreich zurück in die Schweiz angetreten. Der älteste Sohn, Clemens, begleitete die Eltern. Aber auch diese dreimonatliche Muße hatte nicht den gewünschten Erfolg: bei der Rückkehr nach Karlsruhe Anfang Juni 1846 fühlte Radowitz sich kränker als je. Es gab Augenblicke, wo ihm das Los seiner Tochter, die in den ewigen Gottesfrieden eingegangen war, beneidenswert erschien. In dieser körperlichen und seelischen Verfassung bereiteten ihm die parlamentarischen Wirren, die nach einem für die badische Regierung sehr unglücklichen Ausfall der Wahlen im Mai 1846 wieder begonnen hatten, eine unerträgliche Qual. Bei der Beratung eines zum neunten Male eingebrachten Antrags auf Befreiung der Presse, am 22. Mai, ließ der Abgeordnete Matthy sich zu den leidenschaftlichen Worten hinreißen: „Der Zensor tut es nicht mehr, und es bleibt nur noch die Wahl, zum Henker zurückzukehren oder zur Freiheit vorzuschreiten. Es mag sein, daß in gewissen Kreisen die Absicht vorwaltet, den Rückschritt zu versuchen. Die Nation aber ist für den Fortschritt, und es wird sich zeigen, wer's durchsetzt."††)

*) A. a. O., S. 199.

**) Vgl. z. B. das Urteil des sächsischen Diplomaten Grafen Karl Friedrich Vitzthum v. Eckstädt, Berlin und Wien 1845—1852, Stuttgart 1866, S. 30.

***) Vgl. Janssen, Joh. Friedrich Böhmers Leben, Freiburg 1868, I, S. 466.

†) Vgl. die Denkwürdigkeiten S. 126.

††) Protokolle der II. Badischen Kammer, I, S. 254.

Der Ministerpräsident Nebenius erhob energische Einsprache gegen diesen verblümten Appell an die Gewalt; im Lande aber verhallte er nicht ungehört. In Mannheim kam es zu einer Schlägerei zwischen Militär und Bürgern; der Mannheimer Abgeordnete Bassermann forderte infolgedessen die Regierung auf, den Soldaten im Frieden das Waffentragen zu verbieten.

Bis in die ersten Tage des Juli sah Radowitz die Dinge mit an; dann hielt es ihn nicht länger. Allzu gewissenhaft, um während dieser kritischen Zeit außer Landes zu gehen, machte er den Versuch mit einer Kur in Baden. Auch hier fand er keine Genesung. In niedergedrückter Stimmung kehrte er schon nach vierzehn Tagen zu seinen diplomatischen Geschäften zurück. Fast jede Kammerdebatte brachte ihm neuen Verdruß. Bei einer Besprechung des Falls Itzstein-Hecker beantragte ein Mitglied der Opposition die Aufhebung der badischen Gesandtschaft in Berlin und überhaupt sämtlicher Gesandtschaften an den deutschen Höfen, worauf die Regierung natürlich nicht einging. In einer Adresse an den Großherzog drang die II. Kammer abermals auf eine Verminderung des Militäretats. Der gefährlichste Angriff, den die Opposition gegen die Regierung unternahm, war die Niedersetzung einer Kommission, welche die in den Jahren 1843 bis 1845 erlassenen Ministerialverordnungen darauf zu prüfen hatte, inwieweit sie als verfassungsmäßig anzuerkennen wären. Die Kommission gelangte zu dem Ergebnis, daß bei den meisten dieser Erlasse die gesetzliche Mitwirkung der Stände außer acht gelassen worden sei. Sie forderte daher, daß die Verordnungen entweder außer Wirksamkeit gesetzt oder dem Landtage nachträglich zur Beschlußfassung vorgelegt würden. „Es ist klar," berichtet Radowitz am 28. Juli nach Berlin, „daß diese Theorie bei konsequenter Durchführung, die ganze Regierung des Staates faktisch in die Hände der Kammern legen würde."

Inzwischen hatte der getreue Eckard Youkowski, ohne Radowitz zu fragen, eine Schilderung von dem Zustand seines Freundes an Friedrich Wilhelm IV. gesandt. Der König ließ dem Leidenden durch Canitz einen unbegrenzten Urlaub anbieten: am liebsten hätte er es gesehen, wenn Radowitz nach Berlin gekommen wäre, um eine ärztliche Autorität ersten Ranges zu Rate zu ziehen. Dazu aber mochte Radowitz sich am wenigsten entschließen. Einstweilen blieb

er in Karlsruhe, um den Schluß der Landtagssession abzuwarten, der am 17. September 1846 eintrat.

Trotz seiner körperlichen Gebrechen beschäftigte er sich in dieser Zeit sehr eifrig mit publizistischen Studien über die schleswig-holsteinsche Frage. Gegen den offenen Brief Christians VIII. vom 8. Juli 1846, durch den die dänische Thronfolge über Schleswig und Lauenburg ausgedehnt und die Einverleibung Holsteins in die Gesamtmonarchie als das zu erstrebende Ziel der dänischen Politik hingestellt wurde, richtet sich die von Radowitz verfaßte Schrift: „Wer erbt in Schleswig? Eine Rechtsfrage." Es ist eine staatsrechtliche Untersuchung, die auf Grund der Arbeiten Lornsens, Michelsens, Sammers und anderer die Rechtsgültigkeit der Inkorporation Schleswigs bestreitet und jede Festsetzung des dänischen Thronrechtes, durch welche die untrennbare Verbindung der beiden Herzogtümer aufgehoben werden würde, als gesetzwidrig zurückweist.

Die Streitschrift war bereits vollendet und dem Druck übergeben, bevor der Bundestag am 17. September in eine Verhandlung über den offenen Brief eintrat. In dem Beschluß, den die Versammlung faßte, wurde zwar an der unauflöslichen Vereinigung der Herzogtümer festgehalten; aber statt dem herausfordernden Manifest eine peremptorische Erklärung zum Schutz der altverbrieften Rechte Schleswigs und Holsteins entgegenzustellen, begnügte sich der Bundestag, die Hoffnung auszusprechen, daß Dänemark sich der Rücksichten auf die Kompetenzen und die Rechte der Agnaten nicht entschlagen werde. Gegen diese schwächliche Kundgebung polemisierte Radowitz in mehreren Zeitungsartikeln, namentlich in der „Augsburger Allgemeinen". „Seitdem der dänische Handschuh hingeworfen", schrieb er, „seitdem die Entrüstung über diesen plötzlichen Angriff durch ganz Deutschland gedrungen ist, waren aller Augen auf die Bundesversammlung zu Frankfurt a. M. gerichtet. Wird die einzige Repräsentation der deutschen Nation sich an die Spitze des Volksbewußtseins stellen, wird sie das Recht und das Gefühl Deutschlands wahrhaft vertreten oder nicht? Kundigen leider nicht unerwartet, darum aber nicht minder traurig, ist der Spruch erfolgt. Von dem, was im Innersten der Seele jedes Deutschen erklungen, ist kaum die Rede gewesen. Wiederum hat man zaghaft und stumpfsinnig einen der großen Momente vorübergehen lassen, die einer

zerrissenen Zeit angeboten werden, um die kirchlichen und politischen Parteien zu verschmelzen, die provinziellen und sozialen Spaltungen zu überwinden und das Herz des Volkes zu erwärmen für seine Gegenwart, zu begeistern für seine Zukunft." Der Aufsatz schließt mit dem Liviusschen Worte: „Fata viam invenient".

Um den nationalen Standpunkt zu voller Geltung zu bringen, schlägt Radowitz schon im September 1846 vor: Trennung der Elbherzogtümer von Dänemark und Vereinigung derselben zu einem deutschen Bundeslande unter eigenem Regenten. Was von dem Bund nicht zu erwarten ist, — die Verteidigung der Rechte Schleswig-Holsteins, — das, hofft er, werde Preußen in die Hand nehmen. Die Vorteile, die er sich davon verspricht, faßt er in die drei Sätze zusammen: „Preußen muß seine Nordgrenze sichern; Preußen soll die alte Wunde des Sundzolls aus der Welt schaffen; Preußen soll im Namen des Zollvereins danach trachten, die unschätzbaren Elemente der Seemacht zu gewinnen."

Am 16. Oktober begab Radowitz sich nach Frankfurt, teils zur Vertretung Froms, der die Bundesfestungen zu inspizieren hatte, teils um den Hanauer Arzt Dr. Kopp zu konsultieren, dessen Rat ihm schon früher gute Dienste geleistet hatte. Diesem Spezialisten für Nervenkrankheiten gelang es, sein Leiden zum Stillstand zu bringen und allmählich einen freilich sehr langsamen Prozeß der Besserung herbeizuführen.

Den Vorsitz in der Militärkommission hatte seit dem Juni 1846 der österreichische Generalmajor Graf Nobili übernommen. Radowitz fand zu seiner Beruhigung bei ihm ein kollegialisches Entgegenkommen, wenn er sich auch bald überzeugen mußte, daß Nobili nicht der Mann war, um den Sonderbestrebungen der Einzelstaaten kräftig entgegenzutreten.

Schon seit Jahren stritt man über den Entwurf eines Bundeswappens, das auf den Geschützrohren und an den Baulichkeiten der Bundesfestungen als Wahrzeichen der deutschen Einheit angebracht werden sollte. Friedrich Wilhelm IV., zu dessen Lieblingsstudien die Heraldik gehörte, stimmte mit seinem einflußreichen Ratgeber

adlers, wenn auch unter Fortlassung der Herrscherattribute, der Krone, des Schwertes, Szepters und Reichsapfels. Dagegen trat in geschlossener Phalanx der Föderalismus auf, dem jede Erinnerung an das Heilige Römische Reich der Nation als ein Abfall von der bundesstaatlichen Idee erschien, und der daher die Forderung aufstellte, daß in dem Bundesemblem die sämtlichen Wappen der vierunddreißig souveränen Staaten Deutschlands dargestellt werden müßten. Ebensowenig wie über das Wappen kam es zu einer Entschließung über die Farben des Bundes. Der Annahme des österreichischen Schwarz-Gelb widerstrebte die Föderation, und der Vorschlag des Badensers Krieg, als dritte Farbe Rot hinzuzunehmen, — ein Ausweg, den Preußen und das Königreich Sachsen anzunehmen geneigt waren —, wurde von allen übrigen Bundesgesandten als eine staatsgefährliche Reminiszenz an die Jugendschwärmerei des deutschen Burschentums mit Entrüstung zurückgewiesen.

Die wichtigste Angelegenheit, die augenblicklich am Bunde schwebte, bewegte sich auf dem Gebiete der Eisenbahnpolitik. Die französische Regierung hatte im Herbst 1845 die Konzession zum Bau der Linien Paris—Straßburg und Paris—Metz erteilt. Daß dadurch die Gefahr eines plötzlichen Angriffs auf die Westgrenze Deutschlands gesteigert wurde, mußte den militärischen Kreisen Deutschlands vom ersten Augenblick an einleuchten, und auch die deutsche Presse lenkte die Aufmerksamkeit auf den Gegenstand. Mit Recht wurde hervorgehoben, daß das ohnehin noch sehr unvollständige Netz der süddeutschen Eisenbahnen, bei dessen Ausbau nur die territorialen Interessen berücksichtigt worden seien, den strategischen Anforderungen in keiner Weise Genüge leiste. Man muß auch hier die Einsicht Friedrich Wilhelms IV. rühmen, der zu einer Note Dönhoffs über die französischen Bahnprojekte die Bemerkung machte: „Der Inhalt dieses Berichtes erfordert eine reifliche Erwägung und fühl' ich mich berufen, die teutschen Fürsten auf die Gefahr aufmerksam zu machen und die Eisenbahnfrage im allgemeinen auf dem Bundestage zur Sprache zu bringen."*)

In der Sitzung vom 23. April 1846 war beschlossen worden, ein motiviertes Gutachten der Militärkommission einzufordern. Der

*) 5. Dezember 1845. Geheimes Staatsarchiv.

preußische Oberst From übernahm diese mühselige Arbeit, die eine generalstabsmäßig durchdachte Darlegung der Grundsätze für die Benutzung der Eisenbahnen zu militärischen Zwecken enthielt. Das Hauptgewicht fiel auf die rasche und sichere Beförderung der Truppen aus dem Hinterlande bis zu den wahrscheinlichen Operationsgebieten an der Ost- und Westgrenze Deutschlands. From entwarf einen ausführlichen Plan großer durchgehender Linien, die das Land in nord-südlicher und west-östlicher Richtung durchschneiden sollten. Vor allem kam es ihm darauf an, zwischen den Festungen im Innern des Landes und denen an der Grenze eine direkte Verbindung herzustellen. Mit gleichem Nachdruck wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, die wichtigsten Kreuzungspunkte, die Flußübergänge und die Ausgangspunkte der Bahnen an den Grenzen durch fortifikatorische Anlagen gegen feindliche Angriffe zu schützen. Es war die erweiterte Fassung der von Radowitz vertretenen Idee eines einheitlichen Reichseisenbahnsystems,*) wenn From dafür plädierte, daß dem Bundestag eine entscheidende Stimme über den Bau der Bahnen, soweit strategische Interessen dabei in Frage kamen, eingeräumt werden müsse. Der sehr umfangreiche Bericht,**) der noch heute für die Geschichte des deutschen Eisenbahnwesens von Wert ist, gelangte erst Ende 1846 zur Vorlage an die Militärkommission.

Am 25. November verließ Radowitz Frankfurt. Was seiner in Karlsruhe wartete, wußte er im voraus, da ihm der Großherzog durch den Bundesgesandten Blittersdorf schon mehrmals hatte sagen lassen, wie dringend er ihn zu sprechen wünsche. Nach den Erlebnissen des letzten Landtages war Leopold entschlossen, zu einem neuen Regierungssystem überzugehen. Den ungemessenen Forderungen der Radikalen wollte er endlich sein eigenes Machtgebot entgegenstellen, und da er das Vertrauen zu seinen Ministern verloren hatte, wandte er sich an Radowitz mit der Bitte um Ausarbeitung eines Regierungsprogramms.***)

Radowitz verkannte die Schwierigkeit der Aufgabe nicht, aber er hielt sie nicht für hoffnungslos, wenn die Regierung den festen

---

*) Vgl. S. 385. — **) Abgedruckt in den Protokollen der Militärkommission.
***) Vgl. die Denkwürdigkeiten, S. 128.

Vorsatz faßte, dem Radikalismus mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten, dagegen eine Verständigung mit demjenigen Teil der Liberalen anzustreben, der die in den letzten Monaten vorgekommenen Aufreizungen des Volkes mißbilligte und sich in den Grenzen des verfassungsmäßigen Rechtes halten wollte. Keine Reaktion, sondern strenges Festhalten an dem Verfassungsrecht; ein neues Preßgesetz unter Fortfall der Zensur; auf administrativem Gebiet, in der Verwaltung der Gemeinden, eine Erweiterung der ständischen Rechte. „Auf alles, was dem materiellen Gemeinwesen dienlich ist, mögen die Stände den umfassendsten Einfluß üben. Es liegt keineswegs im wohlverstandenen Interesse des Regenten, die Ansichten seiner Beamten um jeden Preis durchzusetzen.“ Auf der andern Seite eine energische Verteidigung der Regierungsrechte und die vollkommenste Solidarität in der Zusammensetzung des Ministeriums.

Das schwierigste Problem blieb immer die Herstellung des kirchlichen Friedens. Die oberste Staatsgewalt stand im Kampfe mit dem Erzbischofe von Freiburg, Hermann v. Vicari, gegen dessen Erlasse in Sachen der gemischten Ehen sie ihr Veto eingelegt hatte. Dieser Konflikt zwischen Staat und Kirche mußte aus der Welt geschafft werden. Radowitz rechnete dabei auf das Entgegenkommen des geistlichen Oberhirten. Er hoffte selbst, der Erzbischof werde sich bewegen lassen, bei Eintritt einer Neuwahl den Klerus zur Unterstützung der Regierung aufzufordern. Für ganz verfehlt erklärte er die bisherige Haltung des Ministeriums in den Streitigkeiten innerhalb der evangelischen Kirche. Daß die oberste Kirchenbehörde es nicht gewagt hatte, gegen die von Zittel*) ausgehende Verführung der Geistlichkeit aufzutreten, erschien ihm als eine unverzeihliche Schwäche, die nur wieder gut gemacht werden könnte durch Aufstellung gesetzlicher Normen für die Behandlung des Sektenwesens.

Vielleicht die merkwürdigste Seite des Regierungsprogramms bilden die Ratschläge, die Radowitz dem Großherzog in bezug auf die soziale Frage erteilt. Wie in den „Gesprächen“ stützt er sich auch

Fürsorge für die unteren Klassen übergehen müsse. „Die Regierung ergreife schrittweise die Initiative zur Vorlage solcher sozialen Maßregeln, die eines großen moralischen Eindrucks auf die Massen fähig sind." Er empfiehlt die Ordnung des Armenwesens, eine gerechtere Verteilung der Steuern, die Gründung von Sparkassen und die Aufhebung der beschränkten Bestimmungen über Freizügigkeit und Auswanderung. „Hier liegt das Mittel", sagte er, „den vulgären Liberalismus der Mittelklassen in seiner Nichtigkeit aufzudecken und ihn der magischen Kraft zu entkleiden, die er als Vertreter der reellen Volksinteressen usurpiert hat."

Man wird diesen Ausführungen die Teilnahme nicht versagen, wenn man ihnen auch nicht in allen Punkten zustimmen kann. Durch das Hineinziehen der geistlichen Autorität in den politischen Kampf wurde Radowitz dem Grundsatze untreu, zu dem er sich in den Gesprächen bekannt hatte. Selbst die vorgeschlagenen sozialen Reformen, so wohlgemeint sie waren, wie wenig bedeuteten sie für die Lösung einer Frage, die, wenn überhaupt möglich, nur durch eine umfängliche Gesetzgebung geregelt werden konnte, welche sowohl den Schutz der arbeitenden Klassen, als auch die Interessen der Arbeitgeber zu berücksichtigen hatte. Leopold von Baden teilte diese Bedenken nicht; er befahl seinen Ministern, an der Spitze derselben dem damals ernannten Präsidenten Beck, sich durch feierliche Unterschrift zur Durchführung des Programms zu verpflichten.*)

Das neue Gouvernement hatte bis zum nächsten Zusammentritt der Kammern ein volles Jahr Zeit, um sich einzurichten. Diese Frist mußte man benutzen, um durch die offizielle Presse das Land über die Absichten des Großherzogs aufzuklären. Tritt keine Umkehr der öffentlichen Meinung ein, so ist die Auflösung der Kammer in Erwägung zu ziehen. Wird sie nicht für tunlich erachtet, so darf die Regierung die Budgetverhandlungen nicht abwarten, sondern muß sofort den Prinzipienstreit aufnehmen: sie erklärt sich gegen die ständische Reklamierung der inzwischen erlassenen Verordnungen und appelliert an ein Schiedsgericht des Bundes.

scheidende Wendung in der Verfassungsfrage in Preußen, die sich in dem Patent vom Februar 1847 ankündigte. Seit den Besprechungen auf Stolzenfels war er in dieser Sache nicht weiter um seinen Rat befragt worden. Dem Inhalt des Patentes stand er, so vielfach auch in den Zeitungen das Gegenteil behauptet wurde, gänzlich fern. Erst einige Wochen nach der Veröffentlichung des Erlasses schrieb ihm im Auftrage Friedrich Wilhelms Graf Anton Stolberg am 9. März: „Das Patent vom 3. Februar wird von vielen als ein Akt betrachtet, durch welchen der König dem Lande eine ständische Verfassung im modernen Sinne gegeben habe. Man benutzt jede Gelegenheit, um die neue Gestaltung der ständischen Einrichtungen unter dem modernen Sprachgebrauch zu bezeichnen. Dies gilt hauptsächlich bei der Versammlung »des allgemeinen Landtags« und »der Versammlung des Herrenstandes«. Schriftlich und mündlich wird von der ersten und zweiten Kammer, von der Herrenbank usw. geredet." Radowitz sollte „so rasch wie möglich" Vorschläge für die zweckmäßigste Benennung der ständischen Körperschaften machen, damit jede Verdunkelung der Begriffe vermieden würde. In seiner Antwort an Stolberg vom 13. März empfahl er, analog dem Sprachgebrauch der altständischen Praxis, die Vertretung des Herrenstandes als Herrenkurie, die Versammlung der drei Stände, — Ritterschaft, Städte und Landgemeinden, — als Landkurie und das Plenum des Vereinigten Landtags als „Gesamthaus" zu bezeichnen.

Bei der Prüfung des Manifestes konnte Radowitz sich mit manchen Bestimmungen desselben nicht einverstanden erklären. In noch höherem Maß gilt dies von den zur Erläuterung des Edikts erlassenen Verordnungen, die hauptsächlich den Zweck hatten, für die Wirksamkeit der einzelnen Körperschaften eine möglichst scharfe Grenze zu ziehen und jedem Übergriff der Stände vorzubeugen.*) Trotz aller Wandlungen, die seine Ansichten im Laufe der Jahre erfahren hatten, hielt Radowitz noch immer daran fest, daß die historischen Berechtigungen der Provinziallandtage, auf denen die ganze Verfassung sich auferbaute, keine Veränderung erfahren durften. Er betrachtet es als die wesentliche Aufgabe der ständischen

*) Vgl. L. v. Ranke, Friedrich Wilhelm IV., Separatausgabe (1878), S. 123.

Verfassung, einerseits durch den vereinigten Landtag das staatliche Gemeingefühl in allen Teilen der Monarchie zu einer kräftigeren Betätigung zu erwecken und anderseits die einzelnen Landtage mit allen Befugnissen auszustatten, die es ihnen ermöglichten, die provinziellen und lokalen Interessen in ausgiebigem Maß zu vertreten. Nach seinem Dafürhalten war es daher eine bedenkliche Abweichung von dem altständischen Herkommen, daß den Provinzial- oder Kreisversammlungen und den einzelnen Ständen das Recht, den Abgeordneten Mandate zu erteilen, ausdrücklich entzogen wurde.*)

Auch in anderen Beziehungen täuschte ihn seine Voraussicht nicht. Der heftigste Kampf der Meinungen, der in der Ständeversammlung entbrannte, bezog sich auf das Verhältnis der Ausschüsse zu dem Vereinigten Landtag. Das Edikt vom 3. Februar hatte allerdings dem Vereinigten Landtag das Recht der Bewilligung neuer Steuern verliehen. Während des Zeitraums jedoch, in welchem der Landtag nicht versammelt war, sollten wichtige Budgetfragen durch die Ausschüsse erledigt werden. Ferner sollten dem Landtag jedesmal bei seinem Zusammentritt Mitteilungen über den Staatshaushalt gemacht werden; waren die allgemeinen Stände dagegen nicht einberufen, so wollte die Regierung die finanziellen Übersichten den Ausschüssen unterbreiten.

Außerdem wurde für die Prüfung des Staatsschuldenwesens noch eine ständische Deputation eingesetzt, die weder von dem Vereinigten Landtag noch von den Ausschüssen abhängig war. Und wie das finanzielle Aufsichtsrecht in vorsichtiger Abwägung unter die verschiedenen Körperschaften verteilt war, so verhielt es sich auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Der allgemeinen Versammlung war zwar eine gewisse Teilnahme an der gesetzgeberischen Tätigkeit zuerkannt worden, aber es blieb lediglich dem Gutdünken der Staatsgewalt anheimgestellt, welche Gesetze sie dem Plenum zur Begutachtung vorlegen wollte. Die eigentliche Instanz für die Beratung aller Gesetze, welche die Personen- und Eigentumsrechte

Fällen wahrte sich die Regierung das Recht, selbst über solche Gesetze, welche die ganze Monarchie betrafen, mit den Provinziallandtagen zu verhandeln.

Getreu den so oft von ihm entwickelten Grundsätzen, hätte Radowitz eine strengere Scheidung der ständischen Kompetenzen gewünscht. Er hat sich darüber in einer Denkschrift vom 17. Februar 1847 ausgesprochen, in welcher es heißt: „Der Grundgedanke des Ediktes ist ja nur der einzig wahre und richtige; derselbe, der seit der Thronbesteigung des Königs stets bekannt: die Rückkehr zu der ständischen Verfassung der deutsch-fürstlichen Herrschaft. Im einzelnen habe ich allerdings Einwürfe und Bedenken:

a. daß das Spezial-Mandat aufgegeben worden;
b. daß die Provinzialstände in den Hintergrund gedrängt werden;
c. daß die Ausschüsse als eine willkürliche Einschaltung erscheinen;
d. daß dem Vereinigten Landtage zwei verschiedene Rollen zugleich zugewiesen sind: zu beraten und zu bewilligen."

„Man hätte diese drei letzten Punkte, die dem ganzen Gebäude eine schiefe Richtung geben, vermieden, wenn man statt dessen bestimmt hätte:

a. den Provinzialständen bleibt alles Provinzielle und das alleinige Petitionsrecht;
b. den Ausschüssen die Beratung alles Legislativen;
c. dem Vereinigten Landtage die Bewilligung alles Finanziellen."

Die Aufnahme, welche die königlichen Erlasse in der öffentlichen Presse fanden, bestärkte Radowitz in seinen Befürchtungen, denn sie ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Partei derjenigen, die sich mit ernstem Willen auf den Boden der dargebotenen Verfassung stellten, in der Minderheit war. Der gefährlichste Angriff, den das Edikt erfuhr, ging von einem Manne aus, mit dem Radowitz durch einen Zufall persönlich bekannt geworden war. Bei der Wanderung über die Via mala im Jahre 1843 hatte sich ihm ein Reisender angeschlossen, mit dem er in ein Gespräch über staatsrechtliche Fragen geriet, das trotz der Verschiedenheit der Meinungen für beide Teile gleich anregend verlief. Zu einer gegenseitigen Vorstellung war

es nicht gekommen. Der Fremde war der Breslauer Stadtgerichtsrat Heinrich Simon. Er hatte den Namen seines Reisegefährten, dessen Gelehrsamkeit auf ihn großen Eindruck machte, in Erfahrung gebracht. Zur Erinnerung an das Zusammentreffen übersandte er im Jahre 1845 an Radowitz eine von ihm verfaßte Abhandlung, die sich in scharfer Polemik gegen das Gesetz vom 29. März 1844 richtete.*) In dem begleitenden Briefe machte Simon eine geistreiche Anspielung auf die „Via mala", die er aller Wahrscheinlichkeit nach mit seiner Streitschrift betreten habe. In der Tat hatten seine freimütigen Äußerungen über die Unabhängigkeit des Richterstandes die Folge, daß er seinen Abschied nehmen mußte. Radowitz hatte ihm mit verbindlichen Worten seinen Dank ausgesprochen: „Liegen unsere Ansichten über das Wesen des Rechtsstaates toto coelo auseinander, so begegnen sie sich doch ganz in der Forderung unabhängiger Justiz." Im März 1847 veröffentlichte Simon unter dem Titel „Annehmen oder Ablehnen" eine Aufsehen erregende Broschüre, in welcher das Edikt vom 3. Februar als eine Verletzung der Rechte des Volkes dargestellt wurde. Radowitz schrieb damals in bezug auf Simon: „Er ist einer jener wenigen Revolutionärs, die es ohne Egoismus aus innerer Überzeugung sind, und diese macht ihn ebenso achtbar als gefährlich. Lieber sind mir diese Leute jedenfalls als die widerwärtige Sorte ostpreußischer liberaler Aristokraten, wie Dohna, die Auerswalds und Konsorten."

Am 11. April wurde der Vereinigte Landtag im Weißen Saale des Schlosses zu Berlin eröffnet. Über die geschichtliche Bedeutung des Ereignisses bemerkt Radowitz: „Bisher regierte der König mit seinen Beamten; jetzt will der König mit seinen Untertanen regieren: das ist der Sinn des 3. Februar, wie er dem König vorschwebt."**)

Seit dem 17. April wurde Radowitz durch dringende Pflichten in Frankfurt festgehalten. Nach einer Verzögerung von fast zwei Jahren hatten die Staaten des VII. und VIII. Bundeskorps endlich ihre Abstimmungen über das Festungsreglement eingereicht.***) Ihre Gegenvorschläge waren so umfangreich und von so prinzipieller

Bedeutung, daß der Präses der Militärkommission, Graf Nobili, der sich zu neu in den Geschäften fühlte, um diese schwierige Angelegenheit durch alle Hindernisse hindurchzuführen, den preußischen Bevollmächtigten um sein Erscheinen bat.

Mitglieder der Militärkommission waren damals für Österreich Nobili, für Preußen Radowitz, für das VII. Bundeskorps der bayerische Generalmajor v. Völderndorff, für das VIII. der Badenser Krieg v. Hochfelden, für das IX. der sächsische Major Rabenhorst, für das X. der hannoversche Oberst v. Bennigsen, Vater des berühmten Vorkämpfers der Einigung Deutschlands, Rudolf v. Bennigsen. Dazu trat als Territorialvertreter Württembergs der Oberst Faber du Faur. Das Referat lag in den Händen des kurhessischen Oberstleutnants v. Stein, der, wie bemerkt, an der Redaktion des Textes teilgenommen hatte,*) und das Protokoll führte der österreichische Oberst v. Schmitson. Gleich bei der Eröffnung der Unterhandlungen am 19. April 1847 kam es zu einer sehr erregten Debatte zwischen Radowitz und Völderndorff, der sich nach einer siebzehnjährigen Tätigkeit in der Rolle des Nestors der Kommission fühlte und in der Tat eine große Gewandtheit in der Handhabung der Geschäftsformen besaß, von diesem Talent aber hauptsächlich in solchen Fällen Gebrauch machte, wo es galt, den Vorschlägen Österreichs und Preußens gegenüber die Reservatrechte der Einzelstaaten zur Geltung zu bringen. Nachdem der Entwurf seit zwei Jahren in den Händen aller Bundesregierungen war, mußte es im höchsten Grade in Erstaunen setzen, daß Bayern plötzlich mit einer Erklärung auftrat, welche die Kompetenz der Kommission zum Erlaß des Gesetzes in Frage stellte; das Reglement enthalte Verordnungen von so entschieden politischem Charakter, daß nicht die militärtechnische Behörde, sondern der Bundestag die Entscheidung zu treffen habe. Man kann sich denken, mit welcher Energie Radowitz diesen Vorstoß des Partikularismus bekämpfte.

Die dreiundneunzig Paragraphen des Entwurfs wurden der Reihenfolge nach durchgegangen. Die Gegensätze, die sich dabei ergaben, waren teils finanzieller, teils politischer Natur. Die süddeutschen Regierungen haben von Anfang an die Besetzung der

*) Vgl. S. 410.

Bundesfestungen, da sie schon in Friedenszeiten einen erheblichen Teil ihrer militärischen Kräfte in Anspruch nahm, als ein Servitut betrachtet, welches der Bund ihnen auferlegte. Es erschien ihnen als eine berechtigte Forderung, wenn sie für die Opfer, die sie der Gesamtheit brachten, wenigstens eine teilweise Entschädigung verlangten. Am lästigsten war ihnen die Verpflichtung, den Bau der Kasernen und Unterkunftsräume für die Friedensgarnisonen auf eigene Kosten auszuführen. In der Hoffnung, daß der Bund diese Bestimmung aufheben oder ermäßigen werde, hatten Bayern und Württemberg bisher für die Unterbringung ihrer Truppen in Ulm so gut wie nichts getan. Eine rühmliche Ausnahme machte nur die Regierung Badens, die den Bau der Kasernen in Rastatt im Jahre 1844 begonnen hatte. Die Majorität blieb dabei, daß der Bau der Friedenskasernen den Garnisonherren zur Last fallen müsse.

Höchst unangenehm war den Kontingentsstaaten ferner die grundsätzliche Trennung des Bundes- und Territorialeigentums, auf welche besonders Radowitz hingewirkt hatte. Es wollte ihnen nicht einleuchten, weshalb nicht wenigstens ein Teil der von dem Bunde zu Verteidigungszwecken herzustellenden Räumlichkeiten in Friedenszeiten für die Unterbringung der Besatzungstruppen benutzt werden könnte, woraus ihnen wenigstens einige Ersparnisse an dem Kasernenbau erwachsen sein würden. Um womöglich einen Ausgleich herbeizuführen, schlug Radowitz vor, daß den Territorialherren gestattet sein sollte, in einzelnen Fällen, die dazu geeignet waren, die Defensionswerke für die Unterbringung eines Teils ihrer Friedenstruppen zu verwenden; doch müsse es von der jedesmaligen Entscheidung des Bundes abhängen, ob er die Benutzung seines Eigentums genehmigen und welche Geldentschädigung er dafür in Anspruch nehmen wollte. Die Majorität erklärte sich einverstanden; Bayern und Württemberg aber weigerten sich, darauf einzugehen.

Dieselbe Gegenstellung wiederholte sich, als über die Zulassung des österreichischen Truppenführers zu dem Verteidigungsrat in Ulm während der Kriegszeit verhandelt wurde. Die Besorgnis, daß bei einer kritischen Gestaltung der Ereignisse Österreich ihren Territorial

Einfluß, den Radowitz in Karlsruhe ausübte, eine weit entgegenkommendere Haltung einnahm als die beiden süddeutschen Königreiche in betreff Rastatts, keine Schwierigkeiten machte.

Langwierige Erörterungen knüpften sich ferner an die Verproviantierung der Festungen. Der Entwurf des Reglements sprach nur von einem dreimonatlichen „Approvisionement" der Friedensbesatzung, das stets vorrätig gehalten werden müsse. Die Truppenzahl der Garnison in Friedenszeiten sollte in Ulm siebentausend, in Rastatt dreitausend Mann betragen, die Kriegsbesatzungen waren für Ulm auf zwanzigtausend, für Rastatt auf zehntausendfünfhundert Mann festgesetzt. Radowitz vertrat die Meinung, daß man von den Bedürfnissen des Kriegszustandes ausgehen müsse; er empfahl daher die Bereithaltung der Lebensmittel und der wichtigsten Gebrauchsgegenstände für die volle Kriegsstärke auf vier Monate. Die Anschaffung sollte auf Kosten der Territorialregierungen stattfinden, denen es überlassen blieb, in Friedenszeiten von den vorhandenen Beständen Gebrauch zu machen, mit der Bedingung, daß die Provision stets wieder ergänzt werde. Dabei aber blieb noch immer die Frage, wer die Kosten des Unterhalts der Truppen zu tragen habe, wenn der Kriegszustand eintrat. Bayern und Württemberg stellten das Ansinnen, daß der Bund schon von dem Augenblick, wo die Ersatzmannschaften in die festen Plätze verlegt würden, Zahlung zu leisten habe. Diese Forderung wurde von der Majorität abgelehnt und dafür ein von Radowitz gestellter Vermittelungsvorschlag angenommen, nach welchem der Bund für die Unterhaltung erst zu sorgen hatte, wenn der förmliche Belagerungszustand eintrat. Bayern und Württemberg verharrten auch diesem Modus gegenüber bei ihrem Widerspruch.

Als dann das Verhältnis zwischen den Militär- und Zivilbehörden zur Sprache kam, machte Völderndorff die Bemerkung, man müsse sich darüber klar werden, wer in dem Rayon der Festungen die Herrscherrechte ausüben solle, — der Bund oder die Landesfürsten. Es sei mit den Landesgesetzen und der Verfassung unvereinbar, dem Gouvernement Rechte beizulegen, die in das Machtbereich der Justiz- und Verwaltungsbehörden gehörten: Bayern werde sich auch im Kriege niemals einer unbedingten „Militärdiktatur" unterwerfen. Diese Ansicht teilte auch Württemberg. Der Oberst

Faber du Faur sagte: „Wenn wir das alles vorher gewußt hätten, würden wir niemals in den Bau von Ulm gewilligt haben."

Radowitz hatte große Mühe, wenigstens äußerlich seine Ruhe zu behaupten. Innerlich empört, klagte er seiner Gemahlin am 28. April: „Ich habe mich leider engagiert, ein verwickeltes Geschäft hier zu Ende zu führen, das bei der horriblen Kleinlichkeit und Selbstsucht der deutschen Höfe eine wahre Sisyphusarbeit ist. Wir haben jetzt fast täglich Sitzungen von vier bis fünf Stunden, und Nobili sowie die anderen liegen außerdem noch den ganzen Nachmittag bei mir. Es macht mich desperat, und ich weiß nicht, wie ich durch dieses Netz durchbrechen soll." Ungeachtet der körperlichen Leiden, die sich wieder zu regen begannen, hielt er stand, bis die vierwöchentlichen Verhandlungen beendet waren. Zu einem endgültigen Ergebnis kam es nicht. Die Mehrheit setzte zwar durch, daß das Festungsreglement auf Grund der gefaßten Beschlüsse umgearbeitet werde, aber Baden und Württemberg gaben ihre dissentierenden Abstimmungen zu Protokoll und behielten sich vor, später auf dieselben zurückzukommen.

Mit gespannter Aufmerksamkeit war Radowitz während des Frankfurter Aufenthalts, der bis zum 11. Mai dauerte, den Vorgängen in Berlin gefolgt. Wie lebhaft er sich im Geiste in die Ständeversammlung versetzte, beweisen die vier Flugschriften, die er unter dem Titel: „Reden, welche in dem Stände-Saale zu Berlin nicht gehalten wurden" im Mai und Juni 1847 veröffentlichte.*) In der äußeren Form und der Wärme der Überzeugung stellten diese Philippiken dem Talent des künftigen Parlamentsredners ein vielversprechendes Zeugnis aus; doch bleibt dem Leser der Eindruck, daß der Verfasser an einzelnen Stellen anders gesprochen haben würde, wenn er mit dem Kampf der Parteien in lebendiger Berührung gestanden hätte. Das erste Flugblatt knüpfte an die Debatte über die Adresse an, mit welcher der Vereinigte Landtag die Eröffnungsrede des Königs beantwortete. Der ursprüngliche von dem Abgeordneten für Krefeld, Hermann v. Beckerath, aufgestellte Entwurf wies mit aller Schärfe darauf hin, daß die früheren Verheißungen, die eine allgemeine

Amendements des früheren Ministers Grafen Arnim-Boitzenburg und des Generallandschaftsdirektors für Ostpreußen, Alfred v. Auerswald, eine mildere Fassung erhalten hatte, die jedoch den Charakter einer Rechtsverwahrung bestehen ließ,*) war die Adresse am 16. April von den vereinigten Kurien mit 484 gegen 107 Stimmen angenommen. Trotzdem hielt es eine Gruppe von 138 liberalen Abgeordneten, unter Führung des Landrats im Kreise Hagen, Freiherrn Georg v. Vincke, für notwendig, am 26. April noch eine Rechtserklärung einzubringen, in welcher sie die Abweichungen, die sich aus dem Vergleich der älteren Verordnungen mit dem Patent ergaben, im einzelnen hervorhoben und die fortdauernde Rechtsgültigkeit der älteren Gesetze verlangten.

Gegen diese Deklaration, die übrigens bei den Beratungen der Ständekurie in der Minderheit blieb und von der Herrenkurie aus prinzipiellen Gründen zurückgewiesen wurde, zieht Radowitz in seiner ersten Rede zu Felde. Er hält den Unterzeichnern die Frage vor, was sie getan haben würden, wenn der König aus eigener Machtvollkommenheit statt des Patentes eine Verfassung nach dem Muster der französischen Charte erlassen hätte? Schwerlich würde ihnen das Bedenken gekommen sein, daß ein solcher gesetzgeberischer Akt nicht hätte vollzogen werden dürfen, ohne Gutachten des Staatsrates und ohne Beirat der noch zu Recht bestehenden ständischen Körperschaften. „Ich frage nunmehr die geehrten Unterzeichner der Erklärung, ob sie sich auch in diesem Falle in ihrem Gewissen gedrungen gefunden haben würden, durch eine feierliche Verwahrung, wie die uns vorliegende, gegen das Königliche Edikt Einsprache zu tun?"**) Über die eigentliche Streitfrage, auf die alles ankam, die Inkongruenz, die zwischen den früheren Gesetzen und der Verordnung vom 3. Februar bestand, geht Radowitz stillschweigend hinweg, obgleich er in den einleitenden Worten seiner Rede selbst zugegeben hatte, daß die Versammlung in die Lage kommen könnte, „über einige Punkte des Patentes authentische Erläuterungen zu wünschen".

dingung für die Wählbarkeit gemacht. Nach dem Erlaß vom 30. März 1847,*) welcher den Mitgliedern derjenigen Dissidentengemeinden, die vom Staate anerkannt waren, den vollen Genuß der bürgerlichen Rechte erteilt, verstand es sich von selbst, daß den Zugehörigen dieser Gemeinden das Recht der Wählbarkeit zum Landtag nicht vorenthalten werden konnte. Es kam daher nur noch in Frage, wie es mit dem Teil der Dissidenten zu halten sei, deren Vereinigungen bisher von dem Staate nicht als zur christlichen Kirche gehörig angesehen wurden. In der Ständekurie stellte Beckerath den Antrag, durch Aufhebung jenes Paragraphen in dem landständischen Gesetz jede Beschränkung der Wählbarkeit durch das religiöse Bekenntnis zu beseitigen. Die Liberalen gingen dabei von dem Grundsatz der unbedingten Glaubens- und Gewissensfreiheit aus, die schon das preußische Landrecht aufgestellt habe. Gegen diese Auffassung wendet sich Radowitz. Nach seiner Ansicht hat der Staat zu entscheiden, ob eine Sekte christlich sei oder nicht. Mit der Minorität der Abteilung stimmt er dafür, „daß es unstatthaft sei, die Dissidenten zu den ständischen Rechten zuzulassen, bevor dieselben nicht die Anerkennung des Staates als christliche Sekte erlangt haben."**)

Die dritte Rede führt uns in die Sitzung der vereinigten Kurien vom 7. Juni 1847. Auf der Tagesordnung steht die Königliche Botschaft über eine Anleihe zum Bau der preußischen Ostbahn. Vom Standpunkt ihrer Rechtsverwahrung aus bestritt die liberale Majorität die Kompetenz der Ständeversammlung zur Bewilligung einer Anleihe, solange die von ihr beantragten Änderungen der Februar-Verordnungen, namentlich die Periodizität der Landtage, die Übertragung des den Ausschüssen gewährten Anteils an der Gesetzgebung auf das Plenum, die Sanktion der Regierung nicht erhalten hätten. Für die Bewilligung der Anleihe sprach unter anderen Konservativen als Mitglied des Standes der Ritterschaft der Deichhauptmann Otto v. Bismarck-Schönhausen. Bismarck bekämpfte die parlamentarische Taktik der Liberalen, welche die vorliegende Frage benutzten, um ein Retentionsrecht auszuüben, bis sie die von ihnen geforderten Konzessionen durchgesetzt haben würden.***) Auf dieselbe Seite stellt

*) Vgl. H. v. Treitschke, V, S. 359 ff. — **) Gesammelte Schriften, III, S. 215 ff.
***) Vgl. Th. Riedel, Die Reden des Abgeordneten v. Bismarck-Schönhausen in den Parlamenten 1847 bis 1851, Berlin 1881, S. 7.

sich Radowitz. Seine Rede gravitiert auf die Entscheidung der Prinzipienfrage, ob die Versammlung bei dem gegenwärtigen Verfassungsstande berechtigt sei, eine Staatsanleihe zu bewilligen. Indem er für die Bejahung dieser Frage eintritt, geht er noch einmal in einer theorisierenden Einleitung auf die historische Entwicklung des gegebenen Rechtszustandes zurück. Es ist dringend notwendig, die tieferen politischen Gegensätze, die sich durch die Verhandlungen des Landtages hindurchspinnen, bei ihrem Namen zu nennen. Es sind die Parteien der Repräsentativverfassung und der ständischen Staatsordnung; diese stellt sich auf den Boden des historischen Rechtes, jene auf den der Tagesmeinungen. Das Verfahren der Repräsentativ-Partei führt zur parlamentarischen Staatsform, „und noch hat niemand behauptet, daß das Preußen des 3. Februar ein auf diesen rechtlichen Grundlagen stehendes Staatswesen sei."*)

Die vierte Rede beschäftigt sich mit der Judenfrage, über die vom 14. bis 17. Juni in der Ständekurie verhandelt wurde. Die wohlwollende Absicht der Regierung ging dahin, das Edikt aus der Epoche der Hardenbergschen Reformen vom 11. März 1812, das den Juden die bürgerlichen Rechte gewährte, bisher aber nur in den älteren Landesteilen Geltung erlangt hatte, über die ganze Monarchie auszudehnen.**) Nur von den landständischen Rechten und den obrigkeitlichen Ämtern sollten die Juden ausgeschlossen sein, und auch in bezug auf die Ausübung des Lehramtes enthielt der vorgelegte Gesetzentwurf gewisse Beschränkungen: an den Universitäten z. B. sollten die Juden nur in den naturwissenschaftlichen und medizinischen Fächern als Dozenten zugelassen werden. Darin lag ein unverkennbarer Rückschritt gegen die Grundsätze des Ediktes von 1812. Wenn die Minister Eichhorn und Thile und einige konservative Redner, wie Thadden-Triglaff und Bismarck, zur Verteidigung der Vorlage die Idee des christlichen Staates ins Treffen führten, so drangen dagegen die Liberalen, an ihrer Spitze der Vertreter der rheinischen Stadt Dülken, Gustav Mevissen, auf vollständige Emanzipation der Juden

Geschäftsleuten, in vielfache Berührung gekommen. Frei von antisemitischem Haß, bezeichnet er in den „Gesprächen aus der Gegenwart" die Juden als einen „reich begabten, geldmächtigen, rastlos tätigen Stamm".*) Nicht so duldsam aber dachte er über den Anteil der Israeliten an den literarischen, politischen und religiösen Bewegungen. Ein großer Teil der deutschen Judenschaft war nach seiner Meinung von den zersetzenden Einflüssen des Zeitgeistes ergriffen. In dieser Erscheinung glaubt er den Grund der Sympathie für die Emanzipation der Juden erkennen zu müssen. Mevissen hatte die Verdienste der jüdischen Gelehrten um die „freie Wissenschaft" gefeiert: „Können wir uns die deutsche Philosophie ohne Baruch Spinoza, können wir uns die Bestrebungen auf dem Gebiete der Humanität am Schlusse des vorigen Jahrhunderts ohne Moses Mendelssohn denken?"**) Radowitz erwidert darauf: „Die freie Wissenschaft, von welcher uns der Abgeordnete v. Dülken unterhalten, die Wissenschaft, die als Gegensatz zu dem in den Kirchen sich äußernden christlichen Geist entstanden, hat heutigen Tages ihre eifrigsten und erfolgreichsten Verkünder unter dem Volke des jungen Israel." Die ganze Rede gipfelt in einem Protest gegen die religiöse Indifferenz des Liberalismus.***)

Es hat Radowitz nicht an einer Gelegenheit gefehlt, seine Ansicht über den Gang der Dinge dem König vorzutragen. Am 28. Mai hatte ihm Thile im Auftrage Friedrich Wilhelms den Entwurf eines Adelsgesetzes zur Meinungsäußerung übersandt. Die Angelegenheit war ihm, wie wir wissen, nicht neu:†) sie bildete seit dem Jahre 1840 den Gegenstand mannigfacher Verhandlungen, an denen er mehr oder minder beteiligt gewesen war. In seinen Plänen über die Reform der Adelsverhältnisse hatte der König seit seinem Regierungsantritt zwei Gedanken in den Vordergrund gestellt: die Beschränkung des Adelsprädikates auf die Besitzer ritterschaftlicher Güter und die Schaffung eines neuen Adels, der aus den bürgerlichen Grundbesitzern, dem höheren Beamtenstande und anderen um den Staat besonders verdienten, mit hinreichendem Vermögen ausgestatteten

Notabeln hervorgehen sollte. Trotz langwieriger Beratungen in den Jahren 1843 und 1844 war man zu keinem Entschluß gelangt. Als Friedrich Wilhelm im Jahre 1846 die Ausführung seines Vorhabens von neuem in Anregung brachte, hatte sich der Prinz von Preußen entschieden dagegen ausgesprochen, die Vererbung des adeligen Namens an den Güterbesitz zu knüpfen.*) Dieser Einwand aber hinderte den König nicht, den Staatsminister v. Savigny mit der Ausarbeitung eines „Patentes wegen künftiger Verleihung und der Vererbung des Adels" zu betrauen.

Zu den Materialien, die dem Savignyschen Entwurfe zugrunde lagen, gehörte eine Denkschrift Bunsens, welche nach englischem Muster die Einführung einer aus dem Erwerbsstande hervorgegangenen Adelsklasse, der gentry, zum Unterschied von der nobility, empfahl. Savigny nahm diese Anregung auf, aber mit einem wesentlichen Vorbehalt: um dem neuen Adel von vornherein einen gewissen korporativen Charakter zu wahren, sollte die Standeserhebung der bürgerlichen Gutsbesitzer nur unter Zustimmung der ritterschaftlichen Verbände erfolgen.

Die Vorschläge Savignys entsprachen im wesentlichen den Anschauungen, die Radowitz früher vertreten hatte. Aber die Zeiten waren andere geworden. Er wußte, wie sehr das Standesgefühl des altansässigen Adels durch die Trennung der Herrenkurie von der Ritterschaft auf dem Vereinigten Landtage verletzt worden war. Das Adelsgesetz, wie der König es im Sinne hatte, konnte diese Kluft nur erweitern; er hielt es daher für seine Pflicht, mit ebenso dringenden als freimütigen Worten von dem Erlaß desselben abzuraten. Am 13. Juni schrieb er an Friedrich Wilhelm IV.: „Euerer Majestät Anordnungen zur Belebung und Gliederung des Adels würden in den weitesten Kreisen auf Mißtrauen und Gehässigkeit stoßen, in dieser Atmosphäre aller Lebenskraft von vornherein ermangeln und statt des gehofften Nutzens nur neue Schwierigkeiten und Verlegenheiten bereiten."

„Wohinaus die neuen Wege lagen, haben Euere Königliche

aus ihrer verkehrten Lage gerissen, und eine hieraus erwachsende Literatur im größten Maßstabe zur Verständigung hinleiten. Die Dezentralisation und Belebung der lokalen Kräfte, ein tiefes Eingehen in die unabweislichen sozialen Probleme der Gegenwart, großartige Maßregeln gegen die Massenarmut durch Organisierung der Arbeit, die Regulierung der Auswanderung, die deutsche Schiffahrt, die Lösung der Differenzen im Zollverein und dessen Ausdehnung auf Deutschland, vor allem aber die großen nationalen Sympathien und Interessen durch glänzende Aufrichtung des deutschen Bundes, — dieses war das angewiesene weite Feld."

„Ein zusammenhängender fester Gang, ‚furchtlos und treu', hätte unwiderstehlich zum Ziele geführt. Es war dieses recht eigentlich Euerer Majestät welthistorische Aufgabe.*) Ich habe mein Leben in historischen Studien zugebracht, aber keinen Regenten gefunden, der mit solcher Zusammensetzung des Herzens und Geistes, so unbefleckt von dem Unrate der politischen Irrlehren, so ernst und freudig in seinem mühsamen Berufe, einen mächtigen Thron bestiegen hätte. Euere Majestät hätten hierdurch dem gärenden unruhigen Drange, der unsere Zeit charakterisiert, heilsame Bahnen angewiesen, sich selbst und Preußen hingestellt als Vorkämpfer der Nationalität, des wahren Fortschritts, der wahren Freiheit. Euere Majestät wären der Mann Ihres Volkes und der deutschen Nation geworden; nicht bloß die Italiener sind der Begeisterung für ihren Fürsten fähig! Dann war der Boden fest gegründet, auf welchem das Gebäude der rechten ständischen Monarchie aufgerichtet werden konnte, unter dem Jubel vieler, zum Segen aller!"

„Euerer Majestät hoher Gedanke, Ihre Sehnsucht ist unerfüllt geblieben. Es ist nicht geschehen. Sieben Jahre sind verflossen, die nicht wiederkehren; in tiefstem Schmerze sorge ich, daß, weil das Mögliche nicht versucht worden, jetzt das Unmögliche unternommen werde. Die besten Absichten finden nur ein verstimmtes, mißtrauisches Geschlecht, von innen und außen unterwühlt, schlechten Einwirkungen völlig geöffnet, dagegen unfähig geworden, das Wort seines Königs zu verstehen."

„So würde es auch der Anordnung ergehen, durch welche Euere

*) Die folgenden Sätze sind bereits teilweise bei Treitschke, V, S. 644 angeführt.

Königliche Majestät den Adel zu beleben und zu kräftigen beabsichtigten. Welchen Inhalt sie auch haben, sie können weder auf Dank noch auf Verständnis rechnen, wohl aber mannigfache Nachteile bereiten."

Von der Frage, was hätte geschehen sollen, wendet sich Radowitz in einem „Nachwort", mit dem er die gehaltenen Reden begleitet, zu einem zusammenfassenden Urteil über die innere Lage Preußens nach Schluß der Verhandlungen des Vereinigten Landtags, der am 26. Juni 1847 erfolgte. Sie erscheint ihm als ein ungeordnetes Chaos widerstrebender Elemente, die, in starker Gärung begriffen, gegeneinander ankämpfen. Die radikale Partei ist zwar auf dem Landtage nicht zur Geltung gelangt, aber es klingt wie eine Vorahnung der kommenden Ereignisse, wenn der Verfasser von dem Radikalismus sagt: „Er resigniert sich und wartet, den liberalen Siegern im Innersten seines Herzens die Worte des Apostels an die Sapphira zurufend: die Füße derer, die Euch begraben werden, stehen vor der Türe!"*) Die liberalen und die konservativen Elemente des Landes stehen sich in schärferer Trennung gegenüber als je vorher. Einen entscheidenden Sieg hat zwar der Liberalismus noch nicht erfochten; von den beantragten Veränderungen des Patents ist ihm nur eine geglückt, — die vierjährige Periodizität des Vereinigten Landtags, die der König zwar noch nicht bewilligt, aber in Aussicht gestellt hat. Wenn die Verlegenheiten, die sie der Regierung bereitet hat, eine abermalige Einberufung des Landtags notwendig machen, wird die liberale Partei die bisher noch beobachteten Rücksichten der Loyalität beiseite setzen und ihr eigentliches Ziel, den Übergang von der ständischen Monarchie zu dem Repräsentativstaat, erzwingen.**)

In dem Gefühl der moralischen Niederlage, welche die Regierung seines Königlichen Freundes erlitten hatte, lebte sich Radowitz immer tiefer in den Gedanken ein, daß die Vertretung der nationalen Interessen der einzige Ausweg sei, um das erschütterte Ansehen des preußischen Staates wieder aufzurichten.

So beschränkt die Sphäre seines Karlsruher Wirkungskreises

der deutschen Zustände in sichtbaren Zeichen entgegengetreten. In keinem Teile Deutschlands hatte die Opposition gegen das ganze System der Bundespolitik so unverkennbare Fortschritte gemacht als in Baden. Die radikalen Tendenzen, die sich daran angeschlossen hatten, verabscheute Radowitz, die tiefere Berechtigung dieser Bewegung jedoch, die allmählich, namentlich seit der drohenden Krisis in Schleswig-Holstein, in den weitesten Kreisen Deutschlands lebhaften Nachhall erweckt hatte, erkannte er in vollem Maße. Schon längst stand die Überzeugung in ihm fest, daß das allgemeine Verlangen der Bundesreform zu einer staatsgefährlichen Umwälzung führen würde, wenn die Regierungen sich nicht entschlössen, Hand ans Werk zu legen.

Von zwei Seiten her war dazu ein Anfang gemacht worden, der sich zwar in bescheidenen Grenzen hielt, aber als Symptom der Zeit doch ins Gewicht fiel. Die in den deutschen Ständeversammlungen immer heftiger auftretenden Angriffe auf das provisorische Bundespreßgesetz vom 20. September 1819, das seine Geistesverwandtschaft mit den Karlsbader Beschlüssen nicht verleugnen konnte, hatten allmählich wenigstens einigen Bundesregierungen die Augen geöffnet. Zwischen Preußen und Sachsen schwebten schon seit längerer Zeit Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen am Bunde, die insofern die Sache förderten, als beide Staaten sich dahin vereinigten, für die Aufhebung der Zensur zu wirken.

Gleichzeitig hatte das Berliner Kabinett sich in derselben Angelegenheit mit Wien in Verbindung gesetzt. Metternich hatte im Februar 1847 seinen Vertrauensmann, Baron v. Werner, nach Berlin gesandt; aber die Konferenzen, die mit ihm abgehalten wurden, führten nicht zu dem gewünschten Ergebnis, da sich herausstellte, daß Österreich nicht geneigt war, die Zensur fallen zu lassen. Hatte Friedrich Wilhelm IV. bisher eine einheitliche, für alle Bundesstaaten gültige Preßgesetzgebung als das zu erstrebende Ziel betrachtet, so sah er sich jetzt durch die Macht der Verhältnisse gezwungen, diesen Standpunkt aufzugeben. Es wurde ein Entwurf ausgearbeitet, der den deutschen Regierungen die Wahl zwischen dem Repressivsystem durch richterliche Entscheidung der Preßsachen oder der Beibehaltung des Prohibitivsystems und der Zensur freistellte. Damit hörte denn freilich die Regelung der Presse auf, eine Bundes-

sache zu sein. Es entstand ein Bund im Bunde, — einerseits ein Kartell derjenigen Staaten, die sich mit Preußen von der Zensur lossagten, und anderseits eine Gruppe der Zensurstaaten, die jedes engeren Verbandes entbehrten, weil der Vorschlag Preußens zur Folge haben mußte, daß die Bestimmungen für die Handhabung der Zensur der Landesgesetzgebung in den Einzelstaaten überlassen blieben.

Die Haltung, die Preußen jetzt einnahm, war bis zu einem gewissen Grade beeinflußt durch die Rücksicht auf den Vereinigten Landtag. Man wünschte in Berlin einer Diskussion des Landtags über die Zustände der deutschen Presse, wie sie in anderen Ständekammern an der Tagesordnung war, zuvorzukommen; deshalb wurde einige Tage vor Eröffnung des Landtags der preußische Preßentwurf durch eine Zirkularnote vom 4. April zur Kenntnis des Bundestages und der deutschen Höfe gebracht. Ein wesentlicher Fortschritt im Vergleich zu dem preußischen Gesetz vom 23. Februar 1843*) lag darin, daß der Entwurf die „volle Preßfreiheit" verkündete, nicht nur für die Werke über zwanzig Bogen, sondern für alle Druckschriften.

Dem Beispiel Preußens folgend, überreichte Sachsen am 24. April der Bundesversammlung einen Aufsatz, der an dem provisorischen Preßgesetz von 1819 eine vernichtende Kritik übte und den Bundesausschuß für Preßangelegenheiten aufforderte, sich über die Grundsätze für den Erlaß eines neuen Gesetzes schlüssig zu machen.

Eine zweite Anregung, die sich mit den preußisch-sächsischen Anträgen nahe berührte, betraf die Veröffentlichung der Bundesprotokolle. Bis zum Jahre 1824 hatte die Einrichtung bestanden, daß der Preßausschuß des Bundestages dem Frankfurter Journal Mitteilungen über die Verhandlungen machte, die aus dieser Quelle in andere Zeitungen übergingen. Auf Grund eines Bundesbeschlusses vom 1. Juli 1824 war dieses Verfahren eingeschränkt und im Laufe der Zeit so gut wie gänzlich abgestellt worden. Am 26. April beantragte Württemberg die Wiederaufnahme der Veröffentlichungen, im Einverständnis mit Preußen, das sich an dem Antrag nur deshalb

*) Vgl. S. 381.

nicht beteiligte, weil es in Berlin für taktisch richtiger gehalten wurde, einer süddeutschen Regierung den Vorrang zu lassen.

Bei einem Besuch am Karlsruher Hofe hatte König Wilhelm von Württemberg mit Radowitz am 26. Mai ein dreistündiges Zwiegespräch, bei dem die Gebrechen der Bundesverfassung das Hauptthema bildeten. Er sagte, der politische Zustand Deutschlands sei ein tief gefährdeter, weit bedenklicher als nach der Julirevolution. „Nie möchte es mehr an der Zeit sein, daß die deutschen Regenten sich zu einer mündlichen Verständigung vereinigten, als eben jetzt." Nur in einer großen und tatkräftigen Aufrichtung der Bundesgewalt liege das Heilmittel. An zwei Dingen habe diese bisher gekrankt, — an der Oberleitung Österreichs und den egoistischen Interessen so vieler einzelnen Regierungen. Der Zustand des Wiener Kabinetts sei „eine wahre National-Kalamität", die besten Absichten würden durchkreuzt. So werde es voraussichtlich auch seinem Antrag auf Veröffentlichung der Bundesprotokolle und der preußischen Preßreform ergehen. Hierin wie in allen Fragen von nationalem Interesse könne nur Preußen vorangehen.

Im September 1847 erhielt Radowitz die Aufforderung, bei den Manövern am Rhein und in Westfalen sich dem Gefolge Friedrich Wilhelms anzuschließen. Das Zusammentreffen mit dem König fand am 17. September in Mainz statt. Radowitz schreibt darüber seiner Gemahlin: „Der König kam erst um 9 Uhr abends an. Die Begegnung war so herzlich und treu, wie Du es an ihm kennst, und wie es mein Herz mit unzerreißbaren Ketten an ihn gefesselt hat. Er trank Tee bei dem Prinzen Wilhelm, der mit sämtlichen Söhnen, Töchtern und Enkeln ihn erwartete. Der König fuhr um 10 Uhr weg bis Bingen, wo er etwas geschlafen hat. Ich mußte, um mit ihm Trier zu erreichen, die Nacht hindurch fahren." Radowitz hatte sich vorgenommen, das Thema der deutschen Frage nicht eher zu berühren, bis der König selbst dazu den Anlaß gab. Das geschah am 19. September auf der Dampferfahrt zwischen Trier und Koblenz, aber in einer Weise, welche die Aussicht auf eine Entschließung noch in weite Ferne rückte. „Immer wieder neue Vorsätze," bemerkt Radowitz, „neue Erkenntnis, aber ganz sicher keine Frucht!" In der Zerstreuung der nächsten Tage war an eine gründliche Aussprache nicht zu denken. Neben den Truppenbesichtigungen nahm der

Verkehr mit den fürstlichen Gästen — dem Kronprinzen Maximilian von Bayern, dem Erbgroßherzog von Hessen-Darmstadt und dem Kurprinzen von Hessen-Kassel — die ganze Zeit in Anspruch. Der König war unermüdlich, schwelgend in Kunstgenüssen; auf der Fahrt von Koblenz nach Bonn besichtigte er die von dem Grafen v. Fürstenberg erbaute Kirche auf dem Apollinarisberg, von Köln aus die nach seinen Plänen restaurierte Kirche der ehemaligen Cistercienserabtei Altenberg. Von diesem Bauwerk sagt Radowitz: „Es ist ein gewaltiger gotischer Dom, den niemand in einer solchen Waldwildnis suchen würde." Am 24. September berichtet er: „Gestern hat der König den Dombau in Köln in Augenschein genommen; er wurde von dem Erzbischofe*) feierlich empfangen und angeredet. Das Gedränge war fast lebensgefährlich und störte sehr den Eindruck des unvergleichlichen Werkes. Die Menschen haben auf der ganzen Reise den König mit unendlichem Jubel empfangen; alle die schlimmen Dinge, die wir in den Zeitungen lesen, sind doch noch nicht bis in die große Masse der Rheinländer durchgedrungen."

Erst in Münster kam Friedrich Wilhelm auf die deutsche Frage zurück. „Der letzte Tag in Münster — 29. September — brachte noch alles zur Sprache. Der König erklärte, sich durch nichts abhalten lassen zu wollen, und blieb von 5 bis 8 Uhr ununterbrochen mit mir. Auch mit dem Prinzen von Preußen kam es zu einer merkwürdigen Unterredung." Bei dem Abschied erhielt Radowitz von dem König den Auftrag, seine Gedanken über die Bundesreform schriftlich vorzutragen.

Die nächsten Wochen verliefen für unsern Freund in rastloser Arbeit und beständiger Unruhe. Nur wenige Tage konnte er bei seiner Familie in Karlsruhe verweilen, da dringende Geschäfte seine Anwesenheit in Frankfurt erheischten. Auf der Tagesordnung der Militärkommission stand eine zweite Lesung des Festungsreglements, bei der es sich darum handelte, den nach den Mehrheitsbeschlüssen vom April und Mai 1847 umgearbeiteten Entwurf mit den inzwischen schriftlich formulierten Abstimmungen der Minderheit

eingetreten durch den am 12. September erfolgten Tod Völderndorffs; die bayerische Stimme führte jetzt der Oberst v. Xylander; das Verhältnis der Parteien aber war dasselbe geblieben. So viel auch in mehreren Sitzungen vom 11. bis zum 26. Oktober debattiert wurde, die Opposition Bayerns und Württembergs erwies sich als unüberwindlich: beide Staaten blieben dabei, von dem Bunde für die „Opfer", die ihnen der Kasernenbau auferlegte, ein Äquivalent zu fordern. Als sie sahen, daß sie damit nicht durchdrangen, stellten sie an die Kommission das Ansinnen, die in dem Entwurf vorgesehene Stärke der Friedensgarnison für Rastatt auf eine geringere Truppenzahl herabzusetzen. Die Absicht Bayerns und Württembergs war entschieden, eine Vereinbarung nicht zustande kommen zu lassen, da sie die Hoffnung hegten, bei der Bundesversammlung mit ihren Wünschen eher Gehör zu finden als in der Militärkommission. Unter diesen Umständen gab es keinen andern Ausweg, als die unerledigten Streitpunkte dem Bundesausschuß für Militärsachen vorzutragen, dem es oblag, seinen Bericht an das Plenum zu erstatten. Bevor der Ausschuß diese Arbeit beendete, waren die Stürme der Revolution von 1848 über Deutschland heraufgezogen.

Der Geist des kleinlichen Sonderinteresses, der aus diesen Verhandlungen sprach, stand in schneidendem Gegensatz zu der aufgeregten Stimmung, in welche die Bundesversammlung durch die Vorgänge in der Schweiz versetzt worden war. Schon seit Jahren richteten sich die Blicke der europäischen Mächte mit Besorgnis auf den Bürgerkrieg, der in jenem Lande unter den Nachwirkungen der Julirevolution ausgebrochen war. Seit dem Jahre 1831 hatte sich in der Schweiz eine radikale Bewegung entwickelt, deren letztes Ziel darauf gerichtet war, die eidgenössische Verfassung von 1815, die den aristokratischen Elementen in den Einzelkantonen noch einen weiten Spielraum gewährte, umzustoßen und eine Zentralregierung zu errichten, die auf den Grundlagen der Volkssouveränität beruhte. Ein gewisser nationaler Zug ließ sich diesen Bestrebungen der „Jungen Schweiz" nicht absprechen, insofern sie darauf ausgingen, an Stelle des vorherrschenden Partikularismus der bäuerlichen und städtischen Gemeinden in den Kantonen die politische Einheit des Schweizerlandes zu begründen. Indem die Bewegung jedoch in

die Hände demagogischer Führer geriet, welche als Mittel für ihre politischen Zwecke die religiösen Gegensätze benutzten, war sie in einen fanatischen Kampf gegen die bestehenden staatlichen und kirchlichen Ordnungen ausgeartet.

Das Vorgehen des Kantons Aargau, der im Jahre 1841 die Aufhebung sämtlicher Klöster beschloß, hatte zur Folge gehabt, daß in den katholischen Kantonen eine ultramontane Partei emporkam, die in der Wahl ihrer Mittel, namentlich in dem Aufgebot der Massen, hinter dem Terrorismus der Liberalen nicht zurückblieb. An der Spitze stand der Kanton Luzern, der im Widerspruch gegen die eidgenössische Verfassung im Oktober 1844 die Jesuiten in das Land berief. Von diesem Augenblick an herrschte eine Erbitterung der Parteien, die auf beiden Seiten zur Gewalt drängte. In einem Feldzuge, den die antiklerikalen Kantone mit geworbenen Freischaren im März 1845 gegen Luzern eröffnet hatten, waren sie zunächst unterlegen. Aber die radikale Partei gab ihre Sache nicht verloren; durch den Anschluß von Zürich und Bern, später auch von Genf, wo allenthalben die bestehenden Regierungen dem Volksaufstand erlagen, gewann sie in der eidgenössischen Tagsatzung die Oberhand. Die katholischen Kantone mußten auf defensive Maßregeln Bedacht nehmen: um sich behaupten zu können, errichteten sie einen Sonderbund, dem außer Luzern die drei Urkantone, Schwyz, Uri und Unterwalden, und von den übrigen Kantonen Zug, Freiburg und Wallis angehörten. In zwei bewaffneten Lagern standen sich die Tagsatzung und der Sonderbund gegenüber, beide unablässig bemüht, ihre Streitkräfte zu vermehren. Nachdem die Tagsatzung ein Heer von etwa achtzigtausend zusammengebracht hatte, dessen Mannszucht freilich viel zu wünschen übrig ließ, fühlte sie sich stark genug, um den Kampf zu beginnen: im September 1847 stellte sie an Luzern die Forderung, den Sonderbund aufzulösen und die Jesuiten zu entlassen.

Nichts ist begreiflicher, als daß man in Süddeutschland die Gefahren, mit denen ein Sieg des Radikalismus in der Schweiz die

der radikalen Ideen zu treffen. Aus Württemberg zögen alljährlich etwa fünfzehntausend Handwerksgesellen nach der Schweiz, von denen ein großer Teil sich zum Eintritt in die demokratischen und kommunistischen Vereine verführen ließe. Trotz der Befürchtungen aber, die nur allzusehr begründet waren, verharrte der Bund in strengster Gleichgültigkeit. Metternich, dem die möglichen Folgen der Schweizer Revolution noch weit schwerere Sorge für die Zustände in Italien als in Deutschland bereiteten, hatte nicht unterlassen, bei den süddeutschen Regierungen die Zusammenziehung eines Truppenkorps an der Grenze der Schweiz, in Gemeinschaft mit Österreich, zu beantragen. Württemberg wäre dazu bereit gewesen, Baden schwankte, Bayern verweigerte seine Mitwirkung. König Ludwig I. glaubte schon genug getan zu haben, wenn er bei einer Schweizerreise den Luzernern geraten hatte, das dem Orden Jesu gewährte Asylrecht wieder aufzuheben. Da es außerdem nicht unbekannt blieb, daß Verhandlungen über eine Intervention der Großmächte im Gange waren, glaubte der Bundestag um so mehr, die Entwicklung der Ereignisse abwarten zu müssen.

Dieses klägliche Schauspiel und alles, was sonst während der letzten Monate geschehen war, konnte nur die Wirkung haben, Radowitz in seinem Urteil über die Nichtigkeit des Bundes zu bestärken. Höchst niederdrückend hatte ihn das Schicksal der Eisenbahnvorlage berührt. Die Denkschrift des zweiten Militärbevollmächtigten From,*) die den Regierungen mitgeteilt worden war, hatte in militärischen Kreisen große Anerkennung gefunden. Die Zivilbehörden der Einzelstaaten dagegen, die daran gewöhnt waren, bei dem Eisenbahnbau lediglich die Interessen des Handels und der Finanzen zu berücksichtigen, betrachteten die „strategischen Gesichtspunkte" als eine unliebsame Störung ihrer Zirkel. Namentlich gegen die Befestigung der Knotenpunkte des Eisenbahnnetzes hatte sich ein allgemeiner Widerspruch erhoben. Umsonst hatte From sich bemüht, durch Überarbeitung seines Votums wenigstens ein allgemeines Aufsichtsrecht des Bundes über die Eisenbahnanlagen in Hinsicht auf die militärischen Interessen zu retten. Die Militär-

um ihr noch weitere Kompetenzen einzuräumen. Bayern verwahrte sich feierlich dagegen, daß aus den Vorschlägen Froms bundesrechtliche Folgerungen gezogen würden. Ein Beschluß der Bundesversammlung vom 15. Juli beschränkte sich darauf, die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes in den südwestlichen Grenzgebieten den beteiligten Regierungen zur wohlwollenden Erwägung anheimzugeben.

Wie nach der ersten Inspektion des Bundesheeres im Jahre 1841, so hatte Radowitz auch nach der von 1846 die Zusammenstellung der Berichte und der daran sich anschließenden Erläuterungen übernommen. Daß diese zweite Musterung überhaupt hatte vor sich gehen können, war im wesentlichen sein Verdienst. Die größten Hindernisse hatte ihm sein Königlicher Gönner in Stuttgart bereitet, von dem der Ausspruch in Umlauf war, selbst Napoleon I. sei mit der Militärhoheit der deutschen Fürsten glimpflicher verfahren als die Frankfurter Militärkommission. Im ganzen gaben die Berichte einen Anhalt dafür, daß die Stärke der meisten Bundeskontingente in den letzten Jahren eine Steigerung erfahren hatte. Die erhöhten Ziffern aber wollten wenig besagen, denn die gleichmäßige Ausbildung der Mannschaften ließ wegen der Kürze der Dienstzeit noch immer viel zu wünschen: nur in wenigen Staaten erreichte die Reserve das vorschriftsmäßige Drittel des aktiven Truppenbestandes, und in dem Mangel an Offizieren hatte sich nichts geändert. Der Bericht, den Radowitz am 6. November in der Militärkommission vortrug, konnte nicht verschweigen, daß er mit seinen Ratschlägen an der äußersten Grenze des Erreichbaren angelangt sei. Er ahnte nicht, daß er an diesem Tage zum letzten Male in der Kommission das Wort ergriffen hatte.

In den inneren Verhältnissen Badens war inzwischen eine Änderung eingetreten, die der Hoffnung Raum ließ, daß das von Radowitz aufgestellte „Regierungsprogramm"*) nicht ganz ohne Erfolg geblieben war. Der unfruchtbare Streit zwischen der Staatsgewalt und den Ständen, unter dem die letzten Sessionen des Landtages fruchtlos dahingegangen waren, hatte zu einer Trennung zwischen den Radikalen und Liberalen geführt. In weiten Kreisen

*) Vgl. S. 427.

der Bevölkerung war durch die Ernennung Bekks zum Präsidenten des Ministeriums des Innern das Vertrauen zu der Regierung gestärkt worden. Das energische Vorgehen Bekks, der sich angelegen sein ließ, die mißliebig gewordenen Elemente der Bureaukratie durch freisinnige Beamte zu ersetzen, machte einen günstigen Eindruck. Zahlreiche Ergebenheitsadressen, die im Laufe des Sommers an den Großherzog gelangten, selbst aus solchen Städten, die bisher ganz unter dem Einfluß demokratischer Führer gestanden hatten, wie Mannheim und Lahr, durften als Beweis für den Umschwung der politischen Stimmungen gelten. Die von berufener Seite aufgestellte Behauptung,*) daß die Begründung des konstitutionellen Rechtsstaates in Baden gelungen sein würde, ohne die gewaltsame Störung, die sich durch die französische Revolution über das Land ergoß, wird nicht ohne weiteres zurückgewiesen werden können.

Daran freilich fehlte sehr viel, daß die radikale Partei von ihren Bestrebungen abgelassen hätte. Die von ihr am 12. September unter Leitung Heckers und Struves veranstaltete Volksversammlung in Offenburg ist deshalb ein historisch wichtiges Ereignis, weil dort ein demokratisch-sozialistisches Programm aufgestellt wurde, welches dazu bestimmt war, weit über die Grenzpfähle Badens hinaus den Gesinnungsgenossen in ganz Deutschland als Fahnenschild zu dienen. Radowitz berichtet am 7. Oktober über diese Demonstration: „Es scheint, daß man die Verwickelungen, welche gegenwärtig die europäische Politik bewegen, insbesondere aber den drohenden Zusammenstoß der Gegensätze in der benachbarten Schweiz, für einen günstigen Moment hält, um die Gemüter auch in Deutschland zu Gewaltstreichen anzureizen."

War bei den Offenburger Verhandlungen die Bundesfrage nur oberflächlich gestreift worden, so wurde sie um so eingehender behandelt auf einer Zusammenkunft, welche hervorragende Führer der liberalen Partei unter Ausschluß der Öffentlichkeit am 10. Oktober 1847 in Heppenheim, in dem Gasthause „Zum halben Mond", ab-

*) Vgl. den Aufsatz [illegible] „Das Ministerium Bekk in Baden" [illegible]

hielten. Die Teilnehmer, die sich auf eine geringe Zahl beschränkten, waren sämtlich Landtagsabgeordnete und mit Ausnahme von zwei Rheinpreußen, Hansemann und Mevissen, Süddeutsche; nur Bayern war nicht vertreten. Durch die engere Vereinigung, die hier zwischen dem preußischen und dem süddeutschen Liberalismus geschlossen wurde, bezeichnet die Heppenheimer Konferenz einen wichtigen Markstein in der Entwickelung der deutschen Parteiungen. Das eigentliche Thema der Besprechungen betraf die Verständigung darüber, welche Mittel und Wege die landständischen Körperschaften in den Einzelstaaten zu ergreifen hätten, um auf größere „Einheit und Gemeinsamkeit in der Leitung und Vertretung der deutschen Nationalinteressen" hinzuwirken. Dabei machten sich zwei Richtungen geltend: eine föderative, welche die Reform im Anschluß an die bestehende Bundesverfassung und den Zollverein erstrebte, und eine mehr unionistische, welche im Gegensatz gegen Österreich sich für die Führung des Bundes durch Preußen aussprach. Matthy und Hansemann empfahlen ein Zollparlament, das seine Tätigkeit allmählich über weitere Gebiete der allgemeinen Gesetzgebung ausdehnen sollte. Heinrich v. Gagern, Bassermann und andere drangen auf Berufung eines Bundesparlamentes. Man trennte sich mit der Verabredung, demnächst eine größere Versammlung Gleichgesinnter zu veranstalten, die nicht auf den Kreis der Abgeordneten beschränkt sein sollte.*)

Unter dem Eindruck dieser Kundgebungen entledigte sich Radowitz des ihm von Friedrich Wilhelm IV. am 29. September erteilten Auftrages.**) In seinem Schreiben an den König aus Frankfurt, 13. Oktober, heißt es: „Euere Majestät befahlen mir in der letzten Stunde zu Münster die Betrachtungen über den in den deutschen Angelegenheiten einzuschlagenden Weg auf einem Quartblatt zu schreiben. Ich erfülle diesen Befehl mit um so leichterem Herzen, da ich weiß, daß dieses Blatt lediglich für Euere Majestät bestimmt ist."

„Daß die deutschen Angelegenheiten auf dem bisher betretenen Wege schlechterdings verloren gehen, ist Euerer Majestät vollkommen bekannt."

*) Vgl. A. Bergengrün, David Hansemann, Berlin 1901, S. 398; G. Freytag, Karl Mathy, S. 246 ff.

**) Vgl. S. 446.

„Nur ein festester Entschluß und die durchgreifendsten Mittel könnten hier noch zum Ziele führen. Ob es hierzu nicht schon zu spät sei? — dieser schmerzliche Gedanke ist allerdings nicht unbedingt zurückzuweisen, die letztverflossenen Jahre sind ein unendlicher Schaden. Aber es ist gebotene Pflicht, an einer Aufgabe nie zu verzweifeln, die eine Lebensfrage für Euere Majestät ist. Sie allein wiegt für das Wohl und Wehe der Regierung Euerer Majestät schwerer als die gesamte europäische Politik zusammengenommen; auf diesem Felde liegen die großen und friedlichen Eroberungen, auf diesem Felde sind auch jetzt noch die einzigen Bundesgenossen zu erwerben, deren Euere Majestät bedürfen. Aber es ist höchste, es ist letzte Zeit."

„Der erste Schritt würde eine in Wien abzugebende Erklärung in der unumwundensten Form sein müssen. Seit dem Bestehen des Bundes sei für die Entwicklung der großen nationalen Interessen so gut wie nichts geschehen. Man habe die negative Seite des Bundes, die abwehrende, ausschließlich vorangestellt und auch hierin nur der nächstliegenden Aufgabe entsprochen. Die positive, schaffende Seite, die höheren Bedürfnisse dieser letzten und einzigen Gemeinschaft, seien unberücksichtigt geblieben. Daher sei es gekommen, daß die gewaltige Aufrichtung der Nationalitäten, die, durch ganz Europa gehend, eine der mächtigsten Hebel der Gegenwart sei, in Deutschland nur eine neue Waffe in die Hände der Umsturzpartei gegeben habe, und zwar die gefährlichste von allen. Diese ihr zu entwinden, die Kräfte, welche hierin liegen, in den Dienst der guten Sache zu nehmen, dieses sei die unausweichliche Aufgabe. Sie müsse gelöst werden, ohne daß die rechtliche Selbständigkeit der deutschen Regierungen dabei gefährdet werde. Das Notwendige hierin festzustellen, könne aber nicht Sache der Bundesversammlung sein; ihr falle nur die Ausführung nach bereits bestehenden Normen zu. Daher fordere Euere Majestät, daß ein Ministerkongreß nach Art und Zusammensetzung von 1819 und 1834 zusammentrete, um die erforderlichen Anordnungen im ausgedehntesten Maßstabe zu beraten. Der König erbitte sich hierüber die Erklärung des österreichischen Hofes in kürzester Frist und werde im bejahenden Falle gern bereit sein, dem Kaiserlichen Hofe in allen formellen Beziehungen die Initiative zu überlassen."

„Euere Majestät würden in positivster Weise fühlber machen müssen, daß Ihr Entschluß unabänderlich und unaufschiebbar sei. Wolle Österreich die ihm angebotene segensreiche Rolle von sich stoßen, so würde der König seine eigenen Wege gehen. Preußen werde dann die Anträge unmittelbar am Bunde stellen und kein Hinschleppen oder Verwässern derselben dulden. Wenn Österreich den Willen und die Mittel habe, auch in der Bundesversammlung die Erfolge zu verhindern, so werde der König seine Verpflichtung gegen die formale Bundesgemeinschaft als erfüllt erachten und sich hierüber gegen Teutschland, insbesondere gegen seine eigenen Stände, aussprechen. Das, was auf dem Bundeswege nicht zu erreichen stehe, werde der König dann auf dem Wege der Spezialvereine nach Analogie des Zollvereins verwirklichen und behalte sich hierzu völlig freie Hand."

Nachdem Radowitz die Taktik für das Vorgehen Preußens entwickelt hat, geht er zur Ausführung im einzelnen über. Das Programm der Bundesreform, das er aufgestellt hat, umfaßt alle die Institutionen, die er früher schon in Vorschlag gebracht hatte*) und noch einige mehr. Die Schwierigkeiten, denen eine Verständigung auf so breiter Grundlage begegnen wird, unterschätzt er nicht. Aber er ruft dem König zu: „Hier gilt wirklich der kategorische Imperativ Kants: Du kannst, denn du sollst! Was notwendig ist, ist stets auch möglich!"

„Darum würde es, um auf eine andere Linie hinüberzugelangen, notwendig sein, daß die Zielpunkte des Kongresses sogleich festgestellt und kühn und laut ausgesprochen werden, so daß man nachher erst die Mittel und Wege zu wirklicher Ausführung berate. Der Bund würde daher durch diesen Kongreß die notwendigen Resultate hinzustellen und öffentlich auszusprechen haben, daß Deutschland hierdurch jene Institutionen gesichert erhalte. Für jede einzelne derselben werde dann sogleich ein Termin angekündigt, in welchem sie ins Leben trete und eine Spezialkommission mit Zuziehung von Sachverständigen in Frankfurt vereinigt, um die Modalitäten zu bearbeiten. Die Annahme geschehe durch einfache Majorität im Pleno."

*) Vgl. S. 384 ff., 461.

Der Brief schließt mit der Entschuldigung, daß der Raum des vorgeschriebenen „Quartblattes" weit überschritten sei: „Wessen das Herz voll ist, dessen geht der Mund über."

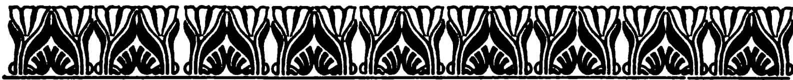
Wenige Wochen vor diesem Radowitzschen Manifest hatte an den deutschen Höfen eine Denkschrift die Runde gemacht, die sich ebenfalls mit der Bundesreform beschäftigte. Ihr ungenannter Verfasser war der Fürst Karl v. Leiningen, ein Halbbruder der Königin Victoria. Auch ihm hatte die Befürchtung, daß Deutschland am Vorabend einer Umwälzung stehe, die Feder in die Hand gedrückt. Der Fürst, der als Vorsitzender des Reichsrats in Bayern eine politische Rolle spielte, hatte an die Spitze seiner Ausführungen den Satz gestellt, daß das Streben nach repräsentativer Verfassung und nach Verstärkung der nationalen Einheit die Hauptfaktoren des gegenwärtigen politischen Lebens in Deutschland seien. Die Durchführung eines liberalen und nationalen Systems ist für ihn eine unabweisliche Forderung der Zeit. Deshalb müßten die deutschen Fürsten den Entschluß fassen, einen Teil ihrer Souveränität freiwillig aufzugeben, um eine kräftige Bundesgewalt herzustellen, oder es müsse überhaupt ein neuer Bund errichtet werden. Wie die Erfahrung gezeigt hat, ist es den einzelnen Fürsten, namentlich in den kleineren Staaten, nicht möglich, gegenüber der konstitutionellen Bewegung ihre Macht zu behaupten; nur in der Vereinigung, welche eben durch eine starke Bundesgewalt geschaffen werden soll, wird ihnen die Erhaltung ihrer Rechte gewährleistet.

Radowitz, der mit Leiningen bekannt war, hatte die Denkschrift am 9. August dem König übersandt.*) Er erblickte in den Vorschlägen derselben einen fruchtbaren Keim, soweit sie auf eine „tatkräftige, großartige Belebung der Bundesverfassung" gerichtet waren. Dennoch liegt zwischen seinen Ausführungen und denen des Fürsten eine weite Kluft. Während Leiningen vor allem die Begründung

*) Im Oktober 1847 erhielt Friedrich Wilhelm die Denkschrift in einer etwas veränderten Fassung durch Bunsen im Auftrage des Prinzen Albert von Sachsen-Koburg. Über den Briefwechsel, der sich daran knüpfte, vgl. den Aufsatz im Augustheft der von R. Fleischer herausgegebenen Revue: Aus dem Bunsenschen Familienarchiv, 1897, wo auch die Leiningensche Denkschrift abgedruckt ist, S. 177 ff., Treitschke V, S. 692 ff., und R. Koser, „Friedrich Wilhelm IV. am Vorabend der Märzrevolution" in der Historischen Zeitschrift, 83. Band, S. 48.

einer starken Zentralgewalt betont, läßt Radowitz gerade diese Frage unberührt. Seine Reform erstreckt sich fast über alle Zweige der nationalen Gesetzgebung, wie sie später nach Errichtung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches ins Leben gerufen worden ist, das wesentlichste Erfordernis der Bundesverfassung aber, die den verbündeten Staaten eine Beschränkung ihrer Souveränitätsrechte auferlegt, hat er noch nicht erkannt. Auch der enge Zusammenhang zwischen den konstitutionellen und nationalen Tendenzen, der bei Leiningen deutlich hervortritt, ist für ihn einstweilen noch nicht vorhanden.

Drei Wochen hindurch schwebte Radowitz in Ungewißheit über die Aufnahme, welche seine Ratschläge bei Friedrich Wilhelm IV. gefunden hatten. Am 5. November abends erhielt er ein Schreiben von Canitz, welches ihn aufforderte, sobald seine Geschäfte in Frankfurt es gestatteten, nach Berlin zu kommen. Noch an diesem Abend schrieb er an seine Frau: „Du siehst, daß es nun doch wirklich Ernst wird; Gott gebe sein Gedeihen dazu!“ Nur zwei Tage waren ihm vergönnt, um von seiner Familie in Karlsruhe Abschied zu nehmen, dann folgte er dem an ihn ergangenen Rufe.



Fünftes Kapitel.

Diplomatische Missionen in Wien und Paris über eine Vermittelung der europäischen Mächte in der Schweiz. — Bundesreform und Revolution. November 1847 bis April 1848.

Gleich nach seiner Ankunft in Berlin mußte Radowitz sich überzeugen, daß die deutschen Angelegenheiten nicht das einzige Motiv waren, weshalb der König ihn zu sich entboten hatte. Die Sachlage ergibt sich aus einem Brief an Marie v. Radowitz vom 15. November: „Am Sonntag*) hat uns der König nach Sanssouci beschieden, Canitz, Thile, Bodelschwingh und mich. Wie er mich empfangen hat, brauche ich Dir nicht zu sagen; er ist durchaus unveränderlich in seinem unvergleichlichen Herzen. Ein dreistündiges Konseil hat die Dinge noch nicht zum Schluß gebracht; es wird morgen fortgesetzt. Der König hat mich allerdings hierher gerufen, um einen neuen Weg in den deutschen Angelegenheiten in Wien zu erringen. Inzwischen sind aber nun die Schweizer Angelegenheiten auf den Punkt gediehen, daß endlich alle Teile sich darüber vereinigen, daß eine gemeinsame Handlung unerläßlich sei. Es soll hierzu ein Kongreß der fünf Mächte zusammentreten, und der König hat mit Canitzens völliger Zustimmung mich dazu bestimmt, hierbei Preußen zu vertreten. Täglich erwartet man den Bescheid, wo und wann dieser Kongreß stattfinden soll; man wünscht in Neuschatel oder in Freiburg im Breisgau."

„Die Dinge stehen also heute in der Idee des Königs so: ich soll

nach Wien gehen, dort zuerst eine Vereinigung über die Schweizer Sache erzielen und dann gleich an den Ort der Konferenz. Zugleich aber soll ich schon dort die erste Einleitung zu den deutschen Sachen treffen und vorbereiten. Sobald die Konferenz über die Schweizer Sache dann zu einem gewissen Schlusse geführt hat, soll ich wieder nach Berlin kommen, neue Vollmachten holen und damit zur deutschen Verhandlung wieder nach Wien gehen. Dies ist ungefähr der allgemeine Plan; er kann und wird sich aber gewiß noch vielfach ändern."

Nachdem die schweizerische Tagsatzung am 5. November die Kriegserklärung gegen die sieben Kantone erlassen hatte, war es die höchste Zeit für die europäischen Mächte, wenn sie durch ihre Vermittelung dem Ausbruch des Kampfes zuvorkommen wollten. Außer seinem Haß auf die radikale Partei, deren Bestrebungen ihm ebenso revolutionär wie gotteslästerlich erschienen, hatte Friedrich Wilhelm noch einen besonderen Grund, um alle Hebel für die Intervention in Bewegung zu setzen. Das preußische Fürstentum Neuschatel, das bisher seine Neutralität zwischen der Tagsatzung und dem Sonderbunde behauptet hatte, schwebte in der äußersten Gefahr, von den Radikalen, die auch dorthin ihre Kriegserklärung gerichtet hatten, überwältigt zu werden.

Der erste Schritt zu einer Verständigung der europäischen Mächte war dadurch geschehen, daß Guizot am 4. November den Kabinetten von London, Berlin, Wien und Petersburg den Wortlaut einer zu erlassenden identischen Note vorgelegt hatte.*) Der Entwurf enthält die an die beiden Bünde in der Schweiz zu richtende Forderung, die Waffen niederzulegen, erteilt dem Sonderbund den Rat, die religiöse Frage der Entscheidung des Papstes zu unterbreiten, während die politische Frage, die in der Hauptsache auf eine Reform der eidgenössischen Verfassung von 1815 hinauslief, durch Vermittelung der Großmächte erledigt werden sollte. Um dem gemeinsamen Schritte einen größeren Nachdruck zu verleihen, war in der Note gesagt, daß

Vorschlägen war man in Berlin einverstanden, aber man hatte allen Grund, anzunehmen, daß England sich ihnen widersetzen und Frankreich in diesem Falle sehr geneigt sein würde, dem Kabinett von St. James Zugeständnisse zu machen. Die „Entente cordiale“, welche die Richtung der Politik Louis Philipps bestimmte, war zwar im Oktober 1846 in die Brüche gegangen durch die Vermählung des Sohnes von Louis Philipp mit einer Schwester der Königin Isabella, der Infantin Marie Luise, weil der König diese dynastische Verbindung zwischen Frankreich und Spanien im Widerspruch mit einem der Königin Victoria gegebenen Versprechen zustande gebracht hatte.*) Nichtsdestoweniger wußte alle Welt, daß der Bürgerkönig sich jede Gelegenheit zur Wiederanknüpfung des englischen Bündnisses zu nutze machen würde.

Je unsicherer unter diesen Verhältnissen die Aussichten auf ein einheitliches Zusammenhalten der europäischen Mächte sich anließen, um so mehr wünschte Friedrich Wilhelm die engste Verbindung mit Österreich. Als daher am 18. November die erwartete Nachricht, von der Radowitz spricht, eine Note aus Wien, eintraf, in welcher Metternich den Berliner Hof von der Annahme der Guizotschen Vorschläge durch Österreich benachrichtigte, wurde am 19. November unter Vorsitz des Königs die Instruktion für Radowitz festgestellt. Die Hauptaufgabe, die er in Wien zu lösen hatte, bestand darin, mit Metternich die Vorschläge für den Kongreß zu vereinbaren. Als Ort für den Zusammentritt wünschte der König Neuschatel, weil er hoffte, dadurch am ehesten die Fortdauer der Neutralität des Fürstentums zu erreichen. Besonderen Wert legte er ferner darauf, daß der deutsche Bund zur Teilnahme an den Konferenzen hinzugezogen würde, um das vereinigte Deutschland als europäische Macht in die Erscheinung treten zu lassen.

Eine der ersten Wahrnehmungen, die Radowitz in Berlin machte, war, daß seine Reformpläne bei Canitz eine sehr kühle Aufnahme gefunden hatten. Schon am 15. November bemerkt er, in dem freundschaftlichen Verhältnis zwischen ihm und dem Minister sei zwar keine Veränderung eingetreten; desto größer aber sei die Differenz,

die in bezug auf die Wahl der Mittel für die Umgestaltung der Bundesverhältnisse obwalte. „Canitz ist vollkommen lahm geworden, allen seinen Handlungen fehlt schlechterdings die letzte Spitze. Es kommt dieses teils aus seinen Charakterzügen, teils aus einer ihm unbewußten Knechtung unter Wien. Wir werden daher leider scharf gegenübertreten, oder vielmehr wir sind es schon." Am 20. November fügt er hinzu, die weite Kluft, die zwischen Canitz und ihm in der deutschen Frage bestehe, sei durch seine Anwesenheit noch weiter gerissen worden. Alles dies hinderte jedoch nicht, daß er auf Befehl des Königs eine ausführliche Denkschrift über die Bundesreform niederschreiben mußte, die er am 20. November dem Ministerium übergab.

Diese fundamentale Arbeit beginnt mit einer geschichtlichen Darlegung der Ursachen, auf denen die Unzulänglichkeit der Bundesverfassung beruhte. Durch sein Verhalten nach der Julirevolution hat der Bund gezeigt, daß er unfähig ist, die Aufgaben der nationalen Gemeinschaft zu erfüllen. In dem Luxemburger Streit hat sich seine Ohnmacht nach außen hin offenbart und durch seine Inkompetenzerklärung in den Verfassungskämpfen Braunschweigs und Hannovers hat er den inneren Bewegungen Deutschlands freien Lauf gelassen. Der Aufschwung des deutschen Volksgefühls im Jahre 1840 blieb unbenutzt, mit Ausnahme eines großen Fortschrittes auf dem Gebiete der Wehrhaftigkeit, der Preußen zu verdanken ist. „Sobald die erste Gefahr vorüberging, trat alles sofort wieder in die bisherige Apathie, in die tiefe Abneigung gegen jede Lebensäußerung des Bundes zurück." Die Besorgnis, daß das Eingreifen des Bundes der einzelnen Machtvollkommenheit Eintrag bringen könne, hat dahin geführt, daß von seiten des Bundes in den zweiunddreißig Jahren seines Bestehens für Deutschlands Kräftigung und Förderung nichts geschehen ist.

„Alles Interesse, alle Lebensregung der Zeit hat sich ausschließlich auf die politischen und kirchlichen Händel geworfen. Die

an innerer Gemeinschaft wachsenden Deutschland, das nach außen mächtig und geehrt, nach innen erhaben und einträchtig sei; es ist dieses immer noch der populärste und gewaltigste Gedanke, der in unserm Volke lebt. — Ist diese Betrachtung richtig, so ist sie es doppelt für Preußen. Preußen ist durch den Lauf der Begebenheiten in die europäische Pentarchie gelangt, und wird diese ihm zugewiesene Stellung behaupten müssen und wollen. Allein wie wehrhaftig und kräftig es auch sei, immer kann nicht verkannt werden, daß es in der Vereinzelung nicht gleiches Gewicht bei den großen Welthändeln in die Wagschale zu werfen vermag, wie die andern vier Staaten. Nur in der festesten, innigsten Verbindung mit Deutschland kann es die Ergänzung der Kräfte finden, deren es bedarf. Daß Deutschland mächtig und einträchtig dastehe, ist eine Lebensfrage für Preußen, die oberste Bedingung seiner eigenen Existenz."

Ist schon der negative Zweck des Bundes, Abwehr der Störungen, welche das Ganze und die Einzelstaaten erleiden könnten, nur sehr unvollkommen erreicht, so noch viel weniger der positive. Durch den Artikel 64 der Wiener Schlußakte, der alle gemeinnützigen Anordnungen von einer freiwilligen Vereinbarung sämtlicher Bundesglieder abhängig macht, mußte eine gesetzgeberische Tätigkeit der Bundesverfassung ausgeschlossen bleiben. Die nächste Aufgabe muß daher sein, große Institutionen ins Leben zu rufen, die geeignet sind, „die allgemeine Teilnahme Deutschlands zu fesseln und das nationale Gefühl mächtig zu ergreifen."

Was die Institutionen im einzelnen betrifft, so bewegen sie sich nach dem schon im Jahre 1843 von Radowitz entworfenen Plane,*) auf den drei Gebieten der Wehrhaftigkeit, des Rechtsschutzes und der materiellen Interessen. Die militärischen Forderungen beziehen sich auf die organische Einführung der allgemeinen Inspizierungen, die Übungen der gemischten Korps unter sich und die Verbindung mit Österreich und Preußen, Übereinstimmung der Reglements, Gleichheit des Kalibers, Bundesfeldzeichen und Bundeswappen. Zur Wahrung des Rechtsschutzes sollen dienen: die Einsetzung eines obersten Bundesgerichts und die Gesetze über gemeinsames Strafrecht, Strafverfahren, Handelsrecht, Kreditordnung, Wechselrecht, Heimatsrecht

*) Vgl. S. 384 ff.

und Freizügigkeit. Auf dem umfangreichsten Gebiet der materiellen Interessen werden beantragt: Vereinbarung über Gleichheit der Maße, Gewichte und der Münze, eine allgemeine Post- und Eisenbahnordnung, die Feststellung des freien Verkehrs mit sämtlichen Lebensmitteln, Aufhebung der Wasserzölle, ein allgemeiner Schifffahrtsvertrag, Einrichtung deutscher Bundeskonsulate, Regulierung der Auswanderung und Kolonisation, Ausdehnung des Zollvereins auf den Bund. Über die meisten dieser Vorschläge war bereits hier und dort, in dieser oder jener deutschen Ständeversammlung, debattiert worden: die Zusammenfassung dieser vereinzelten Bestrebungen zu einem Ganzen und ihre Erweiterung verleihen dem Radowitzschen Programm eine selbständige Bedeutung.

Indem der Verfasser auf die Ausführung der Reform eingeht, wiederholt er, zum Teil mit den gleichen Worten, seine Ratschläge vom 13. Oktober. Wenn Österreich versagt, muß die welthistorische Anregung zur Wiedergeburt Deutschlands von Preußen allein ausgehen. Gegen den Widerstand Österreichs und den üblen Willen anderer Regierungen anzukämpfen, gibt es dann nur ein Mittel: die Verbindung mit dem besseren Geiste der Nation. — „Wenn der Geist der Nation selbst als Bundesgenosse des Königs sich erhebt, dann ist der Moment gekommen, um durch Spezialvereine zu erreichen, was auf dem Bundeswege unmöglich war.“*)

Die Instruktion vom 19. November behandelt nur die Verhältnisse der Schweiz und war so abgefaßt, daß sie dem Fürsten Metternich vorgelegt werden konnte. Daneben aber erhielt Radowitz noch eine zweite Instruktion vertraulichen Inhalts, die auf die deutschen Angelegenheiten näher eingeht. Aus diesem Schriftstück ergibt sich, daß es einstweilen nicht in der Absicht des Königs lag, die Frage der Bundesreform in ihrem vollen Umfang am Wiener Hofe anhängig zu machen. Radowitz wurde zwar ermächtigt, seine Mission „als Anknüpfungspunkt und Durchgangspunkt zu einer Erörterung der Bundesangelegenheiten“ zu benutzen; dann aber hieß es weiter: es gebe keine günstigere Gelegenheit für die Belebung des Bundes als die Mitwirkung der deutschen Regierungen in der Schweizer

Sache. Kommt es dahin, so ist diese Tatsache unendlich mehr wert als eine Reihe von Verhandlungen, denen keine Tat folgt. Was Canitz, der die Instruktion unterzeichnet hat, sich scheute gerade herauszusagen, deutete er in einem poetischen Bilde an, das nicht mißzuverstehen war. „Die Weltgeschichte," sagte er, „bildet sich aus Handlungen, die allerdings aus Ideen hervorgehen. Ideen ohne Handlung sind der Blüte vergleichbar, deren die Natur oft zahllose zum Schmuck des Frühlings hervorbringt, während nur wenige im Herbst sich zu Frucht und Samen ausbilden." Bei jeder Verhandlung in der deutschen Frage ist an dem Grundsatz festzuhalten: keine Spaltung zwischen Preußen und Österreich!

Einen großen Einfluß auf den Pessimismus, mit dem Canitz die Reformideen seines Freundes betrachtete, übten die jüngsten Vorgänge am Bundestage aus: die schroffe Sonderstellung, welche Bayern und Württemberg dem Festungsreglement gegenüber eingenommen hatten, und der Widerspruch, auf den die Anträge Preußens und Württembergs gestoßen waren. Zur Beratung über die Veröffentlichung der Protokolle hatte der Bundestag einen Ausschuß eingesetzt, dem die Vertreter Österreichs und Preußens angehörten. Graf Münch aber enthielt sich jeder Teilnahme an den Verhandlungen, und als der preußische Gesandte in der Plenarversammlung vom 13. September als Berichterstatter des Ausschußgutachtens sich für die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle aussprach, erhob der österreichische Präsidialgesandte Protest.

Auch das Schicksal des Preßgesetzes lag noch im unklaren; aber so viel ließ sich schon jetzt vorhersehen, daß Österreich auf der Fortdauer der Zensur bestehen werde. In diesem Zwiespalt der Hauptmächte schien denn allerdings für die Eröffnungen, die Radowitz am Kaiserlichen Hofe machen sollte, die äußerste Vorsicht geboten.

Nach einer sehr beschwerlichen Fahrt von achtundvierzig Stunden und einem Unfall bei Lundenburg, wo die Lokomotive entgleiste, traf Radowitz am 22. November abends in Wien ein. Am 23. war der Namenstag des Fürsten Clemens; alle Staatsgeschäfte ruhten. „Der Fürst Metternich," schreibt Radowitz, „hat mich in einer Weise aufgenommen, die ich wahrhaft rührend nennen muß. Ich mußte gleich mit seinen Nächsten bei ihm essen, und er sowohl als die Fürstin zeigten die größte Herzlichkeit." Bei dem Beginn der Verhandlungen

am 24. November stellte sich heraus, daß ein einmütiges Zusammengehen der Mächte kaum noch zu hoffen war. „Es liegt ein wahrer Fluch der Impotenz auf der europäischen Politik," klagt Radowitz. „Die Schuld trägt aber im jetzigen Momente weder Preußen noch Österreich, sondern das wahrhaft schändliche Gewebe der englischen Politik, die dort ihre Revanche für Spanien sucht. Dieser Palmerston ist ein diplomatischer Sansculotte und findet bei der unwiderstehlichen Hinneigung Louis Philipps zur englischen Allianz immer das Mittel, um Steine in den Weg zu werfen." Der englische Premier hatte die französische Note mit einem Gegenprojekt beantwortet, welches davon ausging, daß in der identischen Note jede Andeutung einer Intervention, an der England sich in keinem Falle beteiligen würde, zu vermeiden sei. Die Mächte müßten damit beginnen, den sieben Kantonen die Auflösung des Sonderbundes vorzuschreiben und auf der bedingungslosen Vertreibung der Jesuiten zu bestehen, ohne daß die katholischen Kantone erst um ihre Meinung befragt würden. Außerdem schlug er vor, die Konferenz nach London zu berufen. Auf den letzteren Punkt war Guizot ohne weiteres eingegangen; die übrigen Bedingungen Palmerstons hatte er zwar noch nicht angenommen, aber sich bereit erklärt, sie in Erwägung zu ziehen.

Es war klar, daß England, indem es die Aufopferung des Sonderbundes forderte, sich von dem Standpunkt der Vermittelung, den die anderen Mächte einnahmen, bereits um einen erheblichen Schritt entfernt hatte. Metternich war entrüstet über die Anmaßung Palmerstons und die Charakterschwäche Guizots. Radowitz berichtet am 26. November an den König: „Es trat momentan ein Zustand von Ärger und Ratlosigkeit hier ein, der eigentlich darauf hinauslief, die Möglichkeit eines ernsten Einschreitens in die Schweizer Sachen ganz aufzugeben und die Dinge geschehen zu lassen." Radowitz gab sich die größte Mühe, dieser verzweifelten Stimmung entgegenzutreten. Der Zeitverlust, der aus der Meinungsverschiedenheit der Mächte entstehe, sei allerdings höchst verderblich, denn die militärische Lage gestalte sich täglich kritischer für den Sonderbund, aber unter allen Umständen müsse man abwarten, wie die „Erwägungen

Radowitz übergegangen waren. Auf seine Veranlassung bezeichnete Metternich am 26. November in einer Weisung an den Kaiserlichen Gesandten in Paris, Grafen Apponyi, sehr bestimmt die Grenze, bis zu der Österreich sich an einer Vereinbarung auf Grund des englischen Projektes beteiligen könnte. Das Mindeste, was er verlangte, war, daß es jeder der beteiligten Mächte freistehen müsse, wenn die Vorschläge der Friedensstiftung von den Machthabern der Schweiz zurückgewiesen werden sollten, mit einer Intervention vorzugehen. In der Jesuitenfrage dürfe kein Zwang auf die katholischen Kantone ausgeübt werden und ebenso selbstverständlich sei es, daß in der Verfassung der Eidgenossenschaft keine Veränderung vorgenommen werden dürfe ohne Zustimmung der Garantiemächte.

Während über diese Streitpunkte hin und her verhandelt wurde, vollzog sich auf dem Kriegstheater der Schweiz die Katastrophe mit Riesenschritten. Zunächst mußte Freiburg am 14. November vor der Übermacht des Generals Dufour die Waffen strecken; dann erlag am 22. der Kanton Zug dem Einbruch des zentralistischen Heeres; am 24. November fiel Luzern; nachdem eine Brigade, die über den Brünig heranrückte, Unterwalden bezwungen hatte, mußten auch die Waldstätte am 27. eine Kapitulation abschließen, und endlich auch Wallis. Dem militärischen Siege der Radikalen folgte die soziale Revolution: überall wo die bündnerischen Truppen die Oberhand behielten, wurden die bestehenden Regierungen gestürzt, die Verfassungen der Kantone außer Kraft gesetzt. Von einer Vermittelung zwischen Tagsatzung und Sonderbund konnte nicht mehr die Rede sein, denn die Föderation der sieben Kantone war auseinandergesprengt.

Angesichts dieser Tatsache wurde die europäische Diplomatie in die Notwendigkeit versetzt, einen Wechsel ihres Programms vorzunehmen. Es handelte sich lediglich noch darum, der radikalen Partei gegenüber diejenigen Rechte geltend zu machen, die sich aus der Bürgschaft der Verfassung von 1815 herleiten ließen. Geschah dies mit Einmütigkeit und Kraft, so war immer noch eine umfangreiche Basis für ein gemeinsames Wirken vorhanden. So faßte Radowitz die Sache auf, und auch hier gelang es ihm, Metternich mit sich fort-

präsident in Bern, Ochsenbein, an einen Gesinnungsgenossen in Florenz gerichtet hatte, und das mit unverhüllten Worten die Absicht aussprach, nach Beendigung des Kampfes in der Schweiz dreißigtausend Mann am Tessin aufzustellen, über welche die italienische Fortschrittspartei zu einem Einfall in die Lombardei verfügen könne.*) Metternich war ganz davon durchdrungen, daß dies nicht nur „fanfaronierende" Reden seien, sondern daß die siegreiche Partei in der Schweiz ihre Brandfackeln auch über die deutschen Grenzen werfen werde, zunächst nach Baden.

Unter diesen Umständen richtete er sein ganzes Augenmerk darauf, die radikalen Tendenzen in der Schweiz möglichst einzudämmen und die Nachbarstaaten vor der Überflutung durch dieselben zu schützen. Fürst Clemens hoffte noch immer auf eine Bekehrung Guizots, da der Sieg der Anarchie in der Schweiz gerade für die Parteiverhältnisse Frankreichs die schlimmsten Folgen nach sich ziehen konnte. Auf Rußlands Unterstützung glaubte er in jedem Fall rechnen zu dürfen.

Gegen die Heranziehung des deutschen Bundes hatte der Fürst anfangs eine entschiedene Abneigung. Es widersprach den Gewohnheiten des österreichischen Kabinetts, den deutschen Regierungen irgend welchen Einfluß in auswärtigen Fragen zu gestatten, weil die Politik der freien Hand dem Kaiserstaate dadurch nur erschwert werden konnte; und sodann war es gerade die höhere „Lebenstätigkeit", zu der Friedrich Wilhelm IV. den deutschen Bund erwecken wollte, was den Staatskanzler bedenklich machte. „Daß dies nur der Anfang zu weiterem sei," bemerkt Radowitz in einem Bericht an den König vom 1. Dezember, „dieses fühlte man recht gut; ungeachtet ich vermieden habe, den Kreis weiter zu ziehen, als der zunächst vorliegende Gegenstand unumgänglich erheischte." Erst nach langen und schwierigen Wortgefechten, bei denen Graf Münch und Baron v. Werner ihm sekundierten, gab Metternich nach, — wie er sagte, aus Rücksicht auf den König. Ein anderer Grund war, daß

In einer Denkschrift vom 1. Dezember hat Radowitz die Gesichtspunkte für das veränderte System der europäischen Vermittelung auseinandergesetzt. Er schlägt den Erlaß einer gemeinschaftlichen Deklaration vor, auf Grund deren ein Kongreß der fünf Mächte in Neuchâtel zusammentreten soll, zur Beratung über die eingetretene Veränderung der Schweizer Konföderation und über die für die Nachbarstaaten sich daraus ergebenden Gefahren. An dieser Erklärung, hoffte Radowitz, werde auch England teilnehmen; ob an dem Kongreß, blieb eine offene Frage. Die der Konferenz zu unterbreitenden Vorschläge wären zunächst zwischen Österreich und Preußen festzustellen und sodann zur Kenntnis Frankreichs und Rußlands zu bringen. Gleichzeitig habe die Eröffnung der deutschen Großmächte an den Bundestag stattzufinden.

Noch ehe die Dinge so weit gediehen waren, hatte sich ein neuer Zwischenfall ereignet. In dem Wunsche, dem britischen Kabinett entgegenzukommen, und geleitet von der Überzeugung, daß die Höfe von Berlin und Wien nachgeben würden, weil die Teilnahme Frankreichs ihnen unentbehrlich sei,*) hatte Guizot die identische Note einer Redaktion unterworfen, die auf einer Verschmelzung seiner Vorschläge vom 4. November mit einer zwischen dem französischen Botschafter in London, Herzog von Broglie, und Lord Palmerston am 26. November getroffenen Verabredung beruhte. Der englische Premier hatte scheinbar einige Zugeständnisse gemacht. Von der Androhung einer Intervention wollte er zwar auch jetzt nichts wissen, auch an der Ausweisung der Jesuiten hielt er fest, doch hatte er nichts dagegen einzuwenden, wenn die katholischen Kantone vorher dem Römischen Stuhle die Bitte vortrügen, im Interesse des Friedens die Jesuiten zurückzurufen, und was die Hauptsache war: er erklärte sich einverstanden mit dem Kongreß und mit der Forderung, daß die Tagsatzung zu keiner Verfassungsänderung schreiten dürfe ohne Zustimmung der Garantiemächte. In dem Glauben, daß Österreich, Preußen und Rußland sich hierbei beruhigen würden, legte Guizot die Note den Gesandten dieser Staaten vor, und da sowohl Apponyi als Arnim und Kisselew den Inhalt derselben billigten, wurde die

den dortigen Gesandtschaften im Namen der einzelnen Regierungen dem Präsidenten der Tagsatzung und dem Kriegsrat des Sonderbundes übergeben zu werden.

Ohne Zweifel lag hier ein eigenmächtiges Verfahren des Grafen Apponyi vor, der sich darüber klar sein mußte, daß die Annahme der identischen Note nur von dem Staatskanzler ausgehen konnte. Anders verhielt es sich mit dem preußischen Gesandten, Freiherrn Heinrich v. Arnim, der von seiner Regierung ermächtigt worden war, über die einzelnen Differenzpunkte hinwegzusehen und zu allem die Hand zu bieten, wodurch die Herstellung eines gemeinsamen Beschlusses gefördert werden könnte.

Metternich war im höchsten Grade aufgebracht darüber, daß Apponyi sich darauf eingelassen habe, und auch die Willfährigkeit Arnims stimmte ihn mißtrauisch. Er stand nahe an dem Punkte, die ganze Sache fallen zu lassen. Aber Radowitz wußte ihn zu überzeugen, daß jede Zögerung Verderben bringen müsse. Ohne den Inhalt des Schriftstückes zu kennen, verfügte der Staatskanzler am 2. Dezember telegraphisch, daß die Note Guizots durch den österreichischen Gesandten in Bern, Baron v. Kaiserfeld, übergeben werde, wenn dies noch nicht geschehen sei.*) Kaum war dieser Entschluß gefaßt, als man durch ein Intrigenspiel Palmerstons überrascht wurde, welches allem die Krone aufsetzte. Von den kriegerischen Ereignissen in der Schweiz und der Niederlage des Sonderbundes unterrichtet, hatte Palmerston dem englischen Gesandten in Bern, dem jüngeren Robert Peel, befohlen, sich an der Übergabe der Note nicht zu beteiligen. Palmerston folgte dabei einer sehr plötzlichen Eingebung, denn noch am 27. November hatte er die Instruktion für Sir Stratford Canning entworfen, der England auf dem Kongreß vertreten sollte.**) Die Hauptaufgabe Cannings sollte es sein, sich an Ort und Stelle durch eigene Anschauung ein Urteil über die Zustände in der Schweiz zu bilden. Obwohl schon jetzt überzeugt, daß der Kongreß durch die Niederwerfung des Sonderbundes gegenstandslos geworden sei, wollte Palmerston doch für alle Fälle gewappnet sein; Canning mußte daher die identische Note mit nach der Schweiz nehmen, damit er je nach dem Umstande Gebrauch davon machen

*) Memoiren Metternichs, S. VII, 498 ff. — **) Englisches Blaubuch, S. 258.

konnte oder nicht. Was der kluge Lord Feuerbrand tat, war also eigentlich noch nicht die endgültige Lossagung von dem europäischen Konzert, aber doch das Vorspiel dazu.

Für die Mächte, die an dem Kongreß festhielten, gab es jetzt nur noch einen Weg. Sie mußten sich jeder Rücksicht auf England entschlagen und die Forderungen, welche sie an den Schweizer Bund zu stellen beabsichtigten, in ein bestimmtes Programm zusammenfassen. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, einigten sich Österreich und Preußen über folgende Vorschläge, die den Verhandlungen eines Kongresses zugrunde gelegt werden sollten. In ihrer Eigenschaft als Garanten der Verfassung von 1815 erklären die Mächte, daß sie der neuen Bundesgewalt in der Schweiz so lange die Anerkennung versagen würden, bis eine genügende Bürgschaft für die Erhaltung der kantonalen Selbständigkeit erlangt sein würde. Die Vorbedingung dafür ist die Beseitigung der unter dem Terrorismus der siegreichen Partei entstandenen Regierungen und die Wiederherstellung unbeschränkter Freiheit für die Wahl der Obrigkeiten in den einzelnen Kantonen. Sollten ihre Forderungen zurückgewiesen werden, so würden die Mächte sich für berechtigt halten, die Neutralität der Schweiz einstweilen in Suspenso zu lassen, und die geeigneten Zwangsmittel ergreifen. Der erste Schritt würde sein der Abbruch des diplomatischen Verkehrs, der zweite die Herstellung einer vollständigen Grenzsperre zwischen den Nachbarstaaten und der Schweiz, sowohl in bezug auf Ein- und Ausfuhr der Waren als auf den Verkehr der Personen. Wird der beabsichtigte Zweck auch hierdurch nicht erreicht, so tritt die bewaffnete Intervention ein; zunächst durch Zusammenziehung eines Militärkordons an den Grenzen, und wenn es notwendig werden sollte, durch die förmliche Okkupation der äußeren Kantone: Österreich würde das Tessino besetzen, der deutsche Bund Basel-Land, Frankreich das Juragebiet, und Sardinien, das zur Teilnahme aufgefordert werden sollte, den Genfer Kanton.

Dieses Programm stammt in seinem ganzen Umfang von Radowitz, der in einer Denkschrift vom 8. Dezember die Kongreßvorschläge formuliert hatte. Metternich bedurfte einiger Tage, um sich die Angelegenheit, die sehr weit aussehende Dimensionen annehmen konnte, zu überlegen. Als man dann aber am 13. Dezember in Wien erfuhr, daß die Guizotsche Note durch die Schweizer Tagsatzung

am 7. mit einer schroffen und ziemlich höhnischen Ablehnung der europäischen Vermittelung beantwortet worden war, ging er auf die Zwangsmaßregeln ein, die Radowitz angeraten hatte.

Daß das kalte Blut Guizots durch den Streich, den Palmerston ihm gespielt hatte, endlich in Wallung geraten war, wußte man in Wien am 13. Dezember. Auf die Hoffnung, Frankreich ganz von England loszureißen, gründeten sich die weiteren Pläne Österreichs und Preußens. Die Unfruchtbarkeit des Hin- und Herschreibens von einem Kabinett zum andern hatte sich deutlich herausgestellt: es bedurfte, wie Radowitz sagt, eines „Centre d'entente", und dazu war kein Ort geeigneter als Paris. Deshalb wurde beschlossen, daß Radowitz zunächst nach Berlin zurückkehren sollte, um Bericht zu erstatten; der frühere Botschafter in Petersburg, Graf Colloredo, dem Metternich die Vertretung Österreichs auf dem Kongresse übertragen hatte, sollte ihm dorthin folgen und dann in Gemeinschaft mit Radowitz nach Paris gehen, um mit dem Präsidenten des französischen Ministeriums die notwendigen Festsetzungen mündlich zu beraten.

Am 17. Dezember in Berlin angekommen, fand Radowitz die Lage der Dinge bereits wesentlich anders, als er sie sich vorgestellt hatte. Dem König lag unendlich viel an dem Zustandekommen des Kongresses in Neuchâtel, aber im Grunde genommen hauptsächlich aus Sorge für sein Fürstentum Neuenburg, dessen Neutralität ernstlich gefährdet war, da die Tagsatzung durch Beschluß vom 11. Dezember dem Kanton Neuchâtel eine Kriegskontribution von dreimalhunderttausend Franken auferlegt hatte.*) Um so mehr war Friedrich Wilhelm IV. darauf bedacht, jede weitere Gewalt von seinen getreuen Untertanen abzuwenden: er betrachtete dies als eine Ehrensache Preußens und war entschlossen, kein Mittel unversucht zu lassen. Bei allem Groll gegen Palmerston aber wollte er es doch zu einem völligen Bruch mit England nicht kommen lassen, — schon deshalb nicht, weil er aus der nach Berlin mitgeteilten Instruktion Stratfort Cannings ersehen hatte, daß das Kabinett von St. James die Aufrechterhaltung der Neuenburger Neutralität bei dem Präsidenten der Tagsatzung befürwortete.

*) In dem Blaubuch ist stets nur von dieser Summe die Rede, während Treitschke, V, S. 787, sie auf 440000 Franken angibt.

Es hängt hiermit zusammen, daß die in Aussicht genommenen Besprechungen in Paris den König unsympathisch berührten, nicht bloß, weil sie in London Öl ins Feuer gießen würden, sondern weil ihm der Erfolg höchst problematisch erschien. Friedrich Wilhelm beurteilte den Wankelmut Guizots richtiger als Radowitz und Metternich. Aus einer Depesche Arnims vom 16. Dezember ging hervor, daß die Interventionspolitik, zu der Guizot allerdings hinneigte, in dem Schoße des französischen Ministeriums Widerspruch gefunden hatte. Daß Guizot unter diesen Umständen nicht Stich halten würde, war in Berlin fast schon zur Überzeugung geworden. Einen gewissen Einfluß übte auch die Haltung des deutschen Bundes aus. Die österreichisch-preußische Proposition war in einer außerordentlichen Sitzung am 12. Dezember erfolgt, nicht gerade in der geschicktesten Weise. Der Bundesversammlung wurde anheimgestellt, ihre Stimme auf dem Kongreß dem österreichischen Gesandten zu übertragen. Diese Zumutung war denn doch zu stark für das souveräne Selbstgefühl der deutschen Regierungen. Sollte der deutsche Bund in die Reihe der Großmächte treten, so wollte er wenigstens seinen eigenen Gesandten haben. Aber die Differenz lag viel tiefer: der Bund verspürte nicht die geringste Neigung, auf die ihm zugedachte Ehrenbezeugung einzugehen. Nichts war leichter, als die Tatenlosigkeit durch einen formellen Einwand zu begründen. Der Bund hatte bei Abschluß des Neutralitätsvertrags der Schweiz nicht mitgewirkt: was ging ihn die Schweizer Verfassung an? Man nahm zunächst die Proposition ad referendum zum Bericht an die Regierungen, aber die negative Entschließung derselben konnte keinem Zweifel unterliegen. Die wohlgemeinte deutsche Politik Friedrich Wilhelms hatte abermals eine Niederlage erlitten!

Bei der ersten Beratung in Charlottenburg am 19. Dezember überwogen die Bedenken des Königs; wenn er am folgenden Tage nachgab, so geschah es lediglich, weil er sich von Österreich nicht trennen wollte. Unter dem Eindruck all dieser Vorgänge hatte Radowitz nur noch das Gefühl eines Soldaten, der auch den unhaltbaren Posten nicht ohne Kampf aufgeben darf. „Hätte ich nicht auch in meinem jetzigen Treiben," schreibt er seiner Frau, „das mir von Kindesbeinen an eingeprägte Soldatengefühl, so hielt ich es nicht aus und liefe davon nach Karlsruhe."

So standen die Aussichten für die Verhandlungen, als Radowitz und Colloredo am Tage vor dem heiligen Abend nach einer äußerst beschwerlichen Reise und bei grimmiger Kälte in Paris eintrafen. Am 25. Dezember hatte Radowitz die erste Unterredung mit Guizot. Die Persönlichkeit des Ministers machte auf ihn einen günstigen Eindruck; aus seinen Äußerungen aber erhellte sofort, daß Frankreich sich zu keinem entscheidenden Schritte herbeilassen werde, ehe man nicht übersehen könnte, welche Stellung die Kammern, deren Eröffnung bevorstand, zu der Schweizer Frage einnehmen würden. Guizot hielt zwar daran fest, daß es die Sache der europäischen Mächte sei, den Radikalismus zu bekämpfen und für die Wiederherstellung der Ordnung in der Schweiz zu sorgen, alle Vereinbarungen über die zu ergreifenden Maßregeln aber machte er abhängig von dem Votum der gesetzgebenden Körperschaften. Noch an demselben Tage bat Radowitz seine Gemahlin, nach Paris zu kommen, da sein Aufenthalt von längerer Dauer sein werde.

Der Empfang bei Louis Philipp am zweiten Weihnachtsfeiertage bot einen weiteren Kommentar zu den Auslassungen des Ministers. Nicht ohne Absicht lenkte Louis Philipp das Gespräch auf die inneren Verhältnisse Frankreichs. „Mein ganzes Leben," sagte er, „habe ich Frankreich studiert. Zwei Dinge sind es, die das Land nicht will, die Republik und der Krieg: die Republik ist der Krieg. Mein ganzer Beruf und meine Aufgabe bestehen darin, das eine wie das andere zu verhindern. In diesem Heilungsprozeß darf man mich nicht stören." Radowitz erwiderte: „Ja, aber gibt es nicht noch außerhalb Parteien, die das eine und das andere nicht wollen? Werden diese stets die schwächeren bleiben?" Darauf gab der König zur Antwort: „Wenn mir noch fünf Jahre zugemessen sind, ja! Es können Schwankungen eintreten, aber Frankreich wird immer wieder seinen Weg finden. Die Regierung muß Autorität besitzen. Darin besteht meine Stärke, daß mein Thron die Garantie der Interessen des Landes ist. An dem Tage, wo er dieses nicht mehr wäre, würde er zusammenfallen. Das Konstitutionswesen hielte ihn nicht, wenn nicht ein stärkeres Band da wäre.

Vorgänger mit der Aristokratie die Ehren und Vorteile? Die 250 000 Wähler sind jetzt mein Adel, die 500 Deputierten meine Barone."

Zum Schluß sagte der König: „Die extreme Partei ist nicht gefährlich, aber die Thierssche, da sie die Sympathie der Napoleonischen Zeit anruft und hierdurch auf die Jugend und die Armee wirkt. Jetzt ist sie doppelt gefährlich, weil sie sich als unmöglich erkennt. Gegen Gewaltsunternehmungen ist man sicher, da man der Armee sicher ist."

In dieser Verblendung bewegte sich der Bürgerkönig wenige Wochen vor dem Zusammensturz seines Thrones!

Am 27. Dezember schreibt Radowitz an Friedrich Wilhelm: „Guizot hat den aufrichtigen Willen, die radikale Herrschaft in der Schweiz niederzuwerfen, aber er wartet ab, bis er die parlamentarische Krise hinter sich hat." Radowitz ist selbst dafür, daß man dem Ministerium Zeit lasse; denn nach seiner unumstößlichen Ansicht würde der Wiener Hof, wenn Frankreich sich versage, zu einer wirklichen Intervention nicht die Hand bieten. Deshalb schlägt er vor, die Diskussion über die Zwangsmaßregeln einstweilen beiseite zu lassen.

So weit war Guizot bereits gekommen, daß er eine Vertagung der Konferenz für notwendig hielt. Radowitz konnte sich nicht enthalten, die Gegengründe geltend zu machen: „die bloß exspektative Methode werde der schlechten Partei Zeit gewähren, ihre Umstellung der Kantone durchzuführen," aber er selbst mußte sich sagen, was hilft die Konferenz, solange die Mächte nicht darüber einig sind, wie weit sie gehen wollen? Indem so die Grundlage einer Vereinigung immer mehr zusammenschrumpfte, blieb nichts weiter übrig, als einstweilen der Erlaß einer „Deklaration", welche die Antwort auf die Schweizerische Protestnote vom 7. Dezember enthielt.

Am 2. Januar 1848 legte Guizot eine von ihm entworfene Note vor, in welcher die an die Tagsatzung zu richtenden Forderungen der Mächte zusammengestellt waren. Die Truppen der Eidgenossenschaft sind aus allen Kantonen zurückzuziehen; den Kantonen wird das freie Wahlrecht gewährt, — die Armee tritt auf den Friedensfuß; eine Änderung der Verfassung darf nur unter Zustimmung sämt-

rungen nicht erfüllt, so behielten die Mächte sich vor, alle Rechte zur Geltung zu bringen, die sich aus der Garantie der Verfassung von 1815 ergäben.

Nicht ohne Widerstreben wurde die Note am 4. Januar von den Unterhändlern Preußens und Österreichs angenommen. Das französische Exemplar sollte direkt nach der Schweiz gesandt werden, die preußische und die österreichische Ausfertigung über Berlin und Wien. Radowitz empfahl dem König, den französischen Text ins Deutsche übertragen zu lassen und dabei noch etwas mehr „Ernst und Würde“ in einzelne Ausdrücke zu legen. An Canitz schrieb Radowitz: „Das Resultat bleibt, wie ich so lebhaft als irgend jemand erkenne, weit unter dem, was ein ernstes, fruchtbares, wahrhaft politisches Verhalten der Mächte erheischte.“

Unter Bangen und Zagen sah Guizot dem „parlamentarischen Ungewitter“ entgegen, das bei der Adreßdebatte zum Ausbruch gelangen mußte. Bis dahin trat ein Stillstand in den Schweizer Verhandlungen ein. Den Gefahren einer beschwerlichen Winterreise Trotz bietend, hatte Frau Marie sich mit ihrem ältesten Sohne in Paris eingefunden. Es war in der Tat ein Opfer, das sie ihrem Gatten brachte, denn die Fahrt auf der Mallepost von Straßburg nach Paris erforderte sechsunddreißig Stunden und war nebenbei ein ziemlich kostspieliges Vergnügen, da jeder Platz mit einigen achtzig Franken bezahlt werden mußte. Für Radowitz war es eine wohltätige Ablenkung von den lästigen Geschäften, daß er die Seinen um sich hatte.

Zu den älteren Beziehungen, die er in Paris unterhielt, traten neue Bekanntschaften. Überaus anregend war der Umgang mit dem Grafen St. Aulaire, der in der Zeit der Entente cordiale Frankreich in London vertreten hatte und jetzt nur noch seinen wissenschaftlichen Neigungen lebte. In dem Familienkreise dieses hochgebildeten Mannes, der, was damals bei einem Franzosen noch die größte Seltenheit war, eine tiefe Kenntnis der deutschen Literatur besaß, — er hatte Lessings Emilia Galotti und Goethes Faust übersetzt, — gingen Radowitz und seine Gemahlin aus und ein. Nicht minder fanden sie ein offenes Haus bei dem Grafen Louis Mathieu Molé, der in seinem langen politischen Leben an der Spitze fast aller Ministerien Frankreichs gestanden hatte, bis ihn im März 1839

Thiers verdrängte. In der Kammer der Pairs vertrat Molé die gemäßigte Opposition. Durch ihn erfuhr Radowitz, daß Papst Pius IX. bereits die Hilfe Frankreichs angerufen habe, falls die Revolution im Kirchenstaate ausbrechen sollte. Auf den Soireen der Minister begegnete Radowitz den parlamentarischen Größen, noch ehe sie ihm auf der Rednerbühne vor Augen traten. Der berühmte Arzt Koreff, ein Schlesier von Geburt, führte ihn in die Operationssäle der Klinik, wo damals die ersten Versuche mit den Ätherisierungen gemacht wurden.

Als die Arbeit wieder begann, kehrte Frau Marie am 13. Januar nach Karlsruhe zurück. Am 14. hielt in der Pairskammer das Haupt der klerikalen Partei, Graf Montalembert, eine Rede über die Schweiz, von der Radowitz sagt: „Obgleich er auch hier seine Verkehrtheiten einmischte, so stand er doch auf einem festen katholischen Boden und sprach mit einer Begeisterung, die alle Welt hinriß. Man behauptet, daß noch nie eine solche Begeisterung in der Pairskammer gefunden worden sei.“ Am 18. Januar schreibt Radowitz: „Gestern haben wir, Colloredo und ich, vorläufige Nachrichten aus Berlin erhalten. Man ist mit unseren Taten vollkommen zufrieden und läßt die Noten nach der Schweiz abgehen, wo sie bereits eingetroffen sein müssen. Die Sache nimmt die Wendung, daß eigentlich niemand mehr Kummer und Unzufriedenheit hegt, als gerade wir beide selbst, die von allen Seiten gelobt werden.“ Als Zeichen der Anerkennung sandte der König seinem vertrauten Ratgeber den Stern zum Roten Adlerorden zweiter Klasse.

Da es für ziemlich sicher galt, daß die Tagsatzung sich mit der Beantwortung der Note nicht beeilen werde, so hatte Canitz nichts dagegen einzuwenden, wenn Radowitz einstweilen nach Berlin zurückkehren wollte, bis sich ein Anhaltspunkt für weitere Verhandlungen darbieten würde. Die gleiche Anweisung erhielt Colloredo von seiner Regierung. Radowitz wünschte nichts sehnlicher, als Paris so bald wie möglich verlassen zu können, zumal Guizot bei einer Unterredung am 18. Januar die Bemerkung fallen ließ, das französische Kabinett werde vor Mitte März kaum in der Lage sein, eine Entscheidung zu treffen. Wenn Radowitz trotzdem seinen Aufenthalt noch um mehrere Tage verlängerte, so geschah es, weil er es für unerläßlich hielt, sich im voraus zu vergewissern, wie weit

auf die Mitwirkung Frankreichs zu rechnen sei, wenn die Schweizer Bundesversammlung eine ablehnende Antwort auf die Erklärung der Mächte erteilen sollte. Bisher hatte er, in voller Übereinstimmung mit Colloredo, vermieden, die Zwangsmaßregeln, die er noch immer als das eigentliche Ziel der Vereinbarung betrachtete, zur Sprache zu bringen; jetzt war er entschlossen, nicht eher abzureisen, bis er über die Stellung Frankreichs zu dieser Frage Aufklärung erlangt hätte. Dazu mußte jedoch die Adreßdebatte in der Deputiertenkammer abgewartet werden, die erst am 28. Januar beginnen sollte, und von der das Schicksal des französischen Ministeriums abhing.

Die freie Zeit, die ihm vergönnt war, benutzte Radowitz vormittags zu Studien auf der Bibliothek, abends zu einer sehr ausgiebigen Umschau in den politischen und literarischen Salons. Den Hauptvereinigungspunkt für die diplomatische Welt bildete das Haus der Fürstin Dorothea Lieven, wo man sicher sein konnte, Guizot zu treffen, dessen Beziehungen zu der nicht mehr jungen, aber noch immer von einem unwiderstehlichen Nimbus umgebenen Frau stark in das romantische Gebiet hinüberspielten. In dem mit fürstlicher Pracht ausgestatteten Hotel Rothschilds begegnete er den ersten Würdenträgern des Staates und den Führern der Opposition, Thiers, Odilon-Barrot, Emile Girardin. Am 24. Januar berichtet Radowitz: „Ich geriet gleich in die lebhafteste Diskussion mit Thiers, der mich zuletzt erstaunt und entsetzt anschaute, weil ich gewisse Gegenstände besser wußte wie er. Beaumont, ein Enkel Lafayettes, der dem Gespräch zuhörte, konnte sich nicht enthalten zu sagen, ein solches Geständnis habe er aus dem Munde von Thiers noch niemals vernommen.“

Zu einem der merkwürdigsten Eindrücke jener Tage gestaltete sich ein Besuch bei Lamennais. Dieser einst so streitlustige Kämpfer für die Herrschaft der Kirche lebte, von jeder Berührung mit der äußeren Welt getrennt, in einsiedlerischer Zurückgezogenheit. „Denke Dir,“ schreibt Radowitz seiner Frau, „einen abgehärmten kranken, tief melancholischen Mönch, der im Brüten über sich selbst, im Verstecken in den Hochmut des eigenen Gedankens, zum Ketzer geworden ist. Ich habe zwei und eine halbe Stunde mit ihm zugebracht, weil mir daran lag, seinen jetzigen Seelenzustand kennen zu lernen. Er ist nicht bloß aus dem Katholizismus, sondern ganz aus dem Christen-

tum heraus und steht auf dem Standpunkt gewisser gnostischer Sekten des 4. Jahrhunderts. Eine gewöhnliche Erscheinung des Unglaubens ist dies nicht, sondern eine sehr tiefsinnige. Zuletzt kam noch Béranger dazu, der beliebteste Nationaldichter Frankreichs, der dem Thron und Altar mehr Schaden getan hat als alle liberalen Deputierten zusammen. Lamennais sagte ihm: Sie kommen übel an heute, denn Sie geraten zwischen zwei Idealisten, einen katholischen und einen heidnischen."

In den Zirkeln der Legitimisten wurde mit Radowitz ein wahrer Kultus getrieben. Die Herzogin La Termouille sagte zu ihm: „Die Pariser werden schließlich noch einen Altar für Sie errichten, um Sie in voller Öffentlichkeit verehren zu können." Niemand war unempfänglicher für solche Schmeicheleien als Radowitz. Er verurteilt die Politik der Legitimisten, die nichts vergessen, aber auch nichts dazugelernt hatten, ebenso scharf wie die der extremen Liberalen: jenen wirft er vor, daß ihnen der Begriff des Rechtes und der Freiheit abhanden gekommen sei; diesen, daß sie durch das wüste Treiben ihrer Bankette in dem Volke den Sinn für die gesetzlichen Reformen zerstört hätten. Alles in allem hält er für den schlimmsten Krebsschaden des herrschenden Regimes den gänzlichen Mangel an Moralität, der bei den Verhandlungen der Kammern über einige flagrante Fälle des Unterschleifs und der Bestechung in seiner vollen Blöße aufgedeckt wurde. Selbst Guizot ging aus einer Anklage dieser Art, die sich gegen seinen eigenen Sekretär richtete, nicht fleckenlos hervor. „Ich habe dieses Frankreich so genau kennen gelernt," sagt Radowitz zuletzt, „daß ich ein Buch darüber schreiben könnte."

Die leidenschaftlichen Angriffe, welche die auswärtige Politik des Ministeriums bei den Beratungen des Adreßentwurfes erfuhr, ließen ihn einen tiefen Blick in den Abgrund werfen, vor dem Frankreich stand. Mit dem Volksaufstand in Palermo, am 12. Januar, dem die Empörung in Neapel auf dem Fuße folgte, hatte die Ära der Revolution begonnen. Wenn hier zunächst der bourbonische Absolutismus mit den konstitutionellen Ideen in einen tödlichen Konflikt geriet, so zeigte sich sogleich, daß in dem mittleren und nördlichen Italien der lange vorbereitete Kampf der Nationalität gegen die Fremdherrschaft Österreichs zum Ausbruch gelangen würde. Vom

ersten Augenblick war England entschlossen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um eine Intervention in Italien zu verhindern. Auf denselben Standpunkt stellte sich die liberale Partei in der französischen Deputiertenkammer bei der Behandlung der Schweizer Frage. In ihren Augen waren die Radikalen in der Schweiz im Recht, denn sie hatten für die Verfassung des Landes gekämpft, während der Sonderbund in seinen ultramontanen Bestrebungen darauf ausgegangen sei, eine Gegenrevolution in Szene zu setzen. Eine solche Politik zu unterstützen, verstoße gegen die Grundsätze der Freiheit, deren Verteidigung die Sache Frankreichs sei. Aus anderen Gründen, aber mit gleicher Leidenschaftlichkeit ergossen die Klerikalen und die Legitimisten ihren Zorn über Guizot: sie machten ihm den Vorwurf, daß die Intervention in der Schweiz nicht längst zur Tat geworden sei; die Schwäche Frankreichs trage die Schuld an dem Untergange des Sonderbundes.

Radowitz konnte nicht umhin, der Ruhe und Würde, mit der Guizot dem allgemeinen Sturmangriff die Spitze bot, volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ein rascher Entschluß zur Tat lag freilich ebensowenig in der Natur des Ministers wie in der Louis Philipps; aber die parlamentarische Debatte vom 28. bis 30. Januar hatte die Gefahren gezeigt, die aus einer Verbindung der revolutionären Bewegung in der Schweiz und in Italien für Frankreich und vielleicht für ganz Europa hervorgehen würden. Am 30. abends berief Guizot den österreichischen und den preußischen Unterhändler zu einer Konferenz. Er selbst ergriff jetzt die Initiative zu einer Besprechung der in Vorschlag gebrachten Zwangsmaßregeln gegen die Schweiz. In seinem Bericht vom 31. Januar an Friedrich Wilhelm IV. sagt Radowitz: „Die Stimmung des Ministers Guizot und seine Zuversicht auf parlamentarische Festigkeit erschien uns von der Art, daß wir keine Bedenken finden durften, auch diese schwierigsten Punkte zu berühren.“ Radowitz war sogar überzeugt, daß Guizot sich vorher der Zustimmung des Königs und des Konseils versichert habe. „Um so wertvoller,“ fährt er fort, „muß es erscheinen, daß er in der befriedigendsten Art auf unsere Ansichten einging. Er könne zwar, wie wir selbst einsähen, in dem jetzigen Stadio der Kammerverhandlungen, bei dem das ganze System der Regierung im Angriffe stehe, keine verbindliche Erklärung geben. Aber er nehme

dennoch keinen Anstand, auszusprechen, daß er mit der Notwendigkeit dieser Maßregeln im allgemeinen und mit der vorgeschlagenen Gradation im besonderen so weit einverstanden sei, um sie bei den bevorstehenden ferneren Verhandlungen als Grundlage einzunehmen."

Alle Teile hielten es für wahrscheinlich, daß die Antwort der Tagsatzung im negativen Sinne ausfallen würde. Geschah dies, so sollten die Zwangsmaßregeln in der Reihenfolge, die das Radowitzsche Programm vom 8. Dezember formuliert hatte, zur Anwendung kommen: Abberufung der Gesandten, Grenzsperre, Okkupation. Bei der Erörterung der Okkupation angelangt, brachte Guizot mit absichtlicher Betonung das Gespräch auf die Notwendigkeit, Vorkehrungen gegen einen Einfall der Schweizer Freischaren in das lombardische Gebiet zu treffen. Colloredo erklärte auf das bestimmteste, in diesem Falle werde Österreich sofort zu einer Besetzung des Kantons Tessin schreiten. Bemerkenswert ist, daß an demselben Tage, an welchem die Verhandlungen in Paris sich abspielten, auf einen Vortrag Metternichs an Kaiser Ferdinand, Radetzky den Befehl erhielt, in das Tessino einzurücken, sobald dort eine Ansammlung von Truppen stattfinden sollte.*)

Die Konferenz endete mit der Verabredung, daß die Verhandlungen etwa Mitte März wieder aufgenommen werden sollten. In seiner Schlußbetrachtung sagt Radowitz über Guizot: „Er hat wirklich und deutlich erkannt, daß der Sieg des Radikalismus in der Schweiz eine unmittelbare Gefahr für diejenige französische Regierung sei, deren Autorität er seit acht Jahren herzustellen sich bestrebt; er weiß, daß er die seinem Gedanken feindseligen Kräfte dort bekämpfen muß, um sie in Frankreich niederhalten zu können. Auf seinen bestimmten Willen, mit unseren Höfen einen gemeinschaftlichen Weg bis zum Ende zu gehen, ist daher allerdings zu zählen. Eine andere und schwierigere Betrachtung ist es jedoch, ob das System, welches er repräsentiert, sich in der Gewalt erhalten oder ob es wenigstens momentan wieder einem Rückschritt Raum geben müßte."

Hoffnung auf der einen, Besorgnis auf der anderen Seite, —

um über Brüssel und Köln nach Berlin zurückzukehren. Wider Erwarten fand er bei seiner Ankunft am 5. Februar 1848 den König, trotz der Wolken, die sich allenthalben an dem europäischen Horizont zusammenzogen, in ruhigerer und entschlossener Stimmung, als er gedacht hatte. Solange Preußen, Österreich, Rußland und Frankreich zusammenhielten, sah Friedrich Wilhelm in den Ereignissen, die sich in der Schweiz und Italien vollzogen, noch keine unmittelbare Gefahr für die übrigen Staaten. Am nächsten wurden die Interessen der preußischen Monarchie im gegenwärtigen Augenblick berührt durch die Veränderungen, die nach dem am 20. Januar erfolgten Tod Christians VIII. in Dänemark eintreten konnten. Von dem König um Rat gefragt, empfahl Radowitz eine energische Vertretung der deutschen Interessen in der schleswig-holsteinischen Frage.

Die Hauptsache aber war, daß der König aus eigenem Antriebe auf die Bundesreform zurückkam. Den unmittelbaren Anstoß dazu gaben die Verhandlungen der badischen Zweiten Kammer vom 12. Februar über den Bassermannschen Antrag auf Berufung eines deutschen Volksparlaments. Unter dem Eindruck dieser Motion, die sich noch in maßvollen Grenzen hielt, da Bassermann „die Erzielung einer gemeinsamen Gesetzgebung" als die Aufgabe der Volksvertretung am Bunde bezeichnete, ließ Friedrich Wilhelm die letzten Bedenken fallen, die ihn bisher davon zurückgehalten hatten, seine Bundespläne den deutschen Regierungen mitzuteilen. Besonders zu beachten ist dabei, daß der König diese Richtung einschlug, bevor die Revolution in Paris ausgebrochen war. In einem Brief an seine Frau schreibt Radowitz am 18. Februar: „Der König ist entschlossen, auf ein Gebiet überzugehen, von dem ich Dir seit Jahren schon oft sprach. Du weißt, es ist dieses das Thema, das mehr wie jedes andere tief in mein Herz eingegraben ist. Es war dies schon sein Vorsatz, als er mich nach Berlin rief, und die Schweizer Sache trat nur als Intermezzo dazwischen."

In unmittelbarem Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Umgestaltung des Bundes eröffnete sich für Radowitz eine Aussicht, die ihm schon lange als das höchste Ziel seiner Wünsche vorschwebte. Es war dem König von verschiedenen Seiten hinterbracht worden, daß die Stellung seines Gesandten in Paris, Heinrich v. Arnim, der aus seinen liberalen Gesinnungen kein Hehl machte,

erschüttert sei. Die Verbindungen, die Arnim mit den Führern der Opposition unterhielt, hatten den Argwohn der französischen Regierung erweckt, und auch von Wien und Petersburg waren Warnungen eingelaufen. Als Radowitz im Dezember 1847 nach Paris reiste, hatte ihn der König beauftragt, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen und falls die in Berlin verbreiteten Gerüchte auf Wahrheit beruhen sollten, Arnim zum Rücktritt von seinem Posten zu bewegen. So weit war Radowitz nun freilich nicht gegangen, aber gleich bei der ersten Unterredung mit Arnim hatte er sich überzeugen müssen, daß der Gesandte in der Schweizer Frage sich in scharfem Gegensatz mit den Ansichten der Regierung befand. Auch die Abneigung des französischen Kabinetts gegen den Vertreter Preußens fand er bestätigt. Da Arnim sich seine Rechtfertigung vorbehielt, vermied Radowitz jede weitere Erörterung. Der König blieb jedoch dabei, daß Arnim aus Paris weichen müsse; Dönhoff sollte sein Nachfolger werden und die Bundesgesandtschaft auf Radowitz übergehen.

Am 18. Februar erhielt Radowitz das folgende Billett von Canitz: „Der König will nächsten Montag (21. Februar) die deutschen Bundesangelegenheiten vornehmen; es soll dazu eine Konferenz bei Seiner Majestät stattfinden. Zu dem Ende möchte ich Deinen vor der Abreise nach Wien verfaßten Aufsatz wieder haben; das Original ist wahrscheinlich allerhöchsten Orts verkramt worden; ohne Zweifel wirst Du ein Konzept behalten haben.“ Der König nahm die Sache sehr ernst: er verpflichtete die Minister förmlich auf den Inhalt der Denkschrift vom 20. November 1847. Man kam überein, die Radowitzschen Vorschläge mit begleitenden Motiven zur Kenntnis der deutschen Regierungen zu bringen. Auf Befehl des Königs mußte Radowitz sich noch am 22. mit Savigny in Verbindung setzen, dem der Auftrag erteilt worden war, sich über die Organisation eines Bundesgerichts gutachtlich zu äußern. Savignys Wunsch, die Professoren Stahl und v. Lancizolle hinzuzuziehen, wurde genehmigt. Seine eigenen Gedanken über die Bildung eines obersten Bundesgerichtes hatte Radowitz bereits schriftlich vorgelegt.*) Bei der großen Zahl der Gesetze mußte die Aus-

*) Abgedruckt als Beilage zu der Denkschrift, Gesammelte Schriften, III, S. 338.

arbeitung der Erläuterungen, an der die verschiedensten Ressorts beteiligt waren, einige Zeit in Anspruch nehmen, so daß die Verhandlungen mit den Staaten kaum früher als im April beginnen konnten. Da inzwischen die in der identischen Note aufgestellten Forderungen Frankreichs, Österreichs und Preußens,*) denen sich Rußland angeschlossen hatte, von der Schweizer Tagsatzung abgelehnt worden waren, rechnete Radowitz noch mit der Möglichkeit einer Rückkehr nach Paris. Am 23. Februar berichtet er seiner Frau: „In den nächsten acht Tagen muß hier die Benachrichtigung des französischen Kabinetts über dessen Auffassung der Schweizerischen Antwort eintreffen. Daraus ergibt sich, ob und wann ich nach Paris zu gehen habe. In derselben Zeit muß auch Arnims Erklärung eingehen, ob er seine Entlassung selbst begehren oder die Abberufung erwarten will. Daraus wird dann auch für meine persönliche Sache ein deutlicherer Überblick gewonnen. Unmittelbar hieran knüpfe ich mein Verlangen, nach Karlsruhe zurückzukehren; ich kann freilich keinen Tag nennen, glaube aber, daß ich in den ersten Tagen des März bei Dir sein kann. In Karlsruhe bleibe ich, bis ich entweder im März nach Paris muß oder etwa im April nach Berlin zurückkehre."

Alle diese Kombinationen wurden jählings zerstört durch die am 27. Februar in Berlin eingetroffene Nachricht von der Revolution in Paris und dem Sturz des Bürgerkönigtums. Am 29. schreibt Radowitz an Frau Marie: „Statt Dir heute sagen zu können, wann ich zu Dir heimkehren könnte, muß ich Dir anzeigen, daß ich morgen nach Wien gehe. Du errätst den Zusammenhang. Wir stehen an dem Wendepunkt der europäischen Geschicke; was mit der Schweiz begann, durch Italien fortschritt, tritt jetzt in das europäische Stadium. Gestern abend sind wir bis spät in die Nacht hinein beim König gewesen; in diesem Momente gehe ich wieder hin, wo sämtliche Minister versammelt sind nebst dem Prinzen von Preußen."

Alle Anwesenden standen unter dem Eindruck, daß die Erklärung der Republik in Frankreich zu einem europäischen Kriege führen werde. Der König eröffnete die Sitzung mit einer Rede, die seine innere Bewegung verriet, aber auch von der Festigkeit seines Willens zeugte.**) Der Grundgedanke, dem er Ausdruck gab, war:

*) Vgl. S. 473. — **) Vgl. den Wortlaut nach dem von Radowitz verfaßten Protokoll bei Koser a. a. O., S. 51.

nur das festeste Zusammenhalten der bei der Erhaltung der Ordnung beteiligten Mächte vermag den Frieden zu bewahren; sollte der Krieg aber aufgedrungen werden, so muß er mit Nachdruck und Erfolg geführt werden. Für Deutschland insbesondere gilt es, die Versäumnisse der Vergangenheit einzuholen und die Nation selbst zum Verbündeten in dem bevorstehenden schweren Kampfe zu gewinnen.

Dann wurden die in der Denkschrift vorgeschlagenen Gesetzentwürfe der Reihe nach durchgegangen. Von keiner Seite regte sich ein Widerspruch. Über die Ausführung des Reformprogramms sollte sich Radowitz zunächst mit Metternich ins Einvernehmen setzen. Es war dies jedoch nicht der einzige Zweck seiner Mission, sondern es handelte sich namentlich auch um die sofortige Vorbereitung militärischer Maßregeln Österreichs und Preußens in Gemeinschaft mit dem Bunde.

Um für diesen Teil der Vereinbarung eine politische Basis zu gewinnen, hatte Radowitz die folgenden Eröffnungen vorzulegen. „Der König ist entschlossen, sich jeder Intervention in die inneren Verhältnisse Frankreichs zu enthalten. Greift Frankreich aber selbst zum Schwerte, so ist Preußen bereit, den Besitzstand Österreichs, einschließlich der italienischen Provinzen, zu garantieren. Sollte ein französisches Heer, unter irgend einem Vorwande, die italienische Grenze überschreiten, so wird der König dieses als Kriegserklärung gegen Preußen ansehen und sofort die Offensive ergreifen. Ein solcher Schritt Preußens bedarf jedoch zu seinem Gelingen, daß der deutsche Bund sich demselben anschließe.

Vorauszusetzen ist dabei, daß die deutschen Regierungen zu einem ernstlichen Handeln nur dann hinzugezogen werden können, wenn sie sich im Einklange mit der Stimmung ihrer Bevölkerung wissen. Um eine solche Stimmung zu erzeugen, muß dem gegenwärtigen Momente eine nationale Grundlage gegeben werden. Dieses Ziel ist nur dadurch erreichbar, daß, mit den auswärtigen Fragen verbunden, gleichzeitig auch die nationalen Bedürfnisse eine offene und großartige Erledigung finden."

In so inniger Verknüpfung reihen sich hier aneinander der Kampf gegen die Revolution und die nationale Reform Deutschlands. In dem Mittelpunkt der Aktion steht Radowitz, der das Programm vom 28. Februar in all seinen Teilen entworfen hat.

Die deutschen Regierungen sollen aufgefordert werden, ihre Minister zu einem Kongreß zu entsenden, für dessen Zusammentritt der 30. März bestimmt wird. Radowitz schlug vor, den Kongreß nach Frankfurt am Main zu berufen. „Wenn der österreichische Hof sich weigert, die deutschen Angelegenheiten im obigen Sinne anzugreifen, so erklärt der General v. Radowitz, daß Preußen jene Propositionen allein an die Bundesversammlung und an die einzelnen Regierungen bringen werde. Eine entschiedene Bürgschaft für das österreichische Italien übernimmt Preußen dann nicht, sondern behält sich seine Entschlüsse frei."

Da sich die Abreise nach Wien um zwei Tage verzögerte, schrieb Radowitz am 29. Februar seiner Frau: „Was man mir hier an positiven Instruktionen und Anhaltspunkten mitgeben kann, ist verhältnismäßig das wenigere; alles weitere muß ich aus dem gegebenen Momente und aus eigener gewissenhafter Beurteilung schöpfen, so wie ich es hier getan habe. So etwas ist nur möglich zu übernehmen bei einem König wie dieser. Aber ich muß aussprechen, daß auch seine ersten Umgebungen sich in diesem Augenblicke gehoben fühlen; insbesondere kann ich Canitz das volle Zeugnis geben, daß er von jeder Eifersüchtelei frei, ganz mit mir zusammengeht. Bei besseren Naturen fallen die untergeordneten Gebrechen in entscheidenden Momenten ab. Da ich Dir doch auch über unsere eigenen Angelegenheiten etwas sagen muß, so höre, daß der König mich nunmehr angewiesen hat, in Wien zu erklären, daß er mich zum Bundestagsgesandten bestimme. Die formelle Ernennung wird nachfolgen, sobald Dönhoff, der bereits benachrichtigt ist, für Paris ernannt werden kann. Im jetzigen Augenblicke bedarf dieses freilich noch einer kurzen Frist, bis die Relationen mit Frankreich klar werden."

Die nächste Sorge, die im Augenblick an Radowitz herantrat, waren die Nachrichten über die Zustände in Baden. Bei dem Zusammentritt des Landtages im Dezember 1847 hatte in der Zweiten Kammer der gemäßigte Liberalismus das Übergewicht gehabt, aber

die Kammern auszuüben. Eine aus allen Gegenden des Landes herbeigeströmte Volksmenge füllte die Straßen von Karlsruhe; darunter Gestalten, denen jeder Handstreich zuzutrauen war. Frau Marie dachte an Flucht mit ihren Kindern. Ihr Gatte antwortete ihr am 1. März: „Daß es an radikalen Demonstrationen aller Art nicht mangeln werde, bezweifle ich nicht; dazwischen und zwischen offenem Aufruhr liegt aber in Deutschland noch eine große Kluft. Der Versuch würde denen, die ihn machen, doch noch sehr schlecht bekommen." Immerhin hielt er es für angezeigt, seiner Frau von ihrem Vorhaben nicht abzuraten. Der Gesandtschaftssekretär Siegfried v. Arnim, ein Sohn Bettinas, in dessen Händen er die Geschäfte zurückgelassen hatte, erschien ihm für die Seinigen nicht als der geeignete Helfer in der Not, denn die exzentrische Natur seiner Mutter war auf diesen jungen Diplomaten als Erbteil übergegangen. Marie v. Radowitz fand jedoch in sich selbst die Kraft, auszuharren; und dazu gehörte nicht geringer Mut: bereits am 1. März kam es in Karlsruhe durch die Brandstiftung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu der ersten Gewalttat der Revolution.

Am 1. März mittags verabschiedete sich Radowitz von Friedrich Wilhelm IV. Wie hätte er ahnen können, daß Jahr und Tag vergehen sollten, bis er seinen Königlichen Herrn wiedersehen würde!

Den Wünschen Metternichs entsprach es im vollsten Maße, daß gerade Radowitz für die Mission nach Wien ausersehen worden war. In einem Briefe an Canitz vom 29. Februar hatte er darum gebeten. Er sagt von Radowitz: „Seine Blicke sind hell, und ich kann mit ihm frei sprechen und das unter dem Bewußtsein, von ihm verstanden zu werden."*) Gleich die erste Verhandlung mit dem Staatskanzler am 4. März führte, was die nächsten Aufgaben anbetraf, zum Ziele. In einer „Punktation" vom 5. März, die Radowitz entwarf, wurden die preußischen Vorschläge in ihren wesentlichen Grundzügen angenommen.

Der militärische Teil der Übereinkunft unterschied zwischen den

Operationen im Fall eines Krieges mit Frankreich. Bei Erörterung der Maßregeln für die Erhaltung der Ruhe in Deutschland faßte man die Möglichkeit des Eindringens französischer oder schweizerischer Freischaren ins Auge; deshalb erging an die süddeutschen Regierungen die Aufforderung, einen Teil ihrer Truppen an den Grenzen aufzustellen. Was den Kriegsplan anbetraf, war man von vornherein darüber einig, daß die Abmachungen von 1840, mit den durch die Zeitumstände gebotenen Veränderungen, zugrunde gelegt werden sollten.

Die politischen Vereinbarungen bezogen sich auf die von Österreich und Preußen gemeinsam zu machenden Eröffnungen an die deutschen Regierungen in der Angelegenheit der Bundesreform. Durch eine Gesamtnote der beiden Vormächte sollte den deutschen Höfen und der Bundesversammlung die Einberufung des Ministerkongresses angekündigt werden. Der Fürst Staatskanzler war gegen Frankfurt, weil, wie er sagte, ein Konflikt zwischen dem Bundestag und dem Kongreß zu befürchten sei. Auch war zu berücksichtigen, daß Frankfurt in der Gefahr schwebte, von der Gärung in Süddeutschland ergriffen zu werden. Metternich stimmte für Dresden. Wenn Radowitz am 6. März schreibt: „Den Gedanken an Wien habe ich von Hause aus nicht aufkommen lassen," so kann das nur so verstanden werden, daß man sich in der Hofburg mit dem Gedanken getragen hatte, den Kongreß nach Wien zu ziehen.

Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden,*) daß dem österreichischen Kabinett die Gefahren, die sich aus dem preußischen Reformplane für die Stellung Österreichs in Deutschland ergaben, schwerlich entgangen sein werden. Vergegenwärtigt man sich die Gesamtlage Deutschlands vor dem 18. März 1848, so ist das Vorhandensein jener Gefahr keineswegs in Abrede zu stellen. Von dem Augenblick an, in welchem die Brandung über das südliche und westliche Deutschland daherflutete, verloren die Regierungen jeden Halt. Was sie ihren liberalen Ständekammern seit Jahren standhaft verweigert hatten, gewährten sie in jäher Überstürzung dem stürmischen Andringen der Volksversammlungen und Deputationen. In dem

*) Vgl. F. Rachfall, Deutschland, König Friedrich Wilhelm IV. und die Berliner Märzrevolution. Halle a. S. 1901, S. 55.

Gefühl ihrer erschütterten Autorität wendeten sich ihre hilfesuchenden Blicke nicht nach Wien, sondern nach Berlin. Nirgends trat dies deutlicher hervor als in Rheinhessen. Am 28. Februar beantragte Heinrich v. Gagern in der Zweiten Kammer des Darmstädter Landtags die Ernennung eines interimistischen Bundeshauptes, das in Gemeinschaft mit einer auf konstitutioneller Grundlage zu berufenden Nationalrepräsentation die Sorge für die äußere und innere Sicherheit und die Gesetzgebung übernehmen sollte.*) Die staatsmännische Einsicht Gagerns traf damit den Kern der Sache, denn wenn es für die deutschen Staatsgewalten noch irgend ein Mittel gab, um die Volksbewegung in das Strombett gesetzlicher Ordnung zurückzuführen, so war es die Begründung einer einheitlichen Zentralgewalt. In den Augen Gagerns war das „Provisorium" der erste Schritt zu dem Übergang von dem Staatenbund zum Bundesstaate. Daß die Führung desselben in die Hände Preußens gelegt werden müsse, war für ihn eine selbstverständliche Forderung, wenn er sie in seinem Antrag auch nicht ausdrücklich erwähnte.

Dieselbe Erscheinung wiederholte sich nicht nur in dem benachbarten Nassau, wo Heinrichs jüngster Bruder, der Geheime Legationsrat Max v. Gagern, eine einflußreiche Rolle spielte, sondern auch am Bundestage. Der österreichische Präsidialgesandte, Graf Münch-Bellinghausen, war nach alter Gewohnheit wieder einmal abwesend von Frankfurt. Metternich hatte ihn nach Wien entboten, wo er zu den Beratungen mit Radowitz hinzugezogen wurde. Infolgedessen leitete der preußische Gesandte Graf Dönhoff die Bundesgeschäfte. Von den verschiedensten Seiten wurde ihm nahegelegt, daß man die rettende Tat von der Initiative Preußens erwarte. Dönhoff ließ es an Eifer nicht fehlen. Ohne durch einen Auftrag seiner Regierung dazu ermächtigt zu sein, legte er der Versammlung einen von ihm verfaßten Aufruf vor, der die Verheißung enthielt, daß der Bundestag alles aufbieten werde, was die äußere Sicherheit Deutschlands und die Förderung des nationalen Lebens im Innern erheischten: die Notwendigkeit einer Neugestaltung der Bundesverfassung konnte nicht schärfer hervorgehoben werden, als es hier geschah.

*) H. v. Gagern, Das Leben des Generals Friedrich v. Gagern, Leipzig und Heidelberg 1857, II, S. 688.

Ohne Debatte wurde die Proklamation am 1. März angenommen. Und wenigstens eine der von allen Seiten verlangten Reformen, die Preßfreiheit, wurde, ebenfalls unter Vortritt des preußischen Gesandten, sofort erledigt. Ein Beschluß des Bundestags vom 3. März stellte den deutschen Regierungen frei, die Aufhebung der Zensur in ihren Staaten durchzuführen. Zum Teil war dieser Beschluß allerdings nur die Anerkennung eines tatsächlich bereits vorhandenen Zustandes, denn die süddeutschen Regierungen hatten, den am Bunde schwebenden Verhandlungen vorgreifend, die Zensurfreiheit bereits bewilligt.

Diese Vorgänge muß man im Auge behalten, um die Beweggründe, von denen Österreich bei Annahme des Radowitzschen Reformprogramms sich leiten ließ, zu verstehen. Verwarf der Wiener Hof die Vorschläge, so lag in diesem kritischen Augenblick nichts näher, als daß Preußen selbständig vorgehen würde und dabei auf bereitwillige Bundesgenossenschaft unter den deutschen Fürsten und in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes zählen konnte. Abgesehen von den Gefahren, die noch im Schoße der Zukunft lagen, enthielt das preußische Reformprogramm nichts, was der Stellung Österreichs in Deutschland einen direkten Eintrag tun konnte, und die Verpflichtungen, die Preußen für die Erhaltung des Besitzstandes der österreichischen Monarchie übernahm, namentlich die Garantie Lombardo-Venetiens, waren von nicht zu unterschätzendem Werte. Trotz alledem ist Metternich gewiß nicht leichten Mutes auf die Vereinbarung mit Preußen eingegangen. Es bedurfte, wie Radowitz hervorhebt, eines „lebhaften Andringens" von seiner Seite, „da die Berufung auf nationale Gedanken und Institutionen hier noch immer etwas Fremdes ist."

Der Augenblick mahnte zur Eile. Am 7. März schreibt Metternich an Canitz: „Euere Exzellenz wird wohl keine Klage über Untätigkeit in Wien zu führen sich veranlaßt finden. Der General v. Radowitz verläßt nur mein Kabinett, um im Entresol zum Schreiben hinab, und mit dem

Friedrich Wilhelm hatte schon in dem Kronrat vom 28. Februar den Gedanken angeregt, statt der Minister die deutschen Fürsten zu einer Zusammenkunft zu berufen. Da Kaiser Ferdinand in seiner unbeholfenen Passivität nicht die geeignete Persönlichkeit war, um auf einem deutschen Fürstentage das österreichische Präsidium mit Würde zu vertreten, so empfahl Metternich, die Beteiligung an dem Kongreß lediglich dem Belieben der Fürsten anheimzustellen. Aufgabe der Beratungen sollte es sein, nur die „Normen und leitenden Grundsätze" der Reform aufzustellen: die Ausführung blieb dem Bundestage überlassen.

Außerdem entwarf Radowitz an diesem 7. März noch eine zweite Punktation. Die Besorgnis, daß die tumultuarischen Szenen, die in Karlsruhe, Wiesbaden und Darmstadt vorgefallen waren, sich nach Frankfurt fortpflanzen würden, ließ es ratsam erscheinen, den Bundestag von dort zu entfernen; Radowitz dachte an Erfurt, fügte sich aber, als Metternich Mainz vorschlug, wo die starke Garnison der Bundesfestung hinreichende Garantie für die Sicherheit der deutschen Zentralbehörde darbot. Der Kongreß wurde statt auf den 30. auf den 25. März anberaumt. Dazu traten militärische Maßregeln für die Aufrechthaltung der Ruhe in den deutschen Staaten. Die Infanterie der sämtlichen Bundeskontingente sollte sogleich auf den Kriegsfuß gesetzt werden, nach dem normalen Maßstab von einem Prozent der Bevölkerung für die reguläre Truppe und einem Drittel Prozent für die Reserve. Die Mobilmachung der Kavallerie blieb vorbehalten, aber schon jetzt sollten die Regierungen für eine zweckmäßige Verteilung und Vereinigung der Truppen Sorge tragen, bis darüber eine allgemeine Bestimmung von der Bundesversammlung getroffen werden würde.

In seinen Berichten an den König und an Canitz vom 7. März führt Radowitz diese zweite Punktation auf die beunruhigenden Nachrichten zurück, die fort und fort aus Süddeutschland einliefen. Ob die Kunde von den Beschlüssen, welche die einundfünfzig liberalen Abgeordneten aus allen Teilen Deutschlands am 5. März in Heidelberg faßten, am 7. März bereits nach Wien gelangt war, muß dahingestellt bleiben; jedenfalls wußte man, was im

einzelner Konzessionen begnügte, sondern ein ganz bestimmtes Programm für die Teilnahme des Volkes an der großen Verfassungsfrage Deutschlands aufstellte. Es war nicht mehr, wie in dem Bassermannschen Antrag, schlechthin von einer ständischen Vertretung am Bundestage die Rede, sondern von einem aus freien Wahlen hervorgegangenen Volksparlament. Gegenüber den Regungen einer republikanischen Agitation, die in Heidelberg ihr Haupt zu erheben begann, hielt die konstitutionell-monarchische Mehrheit noch fest an dem „Zusammenwirken der deutschen Volksstämme mit ihren Regierungen", aber ihre Erklärungen ließen nicht im Zweifel darüber, daß sie entschlossen waren, durch selbständiges Vorgehen in Sachen der Bundesreform die Regierungen zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Das Mandat für die Einberufung eines Vorparlaments zum 30. März, das die Versammlung dem von ihr niedergesetzten Siebener-Ausschuß erteilte, trug bereits sehr entschieden den Charakter des souveränen Volkswillens an sich.

Es war gewiß ein sehr richtiger politischer Gedanke, wenn Radowitz, um die Schritte der Aktionspartei zu paralysieren, auf eine Beschleunigung des Kongresses drang. Wie sehr aber täuschte er sich, wenn er am 7. März noch glaubte, mit den von ihm vorgeschlagenen Mitteln die volkstümliche Bewegung zum Stillstand bringen zu können. Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge handelte es sich nicht mehr um eine, wenn auch noch so tief einschneidende Reform der Bundesgesetzgebung, sondern um eine fundamentale Neugestaltung der Bundesverfassung, für welche freilich die den Wünschen der Nation entsprechende Form erst zu finden war. Das nächste Ziel, auf welches die Einheitsbewegung lossteuerte, war seit dem 5. März 1848 das Volksparlament. Am 6. März beantragte der hessen-darmstädtische Landtag die Berufung eines Parlamentes; an demselben Tage erließ König Ludwig I. von Bayern eine Proklamation, welche die Verheißung des Parlamentes enthielt; am 9. folgte Württemberg, und an demselben Tage stellte Baden am Bundestage den Antrag auf Verfassungsrevision und Versammlung des Parlamentes.

Die Münchener Proklamation wurde am 8. März in Wien bekannt, in dem Augenblick, wo die Einladungen zu dem Kongreß an die deutschen Höfe abgingen. Mit Bezug hierauf schreibt Radowitz an den König: „Während die Regierungen in Karlsruhe, Stuttgart,

Wiesbaden und Frankfurt sich bis jetzt nur auf solche Konzessionen eingelassen haben, welche das Bundesverhältnis nur von ferne berührten, so greift der König Ludwig durch seine Billigung einer sogenannten Volksvertretung am Bunde dessen Wesen an der Wurzel an. Da er sich zudem den Anschein gibt, hierin nur der eigenen Überzeugung und Eingebung zu folgen, so ist hierdurch auch in den Fürstenrat schon das Prinzip einer radikalen Opposition übertragen und die redlichsten tiefgreifendsten Bestrebungen des bevorstehenden Kongresses sind von vornherein von diesem schlechten Strome überflutet. Es ist eine der allerschmerzlichsten Betrachtungen, daß die Schritte zur wahrhaft nationalen Aufrichtung des Bundes, welche noch vor drei Monaten das heilsamste Gegengewicht gegen die politische Prinzipien-Agitation dargeboten hätten, jetzt bereits hinter der letzteren dergestalt zurücktreten, daß ihre wohltätige Wirkung gefährdet ist!"

Die Angabe des weiteren Kurses erwartete Radowitz — und darin wird man ihm recht geben müssen — von Berlin. Einstweilen befand er sich in gänzlicher Unklarheit über die Veränderungen, die durch den raschen Lauf der Begebenheiten in den Absichten des Königs und seiner nächsten Umgebung eingetreten sein konnten. Am 6. März hatte ihm Canitz einen Abdruck der Rede Friedrich Wilhelms IV. übersandt, mit welcher am Tage vorher der Vereinigte ständische Ausschuß verabschiedet worden war. Das einzige Zugeständnis in bezug auf die preußische Verfassung, das der König gewährt hatte, betraf die Bewilligung der Periodizität des Vereinigten Landtags, an der schon seit dem Schluß des Landtags niemand mehr gezweifelt hatte. Im übrigen gipfelte die Thronrede, unter Hinweis auf die drohende Gefahr eines Kampfes mit Frankreich, in dem patriotischen Appell an die heldenmütige Erhebung des preußischen Volkes in den Zeiten des Befreiungskrieges. Der König sprach zwar von der Kräftigung des deutschen Bundes, von der Einigkeit der deutschen Stämme, denen Preußen ein Beispiel geben müsse, aber nur in dem Sinne einer Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens: die Wiener Verhandlungen über die Bundesreform wurden mit keinem Worte erwähnt.

Diese Mitteilung erhielt Radowitz am 8. März. Am 9. gelangte zu seinen Händen eine Zirkularnote vom 7., in welcher Canitz die

preußischen Gesandtschaften von dem in Aussicht stehenden Kongreß der deutschen Fürsten oder Minister, von den militärischen Vorbereitungen und den in der Beratung begriffenen Institutionen zur Belebung des Bundes in Kenntnis setzte. Am 10. folgte ein Privatschreiben von Canitz' eigener Hand, das sich sehr pessimistisch über die Zustände Süddeutschlands aussprach, ohne das Verhältnis Preußens zu der nationalen Bewegung irgendwie zu berühren. Canitz schrieb: „Banden zusammengerafften Gesindels, von einigen Verrätern geführt, dringen in die Residenzen, erheben dort, indem sie sich für das Volk ausgeben, einen gewaltigen Lärm, die liberale Partei benutzt diese Hilfstruppen zu ihren Manövers, die Regierungen verlieren den Mut und bewilligen alles was verlangt wird, — das ist das traurige Resümee jener Szenen, die jedenfalls schmachvolle Blätter in der Geschichte Deutschlands der Nachwelt überliefern." Der Minister zieht daraus den Schluß, daß es im Augenblick vor allem darauf ankomme, die geeigneten Mittel zu ergreifen, um den erschütterten Regierungsgewalten Mut einzuflößen und sie von weiteren Konzessionen zurückzuhalten.

Noch weit mehr ist der König von dem Gedanken erfüllt, daß es zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung eines ganz Deutschland umspannenden Systems militärischer Maßregeln bedürfe. In tiefstem Vertrauen wendet er sich an Radowitz mit dem folgenden eigenhändigen Brief:

Berlin, 10. März 1848.

Sie kennen mein Vertrauen zu Ihnen, theuerster Radowitz. Was ich hier schreibe nehmen Sie zunächst als die Frucht meines Nachdenkens. Stimmen Sie dem gewissenhaft ein, so tragen Sie es dem Fürsten Metternich vor, den ich aufs Herzlichste grüße. Wir müssen auf dem Fürsten Congreß mit vereinten Vorschlägen auftreten, eingegeben von dem dermaligen desparaten Zustand von Teutschland. Aber welche? — Da theilt mir heut Prinz August v. Württemberg einen Brief s: Bruders Friedrich mit, im Auftrag u. unter Revision des Königs geschrieben. Der König läßt mich wissen: er sei fest entschlossen dem vorschreitenden Verderben die Stirn zu biethen u. wolle zu dem Zweck seine Truppen conzentriren u. würde sich, wenn alle Stricke rissen, mit denselben auf Ulm zurückziehen. Das bestärkt mich in der Überzeugung, der zufolge ich bereits

meine ganze Linien Infanterie u. einen Theil der Cavallerie u. Artillerie auf die Kriegsstärke gesetzt habe; wohl wissend, daß es leicht dahin kommen könnte, daß wir allein mit der ultima ratio zu Teutschland (Gott verhüth' es in Gnaden) reden müßten. Das muß aber dann im Einverständniß mit dem Kayserl. Hof und mit einer Oesterr: Armee vereint geschehen. Ich bitte also das Kayserl. Cabinet Rüstungen zu dem Zweck ohne allen Verzug eintretenzulassen. Ich kann bald über 150,000 M: disponiren oder wenigstens über 100,000, wenn Provinzen eine starke Besetzung erfordern sollten. Kaiser Nicolas hab' ich eigenhändig gebeten von s: Truppen etwas gegen die Posenische Grenze vorrücken zu lassen um die zu heißen Köpfe daselbst etwas abzukühlen; nur durch ihr Daseyn, versteht sich. Meine Idee ist nun gleich am 1ten Tage des Congreßes, eine süddeutsche Armee unter dem König v. Württemberg zu bilden u. eine Preuß: Mittelteutsche mit Anhängseln der kl: Staaten u. Beyde so zu vertheilen, daß die eigenen Corps der vor der Revoluzion gefallenen Länder, diese Länder nicht besetzen. Zugleich jedes Antasten der Souverainität des Teutschen Bundes als Hochverrath an demselben zu proclamiren u. demzufolge die Heidelberger Teutschparlamenter u. die Chefs der Badischen, Darmst: Nassauischen etc. Bewegung in die ReichsOberacht zu erklären. v. Hüser*) muß vom Bundestag (der nach Maynz geht) angewiesen werden, bey der geringsten Gährung die Bundesfestung in Belagerungszustand zu erklären. So gewinnt der Bundestag u. Döhnhof mit ihm wohl die verlohrene Tramontane wieder. Zugleich die freundlichsten Erklärungen gegen Frankreich. Da haben Sie meine Gedanken. Setzen Sie die Ihrigen entgegen oder verbessern Sie meine, machen Sie aber, daß Österreich u. Preußen mit fertigen Entschlüssen, Anträgen u. Drohungen vereint auf den Congreß kommen.

Ferner leg ich ungeheuren Werth auf das schleunigste Zusammenkommen eines Centre d'Entente zu London zu dem Zweck gleich nach s: Zusammentritt zum 1ten Mal, zum 2ten mal aber wenn sich Frankreich durch die Aßemblée nationale constituirt hat u. förmlich anerkannt werden kann u. muß, ein feyerliches Re=

zu Dresden aus gleich beystimmen oder in London schon vertreten seyn —) also — die Großmächte erklärten wie **ein Mann**, Frankreich alles Beste zu wünschen etc. etc. etc; beym 1ten Traktaten Bruch Frankreichs, er geschehe unter welchem Vorwand er irgend wolle, hätte es aber die Großmächte auch wie Einen Mann zu Land u. See gegen sich **wie ao. 13, 14 u. 15.** Ich beschwöre die Fürsten dahin in Aller Eile zu wirken. Die ernste Sprache dieses Centre d'Entente aus London, ist nach meiner Überzeugung das **Einzige Mittel** oder menschlich zu reden, auch das gewiße Mittel, die Aufrechthaltung des Friedens zu sichern. London muß Dresden stärken u. die Tollhäusler in Teutschland zur Besinnung, die Verräter zur Flucht u. zum Verstummen bringen.

Die Haltung von Berlin ist bis jetzt (Gott erhalt es so) musterhaft; so die des ganzen Landes. Crawall war nur zu Cöln u. Breslau. Schlechte Adreßen werden regnen; ich bücke mich aber nicht danach. Halten Sie dafür, daß es eine mögliche Form giebt aus dem dilemma herauszukommen, in welches so viele Fürsten das Versprechen „auf ihr Wirken zu einem teutschen Parlament (!!!)" versetzt hat? Ist's denkbar, daß etwa 4 Stände Curien, dem souverainen Bunde gegenüber, von Zeit zu Zeit in Wirksamkeit träten? Sagen Sie mir Ihres Nachdenkens Frucht. Sollte irgend Etwas dahinzielendes gedacht werden können, so ist der Dresdner Congreß nicht in der Lage u. der Zeit darüber Etwas auszuarbeiten. Dann könnte er die Erwägung auf einen demnächstigen verschieben u. versprechen.

Doch glauben Sie u. der Fürst ja nicht, daß ich darauf jetzt besonderen Werth lege. Aber Truppen sammeln! um bald mit der teutschen Revoluzion aus dem Baß zu sprechen. Und gerüstet seyn in Dresden mit einer festen Sprache u. vereinten Entschlüßen resp. Vorschlägen aufzutreten.

So seegne nun Gott Ihrer Hände Werk, Ihren Leib u. Seele u. des theuern Fürsten. Mein ganzes Wesen ruft immer: In Te Domine speravi, non confundar in aeternum Amen.

Friedrich Wilhelm.

Faßt man die hauptsächlichsten Gesichtspunkte dieses bedeutsamen Schriftstückes ins Auge, so zeigt sich auf den ersten Blick, wie

weit der König noch von dem Anschluß an die nationale Bewegung entfernt war, als er dieses seiner innersten Seelenstimmung entströmende Selbstbekenntnis niederschrieb. Das ganze Treiben der nationalen Partei erscheint ihm als Hochverrat, und auch die Haltung des Bundestages unter Dönhoffs Leitung ist nicht nach seinem Sinne. Als das erste Erfordernis des Dresdner Kongresses gilt ihm die Abwehr des desperaten Zustandes, in den Deutschland geraten ist. Der Kampf gegen die Revolution und was damit im engsten Zusammenhange steht, die solidarische Verbindung der europäischen Mächte gegen die französische Republik, spielen in seinem Gedankengange eine ungleich größere Rolle als die künftige Organisation der Bundesverfassung. Erst am Schluß kommt er auf die Frage, was etwa zu tun sei, um den deutschen Fürsten aus der Verlegenheit, in die sie durch ihre Verheißungen geraten seien, herauszuhelfen. Kaum hat er das ihm noch widerstrebende Wort Parlament ausgesprochen, so beeilt er sich hinzuzufügen: „doch glauben Sie und der Fürst ja nicht, daß ich darauf jetzt besonderen Werth lege!"

Nach dem Empfang dieser Weisungen aus Berlin hatte Radowitz allen Grund zu der Annahme, daß der Gang der Wiener Unterhandlung den Wünschen des Königs entsprach. Die schon am 8. März von ihm vorgeschlagenen militärischen Maßregeln hatte Metternich ohne weiteres angenommen. Am 10. März einigte man sich auch über die von Österreich und Preußen gemeinsam zu erlassende Proklamation, die dem Kongreß vorangehen sollte. Die Proklamation, die hauptsächlich zur Aufklärung der öffentlichen Meinung dienen sollte, betonte noch einmal den Entschluß der Mächte, sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs zu enthalten, und ging dann über zu den deutschen Angelegenheiten. „Mit ihren Genossen im deutschen Bunde vereinigen sich die Regierungen von Österreich und Preußen ungesäumt dazu, wohlbegründeten nationalen Bedürfnissen entgegenzukommen und diejenigen Institutionen ins Leben zu rufen, in welchen sich Deutschland nach innen gekräftigt und gehoben, nach außen gesichert und geehrt fühle. Sie werden aber auch im Vereine mit ihren deutschen Bundesgenossen ebenso ernst und nachdrücklich solchen Bestrebungen entgegentreten, die auf den Umsturz der rechtlichen Ordnung in Deutschland hinausgehen."

Diesem Aufruf zur Seite geht eine ebenfalls am 10. März

ausgefertigte „Deklaration", die an die deutschen Kabinette gerichtet ist. Sie beschäftigt sich mit den Aufgaben des Kongresses, von dem in der Proklamation überhaupt nicht die Rede ist, erwähnt die „nationalen Bedürfnisse und Institutionen", vermeidet aber geflissentlich jede Andeutung darüber, inwieweit die Mächte bereit seien, auf die Wünsche des Volkes einzugehen, und weist mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, „inmitten der Aufregungen und Täuschungen der Gegenwart auch die Zukunft ins Auge zu fassen und die Bedingungen zu erkennen, unter welchen allein eine heilsame Entwicklung des alle deutschen Stämme umfassenden Bundes möglich ist."*)

Im Gegensatz zu dem fortschrittlich-nationalen Programm der Heidelberger Versammlung vertreten die beiden Wiener Manifeste das konservativ-monarchische Prinzip der Bundesreform.

Über die Stimmung, die am Tage der Unterzeichnung dieser Erlasse in Wien herrschte, äußert Radowitz: „Meine hiesige Aufgabe besteht wesentlich darin, den Kaiserlich Königlichen Hof einigermaßen mutig und entschlußfähig zu erhalten; die täglichen Nachrichten aus den meisten deutschen Staaten lasten erdrückend auf allen Beteiligten, um so mehr, als sie mit gefährlichen Regungen in Ungarn zusammenfallen, und es selbst in den deutschen Erblanden nicht an Vorzeichen mangelt, daß unter der scheinbaren Ruhe viel Zündstoff verborgen liegt. Die natürliche Neigung wäre es daher, in falscher Resignation das Weitere untätig abzuwarten: der sichere Weg zum Verderben! Von allen Personen, denen ich hier genaht bin, bewahrt der Erzherzog Johann unbedingt die meiste Kraft."

In der Volksbewegung war inzwischen eine Wendung eingetreten, die einem entschlossenen Vorgehen Preußens wohl als Ausgangspunkt hätte dienen können. Der Bundestag stand ganz unter dem Machtgebot der nationalen Strömung: auf den Zinnen des Palastes in der Eschenheimer Gasse wehte seit dem 9. März das dreifarbige Banner der deutschen Einheit. Aus den Reihen der Mitglieder dieses Kongresses deutscher Diplomaten, in deren

wenigen Wochen unfehlbar zu einer Anklage auf demagogische Umtriebe geführt haben würden. In der Sitzung vom 9. März, bei der Begründung des badischen Antrages,*) entrollte Blittersdorf, einst der eifrigste Anhänger des Prohibitivsystems der Karlsbader und Wiener Konferenzbeschlüsse, ein wahrhaft vernichtendes Sündenregister der dreißigjährigen Verfehlungen und Unterlassungen des Bundestages. Wenn die Versammlung noch davor zurückscheute, sich geradeheraus für das Volksparlament auszusprechen, so geschah dies nur deshalb, weil sie in gänzlicher Ungewißheit über die Absichten der beiden Vormächte schwebte. Der politische Ausschuß, dem der badische Antrag zur Vorberatung überwiesen war, griff zu einem Mittelweg, indem er zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes in Gemeinschaft mit dem Bundestage die Berufung von Vertrauensmännern, je einen für jede der siebzehn Kurien des engeren Rates, empfahl. Diesem Vorschlage trat die Bundesversammlung am 11. März bei.

Die Frankfurter Vorgänge erweckten in Wien, wo sie durch eine Depesche aus Prag am 12. März bekannt wurden, ein peinliches Aufsehen. Man fand, der Bundestag, der lediglich das ausführende Organ der deutschen Regierungen sei, habe durch den Beschluß einer Revision der deutschen Bundesverfassung seine Befugnisse überschritten. Am 12. März schreibt Radowitz an den König: „Indem ich hier die Äußerungen der hiesigen Staatsmänner berichte, kann ich nicht umhin, meinerseits zu bemerken, daß durch dieses Verfahren allerdings dem wesentlichsten Zwecke des deutschen Fürstenkongresses bedenklich vorgegriffen wird.“ Während der Bundestag auf dem besten Wege war, den Bestrebungen der Nationalpartei entgegenzukommen, hielt Radowitz es noch für seine Pflicht, die Selbständigkeit der Aktion dem Kongreß zu wahren. „Die Bundesversammlung,“ sagt er, „würde mit dem Beginn ihrer eigenen gedeihlichen Tätigkeit erst abwarten müssen, ob es gelingt, große und nationale Institutionen durch die unmittelbaren Beschlüsse der Regierungen hervorzurufen und dann die Ausführung

hielt ein rasches Eingreifen Österreichs für notwendig; gleich am 12. März entsandte er den Grafen Colloredo nach Frankfurt, um das Präsidium des Bundestages zu übernehmen.

Wie gerechtfertigt die Besorgnisse waren, die der Staatskanzler und Radowitz hegten, offenbarte sich sofort. Am Abend des 12. März erhielt Dönhoff die gemeinsamen Eröffnungen Preußens und Österreichs; am 13. wurden sie in der Bundesversammlung vorgetragen. Der Eindruck, den die Ankündigung des Kongresses und die auf Grund der Radowitzschen Vorschläge getroffene Vereinbarung hervorbrachte, war der denkbar ungünstigste. Wenn der Bundestag trotzdem sein Votum über die Hinzuziehung der siebzehn Vertrauensmänner vorläufig „suspendierte", so bedeutete dies nicht etwa einen Rückzug auf der von ihm eingeschlagenen Bahn, sondern er befolgte einfach die Vorschriften der Geschäftsordnung, nach denen zunächst die Rückäußerung der Regierungen auf die Anträge Österreichs und Preußens eingeholt werden mußte.

Während der Sitzung vom 13. ging dem bayerischen Bundesgesandten, Legationsrat v. Gasser, die Abschrift einer von München nach Wien gerichteten Note zu, die den schärfsten Protest gegen den Kongreß enthielt. In diesem Schriftstück hieß es: „Was hat die Idee einer Nationalversammlung geboren, großgezogen und in allen Gauen des weiten Vaterlandes eingebürgert? Die Nullität des Bundestages, sein ausschließendes Sichbeschäftigen mit Aufschwung unterdrückenden Maßregeln. Jetzt will man etwas noch weit Schlimmeres als den heimlichen Bundestag: den diplomatischen Ministerkongreß von Aachen, Karlsbad, Verona. Gibt es ein Mittel, die fürchterliche Aufregung der Nationalstimmung zur Explosion zu bringen, so ist es dieses." Unter Mitteilung dieser Note stellte Gasser den Antrag auf Vertretung der Nation am Bundestage und Revision der Bundesverfassung.*) Schon an diesem Tage und noch deutlicher am 14., wo die ablehnenden Voten der süddeutschen Höfe in Wiesbaden, Darmstadt, Karlsruhe, Stuttgart bekannt wurden,

am Bundestage in seinen Berichten zur Geltung zu bringen suchte. Aus sachlichen und persönlichen Gründen bekämpfte er die Radowitzschen Pläne. Schon als das Gerücht, daß der König mit der Absicht umgehe, Radowitz zum Bundestagsgesandten zu ernennen, sich in Frankfurt verbreitete, hatte Dönhoff am 28. Februar an Canitz geschrieben: „Mit aller Anerkennung der selten ausgezeichneten Persönlichkeit von General Radowitz, seiner liebenswürdigen, geistreichen Eigentümlichkeit, seines großen Wissens, steht er durch seine ausgesprochen ultramontane Tendenz auf eine Weise in der Mißgunst der öffentlichen Meinung, daß er bei der gegenwärtigen Zeitrichtung trotz seiner seltenen Talente als Vertreter Preußens im Bunde bei den meisten Bundesregierungen, deren hiesigen Vertretern, in der Presse und im Publikum großen Anstoß geben und das Verhältnis zur national-deutschen Richtung faussieren würde."

Dönhoff verwarf nicht nur die Radowitzschen Vorschläge im einzelnen, sondern er betrachtete das Unternehmen der Bundesreform in Gemeinschaft mit Österreich als einen prinzipiellen Fehler, der vom Ziele abführte. Nach seiner Meinung war unter den gegebenen Verhältnissen das Ziel der deutschen Politik Preußens: Los von Österreich!

Von anderer Seite erstand den Radowitzschen Reformplänen eine gefährliche Rivalität aus dem Vorgehen der nationalen Partei. Nachdem es ihr gelungen war, die Forderung des Volksparlamentes zur Losung des Tages zu erheben, setzte sie alle Mittel in Bewegung, um für Errichtung des Bundesstaates Propaganda zu machen. Die Führer waren Heinrich und Max von Gagern. Zwischen ihnen wurde eine Kollektivgesandtschaft an die deutschen Höfe verabredet, deren Aufgabe es sein sollte, dem Gedanken einer Reorganisation der Bundesverfassung in der angegebenen Richtung Eingang zu verschaffen. War dieser Plan von Erfolg begleitet, so wurde damit dasjenige Ziel erreicht, auf das Heinrich v. Gagern schon am 28. Februar hingewiesen hatte: Preußen trat im Einverständnis mit den deutschen Fürsten an die Spitze der Einheitsbewegung. Nicht nur die Bundesreform erhielt dann eine feste Gestalt, sondern es war auch begründete Hoffnung vorhanden, den verführerischen

Hessen-Darmstadt und Nassau gaben ohne Zögern ihre Zustimmung; auch Baden erklärte sich anfangs bereit zur Teilnahme an der Gesandtschaft. In Stuttgart fand Max v. Gagern am 11. März eine überraschend willfährige Aufnahme. In ruhigen Verhältnissen würde König Wilhelm der preußischen Hegemonie mit allen Kräften entgegengearbeitet haben; wie die Dinge sich gestaltet hatten, erblickte er in ihr den Rettungsanker für die fürstliche Autorität. Aber er stellte eine vielsagende Bedingung: um das Vertrauen der Süddeutschen zu gewinnen, müsse Friedrich Wilhelm IV. sich entschließen, seinem Lande eine Verfassung zu verleihen. Der König meinte es in diesem Augenblick ernst mit seinem Eingehen in die nationale Politik; noch vor der Ankunft Gagerns hatte er, wohl auf den Rat des Ministers Römer, den Literaturhistoriker Wolfgang Menzel nach Berlin gesandt, um eine Verständigung anzubahnen.

In diesem Zusammenhange geschah es, daß die nationale Bewegung Deutschlands mit der Frage der preußischen Verfassung in die engste Berührung trat. Wie durch neuere Untersuchungen unwiderleglich festgestellt worden ist, brachte man in Berlin den Aussichten, die sich durch die Entwickelung der Ereignisse für die deutsche Mission Preußens eröffneten, das vollste Verständnis entgegen.*) Was Friedrich Wilhelm IV. bisher um keinen Preis hatte bewilligen wollen, den Übergang zu dem Repräsentativsystem, dazu entschloß er sich in jenem verheißungsvollen Augenblicke — auch jetzt nicht aus innerer Überzeugung, sondern den Vorstellungen seiner Minister nachgebend. Leopold v. Gerlach berichtet einige Wochen später, der König habe ihm gesagt, „der Konstitutionalismus hätte wegen Deutschland anerkannt werden müssen, und habe er dabei auf ausdrücklichen Rat seiner Minister, von denen er Bodelschwingh und Canitz hauptsächlich nannte, gehandelt.“**)

In einem Schreiben vom 9. März hatte Max v. Gagern von

dem Könige vor, daß wir glauben, er könne uns retten, wenn er allen Provinzen dieselben deutschen Waffen, die eisernen und die geistigen, gäbe, denen wir uns anvertraut haben. Vielleicht hat der König unterdessen bereits getan, was wir hoffen. Wo nicht — oder war es noch nicht so dringend, — so verwenden Euere Exzellenz sich, daß der König einen Mann, der Seiner Gedanken und Entschlüsse kundig, Seiner Vertretung würdig, über Stuttgart nach München und weiter schicke, einen Mann, der uns entgegenkomme. Jetzt hat jedermann guten Willen." Canitz zögerte keinen Moment, diese sehr bestimmt gestellte Aufforderung zu beantworten. Er erwiderte am 12. März: „Daß die Sache von den Regierungen erwogen werde, dagegen wird Preußen keine Einwendung machen, wie es sich denn überhaupt ausweisen wird, was von dem Vorwurf reaktionärer Tendenzen zu halten und was für eine vernünftige Freiheit Deutschlands in Preußen zu erwarten ist. Meines Ermessens muß der erste Schritt eine Vereinigung der Regierungen sein, und dazu ist der Vorschlag bereits von meinem Könige gemacht. Man hat nicht verfehlt, einen Fürstenkongreß als eine reaktionäre Maßregel zu verdächtigen; in der Tat ist es doch nur der einzige praktische und legalerweise mögliche Schritt, an den weitere sich anreihen können, ohne von Hause aus in ein Chaos zu geraten, Kongreß und Parlament sind nicht contraria, aber ein Parlament ohne Haupt wäre ein monstrum." Canitz fügte hinzu, bis jetzt habe der „Revolutionstaumel" Preußen noch nicht ergriffen: „Noch sind unsere geistigen und eisernen Waffen nicht abgestumpft, noch haben wir den Kopf und den Mut nicht verloren."*)

Aus dieser Erwiderung geht unwiderleglich hervor, daß das Berliner Kabinett am 12. März bereits in seinem Verhältnis zu der nationalen Bewegung Deutschlands einen Standpunkt eingenommen hatte, der sich von der Basis der Wiener Verhandlungen weit entfernte. Die Sinnesänderung Friedrich Wilhelms IV. war sehr rasch eingetreten. In dem eigenhändigen Brief an Radowitz

*) Den Wortlaut des Briefwechsels zwischen Max v. Gagern und Canitz gibt

vom 10. März hatte der König noch mit kühler Indifferenz von der ständischen Vertretung am Bunde gesprochen; am 12. anerkannte seine Regierung die Notwendigkeit des deutschen Parlaments und der bundesstaatlichen Verfassung. Hiermit stimmt überein, daß der König bereits am 11. März den Gedanken erwog, sich mit einer Proklamation an sein Volk und sogar mit einem Aufruf an das deutsche Volk zu wenden. An demselben Tage hatte er den Beschluß gefaßt, den Vereinigten Landtag um sich zu versammeln.*)

Das Königliche Patent vom 14. März, durch das der Vereinigte Landtag zum 27. April nach Berlin einberufen wurde, begann mit der Erklärung, daß die Regierung im Begriff stehe, im Einverständnis mit Österreich und den deutschen Bundesgenossen über „die wirkliche Regeneration des Bundes" in Beratung zu treten, „damit das deutsche Volk durch freie Institutionen gekräftigt, nicht minder aber auch gegen die Gefahren des Umsturzes und der Anarchie geschützt, die alte Größe wiedergewinne, damit Deutschland den ihm gebührenden Rang in Europa erreiche. Welches aber auch der Erfolg dieser Unserer Bemühungen sein möge, so werden jedenfalls dadurch Maßregeln bedingt, zu deren Ausführung wir der Mitwirkung unserer getreuen Stände bedürfen."

Für unsere Darstellung kommt es vor allem darauf an, genau die Grenze zu ziehen, bis zu der Radowitz in der Lage war, sich ein zutreffendes Bild von dem Umschwung der preußischen Politik zu vergegenwärtigen. Am 13. März morgens, als sich in den Straßen Wiens bereits eine große Erregung des Volkes kundgab, traf das Handschreiben Friedrich Wilhelms IV. vom 10. März ein. Radowitz hatte gerade noch Zeit genug, den Inhalt zur Kenntnis Metternichs zu bringen. Fürst Clemens war mit der von dem König vorgeschlagenen Zusammenziehung größerer Truppenmassen an verschiedenen Stellen Deutschlands vollkommen einverstanden, auch die von dem König so stark betonte „Entente" der europäischen Mächte in den Beziehungen zu Frankreich war ihm ganz aus der Seele ge-

kommen; die bloße Andeutung der Frage des deutschen Parlamentes war von der Art, daß der Staatskanzler reifliche Überlegung für notwendig halten mochte. Um die Mittagszeit brach die Revolution aus. Vor den Fenstern seiner Wohnung in dem Gasthause zum Römischen Kaiser tobte der Aufruhr, als Radowitz nachmittags 5 Uhr an den König schrieb: „Die Truppen haben ihre Waffen gebraucht, und es ist an mehreren Stellen Blut geflossen. Studenten und Polytechniker sind die Rädelsführer der ganzen Bewegung. Noch ist kein Ende abzusehen und für die Nacht viel zu besorgen. Die Regierung wird bei diesen beklagenswerten Versuchen schwerlich Schaden leiden, da die Truppen zahlreich und zuverlässig sind, aber es ist doch ein unaussprechlicher Kummer, daß wir solche Dinge in der alten Kaiserstadt erleben müssen."

Gleichzeitig mit dem Briefe des Königs empfing Radowitz ein Schreiben des Ministers Canitz vom 11. März, das wohl dazu angetan war, ihn nachdenklich zu stimmen. Die Entschließung des Königs, seinem Lande eine Verfassung zu geben, berührte Canitz mit keiner Silbe, aber er warf die Frage auf, ob Österreich nicht am besten tun würde, der Bewegung in Italien durch eine Konstitution zuvorzukommen. „Institutionen, die man an der Spitze einer schlagfertigen Armee von 100000 Mann errichtet, sind doch etwas anderes als abgedrungene Konzessionen. Nirgends kann man vor der Idee einer Konstitution weniger erschrecken als in Wien, wo die lombardische eiserne Krone mit der des heiligen Stephan, der böhmischen und der österreichischen ein gemeinsames Zentrum finden." Schwerlich würde der Minister für eine Gesamtverfassung der österreichischen Monarchie plädiert haben, wenn nicht etwas ähnliches in Preußen bevorstand. Canitz schloß mit den Worten: „Ich sende Dir dies Blatt nicht ohne Allerhöchste Genehmigung; es ist für Dich allein bestimmt; sondiere: ob die Idee eine bleibende Stätte findet. Gute Nacht!"

Der Mitteilung vom 11. März ließ Canitz am 12. eine offizielle Depesche folgen, die sich in ihrem Hauptteil ganz an die Wiener Verabredungen anschloß. Sie sprach von der Veröffentlichung der österreichisch-preußischen Proklamation, die am 15. erfolgen werde, meldete die Einwilligung Sachsens zur Abhaltung des Kongresses in Dresden und fuhr dann fort: „Seine Majestät wird bei Eröffnung

des Kongresses den entschiedenen Willen aussprechen, die Sache Deutschlands mit der eigenen zu identifizieren und die ganze Macht Preußens nötigenfalls aufzubieten, um Deutschland sowohl gegen die Angriffe von außen als gegen die heillose Anarchie zu verteidigen, die sich eines Teils des gemeinsamen Vaterlandes zu bemächtigen droht." Zu weiteren Enthüllungen ließ der Minister sich in einer Nachschrift herbei, in welcher er zunächst die Berufung des Vereinigten Landtages ankündigt. Er bemerkt dazu, man werde das auch in Wien zweckmäßig finden: „Wir brauchen ihn wegen der eventuellen Kriegskosten, und für Deutschland ist er nützlich als Gegengewicht gegen republikanischen Unfug und gegen das deutsche Parlament." Dann heißt es weiter: „Der Bundestag scheint total die Besinnung verloren zu haben; der politische Ausschuß hat ein Verdammungsurteil contra se ipsum ausgesprochen. Es versteht sich von selbst, daß wir uns nicht zu diesem Monolog bekennen, der Königliche Bundesgesandte hat keine Instruktion in solchem Sinne erhalten, ob und wie viel Teil er an dem Bericht hat, weiß ich nicht. Gewinnt die Revolution in Süddeutschland Gestalt, so wird der König ihr energisch zu Leibe gehen. Daß dazu ein Aufruf an alle ehrlichen Leute in Deutschland gehört, wird niemand verkennen und mißdeuten. Am wenigsten in Wien, denn wenn wir die Fahne Deutschlands in die Hand nehmen und das Schwert ziehen, so ist es ebenso für Österreich als für uns."

Vergleicht man diese Äußerungen mit dem an demselben 12. März verfaßten Schreiben an Gagern, so treten die Widersprüche, in denen Canitz sich bewegte, deutlich zutage. Dem Vertreter der Nationalpartei gegenüber hatte er sich für das Volksparlament erklärt, in dem Erlaß an Radowitz äußerte er sich absprechend über das Parlament, und seine Mißbilligung der letzten Schritte des Bundestages war sicherlich nicht geeignet, Radowitz auf die richtige Fährte zu führen. Bedeutsamere Anhaltspunkte gewährten die Ankündigung des Landtages und der Hinweis auf den beabsichtigten Aufruf an das deutsche Volk. Aber auch in der

die Verfassungsvorschläge Canitz' mit ihm zu besprechen. Als Radowitz am 14. in der Staatskanzlei erschien, war von Geschäften nicht mehr die Rede. Metternich drückte ihm zum Abschied die Hand und sagte: „Die Toten reiten schnell, die Lebendigen können nicht mitkommen, weil sie fürchten müssen, den Hals zu brechen." Die Wage der Entscheidung hatte einen Augenblick geschwankt. Am Abend des 13. war dem General Fürsten Windischgrätz ein unbeschränktes Kommando über die vierzehntausend Mann starke Truppenmacht erteilt und der Befehl zur Veröffentlichung des Martialgesetzes und des Belagerungszustandes gegeben worden. Während Windischgrätz aus der Hofburg in seine Wohnung eilte, um die Uniform anzulegen, änderte Kaiser Ferdinand seine Entschließung und genehmigte den Zusammentritt eines Komitees zur Beratung zeitgemäßer Reformen. Den Ausschlag dabei gaben die Vorstellungen seines Oheims, des Erzherzogs Ludwig, und seines Bruders und nächsten Erben, des Erzherzogs Karl Franz, die den Mut verloren hatten.

Radowitz ist fest überzeugt, daß es ein leichtes gewesen wäre, die ungeordneten Volksmassen aus den Toren hinauszutreiben und mit Hilfe der Bastionen, die einen eisernen Ring um die innere Stadt bildeten, die Wiederherstellung der Ordnung zu erzwingen. Erst durch das Nachgeben der Regierung, schreibt er am 14. März dem König, sei der Aufstand in eine Revolution umgeschlagen. Die schlimmste Folge des Ereignisses erblickt er nicht in den Konzessionen an und für sich, denn das dreißigjährige rein negative System in der inneren und äußeren Politik Österreichs habe unendliches Unheil gestiftet. „Aber was hierin notwendig war, mußte man entweder ungezwungen vorher getan haben, oder dann erst vornehmen, wenn der Aufruhr zu Boden geschlagen war."

Welchen Rückschlag der Sturz Alt-Österreichs auf die Vereinbarungen mit Preußen ausüben werde, ließ sich im Augenblick nicht übersehen. „Die Danaiden-Arbeit beginnt aufs neue," schreibt Radowitz am 14. März. „Alles, was zwischen beiden Regierungen unter den uns umgebenden Umständen als möglich und nützlich erkannt wurde, kommt vielleicht wieder in Frage; ich muß erwarten und harren. Doch aber nicht länger, als bis ich einen sicheren Über-

15. die Besorgnisse, die ihn erfüllen, seiner Gemahlin anvertraut: „Mein schmerzvoller Blick lenkt sich jetzt auf Preußen. Es wäre Vermessenheit, zu glauben, daß wir allein von dieser verheerenden Strömung verschont bleiben werden. Im Augenblicke, wo ich diese kummervollen Worte an Dich richte, tobt vielleicht schon derselbe Aufruhr unter den Fenstern des Berliner Schlosses. Ich selbst, meine Geliebte, will, wie ich Dir vor Jahren sagte, auf der Bresche stehen, bis ich falle. Es wird mir dann nicht so wohl werden, wie denen, die den leiblichen Tod auf dem Felde der Ehre finden; ein solches politisches Schlachtfeld flicht dem Gefallenen keinen Ehrenkranz, sondern weiht seinen Namen dem Hasse und der Verwünschung. Aber es soll mich nichts abhalten, bei dem Könige zu stehen mit meinen letzten Kräften."

Als Radowitz am 16. März Kunde von dem ersten Straßenkampf erhielt, der am 13. abends in Berlin stattgefunden hatte, erblickte er in seinem geistigen Auge bereits die volle Gefahr, welche mit der preußischen Monarchie die Person des Königs in den Abgrund zu reißen drohte. „Daß ich in diesem Momente nicht den König mit meinem Leibe decken kann, den ich nicht mit meiner Seele zu retten vermochte, das ist mein schneidendstes Weh!" Konnte er nicht Helfer und Retter in den Kämpfen sein, die auf den König eindrangen, so wollte er ihm wenigstens mit seinem Rat zur Seite stehen. Mit der unbegrenzten Offenheit, zu der die langjährige Freundschaft ihm ein Recht verlieh, schrieb er am 16. März an den König. Zunächst behandelt er die Frage der gewaltsamen Unterdrückung des Aufstandes: „Die Pflicht hierin reicht nicht weiter als die Möglichkeit." Muß der Kampf abgebrochen werden, so empfiehlt er den Rückzug der Truppen nach der Festung Spandau, die Abschließung der Hauptstadt. Weit ausführlicher aber geht er auf die zweite Frage ein, die dann eintritt, wenn die Regierung zu dem Entschluß gelangt, den Forderungen des Volkes nachzugeben. Das letzte Vorurteil, an dem er bisher noch festgehalten hatte, überwindend, rät er zu dem Erlaß einer Verfassung. Er beschwört den König, keinen Augenblick zu zögern: „Nur das ganz Freiwillige rettet dann das Prinzip der Monarchie und trägt vielleicht den Keim einer rechtlichen Entwickelung in sich." Die zunächst zu ergreifenden Maßregeln sind: die Bildung eines liberalen Ministeriums und die

schleunige Berufung des Landtages zur Beratung „einer ausgedehnten Repräsentativverfassung.“*)

Unablässig darauf bedacht, den Faden der Verhandlungen mit Österreich nicht abreißen zu lassen, nahm Radowitz am 16., noch vor der Ernennung des Grafen Ficquelmont zum Nachfolger Metternichs in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die Besprechungen mit dem Grafen Münch und dem Hofrat Werner wieder auf. Die Verabredungen, die an diesem Tage getroffen wurden, bezeichnen den Eintritt einer neuen Wendung in der österreichisch-preußischen Abmachung, die sich aus den veränderten Verhältnissen ergab. In einem Schreiben an Canitz vom 16. März heißt es: „Die unselige Forderung nach einer Volksvertretung am Bunde ist meines Erachtens so unabweislich geworden, daß beide Höfe nicht umhin können, sich darauf vorzubereiten.“ Zu der Anerkennung eines aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksparlamentes vermochte Radowitz sich auch jetzt noch nicht zu entschließen. Im Einverständnis mit Münch und Werner ist er zu dem folgenden Vorschlag gelangt: Der VI. Artikel der Bundesverfassung weist die Festsetzung über Veränderung der Grundgesetze des Bundes an ein Plenum von neunundsechzig Stimmen. Die Stimmen dieses Plenums mögen durch die Ständeversammlungen der Einzelstaaten gewählt und gemeinschaftlich von den Ständen und den Regierungen instruiert werden.

„Meine Hoffnung ist, bis zum 21. etwa diese Übereinkunft zu beendigen und ebenso die weitere über das Verhalten bei einem französischen Kriege. Dann kann ich noch so nach Berlin zurückkehren, daß ich dort die Befehle einholen und am 25. in Dresden sein könnte. Ob nun der Dresdner Kongreß auch jetzt noch möglich und heilsam ist? Ich glaube noch immer: Ja! Die revolutionierten Staaten werden ihre Forderungen dorthin bringen; wir dagegen die unsrigen.“

Indem Radowitz den „gemeinsamen Gang“ Österreichs und Preußens als das letzte Ziel der Wiener Unterhandlungen im Auge behielt, mußte er sich doch überzeugen, daß zwischen seinen Ansichten

*) Um die Darstellung nicht zu unterbrechen, wird der Wortlaut des Schreibens in der Beilage 4 wiedergegeben.

und denen der österreichischen Staatsmänner eine gewisse Differenz entstanden war. Graf Münch und Werner glaubten am 17. März nicht mehr an das Zustandekommen des Kongresses und hielten es daher für zweckmäßiger, die Feststellung der Bundesreform dem Bundestag zu überlassen. Radowitz täuschte sich nicht darüber, daß diesem Vorschlage eine wohlüberlegte politische Berechnung zugrunde lag. Nachdem Österreich durch die Konzessionen vom 13. auf der konstitutionellen Bahn einen Vorsprung vor Preußen gewonnen hatte, bot sich die Möglichkeit dar, diesen Umstand zu benutzen, um Preußen auch in der deutschen Frage zu überflügeln. Um diesem Schachzug zuvorzukommen, entwarf er am 18. eine dritte Punktation und erklärte den österreichischen Bevollmächtigten ziemlich apodiktisch, wenn die Genehmigung nicht sofort erfolge, werde er Wien verlassen und seinem Hofe anheimstellen, „was er in den deutschen Angelegenheiten allein vorkehren wolle".

Dieses Mittel verfing; am 19. März ließen sich Münch und Werner herbei, in die Beratung des Entwurfes einzutreten. Der wesentliche Unterschied desselben im Vergleich zu der Übereinkunft vom 10. März besteht darin, daß die beiden Großmächte sich in ihren Reformvorschlägen nicht mehr auf die Erweiterung der gesetzgeberischen Tätigkeit des Bundes beschränken, sondern die Reorganisation der Verfassung des Bundes in ihr Programm aufnehmen. Zu den siebzehn Stimmen des engeren Rates treten neunundsechzig Abgeordnete, die nach dem Stimmverhältnis des Plenums von den Kammern der Einzelstaaten gewählt werden sollen. Zur Kompetenz der „weiteren Bundesversammlung", die demnach, einschließlich der ständigen Gesandten, sechsundachtzig Mitglieder umfaßt, gehören alle Beschlußfassungen über Änderungen der Bundesgesetze, organische Einrichtungen und gemeinnützige Anordnungen, die Entscheidung über Krieg und Frieden und die Prüfung der Bundesausgaben. Alle übrigen Bundesgeschäfte verbleiben dem engeren Rate. Die ständische Vertretung wird alljährlich in der

sammlung sofort in Angriff genommen; sie erstreckt sich über sämtliche in der Denkschrift vom 20. November vorgeschlagene Gesetzentwürfe, die nach Vorberatungen in Kommissionen, zu denen außer den Abgeordneten sachverständige Vertrauensmänner hinzugezogen werden, von der Bundesversammlung mit einfacher Mehrheit zum Beschluß erhoben werden sollen.

Die Ernennung Ficquelmonts war inzwischen erfolgt. Erst nach „manchen Mühen und gründlicher Erörterung" gelang es Radowitz, den Minister zur Unterzeichnung des Entwurfes zu bewegen.

Die Punktation vom 19. März bildet das Endergebnis der Wiener Vereinbarungen. Bis zum letzten Augenblick hat Radowitz in dem guten Glauben gehandelt, sich mit den Absichten seiner Regierung im Einklang zu befinden. Das einzige Bedenken, das sich in ihm regte, war, daß er in bezug auf die Revision der Bundesverfassung, durch den Vorschlag der Ständevertretung am Bundestage, die Grenzen seiner Instruktion überschritten hatte. Seine Rechtfertigung erblickte er darin, daß nach seiner wohlerwogenen Überzeugung dem Berliner Kabinett alles daran gelegen sein mußte, die solidarische Verbindung mit Österreich festzuhalten.

Als die politische Umwälzung, die sich in Österreich vollzogen hatte, am 16. März in Berlin bekannt wurde, konnte der König und seine Räte nicht im Zweifel darüber sein, daß dieses Ereignis ein weites Feld für das selbständige Vorgehen Preußens eröffnete. Am weitesten ging in den Folgerungen, die er daraus zog, unter den Ministern der Freiherr von Bodelschwingh, der sofort erkannte, „daß angesichts der total veränderten Lage der Dinge ganz anders operiert werden müsse als bisher".*) Denselben Gedanken, wenn auch weniger bestimmt, erfaßte Canitz. Bei Übersendung der Wiener Depeschen, welche die erste Nachricht von der Revolution des 13. März enthielten, schreibt er an den König:

„Glücklicherweise haben Euere Majestät gestern bereits ein großes Wort ausgesprochen.“ Mit gutem Gewissen konnte man sich darauf berufen, daß der Umschwung der preußischen Politik bereits eingetreten war vor der Katastrophe in Wien.

Das Königliche Patent vom 14. März war zwar noch kein feststehendes Programm, aber durch die Verheißung „einer wirklichen Regeneration der Bundesverfassung“ hatte der König sich Preußen und Deutschland gegenüber moralisch gebunden. Um so dringender trat die Aufforderung an ihn heran, seinen Entschlüssen eine bestimmtere Form zu geben. Wäre für die zu treffende Entscheidung lediglich das spezifische Interesse Preußens in Frage gekommen, so würde Friedrich Wilhelm IV. wohl keinen Augenblick geschwankt haben, die Begründung des Bundesstaates unter preußischer Führung ins Auge zu fassen. Es läßt sich vieles dafür sagen, daß die Aussichten für die Hegemonie Preußens in Deutschland niemals günstiger gestanden haben als um die Mitte des Monats März 1848, wenn Friedrich Wilhelm zu dem Wagnis entschlossen gewesen wäre, die Sache seines Staates mit den Bestrebungen der nationalen Bewegung zu identifizieren. Nur darf dabei nicht übersehen werden, daß er in diesem Falle darauf gefaßt sein mußte, den Kampf gegen die widerstrebenden Elemente, die sich bereits zu regen begannen, bis in seine letzten Konsequenzen durchzuführen. Zu einer solchen Politik aber fehlte es dem König nicht nur an der Willenskraft, sondern sie widersprach auch seinen Überzeugungen. Als der General v. Schack, der von ihm nach Süddeutschland entsandt worden war, bei seiner Rückkehr ein drastisches Bild von dem Chaos der dortigen Zustände entwickelte und daran die Bemerkung knüpfte, der Augenblick sei gekommen, wo Preußen sich an die Spitze der Bewegung stellen müsse, gab der König ihm zur Antwort: „Nicht wahr, die Jakobinermütze aufsetzen?“

Damit ist keineswegs gesagt, daß das Berliner Kabinett aus dem Anschluß an die nationale Bewegung, soweit dieselbe auf die Erfüllung berechtigter Wünsche gerichtet war, nicht hätte Vorteil ziehen können. Das Unternehmen der süddeutschen Reformpartei, zu einem Einverständnis mit den Regierungen über die Grundlagen einer Bundesverfassung zu gelangen, noch ehe das Vorparlament auf

der Bühne erschien, ging von einem richtigen Gedanken aus, und es war sicherlich ein Fehler, den Canitz beging, wenn er das Anerbieten, das Max v. Gagern ihm machte,*) ziemlich kühl abfertigte. In den politischen Kreisen, von denen die Anregung zu der Zirkulargesandtschaft ausgegangen war, hatte die Antwort des Ministers vom 12. März den Eindruck hervorgerufen, als ob er „noch im Vollgefühl großstaatlicher Sicherheit geglaubt hätte, den ihm vorlaut geschienenen Schritt so kleiner Höfe von oben herab behandeln zu müssen".**) Allerdings bekämpften die Süddeutschen die Idee des Kongresses, aber dieser Widerspruch wäre leicht zu beseitigen gewesen, wenn Preußen sich bereit erklärt hätte, zu den Ministerialkonferenzen eine Anzahl von Vertrauensmännern hinzuzuziehen, die durch die Tat für ihre nationale Gesinnung Zeugnis abgelegt und sich über die Hoffnungen, die sie auf Preußen setzten, deutlich genug ausgesprochen hatten. Nachdem man das Volksparlament zugegeben, hätte man nicht einen Augenblick zögern dürfen, mit den Leitern der bundesstaatlichen Partei Fühlung zu gewinnen. Wer konnte Preußen hindern, gleichzeitig mit dem Patent vom 14., das die enge Verknüpfung der preußischen und der deutschen Angelegenheiten proklamierte, am Bundestage den Antrag auf Berufung einer Volksvertretung zu stellen, deren Aufgabe es gewesen wäre, in Gemeinschaft mit den Bevollmächtigten der deutschen Staaten und Vertrauensmännern des Volkes die Beratung über die Reorganisation der Landesverfassung unverzüglich zu beginnen? Ob es dann überhaupt zu dem von allen Seiten gefürchteten Vorparlament gekommen wäre, ist sehr die Frage. Preußen lief dabei nicht einmal die Gefahr eines unmittelbaren Bruches mit Österreich, denn, wie wir sahen, gelangte man auch in Wien zu der Erkenntnis, daß die Mitwirkung einer Volksvertretung bei der Umgestaltung des Bundes unentbehrlich sei.

Die Zurückhaltung der norddeutschen Großmacht hat mit dazu beigetragen, daß auch die wohlgemeinten Bemühungen der süddeutschen Nationalliberalen nicht von Erfolg begleitet waren. In München fanden die Vertreter der Zirkulargesandtschaft, Max

*) Vgl. S. 500 f.

**) Worte Heinrichs v. Gagern, a. a. O. S. 708.

v. Gagern für Nassau, der Legationsrat v. Lehrbach für Hessen-Darmstadt und der Obertribunalsrat v. Sternenfels für Württemberg, mit ihren Anträgen kein Gehör. In einer Audienz am 13. März erklärte der König den Gesandten, es gebe jetzt für die deutschen Regierungen nur einen Vereinigungspunkt, und das sei der Bundestag, den man mit der Revision der Verfassung beauftragen müsse; durch jede andere Veranstaltung, sei es ein Kongreß oder ein Sonderbündnis deutscher Fürsten, könne der Zustand der allgemeinen Verwirrung nur gesteigert werden. Was den König zu dieser Äußerung bewog, war in erster Linie die Abneigung gegen den Gedanken des Bundesstaates. Gagern hatte nicht nur auf die Ernennung des Königs von Preußen zum Bundesoberhaupte hingewiesen, sondern er war so weit gegangen, von einem deutschen Kaisertum zu sprechen.*) Die Perspektive hatte die Folge, daß in dem König das bayerische Stammesgefühl die Oberhand gewann: er wollte sich weder der österreichisch-preußischen Vereinbarung, noch der preußischen Hegemonie unterwerfen, sondern er appellierte an den Bundestag, von dem er hoffte, daß er, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, soweit es möglich war, an der Bundesverfassung festhalten werde. Außerdem zeigte sich, daß der badische Abgesandte, Ministerresident v. Porbeck, der ebenfalls in München erschienen war, Vorschläge zu machen hatte, die sich von dem Programm seiner Kollegen wesentlich unterschieden und genau auf das hinausliefen, was Bayern anstrebte, nämlich auf die Überweisung der Verfassungsrevision an den Bundestag, unter Hinzuziehung von Vertrauensmännern aus dem Volke. Als Gagern mit seinen Genossen am 17. März München verließ, um sich nach Dresden zu begeben, nahm Ludwig I. Veranlassung, ebenfalls einen Vertreter dorthin zu senden, den Legationsrat Baron v. Berger, der im Verein mit dem badischen Abgesandten die Übertragung des Mandates an den Bundestag bei der sächsischen Regierung befürworten sollte. In diesen Vorgängen liegen bereits die Keime einer föderalistischen Parteiung, die sich den Tendenzen der Einheitsbewegung entgegenstellte.

In dem Königreich Sachsen hatte der politische Kampf am 1. März 1848 damit begonnen, daß die Leipziger Stadtvertretung,

*) Münchener Depesche vom 14. März im Königlich Sächsischen Hauptstaatsarchiv.

die von den liberalen Mittelklassen beherrscht wurde, eine Adresse an den König erließ, in der sie die Reorganisation der Bundesverfassung, Preßfreiheit und Vertretung des Volkes beim Bunde beantragte. Das sächsische Gouvernement war einsichtig genug, der Bewegung durch freiwillige Zugeständnisse zuvorzukommen: der Landtag wurde zum 20. März einberufen und am 16. März ein neues Ministerium aus Männern der liberalen Partei gebildet.

Am Dresdner Hofe hatte man schon Vorbereitungen für die Aufnahme des Kongresses im Schlosse getroffen, aber unter den gegenwärtigen Umständen konnten aus der gleichzeitigen Tagung der deutschen Diplomaten und des sächsischen Landtages die schlimmsten Folgen entstehen, da allmählich auch die Hauptstadt von der politischen Aufregung ergriffen worden war. Der König ersuchte daher in einem eigenhändigen Briefe vom 16. März seinen preußischen Schwager um Verlegung der Konferenzen nach einem andern Orte: er schlug Teplitz, Berlin oder Potsdam vor. Sein Schreiben, das am 17. in Berlin eintraf, kreuzte sich mit einem ebenfalls eigenhändigen Briefe Friedrich Wilhelms vom 16. März, in welchem es hieß: „Hier ist es alle Abende unruhig und sieht gewöhnlich gegen 8 Uhr bedrohlich aus, denn viele 1000 von Gesichtern, als seien sie dem Höllenpfuhl entstiegen, schaaren sich schimpfend und steinewerfend in enormen Massen zusammen. Dann rückt eine Schwadron über den Platz, oder es fällt ein Schuß und alles stiebt in die vier Winde und kommt nicht wieder. Es ist eigentlich geradezu unerklärlich. Der Bürgersinn zeigt sich vortrefflich, und Hunderte der Ersten von ihnen erscheinen mit weißen Binden und Stäben, um Ordnung zu machen und das Eigenthum zu schützen, worauf es gerichtet zu sein scheint. Die Wiener Ereignisse bewegen mich, dem Kaiserlichen Cabinet vorzuschlagen, den Bundestag sammt der Conferenz nicht mehr nach Dresden, sondern nach Potsdam zu berufen."

Aus den letzten Worten dieses Schreibens geht hervor, daß die Berufung des Kongresses nach Potsdam eine beschlossene Sache war, bevor die Wünsche Sachsens in Berlin zur Kenntnis gelangten, und ebenso bestimmt ist daraus zu entnehmen, daß die bis zum 16. aus Wien eingetroffenen Nachrichten die unmittelbare Veranlassung zu

Blick auf die weiteren Maßregeln wirft, die an demselben Tage beschlossen wurden.

Canitz hat am 16. zwei Zirkulardepeschen an die preußischen Gesandtschaften bei den deutschen Regierungen gerichtet, — die eine vor, die andere nach dem Empfang der Berichte über die Revolution in Wien. Der erste Erlaß enthält die Ankündigung des Kongresses in Dresden zum 25. März und nimmt Bezug auf die Übereinkunft mit Österreich, die den Verhandlungen zugrunde gelegt werden sollen. Um die Vorurteile zu entkräften, denen die Idee des Kongresses begegnet war, sagte der Minister: „Mögen alle Fragen, welche die Gemüter im Interesse Deutschlands jetzt so mächtig bewegen, dort zur freien aber auch gründlichen, reiflichen und ruhigen Beratung gebracht werden! Keine derselben sei ausgeschlossen, namentlich nicht die wichtige Frage wegen Vertretung der deutschen Nation am Bundestage durch ein sogenanntes deutsches Parlament."

Die zweite Note lautet: „Vorstehendes Schreiben war bereits vollzogen, als die Nachricht von den Ereignissen hier einging, die am 13. in Wien stattgefunden haben. Wir betrachten diesen Umschwung der Verhältnisse in Österreich zunächst und hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt seiner Folgen für Deutschland. Es liegt darin eine neue Aufforderung für den König, unsern allergnädigsten Herrn, sich des gemeinsamen Wohls Deutschlands mit allen materiellen und moralischen Kräften anzunehmen, so wie für alle deutsche Regierungen, sich zu demselben Zweck die Hände zu bieten. Es wird ohne Zweifel zweckmäßig sein, diese hochwichtigen Verhandlungen auf einen Punkt zu konzentrieren." Daran schließt sich die Einladung an die Regierungen, ihre Bevollmächtigten nicht nach Dresden, sondern nach Potsdam zu entsenden.

Die Berufung der Versammlung nach einer der preußischen Residenzstädte muß schon an und für sich als ein bedeutsamer Schritt betrachtet werden, denn das Berliner Kabinett übernahm damit die Führung des Kongresses. Es ist sogar die Behauptung aufgestellt worden, die Verlegung der Konferenzen in die preußische Machtsphäre sei der Absicht entsprungen, Österreich beiseite zu schieben.*) Ohne Zweifel war der Gedanke, daß eine einheitliche

*) Vgl. Rachfahl a. a. O., S. 111. Wir kommen auf diesen Punkt bei der Besprechung der Schrift „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.", S. 541 ff., zurück.

Gestaltung der Verfassung Deutschlands unter Teilnahme Österreichs eine Unmöglichkeit sei, vielen preußischen Politikern bereits sehr geläufig. Dagegen wird sich kaum behaupten lassen, daß Friedrich Wilhelm IV. in dem damaligen Augenblick ernstlich daran gedacht habe, sich von dem Kaiserstaat zu trennen. In einem Erlaß an Radowitz vom 16. März hebt Canitz die innige Verbindung der Interessen Österreichs und Preußens ausdrücklich hervor. „Es ist von großer Bedeutung," fährt er fort, „wer Österreich bei den Verhandlungen repräsentieren wird?" Da Graf Colloredo durch die Bundesgeschäfte verhindert sein könnte, so wird Radowitz ermächtigt, die Entsendung des Erzherzogs Johann nach Potsdam in Anregung zu bringen. Daß in Wien wirklich die Rede davon war, die Vertretung Österreichs in die Hände dieses populärsten Mitgliedes der Habsburgischen Dynastie zu legen,*) mag Canitz nicht gewußt haben, in jedem Falle aber mußte die Anwesenheit eines österreichischen Fürsten eigensüchtigen Bestrebungen Preußens hinderlich sein, wenn solche überhaupt im Spiele gewesen wären.

Dies hinderte jedoch nicht, daß Preußen alle Anstalten traf, um sich eine imponierende Stellung an der Spitze des Kongresses zu sichern. Dazu bedurfte es eines Reformprogramms, das geeignet war, dem preußischen Staate das Vertrauen des deutschen Volkes zuzuwenden. Niemand hat das richtiger erkannt als Bodelschwingh. Prüft man den Inhalt der am 17. März von ihm verfaßten Proklamation, so wird man behaupten dürfen, daß sie in ihren Verheißungen weiter ging als irgend einer der zahllosen Reformpläne, die in den Märztagen des Jahres 1848, wie die Saat des Frühlings, dem politischen Boden Deutschlands entsprossen. Während die bisherigen öffentlichen Äußerungen Friedrich Wilhelms IV. an dem Fehler litten, die Bereitwilligkeit zur Befriedigung der nationalen Wünsche und Bedürfnisse nur in allgemeinen Redewendungen durchblicken zu lassen, kam man jetzt endlich dahin, die praktischen Ziele der Bundesreform mit aller Bestimmtheit aufzustellen. Die Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat, eine Volksrepräsentation auf konstitutioneller Grundlage, eine

*) In Süddeutschland war das Gerücht hiervon am 18. März bereits verbreitet; vgl. H. v. Gagern a. a. O., S. 652.

allgemeine deutsche Wehrverfassung nach dem Muster der preußischen, einheitliche Führung des Bundesheeres, eine deutsche Bundesflagge und in nicht zu langer Frist eine deutsche Flotte; ein Bundesgericht zur Schlichtung der Streitigkeiten unter den Regierungen und zwischen den Fürsten und Ständen, allgemeines deutsches Heimatsrecht, volle Freizügigkeit in dem gemeinsamen deutschen Vaterland, ein allgemeiner deutscher Zollverein, gleiches Maß und Gewicht, gleiche Münze, Preßfreiheit und Erweiterung des Bundesgebietes durch Einverleibung derjenigen Landesteile des preußischen Staates, die dem nationalen Verbande bisher nicht angehörten: dies sind die Propositionen, welche Preußen seinen deutschen Bundesgenossen zur Beschlußfassung unterbreiten will.

Was die Gesetzgebung des Bundes anbetrifft, so entspricht das Patent vom 18. März durchaus dem Inhalt der Radowitzschen Denkschrift; die militärischen Vorschläge finden ihre Analogien in dem, was der König schon bei dem Verteidigungsplan von 1840 im Sinne gehabt hatte: der politischen Leitung des Bundes durch Österreich die preußische Führung der deutschen Wehrkraft zur Seite zu setzen. Dagegen stellt die Proklamation in bezug auf die einheitlichere Gestaltung der Bundesverfassung neue Zielpunkte auf, die über die Grundlagen der Wiener Vereinbarung weit hinausgehen.

Die preußischen Angelegenheiten werden in der Proklamation nur an einer einzigen Stelle erwähnt, die sich auf die Einberufung des Vereinigten Landtages zum 2. statt zum 27. April bezieht. Schon daraus ergibt sich, daß der entscheidende Impuls zu dem Aufruf nicht auf die preußischen, sondern auf die deutschen Verhältnisse zurückzuführen ist. Das Schreiben Friedrich Wilhelms an den König von Sachsen vom 16. März verrät nichts weniger als eine ängstliche Besorgnis vor den Berliner Tumulten; und auch Bodelschwingh hielt die Lage der Dinge am 17. März nicht für gefährlich. Wurde sie gefährlich, so blieb nach seiner Ansicht nichts anderes übrig, als die Empörung mit „Kartätschen" niederzuwerfen. Wohl konnte eine freimütige Aussprache des Königs für die Beschwichtigung der aufgeregten Stimmung in Berlin ersprießliche Dienste leisten: deshalb legte Bodelschwingh gleichzeitig mit der Proklamation einen Erlaß über Gewährung der Preßfreihet vor; die

Hauptsache aber war ihm die Veröffentlichung des Programms für die Neugestaltung Deutschlands.

Die Proklamation wurde, nachdem sie von dem König und dem Prinzen von Preußen am 18. morgens unterzeichnet, sofort gedruckt und war um die Mittagstunde bereits an vielen Stellen der Stadt verbreitet, namentlich auch in der Umgebung des Schlosses, wo große Volksmassen zusammengeströmt waren. Das Manifest wurde mit stürmischen Jubelrufen aufgenommen. Sehr bald aber änderte sich die Haltung des Volkes. Seit dem ersten Zusammenstoß zwischen den aufgeregten Volksmassen und der bewaffneten Macht am 13. März herrschte in den weitesten Kreisen der Berliner Bürgerschaft eine leidenschaftliche Erbitterung gegen das Militär. Als daher zur Verstärkung der Besatzung des Schlosses weitere Truppenteile heranrückten und durch einen verhängnisvollen Zufall aus den Reihen der bewaffneten Macht zwei Gewehre sich entluden, war die Wut der Volksmenge, die an Verrat glaubte, nicht mehr zu zügeln: die Schicksalstragödie des 18. März brach herein.

Am Abend des 18. März, als der Kampf in den Straßen Berlins auf seinem Höhepunkte stand, wurde dem König das Schreiben überbracht, das Radowitz am 16. an ihn gerichtet hatte. Wie wir wissen, hat Radowitz bei den Ratschlägen, die er erteilte, den Fall des Rückzuges der Truppen sehr bestimmt ins Auge gefaßt. Daß die eindringlichen Worte seines Freundes nicht ohne Wirkung auf den König blieben, ist ausdrücklich verbürgt. Friedrich Wilhelm teilte den Inhalt des Briefes den Generalen Alvensleben und Thile I mit, die sich jedoch für die Fortsetzung des Kampfes aussprachen.*) In den nächsten Stunden traten dann aber andere Momente ein, unter deren Eindruck der Gedanke des Rückzuges der Truppen in dem Geiste des Königs allmählich eine festere Gestalt annahm. Zunächst das Erscheinen des Landrats Georg v. Vincke, der, von Bodelschwingh nach Berlin berufen, sogleich nach seiner Ankunft in das Schloß geeilt war und mit parlamentarischer Beredsamkeit den König beschwor, dem Kampf ein Ende zu machen. Auch nach der Unterredung mit Vincke schwankte der König noch in seinen Entschlüssen. Gegen

*) Vgl. H. v. Petersdorff, König Friedrich Wilhelm IV., Stuttgart 1900, S. 79. Der Verfasser stützt sich hier auf ungedruckte Aufzeichnungen Leopold v. Gerlachs.

Mitternacht, als der Kriegslärm nachzulassen begann, wurde der Oberbefehlshaber der Truppen, Karl Ernst v. Prittwitz, zur Berichterstattung über die militärische Lage auf das Schloß beschieden. Da die Truppen überall den Sieg erfochten hatten, zweifelte Prittwitz nicht, die eingenommenen Positionen mit den verfügbaren Streitkräften noch zwei Tage hindurch behaupten zu können. Weit weniger vertrauensvoll äußerte er sich über die Erfolge einer fortgesetzten Offensive. Seine Meinung ging zuletzt doch dahin, der König möge mit den Truppen die Stadt verlassen. Zugleich sollte eine militärische Umschließung und Zernierung Berlins eingeleitet werden, so daß man imstande gewesen wäre, den Angriff wieder aufzunehmen, wenn die Revolte sich erneuerte.*) In diesem Punkte berührten sich die Gedanken des kommandierenden Generals mit den Maßregeln, die Radowitz dem König empfohlen hatte.

Später, nachdem er genaue Kenntnis von den Vorgängen des 18. und 19. März erlangt hatte, hat Radowitz in einer Denkschrift die Frage behandelt: Was der König hätte tun sollen? Nach seiner Ansicht wäre es militärisch vielleicht das Richtigste gewesen, wenn man sich überhaupt nicht auf einen eigentlichen Straßenkampf eingelassen, sondern darauf beschränkt hätte, einen „deutlich markierten Kreis um das Schloß zu behaupten". Die Verteidigungslinie, die unter allen Umständen festgehalten werden mußte, umfaßte im Norden den Lustgarten bis zur Friedrichsbrücke; im Westen die Schloßfreiheit, die Schloßbrücke und den Platz am Zeughause bis zu den Linden; im Süden den Schloßplatz mit den Eingängen zur Brüderstraße und Breiten Straße; im Osten die Kurfürstenbrücke, den Eingang zur Königstraße und die dem Schlosse gegenüberliegende Front der Burgstraße. Wie die Dinge am Morgen des 19. standen, würde Radowitz dem König geraten haben, die Truppen überall auf die Grenzpunkte des Verteidigungsrayons zurückzuziehen und in dieser Stellung abzuwarten, ob unter Ver-

*) Vgl. die ausführliche Darstellung der Ereignisse in der Nacht vom 18. zum 19.

mittelung der zahlreichen Deputationen, die seit Tagesanbruch im Schlosse erschienen, eine Übereinkunft mit der zum Frieden geneigten Bürgerpartei zustande kommen würde.

Gelang dies nicht und mußte man das fernere Aushalten als unmöglich erkennen, so hätte der König mit den Truppen die Stadt verlassen sollen. Der Sitz der Regierung wäre nach Potsdam, das militärische Hauptquartier nach Spandau verlegt worden. Gleichzeitig hätte die förmliche Blockade der Stadt in schärfster Form, selbst bis zur Aushungerung, bewerkstelligt werden müssen. Hatte die Regierung auf diese Weise wieder eine feste Position gewonnen, so wäre dies der richtige Augenblick gewesen, um in einem Aufruf die freiwilligen Zugeständnisse vom 18. März — namentlich die Gewährung einer „Repräsentativ-Charte auf breitester Grundlage" — zu wiederholen, zugleich aber die Erklärung hinzuzufügen, daß der König entschlossen sei, den Aufruhr bis aufs äußerste zu bekämpfen.

In seiner Kritik der Entscheidung, die der König traf, geht Radowitz davon aus, daß Friedrich Wilhelm, nachdem er am 18. standhaft geblieben war, in der Nacht zum 19. den Mut verloren habe. So unbedingt wird man diese Behauptung nicht gelten lassen können. Nachdem Prittwitz ihn verlassen hatte, entwarf der König eigenhändig die in ihren Folgen so verhängnisvolle Proklamation: „An meine lieben Berliner."*) Friedrich Wilhelm hat später gesagt, daß der Entschluß dazu einzig und allein von ihm selbst ausgegangen sei.**) Es ist nicht der leiseste Grund vorhanden, an der Richtigkeit dieser Aussage zu zweifeln, denn der Inhalt des Erlasses entspricht auf das vollkommenste der Sinnesart des Monarchen. In tiefer Erregung des Gemütes wendet er sich mit Worten landesväterlicher Milde an den wohlgesinnten Teil der Bevölkerung Berlins und verspricht die Zurückziehung der Truppen unter der Bedingung, daß die Barrikaden niedergerissen würden. Als einleitender Akt der Versöhnung läßt sich der Entschluß des Königs rechtfertigen. Die Truppen hatten durch Tapferkeit und Zuverlässigkeit ihre Aufgabe

die folgenden Ereignisse nichts zu ändern vermocht. Eine andere Frage aber ist es, ob bei dem Erscheinen der Ansprache in den frühen Morgenstunden des 19. März der Zeitpunkt für eine Friedensstiftung bereits eingetreten war. Noch fehlte es an jedem überzeugenden Beweise dafür, daß die Masse der Bürgerschaft über Nacht zur Besinnung gekommen sei: mit dem Abbau der Barrikaden war noch nirgends begonnen worden. Aus der Nachgiebigkeit des Königs konnten leicht gefährliche Schlüsse gezogen werden, welche auf die Schwäche der obersten Staatsgewalt hindeuteten.

Auch war es nicht unbedenklich, daß in dem Erlaß des Königs die Bürgerschaft geradezu aufgefordert wurde, „Männer des echten Berliner Geistes" in das Schloß zu entsenden. Die Initiative dazu hätte man den berufenen Vertretern der Stadt, dem Magistrat und den Stadtverordneten, überlassen müssen. Die Folge davon war, daß seit dem frühen Morgen nicht nur in der Vorhalle der Königlichen Residenz, sondern auch in den anstoßenden Gemächern eine große Anzahl von Personen der verschiedensten Stände zusammenströmte, die gewiß von dem redlichsten Willen beseelt waren, den Frieden herzustellen, unter denen sich aber auch viele Unberufene befanden.*) Die lebhaften Diskussionen, die hier zwischen dem Militär und den Zivilisten geführt wurden, indem die einen für die Fortsetzung des Kampfes, die andern für den bedingungslosen Rückzug der Truppen sprachen, mußten es dem König unendlich erschweren, seine volle Geisteskraft für eine ruhige Erwägung zusammenzufassen. Psychologisch ist es sehr erklärlich, daß er in der Beklommenheit seines Herzens geneigt war, den Vertretern der Bürgerschaft Gehör zu schenken, die ihm versicherten, die Niederlegung der Barrikaden werde sofort erfolgen, sobald der Rückzug der Truppen begonnen hätte. So ist es denn gekommen, daß der König in der zwölften Stunde des Vormittags den Befehl zum Abmarsch der Truppen erteilte, ohne die in der Proklamation gestellte Bedingung geradezu zu widerrufen, aber auch ohne ausdrücklich an ihr festzuhalten.

Trotz der schweren Niederlage, welche die Regierungsgewalt

Änderung ein. Heinrich v. Arnim, dem die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in dem am 19. März eingesetzten Ministerium unter dem Grafen Arnim-Boytzenburg übertragen war, wußte den König zu überzeugen, daß ein energisches Vorgehen in der deutschen Frage das beste Mittel sei, um die revolutionäre Bewegung auf ein anderes Gebiet abzuleiten. Der „rote Arnim", wie man ihn, nicht wegen seiner politischen Gesinnung, sondern wegen der Farbe seiner Haare nannte, war in seinen jüngeren Jahren ein Parteigenosse der Gerlach und Voß gewesen, hatte sich dann aber, Romantik und Orthodoxie beiseite werfend, der liberalen Strömung angeschlossen. Konsequent in seinen Ideen, aber unüberlegt in seinen Handlungen, glaubte er die Position im Sturme nehmen zu können: die Proklamation vom 21. März, die den Gedanken der preußischen Hegemonie in seiner abstraktesten Form aufstellte, ist, was den Inhalt betrifft, sein eigenstes Werk. Das große Wort: „Preußen geht fortan in Deutschland auf", hätte nur dann einen Sinn gehabt, wenn Preußen in der Lage gewesen wäre, mit unerschütterter Macht die Leitung der Geschicke Deutschlands in die Hand zu nehmen.

Das theatralische Schauspiel des 21. März vormittags, der Umritt Friedrich Wilhelms durch die Straßen Berlins, umgeben von den dreifarbigen Bannern der deutschen Einheit, zusammengehalten mit der Anrede an die Studenten, in der er sich feierlichst gegen jede Usurpation an den Rechten der deutschen Fürsten verwahrte, zeigte den Widerspruch, der seine Seele erfüllte. Als Augenzeuge des Vorgangs berichtet der sächsische Gesandte: „Der König sah blaß, ernst und wehmütig aus."

Erst am 23. März erhielt Radowitz genauere Kunde von der Revolution in Berlin. „Die heutige Post," schreibt er seiner Gemahlin, „hat Hinreichendes gebracht, um die Lage unseres Landes übersehen zu können. Der König hat einen politischen Weg betreten, der seinen bisherigen Überzeugungen durchaus entgegen war, und er hat sich mit den Männern umgeben, die dieser Gesinnung angehören. Gott gebe, daß dieses ungeheure Opfer ihn selbst und die Monarchie vor größerem Unglück rette!"

In seinen persönlichen Verhältnissen wurde Radowitz am empfindlichsten durch die Ernennung Heinrich v. Arnims zum Minister

des Äußern betroffen. Nach den Vorfällen im Dezember 1847*) mußte er Arnim als seinen persönlichen Gegner betrachten. Vom ersten Augenblick stand der Entschluß in ihm fest, um seinen Abschied einzukommen. Am 24. März folgten weitere Aufklärungen über den Umschwung der Dinge in Berlin. „Das Patent vom 21. März, worin der König erklärt, daß er sich an die Spitze Deutschlands setze, ist der erste Akt der Arnimschen Regierung. Ich erkenne ihn hierin ganz wieder; seinen Haß gegen Österreich und seine zu allen Extremen fähige Gemütsart. Es ist hierdurch eine Brandfackel in Deutschland hineingeworfen worden, deren Folge nicht zu berechnen ist, und die den Urheber mitverzehren wird. Zugleich gibt mir dieser Hergang den Maßstab für den gegenwärtigen Zustand des Königs, mit dessen innerster Überzeugung und bisherigem Leben dieses rasende Unternehmen im vollkommensten Widerspruch steht."

In Wien gab man sich Mühe, Radowitz noch einige Tage festzuhalten, „bis das Berliner Chaos eine deutlichere Gestalt annehme"; aber mit unwiderstehlicher Gewalt trieb es ihn von dannen, „an den Ort der physischen und moralischen Gefahr". „Ich weiß, daß ich schlechterdings nicht zu helfen vermag, aber ich will es wenigstens nicht leichter und bequemer haben als andre." Am 24. März reiste er von Wien ab; am 26. abends kam er in Berlin an „in ein gänzlich leeres und dunkles Haus; keine lebende Seele empfing den schmerzvollen Ankömmling". „Ich habe mich sofort überzeugt, daß ich nicht allein den König nicht sehen dürfe, ohne ihm entschiedene Gefahr zu bereiten, sondern selbst mein bloßes Hiersein den Anlaß zu weiterer Aufregung werden könnte."

Von den nächsten Freunden sprach er nur Canitz, den er in einem Zustand der Verzweiflung, „am Rande des Selbstmordes" fand: „ich bin vielleicht berufen gewesen, ihn von dem Schlimmsten zurückzuhalten". Obgleich es ihm schwer genug ankam, entledigte er sich doch der Pflicht einer persönlichen Meldung bei Arnim. Es fand eine Aussprache statt, bei der Radowitz mit seinen Ansichten nicht

Die süddeutschen Abgeordneten hatten inzwischen ihre Rundreise fortgesetzt. In Sachsen stand seit der Ernennung des Märzministeriums an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten Ludwig Karl Heinrich v. d. Pfordten, bisher Professor der Rechte in Leipzig. Neuling in der hohen Politik, strebte er danach, durch selbständiges Vorgehen Sachsens sich die ersten Sporen auf diplomatischem Gebiete zu verdienen. Bevor noch die Nachricht von der Revolution des 18. März in Dresden eingetroffen war, beschäftigte ihn der Gedanke, daß die Konferenz der deutschen Minister und Vertrauensmänner doch noch nach Dresden berufen werden müsse.*) In der Hoffnung, das gefürchtete Vorparlament auf diese Weise zu „neutralisieren", unterstützte Friedrich August die Ansicht seines Ministers; er schrieb an Friedrich Wilhelm IV., es gebe im Augenblick in Deutschland keinen Ort, wo ein Tumult der Bevölkerung weniger zu befürchten sei, als die sächsische Hauptstadt.

Die Kunde von den Berliner Ereignissen brachte das Pfordtensche Projekt zu Falle. Max v. Gagern und seine Genossen eilten nach Berlin. Der König, der sie am 23. März empfing, machte den Eindruck, „daß er nicht mehr zu der Proklamation vom 21. stehe".**) Am 23. März abends hatte Arnim mit den Abgeordneten eine Beratung über die Grundzüge der Bundesreform. Der Plan, den er vorlegte, sprach von der einheitlichen Leitung der Bundesregierung durch ein Oberhaupt, dem ein Parlament zur Seite stehen sollte, zusammengesetzt aus einem von den Regierungen zu ernennenden Oberhause und einem von den Kammern der Einzelstaaten zu erwählenden Volkshause. Zu den Kompetenzen der Bundesregierung sollte das Heerwesen, die Vertretung des Bundes dem Auslande gegenüber und die allgemeine Gesetzgebung gehören. Für die Ausarbeitung des Verfassungsentwurfes wurde die Mitwirkung der Vertrauensmänner vorbehalten. Die Abgesandten von Württemberg, Rheinhessen und Nassau erklärten sich zwar im allgemeinen mit den preußischen Vorschlägen einverstanden, aber sie vermieden es, bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen, sondern beriefen sich darauf, daß sie ihre Beschlüsse von dem Votum der

siebzehn Vertrauensmänner abhängig machen müßten. Der badische Vertreter und der zu den Verhandlungen hinzugezogene sächsische Gesandte nahmen die Propositionen nur zur Kenntnis, da sie keine Vollmacht hatten; der Bayer, Baron v. Berger, war noch nicht in Berlin eingetroffen.

Das bestimmende Motiv für die allseitige Zurückhaltung lag in der Proklamation vom 21. März. Nichts hat in dieser Beziehung nachteiliger gewirkt als die unglückliche Wendung, in welcher Friedrich Wilhelm eine Verschmelzung der Nationalvertretung mit dem Vereinigten Landtag verkündigte: „Ich beabsichtige, in einer unverzüglich näher zu erwägenden Form den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtages zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammenzutreten." Einigermaßen erklärlich ist dieser sonderbare Schachzug nur dadurch, daß Friedrich Wilhelm noch an der Versammlung des Kongresses in Potsdam festhielt. Dem König von Sachsen schrieb er am 23. März: „Die Dinge beruhigen sich hier Gott sei Lob und Dank, wunderbar. Ich hoffe am 25. oder einige Tage später nach Potsdam zu kommen. Ist Dir's möglich, so leiste der teutschen Sache, Dir und mir doch ja den Dienst, auch dort eine Erscheinung zu machen." Erst als am 25. aus Dresden eine ablehnende Antwort eintraf, wurde die Idee der Konferenz in Potsdam endgültig aufgegeben.

In seiner Erwiderung vom 24. äußert der sächsische Monarch schwere Bedenken gegen das Manifest vom 21. Indem er sich zu der Ansicht bekennt, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus wünschenswert sei, ein Oberhaupt an die Spitze Deutschlands zu stellen, fährt er fort: „Und zwar bist Du allein dazu berufen, insofern Du wieder fest stehst. Aber die Form, in der Du es zu tun beabsichtigst, namentlich Vereinigung der deutschen konstituierenden Nationalversammlung mit dem preußischen Landtag, hat nicht bei mir, der ich Dich kenne, aber in den verschiedensten Kreisen Mißtrauen und Mißvergnügen erregt." Friedrich August machte kein

„Deinem Briefe,“ schreibt er am 26., „lasse ich volle Gerechtigkeit widerfahren. Kein Vernünftiger kann ein Wort dagegen sagen. Herzlichen Dank für Deine Freundes-Offenheit. Geht es mit Sicherheit, so mein' ich, müßten wir Fürsten alle uns in Frankfurt nach Abrede des Tages einfinden. Wann? Ja, das kann ich nicht sagen. Weißt du Näheres und Bestimmenderes, so bitt' ich um Vorschläge.“

Der Gedanke, der hier in dem beweglichen Geiste des Königs aufflackerte, ist im höchsten Grade der Beachtung wert. Ein Fürstenkongreß vor der Versammlung des Parlamentes wäre vielleicht das einzige noch mögliche und zugleich wirksamste Auskunftsmittel gewesen, um ein einheitliches Zusammengehen der Regierungen mit der künftigen Nationalversammlung in die richtige Bahn zu lenken. Aber wer hätte dem König raten dürfen, gerade in diesem Augenblick an der Wahlstätte der deutschen Kaiser sich dem Volke zu zeigen? Noch weit schärfer als im Norden regte sich in Süddeutschland der Rückschlag gegen die Bestrebungen der preußischen Vorstandschaft.

Das Patent vom 18. März mit seinem umfassenden Reformprogramm hatte bei den Liberalen Süddeutschlands den lebhaftesten Anklang gefunden, und noch später ist man oft darauf zurückgekommen, daß diese energische Lebensregung Preußens den gordischen Knoten der deutschen Einigung mit einem Schlage durchrissen haben würde. Aber die Nachrichten von der Erniedrigung Preußens am 19. März und den folgenden Begebenheiten bereiteten dem Freudenrausch ein schnelles Ende. Es gab unter den national gesinnten Männern Süddeutschlands nur sehr wenige, die wie Heinrich v. Gagern trotz allem, was geschehen war, sich mit ihren Hoffnungen noch an Preußen klammerten, und auch er ergoß seinen Zorn über die preußische Politik, die das deutsche Parlament zu einem „Anhängsel“ des Vereinigten Landtags machen wolle.*) An verschiedenen Orten kam es zu Demonstrationen, die sich unmittelbar gegen die Person des Königs richteten: in München und Stuttgart wurden Karrikaturen Friedrich Wilhelms auf öffentlichen Plätzen verbrannt. Mit dem Widerstand der Regierungen vereinte sich der Eigenwille des deutschen Stammesgefühls gegen die preußische Hegemonie.

*) Heinrich v. Gagern a. a. O., S. 714.

Gefährlicher als dies alles war für das Verhältnis der deutschen Staaten zu Preußen die Haltung, die Österreich einnahm. In einer Zirkulardepesche vom 24. März erklärte das Wiener Kabinett kurz und bündig, an den alten Grundlagen der Bundesverfassung festhalten zu wollen. Der Präsidialgesandte in Frankfurt, Graf Colloredo, der sonst eine nichts weniger als politisch hervortretende Persönlichkeit war, benutzte die Stimmung gegen Preußen sehr geschickt, um die Bundesgesandten der kleinen Staaten auf die Hilfe seiner Regierung zu vertrösten: der Kaiser, sagte er, werde die preußische Proklamation einfach ignorieren, und wenn die österreichische Monarchie auch zunächst mit ihrer inneren Konsolidierung beschäftigt sei, so werde doch die Zeit kommen, wo sie sich wieder mit voller Kraft ihrer deutschen Aufgabe zuwenden könne.

Teils um die Kongreßidee aus der Welt zu schaffen, teils um zu verhindern, daß die ganze Verfassungsangelegenheit der Initiative des Vorparlamentes anheimfalle, hatte Bayern am 23. März den bisher vertagten Bundesbeschluß vom 11. März wieder aufgenommen und die unverzügliche Berufung der Vertrauensmänner beantragt. Indem der Bundestag diesem Antrag, dem sich am 25. März auch Österreich und Preußen anschlossen, Folge gab und einen Revisionsausschuß von sieben Mitgliedern zur gemeinsamen Beratung mit den Vertrauensmännern niedersetzte, war gegen Ende März für die Regierungen noch immer einige Aussicht vorhanden, sich eine entscheidende Stimme bei der Vereinbarung des künftigen Reichsgrundgesetzes zu wahren.

Obgleich sein Aufenthalt in Berlin nur vierundzwanzig Stunden dauerte, war Radowitz nach allen Seiten hin über die gegenwärtige Lage der Dinge unterrichtet. Namentlich entging es ihm nicht, daß Arnim von den Illusionen, die dem nationalen Aufruf vom 21. März zugrunde lagen, sehr rasch zurückgekommen war. Preußen hatte einstweilen die Segel vor dem Sturm eingezogen und war in eine abwartende Stellung zurückgewichen. Am 27. abends verließ Radowitz Berlin, um sich nach Giewitz, dem mecklenburgischen Landgute seiner

so wenigen Tagen nicht wohl zu Mute in der Umgebung seiner neuen Minister; er sehnte sich nach dem Verkehr mit dem gleichgesinnten Freunde. In der Überzeugung, daß seine Rückkehr nach Berlin dem König Schaden bringen könne, lehnte Radowitz die Zusammenkunft ab; aber noch am 28., in dem Gasthause zu Strelitz, schrieb er an Friedrich Wilhelm und fügte dem Briefe eine Denkschrift bei, in der er seine Ansichten vortrug.*)

In den Vordergrund stellte er das unverbrüchliche Festhalten an den Zusagen des Patentes vom 18. März: einer freien Konstitution und der Regeneration Deutschlands. Nicht durch die Zusagen an und für sich, sondern infolge des unbezwungenen Aufstandes hat die Königliche Macht ihre Autorität momentan verloren. Vorläufig kommt es für die Regierung darauf an, einen festen Standpunkt in den inneren Verhältnissen zu gewinnen; dazu bedarf es eines Programms, das sich über den Kampf der Parteien stellt. Insofern es sich nur um die Errichtung des Repräsentativstaates handelt, kann die Regierung ihre Stütze in der liberalen Partei suchen, aber sie darf in den Interessen dieser nicht aufgehen und ebensowenig sich mit der konservativ-monarchischen Partei identifizieren, selbst nicht in dem Kampfe gegen die dritte, die radikal-sozialistische Partei, sondern sie muß danach trachten, zu einer selbständigen Aktion zu gelangen.

Für die monarchische Führung bleibt noch immer ein weites Feld. Radowitz kommt auf das zurück, was er schon seit Jahren dem König geraten hatte, die Dezentralisation der gesamten Verwaltung und das Eintreten des Staates für eine Verbesserung der Lebensbedingungen des vierten Standes. Auf die deutsche Frage geht Radowitz nur mit wenigen Worten ein, die jedoch nach dem jahrelangen Gedankenaustausch mit dem König keinem Mißverständnis unterliegen konnten: sie enthielten einen hinreichend deutlichen Protest gegen die Arnimsche Politik, die eine tief einschneidende Trennung zwischen Preußen und Österreich zur Folge haben mußte.

Radowitz war sich der Verantwortlichkeit seiner Ratschläge wohl bewußt: „nie ist mir eine Arbeit schwerer geworden,“ sagt er in einem Briefe an seine Frau.

Friedrich Wilhelm fand in der Denkschrift vom 28. März seine

*) Vgl. die Beilagen 5 und 6.

eigenen Gedanken wieder. Fast noch mehr als die Frage der deutschen Politik lagen dem König die Verhandlungen mit dem Vereinigten Landtage am Herzen, dessen Zusammentritt unmittelbar bevorstand. Sein Augenmerk richtete sich weniger auf die einzelnen Bestimmungen der Verfassung, als auf die organische Gliederung der Volksvertretung. In der ihm angeborenen Vorliebe für die feudale Staatsform suchte er noch immer, aus den Trümmern der altständischen Verfassung wenigstens einige Institutionen für die Neugestaltung der beratenden Körperschaften mit hinüberzunehmen.

In einem Privatbriefe vom 31. März an seinen Jugendgespielen Alfred v. Auerswald, der in dem Märzministerium das Ressort des Innern übernommen hatte, verwahrt sich der König gegen jede Verfassung nach französischem oder belgischem Zuschnitt. Das Vorbild der preußischen Konstitution könne nur von England entlehnt werden, „und das lediglich darum, weil es germanischen Ursprungs ist und auf keinen revolutionären, sondern reformatorischen Basen ruht". Größeres Gewicht als auf die „Charte", legt der König auf die Organisation des Landes. Den Anregungen folgend, die Radowitz gegeben hat, betont er die Durchführung des „Self-gouvernement": „die Provinzialstände dürfen deshalb nicht aufgehoben, nur reformiert werden." Daran schließen sich ausführliche Weisungen über die Einrichtungen des Oberhauses nach einem Schema, das genau dem der Herrenkurie von 1847 entspricht.*)

Eine Abschrift dieses Erlasses sandte Friedrich Wilhelm an Radowitz und fügte eigenhändig hinzu:

„Ich theile diese Copie eines heute abgesandten Briefes meinem Freunde mit, damit derselbe 1. den Inhalt desselben widerlege und corrigire, 2. damit er, in die Fortsetzung der Correspondenz sich hineindenkend, mir nach seinem Herzen und (seiner) Einsicht, nothwendig zu Berücksichtigendes angebe. Ich werde es mit treuestem Freundes Dank aufnehmen. Der Brief des Freundes ist ein Meisterstück an Verstand, Einsicht, hellem Blick und Edelmuth — dankenswürdigst. Der Herr, den wir beyde anbeten u. dessen Namen wir angewiesen sind, siegesgewiß anzurufen, der wird das Unglück wenden."

*) Vgl. Beilage 7.

„Die Ansicht meiner Räthe ist, dem Verein. L(and) T(age) das neue auf breitester Grundlage gebildete Wahlgesetz vorzulegen u. dann die neue Verfassung allein mit einer neuen Versammlung zu berathen, d. h. ein Project eines 2 Kammer Systems!!! Ich im Gegentheil will den Herrenstand nicht auflösen u. auch ihn das neue Gesetz berathen lassen. Was räth mir der treue Freund?"

Wie oft und wie nachdrücklich hatte Radowitz seit Jahren auf die Herstellung einer einheitlichen Regierung gedrungen, die nur möglich war bei voller Übereinstimmung zwischen dem Willen des Herrschers und den Ansichten der Vollstrecker seiner Befehle. Er hatte genugsam erfahren, wie sehr der König in seinem unerschöpflichen Ideenreichtum der Gefahr ausgesetzt war, durch Worte und Handlungen den konsequenten Gang der obersten Staatsleitung zu durchbrechen. Wenn daraus schon in ruhigen Zeiten die schwersten Nachteile erwachsen waren, wie viel mehr mußte dies in dem gegenwärtigen Augenblick befürchtet werden. Bereits am 29. März hatte durch den Austritt des Grafen Arnim-Boytzenburg ein teilweiser Ministerwechsel stattgefunden. Ludolf Camphausen wurde Vorsitzender des Ministerrates, David Hansemann Finanzminister. Trotz einer weiten Kluft in den politischen Anschauungen hatte Radowitz zu den beiden Vorkämpfern des rheinischen Liberalismus das Vertrauen, daß es ihr ernster Wille sei, in dem zerfahrenen Staate das autoritative Prinzip der Regierung wieder zur Geltung zu bringen. Er wußte, daß die neuen Minister, um die Person des Königs dem unaufhörlichen Andrang der Petitionen zu entziehen, übereingekommen waren, alles, was mit der Verfassung zusammenhing, auf ihre Verantwortlichkeit zu übernehmen, oder, wie Hansemann treffend bemerkt, die ganze Bewegung vom Throne auf sich selbst hinzulenken.*)

Die volle Berechtigung dieses Entschlusses anerkennend, stellt Radowitz in einem Schreiben vom 2. April dem König vor, daß es bei der Fortdauer des aufrührerischen Geistes im Lande zu den schlimmsten Mißverständnissen führen würde, wenn er eine so durch-

Verfassung übertragen wollte. Der Entwurf der Verfassung müsse aus den Beratungen der Ständeversammlung hervorgehen. „Daher flehe ich Euere Majestät inständig an, ziehen Sie sich jetzt in eine abwartende Stellung zurück, treten Sie nicht mit persönlichen Ansichten und Neigungen hervor, wie wohlbegründet diese auch seien."*)

Kaum hatte der König auf die dringenden Vorstellungen seiner Minister das Einkammersystem für die Zusammensetzung des konstituierenden preußischen Landtags, mit dem die Verfassung vereinbart werden sollte, zugegeben, als er angesichts der lebhaften Wahlagitationen in Berlin, in Schlesien und am Rhein vor dem Entschluß zurückschreckte. In seiner Herzensbedrängnis schrieb er am 11. April an Radowitz:

„Ich begehre wieder Freundes Rath — Gott allein weiß, was aus den Urwahlen für eine Versammlung im May entstehen wird. Die demokratische Parthei biethet alle Kräfte auf. Es kann das Grab der Monarchie in Preußen und dann, in Teutschland werden. Meine Minister werden mir eine Rede machen, die ich ablese. Da ist nun mein Gedanke (der Gedanke über den ich Ihren Rath, theuerster Radowitz, begehre) am Ende dieser Rede 2 Worte aus mir selbst heraus zu sprechen. Etwa wie folgt. „Hier endet die Rede, die m(ein) verantwortliches Ministerium berathen hat. Jetzt redet Friedrich Wilhelm König von Preußen allein und ohne irgend eines Menschen als seinen eigenen Rath zur Versammlung. Mein Wahlspruch für Preußen und Teutschland ist bekannt. Er lautet: F r e y e V ö l k e r unter f r e y e n Fürsten. Nur als freyer Fürst eines freyen Volkes kann, will und werde ich König von Preußen bleiben. Wer von Ihnen das nicht wünscht, hat leichtes Spiel; wer mich noch ferner auf dem Thron der Väter, glorreichen Andenkens, sehen will, weiß wofür und wogegen er zu stimmen hat. Ich weiß bestimmt, unter welchen Bedingungen ich der Krone entsage oder ihre Last ferner als Gottes Willen tragen kann. Nur dann, wenn ich mit Ehren König sein kann, bleib ich's. Das ist unwiderruflich. Gott sey mit Ihrem Rath!" — Sehen Sie, lieber Freund, das ist mir aus der Seele gequollen. Aber rathen Sie mir! Soll ich? — soll ich nicht?"

*) Vgl. Beilage 8.

Radowitz war nicht einen Augenblick darüber im Zweifel, daß die äußerste Katastrophe in der Tragödie der Regierung Friedrich Wilhelms unvermeidlich werden würde, wenn der König mit einem solchen Nec plus ultra seines monarchischen Glaubensbekenntnisses vor der preußischen Volksvertretung aufträte. Diese Überzeugung stellte er an die Spitze seiner Antwort vom 13. April. Die nächste Folge des von dem König beabsichtigten Schrittes würde die Auflösung des Ministeriums sein. Er warnte von neuem vor dem „unmittelbaren Vortreten des persönlichen Königs". Der jetzige Wahnsinn wird vorübergehen; dann komme die Zeit, wo auf die Wiederherstellung des freien Königtums wieder Bedacht genommen werden könne.*)

Einen weiteren Anlaß zu schriftlichem Verkehr zwischen Friedrich Wilhelm und Radowitz bot die schleswig-holsteinsche Verwickelung. In einer Bittschrift vom 22. März hatten die Ständeversammlungen von Holstein und Schleswig bei Friedrich VII. den Erlaß einer gemeinschaftlichen Verfassung für die beiden Herzogtümer und den Anschluß Schleswigs an den deutschen Bund beantragt. Unter dem Druck der eiderdänischen Partei, die zur Absetzung des Königs entschlossen war, falls sie mit ihrem Willen nicht durchdringen würde,**) hatte Friedrich am 24. März die Einverleibung Schleswigs in die dänische Gesamtmonarchie verfügt. Die Schleswig-Holsteiner antworteten mit der Einsetzung einer provisorischen Regierung und wandten sich an den Bundestag, der am 4. April, unter Anerkennung der untrennbaren Verbindung Holsteins und Schleswigs, die bereits im Werke begriffenen militärischen Maßregeln Preußens und der Staaten des X. Bundeskorps genehmigte. Eine diplomatische Vermittelung in Kopenhagen, die Friedrich Wilhelm aus eigener Entschließung eingeleitet hatte, blieb erfolglos, weil Dänemark den Eintritt in die Verhandlungen davon abhängig machte, daß die Eider von den deutschen Truppen nicht überschritten werden dürfe.

In einer Nachschrift zu dem Briefe Friedrich Wilhelms vom 11. April heißt es:

„Ich will meinem Bruder Wilhelm das Commando der Truppen gegen Dänemark geben mit bereits erhaltener Zustim-

*) Vgl. Beilage 11. — **) Vgl. O. Fock, Holsteinische Erinnerungen, besonders aus den Jahren 1848—1851, Leipzig 1863, S. 65.

mung von Hannover, Mecklenburg u. Braunschweig. Mein Ministerium ist darüber voller Bedenken und Ängste. Ich halte dafür, daß es der einzige Weg ist, der ihn mit Ehren wieder in sein Haus bringt. Sind Sie nicht meiner Meinung?

Hamlet*) hat alle Vergleichs-Vorschläge, die ihm Wildenbruch**) in meinem Namen brachte, verworfen. Er ist 13—15 000 Mann stark, England zögert, nimmt aber wahrscheinlich die Mediazion an unter der Bedingung der beyderseitigen Räumung von Schleswig. Bunsen räth, schnell die Dänen herauszuwerfen und dann auf demselben Status quo der gegenseitigen Räumung zu bestehen. Ich bin dafür. Sie auch? Wir können leider erst am 20. d. Mts. operiren. Dann mit 20,000 Mann ohne die Inländer. Ich bin vom Bundestage feyerlich beauftragt, den Status quo, die Waffen in der Hand zu erzwingen. Ich handle also in Vollmacht."

So sehr Radowitz mit der gesamten Armee die Demütigung, die dem Erben der Krone zugefügt worden war, auf das schmerzlichste empfand, teilte er doch die Bedenken der Minister. In den Berliner demokratischen Klubs herrschte die größte Aufregung über die beabsichtigte Zurückberufung des Prinzen, die auf dieser Seite als ein Anzeichen der Reaktion betrachtet wurde. Radowitz riet dem König am 13. April, eine Maßregel zu vermeiden, die den Argwohn einer „Kontrerevolution" erwecken konnte. Dagegen empfahl er dringend die sofortige Besetzung Schleswigs.***)

Was er wünschte, war bereits in Erfüllung gegangen. Nachdem die Dänen die Feindseligkeiten eröffnet hatten, indem sie in Schleswig einrückten und die kleine schleswig-holsteinische Armee am 9. April von Flensburg zurückdrängten, waren die Preußen am 11. April über die Eider vorgegangen. Am 12. April sprach der Bundestag die Anerkennung der provisorischen Regierung aus: der deutsch-dänische Krieg hatte begonnen.

Inzwischen war die deutsche Verfassungsfrage durch die Be-

*) Friedrich VII. von Dänemark.

**) Über die Sendung des Majors v. Wildenbruch vgl. H. v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., München und Leipzig 1889, I, S. 218.

***) Vgl. Beilage Nr. 11.

ratungen des Vorparlamentes, das vom 31. März bis 3. April in Frankfurt getagt hatte, in ein neues Stadium getreten. Schon in ihrer Zusammensetzung verkörperte diese Versammlung das demokratische Prinzip, denn das einzige Mandat, auf das sie sich berufen konnte, schrieb sich her von den Heidelberger Beschlüssen. Der Siebener-Ausschuß*) war bei seinen Einladungen lediglich davon ausgegangen, eine möglichst zahlreiche Vereinigung von liberalen Parteimännern aufzubieten, die in der Bewegung der letzten Wochen eine leitende Rolle gespielt hatten und von denen sich erwarten ließ, daß sie der Regierung gegenüber die Rechte und Interessen des souveränen Volkes vertreten würden. Gleich in der ersten Sitzung kam es zu einer stürmischen Auseinandersetzung zwischen den Liberalen und Radikalen. Die Stimmführer der republikanischen Partei, Struve und Hecker, beantragten die Aufhebung der Monarchie und die Begründung einer föderativen Republik nach dem Muster des Nordamerikanischen Freistaates. Dieses unverhüllte Hervortreten der anarchischen Bestrebungen, das von mancherlei Demonstrationen einer aufgeregten Volksmasse außerhalb der Versammlung begleitet war, stärkte den Mut der gemäßigten Partei und verschaffte ihrer besonnenen Haltung die Oberhand.

Es fehlte zwar nicht an Schlagworten, die den revolutionären Geist jener Tage verrieten: ein Antrag auf Wiederherstellung Polens wurde zum Beschluß erhoben, und eine ansehnliche Partei offenbarte schon damals große Neigung, sich in die Beratung der Grundrechte des deutschen Volkes zu vertiefen. Die Folge davon würde die Permanenzerklärung der Versammlung gewesen sein, die denn auch von vielen Seiten gefordert wurde. Durch eine wirkungsvolle Rede gelang es jedoch Heinrich v. Gagern, die Versammlung zu überzeugen, daß sie kein Recht habe, sich als eine legale Vertretung der Nation zu betrachten, da sie nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen sei. Die Majorität beschränkte sich schließlich darauf, den Wahlmodus für das Parlament — je ein Abgeordneter auf eine Seelenzahl von fünfzigtausend — festzusetzen. Die bedenklichste Resolution, die gefaßt wurde, war, daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung einzig und allein der konstituierenden Ver-

*) Vgl. S. 490.

sammlung zu überlassen sei. Um die Ausführung der Beschlüsse sicherzustellen, wurde ein Komitee von fünfzig Mitgliedern niedergesetzt, das als Wohlfahrtsausschuß die gesetzgeberische Tätigkeit des Bundestages und der Vertrauensmänner überwachen sollte.

Tatsächlich lag die provisorische Gewalt seit dem 4. April in den Händen des Fünfziger-Ausschusses. Der Bundestag erhob am 7. April den vorgeschlagenen Wahlmodus zum Beschluß, obwohl sich mancherlei Bedenken gegen die allzu große Zahl der Abgeordneten regten. Der zur Ausarbeitung der Verfassung niedergesetzte Ausschuß der Vertrauensmänner stand mit den Fünfzigern, die sich selbst mit Vorliebe als die „Notablen" bezeichneten, in steter Verbindung, während der Bundestag von jeder Teilnahme an den Beratungen ausgeschlossen war.

Die größte Gefahr, die augenblicklich über Deutschland schwebte, ging aus von der Schilderhebung der republikanischen Elemente in dem badischen Oberland, wo unter Führung demokratischer und kommunistischer Emissäre eine Gärung entstanden war, die vielfach an die Bestrebungen des deutschen Bauernkrieges in dem Zeitalter der Reformation erinnerte. Daß dabei hauptsächlich auf den Zuzug von Freischaren aus Frankreich und der Schweiz gerechnet wurde, wo durch den Stillstand der Fabriken ein massenhaftes Proletariat entstanden war, steht fest, wenn auch der innere Zusammenhang dieser landesverräterischen Umtriebe noch weiterer Aufklärung bedarf. Den provisorischen Volksgewalten in Frankfurt muß man die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie mit raschem Entschluß die geeigneten Maßregeln zur Niederwerfung des Aufstandes zu ergreifen wußten, und auch der Bundestag entwickelte eine Tätigkeit, die deutlich zeigte, was er unter dem Nachdruck einer einheitlichen Willensregung zu leisten imstande gewesen wäre. Die Mobilmachung des VII. und VIII. Bundeskorps und das Aufgebot der zweiten Division des IX. Korps, Kurhessen und Nassauer, die als Reserve am Mittelrhein Aufstellung nahm und in der Folge der Ereignisse

Friedrich Wilhelm sah den kommenden Ereignissen mit der größten Sorge entgegen. Wenn die republikanische Bewegung in Süddeutschland sich behauptete, so war nach seiner Ansicht ein Sieg der radikalen Partei bei den Wahlen zum deutschen Parlament und zur preußischen Konstituante unabwendbar. Er sandte am 20. April einen Vertrauensmann nach Giewitz, der Radowitz zu einer Aussprache über die nächsten Schritte veranlassen sollte. Radowitz beurteilte die Lage der Dinge ruhiger als der König, aber er hielt sich für verpflichtet, auch die äußersten Möglichkeiten ins Auge zu fassen. In einer Denkschrift, welche die Überschrift trägt „Blick in die Zukunft", geht er davon aus, daß in den beiden im Mai bevorstehenden Versammlungen der Kampf der Parteien, die sich in ganz Deutschland gegenüberstanden, zum Austrag kommen würde. Die Radikalen werden danach trachten, das Versäumte nachzuholen, die Konstitutionellen werden alle Kräfte einsetzen, um innerhalb der monarchischen Staatsform die Repräsentativverfassung auf sicheren Grundlagen aufzubauen. Die Regierung muß in der konstitutionellen Partei ihre natürliche Bundesgenossin erblicken und daher alles unterlassen, was den Schein einer beabsichtigten Reaktion erwecken könnte. In diesem Zusammenhange erteilt Radowitz dem König nochmals den Rat, „sich jedes persönlichen Vortretens zu enthalten". Siegt die konstitutionelle Partei, so befindet die Regierung sich in der Lage, durch zweckmäßige Reformen der Verwaltung eine freiere Stellung über den Parteien zu erringen. Zu den leitenden Gesichtspunkten, die er früher bereits angedeutet hat,*) tritt hier mit Rücksicht auf die Interessen der arbeitenden Klassen die Einführung der Progressivsteuer hinzu.

Behält dagegen die republikanisch-demokratische Partei die Oberhand, so bleibt nichts anderes übrig, „als sich an die Spitze des Kampfes zu stellen, der dann auf Tod und Leben geführt werden muß". Die wahrscheinliche Folge wird die Einmischung des republikanischen Frankreich sein. „Das ganze qualvolle Chaos" geht dann über in einen „ehrlichen, tüchtigen" — oder wie man heute sagen würde, frischen fröhlichen Krieg, in welchem ganz Norddeutschland zu Preußen stehen, England schwerlich müßiger Zu-

*) Vgl. Beilagen 12 und 13.

schauer bleiben und Rußland als Bundesgenosse Preußens auftreten würde.

In seinen Denkwürdigkeiten erzählt Leopold v. Gerlach unter dem 21. April, der König habe ihm den Brief und das Promemoria von Radowitz vorgelesen. „Der König fand alles, was darin stand, vortrefflich, ich weniger. Radowitz' Rat kam darauf hinaus, der König müsse jetzt den konstitutionellen Weg gehen und sich der Arbeiterklasse, der sogenannten Proletarier, gegen die Bourgeoisie annehmen. Die Vorschläge gingen sogar bis zur kommunistischen Progressivsteuer, die er eigens empfahl. Übrigens, und das ist ein furchtbarer Gedanke, müsse sich der König effaciren! und alles den Ministern überlassen. Im Falle, daß es zur Republik käme, riet er zum Kriege. — Was ist das für ein schlechter Rat!"*)

Nachdem die konservative Partei auf dem zweiten Vereinigten Landtage eine gründliche Niederlage erlitten hatte, arbeitete sie mit verdoppelten Kräften, um ihren Einfluß am Hofe zur Geltung zu bringen. Der erste Versuch zur Gründung eines „ministère occulte", den Leopold v. Gerlach mit einigen Gesinnungsgenossen am 30. März unternommen hatte,**) entsprang dem Bestreben, durch direkte Beeinflussung des Königs die Tätigkeit der am vorhergehenden Tage ernannten liberalen Minister zu paralysieren. Camphausen und Hansemann waren nicht nur wegen ihrer Freisinnigkeit, sondern auch als Vorfechter des Bürgertums und durch ihre Abstammung aus den Rheinlanden den märkischen Junkern ein Dorn im Auge. Wäre die Kamarilla in der Lage gewesen, mit einem bestimmten Programm aufzutreten, so ließe sich wenig dagegen sagen, vorausgesetzt, daß sie Talent und Kraft genug besessen hätte, um in regulärer Form die Leitung der Staatsgeschäfte zu übernehmen. Man mag die Denkwürdigkeiten der beiden Gerlachs Seite für Seite durchblättern — einem positiven, praktisch verwertbaren Gedanken über das, was hätte geschehen sollen, wird man schwerlich begegnen. Mit einer an Naivität streifenden Ratlosigkeit ruft Leopold v. Gerlach im Mai 1848 aus: „Nur ein deus ex machina kann uns retten"***) Die

schwersten Krisen, die er jemals durchgemacht hat, mit solchen Ratgebern gedient sein konnte, wird man getrost dem Urteilsspruch der Geschichte überlassen dürfen.

Bei der Prüfung der von Gerlach gegen Radowitz erhobenen Vorwürfe ist zunächst darauf zu achten, daß die mitgeteilten Stellen der Denkschrift vom 20. April teils aus dem logischen Zusammenhange herausgerissen, teils durch einseitige Interpretation in ein falsches Licht gerückt worden sind. Radowitz hatte sich mit männlichem Mut auf den Boden der Tatsachen gestellt. Das Gelöbnis der Verfassung stand für ihn unwiderruflich fest. Wenn er dem König riet, sich jedes persönlichen Eingreifens in den vorgeschriebenen Gang der Dinge zu enthalten, so lag ihm nichts ferner als die Absicht, die preußische Monarchie zu einem Schattenkönigtum herabzudrücken; alle seine Vorschläge wiesen vielmehr auf die Wege hin, die ihm geeignet schienen, um die Autorität der obersten Staatsgewalt wieder aufzurichten. Ebensowenig war es ihm in den Sinn gekommen, der Regierung ein Bündnis mit „den Proletariern" gegen das Bürgertum anzuraten, sondern was er ihr empfahl, war lediglich die Initiative auf dem Gebiet der sozialen Reform. Und wenn er für den äußersten Fall die Notwendigkeit eines offenen Kampfes ins Auge faßte, so liegt die Frage nahe, welches andere Rettungsmittel ein preußischer Generaladjutant seinem Souverän hätte vorschlagen können.

In der Fortsetzung seiner Zwiesprache mit Radowitz schrieb Friedrich Wilhelm:

„Potsdam Ostertag 48, 23. April.

Mein Ostergruß zuvor!
Christ ist erstanden vom Tode;
Er ist wahrhaftig auferstanden!

Ich sende Ihnen den armen, zerbrochenen Kleist.*) Machen Sie, treuer Freund, ihn wieder zum Mann. Denn er ist es nicht mehr. Er will desertiren. Geben Sie ihm Muth. Wenn ein Mensch es vermag, sind Sie es. Seyen Sie nicht zu milde mit ihm. Bohren Sie

*) Adolf v. Kleist, Vizepräsident des Obertribunals, der sich durch seine Strenge in den Demagogenprozessen den Beinamen „der blutige Kleist" zugezogen hatte. Vgl. H. v. Treitschke, V, S. 27.

Ihre schwarzen Augen in die seinigen. Zwingen Sie ihn Sie anzusehen. Dann schämt er sich, so hoff' ich zu Gott. — Er ist mein Gespiele von Kindesbeinen an. *Darum* send' ich den sterbenden Freund zu einem guten Arzt.

Ihr Brief u. Denkschrift ist tief und wahr u. unabweislich zu befolgen. Mit Gottes Hülfe *will* ich es. Aber die helfenden Männer fehlen mir erschrecklich. Doch der HErr, der wahrhaftig meine Zuversicht ist, wird helfen.

Am Donnerstag hatte die republican: Parthey in Berlin durch Aufwieglung von 20,000 Arbeitern, den Sturz des Ministerii als ostensiblen Zweck vor Augen.*) Die Entschiedenheit des Ministerii u. der Bürgerwehr machten, daß kein Zug gegen das Schloß zu Stande kam. Für den Dienstag**) ist die Rebellion aufs Neue verkündet. Lang vor Empfang Ihres Briefes u. Memoire's hatte ich Folgendes angeordnet; denn nach vielseit: Mittheilungen u. namentl: nach Äußerungen der südd: Republicaner u. Herweghs ist ohne Zweiffel ein Coup montirt wie am 18. März. Sobald also der ostensible Zweck der Prozession vereitelt ist, neml: die Abdankung der Minister, oder sobald die Bürgerwehr *schießt* (wozu sie fest entschlossen ist) schreit der Pöbel „Rache um's vergoßne Blut gegen die Bürger" u. die Barricaden entstehen in der ganzen Stadt. Dann lautet mein Befehl, daß sich die Truppen, die (nach Abrede mit den Bürgern), beym 1en Schuß, die Brandenb: u. Potsdam: Thore, die Linden, das Zeughaus u. Schloß besetzen, bis zur Nacht halten. 40 Wagen sind bereit. In der Nacht werden sie mit dem Schatz beladen, u. vor Sonnen Aufgang verlassen die Truppen die Stadt, ohne eine Barricade anzugreifen, besetzen die Thore u. die hies: Garnison, u. ca. 28 Schwadronen lagern sich um Berlin u. schneiden die Zufuhr ab. Ich sammle dann so viel Truppen, als ich kann, um die

*) Das Berliner Volkswahl-Komitee hatte eine allgemeine Demonstration der Bürgerschaft zu Gunsten des direkten Wahlrechts beschlossen. Es sollte am 20. April [illegible]

Stadt u. biete das treue enthusiast: Landvolk und die vortrefflich gesinnten kleinen Städte auf und denke mit Gottes Hülfe, vor 4 Wochen Berlin zu m.(einen) Füßen zu sehen. Die Bürgerwehr kann ganz gut Schloß, Zeughaus u. die Communicazion mit den 2 Thoren halten u. wird verpflegt wie die Truppen mit dem tägl: Approvisionnement, was sonst für Berlin bestimmt wäre. Einige Soldaten können ihnen auch wohl helfen u. so unterwerfe ich Berlin mit Hülfe s: Bürgerschaft. Gleich am 1en Morgen erscheint ein Anruf „an mein Volk", wo ich gelobe nicht eines Fingers breit von meinem Verheißnen abzuweichen, was ich auch wirklich als ehrlicher Mann und Fürst nicht will u. darf u. werde. Aber mit Alle dem steh' ich nachher besser denn vorher u. der Landtag dürfte einen guten Caracter annehmen. — Ganz denselben Plan hatte ich, wenn etwa der Landtag republicanisch ausschlägt. Nur bin ich dann meines Werkes quitt. Haben Sie, treuer, vortrefflicher Radowitz, Bedenken bey dem gesagten Allen, so lassen Sie mich's recht bald wissen. Auch gute Rathschläge etwa, bey völliger Zustimmung. Auch wenn **jetzt** Hecker, Struve u. Herwegh siegen, was unberechenbar ist, saml' ich alle Truppen die ich kann; 80,000 M.; biete das treue Landvolk auf wie ao. 13 u. marschire mit Sachsen (groß u. klein*)) Hannover, Östreich, Bayern, Württemberg, die gewiß nicht fehlen würden, den Rotten entgegen u. vernichte sie, so Gott will. Dann tritt das ein, was Sie unter andern Umständen so richtig voraussehen, Frankreichs Einbruch u. Krieg. Das aber ist dann, ich bin deß zuversichtlich gewiß, ein Sieges Seegen vom HErrn.

Er seegne Sie u. führe Sie mir zu, wenn die ernste Stunde schlägt. Schlägt die Sache am Dienstag um in Berlin, so ist vielleicht dann schon die Zeit da, daß ich Sie heimlich hier oder nach Sacro**) entbiete.

Mit treuester Freundes Liebe
FW.

In seiner Antwort vom 26. April meldet Radowitz, daß Kleist

Staatsdienst einstweilen Abstand zu nehmen. Mit den von dem König beabsichtigten militärischen Maßregeln erklärt er sich einverstanden; sollte es bei den Urwahlen am 1. Mai zu tumultuarischen Auftritten kommen, so empfiehlt er „die höchste Verbindung von Besonnenheit und Festigkeit".*)

In der Zurückgezogenheit des ländlichen Stillebens, an der Geburtsstätte seiner Gemahlin, hatte Radowitz längst den Gleichmut der Seele wiedergewonnen. Bereits am 5. April schrieb er an Frau Marie: „Es gelingt mir immermehr, die nächste Vergangenheit schon als Geschichte anzuschauen; der Schmerz scheidet hierdurch alle kleineren Ecken und Spitzen von sich aus und der Blick wird weiter." Das einzige, was ihn noch bedrückte, war die Trennung von seiner Familie. Am 19. April konnte er endlich seinem Freunde Gerhard v. Reutern berichten: „Marie ist in der Nacht vom 17. zum 18. hier eingetroffen, glücklich und unversehrt. Ich habe sie und meine Kinder wieder, die ich seit fast acht Monaten entbehrte, denn von anfangs September vorigen Jahres bin ich nur auf zwei Tage in Karlsruhe gewesen."

Aus den mitgeteilten Briefen geht hervor, wie sehr Radowitz es sich angelegen sein ließ, das Gemüt des Königs aufzurichten und durch energische Ratschläge das Selbstvertrauen Friedrich Wilhelms zu stärken. Als eine noch höhere Pflicht aber erschien es ihm, auch in der Öffentlichkeit, auf literarischem Gebiet, für die Sache seines Königlichen Gönners zu wirken. Schon während der Rückreise von Wien war in ihm der Plan einer publizistischen Schrift gereift, die der deutschen Nation vor Augen führen sollte, wie Friedrich Wilhelm seit seinem Regierungsantritt unablässig auf die Förderung der materiellen Wohlfahrt und der Machtstellung Gesamtdeutschlands bedacht gewesen sei. Es drängte ihn, der Welt zu beweisen, daß der Gedanke einer gründlichen Reform der Bundesverfassung lange vor der März-Revolution in dem Geiste des Königs eine bestimmte Gestalt angenommen habe. Um seinen Zweck zu erreichen, hatte er den König um Erlaubnis zur Veröffentlichung der Denkschrift vom

ging das Manuskript an die Perthes-Bessersche Verlagsbuchhandlung in Hamburg ab, und am 4. Mai konnte Radowitz das erste Exemplar der Schrift „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.", die ohne Nennung seines Namens erschien, dem König übersenden.*)

Die Darstellung beginnt mit dem Abdruck des Königlichen Patentes vom 18. März, von dem sie rühmend hervorhebt, daß sie „die segensreichste Verheißung in sich schloß, welche Deutschland seit dem Sinken seines alten Glanzes erlebt hat. Was seit zwei Jahrhunderten die Brust jedes Fühlenden und Denkenden erfüllte: die Sehnsucht nach der Wiederaufrichtung seines herrlichen Vaterlandes, dazu wird ihm in diesen Worten der Weg aufgetan". Wenn dieser welthistorische Akt nicht die freudige Anerkennung fand, welche er verdient, so liegt der Grund in der allgemein verbreiteten Ansicht, daß das nationale Manifest vom 18. März lediglich als ein durch die revolutionären Vorgänge dem Könige abgenötigtes Zugeständnis gewesen sei. Um diese Auffassung zu widerlegen, läßt der Verfasser den ganzen Entwickelungsgang der deutschen Politik Friedrich Wilhelms IV. an den Blicken des Lesers vorübergehen. Er erinnert daran, daß bereits bei der ersten Unterredung mit Metternich, im August 1840, der König die absolute Notwendigkeit betont habe, „den bisherigen Gang in den Bundesangelegenheiten zu verlassen und dieses erstorbene Institut zu neuem Leben zu kräftigen". Es folgen die Bemühungen um die Reorganisation der deutschen Wehrverfassung und die fortifikatorische Sicherstellung der süddeutschen Grenzlande gegen einen Angriff von seiten Frankreichs.

Daran schließt sich die Darlegung der von dem König ausgegangenen Anregungen „zur inneren Belebung des Bundes". In der Beleuchtung dieser Verhältnisse tritt der politische Gedanke, den Radowitz in seiner Rechtfertigungsschrift verfolgte, am deutlichsten hervor. Es kam ihm vor allem darauf an, die Tatsache zur Anschauung zu bringen, daß die vormärzlichen Bestrebungen der nationalen Reform mit ganz anderen Voraussetzungen zu rechnen hatten, als der gegenwärtige Zustand Deutschlands sie darbot. Die Einheitsbewegung des Jahres 1848 hatte die historischen Grundlagen der Bundesverfassung aus allen Fugen gerissen und dadurch

*) Vgl. Beilage 16.

einer radikalen Umwälzung den weitesten Spielraum eröffnet, während vor dem Eintritt der revolutionären Katastrophe die realen Machtverhältnisse die Grenze bildeten, an die jeder Versuch einer Reform gebunden war. Dem König schwebte „eine bis auf den Grund reichendc Umbildung der ganzen bisherigen Bundesverhältnisse" vor, aber die Aufrechterhaltung der vertragsmäßigen Institutionen galt ihm dabei als die unerläßliche Bedingung.

Dic widerstrebenden Elemente ergaben sich einerseits aus der Stellung der österreichischen Vormacht, die durch das Übergewicht ihrer außerdeutschen Nationalitäten auf eine Politik hingewiesen ist, die den deutschen Interessen fern steht, und anderseits aus dem partikularen Egoismus der deutschen Staaten, die von jeder Stärkung der Zentralgewalt den Untergang ihrer Sonderrechte befürchteten. „Aus der Zusammenwirkung aller dieser Ursachen ist es erwachsen, daß eine unersetzliche Reihe von Jahren vorübergegangen ist, ohne daß an die Regeneration des Bundes nachdrücklich Hand gelegt worden wäre. Geruht haben die Gedanken und Vorsätze des Königs Friedrich Wilhelm IV. nie, aber es war ihnen nicht beschieden, die einengenden Hindernisse zu durchbrechen."*)

Nachdem die Bemühungen um eine Verständigung auf diplomatischem Wege erfolglos geblieben waren, begann in Berlin die Erkenntnis zu reifen, daß die Reorganisation der Bundesverfassung aus „dem Dunkel der Kabinette" hervorgezogen werden müßte. Man sah die Notwendigkeit ein, „in dem Geiste der Nation den mächtigsten Bundesgenossen aufzusuchen". Als Vorbereitung dienten die in der Bundesversammlung gestellten Anträge auf Befreiung der Presse von der Zensur und auf Veröffentlichung der Bundesprotokolle. „Das Hinhalten und Anhalten" in diesen beiden Bundessachen veranlaßte einen weiteren Vorschritt des Königs. „Er faßte den festen Entschluß, nunmehr schlechterdings und unter allen Umständen dic Regeneration des Bundes zum Ziele zu führen." Diese neue Phase in der Reformpolitik Friedrich Wilhelms ist gekennzeichnet durch die Denkschrift vom 20. November 1847. Die sofortige Ein-

der Schweiz. Sobald in der Behandlung dieser Angelegenheit ein bestimmter Abschnitt erreicht worden war, nahm der König seine Pläne sogleich wieder auf. Der Entschluß „den Wiener Hof zur endlichen Erfüllung dieser größten aller Pflichten aufzufordern", war bereits gefaßt, bevor durch den Sturz des Julikönigtums die Brandung der Revolution sich über Deutschland ergoß; und ebenso war die Vereinbarung der Kongreßvorschläge zwischen Österreich und Preußen zum Abschluß gelangt, ehe die Nachricht von der Berliner Revolution in Wien eintraf. Dieser Einleitung folgt ein Abdruck der Denkschrift vom 20. November 1847, eines Gutachtens über Bildung des Bundesgerichts, der Instruktion für die Sendung nach Wien und des Manifestes vom 15. März.*)

Einer der ersten, dem wir eine ausführliche Erörterung des Radowitzschen Reformprogramms verdanken, ist der spätere Präsident der Frankfurter Nationalversammlung. Heinrich v. Gagern erblickt in der Denkschrift vom 20. November 1847 einen Versuch, den Dualismus zwischen den deutschen Vormächten zu beseitigen.**) Unter normalen Verhältnissen würden nach seiner Ansicht die österreichisch-preußischen Kongreßvorschläge vom 10. März nicht nur einen großen Fortschritt für Deutschland bedeutet haben, sondern es wäre auch alle Aussicht vorhanden gewesen, daß sie bei den Bundesstaaten Annahme gefunden hätten. Anders aber gestaltet sich das Urteil, wenn man die Radowitzschen Propositionen mit den politischen Zuständen Deutschlands vergleicht, wie sie sich im Laufe des verhängnisvollen Märzmonats entwickelten. Die Übereinkunft vom 10. März wurde unausführbar durch die weitergehenden Bestrebungen der nationalen Propaganda. Die Proklamation vom 15. März, in welcher Österreich und Preußen für die Durchführung ihrer Vorschläge „den besseren Geist der Nation in Anspruch nahmen", konnte unmöglich ihren Zweck erfüllen, nachdem in allen Teilen Deutschlands die öffentliche Meinung sich für eine Nationalvertretung am Bunde und den Übergang zum Bundesstaate ausgesprochen hatte. Und wenn die beiden Hauptmächte, geleitet von der Erkenntnis, daß der fortschreitenden Bewegung Zugeständnisse gemacht werden

*) Vgl. S. 495.

müßten, in der letzten Punktation vom 19. März sich zu dem Antrage einer ausgedehnten Revision der Bundesverfassung vereinigten, so blieb auch diese Verheißung weit hinter den Erfordernissen des Augenblicks zurück, nachdem Preußen durch das Patent vom 18. März die Einführung einer bundesstaatlichen Verfassung und das Parlament feierlichst zugesagt hatte.

Von besonderer Wichtigkeit ist es, zu bemerken, wie Gagern, indem er dem Verlauf der Wiener Verhandlungen folgt, das Verhältnis zwischen Preußen und Österreich auffaßt; er berührt damit das schwierigste Problem, das die Radowitzsche Reformpolitik der kritischen Untersuchung darbietet. Seine Meinung geht dahin, daß die preußischen Vorschläge mit den politischen Interessen des Kaiserhofes nicht in Einklang gestanden hätten, sondern mit der bisherigen Bundespolitik Österreichs unvereinbar gewesen wären. Was Gagern damit meint, ist nicht mißzuverstehen. Nur im Staatenbunde konnte die traditionelle Vormachtsstellung Österreichs fortbestehen; jede tiefergreifende Reform, die sich der Verfassung des Bundesstaates näherte, machte sie unmöglich.

Allein so sehr Gagern diese Tatsache hervorhebt, ist er doch weit entfernt, dem Radowitzschen Programm eigensüchtige Absichten Preußens unterzulegen. „Der Charakter dieses preußisch-österreichischen Reformplans", so drückt er sich aus, „ist der einer diesmal reinen und uneigennützigen Zweiherrschaft im Bunde." Der Versicherung der Denkschrift vom 20. November, die das Einverständnis Preußens und Österreichs als die wichtigste Bedingung für das Gelingen der Bundesreform hinstellt, schenkt er vollen Glauben. „Das war unzweifelhaft damals die aufrichtige Meinung Preußens", fügt er ausdrücklich hinzu.

Mit dem Urteil Gagerns im schärfsten Widerspruch steht eine Auffassung, die in den letzten Jahren innerhalb der preußischen Geschichtsforschung zur Geltung gelangt ist. Während Heinrich v. Sybel und Heinrich v. Treitschke an der hergebrachten Überlieferung festhielten, die davon ausgeht, daß die Lösung der deutschen Frage unter Ausschluß Österreichs den Anschauungen Friedrich

zuführen versucht.*) Ausgehend von der Denkschrift vom 20. November 1847 erkennt er in derselben den ersten Ansatz zu der Unionspolitik von 1849. In den Märztagen, als die revolutionäre Bewegung sich über ganz Deutschland verbreitete — so meint er —, tritt der Gedanke des engeren Bundesstaates unter preußischer Führung schon lebhafter hervor, und nach dem Sturz des alten Systems in Österreich übt er auf den König und dessen Ratgeber eine ausschließliche Herrschaft aus; das Patent vom 18. März ist nach Oncken das vollendete Programm des kleindeutschen Bundesstaates mit Preußen an der Spitze.

Noch schärfer tritt diese Ansicht hervor in dem Buche von Felix Rachfahl „Deutschland, Friedrich Wilhelm IV. und die Berliner Märzrevolution".**) Durch sorgfältige, mit scharfer Kritik geübte Prüfung der Quellen ist es Rachfahl gelungen, der bisherigen Auffassung der Berliner Märzereignisse ein abweichendes, vielfach berichtigtes Bild gegenüberzustellen. In einzelnen Punkten sind zwar seine Beweisführungen nicht unangefochten geblieben, im ganzen aber wird von allen Seiten anerkannt, daß die Aufklärung der militärischen und politischen Vorgänge durch die Forschungen Rachfahls wesentlich gefördert worden ist. Was die deutsche Politik Preußens im März 1848 betrifft, so gipfelt die Darstellung Rachfahls in dem Satze, daß ihr letztes Ziel darauf gerichtet gewesen sei, „die deutsche Frage ohne und daher gegen Österreich zu lösen". Sein Buch hat einen lebhaften literarischen Streit für und wider hervorgerufen, der einstweilen noch nicht zum Abschluß gekommen ist. In einer eingehenden kritischen Besprechung ist namentlich Friedrich Meinecke***) mit gewichtigen Einwürfen gegen den Verfasser aufgetreten; ihm zur Seite stehen Georg Kaufmann,†) Paul Bailleu,††) Hans Prutz,†††) Friedrich Thimme*†) und andere, während Oncken**†) seine Stimme zugunsten Rachfahls erhoben hat.

*) „Zur Genesis der preußischen Revolution von 1848", einer Besprechung des S. 518 erwähnten Buches von W. Busch. Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. XIII (1901), S. 123 f. — **) Vgl. S. 486.

***) Historische Zeitschrift, Bd. 89, S. 17 f. — †) Literarisches Zentralblatt 1902, Nr. 10, S. 321—325. — ††) Historische Zeitschrift Bd. 90, S. 372 f. — †††) Beilage zur Allgemeinen Zeitung 1902, Nr. 261. — *†) Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 16 (1903), S. 545 ff. — **†) Historische Vierteljahrsschrift, V (1902), S. 539 ff.

Neuerdings hat dieser selbst zur Abwehr der gegen ihn gerichteten Angriffe nochmals das Wort ergriffen in zwei Abhandlungen, die in dem Jahrgange 1903 der Historischen Vierteljahrsschrift erschienen sind, und denen noch eine dritte folgen soll.. Dem Rahmen der biographischen Darstellung wird es entsprechen, wenn wir uns auf die Erörterung einiger Hauptpunkte beschränken und vornehmlich diejenigen Stellen ins Auge fassen, die sich auf den Radowitzschen Reformplan beziehen.

Wie wir sahen, hatte Radowitz schon sehr bald nach seinem Eintritt in die Militärkommission das Grundübel des Geschäftsbetriebes am Bundestage darin erkannt, „daß alle Versuche größerer gemeinschaftlicher Anstalten zur Bewahrung Deutschlands nach außen, zur Sicherung des Rechtes nach innen, hauptsächlich an der Souveränitätswut der kleineren Staaten scheiterten".*) Im Gegensatz zu den partikularen Interessen, die den Bund beherrschten, mußte nach seiner Ansicht das Prinzip der nationalen Gemeinschaft wieder in seine Rechte eingesetzt werden durch gemeinsame Institutionen, die dazu bestimmt sein sollten, das Gefühl der Zusammengehörigkeit in den getrennten deutschen Landen zu erwecken und zu befestigen. Dieser Gedanke tritt zuerst in dem Fragment von 1839 hervor und verdichtet sich allmählich zu einer festeren Gestalt. In der Abhandlung vom Mai 1843 über die Aufgaben der Regierung Friedrich Wilhelms IV. steht das Programm der nationalen Forderungen bereits lebendig vor der Seele des Verfassers;**) die Denkschrift vom 20. November 1847 unterscheidet sich von dieser Arbeit nur durch die ausführlichere Begründung der materiellen Vorschläge und der Motive.

In einem anderen Zusammenhange erscheint die Genesis der Denkschrift bei Rachfahl. Daß Radowitz sich schon seit Jahren mit den Reformideen beschäftigt und seit langer Zeit bemüht hatte, die Ausführung derselben bei dem König durchzusetzen, war ihm nicht bekannt; wie er den Hergang erzählt, muß man annehmen, daß

deutschen Pläne zurückgekommen. „Bei der Rheinreise, die er im Herbste des Jahres (1847) unternahm, zog er Radowitz auf Canitz' Veranlassung wieder aus seinem Dunkel hervor. Er ließ Radowitz nach Berlin kommen, und dieser arbeitete hier eine Denkschrift aus, die am 20. November dem König vorgelegt und von diesem genehmigt wurde.“ Wenn dieser Bericht von dem wirklichen Sachverhalt abweicht, so trifft die Schuld nicht Rachfahl, sondern seinen Gewährsmann Leopold v. Gerlach.*) Abgesehen davon, daß die Entfremdung, die im Mai 1843, nach der letzten Anwesenheit Radowitz' in Berlin, zwischen dem König und ihm eingetreten zu sein schien, durch das Zusammentreffen am Rhein im August 1845 längst ausgeglichen war, kann die Berufung nach Berlin im November 1847 unmöglich auf Canitz zurückzuführen sein, da dieser, wie wir gesehen haben, damals noch gegen die Reformpläne seines Freundes gestimmt war. Der König muß zunächst gegen Canitz für Radowitz Partei ergriffen haben, denn aus den Denkwürdigkeiten**) geht hervor, daß die Absicht bestand, Canitz zu entlassen und die Leitung des auswärtigen Ministeriums auf Radowitz zu übertragen. Friedrich Wilhelm gab jedoch nach, als sämtliche Minister in Übereinstimmung mit Canitz sich für eine Vertagung der deutschen Frage bis nach Erledigung der Schweizer Angelegenheit aussprachen. Immerhin aber wurde es Radowitz anheimgestellt, wenn die Gelegenheit sich bieten sollte, in einen Meinungsaustausch mit der Hofburg über die Bundesreform einzutreten. Ist es denkbar, daß Preußen in einem Augenblick, wo es sich um die Mitwirkung Österreichs zu einer diplomatischen Aktion handelte, dem Kaiserhofe mit Vorschlägen hätte nahen können, die, nach der Ansicht Rachfahls, „in ihrem letzten Grunde auf eine langsame, aber um so sicherere Hinausdrängung Österreichs aus Deutschland“ hinausliefen?

Genau ebenso lagen die Dinge, als Radowitz Anfang März 1848 zum zweiten Male nach Wien gesandt wurde — diesmal in der Absicht, die Bundesreform mit allem Nachdruck durchzusetzen, zugleich aber auch Österreich zum Anschluß an das „Centre d'entente“ aufzufordern, das dem König als das einzige Mittel erschien, um in Europa den Frieden zu erhalten und Deutschland vor einer Über-

*) Rachfahl a. a. O., S. 37. Denkwürdigkeiten Leopold v. Gerlachs I, S. 129.
**) Vgl. S. 137.

flutung durch die Macht des revolutionären Frankreich zu bewahren. Indem der König bei seinen Vorschlägen für die Verteidigung Deutschlands auf die Pläne des Jahres 1840 zurückgriff, die mit dem Wiener Hof vereinbart worden waren, und indem er Österreich aufforderte, an den militärischen Maßregeln zur Unterdrückung revolutionärer Umtriebe in Deutschland teilzunehmen, gab er zu erkennen, daß er gewillt war, an der Gemeinschaft mit dem Kaiserstaate festzuhalten.*)

Ein weiterer Gesichtspunkt, den man nicht außer acht lassen darf, ergibt sich daraus, daß die Radowitzsche Reformpolitik in all ihren Phasen die Erhaltung der bestehenden Bundesverfassung zur Voraussetzung hatte. Der Gedanke einer systematischen Umgestaltung der Grundgesetze, auf denen die Föderation von 1815 sich aufbaute, liegt Radowitz fern; in der Schrift „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV." betont er an vielen Stellen ausdrücklich, daß bis zum März 1848 jeder Versuch einer Reform an der Wahrung der Souveränitätsrechte und der Unabhängigkeit sämtlicher Bundesglieder seine unübersteigliche Schranke finden mußte. Erst wenn durch die Erweiterung der gesetzgeberischen Tätigkeit des Bundes ein reicherer Inhalt des nationalen Lebens geschaffen sei, könne man daran denken, „die unentbehrliche Zentralautorität" des Bundes aufzurichten, die dann „ihre verfassungsmäßige Gestalt durch freie Vereinbarung aller" erhalten müsse.**)

Innerhalb der Grenzen dieses Planes war ein Zusammenwirken mit Österreich keineswegs ausgeschlossen. Erst wenn Österreich nicht zur Teilnahme an dem Reformwerk zu bewegen war, sollte Preußen mit seinen Vorschlägen an die Bundesversammlung gehen, um sie dort „mit höchster Anstrengung" geltend zu machen. Führte auch dieser Weg zu keinem Erfolge, so blieb nichts anderes übrig, als mit denjenigen Regierungen, „bei welchen für die eine oder die andere der neuen Institutionen Anklang erwartet werden dürfte", in direkte Verbindung zu treten, „um eine Reihe von Spezialvereinen nach Art des Zollvereins zustande zu bringen". Aber selbst in diesem äußersten

und mit ihm zu verschmelzen. Noch nach Jahren, zu einer Zeit, in der nicht der geringste Grund vorlag, die Absichten der Politik vom März 1848 zu verschleiern, hat sich Radowitz in demselben Sinne ausgesprochen. In seiner Abhandlung über das Frankfurter Parlament, die im Jahre 1852 veröffentlicht worden ist, sagt er: „Immer mußte es stetes Augenmerk bleiben, diese Spezialvereine auf dem Wege freiwilligen Anschlusses allmählich zum Gesamtgut des Bundes zu machen; erst dadurch erhob sich ihr materieller Gewinn in die höhere Sphäre des nationalen und wurde zum Bausteine in der Wiederaufrichtung des deutschen Staatsgebäudes.“*)

Oncken und Rachfahl sehen in der Begründung der Spezialvereine den eigentlichen Kern des Radowitzschen Programms und betrachten sie als die Vorstufe für die Errichtung des engeren Bundes unter preußischer Führung. Niemand wird verkennen, daß das selbständige Vorgehen Preußens in der von Radowitz angegebenen Richtung zu einer allmählichen Auflösung der Bundesverfassung und auf diesem Wege zur Vormachtstellung Preußens hätte führen können; was dagegen bestritten werden muß, ist, daß diese Entwickelung dem Verfasser der Denkschrift als bewußtes Ziel vorgeschwebt habe. Um die vielen Stellen, die auf die Gemeinschaft der Interessen Österreichs und Preußens hinweisen, zu entkräften, greift Rachfahl zu einem Argument, das dem Wortlaut der Denkschrift Gewalt antut: er sucht den Leser zu überzeugen, daß jene Versicherungen nur den Zweck gehabt hätten, „beim Könige etwaige Bedenken über den von Österreich her drohenden Widerstand zu zerstreuen“. Dieser Ansicht ist auch Oncken beigetreten. Eine so gewagte Behauptung müßte doch erst bewiesen werden. Radowitz wußte sehr genau, wie weit Friedrich Wilhelm gehen wollte, und er hat sich schwerlich der Illusion hingegeben, die preußische Politik in eine Bahn drängen zu können, die mit den Gesinnungen des Königs unvereinbar war. Dazu kam, daß er selbst von der Gemeinschaft der konservativen Interessen, die zwischen Österreich und Preußen bestand, eine ebenso feste Meinung hatte wie der König. Nichts ist dafür bezeichnender als seine Äußerungen in dem Briefe an seine Gemahlin vom 24. März. Die Nachricht von der Proklamation des 21., welche die Lossagung von Österreich offenkundig zur

*) Gesammelte Schriften II, S. 34.

Schau trug, machte auf ihn einen niederschmetternden Eindruck, nicht bloß, weil er daraus entnehmen zu müssen glaubte, daß der König „seiner innersten Überzeugung und seinem bisherigen Leben" untreu geworden sei, sondern weil er selbst von diesem „rasenden Unternehmen" das schwerste Unheil für den preußischen Staat befürchtete.*)

Das wichtigste Moment für die Beurteilung der Politik Friedrich Wilhelms IV. im März 1848 wird immer darin bestehen, möglichst genau festzustellen, wie weit sie auf eine entgegenkommende Tendenz der Regierungen hätte rechnen können, wenn ihre Absicht wirklich auf die Begründung des Bundesstaates unter preußischer Führung gerichtet gewesen wäre. Daß durch die nationale Bewegung, die in den ersten Märztagen zunächst ganz Süddeutschland in Aufregung versetzte, reale Bedingungen und Möglichkeiten geschaffen wurden, die wohl geeignet waren, ehrgeizige Machtpläne Preußens herauszufordern, hat Rachfahl richtig erkannt. Die Übereilung, mit der die süddeutschen Regierungen die ihnen abgerungenen freiheitlichen Konzessionen bewilligten, zeigte, daß sie dem Ansturm der populären Forderungen nicht gewachsen waren. Durch eine gewaltsame Erhebung der radikalen Elemente konnten die inneren Staatsordnungen vollends jeden Halt verlieren, und von außen her drohte die Gefahr einer französischen Invasion. Unter so kritischen Verhältnissen war es sehr natürlich, daß die mittleren und kleineren Staatsmächte ihre Zuflucht bei Preußen suchten. In erster Linie mußte ihnen darum zu tun sein, sich der militärischen Unterstützung Preußens zu versichern, sei es zur Verteidigung gegen den äußeren Feind, sei es zur Niederwerfung der Rebellion im eigenen Lande. Nicht minder mußte ihnen daran gelegen sein, in der Frage der Bundesreform sich an Preußen anzuschließen. Nachdem die Heidelberger Versammlung**) die Reorganisation des Bundes zu einer Volkssache erklärt hatte, war es für die souveränen Mächte Deutschlands die höchste Zeit, um auch ihrerseits auf den Kampfplatz hinauszutreten, wenn die Konstituierung des Deutschen Nationalstaates nicht ganz in die Hände des in Aussicht stehenden Vorparlamentes fallen sollte. Vereinzelt besaßen sie nicht die Kraft, der populären Strömung Widerstand zu leisten, und daß sie sich untereinander nicht würden

*) Vgl. S. 522. — **) Vgl. S. 490.

einigen können, lehrte die dreißigjährige Erfahrung des Eifersuchtskampfes am Bundestage; sie bedurften daher der Führung, und diese konnte ihnen nur Preußen gewähren, denn solange das Metternichsche System des Stillstandes und der Negation fortdauerte, war an den Vortritt Österreichs in Sachen der Reform nicht zu denken.

So günstig die Aussichten für Preußen sich demnach gestalteten, so geht doch Rachfahl zu weit, wenn er behauptet, daß die deutschen Fürsten bereit gewesen wären, dem König Friedrich Wilhelm die Hegemonie über Deutschland anzubieten.*) In Wirklichkeit verhielten sich die Dinge anders. Die militärische Schutzherrschaft Preußens haben die Regierungen willig anerkannt, solange die Gefahr von außen her andauerte, oder die Ordnung und Autorität im Innern in Frage gestellt war. Ebenso waren sie geneigt, die Führung in der Bundesreform dem preußischen Staate zu überlassen und selbst eine provisorische Vorstandschaft Preußens anzuerkennen, wenn die Not des Augenblickes es erforderte: aber an den freiwilligen Verzicht auf einen Teil ihrer Souveränität zugunsten Preußens hat wohl kaum eine der deutschen Staatsmächte im März 1848 ernstlich gedacht.

Die Hauptquelle der neueren Veröffentlichungen Rachfahls bilden die Berichte des preußischen Bundesgesandten Grafen Dönhoff, der uns bereits als eifriger Gegner Österreichs bekannt ist.**) Durch und durch überzeugt von dem deutschen Beruf Preußens, vertritt er in seinen Berichten die Ansicht, daß es nur eines energischen Entschlusses bedürfe, um die Vormachtstellung in Deutschland für Preußen zu erlangen. Am Bundestage selbst habe man sich mehr und mehr daran gewöhnt, die Teilnahme Österreichs an den Bundesangelegenheiten nur noch für eine nominelle zu halten; der dringende Wunsch sei daher, daß die Leitung auf Preußen übergehen möge.***) Rachfahl beruft sich für seine eigene Darstellung vielfach

---

*) Zu einem feststehenden Urteil über das Verhältnis der Bundesstaaten zu Preußen ist Rachfahl nicht gelangt. Auf Seite 78 sagt er: „Von den Bundesfürsten selbst erging der Ruf an Preußen, den Einheitsstaat zu begründen." Viel vorsichtiger spricht er auf Seite 79 nur von der „momentanen Geneigtheit" der Fürsten, sich der Führung Preußens zu unterwerfen. — **) Vgl. S. 499.

***) Vgl. die Auszüge aus den Berichten Dönhoffs bei Rachfahl, Historische Vierteljahrsschrift, Bd. VI, S. 372 f.

auf Dönhoff, aber er kann doch nicht umhin, zuzugeben, daß das Bild, welches der Gesandte von den Verhältnissen am Bunde entwirft, „allzu optimistisch“ gehalten sei. Trotzdem behauptet er, daß Canitz sich ganz von den Vorstellungen des Gesandten habe beherrschen lassen. Diese Ansicht aber wird widerlegt durch eine Depesche Dönhoffs vom 17. März, in der es heißt: „Sollte das Königliche Gouvernement selbst irgendwelche bestimmte Ansichten über eine Reform in der Bundesverfassung festgestellt haben, so bitte ich dringend gehorsamst, mich umgehend in Kenntnis zu setzen, um auf Ideen, die sich darüber hier bilden, womöglich noch einen Einfluß zu üben.“ Aus diesen Worten des Gesandten, die am Tage vor der Berliner Revolution geschrieben wurden, spricht ein Gefühl der Unsicherheit, das undenkbar wäre, wenn zwischen ihm und Canitz Übereinstimmung bestanden hätte.

Daß die preußische Politik, vorwärts getrieben durch die steigende Hochflut der nationalen Bewegung, in der zweiten Woche des März zu neuen Gesichtspunkten gelangte, die über die Grundlagen der Radowitzschen Denkschrift hinausgingen, ist bereits durch Koser überzeugend nachgewiesen worden. Der erste Schritt in dieser Richtung war die Anerkennung der konstitutionellen Staatsform, der zweite, für Deutschland bedeutsamere, das Einlenken auf die Idee des Volksparlaments. In der Antwort, die Canitz auf das Schreiben Max v. Gagerns erließ, hatte er allerdings zugegeben, daß die Berufung eines Parlaments „in Erwägung gezogen werde“; wenn aber Rachfahl daraus den Schluß zieht, daß Preußen mit der Reformpartei gemeinsame Sache gemacht habe, so stehen dem die Äußerungen Heinrich v. Gagerns entgegen, der durch die Erklärungen des Ministers gegen seinen Bruder keineswegs zufriedengestellt war.*) Was die Partei der Kollektivgesandtschaft eigentlich wünschte, das Aufgeben des Kongresses und die Vereinigung Preußens mit den süddeutschen Regierungen zu einer gemeinsamen Erklärung über Bewilligung des Parlaments, dazu ließ Canitz sich nicht herbei; vielmehr gab er deutlich zu verstehen, daß die Frage des Parlaments, namentlich die Modalitäten, unter denen dasselbe ins Leben

*) Vgl. S. 501 und 511. Nach Heinrich v. Gagern, a. a. O. II, S. 706, ist das Schreiben Canitz' an Max v. Gagern vom 12. März, während Rachfahl es auf den 11. März datiert.

zu treten habe, nur auf dem Kongreß, durch die Gesamtheit der deutschen Mächte, entschieden werden könne.

Nach der Auffassung Rachfahls hätte das preußische Kabinett von dem Augenblicke an, wo es zur Bewilligung des Parlaments entschlossen war, am liebsten sich von der Verbindung mit Österreich losgesagt. Um zu erklären, weshalb dies nicht geschah, konstruiert Rachfahl ein künstliches System, durch welches die Interessen Preußens von zwei Seiten her gefördert werden sollten. Des Kongresses wollte sich Canitz als Mittel bedienen, um die Zustimmung der Fürsten zur Errichtung des „Einheitsstaates“ zu erlangen, und durch die Einsetzung eines Bundesparlaments hoffte er die volkstümlichen Sympathien für Preußen zu erwerben, deren man bedurfte, „um die Fürsten zur Einwilligung in die Beschränkung ihrer Souveränität zu bestimmen“.*) Den Beweis für die Existenz dieses Programms, das eine auffallende Ähnlichkeit mit der Politik Bismarcks im Jahre 1866 hat, ist Rachfahl freilich seinen Lesern schuldig geblieben.

Um Österreich möglichst lange über die wahren Absichten Preußens zu täuschen — so fährt Rachfahl fort —, habe der Minister es unterlassen, Radowitz von dem Wechsel des politischen Systems in Berlin in Kenntnis zu setzen. Ja er geht so weit, zu sagen: „Systematisch wurde Radowitz jetzt von Canitz düpiert.“**) Man sollte meinen, daß ein solches Scheinmanöver nicht nötig gewesen wäre, denn wenn, nach Rachfahls Meinung, das Radowitzsche Projekt auf die Verdrängung Österreichs aus dem Bunde angelegt war, welchen Grund konnte dann Canitz haben, jetzt, wo er glaubte, von Österreich loskommen zu können, aus seinen Plänen vor seinem vertrauten Freunde ein Geheimnis zu machen? Sein Schweigen läßt sich auf einfachere Weise deuten. Immerhin war es für ihn eine peinliche Lage, der Hofburg in aller Form zu erklären, daß Preußen sich nicht mehr an die von Radowitz übergebenen Propositionen für gebunden erachte, sondern zu einer anderen Basis übergehen müsse. Wenn man es den deutschen Regierungen überließ, den Parlamentsantrag auf dem Kongreß einzubringen, so wahrte das Berliner

Drange der öffentlichen Meinung nachgebend, auf die Forderungen des parlamentarischen Bundesstaates einzugehen sich entschlossen habe.

Unbestreitbar ist, daß mit der Wiener Revolution eine Krisis in der deutschen Frage hereingebrochen war, aus der große Vorteile für Preußen erwachsen konnten. Die nächste Folge des Ereignisses vom 13. Mai war, daß die Regierungen ihre Abneigung gegen den Kongreß fallen ließen, weil er unter den veränderten Umständen den einzigen Vereinigungspunkt für die Reformberatung bildete. Um so mehr durfte die Regierung Friedrich Wilhelms IV. sich der Hoffnung hingeben, daß ihr auf dem Kongreß eine führende Rolle zufallen würde. Diesen Gedanken hat Canitz im Auge gehabt, wenn er in dem zweiten Rundschreiben vom 16. März an die bei den deutschen Höfen beglaubigten Gesandten darauf hinweist, „daß der König sich des gemeinsamen Wohls Deutschlands mit allen materiellen und moralischen Kräften annehmen werde", und von derselben Erwägung ist Bodelschwingh bei dem Entwurfe des Patentes vom 18. März ausgegangen.*)

Die weiteren Aussichten hingen wesentlich davon ab, welche Haltung Österreich auf dem Kongresse einnehmen würde. Als eine willkürliche Kombination muß man es bezeichnen, wenn Rachfahl die Behauptung aufstellt, Canitz habe darauf gerechnet, durch die Verlegung des Kongresses nach Potsdam den Wiener Hof von der Beteiligung an demselben fernzuhalten.**) Canitz hat sicherlich sehr genau gewußt, daß Österreich, weit entfernt, seine Position im Bunde aufzugeben, eifrigst und durchaus nicht ohne Erfolg bemüht war, den lange vernachlässigten Einfluß der Präsidialmacht wieder zur Geltung zu bringen. Im ersten Augenblicke zwar hatte die Wiener Katastrophe im Lager der Bundesstaaten große Bestürzung hervorgerufen. Sie waren daran gewöhnt, in der Rivalität der beiden deutschen Großmächte die sicherste Gewähr für die Erhaltung ihrer Sonderrechte zu erblicken. Wenn Preußen jetzt durch den Niedergang

*) Vgl. S. 514. 515. Daß bei dem Erlaß des Patentes noch andere Motive

Österreichs die Übermacht erlangte, so konnte daraus eine schwere Schädigung ihrer Selbständigkeit entspringen. Sehr bald aber gewann eine andere Anschauung Raum. Nach dem Fall des Metternichschen Systems durfte man erwarten, daß Österreich sich energischer als bisher den Bundesangelegenheiten hingeben werde. Kaum hatte Graf Colloredo den Vorsitz in der Bundesversammlung übernommen,*) als sich die alte Erscheinung wiederholte: die Gesandten der kleineren und mittleren Staaten suchten ihren Stützpunkt bei dem Vertreter der Kaisermacht. Bevor noch die Nachricht von der Berliner Revolution nach Frankfurt gelangt war, berichtet am 20. März der sächsische Bundesgesandte: „Ich müßte mich sehr irren, wenn der Einfluß Österreichs in den deutschen Angelegenheiten nicht ein überwiegender werden würde, sofern man den Weg der Reform mit Aufrichtigkeit verfolgt und nicht fortfährt, wie in den letzten Jahren, diesen Einfluß selbst freiwillig aufzugeben. Nur von den Verhältnissen gezwungen, hat man sich in Süddeutschland in der bedrängten Zeit mehr Preußen zugewendet. Man hoffte, bei Gleichheit der Interessen, eine Stütze dort zu finden; kann man irgend glauben, daß Österreich nicht ferner hemmend wirken wird, so wird man der alten, auch im Volke keineswegs erloschenen Sympathie folgen.“**)

Die vorteilhafteste Lage für Preußen würde sich ergeben haben, wenn Österreich die Volksvertretung am Bunde und den Übergang zum Bundesstaate abgelehnt hätte, denn erst dann würde die Bahn zu einem selbständigen Vorgehen Preußens frei geworden sein. Undenkbar wäre es nicht, daß eine Anzahl von deutschen Regierungen sich zur Durchführung der bundesstaatlichen Verfassung um Preußen geschart hätte. Der Bildung eines Spezialvereins im Sinne der Radowitzschen Denkschrift hätte dann nichts im Wege gestanden, und sie wäre sogar damals unter günstigeren Verhältnissen ins

*) Vgl. S. 498. — **) Daß in Wien die Beteiligung an dem Kongresse eine beschlossene Sache war, beweist die Meldung des sächsischen Gesandten v. Könneritz vom 21. März 1848: „Wie ich soeben erfahre, ist die Kaiserliche Regierung dem preußischen Vorschlage, die Bundesgesandten zu einer Beratung wegen zeit-

Leben getreten, als im Mai 1849, wo Österreich wieder zu Kräften gekommen war. Allein, wie schon von anderer Seite hervorgehoben worden ist, selbst eine auf Grund des Patentes vom 18. März getroffene Vereinbarung läßt sich sehr wohl denken ohne den Bruch mit Österreich und ohne die preußische Vorherrschaft.*) Entscheidend für den Charakter der künftigen Verfassung war und blieb auch in der Folge die Form, in welcher die Zentralgewalt des Bundesstaates konstituiert wurde. Wie man weiß, sprach sich noch in dem Frankfurter Parlament anfangs die Majorität für ein mehrgliedriges Direktorium aus, weil eine Teilung der obersten Gewalt den durch die geschichtliche Entwickelung Deutschlands geschaffenen Verhältnissen der territorialen Souveränitäten sich leichter einfügen ließ, als eine monarchische Spitze. Auch Radowitz hat sich als Abgeordneter zunächst zu dieser Ansicht bekannt.

Nach Lage der Dinge mußte Canitz darauf vorbereitet sein, bei den Verhandlungen des Kongresses einer Koalition Österreichs und der Bundesstaaten zu begegnen, die jede Möglichkeit für eine Begründung der preußischen Hegemonie ausschloß — es sei denn, daß Preußen bereit gewesen wäre, zu gewaltsamen Mitteln zu greifen. Daß dieser Gedanke nicht in dem Charakter des Königs lag, bedarf keines Beweises. Gewiß brachte Friedrich Wilhelm der Schicksalsbestimmung Preußens, die auf die Erlangung der Führerschaft über Deutschland hinwies, das lebhafteste Verständnis entgegen, und gewiß hat er während der Märztage in der Tiefe seiner Seele mit mancherlei Plänen für die Machterhöhung des Hohenzollernstaates gerungen — aber was sind Wünsche, Hoffnungen, Entwürfe ohne die Kraft des Willens, die allein die vollbringende Tat zu erzeugen vermag!

Überblickt man den gegenwärtigen Stand der Forschung, so wird sich nicht behaupten lassen, daß die Radowitzsche Reformpolitik in der neueren historischen Literatur Deutschlands eine günstige Beurteilung erfahren habe. Auch hier macht sich die Erscheinung geltend, daß die überwiegend realpolitische Tendenz der Gegenwart einer gerechten Wertschätzung der nationalen Bestrebungen früherer Epochen hindernd im Wege steht. Den größten Anstoß haben bei den politischen Historikern die Ausführungen der Denkschrift erweckt,

tage beziehen. Heinrich v. Sybel erblickt in der Vereinigung des Zollvereins mit dem Bunde den „politischen Selbstmord" Preußens, und auch Heinrich v. Treitschke ist der Meinung, daß Friedrich Wilhelm IV. durch die Unterordnung des Zollvereins unter den Bundestag das größte Werk seines Vaters zerstört haben würde.*) Gerade dieser Einwand aber läßt sich ohne Schwierigkeit widerlegen. Was Radowitz zunächst im Sinne hatte, war die Ausdehnung des Zollvereins über das ganze Bundesgebiet, die schon längst von Preußen und seinen Bundesgenossen gewünscht wurde, denn solange der Steuerverein, Hannover und Oldenburg, dem Zollverein rivalisierend gegenüberstand, und die Hansagebiete in ihrer Sonderstellung verharrten, konnte von einem einheitlichen Handelssystem Deutschlands nicht die Rede sein. Da nach dem Radowitzschen Reformplan fortan für die gesetzgeberischen Akte des Bundestages die Majorität entscheidend sein sollte, so hatte Preußen größere Aussicht, mit seinen handelspolitischen Vorschlägen am Bunde durchzudringen, als auf den Zollkonferenzen, wo für die Beschlüsse Stimmeneinheit vorgeschrieben war.**) Freilich gab es in Süddeutschland, namentlich in Bayern, eine Partei, die mehr aus politischen als aus wirtschaftlichen Gründen auf einen Anschluß Österreichs an den Zollverein hinarbeitete. Aber es ist nicht ohne Bedeutung, darauf hinzuweisen, daß in den Tagen, in welchen die Denkschrift vom 20. November 1847 verfaßt wurde, bei der Regelung der Krakauer Frage in Berlin zwischen preußischen und österreichischen Bevollmächtigten Beratungen über den Eintritt Österreichs in den Zollverein stattfanden, die mit einem völlig negativen Ergebnis endeten, da der Wiener Hof die Präliminarforderungen Preußens, Aufhebung der Einfuhrverbote für viele der wichtigsten Artikel und Herabsetzung der Eingangszölle, entschieden ablehnte.***)

Der Grundfehler der Radowitzschen Reformpolitik lag zuletzt darin, daß sie die politische Reorganisation Deutschlands lediglich als ein Werk der Vereinbarung unter den Regierungen behandelte

*) H. v. Sybel a. a. O., I, S. 186, H. v. Treitschke V, S. 699.

**) Auf diesen Umstand hat bereits Rachfahl aufmerksam gemacht, der sich (S. 41 f.) gegen die Ansicht Sybels und Treitschkes erklärt.

***) Note des preußischen Gesandten v. Jordan an das sächsische Ministerium vom 24. November 1847, im Dresdner Staatsarchiv.

und für die Teilnahme des Volkes an dem Aufbau des nationalen Staates noch nicht die richtige Formel zu finden wußte. In seinen Entwürfen, schon von 1843 an, hat Radowitz stets betont, daß er von dem besseren Geist der Nation die mächtigste Unterstützung der Reformpläne erwartete, aber wenn er seine Hoffnung hierauf setzte, hätte es dann nicht um so mehr seine Aufgabe sein müssen, zunächst das Organ zu schaffen, welches dem Volke die Mitwirkung bei dem Reformwerke sicherte? Seine nur allzulange festgehaltene Abneigung gegen das konstitutionelle System hat ihn hier auf einen verhängnisvollen Irrweg geführt.

Es wäre im höchsten Grade ungerecht, wenn man verkennen wollte, daß in den Radowitzschen Vorschlägen für die Erweiterung der gesetzgeberischen Tätigkeit des Bundes ein fruchtbarer und entwickelungsfähiger Keim lag, welcher der Belebung der staatlichen Gemeinschaft Deutschlands zugute kommen konnte: sie sind in die Frankfurter Reichsverfassung von 1849 übergegangen und zum größten Teil zur Ausführung gekommen durch die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches. Trotzdem war es eine falsche Voraussetzung, wenn Radowitz glaubte, durch freiwillige Gewährung der von ihm beantragten Institutionen die Wünsche der Nation befriedigen zu können. Seit den Märztagen richtete sich der allgemeine Sturm und Drang auf eine fundamentale Reform an Haupt und Gliedern. Deutschland sollte zu einer nationalen Macht erhoben werden, die dem berechtigten Selbstgefühl der Nation entsprach. Dazu wäre das erste Erfordernis die Schaffung einer starken Zentralgewalt gewesen. Daß dieses Ziel auf dem Wege der Vereinbarung unter den Bundesstaaten niemals zu erreichen war, darin wird man Treitschke beipflichten müssen.*)

Ein eigentümliches Verhängnis liegt darin, daß der entscheidende Umschwung in den politischen Anschauungen Radowitz' gerade während der Wiener Mission eintreten sollte. Durch das Schreiben an

*) Der Hauptsatz der Kritik Treitschkes lautet: „Hochsinnig, gedankenreich, formvollendet wie alles, was aus Radowitz' Feder floß, litt die Denkschrift doch an der traumhaften Unklarheit, welche die ganze Nation, mit sehr vereinzelten Aus-

Friedrich Wilhelm IV. vom 16. März hatte er sich für immer von den Überlieferungen des altständischen Staates losgesagt und durch die Anerkennung des Patentes vom 18. März, von dem er in der Schrift „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV." mit einer fast überschwenglichen Begeisterung spricht,*) stellt er sich auf den Boden des repräsentativen Bundesstaates.

Der 18. März bildet den Schlußpunkt der Darstellung in der Schrift „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV." Mit seinem Urteil über die Ereignisse, die jenseits dieses Zeitpunktes liegen, hält der Verfasser zurück. Dem aufmerksamen Leser wird es trotzdem nicht entgehen, daß Radowitz in seinem Glauben an den deutschen Beruf Preußens nicht einen Augenblick wankend geworden ist. Das Vertrauen zu Preußen wiederherzustellen, ist der Endzweck seiner Apologie. Am Schluß der Vorrede sagt er: „Es ist erklärlich, daß die Proklamation vom 21. März mannigfachem Widerspruch begegnet ist; jeder tiefer Blickende aber wird hierdurch sein Urteil über die Stellung Preußens zu der deutschen Sache nicht beirren lassen." Seine Schrift trägt an der Spitze als Geleitspruch das Wort Johannes v. Müllers: „Es gibt unempfängliche Zeiten, aber was ewig ist, erlebt immer seine Zeit."

Unter dem Einfluß der immer schärfer hervortretenden Parteiungen war Deutschland einem Zustand verfallen, dessen charakteristisches Merkmal in dem gänzlichen Mangel jeder regulären Bundesregierung bestand. Bei dieser Lage der Dinge hatte die badische Regierung am 18. April die Initiative zu einem Antrag auf Begründung einer provisorischen Exekutivgewalt ergriffen. Abgesehen von den kritischen Verhältnissen ihres eigenen Landes, ging sie dabei von der sehr sachgemäßen Erwägung aus, daß es dem Interesse sämtlicher Regierungen entsprechen würde, eine Zentralbehörde zu schaffen, die so lange in Funktion bleiben sollte, bis das von dem Parlament zu beratende Grundgesetz ins Leben treten würde. Der konstitutive Gedanke des badischen Vorschlags lief hinaus auf die Einsetzung eines Kollegiums von drei deutschen Fürsten, denen in Gemeinschaft mit dem Bundestage und dem künftigen Parlamente, oder in dringenden Fällen auch auf eigene Ver-

*) Vgl. S. 541.

antwortung, die oberste Leitung der Reichsgeschäfte und die Sorge für die innere Ordnung und die äußere Sicherheit Deutschlands während des Provisoriums obliegen sollte. Für dieses Triumvirat sollten Österreich und Preußen je ein Mitglied ernennen, während das dritte aus drei von Bayern vorzuschlagenden Kandidaten von den übrigen Staaten durch Stimmenmehrheit gewählt werden sollte. Als die nächstliegende Aufgabe der Bundes-Vollziehungsgewalt hob das badische Gouvernement die Ernennung eines Oberfeldherrn hervor.*)

Heinrich v. Arnim hatte die größte Neigung, auf den Antrag einzugehen. In einem Ministerrat vom 20. April aber wurde er überstimmt. Es war in Berlin nicht unbekannt, daß die österreichische Regierung mit der Absicht umging, ihre Vertretung in dem Triumvirat auf den Erzherzog Johann zu übertragen. Durch seine bürgerliche Heirat und mancherlei volksfreundliche Äußerungen, die man ihm nachsagte, besaß der Erzherzog in Süddeutschland lebhafte Sympathien, die wohl geeignet waren, einen preußischen Prinzen neben ihm — man dachte an den älteren Prinzen Wilhelm oder auch an dessen Sohn, den späteren Admiral Prinzen Adalbert — in Schatten zu stellen. Die Vorteile, welche eine Exekutivgewalt als Gegengewicht gegen die Nationalversammlung den Regierungen gewähren konnte, ließen sich nicht verkennen; es kam nur darauf an, das badische Projekt so zu gestalten, daß es für Preußen günstigere Aussichten eröffnete. Der sicherste Weg dazu bot sich dar, wenn es gelang, die Wahl eines Oberfeldherrn durchzusetzen.

Die Fünfziger hatten bereits einen Beschluß gefaßt, nach welchem die allgemeine Volksbewaffnung in ganz Deutschland eingeführt werden sollte. Preußen war der einzige deutsche Staat, dessen Wehrverfassung auf den Einrichtungen des Volksheeres beruhte; preußische Truppen kämpften in Schleswig-Holstein für die deutsche Sache; der Bundestag hatte dem Anschluß Ost- und Westpreußens und eines Teils von Posen an den deutschen Bund zugestimmt; die preußische Gesamtmonarchie war mit dem deutschen Nationalstaat in die engste Verbindung getreten. Auf diese Argumente baute Arnim seinen Plan, wenn er in einem Erlaß vom 22. April dem

*) Bundesprotokolle, 1848, S. 416.

Grafen Dönhoff die Weisung erteilte, die Annahme des badischen Antrages möglichst zu hintertreiben, dagegen mit allen Kräften für die Wahl eines preußischen Generals zum Oberfeldherrn zu wirken. Durch den Krieg in Italien und die drohende Haltung der Ungarn und Böhmen war eine Konkurrenz Österreichs so gut wie ausgeschlossen. Gelang es, die Leitung der gesamten Wehrmacht Deutschlands für die Krone Preußens zu gewinnen, so war damit ein wesentlicher Schritt für die Begründung der preußischen Führung wenigstens auf militärischem Gebiete getan.

Inzwischen hatte der von den Vertrauensmännern niedergesetzte Ausschuß die Ausarbeitung des Reichsgrundgesetzes beendet. Die Verhandlungen waren so geheim gehalten worden, daß der Bundestag, dem der Entwurf, bekanntlich ein Werk Friedrich Christoph Dahlmanns, am 27. April übergeben wurde, von dem Inhalt im voraus keine Ahnung hatte. Wäre nach der Geschäftsordnung verfahren worden, so hätte die Konstitution zunächst den Regierungen zur Begutachtung mitgeteilt werden müssen. Dies war auch die Meinung der Bundesversammlung, aber die Vertrauensmänner, im Einverständnis mit den Fünfzigern, nahmen darauf keine Rücksicht, sondern schritten sofort zur Veröffentlichung, so daß die meisten Regierungen die erste Kunde von der Verfassung durch die Zeitungen erhielten.

Schon nach wenigen Tagen ließ sich übersehen, daß der Entwurf von sämtlichen Bundesgliedern, mit alleiniger Ausnahme Preußens, einmütigst abgelehnt werden würde. Wir werden uns später mit dem Reichsgrundgesetz und der Stellung der deutschen Regierungen zu demselben eingehender zu beschäftigen haben, hier genügt es, darauf hinzuweisen, daß die konsequente Durchführung des bundesstaatlichen Prinzips auf der Grundlage des erblichen Kaisertums in den dynastischen Kreisen Deutschlands einen allgemeinen Sturm der Entrüstung hervorrief. Graf Colloredo sagte gleich am 27. April zu Dönhoff, ehe der Kaiser von Österreich sich von einem erblichen Reichsoberhaupt Gesetze vorschreiben lasse, täte er besser, aus Deutschland auszuscheiden, seine Residenz in Prag zu etablieren

Das sächsische Ministerium ging methodischer zu Werke; in einer Sitzung vom 8. Mai wurden die einzelnen Paragraphen einer eingehenden Kritik unterworfen; das Endergebnis aber war auch hier die Ablehnung der Vorlage. Der Bundestag hat die Frage erwogen, ob er in die Beratung eintreten und einen Gegenentwurf aufstellen sollte, aber er kam zu keinem Entschluß, weil an eine Verständigung der Regierungen nicht zu denken war.

Um wenigstens etwas zu tun, erklärte der Bundestag sich am 3. Mai für die Annahme des badischen Antrages, auf Einsetzung eines dreigliedrigen Bundesdirektoriums. Die Frage des Triumvirats ist infolgedessen auch in Berlin noch einmal in Erwägung gezogen worden, und es hat einen Augenblick gegeben, wo Friedrich Wilhelm IV. ganz von dem Gedanken erfüllt war, die Vertretung Preußens in der provisorischen Regierungsgewalt dem Prinzen von Preußen zu übertragen, dessen Rückkehr aus England von dem Ministerium Camphausen-Hansemann betrieben wurde. Der König schreibt am 7. Mai an Camphausen in bezug auf seinen „armen, theuren Bruder Wilhelm": „Nächst dem ihm von mir zugedachten Kriegsruhm giebt es keinen würdigeren Weg für ihn nach Berlin als den durch die quasi souveräne Central Behörde Teutschlands."*)

Wenn die Regierungen schließlich von jedem Versuch einer Vereinigung untereinander Abstand nahmen, so geschah dies, weil sie sich mit der Hoffnung trösteten, daß die Beschlüsse der konstituierenden Versammlung ihren Souveränitätsrechten keine größeren Opfer auferlegen könnten als das Dahlmannsche Reichsgrundgesetz. Ernstliche Schritte, das Triumvirat ins Leben zu rufen, wurden von keiner Seite unternommen, und auch die Wahl eines Bundesfeldherrn verschwand von der Tagesordnung, nachdem die süddeutschen Kontingente mit den schlecht bewaffneten und noch schlechter geführten republikanischen Freischaren leichten Spiels fertig geworden waren.

Radowitz sah der Entwickelung des parlamentarischen Kampfes in Frankfurt mit der größten Spannung entgegen. Seine eigene Teilnahme an der Politik hielt er für abgeschlossen. Dienstliche Pflichten fesselten ihn nicht mehr, da der König ihm am 20.

hatte.*) Den Sommer wollte er auf dem Lande in Mecklenburg zubringen und zum Herbst sich in einer kleinen Stadt des westlichen Deutschland ansässig machen, möglichst in der Nähe von Frankfurt, um mit dem Freundeskreis in der Freien Reichsstadt und in Hessen in Verbindung zu bleiben. Sein Verkehr mit den Schwerzells in Willingshausen hatte ihn häufig durch die Stadt Wetzlar geführt, deren historische Erinnerungen aus der Zeit des Reichskammergerichts und der Wertherepoche Goethes ihn anmutend berührten. Hier gedachte er, sich und den Seinen eine neue Heimat zu gründen und fortan nur noch seinen schriftstellerischen Neigungen zu leben. Er trug sich mit großen literarischen Plänen, unter denen eine Geschichte der acht Regierungsjahre Friedrich Wilhelms IV. die erste Stelle einnahm.**)

Höchst unerwartet traf ihn am 16. Mai die Nachricht, daß er von dem westfälischen Bezirk Arnsberg-Rüthen in das Parlament gewählt worden sei. Die Überraschung war um so größer, als er sich weder um eine Kandidatur beworben hatte, noch irgend welche Bekanntschaften in jenem Kreise besaß. Er zögerte keinen Augenblick, dem Rufe zu folgen. „Meiner Überzeugung nach", schrieb er am 17. Mai an den König, „darf eben in Zeiten, wie die gegenwärtigen, sich niemand dem Kampfe entziehen, wie gering auch die Aussicht auf Erfolg sei. Auch das Ablegen eines offenen guten Zeugnisses hat seinen Wert und seinen Segen. Ja selbst der Gedanke, einen höheren Punkt der Vereinigung zu gewinnen, in dem auch verschiedenartige religiöse und politische Richtungen zusammengehen, ist nicht ohne einige Hoffnung des Gelingens. Ganz insbesondre aber leitet mich bei dem Entschlusse, diese undankbare und dornenvolle Bahn zu betreten, der Gedanke, möglicherweise dort noch für Euere Majestät wirksam sein zu können."

So sehr die Zukunft Deutschlands auch vor seinen Augen in Dunkel gehüllt war, — was ihn vorwärts trieb, war das Bewußtsein der untrennbaren Zusammengehörigkeit mit Preußen. Schon vor Jahren hatte er gesagt: „Mit diesem Staate will ich

Urkundliche Beilagen.

Urkundliche Beilagen.



1. Vgl. S. 215.

Radowitz an Goethe.

Berlin 1831, Mai 21.

Ew. Excellenz sehr geneigtes Schreiben habe ich bis jetzt gehorsamst zu beantworten gezögert, da ich zuvor noch neuere Nachrichten von Herrn v. Reutern abzuwarten gedachte. Diese sind jetzt eingetroffen, und zeigen, daß Herr v. Reutern Ende Mai aus Livland abreisen und gegen Mitte Juni bey den Seinigen in Hessen eintreffen wird. Der Aufstand in Samogitien hat ihn verhindert, den Landweg zu nehmen und genöthigt die Fahrt des Dampfschiffes zu erwarten, welches in Lübeck anlegt.

Hieraus werden Ew. Excellenz geneigtest entnehmen, daß es am gerathensten seyn dürfte, die Kiste mit dem Bilde unmittelbar nach Hessen unter der Adresse des Herrn v. Reutern, Willingshausen bey Ziegenhayn, abzusenden. Den Brief, welchen Ew. Excellenz mir anvertrauten, habe ich ebenfalls dorthin gesendet und kann nur noch meinen innigsten Dank hinzufügen, daß Hochdieselben mir gestattet haben, von dem reichen und erfreulichen Inhalte Kenntniß zu nehmen.

In hoher Verehrung habe ich die Ehre zu verharren

Ew. Excellenz
gehorsamster Diener
v. Radowitz.

---

2. Vgl. S. 251.

Radowitz an Joukowski.
Studienplan für den Großfürsten Thronfolger von Rußland Alexander Nikolajewitsch (Alexander II.).

Berlin, 13. September 1833.

Da es vor allen Dingen nothwendig ist, von bestimmten Grundlagen auszugehen, so stelle ich folgende Voraussetzungen auf:

die von ihm erlernten Sprachen durch eigene Übung fortzubilden, genügende Kenntniß der Mathematik, um sich mit derselben nicht ferner mehr zu beschäftigen. Von den historischen Wissenschaften: die mit dem Gedächtniß aufzufassenden Daten. Von den Kriegswissenschaften: die Elemente der Artillerie, Fortifikation und Taktik, theils durch Unterricht, theils durch unmittelbare Anschauung. Ich nehme ferner an, daß noch auf drei Jahre Unterrichtszeit und eine tägliche wissenschaftliche Beschäftigung von mindestens zwei Stunden zu rechnen ist.

Dieses sind meine Hypothesen.

Die jetzige Aufgabe für den Unterricht des Großfürsten ist dreifach:

a) die wissenschaftliche Vorbereitung des künftigen Regenten;

b) die wissenschaftliche Vorbereitung des künftigen Feldherrn;

c) die allgemeine geistige Bildung des Menschen.

Diesen drei Kategorien entsprechen folgende wissenschaftliche Disciplinen.

Dem ersten: a) Geschichte und Geographie im Allgemeinen und insbesondere des eigenen Landes; b) Rechtswissenschaft; c) Politik in theoretischer Beziehung und als Kenntniß des Verhältnisses der Staaten gegen einander; d) Technologie.

Dem zweiten: a) Die theoretische Lehre von den großen Operationen (Strategie); b) die Geschichte der Kriege.

Dem dritten: a) Die Geschichte des menschlichen Geistes und seiner Hervorbringungen in Litteratur und Kunst; b) die Geschichte der Natur als Physik, Chemie und eigentliche Naturgeschichte. Dieses Ganze vom Unterricht läßt sich in zwei nebeneinander herlaufenden Cursen umfassen:

A. einem militairischen Cursus, der die Strategie und Kriegsgeschichte enthält;

B. einem allgemeinen und sechs Specialcursen für die anderen Wissenschaften.

Der allgemeine Cursus soll dazu dienen: 1) einen Überblick des ganzen Gebietes der Wissenschaften zu geben (Encyklopaedie); 2) den Zusammenhang derselben unter sich zu zeigen; 3) die successive Entwickelung fühlbar zu machen; 4) als Einleitung zu sämmtlichen Specialcursen zu dienen.

Die Form desselben muß durchaus historisch, aber in dem Sinne sein, daß daraus ein vollständiges Bild dessen, was auf Erden geschehen, im geistigen und leiblichen Gebiete, erwachse. Wenn dieser Vortrag daher richtig behandelt wird, so muß er für jede Periode derselben a) die äußeren geschichtlichen Tatsachen in großen Umrissen, b) die Ge-

1. Naturlehre:
   a. Übersicht der physikalischen und chemischen Lehren;
   b. Anwendung auf Gewerbe und Industrie (Technologie).
2. Rechtswissenschaft:
   a. Die allgemeinen Begriffe vom Rechte und dessen Handhabung angeknüpft an die Geschichte des römischen Rechtes;
   b. die russischen Rechte.
3. Politik:
   a. Die allgemeinen staatswissenschaftlichen Begriffe und Systeme;
   b. die Geschichte der Relationen der europäischen Mächte mit besonderem Bezug auf Rußland.
4. Litteratur:
   a. Die allgemeinen Begriffe (Aesthetik);
   b. die Geschichte der Litteratur in der alten und neuen Welt.
5. Kunst:
   a. Die allgemeinen Begriffe und Eintheilungen (Malerei, Plastik, Architektur, Musik);
   b. Geschichte der Künste der alten und neuen Welt.
6. Rußland als specielles Studium, und zwar:
   a. die historischen Thatsachen;
   b. die physikalische und statistische Landesbeschreibung;
   c. die Productionen und Handelsverhältnisse.

In Bezug auf die Zeit halte ich folgende Eintheilung für die angemessenste:

1tes Studienjahr:
   a. Der militairische Cursus (Taktik und Strategie), wöchentlich zwei Tage, à zwei Stunden;
   b. der allgemeine Cursus, wöchentlich vier Tage.

2tes Studienjahr:
   a. Der militärische Kursus (Kriegsgeschichte), wöchentlich drei Tage à zwei Stunden;
   b. der Specialcursus der Naturlehre, zwei Tage;
   c. der Specialcursus der Rechtswissenschaft, ein Tag.

3tes Studienjahr:
   a. Der Specialcursus der Politik, drei Tage;
   b. der Specialcursus der Litteratur, zwei Tage;
   c. der Specialcursus der Kunst, ein Tag.
   Der Specialcursus für Rußland, sechs Tage (im zweiten halben Jahr).

Lehrer, der frei von allem Schulzwange mit wahrhafter geistiger Lebendigkeit seine Aufgabe behandelt. Ebensowenig darf bei dem Specialcursus zu sehr ins Einzelne gegangen werden, wozu auch die Zeit nicht ausreichen würde.

---

3. Vgl. S. 357.

Denkschrift Radowitz' über das Goethehaus in Weimar mit den Sammlungen Goethes als deutsches Museum, Januar 1842.

„Es ist in öffentlichen Blättern schon ein Paar Mal der Wunsch ausgesprochen worden, Haus und Sammlungen Goethes möchten von der deutschen Nation angekauft und der Besuch dem Publikum freigegeben werden. Folgende Gründe dienen vielleicht, diesen Wunsch zu unterstützen, der hier nur dahin verändert wird, daß der deutsche Bund selber diese nationale Handlung vollbringen möge.

1. Goethe verdient ein Denkmal von der ganzen deutschen Nation, und Weimar, die Pflegerin der großen Litteratur-Epoche, verdient dieses Denkmal zu besitzen.

2. Die Erwerbung des Goethe'schen Hauses mit den Sammlungen für die deutsche Nation, die Ernennung zum Deutschen Museum, wäre das ehrenvollste Denkmal; die schönste Belohnung Goethe's und Weimars.

3. Die Goethe'schen Sammlungen sind ein Werk Goethe's, wie jedes andere poetische oder wissenschaftliche; sie vergegenwärtigen Neigung und Arbeit einer großen Persönlichkeit — Neigung und Arbeit einer wichtigen deutschen Epoche; aber nur als Ganzes; durch Zersplitterung würde das geistige Leben, also der wahre Werth dieses Goethe'schen Werkes, zerstört. Die Sammlungen sind das, was sie sein sollen, nur in Weimar, nur im Goethe'schen Hause.

4. Indem die Nation durch Erwerbung der an sich werthvollen Sammlungen Verdienste belohnt und in Anerkennung eines ihrer Söhne sich selber ehrt, stiftet sie einen Ort aesthetischer und wissenschaftlicher Erbauung und Belehrung, dessen Besuch gebildeten Deutschen und Ausländern durch die Eisenbahnen immer mehr erleichtert wird.

5. Die Mitwelt überliefert dadurch der Nachwelt das sprechendste Denkmal einer großen Litteraturepoche, das der Nachwelt vielleicht noch wichtiger erscheinen wird als der Gegenwart.

6. Die Führer und Vertreter des deutschen Volkes, die deutschen

7. Solchen Dank zu erwerben, bedarf es einer für die Mittel des Deutschen Bundes nur mäßigen Summe, die überhaupt nicht besser angelegt werden könnte, und noch dazu in die Hände der Nachkommen des Dichters gelangte.

8. Im Fall die deutsche Nation sich die Goethe'schen Sammlungen nicht aneignen wollte, wären die Goethe'schen Erben gezwungen, sie zu veräußern, wodurch sie zersplittert würden und vielleicht größtentheils in englische Museen wanderten. Das wäre kein Ruhm für das deutsche Volk, und würde, wenn es geschehen wäre, gewiß allgemein bedauert werden.

Könnte der Monarch, der von der Vorsehung berufen ist, sich an die Spitze deutscher Bildung zu stellen, und der diesen Beruf anerkennt, sich bewogen finden, diesen Wunsch durch seine Anerkennung zu sanctioniren, so würde die deutsche Nation in Kurzem über die Rettung des ihr gehörigen Denkmals sich zu freuen haben. Ein Antrag, der von ihm in dieser vaterländischen Angelegenheit ausginge, würde von den deutschen Fürsten gewiß mit Freuden angenommen werden.

Die Ausführung selber böte die wenigsten Schwierigkeiten. Durch sachverständige Männer könnte der Kauf mit den Goethe'schen Erben, denen die Erhaltung der Sammlung selbst am Herzen liegen muß, leicht zur Zufriedenheit beider Theile abgeschlossen werden. Ein Aufseher würde vielleicht am besten von dem Freunde und Testamentsexekutor Goethe's, dem Kanzler Müller in Weimar, vorgeschlagen, und das Ganze sodann, als deutsches Eigenthum, unter den Schutz der Weimarschen Regierung gestellt."

Auf Grund der vorstehenden Denkschrift stellten Österreich und Preußen in der Sitzung der Bundesversammlung vom 9. September 1842 den Antrag auf Ankauf des Hauses und der Sammlungen Goethes „zum Gebrauch als Nationaleigentum und Denkmal des Dichters". Nachdem der Bevollmächtigte Sachsen-Weimars, Freiherr v. Fritsch, den Dank seiner Regierung ausgesprochen und im Namen derselben die Förderung der Stiftung zugesagt hatte, stimmten sämtliche Regierungen, mit Ausnahme der kurhessischen, deren Gesandter sich ablehnend verhielt, für die Niedersetzung einer Kommission zur Vorbereitung eines definitiven Beschlusses: (Protokolle der Bundesversammlung, 1842, S. 598). Die langwierigen Verhandlungen scheiterten daran, daß eine Einigung mit den Erben Goethes nicht zu erzielen war.

---

4. Vgl. S. 506.

Radowitz an den König.

Wien, 16. März 48.

Euerer Majestät Gesandter wird AllerhöchstIhnen berichten, daß die politische Revolution in Oesterreich vollbracht ist. Die Frage über die nähere Gestaltung der konstitutionellen Regierung greift in Einzelheiten, die für Oesterreich wichtig, für das Allgemeine aber von geringerer Erheblichkeit sind. Aber die Frage, die das ganze Herz im Innersten zusammenzieht, ist: wie wird der Rückschlag dieses ungeheueren Ereignisses Preußen treffen? Gott allein weiß, ob es nicht schon geschehen, wenn diese Zeilen vor Euerer Majestät Augen kommen.

Unter dem Eindrucke dieses Augenblickes wage ich vor Euere Majestät zu treten, wie Sie mir es so oft erlaubt. Mein äußerer Beruf liegt darin, daß ich Zeuge der hiesigen Umwälzung sein mußte, mein innerer in einer Liebe zu Euerer Majestät, die mit dem Kern meiner Seele verwachsen ist.

Ich beschwöre Euere Majestät, den jetzigen Augenblick nach allen seinen Ausgängen fest ins Auge zu fassen. Nur hierzu sollen diese meine Worte einen Beitrag darbieten, und sie müssen deswegen ganz unumwunden sein.

Nach aller menschlicher Voraussicht wird der Petitionssturm aufbrausen, Demonstrationen drohender Art sich anschließen, und der Aufruhr folgen; sein entscheidender Schauplatz in allen andern Staaten ist die Hauptstadt.

Werden Euere Majestät ihn mit den Waffen bekämpfen können und wollen bis zum Aeußersten hin? Die Pflicht hierin reicht nicht weiter als die Möglichkeit.

Ist eine vernünftige Möglichkeit eines wirklichen Sieges vorhanden, so werden Euere Majestät diese schwerste aller Regentenpflichten erfüllen, bis zum letzten Ende hinaus. Dieses Ende läge in der Nothwendigkeit, Berlin zu räumen, ehe die Truppen durch längere Straßengefechte leiblich und geistig ihre Haltung verloren haben. Erfahrungsmäßig führt jeder dauernde Kampf in großen Städten zur Demoralisation der Truppen und ihrer Führer. Daher baldigstes Abbrechen desselben. Zurückziehen nach Spandau, das für solche Anläufe unangreifbar ist; Verlegung der Regierung dorthin; Konzentrierung der von ferne heranziehenden Truppen um die Festung; höchste Sorge für Verpflegung. Die materielle

Wenn aber Euere Majestät sich nach reiflichster nüchternster Prüfung sagen müßten, daß dieses Verfahren unmöglich sei, weil der Aufruhr die andern Städte und Provinzen ergreifen und einen allgemeinen Abfall erzeugen würde, dann tritt der verhängnißvolle Moment ein, wo Euere Majestät sich sagen würden, ob Allerhöchstsie in die konstitutionelle Bahn eingehen können und wollen. Absichtlich gebrauche ich dies Stichwort im Sinne des Repräsentativ-Systems, also Volksvertretung, verantwortliche Minister und Budgetverhandlung &c.

Fühlen sich Euere Majestät in Ihrem Gewissen hierzu berechtigt und verpflichtet, so bitte ich Sie, um Alles was heilig und theuer ist, säumen Euere Majestät keinen Augenblick. Nur das ganz Freiwillige rettet dann das Wesen der Monarchie und trägt vielleicht den Keim einer rechtlichen Entwickelung in sich. Dieselben Schritte, durch den Aufstand abgezwungen, werfen in den Abgrund der Revolution.

Entschließen sich Euere Majestät, diesen Weg zu betreten, so wäre ohne allen und jeden Verzug nothwendig:

1., die Entlassung einiger Minister, die die sogenannte öffentliche Meinung mit schwerem Unrechte zum Gegenstande ihrer besonderen Abneigung macht. Jeder dieser Ehrenmänner, wie die Minister Thile, Eichhorn, wird es Euerer Majestät selbst Dank wissen;
2., die Ernennung einiger dem konstitutionellen System angehörigen Minister aus der Zahl solcher Personen, die wie z. B. Graf Schwerin, dabei rechtschaffene Männer und Patrioten sind;
3., die Aufhebung der Censur;
4., die positive Königliche Erklärung, daß Euere Majestät mit dem in kürzester Frist einberufenen Landtag eine ausgedehntere Repräsentativ-Verfassung berathen werden.

Diese Maßregeln, unverzüglich genommen, würden nach allem Ermessen den drohenden Ausbruch verhindern und für einen freien Blick in die weitere Zukunft den unentbehrlichen Raum verschaffen. Ein solcher Vorblick wird von einem aufrichtigen Rückblick ausgehen müssen, den ich mir in Folgendem erlaube:

Der jetzige namenlose Zustand, abgesehen von dessen äusserem Anstoße, ist daraus entstanden, daß man der destruktiven Partei überlassen hat, andere Oppositionskräfte an sich zu ziehen, die ihrer Natur nach keineswegs unvereinbar mit der monarchischen Ordnung sind.

Erstens. Den großen Haufen Derer, welche ohne eigentliche politische Meinung von einem dunklen Drange des politischen Mißbehagens getrieben wurden. Diese mußte man seit Jahren politisch erziehen; hierzu

und die kräftigste Belebung des ständischen Prinzips helfen. Letzteres haben Euere Majestät durch das Patent vom 3. Februar im edelsten und richtigsten Sinne angestrebt, aber es kam zu spät, und ist nachtheiligen Schicksalen in der Ausführung verfallen. Diese Partei verlangt jetzt die Repräsentativ-Konstitution.

Drittens. Die Sehnsucht nach nationaler Aufrichtung. Euere Majestät haben auch hierin mit unvergleichlicher Empfindung das Beste gewollt, aber an die Ausführung ist zu spät die Hand gelegt worden. Jetzt führt diese Tendenz zu dem sogenannten deutschen Parlament. Was hierin noch denkbar ist, ohne die ganze rechtliche Ordnung Deutschlands umzustoßen, erlaube ich mir heute dem Minister von Canitz vorzulegen.*)

Viertens. Die sozialistische Bewegung, als Kampf des Proletariats um gesicherte Existenz und Organisation der Arbeit. Man hat diese neue ungeheuere Kraft als utopisch verhöhnt, oder bloß polizeilich abgewiesen. Ueberläßt man sie sich selbst, so sprengt sie unfehlbar den ganzen Bau der modernen Staaten, welche politische Verfassung sie auch annehmen mögen. Eben deshalb, weil sie außerhalb der doktrinellen Politik steht, giebt sie aber auch neue und große Mittel in die Hände des monarchischen Prinzips, und vermag ein mächtiges Gegengewicht selbst innerhalb des Repräsentativ-Systems abzugeben.

In diesen vier Hauptmomenten des politischen Daseins ist, wie ich mit tiefstem Schmerze sage, das Entscheidende unterblieben; sie können nicht mehr die politische Krise abwenden. Aber wenn in dieser ein Ruhepunkt gewonnen ist, wäre es auch leider auf der Basis des Repräsentativ-Systems, so gewährten sie Euerer Majestät großen Eigenschaften noch Mittel und Waffen, um wieder neuen Boden zu fassen.

Ich habe es gewagt, Euerer Majestät mein Herz auszuschütten, das voll schneidenden Kummers aber nicht muthlos ist. Liegt es in dem gnädigen Willen Gottes, daß dieses schmerzerfüllte Blatt Euere Majestät in dem Bewußtsein trifft, daß diese Befürchtungen ohne Grund seien, so werfen Sie es mit den Gedanken ins Feuer, daß es aus dem redlichsten Willen, aus der treuesten Liebe geflossen.

---

5. Vgl. S. 527.

Radowitz an König Friedrich Wilhelm IV.

Strelitz, 28. März 1848.

Euere Majestät haben mir befehlen lassen, über den gegenwärtigen

wart, sind auch diese Worte, aber ohne Mißstimmung oder Recrimination. Die Gerichte des Herrn haben die Welt getroffen; es gilt, sie gefaßt und ergeben zu ertragen.

Aus den Mittheilungen, welche mir der Minister von Arnim nach Rücksprache mit seinen Collegen gestern machte, habe ich den Schluß ziehen müssen, daß meine Anwesenheit in Berlin für Euere Majestät Gefahren oder mindestens Unannehmlichkeit bringen könnte. Ich habe daher augenblicklich Berlin verlassen, um mich zu meiner Schwiegermutter nach Giewitz zu begeben.

Ich habe auch ferner erkennen müssen, daß mein Verweilen im Dienste Euerer Majestät jetzt nicht allein keinen Nutzen, sondern selbst Nachtheil bereiten würde. Es kommt dabei nicht darauf an, ob das was ich im Laufe der Jahre zu Euerer Majestät gesprochen habe, wirklich von der vorausgesetzten Beschaffenheit gewesen, oder ob ich nicht vielmehr Ihre wahre Freisinnigkeit besser erkannt als viele Andere und mit allen Kräften vergeblich danach strebte, daß auch Deutschland und Preußen erfahre, was sein König wolle. Genug, man hegt eine solche Meinung, und dieses muß mir genügen, um sofort freiwillig zurückzutreten. Ich habe Euere Majestät nicht bewahren dürfen, wie ich es heiß ersehnte; wenigstens will ich meinem theuern geliebten Herrn nicht schaden!

Daher reiche ich morgen mein Abschiedsgesuch ein; auch hierin soll kein Vorwurf, keine Bitterkeit liegen, ich stütze es daher lediglich auf Gesundheitsrücksichten, die nur allzuwahr sind.

Mein ferneres Leben gehört Euerer Majestät auch dann nicht minder an. Es giebt noch ein freies Feld, auf welchem ich hoffen darf, Ihnen und der Sache der Wahrheit umfassende Dienste zu leisten. Was ich Euerer Majestät vor Jahren vorschlug, will ich trachten, auf eigene Kräfte gestützt, zu erreichen, nämlich eine tief eingreifende literarische Bewegung auf dem gesamten politischen Gebiete.

Die nächste Aufgabe, die ich mir hierin stelle, ist, der Welt zu zeigen, daß die großen Vorsätze für Deutschlands Wiedergeburt, welche Euere Majestät in dem Patente vom 18. März verheissen haben, nicht das Werk der Bewegung in Berlin, auch nicht die der vorhergegangenen Aufstände in den andern deutschen Staaten, sondern das Resultat Ihres langjährigen freien Entschlusses sind. Daß Deutschland dieses erfahre, darauf kommt alles an, wenn es Ihnen anhängen und vertrauen soll. Diese Arbeit, die ich in kürzester Frist zu beendigen denke, kann jedoch nur dann positiven Eindruck machen, wenn ich die Eingaben und Verhandlungen abdrucken lasse, welche Ihrem Conseil von mir vorgelegt worden sind, insbesondere die Denkschrift vom 20. November 1847, die leider dann drei Monate unerwogen im Ministerium liegen blieb. Wollen Euere Majestät, daß dieser bedeutsame Schritt geschehe, natürlich aber nur als meine Privatarbeit, so bitte ich Euere Majestät, mich mit zwei Zeilen rein persönlich, hierzu zu ermächtigen.

6. Vgl. S. 527.

Denkſchrift.

Strelitz, 28. März 1848.

Der König hat zugeſagt:

a., eine freieſte Konſtitution,

b., eine Regeneration Deutſchlands.

Es kommt durchaus nicht mehr auf Unterſuchen und Beklagen des Geſchehenen an; die Thatſachen gehören der Geſchichte und dem Rechte an. An beiden Zuſagen kann und darf daher nicht gerüttelt werden; ja ſie müſſen ſtreng nach dem Sinne erfüllt werden, unter welchem die Jetztwelt ſie gefordert und der König ſie zugeſtanden hat. So erfordert es das Gewiſſen und die Ehre, ſo gebietet es die unbedingte Nothwendigkeit.

Für die Konſtitution kann daher nur die Rede ſein von einem Verhältniß der Königlichen Gewalt zu der „Volksgewalt", wie ſie in ſämtlichen Programmen der andern deutſchen Staaten ſich wiederholen. Auf ein Mehr oder Minder in einzelnen konſtitutionellen Beſtimmungen der neuen Charte kommt es bei der jetzigen Lage der Dinge durchaus nicht mehr an; es iſt ſogar höchſt gefährlich, darin zu markten.

Die entſcheidende Frage iſt vielmehr, ob es gelingen könne, die verlorene Autorität wiederzugewinnen, eine Autorität, die weder in der abſoluteſten Verfaſſung ſtets vorhanden, noch in der radikalſten ſtets abweſend iſt. Dieſe theils materielle, theils moraliſche Autorität iſt für den König momentan verloren gegangen, nicht durch jene Zuſagen an und für ſich, ſondern weil dieſe aus einem unbezwungenen Aufruhre hervorgegangen ſind.

Das natürlichſte Mittel, um die monarchiſche Autorität herzuſtellen, wäre der Krieg. Europa iſt an einem 30jährigen ſtumpfſinnigen Frieden zu Grunde gegangen; es kann nur geneſen durch einen tief erſchütternden Krieg; bis dahin ſind alle Erſcheinungen an Perſonen und Inſtitutionen nur Proviſorien. Erſt der Ausgang dieſes europäiſchen Krieges wird den Welttheil neu konſtituiren. Wenn der König ſich ſelbſt an die Spitze der Armeen ſtellt und Sieger bleibt, ſo iſt Er blos durch die Gewalt der Umſtände und den Aufſchwung der Geſinnung wieder Herr ſeines Reiches; er würde eine ſolche Stellung nicht benutzen, um Gegebenes zurückzunehmen, ſondern um es auf geſünderen Grundlagen zu befeſtigen.

Der Krieg wird ſicher kommen; er läßt ſich aber nicht improviſiren;

alles Zögern sein Gardekorps senden; dies wäre in doppelter Hinsicht ein hoher Gewinn.

Abgesehen von dem ferneren Mittel des Kriegs handelt es sich aber um die nächste Frage wegen des Landtags. Kommt ein solcher auf der Basis des 3. Februar zu Stande, oder nicht? Selbst das letztere wäre noch nicht unbedingt als ein Unglück zu betrachten.

Der König wird sich nur lebhaft vergegenwärtigen müssen, daß Er zwei Wege einschlagen kann; weil nach erfochtenem Siege über das monarchische Prinzip zwei Parteien in Deutschland einander gegenüberstehen. Die eine, die bürgerlich-liberale, möchte mit dem Repräsentativstaate nach Art der Charte von 1830 abschließen. Die andere, die radikale, will darüber hinaus in eine politische Herrschaft des Gesammtvolkes, deren konsequentes Ende dann die Februar-Republik ist. Eine preußische Republik wäre allerdings ein unausführbarer Unsinn, aber eine deutsche keinesweges.

Der König wird freilich nicht umhin können, sich auf die erstere Partei zu stützen; Er wird aber danach trachten müssen, dieses nicht passiv, sondern in hohem Grade activ und vorausschauend zu thun. Denn nach den letzten Erfahrungen ist klar, daß die bürgerlich-konstitutionelle Partei nirgends im Stande ist, im entscheidenden Augenblicke den Streit mit dem jetzt allein sogenannten „Volke" zu bestehen. Der König wird daher nicht unbedingt in den Interessen dieser Partei aufgehen dürfen, sondern wird sich auf einen höheren eigenthümlichen Standpunkt stellen müssen.

Dieses geschieht indem:

einerseits die alten monarchisch gesinnten Elemente sich nicht von dem politischen Schauplatze zurückziehen, sondern im Gegentheil auf das energischste in den Kampf mit eingreifen. Aber nicht als Partei der Regierung, nicht als Verbündete der liberal-konstitutionellen Partei in deren Kampf gegen die unteren Klassen, eben so wenig als Verbündete der Radikalen gegen das Bürgerthum, sondern völlig unabhängig. Weder eine politische Emigration noch ein gewissenloses Bündniß mit der extremen Linken, sondern eine kräftige Selbständigkeit auf der Basis wahrer Freiheit. Der König kann und muß sehr viel dazu thun, daß eine solche Partei sich bilde; sie darf und wird nicht mit dem System seines jedesmaligen Ministeriums gehen, und doch immer in höherem Sinne seine Sache führen.

Andererseits. Die sozialistischen Elemente, die zum höchsten Unglücke der Zeit in die Hände des politischen Radikalismus gefallen sind, von demselben trennen. Das Proletariat ist an sich genommen keinesweges republikanisch; dies ist ein weit verbreiteter

Arbeit voranstellte, hätte den „gemeinen Mann" für sich, und hiermit eine ungeheuere Macht. Es ist allerdings ein gefährlicher Weg, aber was ist jetzt nicht gefährlich? und zwar gefährlich ohne Aussicht eines Sieges?

Drittens. Die Wiederbelebung der Verschiedenheit und der Autonomie der einzelnen Landestheile. Hierin läge eines der größten Gegengewichte gegen das revolutionäre Niveau. Daher muß der König selbst vorantreten und verlangen, daß die Centralisation der Verwaltung aufhöre, die Provinzen bis zu den Kreisen und Communen herunter sich ihre Verwaltung selbst einrichten und statt der büreaukratischen Bevormundung zum Selfgouvernement übergehen. Dieses Verfahren würde, da es reelle Freiheit statt der blos formellen giebt, außerordentlich tief einwirken, und aller Welt zeigen, daß die Monarchie eine ganz andere Selbständigkeit gewähren kann, als selbst die Republik von 1848.

Wenn diese flüchtigen Betrachtungen der ersten Königlichen Zusage: freie Konstitution, gewidmet waren, so kann die zweite: Regeneration Deutschlands desto kürzer betrachtet werden. Die Ziele und Mittel sind seit langer Zeit genau genug erwogen und anerkannt worden. Ob sie jetzt durch die durch das Patent vom 21. März bereits bewirkte Trennung von Oesterreich gefördert werden, und zwar in eben dem Momente, wo dieses die letzte Scheidewand zwischen sich und Deutschland fallen läßt, muß ernstlich und schmerzlich bezweifelt werden. Es ist hierdurch ein Weg betreten worden, für den der Maßstab noch gänzlich mangelt; daß er zur Einigung, Kräftigung und Erhebung Deutschlands mit Preußen an der Spitze führe, kann man nur aus innerstem Herzen wünschen, aber nicht leicht erwarten.

---

7. Vgl. S. 528.

Friedrich Wilhelm IV. an den Minister v. Auerswald.

Potsdam, 31. März 1848.

Theuerster Alfred. Da ich voraussetzen **muß**, daß in der Verfassungs-Angelegenheit meine Stimme als eine wichtige und entscheidende gelten wird, so geb' ich Ihnen hier für das Staats-Ministerium einige Winke über meine Grundsätze und ihre Anwendung, von denen ich nicht abzugehen glauben kann und darf, die also Berücksichtigung finden müssen. Zuvörderst werd' ich weder französisches noch belgisches etc. dulden. Der Zuschnitt muß, wenn überhaupt ein ausländischer Name statthaft ist, Englisch sein und das lediglich darum, weil das englische Wesen germanischen Ursprungs ist und auf keinen revoluzionären, sondern reformatorischen Basen ruht. So z. B. will ich, daß der Organisazion

des Landes der Vortritt vor der Confeczion einer sogen. Charte gegeben werde. Mein Bemühen seit 8 Jahren, dem Lande, den einzelnen Provinzen eine Selbständigkeit in der Handhabung ihres Eignen zu schaffen, kann und muß jetzt in's Leben treten und wird von Jedermann verstanden und gebilligt werden. Mit einem Wort ich will Self Gouvernement. Die Provinzial-Stände dürfen deshalb nicht aufgehoben, nur reformirt werden. Das Self Gouvernement muß in den Communen anheben, den Kreis, die Provinz umfassen.

Aus dem leitenden Grundsatz folgt ferner von selbst, daß das Oberhaus kein simulacrum wie das belgische und verblichne französische, sondern wie das Englische eine Realität sein muß. Ich widersetze mich also jeder Auflösung der Herren Curie, halte aber |: ohne Zweifel mit Ihnen Allen :| ihre Verstärkung für unabweislich. Dazu haben wir durchs ganze Land vortreffliche Elemente. So u. a. in Preußen Gröbensche Stimmen, in Pommern Blumenthalische, Bismarck-Bohlensche, in der Mark die Berechtigung des Majorates Buch |: Graf Voß :| und vieler andrer, in Sachsen u. a. Grote, in Westphalen, Galen, Romberg, Meerveldt etc. etc. etc. Am Rhein, Mirbach-Gudenau, Nesselrode, Hompesch, Metternich etc. etc. etc. Auch geb' ich Ihnen zur Prüfung ein Project von mir hin, welches im vorigen Jahr allein an der hartnäckigen Opposizion des Ministerii scheiterte, den Herrenstand nämlich durch die Rectoren magn: der 6 Landes Universitäten und durch die Ober-Bürgermeister der 3 Residenzstädte und der alten freien Städte, wie Danzig, Elbing, Thorn, Mühl- und Nordhausen, Dortmund, Wetzlar, Cöln, Aachen ferner aber durch 8 Grafenstimmen, für jede Provinz Eine, zu verstärken. Letztre Maasregel würde das Ridicüle des Titular-Grafen Wesens haben, indem ein Jeder |: Angeseßne — versteht sich :| das Recht gewönne, aus seinem Gremio, in jeder Provinz Einen Abgeordneten zum Herrenstande zu senden.

Noch geb' ich Ihrer Aller Erwägung hin, ob bei der Wahl zum Unterhause |: oder Landhause oder den Landschaften :| nicht dennoch immer nach Cathegorieen verfahren werden könnte, also nach Rittergütern, Städten, Landgemeinden, Fabrikbesitzern, Arbeitern etc.? Das hieße nach meinem Gefühl, |: vorausgesetzt, daß keine Abtheilung an ihr Gremium **bei der Wahl gebunden wäre** :| unsre devise practisch und nicht tumultuarisch, sondern germanisch ausführen: suum cuique. —

Erwägen Sie diese sehr flüchtigen Andeutungen mit Ihren Collegen, theuerster Alfred — und Gottes Seegen auf Ihr Werk!

gez. Friedrich Wilhelm.

An den Minister v. Auerswald.

Die an Radowitz gerichtete Nachschrift zu diesem Schreiben vgl. S. 528.

---

8. Vgl. S. 530.

Radowitz an König Friedrich Wilhelm IV.

Giewitz, 2. April 48.

Euere Majestät Schriftzüge zu sehen, greift mir bis in das Inwendigste des Herzens. Der letzte Gedanke meiner Seele, wie der letzte Blutstropfen meines Leibes gehört Ihnen.

Euere Majestät wollen die Repräsentativ-Verfassung, die unvermeidlich geworden, auf die Grundlage der englischen stellen. Nichts wäre an sich genommen richtiger und natürlicher. Auch den Einwand, daß die Elemente dazu bei uns fehlen, würde ich an sich nicht geradezu gelten lassen; analoge Elemente wie die nobilty im Oberhaus, die Knights der Grafschaften, die Abgeordneten der Städte im Unterhause, fänden sich auch in Preußen.

Aber die Schwierigkeit liegt anderswo; sie liegt darin, daß die Faction, welche sich jetzt der materiellen brutalen Gewalt bewußt ist, eine auf so aristokratischen Fundamenten errichtete Verfassung schlechterdings nicht zugeben wird. Noch sind wir keineswegs aus der Periode der Aufstände heraus; es unterliegt im Gegentheil keinem Zweifel, daß die republikanische Partei bereitwillig nach jedem Stichworte haschen wird, um die rohe Macht wieder in Thätigkeit zu setzen. Hierzu aber wäre nichts geeigneter als das Losungswort: weg mit der Aristokratie! weil die bürgerliche Partei sich gewiß nicht berufen finden wird, gegen eine solche Bewegung ernstlich aufzutreten. In demselben Maße, als der wahre Begriff der Freiheit einer Zeit und einem Volke verloren geht, in demselben greift es mit blinder Wuth nach der Gleichheit und wüthet über jede Störung hierin. Dies ist jetzt unser Fall, und daher mögen Euerer Majestät Minister es sehr bedrohlich finden, auf die Herren-Curie jetzt irgend einen Accent zu legen.

Darf ich Euerer Majestät meinen aufrichtigen Rat geben, so ist es der, an den Verfassungs-Projekten so wenig als möglich unmittelbaren Antheil zu nehmen. In der jetzigen Lage würden Euere Majestät entweder sich dem verantwortlichen Ministerium gegenüber durch dessen Weigerung kompromittiren, oder wenn dieses Ihre Gedanken scheinbar verträte, deren Inpopularität dann zu tragen haben. Die Minister mögen ihren Entwurf vor die neue Ständeversammlung bringen; der Widerstand gegen dessen nachtheilige Bestimmungen muß von der konservativen Partei der Kammer selbst ausgehen. Daß eine solche Partei in der neuen Versammlung sich bilde, darauf kommt alles an, und hierzu werden Euere Majestät, wenn auch indirekt, sehr viel thun können. Sie braucht nicht

Die furchtbare Krankheit, die über Deutschland gekommen ist, rührt allerdings von einer langjährigen Vergiftung der Lebenssäfte her; hierzu aber ist eine Einwirkung getreten, die man mit einem rasenden Rausche vergleichen kann. Letzterer ist es, der die gewaltsamen Ausbrüche hervorrief. Nun ist zwar die tiefer liegende Krankheitsursache auch nur durch Einwirkungen zu heben, die mehr in Gotteshand als in der der Menschen sind. Aber der Rausch wird und muß verfliegen, und zwar in kurzer Zeit, wenn er nicht durch neue Eingießungen angefacht wird.

Daher flehe ich Euere Majestät inständigst an, ziehen Sie sich jetzt in eine rein abwartende Stellung zurück, treten Sie nicht mit persönlichen Ansichten und Neigungen hervor, wie wohlbegründet diese auch seien. Erst der neue Landtag wird der wahre Wahlplatz sein; das Mehr oder Minder in den konstitutionellen Formen spielt hierbei nur eine verhältnißmäßig geringe Rolle. Gelingt es, daß in dieser Versammlung dann die gute Sache beredte und muthige Organe fände, so werden diese Stimmen, nachdem die Betäubung des Momentes vorüber ist, einen ungeheuren Anklang nicht blos in den treuen Provinzen Pommern, Uckermark, Neumark und Altmark finden, sondern auch in weiterem Kreise. Dies ist der Moment, der Euerer Majestät Ihre Autorität wiedergeben wird; die Kämpfe um die Verfassungsformen führen nicht dazu, und die Kämpfe mit den Waffen darf Niemand willkürlich herbeiführen.

Bei den herzzerreißenden Gehässigkeiten, die sich jetzt in Süd-Deutschland gegen Euere Majestät deutsche Absichten aufthun, bin ich eifrigst damit beschäftigt, in einer ernsten und eingreifenden Schrift zu verkünden, daß Sie Deutschlands Wohl und Weh in treuem Herzen trugen, ehe noch die jetzigen Vorfechter der Nationalität ihr Haupt erhoben, und ehe der Aufruhr dieses Panier aufsteckte. Damit ich dieses aber mit gutem Gewissen kann, bitte ich Euere Majestät wiederholt, mich mit zwei vertrauten Zeilen dazu zu berechtigen und zu stärken.

Wenn die Gerichte des Herrn vorüber sind, wolle Er Seine volle Gnadensonne wieder über Euere Majestät leuchten lassen. Ich habe kein theuereres Gebet.

Nachschrift. Jeden Tag warte ich sehnsuchtsvoll auf die Nachricht, daß Euere Majestät Ihre Garden haben nach Schleswig ziehen lassen; es wäre überaus wohlthätig.

---

9. Vgl. S. 540.

Radowitz an König Friedrich Wilhelm IV.

Giewitz. 7. April 48.

gedruckt werden soll. Sie wird den Titel führen: „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.“, und das Motto Johannes v. Müllers: „es giebt unempfängliche Zeiten, aber was ewig ist, erlebt immer seine Zeit.“ Beides drückt den Gedanken aus, der mich bei der Ausarbeitung dieser kleinen Schrift erfüllt.

Euere Majestät sind in Ihren deutschen Absichten und Gefühlen der Gegenstand der gehässigsten Angriffe und Schmähungen geworden. Ich theile nicht den Inhalt der Proklamation vom 21. und dessen Kenntnißnahme hat mich mit schmerzlichen Vorgefühlen erfüllt. Aber es ist himmelschreiend, daß halb Deutschland vergißt, was Euere Majestät 8 Jahre hindurch für sein Wohl gewollt und gethan, daß es sich abwendet von den großen edlen Verheißungen, die es noch durch die Königlichen Worte vom 18. März empfangen hatte. Dieses scharf und bestimmt in den Thatsachen nachzuweisen, ist die Aufgabe, die ich mir in der Schrift stelle, die in kürzester Frist auftreten soll. Man soll erfahren, was Euere Majestät in Ihrem innersten Herzen für unser theueres Vaterland empfunden und gethan haben, seit Sie sich auf den schmerzensreichen Thron niederließen.

Ich betrachte die Schrift als Vorläufer eines größeren Werkes, das ein bedeutungsreiches Stück Weltgeschichte umfassen soll.

Euerer Majestät Regierungsgeschichte der ersten acht Jahre ist deren Gegenstand, nicht blos die äußere, sondern auch die innere, die allein in Ihrer Seele Gestalt gewonnen hatte. Was Euere Majestät für die deutsche Nationalität, für das innere Verfassungswerk, für die kirchliche Freiheit, für die Wissenschaft und Kunst beabsichtigte, das gedenke ich der Mit- und Nachwelt vorzulegen. Die Wahrheit wird meine Feder führen, aber die Liebe daneben stehen.

Nach einer Mittheilung, die mir der Minister von Arnim hat machen lassen, wünscht er, daß ich mein Entlassungsgesuch jetzt noch zurückhalte. Da ich an seiner guten Absicht dabei keinen Zweifel hege, so werde ich daher meinen Urlaub in Giewitz bis auf fernere Weisung noch fortsetzen, und lasse meine Familie einstweilen hierher kommen.

Der einzige Gedanke, der mir noch vorschwebt, ist in der neuen Repräsentantenkammer Diejenigen zu führen, die für Euerer Majestät gute Sache den sauren Kampf unternehmen werden. Leider besitze ich jedoch keine Möglichkeit gewählt zu werden; sehen Euere Majestät hierzu eine Aussicht, so würde ich mich ganz zu Ihrer Verfügung stellen und mit Gottes Hülfe hoffen, nicht fruchtlos aufzutreten.

10. Vgl. S. 540.

Friedrich Wilhelm IV. an Radowitz.

Potsdam, 8. April 48.

Der Gedanke meines lieben treuen Freundes, meine Rechtfertigung zu schreiben und demnächst, wenn die Möglichkeit des Verständnisses eingetreten ist, mit einem Kreise gleich treu gesinnter fähiger Männer das Verständniß politischer Wahrheit und mit ihm einen Umschwung der Meinung zum Besseren anzubahnen,*) hat meine allerfreudigste Billigung. Ich autorisire ihn, alle in seinen Händen befindliche Documente nach seinem Ermessen zu gebrauchen und zu veröffentlichen. Ich danke ihm mit wärmstem Freundesdanke und bitte Gott Seinen reichsten befruchtenden Seegen auf dem edeln Unternehmen ruhen zu lassen.

F. W.

---

11. Vgl. S. 532.

Radowitz an König Friedrich Wilhelm IV.

Giewitz, 13. April 48.

Euere Majestät befehlen meinen Rath und ich muß Ihrem mir unaussprechlich theueren Vertrauen stets durch volle Offenheit entsprechen. Der angedeutete Schritt würde unvermeidlich dahin führen, daß Euere Majestät die Krone niederlegten. Nicht blos wegen der formellen Anomalie einer den Ministerien fremden Königlichen Aeußerung, sondern auch wegen deren Inhalt. In Euerer Majestät schönen Worten „freie Völker unter freien Fürsten" liegt ein vollkommenes Programm; es ist die altfürstlich-ständische Herrschaft. Diese ist es aber, gegen welche eben der Dämon der Gegenwart losgebunden worden; sie ist es, die in ganz Deutschland innerhalb drei Wochen umgestürzt worden ist. Selbst der roheste Despotismus ist dem jetzt gewalthabenden Geschlechte verständlicher als der Freiheitsgedanke, der Euerer Majestät vorschwebt. Erst wenn das Maß der Leiden erschöpft, wenn die Gerichte Gottes vorüber gezogen sind, wird er der verirrten Menschheit wieder als einzige Rettung aus dem Zusammenstoße der beiden Extreme gottvergessener Menschengewalt entgegentreten.

Wenn Euere Majestät jetzt den angedeuteten Schritt thäten, so würde die nächste Folge der augenblickliche Austritt des gesammten Ministeriums sein. Die weitere Folge könnte bei dem zu erwartenden Geiste der Maj-

steigen, ohne selbst des Trostes zu genießen, Ihr gutes Recht mit dem Degen in der Hand bis zum Aeußersten hinaus verfochten zu haben.

Die kühnsten tief einschneidendsten Mittel sind mir immer als die weisesten erschienen, so lange eine besonnene Erwägung die Wahrscheinlichkeit, ja nur die Möglichkeit des Sieges zeigte. Sobald aber diese Linie überschritten ist, ist ein so einfaches Verfahren, das nur von festen Entschlüssen und muthvollem Handeln abhängt, nicht mehr gestattet. Euere Majestät sind jetzt meiner innersten, wenn auch noch so drückenden Ueberzeugung nach unbedingt auf einen andern Weg hingewiesen. Er läßt sich kurz dahin formuliren: in dem Kampfe der liberal-konstitutionellen Partei gegen die radikal-republikanische sich mit der ersteren zu verbinden, aber nicht in ihr aufzugehen. Auf den gegebenen Fall angewendet, ist daher alles sorgsam zu vermeiden, was die Aufrichtung der Repräsentativ-Monarchie gefährdet, indem es deren Anhänger scheu macht, und den republikanischen Gegnern Vorwand und Stichwort leihet. Ein solcher Act wäre aber in hohem Maße das unmittelbare Vortreten des persönlichen Königs.

Da Euere Majestät sich in Ihrem Gewissen berechtigt, also auch verpflichtet gefunden haben, größeres Unheil durch Nachgeben abzuwenden, so werden Sie auch den konstitutionellen Weg in der edelsten weisesten Absicht nicht verlassen dürfen. Es kommt Alles darauf an, das Schiff auf diesem zu erhalten, solange der Sturm raset. Wenn nicht jede menschliche Voraussicht trügt, so dauert der jetzige Wahnsinn in seiner Intensität nicht fort, wenn er nicht Nahrung erhält. Dann wird eine Zeit kommen, wo Euere Majestät besonnenen und ununterbrochenen Schrittes wieder dem Ziele sich zuwenden werden, innerhalb der Repräsentativverfassung ein freies Königthum herzustellen. Es sind hierzu große Mittel vorhanden, wie mir gerade eine aufmerksame Betrachtung der letzten Wochen neuerdings gelehrt hat. Aber diese Mittel können jetzt noch nicht in Wirksamkeit treten oder würden nutzlos vergeudet werden.

Wenn Euere Majestät die nächsten Monate hinter sich, und den wirklichen Landtag vor sich haben werden, so ist noch durch umsichtige Energie Großes zu gewinnen. Bis dahin aber beschwöre ich Euere Majestät, nirgends persönlich und handelnd vorzutreten, sondern in den Sinn des jetzt bereits faktisch bestehenden konstitutionellen Regierungssystems durchweg eingehend, Ihren Ministern die alleinige Verantwortlichkeit für Wohl und Uebel zu überlassen.

Aus demselben Grunde kann ich nur dafürhalten, daß es schädlich wäre, dem Prinzen von Preußen das Kommando der Truppen in Schleswig zu geben. Unausbleiblich würde hierin der Plan gesucht werden, ihn

ausbleiben wird, ist der Moment, wo der Prinz in weitem Maße seine Stellung zu Preußen wieder mit dem Degen erobern wird.

Dagegen kann ich Euerer Majestät nicht dringend genug an's Herz legen, ohne allen und jeden Zeitverlust Ihre Truppen zum nachdrücklichsten Kampfe über die Eider zu schicken. Alle und jede Rücksichten, selbst die auf einen Bruch mit England, wiegen leicht gegen die Gefahr, daß die aufs höchste gereizte Nationalstimme dort Preußen bezichtige, etwas versäumt zu haben. Der ausgedehnteste schärfste Kampf wäre ein wahrer Segen, ein viel größerer als wenn selbst das beste Resultat dort durch englische Negotiation erreicht würde. Lassen sich Euere Majestät um Gotteswillen durch nichts irre machen, die sofortigste Besetzung von Schleswig zu befehlen. Das Manuskript der Schrift ist heute schon nach Hamburg zum Druck gegangen, in welcher ich den Rest der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit im deutschen Volke anrufe, um zu erkennen, was Euere Majestät seit Ihrer Thronbesteigung für das gemeinsame Vaterland ersehnt und gewollt haben.

---

12. Vgl. S. 535.

Radowitz an König Friedrich Wilhelm IV.

Giewitz, 20. April 48.

Euerer Majestät erlaube ich mir auf einem ganz sicheren Wege beiliegende Blätter allerunterthänigst zu überreichen.

Euere Majestät haben über mehrere einzelne Punkte der gegenwärtigen Lage meine Ansichten befohlen und mir hierdurch eine Veranlassung gegeben, auch auf das Allgemeine derselben meine Betrachtung zu richten. Meine Seele ist voll schmerzlicher Empfindungen über Alles, was Euerer Majestät auferlegt wird, aber ich kann nicht anders als an der Ueberzeugung festzuhalten, daß immer wieder aufs Neue danach gerungen werden muß, in dieser entsetzlichen Zeit den richtigen Weg zu finden. Weder der Kummer über die Vergangenheit, noch die Gefahr der Gegenwart darf davon abhalten, einen festen Blick in die Zukunft zu richten, so weit sie menschlicher Einsicht zugänglich ist.

Ich habe mir erlaubt, die möglichen Gestalten der nächsten Zukunft so zusammenzustellen, wie sie mir erscheinen, und in präcisen Umrissen anzudeuten, was ich nicht umhin kann, für den gewiesenen Weg Euerer Majestät zu erachten. Er ist voller Schmerz, Selbstverleugnung und Entbehrung, aber wenn nicht alles täuscht, doch nicht ohne günstige Wendepunkte. Haben Euere Majestät die Gnade, auf diese Blätter, in denen ich auch schon früher Berührtes im Zusammenhange mit aufnahm, einen aufmerksamen Blick zu richten. Sie sind wie Alles aus einem treuen Herzen geflossen.

---

13. Vgl. S. 535.

Denkschrift Radowitz's. 20. April 1848.

Blick in die Zukunft.

Zwei Momente stehen im nächsten Mai bevor:

1., die deutsche constituirende Nationalversammlung,
2., der preußische constituirende Landtag.

In diesen beiden Ereignissen liegt die nächste Krise für Deutschland, insbesondere für Preußen. Ausdrücklich muß jedoch gesagt werden: die nächste, — denn definitiv werden die Zustände des Welttheils doch erst durch den Ausgang des bevorstehenden großen europäischen Krieges geordnet werden.

Wie verhält sich aber nun der König und das Königthum in Preußen zu diesen Mai-Ereignissen?

So weit menschliche Voraussicht reicht, treten folgende Wahrscheinlichkeiten entgegen:

In der gegenwärtigen politischen Lage stehen zwei wirkliche Parteien auf dem Wahlplatze und machen sich die Herrschaft, die Früchte des Sieges über den alten Staat, streitig. Die liberal-konstitutionelle hat bereits erreicht, was sie wollte: den Umsturz des bisherigen politischen Systems, das in der Wirklichkeit eine Mischung aus dem fürstlich-ständischen Rechtsstaate und dem altpreußischen Beamten-Absolutismus war. An dessen Stelle erheben sich aus den Trümmern bereits die Fundamente des Repräsentativstaats. Die Partei wünscht diesen als Regierung der Besitzenden und Gebildeten zu konstituiren und hat neben diesem Ziele, in welchem sie die staatsbürgerliche Freiheit sieht, vor Allem auch das Bedürfniß gesicherter materieller Ordnung. Alle diese Bedingungen findet sie in der konstitutionellen Monarchie neuester Gestaltung am meisten verbürgt. Diese verlangt sie daher aufrichtig befestigt und gegen „Contre-Revolution" sowohl als gegen Erschütterungen von unten geschützt. — Hinsichtlich der nationalen Frage geht die liberale Partei zwar mit dem neuerweckten Nationalenthusiasmus und stimmt in dessen Rufe ein; aber im Grunde des Herzens wünscht sie doch, daß bei aller deutschen Einigung nicht die Selbstständigkeit der besonderen Heimat gefährdet werde, und dem Einzelnen nicht Opfer für das Ganze auferlegt werden. Ihrer Personalzusammensetzung nach besteht die Partei aus der großen Mehrzahl des Mittelstandes, der Kaufleute, Industriellen, Handwerker, Aerzte, Beamten und des Lehrstandes. Ihre Stärke ruht im Besitze und in dem instinktmäßigen Gefühle, daß eine abstrakte Staatseinrichtung auf die Dauer doch nicht bestehen könne, sondern zum Kampfe gegen das Eigenthum führen müsse. Es ist dieses die neue Form der Aristokratie im heutigen politischen Leben.

Die radikal-demokratische Partei hingegen verlangt die Vernichtung der Monarchie in jeder Gestalt und die Verwirklichung der Republik. In der Anwendung zeigen sich hierin sogleich zwei tiefgehende Richtungen. Während die eine das Eigenthumsrecht für die Gesellschaft anerkennt und nur dessen Einfluß auf das politische Leben verbannen will, so fußt die andere durchweg auf den abstrakten Menschenrechten, und fordert deren Durchführung sowohl auf dem sozialen als auf dem politischen Gebiete. Den Personen nach hat die radikale Partei ihre Führer in einer Anzahl sogenannter Litteraten und Advokaten und ihre Armee in den Arbeitern und Proletariern, deren Vorkämpfer wieder die studierende Jugend ist. Sie hat überall in Deutschland den eigentlichen Straßenkrieg geführt; weil aber die besiegten Regierungen mit der liberalen Bürgerpartei kapitulirten, so ist Jenen die Frucht des Sieges entgangen. Außer daß in der ersten Aufwallung der Demokratie und dem Communismus einige Conzessionen und noch mehr Versprechungen gemacht worden sind, sonst fällt die politische Gestalt, wie sie sich aus dem Schutte der alten Monarchie hervorwickeln will, doch überall nach dem Programm des liberalen Constitutionalismus aus.

Die beiden Mai-Versammlungen werden nun das Schauspiel darbieten, daß die republikanische Partei das Versäumte nachzuholen und ihren Theil an der Beute einzufordern strebt. Freilich noch mehr außerhalb dieser Versammlungen als innerhalb! An die möglichen Ausgänge dieses Kampfes sind vom Standpunkte des Königs aus folgende Betrachtungen zu knüpfen: Sein nächstes Interesse ist natürlich, daß die Form der Monarchie erhalten werde und daß daher die konstitutionelle Partei siege. Nichts ist geschichtswidriger und falscher als zu wünschen, daß das Uebermaß des Uebels hereinbreche, um dann zum Besseren umzuschlagen. Freilich kann ein solcher Gang in Gottes Plane liegen, aber der Mensch handelt sündhaft und unweise, wenn er sich in die verborgenen Ratschlüsse der Vorsehung eindrängen will. Der König wolle daher in keiner Weise, weder direkt noch indirekt, diesen Weg einschlagen, sondern den entgegengesetzten. Was bei Ihm steht, um die konstitutionelle Partei in ihrem Kampfe zu begünstigen, ist nur negativ, darum aber nicht minder wirksam. Es geht darauf hinaus: auf das sorgsamste Alles zu vermeiden, was den Schein einer beabsichtigten Reaktion, eines Versuches an sich trüge, das Repräsentativ-System zu umgehen. Jede solche Manifestation, welcher Art sie auch sei, würde die Anhänger der konstitutionellen Monarchie unsicher und scheu machen, ihre Partei daher entschieden schwächen, den republikanischen Gegnern aber sofort den Vorwand und das Feldgeschrei liefern, um erneut Sturm zu laufen. Damit der König aber andererseits auch nichts spreche und thue, was seinem Herzen nicht entquillt, sondern lediglich Unterwerfung unter eine unabwendliche Nothwendigkeit ist, so wird Er sich am besten jedes persönlichen Vortretens enthalten, und in das konstitutionelle Prinzip vollauf eingehend, dem jetzigen Ministerium,

welches die Partei der Repräsentativ-Monarchie in sich hinreichend darstellt, alle Verantwortlichkeit für die Regierungshandlungen überlassen.

Das Resultat der Mai-Versammlung und der hieran geknüpften Wahlen zu dem regelmäßigen Landtage ist nun entweder der Sieg der konstitutionellen Partei oder nicht. Im ersteren Falle eröffnet sich dann für eine heilsame Thätigkeit des Königs ein weiteres Feld, als man bei oberflächlicher Betrachtung glauben möchte. Ohne der specielleren Darlegung vorzugreifen, lassen sich doch schon jetzt einige Gesichtspunkte aufstellen:

1., Bildung einer unabhängigen Partei im Landtage, welche ohne irgend eine Verpflichtung gegen das Ministerium einzugehen, die Sache des Rechtsstaates daher auch des „freien Königthums" führt. Hierin liegt der größte parlamentarische Hebel, und zwar ein solcher, der nicht England entlehnt, sondern recht eigentlich unsern preußischen Verhältnissen entnommen ist. Die Hauptbedingung dazu ist, daß die Anhänger der alten Monarchie sich nicht aus Aerger oder Muthlosigkeit von dem politischen Schauplatz zurückziehen, sondern mit weiser Rücksicht in den vorgezeichneten Weg aufrichtig eingehen.

2., Belebung der lokalen Kräfte durch Dezentralisation, Selbstständigkeit der Provinzen, Kreise und Communen, Befreiung von dem bevormundenden Beamtenregimente und Selbstverwaltung, das stärkste Gegengewicht gegen das Prinzip der Revolution und der Weg, um die konservativen Kräfte der alten Landestheile zu entfesseln.

3., Freies Vortreten mit großartigen Maßregeln zu Gunsten des Proletariats: die Frage der Progressivsteuer, die Regulirung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, des Gesammtarmenwesens.

Alle diese Maßregeln, die ihrer Natur nach nicht von dem liberalen Mittelstande, sondern eben nur von dem Königthum ausgehen können, vermögen diesem wieder eine selbständige Stellung im Repräsentativstaate zu gewinnen. Sie sind die legalen Waffen gegen die Alleingewalt der Mittelstände, und zwar durchaus konstitutioneller Natur, ohne irgendwie den Vorwurf einer Verletzung besorgen zu müssen.

Auf diesem Wege fest aber sehr besonnen vorschreitend, kann der König, wenn erst die constitutionell-monarchische Grundlage befestigt ist, eben durch dies Nebeneinanderstehen der alt-monarchischen, der liberalen und der radikalen Kräfte eine organische Durchdringung der politischen Elemente im preußischen Staatsleben hervorrufen.

Wenn aber statt dessen die Parthei der demokratischen Republik siegt, sei es auf quasi legale Weise in den Versammlungen selbst, oder durch Ein-

und Leben zu führen ist. Er hat für sich nicht bloß die Armee und die alten Provinzen, sondern auch die gesammte constitutionelle Partei Deutschlands. Wenn Er sein Heer zwischen den treuen Oderfestungen zusammenzieht, so fällt ihm Pommern, die Marken, der größere Theil von Westpreußen und Sachsen, das Münsterland unverzüglich zu. Berlin kann auf die Dauer nicht in der Botmäßigkeit eines Haufens Rasender bleiben; nach einer strengen Blokade wird die Bürger-Partei in der Stadt die Capitulation vom Könige erbitten und mit Ihm vereint von den Radikalen erzwingen. Schlesien, das schlimmste aller Preußischen Lande, ist dann zunächst mit Waffengewalt zu unterwerfen; in Ostpreußen würde die bessere Partei sicher auch ihr Haupt erheben und den Wiedergewinn dieser isolirten Provinz erleichtern. Die Rheinprovinz hingegen würde allerdings von Südwestdeutschland unterstützt und gewiß auch der Anlaß zur Intervention des republikanischen Frankreichs werden. Das ganze qualvolle politische Chaos ginge dann in die Gestalt eines ehrlichen tüchtigen Krieges über, in dem ganz Norddeutschland mit Preußen stünde, und England schwerlich als müßiger Zuschauer verharren könnte. Holland und Belgien würden durch ihre Selbsterhaltung zu kräftiger Mitwirkung gezwungen. Rußlands Aufgabe aber bliebe, den Rücken zu decken, und daher Polen einschließlich Posens festzuhalten.

Der Herr der Heerschaaren möge dann seine Entscheidung geben, nicht wie wir wollen, sondern wie Er will. Aber der König siegte, oder fiele in einem guten Kampfe!

---

14. Vgl. S. 540.

Radowitz an König Friedrich Wilhelm IV.

Giewitz, 26. April 48.

Nach Euerer Majestät Anweisung habe ich mit Kleist*) einen vollen Austausch unserer Gedanken über Gegenwart und Zukunft vorgenommen. Er ist tief erschüttert und gebeugt, aber ich darf hoffen, daß unsere Unterredungen ihn so weit aufgerichtet haben, um klar zu sehen und die Pflicht zu erkennen, auch in dieser schwersten Lage nie sich einer Verzweiflung hinzugeben, die nicht minder sündhaft als unverständig ist.

Seine Ansicht ist, daß er den Dienst verlassen müsse aus doppeltem Grunde: weil er einer politischen Ordnung der Dinge nicht dienen könne, die er für unrecht in sich halte und weil er durch seinen so verhaßten Namen Euere Majestät gefährde. Ich habe versucht, bei voller Anerkennung des Richtigen in beiden Argumenten, ihn zu nöthigen, in die andere Wagschale zu legen, daß er durch seinen jetzigen Austritt Euerer Majestät Herz verletze und daß es für Diejenigen, die Euerer Majestät durch Liebe und

---

*) Vgl. S. 537.

Vertrauen verbunden sind, nie mehr als jetzt oberste Pflicht gewesen sei, Ihnen jeden erdenkbaren Kummer zu ersparen.

Wir sind zuletzt dabei stehen geblieben, daß Kleist jetzt einen zweimonatlichen Urlaub antritt, nach dessen Ablauf sich zeigen wird, welche fernere Wendung die Angelegenheiten Preußens genommen haben. Stellt sich dann heraus, daß nicht eine unmittelbare Gewissenspflicht ihn drängt, gänzlich auszuscheiden, so würde er seinen vorgesetzten Minister bitten, ihn zur Disposition zu stellen, so wie es mit dem Präsidenten v. Frankenberg*) geschehen ist. Hierdurch würde er dann die Möglichkeit erlangen, in Euerer Majestät persönlicher Nähe zu verbleiben und sich ganz zu Ihrer Verfügung erhalten zu können.

Jedenfalls glaube ich, daß Kleist ruhiger von hier zurückkehrt als er gekommen ist und dies schien mir Euerer Majestät Hauptwunsch zu sein.

Ob der gestrige Tag wirklich eine neue Schilderhebung der republikanischen Parthei gebracht hat, erwarte ich mit gespanntester Aufmerksamkeit. Euerer Majestät Anordnungen erscheinen mir als völlig sachgemäß. In diesem und in jedem kommenden Falle einer solchen Krise läßt sich das richtige Verfahren nur auf zwei Hauptgesichtspunkte zurückführen. Auf der politischen Seite: fester Anschluß an die constitutionell-monarchische Parthei durch positivstes Aussprechen, daß Euere Majestät die gegebenen Zusicherungen unverbrüchlich erfüllen, und sorgfältiges Meiden aller Handlungen, die hieran Zweifel erregen könnten. Auf der militärischen Seite: Vermeidung jedes Barrikadenkampfes, Herausziehen der Truppen, Stellung zwischen Spandau und Potsdam, Heranziehen der ferneren Truppen, Aufgebot der treuen Provinzen und Blokade von Berlin. Bei richtiger Behandlung und göttlichem Segen könnte in jedem solchen Hergange der Wendepunkt der Geschicke Preußens liegen, indem Euere Majestät wiederum in den Besitz der Autorität gelangten, die nicht durch eine pactirte Verfassung an und für sich, sondern allein durch erlittenen Zwang verloren geht. Aber es erfordert eine solche große Krise, komme sie in quasilegaler oder auch gewaltthätiger Gestalt, die höchste Verbindung von Besonnenheit und Festigkeit.

Euerer Majestät Cabinetsordre entläßt mich aus dem Dienst wie die Welt dies versteht, aber nicht aus der Liebe zu Ihnen und Preußen, die mir in's Grab folgen wird. Mein letzter Gedanke und meine letzte Kraft gehört Ihnen.

---

*) Wolf Sylvius Leopold v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Chefpräsident des Ober-Appellagerichtes in Posen. Wirklicher Geheimer Rat. Mitglied des Staatsrates

15. Vgl. S. 563.

Kabinettsordre Friedrich Wilhelms IV.

Da es Mir, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, zu Meinem Bedauern an Gelegenheit fehlt, von Ihren Diensten ferneren Gebrauch zu machen, so will Ich Ihnen hierdurch die Entlassung aus Meinem Dienste in Gnaden ertheilen, indem Ich Mir die Bestimmung der Ihnen zu bewilligenden Pension vorbehalte. Dabei gebe Ich Ihnen gern Meinen Dank für die von Ihnen in Ihren verschiedenen Berufsstellungen bewiesene Pflichttreue und Hingebung zu erkennen.

Potsdam, den 20. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

An den General-Major von Radowitz.

---

16. Vgl. S. 541. 563.

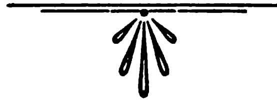
Radowitz an König Friedrich Wilhelm IV.

Gierwitz, 4. Mai 1848.

Euerer Majestät erlaube ich mir beiliegende Schrift alleruntertänigst zu überreichen. Es ist mir eine Herzensangelegenheit gewesen, der Fluth von unbewußten Mißverständnissen und bewußten Gehässigkeiten entgegenzutreten, welche sich eben an diesen Theil der Regententhätigkeit Euerer Majestät heften. Das Urtheil ist in einem solchen Grade irregeleitet worden, daß daraus eben in dem Augenblicke die schlimmsten Folgen erwachsen, wo Alles darauf ankommt, daß die Nation wisse, was Euere Majestät für das gemeinsame Vaterland gewollt und angestrebt haben, bevor dieselben Forderungen sich auf den Straßen geltend machten. Dieses war mein Zweck und ich darf hoffen, daß er erreicht wird, wenn diese streng getreue Darstellung in viele Hände gelangt. Die mannigfachen, zum Theil sehr zarten Rücksichten auf Kabinette und Personen glaube ich unbeschadet der Wahrheit, nirgends verletzt zu haben.

Wie ich mir schon gestattete zu äußern, so setze ich es mir zur eigentlichen Lebensaufgabe, jetzt da ich nicht für Euere Majestät zu handeln vermag, für Euere Majestät zu schreiben. Wie Euere Majestät seit Ihrer Thronbesteigung Ihre große Aufgabe betrachtet haben, dieses möchte ich an allen einzelnen Seiten derselben: an der ständischen Frage, der kirchlichen, an der Sorge für Wissenschaft und Kunst, in ähnlicher Art nachweisen, wie es hier für die Bundesfrage geschehen ist. Ist es nicht Gottes

Dieses ist die Funktion, die ich mir zutheile in dem Plane einer Association der besseren Geister Deutschlands, um auf dem Gebiete der gesammten Presse, von den ernsten wissenschaftlichen Werken an bis zum Zeitungsartikel und Volkskalender himunter, die Wahrheit geltend zu machen. Hier ist noch eine Macht zu gründen, unter deren Panieren Alle kämpfen können, die die göttliche Ordnung in den ewigen und den irdischen Dingen wollen, auch bei sonst großen Differenzen unter sich. Die größte Mannichfaltigkeit ist hierin nicht blos zulässig, sondern selbst heilsam.



Verbesserungen.

Seite 257, Zeile 7 von oben lies adaptierten statt adoptierten.
Seite 485, Zeile 10 von oben lies Siegmund statt Siegfried v. Arnim.

Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW12, Kochstr. 68—71.

